rowohlt e-BOOK

FURCHT

TRUMP IM WEISSEN HAUS

BOB WOODWARD

Bob Woodward

Furcht

Trump im Weißen Haus

Aus dem Englischen von Sylvia Bieker, Pieke Biermann, Gisela Fichtl, Thomas Gunkel, Stephan Kleiner, Hainer Kober, Monika Köpfer, Elisabeth Liebl, Stefanie Römer, Karl Heinz Siber, Karsten Singelmann, Peter Torberg, Henriette Zeltner

Über dieses Buch

Bob Woodward, die Ikone des investigativen Journalismus in den USA, hat alle amerikanischen Präsidenten aus nächster Nähe beobachtet. Nun nimmt er sich den derzeitigen Präsidenten vor und enthüllt den erschütternden Zustand des Weißen Hauses unter Donald Trump.

Woodward beschreibt, wie dieser Präsident Entscheidungen trifft, er berichtet von eskalierenden Debatten im Oval Office und in der Air Force One, dem volatilen Charakter Trumps und dessen Obsessionen und Komplexen. Woodwards Buch ist ein Dokument der Zeitgeschichte: Hunderte Stunden von Interviews mit direkt Beteiligten, Gesprächsprotokolle, Tagebücher, Notizen – auch von Trump selbst – bieten einen dramatischen Einblick in die Machtzentrale der westlichen Welt, in der vor allem eines herrscht: Furcht.

Woodward ist das Porträt eines amtierenden amerikanischen Präsidenten gelungen, das es in dieser Genauigkeit noch nicht gegeben hat.

Über Bob Woodward

Bob Woodward ist Leitender Redakteur der «Washington Post», für die er seit 47 Jahren arbeitet. Er war beteiligt an zwei Pulitzer-Preisen, der erste mit Carl Bernstein für die Berichterstattung der «Post» zum Watergate-Skandal, der zweite 2003 als Chefreporter nach den Terroranschlägen von 9/11. «Furcht» ist Woodwards 19. Buch seit «Die Watergate-Affäre», jedes dieser 18 Bücher, die er geschrieben oder mitverfasst hat, war ein Sachbuch-Bestseller. Zwölf standen an Nummer eins der amerikanischen Bestsellerliste.

Für Elsa

ViSiT WWW.iBOOKS.TO

Persönliche Danknotiz des Autors

Ganz herzlichen Dank an Evelyn M. Duffy, meine Assistentin bei fünf Büchern über vier Präsidenten. Präsident Trump erweist sich als besonders vertrackter Fall, nicht zuletzt wegen der Emotionen, die er bei Anhängern und Kritikern auslöst. Evelyn verstand sofort, dass die Herausforderung darin lag, an neue Informationen zu gelangen, sie zu verifizieren, miteinander in Beziehung zu setzen und zugleich die Sonde des Reporters so tief wie möglich ins Weiße Haus einzuführen.

Evelyn erkannte, dass hier Geschichte geschrieben wird und wir so viel wie möglich schnellstens zu fassen bekommen mussten, solange die Erinnerungen noch frisch, die Arbeitsakten und Notizen noch greifbar waren. Es kam vor, dass wir innerhalb von einem oder zwei Tagen Recherchen und Interviews zu außenpolitischen Themen machten, von Nordkorea über Afghanistan bis zu Nahost, und mit der anderen Hand transkribierten und Textabschnitte für dieses Buch überarbeiteten, gleichzeitig mit dem ganzen Spektrum der innenpolitischen Themen wie Wirtschaft, Einwanderung und Steuern.

Dank Evelyn konnten wir das Buch aus konkreten Szenen mit konkreten Orts- und Zeitangaben zusammenbauen, mit namentlich genannten Beteiligten und Schilderungen realer Vorgänge. Bei alledem hat sie sich ein bemerkenswertes Arbeitsethos bewahrt, gepaart mit Gerechtigkeitsgefühl, Neugier und Aufrichtigkeit. Außer mit dicken Stapeln von Recherchematerial, Hintergrundwissen, Zeittafeln, Zeitungsausschnitten,

versorgte sie mich mit eigenen Erkenntnissen und immer wieder Listen wichtiger unbeantworteter Fragen und noch zu führender Interviews.

Evelyn hat ihren unerschöpflichen Menschenverstand und ihre Weisheit eingebracht; ihr Beitrag zu diesem Buch ist der einer erstrangigen Kollegin, geleistet im Geist – und mit dem Engagement und Arbeitspensum – einer Mit-Autorin.

«Wirkliche Macht ist – ich möchte dieses Wort eigentlich gar nicht benutzen – Furcht.»

Präsidentschaftsbewerber Donald J. Trump in einem Interview mit Bob Woodward und Robert Costa am 31. März 2016 im Old Post Office Pavillon des Trump International Hotels in Washington, D.C.

Mitteilung an die Leser

Die Interviews für dieses Buch wurden nach dem journalistischen Grundsatz «unter zwei» geführt. Damit ist gemeint, dass alles, was ich dabei erfuhr, verwendet werden durfte, jedoch ohne Kenntlichmachung der Person, von der ich es hatte. Das Buch ist ein Extrakt aus Hunderten von Stunden an Interviews mit Leuten, die die geschilderten Vorgänge selbst mitgestaltet und miterlebt haben. Fast alle gestatteten mir, unsere Interviews auf Tonträger aufzunehmen, um mir eine präzisere Nacherzählung des Geschehens zu ermöglichen. Wörtliche Zitate, Gedankengänge oder Schlussfolgerungen stammen von der zitierten Person, von einem unmittelbar beteiligten und daher kundigen Kollegen oder aus Protokollnotizen, Tagebüchern, Akten sowie aus amtlichen oder persönlichen Dokumenten.

Präsident Trump lehnte es ab, für dieses Buch interviewt zu werden.

Prolog

Anfang September 2017, im achten Monat der Präsidentschaft Donald Trumps, pirschte sich Gary Cohn, ehemaliger Präsident von Goldman Sachs und als Chef des Nationalen Wirtschaftsrats inzwischen der ranghöchste Wirtschaftsberater des US-Präsidenten, vorsichtig an den Resolute Desk, den großen Schreibtisch des Präsidenten im Oval Office des Weißen Hauses, heran.

In seinen siebenundzwanzig Jahren bei Goldman Sachs hatte Cohn – fast eins neunzig, kahlköpfig, schnodderig und berstend vor Selbstbewusstsein – Milliarden für seine Kunden und Hunderte Millionen für sich erwirtschaftet. Er hatte sich selbst das Privileg erteilt, jederzeit Trumps Oval Office betreten zu können, und der Präsident hatte das akzeptiert.

Auf dem Tisch lag der Entwurf eines nur eine Seite umfassenden Briefes des US-Präsidenten an den Präsidenten von Südkorea mit der Aufkündigung des Freihandelsabkommens zwischen den beiden Ländern, genannt KORUS.

Cohn war entsetzt. Seit Monaten drohte Trump mit der Kündigung dieses Abkommens, das eine der Grundfesten einer wirtschaftlichen Partnerschaft, eines militärischen Bündnisses und, wichtiger noch, einer Zusammenarbeit bei hochgeheimen nachrichtendienstlichen Operationen und Kapazitäten bildete.

Gemäß einem in den 1950er Jahren geschlossenen Vertrag stationierten die Vereinigten Staaten 28500 Soldaten in Südkorea und installierten dort unter höchster Geheimhaltung stehende, sehr sensible Special-Access-Programme

(SAP) mit hochtechnisierten Fähigkeiten zur Codewort-Aufklärung und militärischen Abwehr. Langstreckenraketen der Nordkoreaner waren mittlerweile in der Lage, Atomwaffen zu transportieren, vielleicht bis in die USA hinein. Eine nordkoreanische Rakete würde achtunddreißig Minuten brauchen, um Los Angeles zu erreichen.

Die Special-Access-Programme versetzten die Vereinigten Staaten in die Lage, den Start einer Langstreckenrakete in Nordkorea innerhalb von sieben Sekunden zu detektieren. Dieselbe Technik, in Alaska stationiert, brauchte dazu fünfzehn Minuten – ein beachtlicher Zeitunterschied.

Die Möglichkeit, einen Raketenstart innerhalb von sieben Sekunden zu detektieren, verschaffte den US-Streitkräften genug Zeit für den Abschuss einer nordkoreanischen Rakete. Es ist dies die vielleicht wichtigste und geheimste operative Mission einer US-Regierung. Die amerikanische Präsenz in Südkorea ist essenziell für die nationale Sicherheit.

Die Aufkündigung des Handelsabkommens KORUS, das Südkorea als unentbehrlich für seine Volkswirtschaft ansah, hätte zu einem Kollaps der Beziehungen der beiden Länder führen können. Cohn konnte nicht glauben, dass Präsident Trump das Risiko eingehen würde, den Zugang zu Geheimdienstinformationen einzubüßen, die für die Sicherheit der USA überlebenswichtig waren.

Das alles entsprang der Wut Trumps darüber, dass die USA gegenüber Südkorea ein Handelsdefizit von jährlich 18 Milliarden Dollar hatten und 3,5 Milliarden Dollar jährlich für den Unterhalt ihrer dort stationierten Truppen ausgaben.

Trotz der fast täglichen Berichte über Chaos und Zerwürfnisse im Weißen Haus wusste die Öffentlichkeit nicht, wie schlimm es hinter den Kulissen

tatsächlich aussah. Trump war immer sprunghaft, erratisch, änderte seine Meinung. Er verfiel oft in schlechte Laune, ärgerte sich über irgendetwas Großes oder Kleines, und über das KORUS-Abkommen sagte er immer wieder: «Heute steigen wir aus.»

Und jetzt lag da dieser Brief mit dem Datum 5. September 2017, potenzieller Auslöser einer nationalen Sicherheitskatastrophe. Cohn hatte die Sorge, dass Trump den Brief unterschreiben würde, wenn er ihn sah.

Cohn nahm den Briefentwurf vom Schreibtisch. Er legte ihn in eine blaue Mappe mit der Aufschrift «KEEP».

«Ich klaute ihn von seinem Schreibtisch», erzählte er später einem Mitarbeiter. «Ich wollte dafür sorgen, dass er ihn nicht zu sehen bekam. Er wird dieses Dokument nie zu sehen bekommen. Der Schutz des Landes geht vor.»

Inmitten der Anarchie und Unordnung, die im Weißen Haus – und in Trumps Kopf – herrschten, bemerkte der Präsident nicht, dass der Brief fehlte.

Im Normalfall wäre Rob Porter, Stabssekretär des Weißen Hauses und ordnende Hand für die Präsidentenakten, der verantwortliche Mann für die Erstellung von Briefen wie dem an den Präsidenten Südkoreas gewesen. Doch diesmal war der Briefentwurf ominöserweise durch unbekannte Kanäle zu Trump gelangt. Der Stabssekretär erfüllt eine der wenig sichtbaren, aber wichtigen Funktionen im Weißen Haus. Seit Monaten war Porter derjenige gewesen, der Trump Beschlussvorlagen und andere präsidiale Dokumente erläutert hatte, bis hin zu den sensibelsten die nationale Sicherheit berührenden Freigaben für Militäraktionen und verdeckte CIA-Aktivitäten.

Porter, vierzig Jahre, eins neunzig, gertenschlank und als Mormone aufgewachsen, war einer der grauen Männer: ein Apparatschik mit wenig Ausstrahlung, der die juristische Fakultät von Harvard absolviert hatte und Rhodes-Stipendiat gewesen war.

Wie Porter später herausfand, gab es mehrere Exemplare des Briefentwurfs; entweder er oder Cohn sorgten dafür, dass keines davon auf dem Tisch des Präsidenten verblieb.

Im Zusammenwirken bemühten sich die beiden, die ihrer Überzeugung nach impulsiven und gefährlichen Weisungen Trumps aufs Abstellgleis umzuleiten. Der Korea-Brief und andere Dokumente seiner Art verschwanden einfach. Wenn Trump einen Entwurf zum Gegenlesen auf den Schreibtisch bekam, schnappte ihn sich Cohn manchmal unbemerkt, und der Präsident vergaß dann den Vorgang. Wenn aber ein Brief auf seinem Schreibtisch lag, pflegte er ihn zu unterschreiben. «Es geht nicht darum, was wir für das Land getan haben», sagte Cohn im Vertrauen, «sondern darum, vor welchen Dingen wir ihn bewahrt haben.»

Das war nicht weniger als ein administrativer Staatsstreich, eine Sabotage des Willens des Präsidenten der Vereinigten Staaten und seiner verfassungsgemäßen Macht.

Wie Porter einem Kollegen sagte, umfassen seine Amtspflichten mehr als das Koordinieren politischer Entscheidungen und Verfahrensabläufe und das Führen der präsidialen Akten: «Ein Drittel meiner Arbeit bestand in dem Bemühen, auf einige der wirklich gefährlichen Ideen zu reagieren, die er hatte, und ihm Gründe an die Hand zu geben, die ihn hoffentlich einsehen ließen, dass es vielleicht doch keine so guten Ideen waren.»

Eine andere Strategie bestand darin, Dinge hinauszuzögern, auf Zeit zu spielen, auf rechtliche Hindernisse hinzuweisen. Wie der Jurist Porter sagte: «Dinge in die Länge zu ziehen oder ihm nicht vorzulegen oder ihm – korrekterweise, nicht nur als Ausflucht – zu sagen, dass dieser Vorgang geprüft werden muss oder wir daran noch gründlicher arbeiten müssen oder dass wir dafür noch keine Freigabe von der Rechtsabteilung haben – das kam zehnmal öfter vor als das Wegzaubern von Papieren von seinem Schreibtisch. Es fühlte sich an, als würden wir die ganze Zeit am Rand des Abgrunds balancieren.»

Es gab Tage oder Wochen, in denen die Dinge halbwegs geregelt zu laufen schienen und man wenigstens ein paar Schritte vom Abgrund entfernt war. «Andere Male stürzten wir jedoch ab, und dann bedurfte es einer Rettungsaktion. Wir hatten das Gefühl, immer direkt am Abgrund entlangzulaufen.»

Auch wenn Trump das Verschwinden des Briefs vom 5. September nie erwähnte, vergaß er nicht, was er mit dem Handelsabkommen vorhatte. «Dieser Brief tauchte mehrmals wieder auf», berichtete Porter einem Mitarbeiter.

Im Laufe einer späteren Besprechung im Oval Office entspann sich eine hitzige Debatte über das Handelsabkommen mit Südkorea. «Interessiert mich nicht», tönte Trump, «ich habe genug von diesen Argumenten! Ich will nichts mehr davon hören. Wir steigen aus KORUS aus.» Er begann mit dem Diktieren eines neuen Briefes, den er nach Seoul schicken wollte.

Jared Kushner, der Schwiegersohn des Präsidenten, nahm Trumps Diktum ernst. Mit seinen sechsunddreißig Jahren war Jared bereits einer der ranghöchsten Berater des Weißen Hauses. Sein gemessenes Auftreten trug

fast aristokratische Züge. Seit 2009 war er mit Trumps Tochter Ivanka verheiratet.

Weil Jared bei der Sitzung näher als alle anderen beim Präsidenten saß, begann er, die Worte Trumps mitzuschreiben wie ein Diktat.

Mach den Brief fertig und dann her damit, damit ich ihn unterschreiben kann, wies Trump seinen Schwiegersohn an.

Jared war dabei, das Diktat des Präsidenten in einen neuen Brief umzusetzen, als Porter davon erfuhr.

«Lass mir den Entwurf zukommen», wies er Jared an, «wenn wir das tun, können wir es nicht auf der Rückseite einer Serviette tun. Wir müssen daraus ein Schriftstück machen, mit dem wir uns nicht blamieren.»

Kushner schickte ein ausgedrucktes Exemplar seines Entwurfs los. Es war nicht wirklich brauchbar. Porter und Cohn ließen selbst einen Text aufsetzen, um zu zeigen, dass sie taten, was der Präsident gefordert hatte. Trump erwartete ein schnelles Ergebnis. Sie durften nicht mit leeren Händen dastehen. Ihr Entwurf war Bestandteil des Täuschungsmanövers.

Auf einer offiziellen Sitzung brachten die Gegner eines Ausstiegs aus KORUS alle erdenklichen Argumente vor – die Vereinigten Staaten hätten noch niemals zuvor ein Freihandelsabkommen aufgekündigt; es gebe rechtliche Gesichtspunkte, geopolitische Gesichtspunkte, grundlegend wichtige Belange der nationalen Sicherheit und der Geheimdienstarbeit; der Brief sei noch nicht reif. Sie deckten den Präsidenten mit Fakten und Logik ein.

«Na gut, dann arbeiten wir also weiter an dem Brief», sagte Trump schließlich, «ich will den nächsten Entwurf sehen.»

Cohn und Porter schrieben keinen nächsten Entwurf. Es gab also nichts, das man dem Präsidenten hätte vorlegen können. Die Angelegenheit ging erst einmal im Strudel der präsidialen Beschlussfassungen und Verkündungen unter. Andere Dinge beanspruchten seine Aufmerksamkeit und seine Zeit.

Doch das Thema KORUS verschwand nicht. Cohn besprach sich mit Verteidigungsminister James Mattis, dem Marineinfanteriegeneral i.R., dessen Stimme in Trumps Kabinett und Stab vielleicht das größte Gewicht hatte. General Mattis, ein Kriegsveteran, hatte vier Jahrzehnte im Marine Corps gedient. Er war eins fünfundsiebzig und von kerzengerader Haltung, wenn auch mit einer Attitüde chronischer Weltverdrossenheit.

«Wir taumeln am Abgrund entlang», vertraute Cohn dem Minister an, «es kann sein, dass wir diesmal Rückenstärkung brauchen.»

Mattis versuchte, seine Besuche im Weißen Haus sparsam zu dosieren und sich nach Möglichkeit nur mit militärischen Angelegenheiten zu befassen, doch er verstand die Dringlichkeit der Sache und begab sich ins Oval Office.

«Mr. President», sagte er, «Kim Jong-un stellt die größte Bedrohung unserer nationalen Sicherheit dar. Wir brauchen Südkorea als Verbündeten. Es mag den Anschein haben, als habe der Handel mit alldem nichts zu tun, dabei ist er zentral.»

Die Einrichtungen und Verbindungen der amerikanischen Streitkräfte und Geheimdienste in Südkorea seien das Rückgrat unserer Fähigkeit, uns gegen Nordkorea zu verteidigen. Er solle das Abkommen bitte nicht kündigen.

Warum die USA eine Milliarde Dollar im Jahr für ein System zur Raketenabwehr in Südkorea bezahlten, wollte Trump wissen. Ein Raketenabwehrsystem namens THAAD (Terminal High Altitude Area

Defense) hatte seinen Zorn erregt, und er drohte damit, es aus Südkorea abzuziehen und nach Portland in Oregon zu verlegen.

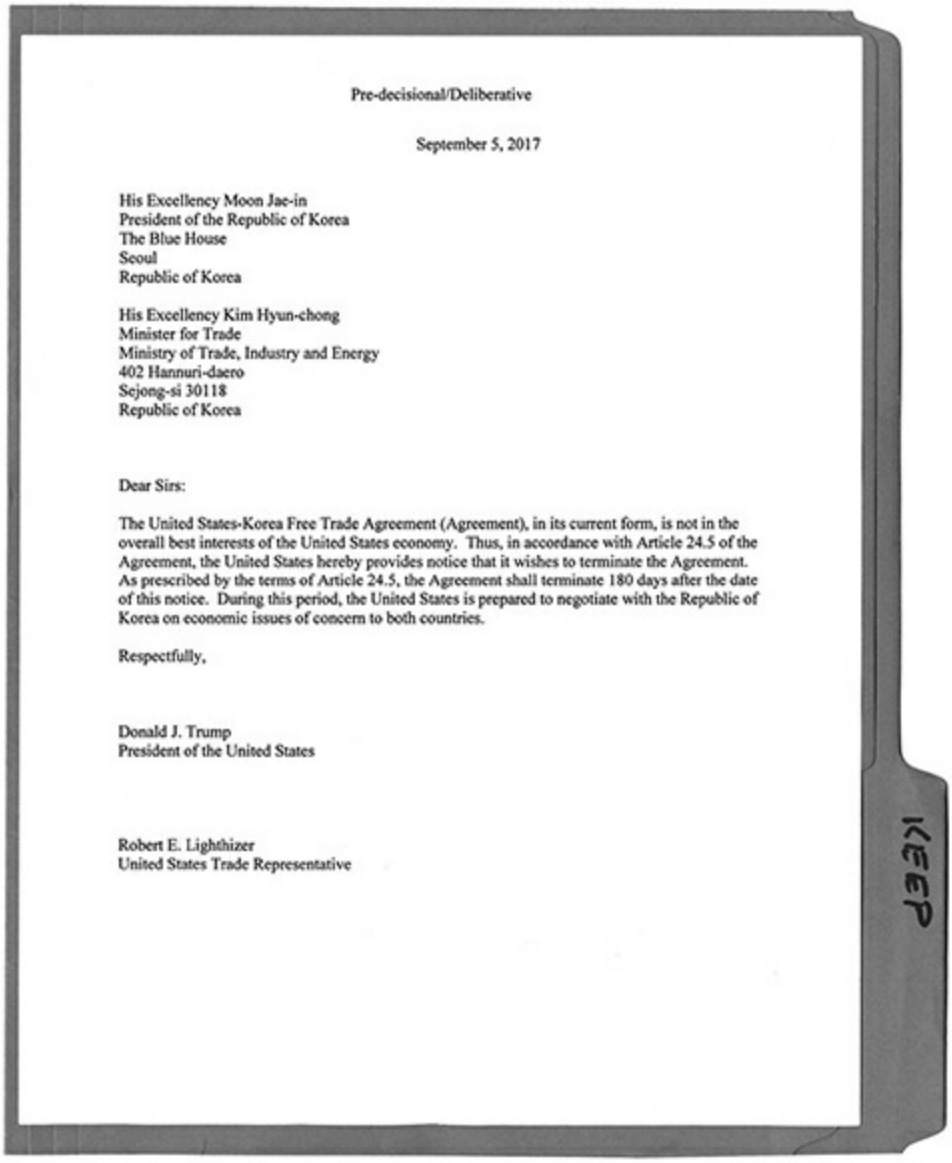
«Wir tun das nicht für Südkorea», erklärte Mattis, «wir helfen Südkorea, weil es uns hilft.»

Der Präsident schien ein Einsehen zu haben, aber nur für einen kurzen Augenblick.

Als Präsidentschaftskandidat hatte Trump Bob Costa und mir diese Definition der Pflichten des Präsidenten gegeben: «Seine oberste Pflicht ist die Sicherheit unserer Nation … Das ist die Nummer eins, zwei und drei … Dass die Streitkräfte stark sind und sicherstellen, dass unserem Land nicht von außen her Schlimmes angetan wird. Und ich bin mir ganz sicher, dass das immer der Punkt eins meiner Definition sein wird.»

Ein Jahr danach waren die Vereinigten Staaten zur Geisel der Worte und Taten eines emotional überreizten, sprunghaften und unberechenbaren politischen Führers geworden. Mitglieder seines Stabes hatten sich zusammengetan, um vorsätzlich die nach ihrem Dafürhalten gefährlichsten Impulse des Präsidenten abzublocken. Es war der Nervenzusammenbruch der politischen Exekutive des mächtigsten Landes der Welt.

Die nachfolgenden Kapitel erzählen diese Geschichte.



Pre-decisional/Deliberative

September 5, 2017

His Excellency Moon Jae-in
President of the Republic of Korea
The Blue House
Seoul
Republic of Korea

His Excellency Kim Hyun-chong
Minister for Trade
Ministry of Trade, Industry and Energy
402 Hannuri-daero
Sejong-si 30118
Republic of Korea

Dear Sirs:

The United States-Korea Free Trade Agreement (Agreement), in its current form, is not in the overall best interests of the United States economy. Thus, in accordance with Article 24.5 of the Agreement, the United States hereby provides notice that it wishes to terminate the Agreement. As prescribed by the terms of Article 24.5, the Agreement shall terminate 180 days after the date of this notice. During this period, the United States is prepared to negotiate with the Republic of Korea on economic issues of concern to both countries.

Respectfully,

Donald J. Trump
President of the United States

Robert E. Lighthizer
United States Trade Representative

Vorlage vom 5. September 2017 für einen Brief an den Präsidenten von Südkorea zur Aufkündigung des Freihandelsabkommens. Gary Cohn fand den Brief auf Präsident Trumps Schreibtisch im Oval Office und nahm ihn an sich, damit er nicht unterschrieben und abgeschickt würde.

Entwurf / Entscheidungsgrundlage

5. September 2017

Sehr geehrte Herren,

das Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Korea («Abkommen») entspricht in seiner gegenwärtigen Form nicht dem besten Gesamtinteresse der US-amerikanischen Wirtschaft. Deshalb tun die Vereinigten Staaten hiermit in Übereinstimmung mit Artikel 24.5 des Abkommens ihren Wunsch kund, das Abkommen zu kündigen. Wie sich aus den Bestimmungen in Artikel 24.5 des Abkommens ergibt, wird das Abkommen 180 Tage nach dem Datum dieser Mitteilung auslaufen. In dieser Zeitspanne sind die Vereinigten Staaten bereit, mit der Republik Korea über wirtschaftliche Themen, die für beide Länder von Belang sind, zu verhandeln.

Hochachtungsvoll

Donald J. Trump
Präsident der Vereinigten Staaten

Robert E. Lighthizer
Handelsbeauftragter der Vereinigten Staaten

Kapitel 1

Im August 2010, sechs Jahre bevor er Trumps letztlich erfolgreichen Präsidentschaftswahlkampf übernahm, bekam Steve Bannon einen Anruf. Er war damals siebenundfünfzig und Produzent von rechtsreaktionären Politfilmen.

«Was hast du morgen vor?», fragte David Bossie. Der konservative Aktivist saß seit langem für die Republikaner in Ermittlungsausschüssen des Kongresses und hatte beinahe zwanzig Jahre lang hinter Skandalen von Bill und Hillary Clinton hergefahndet.

«Alter», antwortete Bannon, «ich schneide gerade diese beschissenen Filme für dich.»

Die Midterm-Wahlen zum Kongress standen an. Die Tea Party war auf dem Höhepunkt, die Republikaner gewannen an Boden.

«Wir hauen zwei weitere Filme raus. Ich bin andauernd im Schneideraum. Ich arbeite zwanzig Stunden am Tag» – und zwar an Anti-Clinton-Filmen im Auftrag von Citizens United, einem konservativen Aktionsbündnis unter Bossies Ägide.

«Kannst du morgen mit mir nach New York kommen?»

«Wozu?»

«Donald Trump treffen.»

«Wozu?»

«Er erwägt, sich um die Präsidentschaft zu bewerben.»

«In welchem Land?»

Echt, im Ernst, versicherte Bossie. Er traf sich seit Monaten mit Trump und arbeitete für ihn. Das Treffen jetzt hatte Trump gewollt.

«Ich hab keine Zeit für Gewichse, Alter», sagte Bannon, «Donald Trump wird nie Präsidentschaftskandidat. Vergiss es. Gegen Obama? Vergiss es. Ich hab keine Zeit für so ’n Scheißblödsinn.»

«Willst du ihn nicht mal kennenlernen?»

«Nein, kein Interesse.» Bannon kannte Trump, er hatte ihn einmal dreißig Minuten lang interviewt, für *The Victory Sessions*, seine in Los Angeles produzierte Radiosendung am Sonntagnachmittag, die er als «Radioshow für den denkenden Mann» bewarb.

«Der Typ meint es nicht ernst», sagte Bannon.

«Doch, ich glaub schon», sagte Bossie. Trump war ein Fernsehpromi mit einer berühmten Show namens *The Apprentice*, die auf NBC lief und wochenlang auf Platz eins stand. «Wir vergeben uns nichts, wenn wir ihn mal besuchen.»

Schließlich stimmte Bannon zu und flog mit nach New York.

Im Trump Tower fuhren sie in den sechsundzwanzigsten Stock. Trump begrüßte sie herzlich im Konferenzsaal, und Bossie sagte, er habe eine detaillierte Präsentation vorbereitet. Es war eher ein Grundkurs.

Der erste Teil, so Bossie, stellt dar, wie man bei den Republikanern in Vorwahlen geht und gewinnt, erklärte er. Der zweite zeigt auf, wie man im Wahlkampf um das Präsidentenamt der Vereinigten Staaten gegen Barack Obama antritt. Bossie beschrieb die üblichen Strategien für Wahlkämpfe und erörterte Verfahren und Themen. Er war ein konservativer Traditionalist,

Anhänger des schlanken Staats und kalt erwischt worden von der Tea-Party-Bewegung.

Dies sei ein bedeutender Augenblick in der amerikanischen Politik, erläuterte er, der Populismus der Tea Party sei gerade dabei, das ganze Land im Sturm zu erobern. Endlich habe der kleine Mann eine Stimme. Populismus sei eine Graswurzelbewegung, mit der sich der politische Status quo zugunsten der Normalverbraucher zerschlagen lasse.

«Ich bin Geschäftsmann», warf Trump ein, «ich bin keiner für politische Karrieren.»

«Wenn Sie fürs Präsidentenamt kandidieren wollen», sagte Bossie, «müssen Sie eine Menge kleine und eine Menge große Dinge wissen.» Kleine wie zum Beispiel Bewerbungsfristen oder die bundesstaatlich unterschiedlichen Regeln für Vorwahlen – Details eben. «Sie müssen das Regelwerk kennen und wissen, wie man Delegierte gewinnt. Aber als Erstes», sagte Bossie, «müssen Sie die konservative Bewegung verstehen.»

Trump nickte.

«Sie haben ein paar Probleme mit bestimmten Themen», sagte Bossie.

«Ich habe mit gar keinem Thema irgendein Problem», sagte Trump, «wovon reden Sie eigentlich?»

«Erstens hat bei den Republikanern noch nie jemand die Vorwahlen gewonnen, der nicht Abtreibungsgegner ist», erklärte Bossie, «und das sind Sie leider ganz und gar nicht.»

«Was soll das heißen?»

«Es ist bekannt, dass Sie an die Abtreibungsleute gespendet haben, an Kandidaten, die für Wahlfreiheit stehen. Sie haben sich auch öffentlich so geäußert. Sie müssen aber Pro-Life sein, gegen Abtreibung.»

«Ich bin gegen Abtreibung», sagte Trump, «ich bin Pro-Life.»

«Nun ja, es gibt Beweise für das Gegenteil.»

«So was kann man ja wegkriegen», sagte Trump, «sagen Sie mir einfach, wie das geht. Ich bin – wie nennen Sie das? Pro-Life. Ich bin Pro-Life, das sage ich Ihnen.»

Je länger Trump redete, desto mehr war Bannon fasziniert von seinem Talent zur Selbstdarstellung. Trump wirkte engagiert, reaktionsschnell und körperlich in bester Verfassung. Seine Präsenz war überlebensgroß und raumfüllend, die personifizierte Befehlsgewalt. Der Mann hatte was. Gleichzeitig kam er rüber er wie ein Kneipengast, der im Fernsehen auftritt, ein Typ aus Queens, streetsmart. Dieser Trump war nach Bannons Einschätzung Archie Bunker in echt, allerdings ein zielstrebiger Archie Bunker.

«Die zweite große Frage», sagte Bossie, «ist Ihr Wahlverhalten.»

«Mein Wahlverhalten? Was meinen Sie damit?»

«Wie oft Sie gewählt haben.»

«Wovon reden Sie?»

«Nun ja», sagte Bossie, «wir haben es hier mit Vorwahlen bei den Republikanern zu tun.»

«Ich gehe immer zur Wahl», prahlte Trump, «ich gehe immer wählen, seit ich achtzehn, zwanzig bin.»

«Das ist leider nicht korrekt. Ihr Wahlverhalten ist nämlich öffentlich belegt.» Der altgediente Ermittler Bossie zeigte auf einen Stapel Unterlagen.

«Kein Mensch weiß, wie ich wähle.»

«Nein, nein, nein, nicht, wie Sie wählen. Aber wie oft Sie wählen.»

Bannon stellte fest, dass Trump nicht einmal rudimentäre Vorstellungen vom politischen Geschäft hatte.

«Ich bin jedes Mal wählen gegangen», beharrte Trump.

«Durchaus nicht, bis auf eine Ausnahme haben Sie noch nie an einer Vorwahl teilgenommen.» Bossie zitierte aus den Unterlagen.

«Das ist eine dreckige Lüge», sagte Trump, «absolut gelogen. Ich habe jedes Mal gewählt, wenn eine Wahl anstand.»

«Sie haben nur einmal bei einer Vorwahl mitgestimmt», sagte Bossie, «1988 oder so, bei den Republikanern.»

«Ja, stimmt.» Wieder vollzog Trump, ohne mit der Wimper zu zucken, eine Wende um hundertachtzig Grad. «Damals für Rudy.» Giuliani hatte 1989 für den New Yorker Bürgermeisterposten kandidiert. «Steht das da auch drin?»

«Ja.»

«Das stecken wir weg», sagte Trump.

«Vielleicht zählt nichts von alldem», sagte Bossie, «vielleicht aber doch. Man muss methodisch vorgehen, wenn man vorwärtskommen will.»

Dann war Bannon dran. Er leitete über zu der Tea Party und ihren Motiven. Dass sie die Eliten nicht leiden könne. Dass Populismus etwas für den gemeinen Mann sei, der das ganze System für Schmu halte. Populisten seien gegen Vetternwirtschaft und Insidergeschäfte, mit denen der Arbeiter ausgeblutet werde.

«Das finde ich toll. Genau das bin ich», sagte Trump, «ich bin Popularist.» Er kriegte schon das Wort nicht hin.

«Nein, nein», sagte Bannon. «Es heißt Populist.»

«Doch, doch», beharrte Trump, «Popularist.»

Bannon gab auf. Zuerst dachte er, Trump hätte das Wort nicht verstanden. Aber vielleicht hatte er einfach seine eigene Interpretation – populär sein, beliebt bei Leuten. Bannon wusste auch, dass «Popularist» eine ältere britische Version von «Populist» war, ein Wort für die nichtintellektuelle breite Masse.

Nach etwa einer Stunde sagte Bossie: «Wir haben noch ein großes Thema.»

«Was denn?» Trump klang jetzt etwas argwöhnischer.

«Nun ja, achtzig Prozent Ihrer Spenden sind an die Demokraten gegangen», erklärte Bossie. Für ihn war das Trumps größtes politisches Handicap, aber das sagte er nicht.

«Das ist Unsinn!»

«Das ist öffentlich einsehbar», sagte Bossie.

«Davon gibt’s auch Belege?» Trump staunte Bauklötze.

«Von jeder Spende, die Sie je getätigt haben.» Es war Vorschrift, alle Parteispenden offenzulegen.

«Die gleichen sich am Ende aus», konterte Trump, er habe seine Spenden gerecht aufgeteilt unter Kandidaten beider Parteien.

«Sie haben in der Tat reichlich gespendet. Allerdings zu achtzig Prozent an die Demokraten. In Chicago, Atlantic City …»

«Das muss ich machen», sagte Trump. «Da regieren doch überall diese Scheißdemokraten. Man will Hotels bauen, also muss man die schmieren. Die sind doch zu mir gekommen.»

«Hören Sie», sagte Bannon, «was Dave damit sagen will, ist Folgendes. Als Kandidat der Tea Party haben Sie das Problem, dass deren Leute erbost auf solche Deals reagieren. Und genau die macht jemand wie Sie.»

«Ach was», sagte Trump, «das ist doch alles Schmu. Das ganze System ist manipuliert. Diese Typen haben mich jahrelang ausgenommen. Ich will denen nichts spenden. Die kommen einfach an. Und wenn man keinen Scheck ausstellt …»

In Queens sitze auch so ein Politikerhai, «ein alter Kerl mit Baseballschläger. Zu dem muss man, und dem muss man auch was geben – normalerweise Bargeld. Wenn man das nicht macht, läuft gar nichts. Dann ist nichts mit Bauen. Lässt man ihm einen Umschlag mit Geld da, dann läuft's. So geht das nun mal. Aber das kriege ich geregelt.»

Bossie erklärte, er habe einen Plan. «Alles dreht sich um die konservative Bewegung. Die Tea Party kommt und geht. Populismus kommt und geht. Die konservative Bewegung dagegen ist unser fester Urgrund seit Goldwater.»

Zweitens, fuhr er fort, empfehle er Trump, seinen Wahlkampf damit zu eröffnen, dass er sich erst mal der Form halber in drei Staaten um den Gouverneursposten bewerbe – Iowa, New Hampshire und South Carolina. Dort liefen die ersten Vorwahlen. «Da kandidieren Sie und geben sich lokalverbunden, so als ob Sie da Gouverneur werden wollten.» Viele Kandidaten würden einen großen Fehler machen, weil sie in siebenundzwanzig Staaten gleichzeitig gewählt werden wollten. «Gehen Sie erst mal in die drei Gouverneurswahlen, dann haben Sie ziemlich gute Chancen. Konzentrieren Sie sich auf die drei. Machen Sie da Ihre Sache gut. Die anderen Staaten kommen dann von selbst.»

«Ich bin ein prima Kandidat», sagte Trump. «Solche Gegner schlage ich locker, egal, wer sie sind. Das hab ich im Sack. Um das andere werde ich mich kümmern.»

Alles lasse sich revidieren, neu verhandeln.

«Ich bin Pro-Life», erklärte Trump. «Ich will loslegen.»

«Dann müssen Sie unbedingt zunächst Folgendes tun», sagte Bossie, «Sie müssen etwa zweihundertfünfzig- bis fünfhunderttausend Dollar in Form von einzelnen Schecks für Kongressabgeordnete und Senatoren investieren. Alle werden sie angekleckert kommen. Sehen Sie ihnen in die Augen, schütteln Sie ihnen die Hand. Dann überreichen Sie den Scheck. Wir müssen ein paar Pflöcke einschlagen. Das muss alles unter vier Augen laufen, damit denen das auch klar ist. Denn das wird später mal zumindest ein Einstieg sein, um Beziehungen aufzubauen.»

Bossie war noch nicht fertig. «Sagen Sie deutlich: Das hier ist für Sie, zweitausendvierhundert Dollar.» Der höchste erlaubte Betrag. «Es müssen Barschecks sein, echtes Geld, für ihren eigenen Wahlkampf, damit die sich erinnern, dass es von Ihnen persönlich kommt. Ab da wissen die Republikaner, dass Sie es ernst meinen.»

Das viele Geld, erklärte Bossie, sei zentraler Baustein der Kunst präsidentieller Politik. «Später wirft es Riesendividenden ab.» Wichtig seien die Kandidaten der Republikaner in ein paar hart umkämpften Staaten, in Swing States wie Ohio, Pennsylvania, Virginia und Florida.

Und noch eins, sagte Bossie: «Sie werden etwas Politisches schreiben müssen. Sie sollten ein Buch verfassen über Amerika und was Sie so über die jetzige Politik denken.»

Danach hielt Bannon noch ein weitschweifiges Referat über China, das immer erfolgreicher dabei war, Geld und Arbeitsplätze aus den Vereinigten Staaten wegzulocken. Er war besessen von der chinesischen Gefahr.

«Was denkst du?», fragte Bossie ihn hinterher.

«Ich finde den Mann ziemlich beeindruckend», sagte Bannon. Aber was eine Kandidatur für das Präsidentenamt anging: «Null Chancen. Schon allein wegen der beiden Einstiegsszenarien. Der Wichser verteilt keinen einzigen Scheck. Das ist kein Typ, der Schecks ausschreibt, der unterschreibt bloß auf der Rückseite» von Schecks, die er von anderen bekommen hat. «War gut, dass du ihm das gesagt hast, das wird er nämlich nie tun.»

«Und das Politikbuch?»

«Schreibt der auch nie. Hör mir doch auf. Das kauft sowieso kein Mensch. Das Ganze war reine Zeitverschwendung, mal abgesehen vom irrsinnigen Unterhaltungswert.»

Bossie erklärte, falls Trump tatsächlich kandidieren wolle, werde er versuchen, ihn darauf vorzubereiten. Denn Trump habe einen einzigartigen Trumpf in der Hand: Mit dem gesamten Politikbetrieb hatte er nichts, aber auch gar nichts am Hut.

Sie spazierten weiter, und Bossie gingen dieselben Sätze durch den Kopf wie sechs Jahre später den meisten Amerikanern. Der wird nie Kandidat. Der lässt sich nie aufstellen. Der kündigt das nie an. Der legt nie seine Steuersachen offen. Richtig? Der macht nichts von alldem. Der wird nie gewinnen.

«Glaubst du, er tritt an?», fragte er schließlich Bannon.

«Keine Chance. Null Chance», sagte Bannon noch einmal. «Weniger als null. Guck dir mal an, was für ’n verficktes Leben der jetzt hat, Alter. Ich bitte dich. Der macht das nicht. Der lässt sich nicht nackt machen.»

Kapitel 2

Sechs Jahre später.

Eines ist so gut wie sicher: Die Welt sähe heute ganz anders aus, hätten sich die folgenden Ereignisse nicht auf eine so unwahrscheinliche, willkürliche, fahrlässige Weise weiterentwickelt. Am 21. Juli 2016 ließ sich Donald Trump als Kandidat der Republikaner aufstellen, und am frühen Morgen des 13. August 2016 erfuhr sein Streben nach der Präsidentschaft eine entscheidende Wende.

Steve Bannon, nunmehr Leiter der rechtsgerichteten Nachrichtenorganisation Breitbart News, saß auf einer Bank im New Yorker Bryant Park und beugte sich über seine Zeitungen, sein samstägliches Ritual. Er blätterte zuerst die *Financial Times* durch und wandte sich dann der *New York Times* zu.

«Trumps Umfeld scheitert daran, seiner Zunge Zügel anzulegen», lautete die Schlagzeile auf Seite eins der *Times*. Bis zur Präsidentschaftswahl waren es noch drei Monate.

«Du meine Güte», dachte Bannon.

Bannons Drama beginnt bei seinem Äußeren – der über mehreren Polohemden getragenen alten Armeejacke. Sodann: sein Auftreten – aggressiv, bestimmt und laut.

Die Verfasser der *Times*-Reportage gaben an, über zwanzig ungenannte republikanische Informanten zu verfügen, die Trump nahestanden oder

Verbindungen zu seinem Wahlkampfteam hatten. In dem Artikel wurde Trump als ein konfuser, ausgelaugter, verdrossener Mann dargestellt, der ungeschickt agierte, Schwierigkeiten mit Spendern hatte und gerade in den heftig umkämpften, für den Ausgang der Wahl entscheidenden Staaten Florida, Ohio, Pennsylvania und North Carolina einen schweren Stand hatte. Der Artikel zeichnete ein hässliches Porträt, und Bannon wusste, dass es der Wahrheit entsprach. Er schätzte, dass Trump der demokratischen Kandidatin Hillary Clinton um einen zweistelligen Prozentwert, vielleicht bis zu zwanzig Punkte unterliegen würde.

Gewiss war Trump ein Medienspektakel, aber er verfügte noch immer über keinerlei Mannschaft jenseits der vom Republican National Committee (RNC), dem Organisationsgremium der Republikanischen Partei, bereitgestellten. Bannon wusste, dass Trumps Wahlkampfteam sehr überschaubar war – ein Redenschreiber und etwa sechs Leute, die überall im Land an den billigsten Veranstaltungsorten, oft in heruntergekommenen alten Sport- oder Hockeystadien, Kundgebungen organisierten.

Trotzdem hatte sich Trump als Kandidat gegen sechzehn Mitbewerber durchgesetzt, er war eine große, vulgäre, subversive Präsenz, die in exponierter Stellung die Aufmerksamkeit der Nation auf sich zog.

Bannon, der inzwischen dreiundsechzigjährige Absolvent der Harvard Business School mit leidenschaftlich nationalistischer Gesinnung, für den Amerika immer an erster Stelle stand, rief Rebekah Mercer an.

Mercer und ihre Familie waren eine der wichtigsten und umstrittensten Geldquellen zur Wahlkampfförderung der Republikanischen Partei, und Geld war der Motor der amerikanischen Politik, vor allem auch innerhalb der Partei. Die Mercers standen ein wenig abseits, aber wegen ihres vielen

Geldes saßen sie doch mit am Tisch. Außerdem hielten sie Eigentumsanteile an Breitbart.

«Das ist eine üble Sache, weil man uns die Schuld geben wird», sagte Bannon zu Mercer. Breitbart hatte Trump in dessen dunkleren Stunden beigestanden. «Das bedeutet das Ende von Breitbart.»

«Warum greifst du nicht ein?», fragte Rebekah.

«Ich habe in meinem ganzen Leben noch keinen Wahlkampf geführt», sagte Bannon. Nicht einmal annähernd. Die Vorstellung war absurd.

«Der Typ ist eine Katastrophe», sagte sie mit Blick auf Trumps Wahlkampfmanager Paul Manafort. «Der Wahlkampf ist jetzt führungslos. Trump hört auf dich. Er braucht immer eine Aufsichtsperson.»

«Hör zu», sagte Bannon, «ich wäre sofort dabei. Aber warum sollte er das tun?»

«Er war immer ein Außenseiter», sagte sie und wies auf den Artikel in der *New York Times* hin. «Sie sind jetzt im Panikmodus.» Kurz gesagt, Trump könnte Bannon einstellen, weil er verzweifelt war.

Die Mercers setzten sich mit Trump in Verbindung, der bei einer Benefizveranstaltung in East Hampton, Long Island, war, der Heimat von Woody Johnson, Eigentümer der New York Jets. Normalerweise stellten die Mercers ihre Schecks aus, ohne den Kandidaten überhaupt sehen zu wollen. Diesmal verlangten sie zehn Minuten mit Trump.

In einem kleinen Wintergarten redete Rebekah, eine großgewachsene Rothaarige, drauflos. Ihr Vater Bob Mercer, ein hochintelligenter Mathematiker, sprach kaum. Er gehörte zu den Köpfen von Renaissance

Technologies, einem sagenhaft erfolgreichen Hedgefonds, in dem 50 Milliarden Dollar verwaltet wurden.

«Manafort muss weg», erklärte sie Trump. Sie sagte, es herrsche Chaos.

«Was schlagen Sie vor?», fragte Trump.

«Steve Bannon wird übernehmen», sagte sie.

«Das macht er niemals.»

Er werde es «definitiv» tun, entgegnete sie.

Abends rief Bannon Trump an.

«Diese Zeitungsgeschichte ist eine Peinlichkeit», sagte Bannon mit Bezug auf den Artikel in der *New York Times*. «Sie sind besser. Wir können gewinnen. Wir sollten gewinnen. Himmelherrgott, wir reden hier von Hillary Clinton.»

Trump ließ sich über Manafort aus. «Der ist total hölzern», sagte er. Er sei nicht fürs Fernsehen geeignet.

«Treffen wir uns morgen und stellen die Sache auf die Beine. Wir kriegen das hin», ereiferte sich Bannon. «Aber zu niemandem ein Wort.»

Trump stimmte einem Treffen am darauffolgenden Sonntagmorgen zu.

Eine politische Figur, die sich an diesem Tag ebenfalls Sorgen machte, war Reince Priebus, der vierundvierzigjährige Vorsitzende des Republican National Committee und Anwalt aus Wisconsin. Während seines fünfjährigen Vorsitzes war Priebus Mr. Brückenbauer und Mr. Netzwerker gewesen. Hinter seinem fröhlichen Auftreten verbarg sich vor allem die Absicht, das Reich zu vergrößern. Priebus traf die finanziellen Entscheidungen der Partei, war für die Einstellung der 6500 Außendienstmitarbeiter zuständig, trat

regelmäßig im Fernsehen auf und verfügte über ein eigenes Öffentlichkeitsteam. Er befand sich in einer unangenehmen Lage.

Privat betrachtete Priebus den August als eine einzige Katastrophe. «Ein permanent laufender Heizstrahler, der einfach nicht aufhörte.» Und verantwortlich war der Kandidat Trump.

Priebus hatte von Anfang an versucht, den Wahlkampf zu steuern. Als Trump in der Rede zum Antritt seiner Kandidatur am 16. Juni 2015 Mexikaner als «Vergewaltiger» bezeichnete, rief Priebus ihn an und sagte: «So können Sie nicht reden. Wir haben hart daran gearbeitet, die Hispanics für uns zu gewinnen.»

Trump änderte seinen Tonfall nicht, und er griff jeden an, der ihn angriff. Kein Vorsitzender einer nationalen Partei hatte es je mit einem solchen Plagegeist wie Trump zu tun bekommen.

Senator Mitch McConnell, der gewiefte republikanische Mehrheitsführer, hatte Priebus im Vertrauen angerufen. Seine Botschaft: Vergessen Sie Trump, lenken Sie die republikanischen Gelder in die Richtung von uns Senatskandidaten, und drehen Sie Trump den Geldhahn zu.

Aber Priebus wollte die Brücken zu Trump nicht abbrechen, und er beschloss, auf halbem Weg zwischen Trump und McConnell vor Anker zu gehen. Er hielt das für die richtige Taktik, um sein eigenes Überleben und das der Partei zu sichern. Er hatte zu Trump gesagt: «Ich bin hundertprozentig auf Ihrer Seite. Ich bin ein Fan von Ihnen. Ich werde weiter für Sie arbeiten. Aber ich muss die Partei schützen. Ich bin nicht nur Ihnen verpflichtet.»

Priebus hatte eingewilligt, Trump im Wahlkampf zu begleiten und ihn bei öffentlichen Auftritten anzukündigen. Für ihn hieß das, einem Ertrinkenden die Hand zu reichen.

Der *Times*-Artikel über die gescheiterten Versuche, Trump im Zaum zu halten, hatte eine aufrüttelnde Wirkung. «Ach du Scheiße!», dachte Priebus. «Das ist eine Katastrophe.» Die Wahlkampagne zerlegte sich gerade selbst. «Es war gar keine Kampagne», hatte er schließlich festgestellt. «Die reinsten Witzfiguren.»

In dem *Times*-Artikel wurde so viel ausgebreitet, dass Priebus klarwurde, die zwanzig Quellen wollten entweder den Wahlkampf sabotieren oder sich wie üblich selbst ins rechte Licht rücken.

Gefährliche Zeiten für Trump und die Partei, vielleicht die schlimmsten überhaupt, dachte Priebus. Es gab nur einen Weg: die Lage an allen Fronten zur Eskalation bringen. Die Aggression maximieren, um die lebensbedrohliche Schwäche zu verschleiern.

An jenem Sonntagmorgen traf Steve Bannon am Trump Tower in Manhattan ein und sagte dem Wachmann, er habe einen Termin mit Mr. Trump.

«Das ist ja klasse», sagte der Wachmann. «Am Wochenende ist er grundsätzlich nicht hier.»

Bannon rief Trump an.

«Hey», erklärte der Kandidat, «ich bin in Bedminster» – wo der Trump National Golf Club ansässig war. «Weil Sie nicht hier sind, gehe ich eine Runde Golf spielen. Kommen Sie her, dann essen wir zu Mittag. Sagen wir um eins.»

Er setzte an, um Bannon genaue Anweisungen für die Fahrt ins 65 Kilometer westlich von New York gelegene Bedminster zu geben.

«Ich finde es schon», sagte Bannon.

Nein, er müsse rechts in die Rattlesnake Bridge Road abbiegen, dann wieder rechts und dann anderthalb Kilometer geradeaus.

«Ich finde es schon. Es ist Ihr National Golf Club.»

Nein, beharrte Trump, Sie müssen mir zuhören. Trump gab ihm vollständige Anweisungen, detaillierter als alles andere, was Bannon je aus seinem Mund gehört hatte.

Bannon ließ sich von einem Fahrer gegen Mittag nach Bedminster bringen, um in jedem Fall rechtzeitig da zu sein. Im Klubhaus wurde er an einen für fünf Personen gedeckten Tisch geführt.

Er sei früh dran, sagte jemand vom Personal zu ihm. Die anderen werden erst gegen 13 Uhr eintreffen.

Welche anderen?, fragte Bannon.

Roger Ailes, Gouverneur Chris Christie und «der Bürgermeister» – Rudy Giuliani – würden auch am Essen teilnehmen.

Bannon war sauer. Er war nicht zum Vorsingen vor irgendwem gekommen. Trump und er hatten eine Abmachung getroffen, einen Deal zu klaren Konditionen.

Ailes, Gründer und Chef von *Fox News* und langjähriger politischer Funktionär, dessen Engagement bis in die Zeit von Richard Nixon zurückreichte, erschien als Erster. Er war einer von Bannons Ziehvätern.

«Was zum Teufel?», sagte Ailes und begann umgehend, den Wahlkampf zu kritisieren.

«Wie schlimm sehen die Zahlen aus?», fragte Bannon.

«Das wird ein Reinfall.»

«Ich habe gestern Abend mit Trump gesprochen», sagte Bannon. «Die Mercers haben mit ihm geredet. Ich soll den Wahlkampf übernehmen, aber

sag den anderen beiden nichts davon.»

«Was zum Teufel?», sagte Ailes wieder. «Du hast doch überhaupt keine Wahlkampferfahrung.» Das sei völlig abwegig.

«Ich weiß, aber jeder könnte etwas Besseres aufstellen als das hier.»

Obwohl Bannon Ailes seit Jahren kannte, trat er nie auf Ailes' Kanal *Fox News* auf.

Bannon sagte einmal: «Ich bin nie auf Fox aufgetreten, weil ich ihm zu nichts verpflichtet sein wollte … Wenn du Roger zu irgendetwas verpflichtet bist, dann gehörst du ihm mit Haut und Haar.»

Das stand in völligem Gegensatz zu seiner Beziehung zu Trump, der für ihn ein Bittsteller war. Trump hatte zwischen November 2015 und Juni 2016 an einer Reihe von Radio-Interviews mit Bannon unter dem Titel *Breitbart News Daily* auf SiriusXM teilgenommen.

Ailes sagte, sie seien zum Zweck ihrer wöchentlichen Duellvorbereitung hier. Das erste Präsidentschaftsduell gegen Hillary Clinton sollte in anderthalb Monaten, am 26. September, stattfinden.

«Duellvorbereitung?», sagte Bannon. «Du, Christie und Rudy?»

«Das ist unsere zweite.»

«Er bereitet sich wirklich auf die Duelle vor?», sagte Bannon, mit einem Mal beeindruckt.

«Nein, er kommt und spielt Golf, und wir reden einfach über den Wahlkampf und so weiter. Aber wir wollen ihn an die Sache heranführen.»

Der Wahlkampfmanager Paul Manafort kam herein.

Bannon, der sich regelmäßig als «feuerspeienden Populisten» bezeichnete, war angewidert. Manafort war gekleidet wie für einen Yachtausflug, inklusive Einstecktuch. Wie aus Southampton zugeschaltet!

Trump kam und setzte sich. Hotdogs und Hamburger wurden aufgetischt. Das Traummenü eines Elfjährigen, dachte Bannon, während Trump zwei Hotdogs verschlang.

Trump erwähnte die Geschichte in der *New York Times* über die gescheiterten Versuche, seine Zunge zu zügeln, und fragte Manafort, wie es überhaupt zu einem solchen Artikel kommen könne. Das war eines der Trump'schen Paradoxe: Er attackierte die Mainstream-Presse, vor allem die *Times*, mit wahrer Wollust – aber der Kampfsprache zum Trotz betrachtete er die *Times* als Leitmedium und schenkte ihren Artikeln weitgehend Glauben.

«Paul, bin ich ein Baby?», fragte Trump zu Manafort. «Willst du mich als Baby bezeichnen? Du kommst im Fernsehen schrecklich rüber. Du hast keine Energie. Du verkörperst den Wahlkampf nicht. Ich habe es dir im Guten gesagt. Du trittst nicht mehr im Fernsehen auf.»

«Donald …», setzte Manafort zu einer Erwiderung an.

Bannon vermutete, dass diese vertraute Art der Anrede beim Vornamen, sozusagen auf Augenhöhe, Trump verärgerte.

«Sie müssen sich eines klarmachen, Mr. Trump», sagte Bannon, «dieser Artikel berief sich auf sehr viele ungenannte Informanten; wir können den Wahrheitsgehalt nicht überprüfen.»

«Nein, das kann ich euch sagen», antwortete Trump, der seinen Zorn auf Manafort richtete. «Das sind undichte Stellen.» Er wusste, dass die Zitate echt waren.

«Vieles wurde nur unter der Bedingung gesagt, dass keine Namen genannt werden», sagte Bannon. Niemand will identifiziert werden, alle verstecken sich. «Die *New York Times*, das sind alles Lügen. Hören Sie, das ist doch

alles Blödsinn», setzte Bannon seine vollmundige Gegenrede fort, obwohl er wusste, dass die Geschichte stimmte.

Trump kaufte es ihm nicht ab. Die Geschichte war die reine Wahrheit, und sein Wahlkampfteam steckte voller Leaker. Manaforts Vernichtung dauerte noch eine Weile an, dann erzählte Trump eine halbe Stunde lang Geschichten aus dem Krieg. Manafort ging.

«Bleiben Sie noch», sagte Trump zu Bannon. «Das ist alles fürchterlich. Es ist so unkontrolliert. Dieser Typ ist so ein Schwächling. Er führt den Wahlkampf gar nicht richtig. Ich habe ihn nur geholt, damit er mir durch den Nominierungsparteitag hilft.»

«Machen Sie sich keine Gedanken wegen irgendwelcher Zahlen», sagte Bannon. «Machen Sie sich keine Gedanken wegen dieser 12 bis 16 Punkte, oder wie auch immer die Umfrageergebnisse lauten. Machen Sie sich keine Gedanken wegen der Swing States. Es ist ganz einfach.» Zwei Drittel des Landes sind der Meinung, wir sind auf dem falschen Weg, und 75 Prozent des Landes sind der Meinung, wir sind auf dem absteigenden Ast, setzte er auseinander. Das ebne den Weg für jemanden, der für den Wechsel stehe. Hillary gehöre der Vergangenheit an. So einfach sei das.

In gewisser Weise hatte Bannon sein gesamtes Erwachsenenleben lang auf diesen Augenblick gewartet. «Ich sage Ihnen, was der Unterschied ist», erklärte er. «Wir werden uns einfach neben Clinton stellen und uns von ihr abheben. Sie dürfen eins nicht vergessen», sagte er und rezitierte eines seiner Mantras: «Die Eliten geben sich damit zufrieden, den Niedergang zu verwalten. Oder?»

Trump nickte zustimmend.

«Und die arbeitende Bevölkerung tut es eben nicht. Sie will Amerika wieder groß machen. Wir werden diesen Wahlkampf vereinfachen. Sie ist die Tribunin eines korrupten und inkompetenten Status quo der Eliten, die sich damit zufriedengeben, den Niedergang zu verwalten. Sie sind der Tribun der Abgehängten, der Amerika wieder groß machen will. Und dabei beschränken wir uns auf eine Handvoll Themen. –

Erstens», fuhr Bannon fort, «werden wir die illegale Masseneinwanderung stoppen und die legale Einwanderung begrenzen, um unsere Volkshoheit zurückzugewinnen. Zweitens werden Sie die Arbeitsplätze im Produktionssektor wieder ins Land holen. Und drittens werden wir uns aus diesen sinnlosen Auslandskriegen zurückziehen.»

Für Trump waren das keine neuen Gedanken. Eine Woche zuvor, am 8. August, hatte er in einer Rede vor dem Detroit Economic Club genau diese Töne angeschlagen und Clinton niedergemacht. «Sie ist die Kandidatin der Vergangenheit. Unserem Wahlkampf gehört die Zukunft.»

«Das sind die drei großen Themen, gegen die sie nichts vorzubringen hat», sagte Bannon. «Sie ist Teil der Bewegung, die die Grenzen geöffnet hat, sie ist mitverantwortlich für die schlechten Handelsvereinbarungen und die nach China abgewanderten Arbeitsplätze, und sie ist eine Neokonservative. Richtig?»

Trump schien ebenfalls der Meinung zu sein, dass Hillary eine Neokonservative war.

«Sie hat jeden Krieg da draußen unterstützt», sagte Bannon. «Wir machen sie einfach nur nieder. Das ist alles. Bleiben Sie einfach dabei.»

Bannon setzte hinzu, dass Trump über einen weiteren Vorteil verfüge. Er klinge nicht wie ein Politiker. Das sei es, was Barack Obama in der Vorwahl

von 2008 Clinton vorausgehabt habe, die wie die geschulte Politikerin spreche, die sie ja auch sei. Ihre Sprache sei zu poliert. Selbst wenn sie die Wahrheit sage, klinge die aus ihrem Mund wie eine Lüge.

Politiker wie Hillary könnten nicht natürlich reden, sagte Bannon. Es sei eine mechanische Sprechweise, die sich direkt aus den Umfragen und Fokusgruppen speise und die Fragen im Politikersprech beantwortete. Sie sei einlullend statt aufrüttelnd, sie komme nicht von Herzen oder aus tiefer Überzeugung, sondern fuße auf den Argumentationshilfen irgendeines hochbezahlten Beraters – *nicht wütend*.

Okay, sagte Trump, Sie werden Wahlkampfleiter.

«Ich will kein großes Theater um Ränkespiele», sagte Bannon. «Lassen Sie uns Manafort als Vorsitzenden behalten. Er wird nichts zu melden haben. Überlassen Sie das mir.»

Sie einigten sich darauf, dass Kellyanne Conway – eine angriffslustige republikanische Meinungsforscherin, die den Wahlkampf bereits unterstützte – zur Wahlkampfmanagerin ernannt werden sollte.

«Wir schicken sie jeden Tag als das freundliche weibliche Gesicht des Ganzen ins Fernsehen», schlug Bannon vor. «Denn Kellyanne ist eine Kriegerin. Sie wird das feindliche Feuer auf sich ziehen. Aber sie ist beliebt. Und Beliebtheit ist das, was wir brauchen.»

In einem Moment der Selbsterkenntnis fügte er hinzu: «Ich werde nie im Fernsehen auftreten.»

Auch Conway hatte noch nie einen Wahlkampf geleitet. Damit waren sie zu dritt – der strahlende Kandidaturnovize, der Wahlkampfleiter und die Wahlkampfmanagerin.

Kellyanne Conway überwachte in diesem Monat die Produktion einiger Wahlkampfwerbespots.

«Bezahle ich diese Leute?», fragte Trump sie.

Er beschwerte sich über die Kameraaufstellung. Die Ausrüstung wirke veraltet, und das Licht gefalle ihm nicht. Die Aufnahmen seien nicht in HD. Er murrte über die Crew. «Sagen Sie ihnen, dafür zahle ich nicht.» Das war ein Standardsatz von ihm.

Später sagte er: «Alle außer Kellyanne sollen gehen.»

«Ich kriege ständig zu hören, dass ich ein viel besserer Kandidat bin als Hillary Clinton», sagte er, halb um ihre Einschätzung bittend.

«Nun, ja, Sir. Dazu braucht es keine Umfragen.» Aber man könne einiges anders machen. «Sie treten gegen die freudloseste Kandidatin in der Präsidentschaftsgeschichte an. Und allmählich fühlt es sich an, als wären wir genauso.»

«Nein, sind wir nicht.»

«Es fühlt sich nur so an. Ich habe Sie während der Vorwahlen beobachtet, und da wirkten Sie viel fröhlicher.»

«Ich vermisse die Zeit, als wir mit einer Handvoll Leute durch die Gegend geflogen sind, Wahlveranstaltungen gemacht haben und mit den Wählern zusammengekommen sind», sagte Trump.

«Die Zeiten sind vorbei», räumte sie ein. «Aber um Ihnen gerecht zu werden, sollten wir diese Stimmung in einer Wahlstrategie und einem Terminplan wieder zum Leben erwecken können, damit Ihre Fähigkeiten und Ihr Enthusiasmus wieder voll zum Tragen kommen.»

Sie versuchte es mit Offenherzigkeit. «Sie wissen, dass Sie verlieren? Aber das muss nicht sein. Ich habe mir die Umfragen angesehen.» Beim

Fernsehsender CNN war er an diesem Tag um fünf bis zehn Prozentpunkte gefallen. «Es gibt einen Weg zurück.»

«Nämlich?»

Sie war der Meinung, ihm sei etwas gelungen, ohne dass er es gemerkt habe. «Das Gerede von der Wählbarkeit, die der Republikanischen Partei das Wasser abgegraben hat», dass er aus irgendeinem Grund nicht gewinnen könne und nicht wählbar sei.

Die Wähler seien enttäuscht von den republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Die Argumente lauteten: «Wir müssen uns hinter Mitt Romney stellen. Er kann als Einziger gewinnen. Wir müssen John McCain unterstützen. Er kann gewinnen. Jeb kann gewinnen. Marco kann gewinnen. Dieser hier», Trump, Sie, «der kann nicht gewinnen. Das Volk hat entschieden. Ich falle nicht mehr drauf rein», und er hatte sich bei den Republikanern als Kandidat durchgesetzt.

«Sie ziehen große Massen an, wo Sie gar keinen traditionellen politischen Wahlkampf auf die Beine gestellt haben. Sie haben eine Bewegung ins Leben gerufen. Und die Leute fühlen sich als Teil von ihr. Die haben keinen Eintritt bezahlt. Ich kann Ihnen sagen, was ich aus den Umfrageergebnissen herauslese. Wir sind mit zwei großen Hindernissen konfrontiert.» Sie sagte, man sollte niemals nationale Umfragen durchführen. «Das ist der große Fehler der Medien», die nationale Umfragen durchführten. Wahlentscheidend sei offenkundig das Wahlmännerkollegium – man müsse die 270 Wahlmännerstimmen bekommen. Sie müssten die richtigen Staaten in Angriff nehmen, die etwa acht Swing States.

«Die Leute wollen detaillierte Vorschläge», sagte Conway. Es sei großartig von Trump gewesen, im Juli seinen Zehn-Punkte-Plan zur Reform der

Veteranenversorgung oder einen geplanten Fünf-Punkte-Plan zur Steuerreform vorzustellen. «Die Leute wollen diese Art von Details, aber man muss sie ihnen immer wieder vorkauen. – Die zweite verwundbare Stelle ist in meinen Augen, dass die Leute sicher sein wollen, dass Sie Ihre Versprechungen auch halten. Denn wenn Sie nicht liefern können, wenn der *Geschäftsmann* nicht zum Abschluss kommen und liefern kann, dann sind Sie nur irgendein weiterer Politiker. Und genau das sind Sie nicht.»

Es war ein Verkaufsgespräch, ein Weg, den Trump zu begrüßen schien.

«Meinen Sie, Sie können dieses Ding leiten?», fragte er.

«Was ist denn ‹dieses Ding›?», fragte sie. «Ich leite hier die Aufnahmen.»

«Den Wahlkampf», sagte Trump. «Den ganzen. Wären Sie bereit, Ihre Kinder ein paar Monate lang nicht zu sehen?»

Sie sagte auf der Stelle zu. «Sir, das kann ich für Sie tun. Sie können dieses Wettrennen gewinnen. Ich glaube nicht, dass ich Ihnen ebenbürtig bin. Ich werde Sie nie mit dem Vornamen ansprechen.»

Kapitel 3

Bannon war an diesem Sonntagabend auf dem Weg zu seinem Arbeitsplatz – der Wahlkampfzentrale im Trump Tower in New York City. Es war sein erster Besuch. Noch 85 Tage bis zur Präsidentschaftswahl.

Er fuhr in den vierzehnten Stock. An diesem Augustabend war die Sonne noch nicht untergegangen. Beim Eintreten erwartete er die Fragen von tausend Leuten: Was hatte Bannon hier zu suchen? Er würde eine Ausrede brauchen.

Entschlossen betrat er den War Room, die Einsatzzentrale, mit einem ganzen Wald von Fernsehern.

Nur ein Mensch war da. Ein Kind, wie es Bannon schien.

«Wer sind Sie?», fragte Bannon.

«Andy Surabian.»

«Wo zum Teufel sind die anderen?»

«Keine Ahnung», erwiderte Surabian. «So ist es hier jeden Sonntag.»

«Das ist die Wahlkampfzentrale?»

«Ja.»

«Der Ort, von wo aus alles organisiert wird?»

Ja. Surabian wies auf das Büro von Jason Miller – dem Kommunikationsdirektor – und das von Hope Hicks – dem jungen Ex-Model, die zur leitenden Pressesprecherin und wohl einflussreichsten Mitarbeiterin Trumps aufgestiegen war. Surabian war Leiter der Einsatzzentrale.

«Arbeitet ihr am Wochenende?»

Abermals bejahte Surabian. Einige arbeiteten in Washington, andere meldeten sich telefonisch.

Bannon versuchte es erneut. «Ist am Wochenende jemand hier?»

«Im Durchschnitt so wie heute.»

«Wo zum Teufel ist Jared? Ich muss mit Jared und Ivanka reden.» Bannon hatte gehört, dass Jared Kushner, Trumps Schwiegersohn, hier der Kopf und Strippenzieher war.

Jared and Ivanka befanden sich auf einer der größten Yachten der Welt, dem stolzen 300-Millionen-Dollar-Exemplar des Entertainmentmoguls und demokratischen Geldgebers David Geffen, und machten vor der Küste Kroatiens Urlaub mit Wendi Deng, einer Geschäftsfrau und früherer Ehefrau von Rupert Murdoch.

Manafort rief Bannon an. Er wollte ihn treffen.

«Warum kommen Sie nicht rauf?», sagte Manafort.

Wohin?

«Auf den Tower.»

Bannon musste wieder hinunter in die Lobby und in den Fahrstuhl zu den Wohnungen. Auf der Fahrt nach oben fragte er sich, was für einen Deal Trump mit seinem Wahlkampfmanager eingefädelt hatte. «Wenn dabei ein Penthouse im Trump Tower rausspringt, warum nicht?» Besser als seine bescheidene Wohnung im Bryant Park.

Wie sich herausstellte, war Manafort Eigentümer der Wohnung.

Bannon hatte Mitleid mit Manafort. Beeindruckt von dem Erfolg und Einfluss des Trump’schen Twitter-Accounts, hatte sich der Wahlkampfmanager auch angemeldet. Doch im April berichtete die New

Yorker *Daily News* unter der Schlagzeile «Make America kinky again» («Macht Amerika wieder sexy»), dass Manafort sich – wohl in Unkenntnis der Tatsache, dass Twitter ein öffentliches Forum ist – als Follower eines Sado-Maso-Schuppens in Manhattan namens *Decadence* geoutet hatte. «Manafort folgte dem noblen protzigen Peitsch-Platz, der sich selbst als der ‹intimste Swingerklub der Stadt› anpreist.»

Manafort hatte eine schöne Wohnung. Seine Frau Kathleen Manafort war Anwältin – eigentlich eine Sechzigerin, die aber Bannon wie eine Vierzigerin vorkam – und lag weiß gewandet und hingegossen im Sessel wie Joan Collins im Denver-Clan.

«Ich möchte Ihnen aufrichtig danken, dass Sie einspringen wollen», sagte Manafort. «Typisch Donald. So was macht er ständig.»

«Ich glaube, einiges davon war unter die Gürtellinie», sagte Bannon. Manafort winkte ab. «Hören Sie, alle sagen, dass Sie sich super mit den Medien auskennen.»

«Ich leite eine rechte Website. Interessenvertretung, damit kenne ich mich aus.»

«Ich möchte, dass Sie sich das hier ansehen», sagte Manafort und reichte ihm die Kopie eines Artikelentwurfs der *New York Times* mit dem Titel «Geheime Geschäftsunterlagen aus der Ukraine belegen Barzahlungen an Donald Trumps Wahlkampfmanager».

Bannon las weiter: «Handschriftliche Vermerke offenbaren 12,7 Millionen Dollar versteckte Barzahlungen an Mr. Manafort» von der prorussischen politischen Partei.

«Zwölf Millionen verschissene Dollar bar aus der Ukraine!» Bannon brüllte fast.

«Was?» Mrs. Manafort setzte sich kerzengerade auf.

«Nichts, Liebes», sagte Manafort. «Gar nichts.»

«Wann soll das erscheinen?», fragte Bannon.

«Möglicherweise heute Nacht.»

«Weiß Trump davon?»

Manafort verneinte.

«Seit wann ist es Ihnen bekannt?»

Seit zwei Monaten, sagte Manafort, seit die *Times* mit ihren Nachforschungen begonnen hatte.

Bannon las die ersten zehn Absätze. Absolut tödlich. Manafort war erledigt.

«Mein Anwalt hat mir geraten, nicht zu kooperieren», sagte Manafort. «Es sei bösartige Hetze.»

«Sie sollten Ihren Anwalt feuern.»

«Ich denke darüber nach.»

«Sie müssen Trump anrufen … sprechen Sie mit ihm. Wenn der Artikel erscheint, und er weiß nichts davon, können Sie einpacken. Wie haben Sie die 12,7 Millionen überhaupt transportiert?»

«Alles Lüge», sagte Manafort. «Ich hatte Ausgaben.»

«Was soll das heißen?»

«Ich bin allgemeiner Berater», erklärte er. «Ich habe meine Leute.» Viele Helfer hatten in der Ukraine für ihn gearbeitet. «Das ging alles für Honorare drauf. Ich habe keine 500000 Dollar dabei verdient.»

«Das nützt Ihnen nichts. Davon steht nichts in dem Artikel. Es heißt nur ‹Sie haben 12,7 Millionen Dollar in bar gekriegt›, klar?»

Bannon rief Jared an.

«Sie müssen zurückkommen», sagte er.

Noch in dieser Nacht ging der *Times*-Artikel über Manafort online, und am nächsten Morgen erschien er in der Zeitung. Wie Bannon vorhergesagt hatte, spuckte Trump Gift und Galle. Es hatte ihn ohne Vorwarnung erwischt.

Trump rief Reince Priebus an und teilte ihm mit, Steve Bannon werde den Chefposten übernehmen. Priebus staunte nicht schlecht, dass sich Trump schon wieder jemand ohne nennenswerte Erfahrung holte, hielt aber den Mund. Schließlich hatte er sich mit Bannons Breitbart-Website arrangiert. Nachdem er als Mitglied der republikanischen Elite zwei Jahre lang von Breitbart ans Kreuz genagelt worden war, hatte er eine neue Strategie entwickelt: Es war erheblich angenehmer, mit Breitbart zusammenzuarbeiten und seltener gekreuzigt zu werden.

Wie die Umfragen zeigten, waren nur 70 Prozent der Republikaner für Trump. Sie brauchten 90 Prozent. Das heißt, sie mussten den Parteiapparat auf Trumps Seite bringen.

«Schauen Sie, Sie kennen mich nicht», sagte Bannon. Vor Jahren war er Priebus einmal kurz begegnet. «Sie müssen heute Nachmittag unbedingt kommen, ich brauche Sie hier. Und Katie Walsh, dieses Mädel, das ein Superstar sein soll.» Priebus und Walsh, die Stabschefin des Republican National Committee, hatten Zugriff über die Datenbank der Republikaner auf jeden prospektiven Wähler des Landes.

Bannon wollte sichergehen, dass das RNC Trump nicht fallenließ. Es hieß, Geldgeber würden abspringen und man suche allseits nach Auswegen aus dem Trump-Schlamassel.

Stimmt nicht, versicherte Priebus ihm. Wir bleiben bei der Stange.

«Wir müssen als Team arbeiten», sagte Bannon.

«Und Sie denken, Sie kriegen das hin?»

«Hören Sie, Trump kümmert sich nicht um Einzelheiten», sagte Bannon. Das sei ihre Aufgabe.

In seiner zotigen Art berichtete Bannon später: «Am 15. August habe ich Reince Priebus den Schwanz gelutscht und dem Establishment erklärt: Wir können ohne euch nicht gewinnen.»

Selbst wenn es Trump und seinem Wahlkampfteam nicht klar war, Priebus wusste sehr genau, dass Trump auf die Unterstützung des RNC angewiesen war. Der Kandidat hatte fast keine Bodentruppen, die sich direkt um die Wähler kümmerten, und keine Ahnung von den einfachsten Dingen – dem Einmaleins der Politik.

Während der letzten Jahre hatte Priebus enorme Anstrengungen unternommen, um das RNC in eine datengesteuerte Organisation umzuwandeln. Nach dem Vorbild der siegreichen Wahlkampfstrategie von Obama hatte das RNC damit begonnen, riesige Summen – am Ende mehr als 175 Millionen Dollar – in Wähleranalysen und große Datensammlungen zu stecken, wobei sie einzelne Vorwähler genau unter die Lupe nahmen. Mit Hilfe dieser Informationen unterteilten sie Wahlkreise in kleine «Reviere», in denen sie dann Heerscharen von freiwilligen Wahlhelfern einsetzten.

Alle waren stets davon ausgegangen, dass das RNC, sobald der Kandidat gekürt war, seine starke, glänzende Maschine an einen ziemlich robusten, umfangreichen Wahlkampfapparat hängen würde. Trotz aller Beleidigungen, die das RNC während der Vorwahlen hatte einstecken müssen – einmal bezeichnete Trump das RNC als «Schande» und «Schwindel» und sagte, Priebus «sollte sich schämen» –, war das RNC praktisch Trumps Wahlkampfteam.

Die erste Aufgabe der freiwilligen Wahlhelfer bestand darin, jene Wähler zur Briefwahl oder Frühwahl zu bewegen, die als pro-Trump geführt wurden, weil sie auf einer Skala von 0 bis 100 in einer landesweiten Datenbank einen Punktwert von 90 oder mehr erreichten. In Ohio wiesen von etwa sechs Millionen Wählern ungefähr eine Million 90 oder mehr Punkte auf. Nachdem diese Wähler für eine Frühwahl ausersehen waren, setzten ihnen die Wahlhelfer und Freiwilligen so lange zu, bis die Stimme abgegeben war.

Daraufhin wandten sich die Wahlhelfer den Wählern zu, die einen Punktwert von 60 oder 70 erreichten, und versuchten sie zu überreden, Trump zu wählen. Das System sollte die Zufälligkeit der Wählerkontakte beseitigen und alle Anstrengungen auf die Menschen konzentrieren, die am ehesten dazu neigten, Trump zu wählen.

Am 17. August gab die Wahlkampfzentrale den Führungswechsel bekannt. Die *New York Times* berichtete: «Trumps Entscheidung, Stephen K. Bannon, den Vorsitzenden der Breitbart-Nachrichten-Website, als Leiter seines Wahlkampfteams einzusetzen, war trotziger Widerstand gegen die Bemühungen langjähriger republikanischer Wahlhelfer, ihm die schwülstigen, rassistisch gefärbten Reden abzugewöhnen, die ihm die Nominierung gebracht hatten, jetzt aber seine Kandidatur gefährdeten … Für

Mr. Trump hingegen war die Einbeziehung von Mr. Bannon die politische Entsprechung eines Trostessens.»

Bannon versuchte, sich mit Trump zusammenzusetzen und mit ihm den Feinschliff der Strategie und die Fokussierung auf bestimmte Staaten durchzugehen. Doch der Kandidat hatte kein Interesse, darüber zu sprechen.

Bannon versicherte Trump, er habe die «metaphysische Gewissheit, dass Sie gewinnen, wenn Sie sich an diese Taktik halten und auf den Vergleich mit dem Gegensatz zu» Hillary Clinton konzentrieren. «Jede ermittelte Zahl spricht für uns.»

«Mir wurde klar», sagte Bannon später, «ich bin der Regisseur und er der Schauspieler.»

Im Juli hatte Kellyanne Conway den viertägigen Parteikonvent der Demokraten besucht. Sie hatte sich die Reden angehört, mit Delegierten gesprochen, war im Fernsehen aufgetreten. Anhand ihrer Beobachtungen hatte sie ihre gegenwärtige Strategie entwickelt. «Deren Botschaft ist, Donald Trump ist schlecht, und wir sind nicht Donald Trump. Der Rest der Botschaft war Hautfarbe, Gender, LGBT (lesbian, gay, bisexual and transgender).»

Conway prägte den Ausdruck «der heimliche Trump-Wähler». Das waren die Leute, die keine Ahnung hatten, wie sie sich in der bevorstehenden Wahl entscheiden sollten. Die sagten: «Himmel, mein Dad, mein Granddad und ich, wir waren alle in der Gewerkschaft. Und ich wähle jetzt Donald Trump?» Mit einem Fragezeichen am Ende. «Ich wähle jetzt einen republikanischen Milliardär?» Noch ein Fragezeichen.

«Und dann waren da diese Frauen, die sagten, klar bin ich dafür, dass Abtreibung erlaubt bleibt, aber ich glaube nicht, dass sich etwas an *Roe v.*

Wade ändern wird. Allerdings verstehe ich nicht, warum ich mir kein normales Leben mehr leisten kann, also kriegt meine Stimme der, der das ändert.»

Viele Medien kauften ihr den «verborgenen Trump-Wähler» nicht ab. Aber die Datenbank von Priebus und Walsh lieferte dem RNC und den Wahlkampfhelfern Aufschlüsse über fast alles, was es über den einzelnen prospektiven Wähler zu wissen gab – die Biersorte, die er trank, Marke und Farbe seines Autos, Alter und Schulart seiner Kinder, seine Hypothekenbelastung, die Zigaretten, die er rauchte. Holte er sich jedes Jahr eine Jagdlizenz? Hatte er Waffenzeitschriften abonniert oder liberale Zeitschriften wie *The New Republic*?

Und Conway sagte: «Es gibt nicht einen einzigen verborgenen Hillary-Wähler im ganzen Land. Die posaunen das überall rum.»

Über Clinton meinte sie: «Sie scheint keine Botschaft zu haben. Wenn ich sie wäre, würde ich mir eine Botschaft suchen. Ich würde sie mir ganz zu eigen machen. Und sie wäre positiv und ermutigend und optimistisch. Bislang kann ich keinen Hauch von Optimismus bei ihr erkennen.»

Clinton hatte nicht in einem einzigen der Schlüsselstaaten die Fünfzigprozentmarke geknackt, in denen Obama zwei Mal mit über 50 Prozent gewonnen hatte. Wie Bannon war Conway der Meinung, dass sie diese verborgenen Trump-Wähler kriegen könnten, wenn es ihnen gelänge, im Trump-Wahlkampf Hillary anstelle von Trump zu thematisieren. Wenn es weiterhin um Trump ginge, «werden wir vermutlich verlieren».

Der Eindruck, den Bannon sechs Jahre zuvor gewonnen hatte, als er Trump 2010 zum ersten Mal begegnet war, verfestigte sich. Bannon: «Ich bin an

einen Archie Bunker geraten … Er ist ein Tiberius Gracchus» – der römische Volkstribun aus dem zweiten Jahrhundert v. Chr., der das Land der reichen Patrizier und Großgrundbesitzer an die Armen verteilen wollte.

Bannon sah sich den Terminplan an – als Nächstes kam die Woche des Bildungssystems, dann die Woche der Frauenrechte, die dritte Woche gehörte den Kleinunternehmen. Wie bei George Bushs erster Kandidatur in den 1980er Jahren. Klassischer Country-Club-Republikanismus. «Weg mit diesem Scheiß», sagte er.

Bannon schlug Jared Kushner einen neuen Plan vor. In jedem der heiß umkämpften Staaten hinkte Trump zweistellig hinterher. Bannons Plan hatte drei Stufen:

Erstens die nächsten sechs Wochen von Mitte August bis zum 26. September, dem Tag, auf den das erste Fernsehduell mit Hillary festgesetzt war. «Wenn wir auf fünf bis sieben Prozentpunkte herankommen, könnte das eine Brücke sein, die uns zum Sieg führt.»

Zweitens die drei Wochen der Debatten. Das war die Phase größter Gefahr. «Er ist völlig unvorbereitet für große Duelle», sagte Bannon. «Sie wird ihn in der Luft zerreißen, weil sie die Beste ist», wenn es um Debatten und Politik gehe. Sie mussten auf Spontanität setzen. Trump hatte kein Problem, unvorhersehbar zu handeln. «Er soll sich in diesen Debatten auf sein Gefühl fürs Publikum verlassen. Das ist unsere einzige Chance … Wenn er umhergehen und sich auf die Leute einlassen kann.» Trotzdem blieb er pessimistisch. «Sie wird uns zermalmen … Wir gehen hoffnungslos baden.»

Drittens die letzten drei Wochen vor dem Wahltag, nach der abschließenden Debatte am 8. November. Das Fundraising durch Steve Mnuchin, den Ex-Manager von Goldman Sachs und nationalem

Finanzvorstand des Wahlkampfs, hielt er für einen schlechten Witz. Sie mussten sich an Trump selbst halten.

Bannon erklärte, er habe Daten gesehen, die einen Sieg in Ohio und Iowa möglich erscheinen ließen. Außerdem müssten sie Florida und North Carolina gewinnen. Dann könnten Pennsylvania, Michigan, Wisconsin und Minnesota wieder an die Republikaner fallen. Das alles erschien wie eine größenwahnsinnige Pantasie.

«Die Götterdämmerung», die Entscheidungsschlacht, sagte er.

Manaforts Ausscheiden wurde am 19. August bekanntgegeben.

Am 22. August brachte das Magazin *Time* ein Cover, das Trumps Gesicht im Zustand der Auflösung zeigte, und titelte «Kernschmelze».

Kapitel 4

Anzeichen für eine russische «Aufklärungstätigkeit» bzw. für ein unberechtigtes digitales Eindringen, wie der US-Geheimdienst (NSA) es nannte, wurden erstmals im Sommer 2015 erkennbar, und zwar in den Wählerregistern auf lokaler und Bundesebene, in denen Namen und Adresse der Wahlberechtigten aufgelistet sind. Ausgehend von Illinois breiteten sich diese Aktivitäten über das ganze Land aus. Am Ende waren einundzwanzig Bundesstaaten betroffen.

Als die NSA und die Bundespolizei (FBI) mehr Informationen zu diesen Cyberattacken gesammelt hatten, befürchtete James Clapper, der Direktor der Nationalen Nachrichtendienste, dass Russland die Daten verwenden könnte, um das Wahlergebnis in welcher Form auch immer zu manipulieren. Und er fragte sich, ob hinter all dem wirklich nur Russland steckte. Die Russen versuchten ja immer Ärger zu machen.

Clapper sorgte jedenfalls dafür, dass bereits diese ersten Informationen in der täglichen Lagebesprechung mit dem US-Präsidenten, also Obama, landeten. Die Rede ist von dem Geheimdienstbericht, der die allerhöchste Geheimhaltungsstufe hat. Obama las ihn jeden Tag auf einem speziell programmierten iPad, das er anschließend wieder zurückgab. Ähnlich programmierte iPads erhielten der Außenminister, der Verteidigungsminister, der Nationale Sicherheitsberater und der CIA-Direktor. Mit dem einzigen Unterschied, dass der Bote, der ihnen das iPad brachte, im Raum blieb,

während sie den Bericht lasen, und das iPad unmittelbar danach wieder mitnahm.

Im Juli 2016 begannen WikiLeaks und DC Leaks, eine weitere Website für gehackte Regierungs- und Militärinformationen, E-Mails zu veröffentlichen, die russische Hackergruppen mit den Codenamen «Cozy Bear» und «Fancy Bear» vom Server des Democratic National Committee, der Parteiorganisation der Demokraten, gestohlen hatten.

Die Geheimdienstberichte über die Einmischung der Russen bereiteten Obamas Nationalem Sicherheitsrat (NSC) große Sorgen. Denn die Erkenntnisse sprachen eine immer deutlichere Sprache.

Sollte Präsident Obama zur besten Sendezeit vors Volk treten und diese Erkenntnisse publik machen? Oder würde das so aussehen, als wollte er Trump schaden, indem er den Kandidaten der Republikaner mit Russland in Verbindung brachte? Könnte diese Strategie vielleicht sogar nach hinten losgehen und den Eindruck erwecken, *er* wolle die US-Wahlen beeinflussen und das Zünglein an der Waage spielen?

Andererseits barg es gewisse Gefahren, die Information unter Verschluss zu halten: Was, wir wissen, dass die Russen sich einmischen, und wir tun nichts? Wir informieren die Bevölkerung nicht? Nach der Wahl konnte das durchaus negative Konsequenzen für Obama und sein Team für die nationale Sicherheit haben.

In dem kaum wahrscheinlichen, ja nahezu unvorstellbaren Fall, dass Trump die Wahl gewinnen würde und die Informationen an die Öffentlichkeit gelangten, würde es Fragen geben: Wer hat was genau gewusst? Wann kamen diese Dinge ans Licht? Und was hat wer unternommen?

John O. Brennan, Direktor der CIA, war strikt dagegen, dass man die Informationen offenlegte. Brennan wollte seine Informanten schützen. «Das ist ein echtes Dilemma», sagte er, und zwar war es das für ihn persönlich ebenso wie für die CIA als Institution. «SCHÜTZE DEINE INFORMANTEN» lautet der oberste Grundsatz der CIA. Aber trotzdem wollte er etwas unternehmen.

Brennan plante ohnehin ein Gespräch mit seinem russischen Amtskollegen, dem Leiter des FSB-Geheimdienstes Alexander Bortnikow, bei dem es um Syrien und die Schikanen gegen amerikanische Diplomaten gehen sollte. Und so fragte er Obama, ob er bei dieser Gelegenheit auch das Thema Wahlkampfeinmischung ansprechen solle.

Obama gab sein Okay zu dieser informellen Vorgehensweise.

Am 4. August 2016 konfrontierte Brennan Bortnikow: Ihr mischt euch in unsere Wahlen ein. Wir wissen das. Wir haben dafür eindeutige Belege.

Bortnikow leugnete alles rundweg ab.

Am nächsten Tag, dem 5. August, erschien in der *New York Times* ein Gastbeitrag von Mike Morell, der von 2010 bis 2013 stellvertretender Direktor der CIA und zweimal deren kommissarischer Direktor war. Schlagzeile: «Ich habe die CIA geführt. Heute unterstütze ich Hillary Clinton.» Morell warf Trump vor, «nichtsahnend Agent der Russischen Föderation» zu sein.

Clapper fiel die Aufgabe zu, die «Gang of Eight» [Achterbande] im Kongress zu informieren: die Führer der Republikaner und Demokraten im Senat und im Repräsentantenhaus sowie die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Geheimdienstausschüsse beider Kammern.

Clapper war fassungslos, dass die Mitglieder der Gang of Eight weiterhin ihr parteipolitisches Süppchen kochten. Die Republikaner wiesen seinen Bericht zurück. Die Demokraten stürzten sich förmlich darauf und entfachten ein Sperrfeuer von Fragen nach dem Woher dieser Informationen und weiteren Einzelheiten. Er verließ das Treffen mit einem Gefühl der Bestürzung, da die Geheimdienstinformationen zusehends zum politischen Faustpfand wurden, das jeder benutzte, wie es ihm gerade dienlich war.

Im Herbst ließen die Geheimdienstberichte zweifelsfrei erkennen, dass Russland – wie fast alle anderen auch – von einem Sieg Hillary Clintons ausging. Und so verlagerte Präsident Putin den Fokus seiner Kampagne darauf, ihre kommende Präsidentschaft bestmöglich zu unterminieren.

Clapper und der Heimatschutzminister Jeh Johnson wollten die Öffentlichkeit unbedingt über die russische Einmischung informieren. Am Freitag, dem 7. Oktober, um 15 Uhr gaben die beiden eine Stellungnahme ab, in der sie Russland offiziell beschuldigten, auf die Wahlen Einfluss zu nehmen. In dieser öffentlichen Verlautbarung wurde Putin jedoch nicht namentlich genannt.

«Die US-Geheimdienste sind sicher, dass die russische Regierung für die jüngste Veröffentlichung von E-Mails sowohl von Einzelpersonen wie Institutionen verantwortlich ist. Diese Diebstähle und Enthüllungen haben das Ziel, die US-Wahl zu beeinflussen. Russlands höchste Amtsträger sind die Einzigen, die solche Aktivitäten angeordnet haben können.»

Clapper, Johnson und Clintons Wahlkampfteam gingen davon aus, dass die Sache an diesem Wochenende die Nachrichten beherrschen würde. Ebenso wie die Journalisten, die sich mit der Geschichte zu beschäftigen begannen.

Doch nur eine Stunde später, um 16 Uhr 05, veröffentlichte David Fahrenthold in der *Washington Post* einen Artikel mit der Überschrift: «Mitschnitt von 2005 zeigt Trump, wie er sich extrem anzüglich über Frauen äußert.»

Die *Post* veröffentlichte eine nicht verwendete Tonaufnahme von den Dreharbeiten zu der NBC-Show *Access Hollywood*, in der Trump höchst geschmacklos mit seinen sexuellen Heldentaten prahlt. Er meinte, er könne Frauen nach Belieben betatschen und küssen. «Wenn du ein Star bist, lassen sie dich ran», sagte er. «Du kannst alles machen, du kannst ihnen sogar an die Muschi greifen.»

Das Band war ein politisches Erdbeben. Die Russland-Geschichte ging daneben einfach unter.

«Ich hatte erwartet, dass sich in den folgenden Tagen eine Debatte darüber entwickeln würde», sagte Jeh Johnson später. «Dass die Presse Fragen stellen und es eine Auseinandersetzung geben würde.» Doch die Medien «galoppierten geschlossen ans andere Ende der Weide, wo es um Gier und Sex und Grapschen ging».

Trump gab in der *Washington Post* eine kurze Stellungnahme ab: «Das war einfach das übliche Männerumkleiden-Gequatsche, eine private Unterhaltung, die vor vielen Jahren stattfand. Bill Clinton hat auf dem Golfplatz viel schlimmere Sachen gesagt – sehr viel schlimmere. Ich entschuldige mich, wenn ich dadurch jemanden beleidigt haben sollte.»

Keine halbe Stunde später, also um 16 Uhr 30, setzte WikiLeaks dem Ganzen die Krone auf, indem es Tausende E-Mails veröffentlichte, die vom privaten Mailaccount von John Podesta, dem Wahlkampfleiter Clintons, gestohlen worden waren. Darunter waren Auszüge aus bezahlten Vorträgen,

die Clinton vor Wall-Street-Managern gehalten hatte. Sie hatte deren Veröffentlichung stets abgelehnt. Dazu kamen Podestas Mails an die Wahlkampftruppe und die Korrespondenz der Wahlkämpfer mit Donna Brazile, die damals kommissarisch dem Democratic National Committee vorstand. Es ging um die Themen und Fragen für die kommenden Debatten und Wahlkampfauftritte Clintons.

Nach Mitternacht – und stündlich waren die empörten Wortmeldungen zum *Access Hollywood*-Band vom gesamten politischen Spektrum eingetrudelt – veröffentlichte Trump eine Abbitte auf Video: «Ich habe nie behauptet, dass ich ein vollkommener Mensch bin … diese Worte spiegeln nicht wider, wer ich bin. Ich habe es gesagt, es war falsch, ich entschuldige mich … Ich schwöre, dass ich von nun an ein besserer Mensch sein werde, und ich werde euch nie, nie enttäuschen. Aber seien wir mal ehrlich. Wir leben doch in der realen Welt. Und das ist nichts weiter als ein Ablenkungsmanöver … Bill Clinton hat Frauen missbraucht, und Hillary hat seine Opfer schikaniert, angegriffen, bloßgestellt und eingeschüchtert … Wir sehen uns wieder bei der Debatte am Sonntag.»

Am nächsten Morgen, am Samstag, den 8. Oktober, versammelte sich Trumps Kommandocrew im Penthouse im Trump Tower.

Priebus sagte zu Bannon: «Die Spender sind alle abgesprungen. Alle haben sich distanziert. Paul Ryan wird heute Nachmittag dasselbe tun.» Der Abgang der Geldgeber und des Sprechers der Republikaner im Repräsentantenhaus sprachen eine deutliche Sprache: Das war das Ende. «Es ist vorbei», resümierte Priebus.

«Was meinen Sie mit ‹Es ist vorbei›?», hakte Bannon nach.

«Alle unsere Unterstützer ziehen sich zurück. Ich weiß nicht mal, ob Pence noch dabei ist.» Der bis in die Haarspitzen loyale Mike Pence, Trumps Kandidat für die Vizepräsidentschaft, hatte Zweifel bekommen.

«Machen Sie Witze?», entgegnete Bannon. «Das ist doch nur ein Band, Mann.»

«Sie kapieren es einfach nicht», sagte Priebus. «Es ist aus und vorbei.»

Das Team traf sich bei Trump zu Hause. Trump selbst saß in seinem riesigen goldenen Sessel.

«Wie sind die Umfragewerte?», wollte er wissen. «Okay, gehen wir das mal der Reihe nach durch. Ich möchte ehrlich wissen, was ihr mir empfehlt. Was ist euer Rat?»

«Sie haben zwei Möglichkeiten», begann Priebus. «Entweder ziehen Sie sich sofort zurück oder Sie werden verlieren, und zwar mit einem Erdrutsch, wie Amerika ihn noch nie gesehen hat. Sie werden fürs Leben gedemütigt sein. Ich bin dann weg vom Fenster. Ich habe jeden Vorsitzenden gefragt, jeden Kongressabgeordneten, jeden Senator, jeden Menschen im Republican National Committee, der mir wichtig ist – die sind außer Rand und Band. Und sie sagen, dass Sie entweder mit Pauken und Trompeten verlieren werden oder dass Sie gleich aufhören sollten. Was Besseres kann ich dazu leider nicht sagen.»

«Nun», meinte Trump, «es freut mich, dass wir mit einem so positiven Ausblick beginnen.»

«Jetzt lassen Sie doch mal die Scheiße», sagte Bannon zu Priebus. «Das ist doch alles Quatsch.»

«Wenn Sie jetzt aussteigen wollen», ließ Priebus sich vernehmen, «dann ist Pence bereit einzuspringen. Und Condi Rice wird Kandidatin für den Vizeposten.» Rice war unter George W. Bush Nationale Sicherheitsberaterin gewesen und später Außenministerin.

«Das kommt überhaupt nicht in Frage», widersprach Bannon laut. «Das ist lächerlich. Scheißabsurd.» In den nicht einmal zwei Monaten, seit er die Wahlkampfleitung übernommen hatte, hatte Trump auf unzähligen Kundgebungen den Abstand auf Hillary Clinton halbiert. Trump war mittlerweile ein Rockstar.

Chris Christie, der Gouverneur von New Jersey, saß in Jogginghosen und Baseballmütze da.

«Hier geht es nicht mehr um den Wahlkampf», sagte er mit bedeutungsschwangerem Ton, «damit ist es vorbei. Aber es geht um Sie als Marke. Sie haben Ihr Leben lang gearbeitet. Diese Kids …» Mit diesen Worten zeigte er auf Trumps Sohn Don Junior und Jared Kushner. «Sie müssen die Marke für sie retten, sonst ist sie hinüber.»

Rudy Giuliani meinte, die Wahrscheinlichkeit, dass Trump gewinnen würde, läge bei weniger als 50 Prozent. «Im Grunde haben Sie jetzt rund 40 Prozent.»

«Sollen wir bei *60 Minutes* anrufen?», fragte Kellyanne Conway. Sie schlug eine öffentliche Beichte vor. «Am Sonntag geht’s nicht, weil da die Debatte ist … Oder wir rufen ABC oder NBC an und lassen ihn hier auf dem Sofa zwischen Ivanka und Melania sitzen, wo er sich – quasi unter Tränen – entschuldigt.»

Melania Trump war heruntergekommen und schritt hinter dem Sofa auf und ab, auf dem Conway sie für die Sendung platzieren wollte. Es war völlig

klar, dass sie vor Wut schäumte.

«Mach ich nicht», sagte Melania mit ihrem slowenischen Akzent und wedelte abwehrend mit der Hand. «Nix da. Nein, nein, nein.»

Bannon glaubte, sie hätte mehr Einfluss auf Trump als irgendjemand sonst. Sie würde merken, wer schleimte und wer die Wahrheit sagte. «Hinter den Kulissen ist sie der Hammer.»

«Was denken Sie denn?», wollte Trump von Bannon wissen.

«Einhundert Prozent», antwortete Bannon.

«Einhundert Prozent was?», hakte Trump nach.

«Einhundert Prozent metaphysische Gewissheit, dass Sie gewinnen werden.» Er verkündete häufig hundertprozentige Gewissheiten.

«Lassen Sie jetzt mal den Scheiß», brüllte Trump. «Ich habe diese ewigen hundert Prozent satt. Ich will wissen, was Sie wirklich denken.»

Priebus glaubte nicht an die hundert Prozent und dachte, dass niemand im Raum das in diesem Augenblick tat. Und er sah, dass Trump auf sich selbst sauer war.

«Aber es sind hundert Prozent», entgegnete Bannon. Trumps Worte seien eben typisches «Männerumkleiden-Gequatsche» gewesen. Seine Anhänger würden immer noch hinter ihm stehen. «Sie wollen, dass ihr Land gerettet wird.» Der Vergleich mit Bill Clinton sei ganz praktisch. «Wir werden Ihre Worte seinen Taten gegenüberstellen.» Bill Clinton war ebenso Trumps Gegner wie Hillary, vielleicht mehr denn je.

«Wie sollen wir das anstellen?», fragte Trump.

«Jared und ich haben den Ballsaal im Hilton für heute Abend um acht reserviert. Wir werden die Meldung auf Facebook stellen und tausend Hammerschädel» – Bannons Ausdruck für eingefleischte Trump-Fans – «in

roten Baseballmützen ankarren. Und Sie werden verdammt noch mal eine Kundgebung halten und dabei die Medien angreifen. Wir legen noch eine Schippe drauf. Scheißt sie zusammen! Verstanden?»

Trump schien hingerissen.

Die anderen waren dagegen. Es gab einen gewaltigen Streit, dann wurde ein Kompromiss ausgehandelt.

Conway würde ABC anrufen und dafür sorgen, dass David Muir, der ABC-Anchorman, mit dem Hubschrauber eingeflogen wurde. Giuliani und Christie würden einführende Worte für Trump schreiben, und dann sollte Muir ihn zehn Minuten lang interviewen.

Bannon hielt dies für politischen Selbstmord. Danach wäre es mit dem Wahlkampf aus und vorbei, und Trump würde mit zwanzig Prozent Abstand verlieren.

Er meinte, dass sie das Hilton außerdem über die Kundgebung informieren müssten, denn schließlich würde man dort Bares verlangen.

Priebus erklärte erneut, dass Trump seiner Ansicht nach zurücktreten sollte. «Ihr habt doch keine Ahnung, was ihr da tut. Ihr werdet untergehen.»

Prominente Republikaner riefen an und baten Trump, seinen Platz doch Mike Pence zu überlassen, der gerade in Ohio Wahlkampf machte. Er war abgetaucht, nachdem das *Access Hollywood*-Band publik geworden war.

Kurz vor 13 Uhr gab Pence eine Stellungnahme ab: «Als Ehemann und Vater habe ich mich von den Worten und Taten Donald Trumps in dem elf Jahre alten Video, das gestern ausgestrahlt wurde, beleidigt gefühlt. Ich billige seine Bemerkungen nicht und kann sie daher nicht verteidigen. Ich bin dankbar, dass er sein Bedauern ausgedrückt und sich beim amerikanischen

Volk entschuldigt hat. Wir beten für seine Familie und erwarten, dass er zeigt, was in seinem Herzen ist, wenn er morgen vor die Nation tritt.»

Es kursieren Gerüchte, Pence habe Bannon einen verschlossenen Brief für Trump gegeben, in dem er ihn zum Rückzug drängt.

Zwei Stunden später veröffentlichte Melania Trump eine Stellungnahme: «Die Worte, die mein Ehemann gebraucht hat, sind für mich nicht akzeptabel und beleidigend. Sie spiegeln jedoch nicht den Mann wider, den ich kenne. Er hat das Herz und den Verstand eines echten Führers. Ich hoffe, die Menschen werden seine Entschuldigung akzeptieren, so wie ich das getan habe, und sich auf die wichtigen Themen konzentrieren, mit denen unser Land und die Welt konfrontiert sind.»

Um 15 Uhr 40 twitterte Trump: «Die Medien und das Establishment wollen mich unbedingt loswerden – ABER ICH WERDE NIEMALS AUFGEBEN UND MEINE UNTERSTÜTZER IM STICH LASSEN! #MAGA. Make America Great Again. [Amerika wieder groß machen.]

Trump nahm auf dem Sofa Platz. Die Vorbereitungen für das ABC-Interview waren in vollem Gange – es würde vermutlich alle Zuschauerrekorde brechen. Giuliani und Christie überreichten Trump das Blatt mit dem von ihnen vorbereiteten Text.

Trump las: «Meine Sprache war eines Präsidenten nicht würdig und nicht akzeptabel.» Das war typisches Politikergesäusel – nicht Trump, sondern Giuliani und Christie. Trump reagierte unwirsch.

«Das kann ich nicht machen», sagte er. «Das ist doch absolute Scheiße. Das ist schwach. Ihr seid schwach.»

Bannon witterte Morgenluft. Er musste nur einfach den Mund halten.

«Donald, Sie verstehen das nicht», sagte Christie.

«Donald, Donald, Donald», meinte Giuliani. «Sie müssen es tun. Denken Sie doch nur an die Mütter in den Vorstädten.»

Die Minuten verrannen.

Bannon wandte sich an Conway: «Was können Sie tun, um das abzublasen?»

«Sie können das nicht abblasen», gab sie zurück. «Sie sind schon da.» ABC und David Muir.

«Was können Sie tun, um das Ganze abzublasen?», wiederholte Bannon.

«Aber das würde mich meine ganze Glaubwürdigkeit kosten. Sie können das nicht einfach absagen. Die Sache läuft. Wir müssen das durchziehen», antwortete Conway.

«Das läuft so nicht», sagte Bannon. «Er wird es nicht tun. Auch wenn er am Anfang ein paar Worte spricht», fuhr er fort, «können Sie ihn nicht ins Live-Interview schicken. Da wird man ihn zerfetzen.» Sich entschuldigen war einfach nicht Trumps Ding. Und wenn man ihm danach Fragen stellen würde, würde er die Entschuldigung unweigerlich zurücknehmen und sich selbst widersprechen.

Also versuchte man, den Text umzuschreiben.

Trump las die ersten beiden Zeilen.

«Ich mache das nicht.»

Das Glas im Trump Tower ist dick, aber man hörte, wie die Trump-Fans, die sich auf der Straße versammelt hatten, röhrten. Ein Aufstand der «Abgehängten», die sich Hillary Clintons abwertende Bezeichnung zu eigen gemacht hatten.

«Mein Volk!», erklärte Trump. «Ich gehe da runter. Macht euch keine Sorgen wegen der Kundgebung. Ich tue es gleich auf der Stelle.»

«Sie gehen da nicht runter», meinte der Agent vom Secret Service. «Sie gehen nicht raus.»

«Ich gehe», antwortete Trump. Und schon war er unterwegs. «Das ist doch spitze.»

Conway versuchte, ihn aufzuhalten. «Aber Sie können ABC nicht einfach absagen.»

«Mir doch egal. Ich mache das nicht. Es war sowieso eine blöde Idee. Ich wollte das nie machen.»

Bannon wollte gerade zu Trump in den Fahrstuhl steigen, als Christie rief: «Warten Sie einen Moment.»

Also blieb Bannon zurück, während Trump mit Conway, Don Junior und dem Secret Service nach unten fuhr.

«Sie sind verdammt noch mal das eigentliche Problem hier», sagte Christie zu Bannon. «Sie waren von Anfang an das Problem.»

«Wovon reden Sie denn eigentlich?»

«Sie sind der, der das angezettelt hat. Sie holen all seine niedrigsten Instinkte ans Licht. Aber jetzt ist die Sache gelaufen, und Sie tragen die Verantwortung dafür. Immer wenn er einem seiner schrecklichen Instinkte freien Lauf lässt, bestärken Sie ihn noch darin. Das wird eine Riesenblamage.»

Christie hatte so dicht vor Bannon Aufstellung genommen, dass der andere fast in seinem Schatten verschwand. Bannon hätte ihm am liebsten so etwas geantwortet wie: «Komm doch, du fetter Arsch. Tragen wir’s doch gleich an Ort und Stelle aus.»

«Herr Gouverneur», sagte er stattdessen, «morgen geht das Flugzeug.» Sie wollten nach St. Louis zur zweiten Fernsehdebatte mit Hillary Clinton.

«Wenn Sie im Flugzeug sitzen, sind Sie weiter im Team.»

Unten lenkten die Leute vom Secret Service mittlerweile ein. Trump durfte hinaus auf die Straße, aber nur kurz. Schließlich wusste man nicht, ob jemand in der Menge bewaffnet war. Vor dem Tower stand ein brüllender Mob aus Unterstützern und Gegnern zugleich.

Um 16 Uhr 30 trat Trump vor die Tür und klatschte die Männer ab, die in der ersten Reihe standen. Flankiert vom Secret Service und von der New Yorker Polizei, schüttelte er einige Minuten lang viele Hände.

«Werden Sie weitermachen?», wollte ein Journalist wissen.

«Einhundert Prozent», antwortete Trump.

Alle in Trumps Wahlkampfteam sagten ihre Teilnahme an den Sonntagmorgen-Sendungen ab, nur Rudy Giuliani nicht. Priebus, Christie, ja selbst die verlässliche, dickfellige, allzeit bereite Conway hätten ähnliche Termine gehabt. Alle ließen sich entschuldigen.

Giuliani aber trat gleich in fünf Talkshows an. Er machte «den vollen Ginsburg», wie man das zu Ehren von Monica Lewinskys Anwalt William H. Ginsburg nannte. Ginsburg war am 1. Februar 1998, als die Affäre gerade am Hochkochen war, im Sonntagmorgenprogramm der wichtigsten fünf Fernsehsender zu Gast.

Giuliani spielte bei jedem Auftritt dieselbe Rolle, versuchte es jedenfalls. Trumps Worte sind «verwerflich und schrecklich und tadelnswert», aber er hat sich entschuldigt. Trump heute ist nicht derselbe Mensch wie 2005, als man das Band aufgenommen hatte. Der Wahlkampf habe ihn «verwandelt», nun sei er ein neuer Mensch. Außerdem verrieten die Reden von Hillary Clinton vor den Goldman-Sachs-Managern, die von John Podestas

Mailaccount gestohlen worden waren, eine bedenkliche Nähe zur Wall Street, die in scharfem Gegensatz zu den liberalen Positionen stand, die sie in der Öffentlichkeit vertrat. Das Land hätte dafür viel weniger Verständnis.

Bannon, der gewöhnlich sonntagmorgens nicht vorm Fernseher saß, schaltete diesmal ein. Und jener Morgen erwies sich als höchst ungemütlich. Als Jack Tapper von CNN meinte, Trumps Worte erfüllten den Tatbestand der sexuellen Belästigung und seien «schon auf einer grundlegend menschlichen Ebene ausgesprochen beleidigend», antwortete Giuliani nur: «Ja, stimmt.»

Giuliani war total erschöpft, wie ausgebrannt, aber er hatte seine Ergebenheit und Freundschaft unter Beweis gestellt. Er hatte alle Register gezogen und immer wieder seine katholische Erziehung ins Spiel gebracht: «Man beichtet seine Sünden und fasst dann den festen Entschluss, diese Sünde nie mehr zu begehen. Dann erteilt einem der Priester die Absolution, und man ist – hoffentlich – ein anderer Mensch. Wir glauben doch, dass jeder Mensch in diesem Land sich ändern kann.»

Trotzdem schaffte es Giuliani ins Flugzeug nach St. Louis, wo er wie erschlagen auf den Platz neben Trump sank. Dieser hatte seine Lesebrille auf und schielte über deren Rand hinweg auf den ehemaligen Bürgermeister von New York.

«Rudy, Sie sind ein Wickelkind!», sagte Trump laut. «Eine schlechtere Verteidigung habe ich noch nie erlebt. Man hat Ihnen förmlich die Windelhosen runtergezogen. Sie sind wie ein Baby, das gewindelt werden muss. Wann werden Sie endlich ein Mann?»

Trump wandte sich an die anderen, vor allem an Bannon.

«Warum habt ihr ihn auftreten lassen? Er kann mich nicht verteidigen. Ich brauche jemanden, der mich verteidigt. Wo sind meine Leute denn alle?»

«Wovon reden Sie eigentlich?», fragte Bannon. «Der Mann ist der Einzige, der es überhaupt machen wollte.»

«Ich will das gar nicht hören», entgegnete Trump. «Es war ein Fehler. Er hätte nicht hingehen sollen. Er ist schwach. Sie sind schwach, Rudy. Sie haben echt abgebaut.»

Giuliani sah ihn nur mit ausdrucksloser Miene an.

Wenige Minuten nach der vorgesehenen Abflugszeit war Chris Christie immer noch nicht aufgetaucht. «Scheiß auf den Typ», meinte Bannon, und das Flugzeug hob ab.

Kapitel 5

Giuliani hatte zwei Mal erklärt, auf CNN und NBC, er rechne nicht damit, dass Trump während der Debatte am Abend auf Bill Clintons oder Hillary Clintons Privatleben eingehen würde. Doch Bannon hatte etwas vorbereitet, das er für einen zeitlich gut angesetzten Todesstoß hielt.

Vier der Frauen, die behaupteten, Clinton habe sie angegriffen oder Hillary habe versucht, sie in den Schmutz zu ziehen, würden bei der Debatte anwesend sein, erklärte Bannon gegenüber Trump. Es handelte sich um Paula Jones, die sagte, Clinton habe sich ihr gegenüber entblößt (Clinton hatte durch die Zahlung von 850000 Dollar an sie eine Klage wegen sexueller Belästigung abgewendet); Juanita Broaddrick, die behauptete, Clinton habe sie vergewaltigt; Kathleen Willey, die Clinton vorwarf, er habe sie im Weißen Haus sexuell belästigt; und Kathy Shelton, die Hillary Clinton vorwarf, sie habe, als sie zwölf gewesen sei, ihren guten Namen beschmutzt, als sie einen Mandanten verteidigte, der Shelton angeblich vergewaltigt hatte.

Eine Oscar-würdige Liste aus Clintons Vergangenheit, die Erinnerungen an seine heißen Jahre in Arkansas und im Weißen Haus wachrufen sollte.

Vor der Debatte, so Bannon, würden sie die vier Frauen mit Trump an einen Tisch setzen und Reporter dazu bitten.

«Die Scheißmedien, die werden glauben, dass sie das Ende der Vorbereitungen zur Debatte miterleben. Doch wenn wir sie reinlassen, werden die Frauen bereits dasitzen. Und dann senden wir einfach live. Bumm!»

Die Taktik der verbrannten Erde, ganz nach Bannons Geschmack.

Trump hatte den ganzen Tag über Links zu Breitbart-Geschichten getwittert, die von den Clinton-Anklägerinnen handelten.

«Das gefällt mir», sagte Trump und nahm eine herrschaftliche Pose ein. «Das gefällt mir!»

Kurz vor 19 Uhr 30 betraten Reporter das Zimmer im St. Louis Four Seasons, in dem Trump und die Frauen warteten. Bannon und Kushner standen am anderen Ende des Zimmers und grinsten.

Um 19 Uhr 26 twitterte Trump: «Gehen Sie auf #FacebookLive, wo ich meine letzten #debate preparations abschließe» – also faktisch eine Live-Übertragung, da CNN seinen Feed übernahm.

Die Frauen spien Gift und Galle in die Mikrophone.

«Die Tat ist mächtiger als das Wort», sagte Juanita Broaddrick. «Mr. Trump mag ja ein paar schlimme Wörter gesagt haben, aber Bill Clinton hat mich vergewaltigt, und Hillary Clinton hat mir gedroht.»

Die Organisatoren der Debatte verbannten die Anklägerinnen aus der VIP-Loge direkt vor der Bühne, wie Bannon es eigentlich geplant hatte, also marschierten sie als Letzte in den Saal und setzten sich in die erste Reihe.

Recht früh sprach Anderson Cooper von CNN, der Mit-Moderator der Debatte, das Tonband von *Access Hollywood* an und sagte: «Das ist ein sexueller Übergriff. Sie prahlen damit, Frauen sexuell belästigt zu haben. Ist Ihnen das bewusst?»

Trump parierte den Angriff. «Wenn wir eine Welt haben, in der der IS anderen die Köpfe abschlägt … in der es Kriege gibt und schreckliche, schreckliche Bilder überall, und in der so viele schreckliche Dinge passieren … ja, es ist mir sehr peinlich, und ich hasse das, aber das ist typisches

Gequatsche in der Umkleide, so ist das nun mal. Ich werde den IS zur Hölle jagen.»

Kurze Zeit später sagte Trump: «Wenn Sie sich Bill Clinton anschauen, viel schlimmer. Meins sind nur Worte, seins waren Taten … In der gesamten politischen Geschichte dieser Nation hat es noch niemanden gegeben, der so übergriffig zu Frauen war.»

Dann kündigte Trump an, dass Kathy Shelton und Paula Jones im Publikum säßen, und sagte: «Wenn Hillary … von Dingen spricht, die ich vor elf Jahren gesagt habe, dann finde ich das erbärmlich, und ich finde, sie sollte sich dafür schämen.»

Mit-Moderatorin Martha Raddatz von ABC musste dazwischengehen und das Publikum bitten, sich mit dem Applaus zurückzuhalten, damit Hillary Clinton sprechen könne.

Bossie, inzwischen Bannons stellvertretender Wahlkampfmanager, hatte mit dem Tagesgeschäft, mit Hunderten von täglichen Entscheidungen zu tun, doch er sollte schnell mitbekommen, wer tatsächlich die Macht in Händen hielt. Er hatte eine Besprechung mit Bannon, Conway und Kushner, in der eine Entscheidung gefällt werden musste: zum Beispiel über die nächsten drei Fernsehspots.

Bossie reichte die Entscheidung dann an die Person weiter, die sich um die Digitalwerbung kümmerte, nur um festzustellen, dass die Spots nicht liefen. «Zum Teufel noch mal!», sagte er. «Ich bin hierhergekommen. Ich habe Ihnen gesagt, was zu tun ist. Wir hatten eine Besprechung und haben das so entschieden.»

«Oh, nein, nein», bekam er dann oft zu hören, «Jared ist danach vorbeigekommen und hat gesagt: ‹Tun Sie das nicht.›»

Das war ein «sehr wichtiges Aha-Erlebnis». Wenn Kushner etwas nicht absegnete, wurde es nicht gemacht. Nach solchen Besprechungen ging Bossie also zu Kushner, um sicherzugehen, dass er verstanden hatte, was Jared wollte. Kushner, obwohl ohne offizielles Amt in der Kampagne, steuerte sie doch, vor allem in Geldfragen. Er wusste, dass sein Schwiegervater das gesamte Geld für sein eigenes hielt, und Jared musste alles abzeichnen.

Kushner spottete über Bannons Vorschlag, dass Trump fünfzig Millionen Dollar aus eigener Kasse in den Wahlkampf stecken solle. «Er wird niemals einen Scheck über fünfzig Millionen ausstellen», sagte Kushner im August zu Bannon.

«Mann», sagte Bannon, «die Sache wird bis zum Schluss unentschieden bleiben.» Schon bald sollten sie zu Hillary Clinton aufgeholt haben. «Wir werden schlussendlich mit irgendetwas im Fernsehen auftauchen müssen.» Sie würden etwas zum Bodenkampf beisteuern müssen. «Wir brauchen mindestens fünfzig Millionen Dollar. Er wird den Scheck ausstellen müssen.»

Nach allen Wahlkampfgesetzen und der allgemeinen Rechtsprechung kann der Kandidat oder die Kandidatin persönliche Zuwendungen in unbegrenzter Höhe in den eigenen Wahlkampf stecken.

«Das wird er nie tun», beharrte Kushner.

«Es geht darum, Präsident der Vereinigten Staaten zu werden!»

«Steve, solange du ihm nicht zeigen kannst, dass es eine klare Sache ist» – ein todsicherer Sieg – «und damit meine ich ganz klar, drei bis fünf Prozent darüber, wird er niemals einen derart großen Scheck ausstellen.»

«Nun, da hast du wohl recht», pflichtete ihm Bannon bei.

«Vielleicht können wir fünfundzwanzig Millionen aus ihm herausleiern», sagte Kushner und äußerte noch einen Vorbehalt: «Er hat nicht sonderlich viel Bares.»

Nach der abschließenden Präsidentendebatte in Las Vegas am 19. Oktober kehrte Trump nach New York zurück. Jetzt ging es an den drei Wochen langen Sprint bis zum Wahltag.

Bannon, Kushner und Mnuchin, der ehemalige Vorstand von Goldman Sachs, legten Trump einen Plan vor, dass er fünfundzwanzig Millionen für den Wahlkampf beisteuern sollte.

«Auf keinen Fall», sagte Trump. «Scheiß drauf. Das mach ich nicht.» Wo waren denn die berühmten republikanischen Großspender? «Wo zum Teufel ist das Geld? Wo ist das ganze Geld von diesen Leuten? Jared, du solltest doch das ganze Geld heranschaffen. Ich sehe davon nichts.»

Am folgenden Tag kamen sie mit einem neuen Vorschlag von zehn Millionen und legten ihn Trump im Flugzeug vor. Das sollte noch nicht mal ein Darlehen sein, sondern nur ein Vorschuss auf die Bargeldspenden, die von den Unterstützern eingingen. Das waren die «Grundoons» (so genannt nach einer Comicfigur) oder «Hobbits», wie Bannon sie spielerisch und verächtlich zugleich nannte. Und er stellte ein Ultimatum: Sie müssten die zehn Millionen Dollar noch am selben Tag haben.

Die Geldspenden der Sympathisanten «werden hereinkommen, ob Sieg, Niederlage oder Patt», sagte Bannon. «Aber ich würde sagen, Sie gewinnen.»

«Das wissen Sie nicht», schnauzte Trump. «Wir liegen drei Prozent zurück.»

Das zeigte nur, wie wenig Trump an den Sieg glaubte, fand Bannon.

Nach zwei Tagen Rangelei um die zehn Millionen Dollar sagte Trump schließlich: «Okay, in Ordnung, gebt endlich Ruhe. Wir einigen uns auf zehn Millionen.»

Steve Mnuchin gab Trump zwei Dokumente zum Unterschreiben. Das erste war ein Formular mit den Rückzahlungsmodalitäten je nachdem, wie viele Spenden während des Wahlkampfs hereinkamen.

«Was ist das?», fragte Trump nach dem zweiten Dokument.

«Überweisungsangaben.» Mnuchin wusste, dass jede Entscheidung, die Trump traf, nur vorläufig galt und weiter verhandelbar war. Nichts war jemals fix.

«Was soll der Scheiß?», fragte Trump. Die Zahlungsanweisung solle an jemanden in der Trump-Organisation gehen.

Doch Mnuchin sagte, nein, das müsse sofort erledigt werden.

Trump unterzeichnete beide Dokumente.

Geldfragen machten Trump zornig. Als er erfuhr, dass Christie, der sein Übergangsteam leiten sollte, Geld für diesen Einsatz sammelte, bestellte er Bannon und ihn in den Trump Tower.

«Wo zum Teufel ist das Geld?», fragte er Christie. «Ich brauche Geld für meinen Wahlkampf. Ich stecke Geld in meinen Wahlkampf, und ihr klaut es mir, verdammt.» Er hielt alles Geld für sein Eigentum.

Christie verteidigte seine Anstrengungen. Es handle sich um Geld, das für die notwendige Übergangsorganisation bestimmt sei, falls Trump gewinnen würde.

Trump meinte, Mitt Romney habe als Kandidat 2012 zu viel Zeit mit Übergangsbesprechungen verplempert und nicht genügend Zeit mit

Wahlkampfveranstaltungen verbracht. «Deshalb hat er verloren. Sie bringen mir Pech», sagte er zu Christie. «Ich will keinen Übergang. Ich beende hiermit den Übergang. Ich habe Ihnen von Anfang an gesagt, dass es sich nur um einen Ehrentitel handelt. Sie bringen mir Pech. Ich werde keine Sekunde darauf verschwenden.»

«Mal langsam», ging Bannon dazwischen. Ein Übergang zur Vorbereitung der Amtszeit könne Sinn ergeben.

«Das bringt mir nur Pech», sagte Trump. «Das will ich nicht.»

«Okay, machen wir es folgendermaßen», meinte Bannon. «Ich mache den ganzen Laden dicht. Was, glauben Sie, wird *Morning Joe* morgen dazu zu sagen haben? Sie haben größtes Vertrauen darin, dass Sie Präsident werden, richtig?»

Trump stimmte schließlich zögernd einer abgespeckten, klapperdürren Variante eines Übergangs zu. Christie solle das Spendensammeln einstellen.

«Er soll seinen Übergang kriegen», meinte Trump, «aber ich will nichts damit zu tun haben.»

Zwei Wochen vor den Wahlen, am 25. Oktober 2016, war ich in Fort Worth, Texas, und hielt eine Rede vor etwa vierhundert leitenden Angestellten einer Firma namens KEY2ACT, die Bau- und Außendienstmanagement-Software entwickelt. Mein Thema lautete: «Das Zeitalter der amerikanischen Präsidentschaft. Was wird 2016 bringen?» Es waren hauptsächlich Weiße, und sie kamen aus dem ganzen Land.

Ich bat um Handzeichen. Wie viele hatten vor, für Hillary zu stimmen? Soweit ich das erkennen konnte, waren dies gerade mal zehn. Wie viele für

Trump? Der halbe Saal hob die Hand – ungefähr zweihundert. Meine Güte, dachte ich, hier scheinen eine Menge Trump-Wähler versammelt zu sein.

Nach der Rede kam der Geschäftsführer der Firma zu mir. «Ich muss mich setzen», sagte er und nahm den Stuhl, neben dem ich stand. Er atmete schwer. «Ich bin völlig perplex. Ich arbeite seit über einem Jahr Tag für Tag mit diesen Leuten. Ich kenne sie. Ich kenne ihre Familien. Wenn Sie mir gesagt hätten, zweihundert von ihnen haben vor, für Trump zu stimmen, dann hätte ich Ihnen gesagt, das kann nicht sein.» Er meinte, er hätte mit viel weniger gerechnet. Zweihundert, das habe ihn verblüfft. Er versuchte sich in keinerlei Erklärungen, und ich konnte ihm sicherlich auch keine geben.

Zehn Tage vor den Wahlen flog Trump nach North Carolina, ein Staat, den er unbedingt gewinnen musste. In den meisten nationalen Umfragen lag er sieben Prozent zurück. Bei NBC/*Wall Street Journal* waren es sechs Prozent.

Bannon sprach mit dem Kongressabgeordneten Mark Meadows, der den 11. District von North Carolina repräsentierte. Meadows war Favorit der Tea Party und Vorsitzender des einflussreichen Freedom Caucus, der aus etwa dreißig konservativen und libertären Republikanern bestand. Er war ein großer Unterstützer Trumps. Den ganzen Sommer über hatte er Besucher der Wahlkampfveranstaltungen bei ihrem bevorzugten Anti-Clinton-Ruf angeleitet: «Sperrt sie ein.»

Von all den heiß umkämpften Staaten, so Bannon zu Meadows, ist «dies derjenige, der mir am meisten Sorgen macht». Der Wahlkampf schien keine Früchte zu tragen.

Meadows widersprach ihm. «Die Evangelikalen sind auf der Straße und klingeln an den Türen. Ich sag Ihnen, Sie brauchen nicht noch einmal nach North Carolina zu kommen. Das haben wir im Sack.» Meadows' Gattin und

weitere konservative Frauen hatten nach dem *Access Hollywood*-Band einen Bus gemietet und waren durchs Land gefahren, um die Frauen zu drängen, für Trump zu stimmen. Alles hielt stand und entwickelte sich gut, sagte Meadows.

Meadows hatte große Pläne, den Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, aus dem Amt zu jagen. Er reichte Bannon einen Aktendeckel. «Lesen Sie das», sagte er. «Vierundzwanzig Stunden nach dem Wahlsieg Trumps werden wir über Ryan abstimmen lassen, und dann ist er erledigt. Wir werden das Repräsentantenhaus übernehmen. Und dann werden wir eine richtige Revolution haben.»

Bannon machte sich noch immer Sorgen, obwohl er dem Team Trump/Pence auch etwas abgewinnen konnte. Pence wurde gut eingesetzt, fand Bannon, und seine Wahlkampfeinsätze waren auf wenige Staaten konzentriert – mindestens dreiundzwanzig Auftritte in Pennsylvania; fünfundzwanzig in Ohio; zweiundzwanzig in North Carolina; fünfzehn in Iowa; dreizehn in Florida; acht in Michigan; sieben in Wisconsin. Pence führte den Wahlkampf, als würde er sich in diesen Staaten zum Gouverneur wählen lassen wollen; er setzte auf lokale Themen und darauf, was ein Präsident Trump in Washington für den Staat tun könne. «Und ab und zu verfrachten wir [Pence] hinaus ins Jesusland», sagte Bannon.

Bannon war erstaunt, dass Präsident Obama in Clintons Wahlkampfstrategie nicht vorkam. Obama hatte 2008 und 2012 in Iowa mit sechs bis zehn Prozent Vorsprung gewonnen. «Er lässt sich nicht blicken.» Clinton tauchte im Wahlkampf kein einziges Mal in Wisconsin auf. Und sie sprach nicht häufig genug über die Wirtschaft.

«Als ich sah, dass sie nach Arizona flog, sagte ich, die haben den verfluchten Verstand verloren», erklärte Bannon. «Was machen die denn?»

In den kommenden Jahren werden die Historiker Bücher schreiben, um diese und weitere Fragen zum Wahlkampf 2016 zu beantworten. Ich hatte vor, ein Buch über die ersten zwei Jahre der nächsten Präsidentschaft zu schreiben. Es war wahrscheinlich, dass es sich dabei um Hillary Clinton handeln würde, doch das Erlebnis in Fort Worth gab mir zu denken.

Am 6. November, zwei Tage vor den Wahlen, trat ich bei Chris Wallace in der Sendung *Fox News Sunday* auf. Das Gespräch wandte sich der Möglichkeit zu, dass Trump die Wahlen gewinnen könnte.

Der Abschrift zufolge sagte ich in der Sendung: «Wenn Trump gewinnt, wie ist das möglich? Was haben wir übersehen? Bei meinen Reisen durch das Land, bei denen ich von Texas bis Florida bis New York mit verschiedenen Gruppen gesprochen habe, habe ich festgestellt, dass die Menschen den Umfragen nicht trauen. Wählen zu gehen, wird als etwas sehr viel Persönlicheres betrachtet. Denen gefällt die Vorstellung nicht: ‹Ach, ich gehöre zu dieser oder jener demographischen Gruppe, also werde ich so und so wählen.› Sie wollen für sich selbst entscheiden.»

Wallace fragte, ob ich also glaubte, dass die Menschen den Umfrageinstituten Lügen auftischten.

«Ich halte das für ziemlich wahrscheinlich», antwortete ich. Allerdings sah ich keinerlei Anzeichen und verfügte auch über keinerlei Insiderinformationen. Ich war weit davon entfernt zu begreifen, was da vor sich ging.

Am Tag vor der Wahl besuchte Trump fünf Staaten, darunter auch North Carolina. Er war erschöpft.

«Wenn wir nicht gewinnen», sagte er bei einem Auftritt in Raleigh, «werde ich das alles hier für die allergrößte Verschwendung … von Zeit, Energie und Geld halten … Wenn wir nicht gewinnen, wir alle – ganz ernsthaft? Dann haben wir alle unsere Zeit vergeudet.»

Eine merkwürdige Äußerung, scheinbar demotivierend, aber die Menge nahm sie freudig auf und schöpfte Zuversicht daraus.

Eine von Clintons letzten Wahlkampfveranstaltungen fand in der Independence Hall in Philadelphia statt, wo sich am 7. November Zehntausende versammelten. Auch Präsident Obama war anwesend. Clintons eigenem Buch zufolge umarmte er sie und flüsterte: «Du hast das in der Tasche. Ich bin sehr stolz.»

Gegen 17 Uhr am Wahltag wurden Trump die letzten Umfragen nach Verlassen der Wahlkabinen vorgelegt. Sie waren niederschmetternd. Gleichstand in Ohio und Iowa, neun Prozent zurück in Pennsylvania, sieben Prozent in North Carolina.

«Es gibt nichts, was wir noch hätten tun können», sagte Trump zu Bannon. «Wir haben unser Bestes gegeben.»

Es war interessant, am Wahlabend der Nadel der Hochrechnungen auf der Website der *New York Times* zuzuschauen, die zu Anfang Clinton eine Gewinnchance von 85 Prozent eingeräumt hatte. Bald schon bewegte sie sich zugunsten von Trump. Ein gutes Zeichen für ihn war North Carolina. Die Wahlbeteiligung der Afroamerikaner und Latinos war geringer als sonst. Gegen 23 Uhr 11 wurde Trump als Sieger in North Carolina ausgerufen. Die Ankündigung seines Sieges in Ohio fand um 20 Uhr 36 statt, Florida um 20 Uhr 50 und Iowa um null Uhr 2.

Präsident Obama schickte Hillary Clinton eine Nachricht, dass er sich Sorgen mache, dass ein weiteres unsicheres Wahlergebnis, wie schon bei den Präsidentenwahlen im Jahr 2000, schlecht für das Land wäre. Wenn sie die Wahlen verlieren sollte, dann sollte sie das umgehend und in Würde einräumen.

Die Associated Press stellte um 2 Uhr 29 fest, dass Wisconsin an Trump gefallen war, und erklärte ihn zum Wahlsieger.

«Donald, hier spricht Hillary», sagte Clinton kurz darauf zu Beginn ihres Anrufs, in dem sie ihre Niederlage einräumte.

Trump hielt seine erste Ansprache vor der Menge im New York Hilton in Manhattan, ein paar Blocks vom Trump Tower entfernt.

«Es ist nun an der Zeit, dass die Amerikaner ihre Wunden der Trennung verbinden», sagte er wie frisch aus einem Lehrbuch zu guter Amtsführung. «Ich schwöre allen Bürgern unseres Landes, dass ich der Präsident aller Amerikaner sein werde. – Wie ich schon von an Anfang gesagt habe, war unser Wahlkampf kein Wahlkampf, sondern eher eine unglaubliche und große Bewegung … die sich aus Amerikanern aller Rassen, Religionen, Herkunft und Glaubensvorstellungen zusammensetzt. – Wir müssen das Schicksal unseres Landes wieder in die eigene Hand nehmen und groß, stark und mutig träumen. – Wir werden auf Gemeinsamkeiten setzen, nicht auf Feindseligkeit; auf Partnerschaft, nicht auf Konflikt.»

Er dankte seiner Familie, Conway, Bannon, dem republikanischen Senator von Alabama Jeff Sessions («großer Mann»), der Trump schon frühzeitig seine Unterstützung zugesichert hatte, und General Michael Flynn, Army-General im Ruhestand und Nationaler Sicherheitsexperte während des

Wahlkampfs. Flynn hatte eine erstaunlich enge Beziehung zu Trump geknüpft.

Der designierte Präsident ließ sich über Priebus aus. «Reince ist ein Superstar. Aber ich meinte: ‹Die können dich nicht Superstar nennen, Reince, es sei denn, du gewinnst.› Reince, komm hier hoch.» Er entdeckte Priebus im Publikum und rief ihn zu sich auf die Bühne.

Priebus stolperte durch die Menge nach oben.

«Sag ein paar Worte», forderte Trump ihn auf. «Na los, sag schon was.»

«Ladies and Gentlemen», verkündete Priebus, «der zukünftige Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump.»

«Phantastischer Typ», sagte Trump, und ganz, als würde er das Ausmaß dessen erkennen, was der RNC für ihn geleistet hatte – all das Geld, die Arbeit, die freiwilligen Helfer, die Wahlpropaganda –, fügte er hinzu: «Unsere Partnerschaft mit dem RNC war so wichtig für den Erfolg und für das, was wir erreicht haben.»

Er schloss mit den Worten: «Es waren erstaunliche zwei Jahre. Und ich liebe dieses Land.»

Bannon war überzeugt davon, dass Trump selbst überwältigt war. «Er hat nicht die leiseste Ahnung davon, dass er gewinnen wird», sagte Bannon später. «Und er hat sich in keinster Weise vorbereitet. Er hat nie daran gedacht zu verlieren, aber er hat nie geglaubt zu gewinnen. Das ist ein Unterschied. Und Sie dürfen nicht vergessen: keine Vorbereitung, kein Übergangsteam.»

Putin rief aus Russland an und gratulierte, ebenso der chinesische Präsident Xi Jinping. Viele andere Weltpolitiker riefen an. «So langsam dämmert es ihm», erinnerte sich Bannon, «es ist wirklich wahr. Dieser Kerl ist völlig

unvorbereitet. Hillary Clinton hat ihr gesamtes Erwachsenenleben damit zugebracht, sich auf diesen Augenblick vorzubereiten. Trump hat sich nicht eine Sekunde lang mit diesem Augenblick beschäftigt.»

Nach ein paar Stunden Schlaf begann Bannon, sich durch die Übergangspapiere zu wühlen. Erstklassiger Müll, fand er. Als Verteidigungsminister war ein hochkarätiger Spender aus New Hampshire aufgelistet. Unglaublich. Nun gab es viertausend Jobs zu besetzen. Ihm ging auf, dass er sich zumindest zeitweise mit dem Establishment abgeben musste. Ein besseres Wort dafür wäre vielleicht, das Establishment durchzuflöhen nach ein paar Leuten, die sich auskannten.

«Holen Sie mir den verantwortlichen Mann für dieses Ding hier her», befahl Bannon, der versuchte, irgendwelche Kontakte zu dem herzustellen, was an Übergangsstruktur existierte. «Schaffen Sie ihn umgehend in mein Büro.» Er erinnerte sich nicht mehr an den Namen.

Bannon erreichte das Büro des Leiters. Ob er vorbeikommen könne, fragte er.

«Das dürfte schwierig werden.»

Warum?

«Er ist auf den Bahamas.»

«Das ist doch wahrhaftig die Insel der besonderen Kinder», sagte Bannon. «Wie zum Teufel sollen wir eine Regierung zusammenstellen? In zehn Wochen ist mittags Wachablösung. Wir müssen loslegen.»

Priebus und Bannon teilten sich von nun ab die Macht über das Team. Sie einigten sich auf ein ungewöhnliches Arrangement. Bannon sollte «Chefstratege» sein – ein neuer Titel mit einer neuen Idee. Priebus sollte

Stabschef des Weißen Hauses werden. Die Pressemitteilung listete Bannon als Ersten auf, doch Priebus hatte dem zugestimmt, um Bannon daran zu hindern, Stabschef zu werden, der üblicherweise an erster Stelle stand.

Kapitel 6

Eine Woche nach den Wahlen lud der designierte Präsident Trump den Viersternegeneral i.R. Jack Keane zu einem Gespräch in den Trump Tower ein; er wollte den General zum Verteidigungsminister machen.

«Sie sind meine erste Wahl», erklärte Trump.

Keane, 73, regelmäßiger Gast auf *Fox News* und enger Berater des früheren Vizepräsidenten Dick Cheney, lehnte ab. Schulden, die sich durch die medizinische Versorgung seiner kürzlich verstorbenen Frau angehäuft hatten, machten es ihm unmöglich, das Amt zu übernehmen. Bei einem einstündigen Gespräch machte er mit Trump eine Tour d'Horizon rund um den Globus und gab einige Ratschläge.

Mr. President-elect, sagte er, der Kongress, die öffentliche Meinung und Ihr Kabinett werden an Ihrer innenpolitischen Agenda beteiligt sein. «In Fragen der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik kommt Ihnen alles entgegen. Die Probleme der Welt haben es so an sich, dass sie alle in 1600 Pennsylvania Avenue auflaufen, ob Sie sie haben wollen oder nicht. – Für Fehler auf der innenpolitischen Seite gibt es einen Korrekturmechanismus. Die kann man ausbügeln.» Bei der Sicherheit «gibt es diese Möglichkeit nicht. Wenn wir Fehler machen, haben diese ungeheure Auswirkungen.»

Er fand, dass Präsident Obama in einer gefährlichen Welt zu zaghaft agiert habe.

«Durch unser Tun oder Nichtstun können wir tatsächlich Weltregionen destabilisieren und ungeheure Probleme verursachen», warnte Keane.

Trump fragte, wen der General denn als Verteidigungsminister vorschlagen würde.

Aus praktischen Erwägungen heraus schlug Keane Jim Mattis vor. Dabei handelte es sich um den ehemaligen Viersternegeneral der Marines, den Obama als Oberbefehlshaber im Nahen Osten gefeuert hatte. Obama hatte Mattis 2013 freigestellt, weil er ihn für einen Falken hielt, der allzu sehr darauf aus war, den Iran militärisch anzugehen.

«Ein guter Mann, dieser Mattis, nicht wahr?», meinte Trump. Er hatte von dem General gehört, dessen Spitznamen «Mad Dog» und «Chaos» lauteten.

«Ja, Sir», antwortete Keane. «Ein guter Mann.» Er habe gewisse Vorzüge, fügte Keane hinzu. «Er ist sehr auf das Jetzt bedacht. Sollten wir größere Probleme haben, dann hätten Sie damit einen Kerl, der sofort die Ärmel aufkrempeln und sich um diese Probleme kümmern wird. Das ist das eine. – Zweitens ist er sehr erfahren, vor allem in der explosivsten Gegend der Welt, im Nahen Osten. Und er ist ein sehr erfahrener Kriegsveteran», mit Einsätzen in Afghanistan und dem Irak. «Und er wird nicht nur im Militär hoch geschätzt, sondern auch außerhalb. – Weniger offensichtlich ist, wie sorgfältig er ist», sagte Keane. «Und wie überlegt.»

«Was meinen Sie damit?», fragte Trump.

«Er durchdenkt alles. Er lässt sich Zeit, um über ein Problem nachzudenken.» Mattis war nicht verheiratet und las unentwegt. In seiner Bibliothek standen siebentausend Bücher. Auch bekannt als «Mönchskrieger», war er dem Militär mehr als vier Jahrzehnte treu ergeben gewesen. Er war unbeirrbar, aber gelassen. «Ich habe großen Respekt vor ihm», sagte Keane. «Er ist mutig und integer.»

Als Keane wieder in seinem Wagen saß, rief er Mattis an. Er erklärte, Trump habe ihn zuerst gefragt, er aber habe abgelehnt. Mattis schien sich rückversichern zu wollen.

«Du kannst den Job nicht übernehmen, Jack?», fragte Mattis.

«Nein, kann ich nicht», antwortete Keane. «Aber du kannst das, Jim, oder nicht?»

«Ja, Jack», antwortete Mattis.

«Die scheinen sich auf einen Militär für den Posten zu versteifen, wohl wegen der Herausforderungen, denen sie sich gegenübersehen.»

Ende November lud Trump den sechsundsechzigjährigen Mattis nach Bedminster ein. Mattis' ruhige Präsenz machte Eindruck.

Wir müssen uns um den IS kümmern, betonte Trump. Der Islamische Staat war aus den Resten der al-Qaida im Irak erwachsen und breitete sich mit Gewalt in Syrien aus, um dort eine Kalifatsherrschaft zu errichten. Trump hatte während des Wahlkampfs versprochen, den IS zu besiegen, und die Bedrohung nahm weiter zu.

Mattis sah Trump in die Augen. «Wir müssen unsere Taktik ändern», sagte er. «Das kann kein Abnutzungskrieg werden. Das muss ein Vernichtungskrieg werden.»

Trump gefiel diese Vorstellung. Perfekt. Er bot Mattis den Posten an, doch kamen beide überein, die Ernennung noch nicht gleich zu verkünden.

Bannon fand Mattis zu liberal in sozialen Fragen und hielt ihn im Grunde für einen Globalisten, aber die Verbindung, die Trump und Mattis eingegangen waren, war von zentraler Bedeutung. Mattis war Krieger und

Tröster zugleich. Schon bald nannte Bannon ihn den «Vertrauensminister» und «das moralische Gravitationszentrum der Regierung».

In Bedminster sorgte Bannon dafür, dass die Fotos mit den Kandidaten, die zu den Gesprächen kamen und mit Trump durch die Tür traten, aussahen wie vor 10 Downing Street.

«Das wird perfekt», sagte er zu Trump. «Die Medien postieren wir auf der anderen Straßenseite. Und Sie gehen auf die Kandidaten zu und begrüßen sie wie ein britischer Premierminister.»

Das Foto, das in vielen Zeitungen abgedruckt wurde, zeigt Trump und Mattis vor der Tür – Trump, der die Finger in der Luft zusammenlegt, Mattis in makellos strammer Haltung eines Marine, ganz der besonnene General.

Als Oberst hatte Mattis die Marines nach den Anschlägen des 11. September nach Afghanistan geführt. Bob Harward, Navy Captain und seit siebzehn Jahren SEAL, hatte dasselbe mit den SEALs getan.

«He, tun wir uns zusammen?», hatte Mattis Harward 2001 gefragt. In den folgenden zwölf Jahren übernahm Harward unter Mattis größere Aufgaben.

Im Sommer 2013 war Harward, nun Vizeadmiral, zur MacDill Air Force Base in Florida versetzt worden, um dort stellvertretender Oberbefehlshaber unter Mattis zu werden. Er bekam Unterkunft im BOQ, dem Wohnbereich für unverheiratete Offiziere, machte sich an die Arbeit und kehrte abends in seine Räume zurück. In der Zwischenzeit war seine gesamte Habe ausgeräumt und in General Mattis' Haus gebracht worden, wie man ihm mitteilte.

Harward ging hinüber. Er betrat die Küche und fand General Mattis dort vor, wie er Harwards Unterwäsche zusammenlegte.

«Sir», sagte Harward, «was zum Teufel machen Sie da?»

«Ich habe meine Wäsche gewaschen», antwortete Mattis. «Da dachte ich, ich könnte Ihre gleich mitwaschen.»

Harward stellte fest, dass Mattis der freundlichste und bescheidenste Offizier war, unter dem er je gedient hatte. Statt Harward als «meinen Stellvertreter» vorzustellen, sagte Mattis: «Darf ich Sie mit meinem Mit-Commander bekanntmachen?»

Als Harward pensioniert wurde und als Geschäftsführer von Lockheed Martin in die Vereinigten Arabischen Emirate zog, blieb er mit Mattis in Verbindung.

Mattis machte sich Sorgen über die Folgen von Obamas Scheitern, den Iran in die Schranken zu weisen.

Aber «wenn Sie Jim Mattis kennen», sagte Harward, «er ist nun mal kein Freund davon, in den Krieg zu ziehen».

Bei den Marines wurde es so wahrgenommen: Der Iran hatte dem Corps eine Verletzung zugefügt, die nie verheilt und nie gerächt worden war. Der Iran stand hinter dem terroristischen Bombenattentat auf die Garnison der Marines in Beirut 1983. Bei dem Angriff waren 220 Marines ums Leben gekommen, eine der höchsten Opferzahlen an einem einzigen Tag in der Geschichte des Corps. Weitere einundzwanzig Soldaten starben, und mit 241 Toten war dies der größte terroristische Angriff auf die USA vor dem 11. September. Mattis war elf Jahre lang Offizier beim Marine Corps gewesen und bekleidete den Rang eines Majors.

Als Befehlshaber im Zentral-Kommando für den Vorderen Orient und Asien (CentCom) in den Jahren 2010 bis 2013 glaubte Mattis, so ein leitender

Berater, dass der Iran weiterhin «die größte Bedrohung der amerikanischen Interessen im Nahen Osten» darstellte. Er fürchtete, dass die Israelis die iranischen Atomanlagen angreifen und so die Vereinigten Staaten mit in den Konflikt ziehen könnten.

Mattis glaubte zudem, dass die militärische Streitmacht der Vereinigten Staaten in der Region nicht stark genug war und keine belastbaren Einsatzregeln hatte. Er schickte über den Verteidigungsminister Leon Panetta ein Papier an Präsident Obama, in dem er um größere Befugnisse bat, um auf iranische Provokationen zu reagieren. Er war besorgt, dass die Iraner internationale Gewässer verminen und einen Zwischenfall auf See provozieren könnten, der dann eskalieren würde.

Der Nationale Sicherheitsberater Tom Donilon antwortete Mattis. Das Papier, das schon bald unter dem Namen «Donilon-Memo» firmierte, wies an, dass Mattis unter gar keinen Umständen irgendwelche Schritte gegen den Iran unternehmen dürfe, falls das Land internationales Gewässer verminte, es sei denn, die Mine sei faktisch in die Route eines amerikanischen Kriegsschiffes gelegt worden und stelle eine unmittelbare Bedrohung des Schiffs dar. Das Donilon-Memo sollte eine der ersten Direktiven sein, die Mattis als Verteidigungsminister widerrief.

Mattis rührte weiter die Trommeln gegen den Iran. Er hielt den Kriegsplan gegen das Land für unzureichend. Alles hing von der Luftwaffe ab, reine Luftstreitmacht. Einen breitgefassten Plan der gemeinsamen Streitkräfte gab es nicht. Der Plan sah fünf Optionen vor – eine gegen kleine iranische Schiffe, eine weitere gegen Raketensysteme, wiederum eine gegen andere Waffensysteme und eine, die eine Invasion beinhaltete. «Option Fünf» war der Plan, das iranische Atomprogramm zu zerstören.

Mattis schrieb eine vernichtende Notiz an den Befehlshaber der Marineeinsätze und erklärte, dass die Navy auf einen Konflikt im Persischen Golf in keiner Weise vorbereitet sei.

Panetta teilte Mattis mit, dass seine Haltung zum Iran ihm im Weißen Haus unter Obama in große Schwierigkeiten bringen würde. Gib mir etwas, womit ich diese Einschätzung kontern kann, forderte er.

«Ich werde dafür bezahlt, dass ich meinen besten militärischen Rat gebe», erwiderte Mattis. «Die treffen dann die politischen Entscheidungen. Ich werde nichts von meinen Vorstellungen ändern, nur um sie zu besänftigen. Wenn ich ihr Vertrauen nicht mehr genieße, dann gehe ich eben.»

Und das tat er. Mattis wurde abgesetzt, und als er seinen Posten im März 2013 verließ, schredderte er «ein großes kluges Buch», wie er es nannte, eine Akte, knapp dreißig Zentimeter dick, in der sich alle seine Schlüsselmemos, Dokumente, Zusammenfassungen und Gedankenstützen befanden. Zwar war er jemand, der in der Geschichte schwelgte, aber er hatte nicht vor, irgendwelche Unterlagen anderen zu überlassen.

Zu seinem Abschlussbericht fügte Mattis noch einen fünfzehnseitigen Strategieplan für den Iran an, weil er glaubte, dass die Regierung Obama keinen Plan hatte. Zwar habe Obama mehrere öffentliche Erklärungen zum Iran abgegeben, aber Mattis bemerkte: «Reden des Präsidenten sind noch keine Politik.»

Sein Entwurf konzentrierte sich darauf, Irans Destabilisierungsbestrebungen durch die Hisbollah, die Quds-Einheiten und deren Aktionen im Irak zur Unterminierung der USA nicht länger zu dulden, sondern ihnen entgegenzutreten. Er zielte darauf ab, die militärische Glaubwürdigkeit der USA wiederherzustellen. Im zweiten Teil ging es um

einen langfristigen Einsatzplan zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Iran.

Als Mattis abgetreten war, interessierte sich niemand für seine Ansichten zum Iran. Doch als er zum Verteidigungsminister nominiert wurde, stürzten sich alle auf den Plan, und man konnte gar nicht schnell genug Kopien davon anfertigen. Die Frage lautete: Macht Mattis' Berufung zum Verteidigungsminister unter einem außenpolitisch harten Präsidenten Trump einen militärischen Konflikt mit dem Iran wahrscheinlicher?

Auf den Vorschlag des ehemaligen Außenministers James A. Baker III und des früheren Verteidigungsministers Robert Gates traf sich Trump mit Rex Tillerson, 64, der seit zehn Jahren Vorstandsvorsitzender von Exxon war.

Trump war beeindruckt vom Selbstvertrauen des gebürtigen Texaners. Tillerson besaß große Präsenz. Er hatte vierzig Jahre lang bei Exxon gearbeitet und verfügte über keinerlei Regierungserfahrung. Tillerson war ein Mann, der die Welt durch die Brille des weltweit agierenden Geschäftemachers sah und der auf der ganzen Welt Ölkontrakte geschlossen hatte, darunter auch milliardenschwere Verträge mit Russland. 2013 hatte Putin Tillerson mit dem russischen Orden der Freundschaft ausgezeichnet.

Im Dezember drehte Trump der politischen Welt Washingtons eine lange Nase, umarmte dafür aber das Wirtschaftsestablishment und ernannte Tillerson zu seinem Außenminister, dem bedeutendsten Kabinettsposten. Trump sagte seinen Beratern, Tillerson würde genau zu der Rolle passen, die er auf der Weltbühne spielen würde. «Eine sehr von Trump inspirierte Wahl», sagte Kellyanne Conway im Fernsehen, die «große Wirkung» versprach.

Kapitel 7

Jared Kushner lud Gary Cohn, den Chef von Goldman Sachs, für den 30. November zu einem Gespräch mit seinem Schwiegervater über die Wirtschaft ein. Es wurde ein Treffen mit Cohn im Trump Tower organisiert. In der führenden Investmentbank war Cohn eine legendäre Figur mit dem Ruf, äußerst risikofreudig zu sein. In Sachen Ego und Selbstbewusstsein konnte er es mit Trump aufnehmen. Man hatte ihm gesagt, Trump beschränke Besprechungen grundsätzlich auf zehn Minuten.

In Trumps Büro waren Bannon, Priebus, Kushner und Steve Mnuchin, Letzterer ebenfalls ein ehemaliger Goldman-Banker und Hedgefonds-Manager, der im letzten halben Jahr des Wahlkampfs Trumps Haupt-Spendenbeschaffer gewesen war. Mnuchin war dafür mit dem Kabinettsposten des Finanzministers belohnt worden, was allerdings noch nicht bekanntgegeben worden war.

Der amerikanischen Wirtschaft gehe es im Großen und Ganzen recht ordentlich, erklärte Cohn Trump, aber mit gewissen Maßnahmen sei eine dramatische Wachstumssteigerung möglich. Dazu brauche es eine Steuerreform, und man müsse sich von den Fesseln der Überregulierung befreien.

Cohn wusste, dass Trump genau das hören wollte. Dann sagte der Demokrat aus New York dem gewählten Präsidenten etwas, was dieser nicht hören wollte. Unsere Wirtschaft basiert auf Handel, sagte er. Freier, fairer

und offener Handel sei entscheidend. Trump hatte sich im Wahlkampf gegen internationale Handelsabkommen ausgesprochen.

Zweitens nähmen die Vereinigten Staaten Einwanderer aus der ganzen Welt auf. «Die Grenzen müssen weiterhin offen bleiben», sagte Cohn. Die Beschäftigungsrate sei so gut, dass den Vereinigten Staaten bald die Arbeiter ausgehen würden. Die Einwanderung müsse daher fortdauern. «Es gibt in diesem Land viele Jobs, die die Amerikaner nicht übernehmen wollen.»

Als Nächstes wiederholte Cohn, was alle anderen auch sagten: Die Zinssätze würden auf absehbare Zeit weiter steigen.

Das sehe er auch so, sagte Trump. «Wir sollten uns einfach viel Geld leihen, es behalten und dann mit Gewinn wieder verkaufen.»

Cohn war verblüfft über Trumps mangelndes Verständnis grundlegender Sachverhalte. Er versuchte, es ihm zu erklären. Wenn sich die Regierung über Schuldverschreibungen Geld lieh, erhöhte sie dadurch das Staatsdefizit der USA.

Was meinen Sie damit?, fragte Trump. Schmeißt doch einfach die Pressen an und druckt Geld.

So geht das nicht, sagte Cohn. Wir haben ein hohes Defizit, das sich nicht einfach ignorieren lässt. Die Regierung bilanziert nicht auf diese Weise. «Wenn Sie etwas Kluges tun wollen – und darauf haben Sie auch tatsächlich Einfluss –, dann würde ich eine zusätzliche Staatsanleihe über fünfzig und eine über hundert Jahre ausgeben.»

Während die Zinssätze in den letzten Jahren gesunken waren, hatte die Staatskasse die Laufzeit von Anleihen soweit möglich auf zehn Jahre begrenzt. Das sei richtig gewesen, sagte Cohn. Bei steigenden Zinssätzen würden die Versicherungsgesellschaften und Rentenkassen der Regierung auf

fünfzig oder hundert Jahre Geld leihen. Und man könne wahrscheinlich eine Verzinsung von 3¾ Prozent erzielen. Das wäre wirklich günstiges Geld auf fünfzig bis hundert Jahre.

«Wow!», sagte Trump. «Das ist eine tolle Idee.» Er wandte sich an Mnuchin. «Geht das?»

«Natürlich», sagte der designierte Finanzminister. «Das ist absolut möglich.»

«Sind Sie seiner Meinung?», fragte Trump.

«Ja, ich bin seiner Meinung», sagte Mnuchin.

«Sie arbeiten seit sechs Monaten für mich», sagte Trump. «Warum zum Teufel haben Sie mir das nie vorgeschlagen? Wieso ist er der Erste, von dem ich das zu hören bekomme?»

Man bekomme zu diesem Zeitpunkt nirgendwo auf der Welt risikofreie 3¾ Prozent, sagte Cohn. Es werde einen Ansturm auf diese Anleihen und jede Menge Interessenten geben. Die Unternehmensanleihe mit fünfzigjähriger Laufzeit sei extrem gefragt. Die Investoren wollten hohe, risikolose Renditen.

Cohn wandte sich der US-Notenbank zu und erklärte, die USA hätten seit Jahren einen effektiven Nullzins, der sich nur in eine Richtung entwickeln könne, nämlich nach oben, wofür es zwei Gründe gebe. Die Wirtschaft erlebe einen deutlichen Aufschwung, und höhere Zinssätze würden der Inflation entgegenwirken.

«Als Leiter der Notenbank würde ich daher die Zinssätze anheben», sagte er.

Trump wusste, dass Präsidenten gern mit niedrigen Zinssätzen die Wirtschaft ankurbelten. Er sagte: «Tja, ich werde Sie aber nicht zum Leiter der Notenbank machen.»

«Das macht nichts», sagte Cohn. «Das ist der schlimmste Job in ganz Amerika.»

Im Hinblick auf die Steuern sagte Cohn: «Die Körperschaftssteuer von 35 Prozent war in den letzten zehn Jahren ein Segen für mein Geschäft. Wir haben Firmen zu einem Zinssatz von 10 Prozent verholfen, und sie zahlen uns dafür hohe Gebühren.» Er sprach als Präsident von Goldman Sachs. Bei einer solchen «Inversion» wird der Unternehmenssitz in Gestalt einer neuen Muttergesellschaft in ein Niedrigsteuerland wie Irland oder Bermuda verlegt, während die betrieblichen Abläufe und das Management als Tochterunternehmen in dem Land mit höheren Steuersätzen verbleiben.

Goldman hatte das Dutzenden von Unternehmen ermöglicht. Die Leiter und Vorstandsgremien der Unternehmen waren den Anteilseignern gegenüber in der Verantwortung, den Gewinn zu maximieren, und die Verlegung, die Inversion, erhöhte die Erträge dramatisch. So gut wie alle Pharmaunternehmen und Versicherungsgesellschaften hatten ihren Sitz verlegt.

Cohn prahlte: «Wo sonst kann ein Unternehmen mit einem Umsatz von X morgen immer noch X umsetzen und dabei einen 20 Prozent höheren Gewinn einfahren, indem es einfach nur die Firmenzentrale verlegt?»

Entgegen dem Eigeninteresse von Goldman Sachs fügte Cohn hinzu: «Das können wir nicht zulassen. Wir müssen unsere Unternehmenssteuer dem Durchschnitt angleichen, der bei 21, 22 Prozent liegt.»

Auch wenn es vom Kongress verhängte Beschränkungen gab, ließen sich die neuen Gesetze doch umgehen. «Wir dürfen den Unternehmen nicht erlauben, sich dem Steuersystem der Vereinigten Staaten zu entziehen. Das ist einfach schlecht. Es schadet dem Geschäft. Es schadet dem Arbeitsmarkt.

Ich argumentiere hier gegen mein eigenes Geschäft. Das hat uns einen Haufen Geld eingebracht.»

Trump redete wieder vom Gelddrucken. «Wir leihen uns einfach was», sagte er, beseelt von dem Gedanken, an der Spitze der Bundesregierung zu stehen, die bei den Bonitätsbeurteilungen weltweit am besten abschnitt, sodass sich Kredite zu den niedrigsten Zinssätzen aufnehmen ließen.

Unerwähnt ließ Cohn einen im Zuge des Wahlkampfs erschienenen Bericht, demzufolge die Kreditwürdigkeit der Trump Organization bei 19 von 100 lag, unterhalb des nationalen Durchschnitts von 30, und er Schwierigkeiten haben könnte, überhaupt einen Kredit aufzunehmen.

Sie können nicht einfach Geld drucken, sagte Cohn.

«Wieso nicht? Wieso nicht?»

Im Kongress gab es eine Schuldendecke, die die Höhe von Staatsanleihen rechtsverbindlich begrenzte. Es war offensichtlich, dass Trump nicht verstand, wie die Schuldenbilanzierung der US-Regierung funktionierte.

Die Inflation werde wahrscheinlich stabil bleiben. Die Automatisierung werde kommen, sagte Cohn – künstliche Intelligenz, lernfähige Maschinen, Robotik. Wir werden das Angebot an Arbeitskräften besser managen als je zuvor in der Menschheitsgeschichte. Was den Verlust von Arbeitskräften angeht, befinden Sie sich jetzt also in der heikelsten Phase. Maschinen können inzwischen viele Tätigkeiten übernehmen.

«Wenn Sie acht Jahre im Amt sind, bekommen Sie es mit der Automatisierung von Autos und Lastwagen zu tun. Etwa 25 Prozent der US-Bevölkerung lebt in irgendeiner Weise vom Fahren. Denken Sie mal darüber nach.»

«Wovon reden Sie?», fragte Trump.

Durch die selbstfahrenden, autonomen Fahrzeuge würden Millionen von Menschen zu anderen Tätigkeitsfeldern überwechseln müssen. Das würde eine große Veränderung und möglicherweise eine starke Zerrüttung des Arbeitsmarkts bedeuten.

«Ich will, dass Sie für mich arbeiten», sagte Trump.

«Als was?»

Trump sprach den Posten des stellvertretenden Verteidigungsministers an.

«Zuerst einmal will ich nicht irgendein Stellvertreter sein», sagte Cohn.

Wie wäre es mit oberster Geheimdienstchef?

Cohn äußerte sich ablehnend. Er wisse nicht genau, was das beinhalte. Später fand er heraus, dass die Aufsicht über die CIA und alle übrigen Geheimdienste dazugehörte.

«Sie handeln doch mit Gütern», sagte Trump. «Warum denken Sie nicht mal darüber nach, ob Energieminister was für Sie wäre?»

Kein Interesse.

Trump versuchte Cohn zu überzeugen, Leiter des Office of Management and Budget zu werden.

Nein. Cohn wusste, dass das ein fürchterlicher Job war.

«Wissen Sie was?», sagte Trump am Ende des inzwischen einstündigen Treffens. «Ich habe den Falschen zum Finanzminister gemacht. Sie sollten Finanzminister sein. Sie wären der beste Finanzminister.»

Mnuchin, der direkt danebenstand, schwieg und zeigte keinerlei Reaktion.

«Kommen Sie noch mal zu mir und sagen Sie mir, was Sie wollen», sagte Trump. «Es wäre großartig, Sie in meinem Team zu haben. Es wäre phantastisch.»

Fünf Minuten später sah Cohn, der noch im Gebäude war, eine Eilmeldung auf einem Fernsehschirm aufblitzen: Der designierte Präsident hatte Mnuchin zum Finanzminister ernannt.

«Das ist doch verrückt», sagte Jared. «Die Meldung hat Mnuchin gerade herausgegeben. Sie haben ihn echt nervös gemacht.»

Cohn machte seine Hausaufgaben und redete mit anderen ehemaligen Goldman-Führungskräften, die für die Regierung gearbeitet hatten. Robert Rubin, der unter Clinton Leiter des Nationalen Wirtschaftsrats NEC und später Finanzminister gewesen war, sagte, wenn Cohn den Wirtschaftsrat leiten und sich die Position des obersten Wirtschaftsberaters zusichern lassen könne, dann solle er zuschlagen. Im West Wing des Weißen Hauses zu sitzen, sei ein enormer Vorteil, wenn er eine Übereinkunft mit dem Präsidenten habe.

Cohns Frau Lisa sagte, er solle es tun, weil er dem Land einiges schuldig sei. «Du bist zu langsam, zu dick und zu alt, um dem Land auf irgendeine andere Weise zu dienen.»

Cohn ging noch einmal zu Trump und sagte, er sei an dem Wirtschaftsratsposten interessiert, sofern alle Wirtschaftsangelegenheiten über ihn liefen. Im wirtschaftlichen Sektor entsprach das dem Bereich des Nationalen Sicherheitsberaters in außenpolitischen Fragen.

«Natürlich», sagte Trump. «Es wird alles nach Ihren Vorstellungen ablaufen. Wir werden so großartige Sachen machen.»

Priebus, der bei der Besprechung anwesend war, bereiteten diese Vom-Fleck-weg-Ernennungen Kopfzerbrechen. Später sagte er zu Trump: «Wir machen diesen Typen, einen Demokraten, der für Hillary Clinton gestimmt

hat, zum Leiter unseres Wirtschaftsrats? Warum? Sollten wir nicht noch einmal darüber reden? Er ist ganz bestimmt sehr klug. Sollten wir uns nicht beraten, bevor wir solche Posten vergeben?»

«Ach», sagte Trump, «das müssen wir nicht besprechen.» Außerdem habe er ihm den Job bereits angeboten, und Cohn habe angenommen. «Er wird das großartig machen.»

Am zweiten Weihnachtsfeiertag 2016 konnte ich mit Michael Flynn, Trumps frischernanntem Nationalen Sicherheitsberater, telefonieren. Er war zu Besuch bei seinen Enkeln in Florida. Flynn, ein umstrittener Dreisternegeneral i.R. und Geheimdienstexperte, hatte Trump während des Wahlkampfs als außenpolitischer Berater zur Seite gestanden. Auf dem Nominierungsparteitag der Republikaner hatte er die Massen begeistert zu «Sperrt sie ein»-Rufen gegen Hillary Clinton angestachelt. Später entschuldigte er sich.

Im Jahr 2014 hatte Obama Flynn aufgrund von Managementfehlern von dem Amt des Leiters der Defense Intelligence Agency enthoben. Und nach dem Wahlkampf hatte Trump Obamas Rat in den Wind geschlagen, Flynn nicht zum Nationalen Sicherheitsberater zu machen.

Ich rief Flynn an, um ihn nach seiner Einschätzung zu Russland zu fragen. Mehrere Mitarbeiter der Geheimdienste und des Pentagons hatten mir erzählt, Russland habe in den vergangenen Jahren begonnen, sein atomares Potenzial mit einer neuen U-Boot-basierten Rakete und zwei neuen Interkontinentalraketen zu modernisieren und zu verbessern.

«Ja, stimmt genau», gab Flynn zu Protokoll. Unter Putins Führung, sagte er, habe Russland die USA in den vergangenen sieben oder acht Jahren

«nicht nur überflügelt, sondern überlistet».

Er sagte, er habe achtzehn Monate zuvor, im Jahr 2015, mit Trump über die russische Aufrüstung gesprochen, als sie sich zum ersten Mal begegnet waren. Er sagte, sie seien sich einig darüber gewesen, dass die Vereinigten Staaten in Sachen Potenzial, Ausbildung, Bereitschaft und Modernisierung zu viele Abstriche gemacht hatten.

Putin, sagte er, habe «auf systematische Weise» nicht nur seine atomaren, sondern auch seine taktischen und herkömmlichen Streitkräfte sowie seine Sonderstreitkräfte aufgerüstet. «Wenn sich Russland gegen uns stellen sollte und es zu einer direkten Konfrontation käme, müssten wir der Wahrheit ins Gesicht sehen, dass Putin innovative Technologie und große Einsatzbereitschaft zur Verfügung steht.»

Dann sprach Flynn offen darüber, dass die Vereinigten Staaten möglicherweise mit Atomwaffentests beginnen müssten. Die letzten Tests in den USA hätten 1992 stattgefunden. «Wir werden entscheiden müssen, ob wir weitere Tests machen», sagte er. Die Computertests würden womöglich nicht ausreichen, und man müsse wissen, ob die Waffen funktionsfähig seien.

«Mein Rat an den Boss war, dass wir dafür Zeit, Energie und Ressourcen aufwenden müssen.» Er sagte, Trump habe vor, entschlossen aufzutreten – Putin einen «Schuss vor den Bug» zu setzen. Er fügte hinzu: «Wir machen das nach der Reagan-Methode.» Sich aggressiv geben und dann verhandeln. «Wir müssen zugleich deutlich machen, dass wir mit Russland reden. Man kann nicht nur ein einziges Bild von Russland haben.»

Flynn wurde weithin kritisiert, weil er 2015 für ein vom russischen Staatsfernsehen gezahltes Honorar von 33750 Dollar einen öffentlichen

Auftritt in Russland absolviert hatte. Er sagte, es sei eine Chance gewesen, Putin zu treffen. «Das hätte jeder getan», sagte er.

Flynn nahm in Moskau an einer Fragerunde teil. Er trat standardmäßig für bessere Beziehungen zu den USA ein, um gemeinsam den IS schlagen zu können, und sprach darüber, wie wichtig es sei, den Gegner klar zu benennen und den IS nicht nur einhegen zu wollen, wie Obama es getan hatte. Bezüglich der allgemeinen Außenpolitik sagte Flynn zu mir: «Der gewählte Präsident muss sich mit einem Haufen Scheiße auf der ganzen Welt auseinandersetzen. Die Welt ist ein einziges Chaos. Es gibt eine ganze Menge aufzuräumen.»

Kapitel 8

Nach der Wahl gab Präsident Obama bei den Chefs der Nachrichtendienste einen streng geheimen Abschlussbericht mit sämtlichen Quellen und Details zur russischen Wahleinmischung in Auftrag. Vom Ergebnis sollten die Gang of Eight aus Spitzenvertretern beider Parteien im Kongress sowie der designierte Präsident Trump in Kenntnis gesetzt werden.

Eine nicht geheime Kurzfassung mit der Bewertung, aber ohne Quellenangaben, sollte noch vor Obamas Auszug aus dem Weißen Haus am 20. Januar veröffentlicht werden.

James Clapper als der Direktor der Nationalen Nachrichtendienste, CIA-Direktor John Brennan, FBI-Direktor James Comey und NSA-Direktor Mike Rogers setzten sich zusammen, um die Themen auszuarbeiten, über die Trump unterrichtet werden sollte. Sie wussten, er würde den Bericht vor allem als Versuch auslegen, seinen Sieg in Frage zu stellen und die Rechtmäßigkeit der Wahl in Zweifel zu ziehen. Sie kamen überein, unbedingt mit einer Stimme zu sprechen.

«Dies ist unsere gemeinsame Geschichte, und zu der stehen wir alle», lautete Clappers Solidaritätsappell. Er selbst sollte als Hauptsprecher fungieren. Entscheidend war, dass alle souverän auftraten. Was sie vorzutragen hatten, würde mit Sicherheit den Tiger reizen.

Kurz zuvor, im Dezember 2016 hatte Clapper einen Anruf von Brennan bekommen. Der CIA war die Kopie eines fünfunddreißigseitigen Dossiers

mit Agentenberichten von Christopher Steele zugegangen, einem ehemaligen höheren Mitarbeiter des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6. Es enthielt detaillierte Informationen über Aktivitäten, mit denen Russland angeblich versucht hatte, Einfluss auf die Präsidentschaftswahl zu nehmen – um Chaos zu stiften, Hillary Clinton zu beschädigen und Trump zu helfen. In Steeles Dossier standen außerdem pikante Anmerkungen im Zusammenhang mit Trump, russischen Prostituierten und «Golden Showers».

«Das sollten Sie lesen», war Brennans Rat an Clapper. Beim FBI lief bereits eine eigene, streng geheime Spionageabwehrermittlung zu der Frage, ob es zwischen Trumps Kampagne und Russland geheime Absprachen gegeben hatte. «Das Dossier bringt zusätzlich Substanz für das, was wir hier tun.» Beweiskräftig war es nicht, aber es schien dieselbe Spur zu verfolgen.

Clapper beriet sich mit dem FBI. Wie sollen wir Trump gegenüber damit umgehen?

Beim FBI war das Dossier bereits bekannt. Steele selbst hatte Teile an das FBI weitergeleitet, die vollständige Fassung war Direktor Comey am 9. Dezember von Senator John McCain übergeben worden.

Der FBI-Vize Andrew McCabe hatte eine Sorge. Wenn sie dem designierten Präsidenten Trump ihre geheimdienstlichen Erkenntnisse zu Russland präsentierten, aber das Dossier nicht erwähnten, stände das FBI wieder da wie in den alten Zeiten von J. Edgar Hoover – das Signal wäre: Wir haben allerlei Dreck über Leute, und den behalten wir schön für uns. Comey war derselben Ansicht. Über dem FBI lag noch immer der Schatten der Ära Hoover.

Clapper bestand auf der Erstellung eines einheitlichen Rasters, nach dem die Erkenntnisse der verschiedenen Behörden erfasst werden sollten, ehe sie

zu einem gemeinsamen Report verschmolzen wurden. FBI und CIA haben unterschiedliche Vorgaben für Geheimermittlungen.

Das FBI sammelt nicht nur nachrichtendienstliches Material, es führt auch strafrechtliche Ermittlungen. Es ist tendenziell strenger mit Quellen und deren Überprüfung. Was als reine Spionageabwehr begonnen hat, kann plötzlich strafrechtliche Weiterungen bekommen, wodurch Geheimdienstmaterial zum Beweismittel wird und vor Gericht standhalten muss.

Die CIA hat den Auftrag, Geheimdienstinformationen zu sammeln und dem Weißen Haus und den anderen Teilen der Bundesregierung zur Kenntnis zu bringen. Das Material muss nicht so wasserdicht sein, denn normalerweise wird es nicht in Strafprozessen verwendet.

Ähnlich dem von Hoover überschatteten FBI saß auch der CIA ein Gespenst im Nacken. Die Behörde hatte sich 2003, im Vorfeld der Irak-Invasion, einen kapitalen Fehler geleistet. Teilweise aufgrund von Lügen eines Hauptinformanten – jemand mit dem erstaunlichen Codenamen «Curveball» [Bogenlampe], der behauptete, in einem mobilen irakischen Chemiewaffenlabor zu arbeiten – war die CIA zu dem Schluss gekommen, der Irak sei im Besitz von Massenvernichtungswaffen. Dieses Fazit hatte ihr damaliger Direktor George Tenet dem Präsidenten George W. Bush als «bombensicher» präsentiert. Die angeblich vorhandenen Massenvernichtungswaffen waren ausschlaggebend für die Rechtfertigung der Irak-Invasion gewesen. Gefunden wurden sie nicht, und das war für den Präsidenten wie für die CIA ausgesprochen peinlich.

Clapper wusste, dass der CIA die damalige Fehlleistung bei fast allen Aktivitäten und Analysen auch weiter angehängt wurde. Als eine

Routinemaßnahme dagegen unterzog man Informanten, wann immer das möglich war, einem Lügendetektortest. Als echtes Beweismittel taugte das Ergebnis zwar nicht, aber wie gut jemand durchkam, galt als brauchbare Messlatte für seine Aufrichtigkeit.

Steeles Informanten hatten keinen Lügendetektortest durchlaufen, was aus ihren Angaben lediglich unbestätigte, also potenziell suspekte Informationen machte. Laut Brennan stimmten die Angaben im Dossier jedoch überein mit denen von eigenen und damit für ihn äußerst vertrauenswürdigen Informanten.

Das Dossier zirkulierte bereits unter Journalisten, überdies hatte Steele einigen Medien vertrauliche Hintergrundinterviews gegeben, aber es war noch nicht veröffentlicht.

Auf der zweiten Seite heißt es: «Laut Informant D, der/die jeweils anwesend war, gehörte zu TRUMPs (perversem) Auftreten in Moskau die Anmietung der Präsidentensuite des Hotels Ritz-Carlton, wo, wie ihm bekannt, Präsident und Mrs. OBAMA (die er hasste) auf einer ihrer offiziellen Russland-Reisen übernachtet hatten, und die Besudelung des Bettes, in dem sie geschlafen hatten, durch einige angeheuerte Prostituierte, die vor seinen Augen eine «Golden Shower»-Show (Urinieren) praktizierten. Das Hotel wurde bekanntermaßen vom FSB überwacht und hatte Mikrophone und versteckte Kameras in sämtlichen Hauptzimmern, die alles Gewünschte aufzeichneten.»

Alles war laut Steeles Dossier darauf ausgerichtet, «‹kompromat› (kompromittierendes Material) über ihn zu gewinnen.»

Eine atemberaubende Anschuldigung. Hinweise auf die Identität von Informant D waren nicht zu bekommen.

Comey erklärte, da das FBI dieses Dossier nun mal hatte, müsse er es Trump zur Kenntnis geben, gleich im Anschluss an den gemeinsamen Bericht der Nachrichtendienste. Es sollte ein Anhang sein, eine Fußnote gewissermaßen.

Die fünfunddreißig Seiten des Dossiers wurden auf knapp zwei Seiten eingedampft, im Fokus stand die mutmaßliche Koordination zwischen den Russen und dem Trump-Wahlkampfteam.

Trump reagierte kämpferisch auf den anschwellenden Chor der Medienberichte, dass sich Russland nach Einschätzung der Nachrichtendienste tatsächlich in die Wahl eingemischt hatte.

Am 9. Dezember erklärte er, diejenigen Geheimdienstler, die da jetzt Alarm schlagen, seien «dieselben Leute, die erzählt haben, Saddam Hussein hat Massenvernichtungswaffen». Ein paar Tage später sagte er bei *Fox News*: «Die haben keine Ahnung, ob das Russland ist oder China oder irgendwer, der irgendwo in einem Bett sitzt.» Er twitterte: «Wenn man ‹Hacker› nicht auf frischer Tat ertappt, ist es sehr schwer festzustellen, wer gehackt hat. Wieso hat das niemand vor der Wahl aufgebracht?»

Am 5. Januar veranstaltete der Streitkräfteausschuss des Senats eine Anhörung zu russischen Hackerangriffen. Auch Clapper, der einen Tag später Trump darüber unterrichten sollte, sagte aus. Er war verärgert über Trumps Kritik an den Nachrichtendiensten und gab zu Protokoll: «Zwischen Skepsis und Verunglimpfung besteht ein Unterschied. Das Vertrauen der Öffentlichkeit und ihr Zutrauen in die Nachrichtendienste sind elementar.

Viele unserer ausländischen Kollegen bekunden mir ihre Besorgnis über … die Verunglimpfung der US-Nachrichtendienste.»

Am Tag darauf fragte Kellyanne Conway bei *This Morning* auf CBS: «Warum sollte Russland wollen, dass Donald Trump hier Präsident wird? Donald Trump hat versprochen, unsere Atomstreitmacht zu modernisieren.»

Und Trump selbst sagte in einem Telefoninterview mit der *New York Times*: «Das ist eine politische Hexenjagd.»

Hope Hicks war PR-Expertin, achtundzwanzig Jahre alt, während des Wahlkampfs Trumps Pressesprecherin gewesen und arbeitete während der Übergangsphase Anfang Januar 2017 von einem kleinen Sitzungszimmer im vierzehnten Stock des Trump Tower aus. Sie besaß zwei für Trump wichtige Eigenschaften – sie war loyal und sah gut aus. Als Teenager hatte sie gemodelt, jetzt war sie genau die glamouröse Hochglanzerscheinung, die Trump mochte – mit perfektem Augen-Make-up und langen braunen Haaren, die sie gern auf einer Seite nach hinten warf. Ein echtes PR-Talent war sie auch.

Trump hatte sie gefragt, welchen Job im Weißen Haus sie gern hätte. Sie hatte sich die Leitung der Abteilung Kommunikationsstrategie ausgesucht, wohlweislich, um dem täglichen Handgemenge mit der Presse zu entgehen und zugleich Trumps Medienauftritte zu managen, die inzwischen natürlich zahllos waren. Sie hatte darüber gewacht, wer ein Interview bekam. Alle wollten Trump, und Hicks hatte das Gefühl, dass seine mediale Attraktivität etwas nachließ, weil er während des Wahlkampfs so überpräsent gewesen war. Ab jetzt würden seine Medienauftritte sorgfältig ausbalanciert werden

müssen. Hicks wusste so gut wie jedermann, dass das mit dem designierten Präsidenten womöglich gar nicht ging.

Die Medien litten ihrer Überzeugung nach am «Oppositional Defiance Syndrome». Der Begriff stammt aus der klinischen Psychiatrie und bezeichnet notorische Widerspenstigkeit und Trotzverhalten bei Kindern. Als typisch gelten exzessive Wut auf Autoritäten, Rachsucht und Tobsuchtsanfälle. Nach Hicks' Ansicht galt das genau für die Presse.

Sie arbeitete bereits an einer Presseerklärung zu den Meldungen über die russische Wahleinmischung. Die exzessive Berichterstattung über das, was sie als «sogenannte Hackerangriffe durch Russland» bezeichnete, sei nur dazu angetan, die Vereinigten Staaten schwach und Russland einflussreicher dastehen zu lassen, als sie für möglich gehalten hätte.

Am 6. Januar erschienen die Geheimdienstchefs im Trump Tower. Comey begegnete Trump zum ersten Mal. In seinem Buch *Größer als das Amt* beschreibt er ihn, vielleicht um seinen scharfen Blick zu demonstrieren, so: «Sein Anzugjackett war offen, die Krawatte zu lang, wie üblich. Sein Gesicht hatte einen leicht orangefarbenen Teint mit hellen Halbmonden unter den Augen. Ich nehme an, er trägt eine Schutzbrille, wenn er ins Solarium geht. Seine Haare waren strahlend blond und beeindruckend hindrapiert, sahen aus der Nähe aber durchaus echt aus. Ich weiß noch, dass ich mich fragte, wie lange er morgens wohl brauchte, bis er das so hinbekam. Als er mir die Hand entgegenstreckte, stellte ich fest, dass sie kleiner war als meine, aber nicht ungewöhnlich klein.»

Bei der Besprechung im Trump Tower gab Clapper eine Zusammenfassung der Abschlussbewertung, des Herzstücks eines jeden

Nachrichtendienstberichts:

- Russland hege seit langem den Wunsch, «die liberale demokratische Ordnung unter Führung der USA zu untergraben», bei der Präsidentschaftswahl 2016 habe es jedoch «eine signifikante Eskalation bezüglich der Direktheit, der Massivität und der Bandbreite der Bemühungen» gegeben.
- Putin habe «2016 eine direkt auf die US-Präsidentschaftswahl abzielende Einflusskampagne angeordnet … um das öffentliche Vertrauen in den demokratischen Prozess in den USA zu untergraben, Außenministerin Clinton schlechtzumachen und ihre Wählbarkeit und mögliche Präsidentschaft zu beeinträchtigen. Wir stellen des Weiteren fest, dass sich bei Putin und der russischen Regierung eine deutliche Präferenz für den designierten Präsidenten Trump entwickelt hat.»
- «Als Moskau den Eindruck bekam, dass Außenministerin Clinton die Wahl wahrscheinlich gewinnen würde, konzentrierte sich die russische Einflusskampagne zunehmend darauf, ihre künftige Präsidentschaft zu untergraben.»

Lauter zahme Formulierungen. Trump genoss eine «deutliche Präferenz», die russischen Bemühungen zielten stark darauf ab, Clinton zu diskreditieren und zu «untergraben». Nirgends eine Andeutung, dass Trump oder seine Leute mit den Russen geheime Absprachen getroffen oder kooperiert hätten.

Alle Quellen passten zusammen und zeichneten ein stimmiges Bild aus verschiedenen Perspektiven im Kreml, erklärte Clapper. Die dortigen V-

Leute waren sogenannte «Alt-Informanten», deren Informationen und Einschätzungen sich über die Jahre als richtig erwiesen hatten. Mindestens einer dieser Informanten lieferte bereits seit einer Generation zuverlässiges Material.

Was bisher noch nicht berichtet wurde: Einer dieser Informanten war so gefährdet, dass die CIA ihn oder sie aus Russland herausholen und im Ausland oder in den Vereinigten Staaten in Sicherheit bringen wollte. Die Person weigerte sich jedoch, anscheinend aus Furcht vor Konsequenzen für Familienangehörige, wenn er/sie plötzlich aus Russland oder überhaupt verschwand.

Clapper nannte keine Namen von V-Leuten, obwohl Trump darum hätte bitten können.

«Informanten glaube ich nicht», sagte Trump, «das sind Leute, die ihre Seele verkauft und ihr Land verraten haben.» Denen würde er gar nichts abkaufen. «Ich habe kein Vertrauen zu Informationen von all diesen V-Leuten und Spionen.»

Der Satz veranlasste Brennan, dessen CIA sich fast ausschließlich auf Aussagen von Informanten verließ, später zu der Bemerkung: «Das werde ich unseren Mitarbeitern lieber nicht weitersagen.»

Was ebenfalls bisher nicht berichtet wurde: Die CIA war überzeugt, mindestens sechs V-Leute zu führen, die die Befunde bestätigten. Jemand, der Zugang zu dem vollständigen Geheimbericht hatte, sagte mir später, nach seiner Überzeugung seien nur zwei davon zuverlässig.

Trump fragte, ob es noch etwas gebe.

«Nun ja, es gibt zusätzliches sensibles Material», antwortete Clapper.

Priebus fragte Trump, ob sie bleiben sollten oder er das allein erledigen wolle.

Comey schlug vor: «Ich hatte an ein Zweiergespräch gedacht.»

«Nur wir beide», stimmte Trump zu.

Comey konnte durchaus den knallharten Agenten geben, hier hielt er den Ball flach. Er fasste für Trump zusammen, dass es ein Dossier mit Anschuldigungen gebe und er das hiermit weiterreiche. Es sei nun mal in der Welt, und er wolle nicht, dass der angehende Präsident vom Inhalt überrumpelt werde, denn es ziehe bereits Kreise und werde mit Sicherheit bald ganz oder teilweise in den Medien auftauchen.

In dem Dossier stehe, dass Trump 2013 mit Prostituierten in einem Moskauer Hotel gewesen und von den Russen gefilmt worden sei. Comey erwähnte nicht, dass Trump dabei angeblich Prostituierte zum gegenseitigen Anpinkeln auf dem Bett animiert hatte, in dem einst Präsident Obama und seine Frau Michelle genächtigt hatten.

Comey schrieb später in seinem Buch: «Ich dachte, dieses Detail sei nicht unbedingt nötig, um den künftigen Präsidenten über die Natur des vorhandenen Materials aufzuklären. Die ganze Sache war ohnehin verrückt genug. Während ich noch redete, hatte ich eine Art außerkörperlicher Erfahrung: Ich sah mir zu, wie ich mit dem neuen Präsidenten der USA über Prostituierte in Russland sprach.»

Trump stritt alles ab. Ob er etwa aussehe wie einer, der Prostituierte nötig hat?

Comey schrieb auch, er habe Trump versichert, «dass das FBI nicht gegen ihn ermittelte. Und das stimmte ja auch. Wir hatten für ihn keine Spionageabwehr-Akte angelegt. Es war uns egal, ob er in Moskau mit Nutten

zugange gewesen war, solange die Russen nicht versuchten, ihn damit zu irgendetwas zu zwingen.»

Wie er Trump bei dem Vier-Augen-Gespräch seine Botschaft vermittelt hatte, hat Comey so beschrieben: «Als er sich immer mehr in die Defensive flüchtete und das ganze Gespräch im Desaster zu enden drohte, zog ich instinktiv meinen Joker aus der Tasche: ‹Wir stellen keine Ermittlungen über Sie an, Sir.› Das schien ihn tatsächlich zu beruhigen.»

Das Gespräch dauerte fünf Minuten.

Trump berichtete später seinem Anwalt, er habe sich von Comey mit dieser Geschichte über angebliche Prostituierte in Moskau überfallen gefühlt. «Ich habe schon genug Probleme mit Melania und Geliebten und lauter so Sachen. Die reichen mir. Melania darf auf keinen Fall davon erfahren.»

Im Anschluss gab Trump eine Erklärung ab, in der er das Treffen als «konstruktiv» bezeichnete; dessen Inhalt hatte aber offenbar keinen Eindruck auf ihn gemacht. Einmischungsversuche von «Russland, China, anderen Ländern» hätten «absolut keine Auswirkung auf den Wahlausgang» gehabt, «eingeschlossen die Tatsache, dass es keine Pfuscherei oder sonst was mit Wahlmaschinen gegeben hat».

Vier Tage später, am 10. Januar, stellte *BuzzFeed* das komplette Steele-Dossier ins Netz.

Auch ich las es jetzt. Auf Seite 27 hieß es: «Zwei gut unterrichtete Quellen in St. Petersburg behaupten, der Kandidat der Republikaner TRUMP hat dort Leute bestochen und sexuelle Aktivitäten betrieben, entscheidende Zeugen sind zum Schweigen gebracht worden, Beweise schwer zu bekommen.»

Und ergänzend: «Alle direkten Zeugen waren jüngst ‹zum Schweigen gebracht›, das heißt bestochen oder zum Verschwinden gezwungen worden.»

Das Dossier macht klar, dass es anscheinend keine Möglichkeiten gab, die Angaben zu überprüfen.

Ich war erstaunt, nicht über die Anschuldigungen, die zutreffen könnten, sondern darüber, dass die Geheimdienstchefs, insbesondere der FBI-Direktor, Trump etwas Derartiges präsentiert hatten.

Kernstück der Besprechung am 6. Januar war die gemeinsame Lagebeurteilung der Nachrichtendienste bezüglich russischer Wahleinmischung. Ihrem Gefühl nach war dies einer der bedeutendsten, bestbelegten und überzeugendsten nachrichtendienstlichen Berichte in letzter Zeit. Clapper nennt ihn in seinem Buch *Facts and Fears* «ein bahnbrechendes Dokument – eines der bedeutendsten, die je von US-Nachrichtendiensten erstellt wurden». CIA, NSA, FBI und andere Behörden hatten enorm in Informationsbeschaffung investiert. Sie waren auch ein Risiko eingegangen, als sie sensibles Material in solchem Umfang in einem einzigen Bericht versammelten, der nach außen dringen oder beschrieben werden konnte.

Und dann hatte Comey das Steele-Dossier ins Spiel gebracht, fast wie einen nachträglichen Einfall: Ach übrigens, hier ist noch so eine skurrile, nicht verifizierte, nicht belegte Fußnote mit ein paar richtig hässlichen Anschuldigungen gegen Sie.

Der mit allen abgestimmte Lagebericht hatte doch den künftigen Präsident überzeugen sollen. Warum haben sie dessen Glaubwürdigkeit mit der Dossier-Kurzfassung getrübt? Sie kannten Trump und wussten, dass ihn das rasend machen würde. Wie höchstwahrscheinlich jeden anderen auch. Warum stellten sie ihrem hochseriösen Werk ein ungeprüftes Dokument zur Seite?

Das Dossier enthält Material von der Sorte, die bei Reportern oder dem FBI vernünftigerweise Nachforschungen auslösen würde, um herauszufinden, woher es stammt, vielleicht sogar ein paar der Quellen zu lokalisieren und eventuell Bestätigungen zu finden. Das FBI hatte sogar eindeutig die Pflicht, das zu tun – was es später auch tat.

Es einfach einzubringen, selbst in abgeschwächter Form, in eine der wichtigsten Besprechungen, bei der Nachrichtendienstchefs einen künftigen Präsidenten in die Lage einweisen, schien mir wenig zielgerichtet. Das kommt mir vor, als hätte ich eine meiner seriösesten, komplexesten Storys für die *Washington Post* recherchiert und geschrieben – und dann einen Appendix mit noch nicht überprüften Behauptungen drangehängt: Ach, übrigens, hier ist eine Liste, was noch recherchiert werden müsste, die veröffentlichen wir gleich mit.

Größer als das Amt erschien ein Jahr später, Comey schildert darin ausführlich seine Bedenken vor dem Treffen bei Trump, wie er mit dem Dossier umgehen sollte.

«Ich als FBI-Direktor hingegen würde länger bleiben. Und wir hatten nun mal Kenntnis von diesen Dingen, irgendjemand musste es dem Mann ja sagen. Es war für mich nur logisch, dass ich das übernahm. Insgesamt also ein ganz vernünftiger Plan, wenn man bei einem Gespräch mit einem angehenden Präsidenten über seine Kontakte mit Prostituierten in Moskau überhaupt von Vernunft sprechen konnte.»

Durchaus möglich, dass sich das alles einmal als wahr erweist, aber man stelle sich vor, so etwas vom FBI-Direktor gesagt zu bekommen.

Comey fährt fort: «Wohl war mir bei diesem Vorhaben jedenfalls nicht … Es war mehr als wahrscheinlich, dass Donald Trump, Politiker und

knallharter Geschäftsmann, unterstellen würde, ich erzählte ihm von dem Prostituiertenbericht, um ihn in die Enge zu treiben und mir selbst ein Druckmittel zu sichern. Vermutlich würde er annehmen, ich wolle es machen wie J. Edgar Hoover, denn genau das hätte Hoover in meiner Lage getan. Mit einem Stirnrunzeln war es in meinem Fall nicht getan. Die Lage war mehr als kritisch.»

Am 15. Januar 2017, fünf Tage vor der Amtseinführung, war ich bei *Fox News Sunday* und sagte: «Ich lebe jetzt seit fünfundvierzig Jahren in dieser Welt, wo man an Sachen rankommt und wo die Leute irgendetwas mutmaßen. Das Dossier ist Müll. Es hätte nie bei einer Geheimdienstbesprechung präsentiert werden dürfen. Trump ist darüber zu Recht verärgert.» Die Geheimdienstler, «die hervorragend sind und Großartiges geleistet haben, haben hier einen Fehler gemacht, und wenn man einen Fehler macht, sollte man sich entschuldigen.» Ich erklärte, dass der Weg für solche Informationen normalerweise, wie auch in früheren Regierungen, über den künftigen Rechtsberater des Weißen Hauses lief. Soll sich doch der Anwalt des neuen Präsidenten um die heiße Kartoffel kümmern.

Noch am selben Nachmittag twitterte Trump: «Dank an Bob Woodward, der sagt, ‹das Dossier ist Müll … es hätte nie präsentiert werden dürfen … Trump ist zu Recht verärgert (sauer)› …»

Ich war nicht gerade erfreut über den Ruf, Partei ergriffen zu haben, aber ich war fest überzeugt, dass ein solches Dokument, selbst als Kurzfassung, wirklich «Müll» war und man anders damit hätte umgehen müssen.

Die Episode spielte eine große Rolle als Antrieb für Trumps Krieg gegen die Geheimdienstwelt und insbesondere das FBI und Comey.

Kapitel 9

Fünf Tage nachdem Präsident Trump seinen Amtseid abgelegt hatte, am 25. Januar, empfing er seine Top-Berater und sein Nationales Sicherheitsteam zu einem Abendessen im Weißen Haus. Der neue Verteidigungsminister James Mattis trug Trump bei der Gelegenheit Pläne für den Einsatz des SEAL-Teams Six gegen einen ranghohen Al-Qaida-Partner im Jemen vor.

Mattis legte dar, wie das aus mehreren Dutzend Mann bestehende Kommando den Angriff führen, nach Möglichkeit Erkenntnisse, Handys und Laptops erbeuten und vor allem die Zielperson, einen der letzten noch lebenden Al-Qaida-Führer, liquidieren würde.

Es würde die erste Operation im Jemen seit zwei Jahren sein. Präsident Obama hatte sie erwogen und verschoben. Die Militärs bevorzugten eine mondlose Nacht für den Angriff, und nun stand eine solche wieder bevor.

Bannon stellte Fragen zu den umfassenderen Problemen im Jemen. Der frühere Marine fragte sich, warum die Waffenlieferungen an die Huthi-Rebellen nicht auf See gestoppt und unterbunden werden konnten. Iran war doch deren einziger Verbündeter.

«Ihr beherrscht die Lüfte», sagte Bannon. «Ihr habt die US Navy, und ihr beherrscht das offene Meer. Wie schwierig ist es?»

«Es ist eine lange Küste», antwortete Mattis.

«Steve», warf Trump ungeduldig ein, «diese Burschen, die machen das hauptberuflich. Lassen Sie sie ihren Job machen.» Anders gesagt: Halt den Mund.

Trump unterschrieb am nächsten Tag den Einsatzbefehl, und der Angriff wurde am frühen Morgen des 29. Januar, ein Sonntag, durchgeführt. Dabei ging eine Menge schief. Im Verlauf des fünfzigminütigen Gefechts kam ein SEAL ums Leben, drei wurden verwundet. Zivilisten starben, darunter auch Kinder. Ein MV-22 Osprey des Marine Corps schlug bei der Landung hart auf und war nicht mehr flugfähig. Man musste den 75 Millionen Dollar teuren Hubschrauber sprengen, um zu verhindern, dass er dem Feind in die Hände fiel.

William «Ryan» Owens, 36, aus Peoria in Illinois, seines Zeichens Chief Special Warfare Operator, war der erste Kriegstote in Trumps Amtszeit. Trump entschied sich, nach Dover in Delaware zu fahren und der feierlichen Ankunft des Leichnams beizuwohnen. Ivanka begleitete ihn.

Als sie in Dover ankamen, zog der kommandierende Offizier den Präsidenten zur Seite. Wie Trump später seinen Mitarbeitern erzählte, sagte der Offizier: Mr. President, ich möchte Sie auf das Kommende vorbereiten. Wenn Sie hineingehen, wird die Familie auf Sie zugehen. Es wird eine Erfahrung sein, die nicht ihresgleichen hat. Sie sind der Oberkommandierende. Der Respekt, den sie Ihnen bezeugen werden, und ihre Trauer wird unglaublich sein. An Ihnen wird es sein, die Leute zu trösten. Wenn das Flugzeug heranrollt, wenn der mit der Flagge drapierte Sarg heruntergelassen wird, werden einige von der Familie die Fassung verlieren, und zwar ganz furchtbar. Seien Sie andererseits darauf gefasst, dass manche etwas Unpassendes oder sogar etwas Rüdes sagen.

Niemand sagte etwas Rüdes, aber dem Präsidenten schlug eine merkliche Kälte entgegen, die er nicht vergaß.

«Das ist hammerhart», sagte er später, offensichtlich erschüttert. Er ließ durchblicken, dass er sich so einen Trip nach Dover nicht wieder antun würde.

Owens' Vater Bill Owens war in Dover, aber er und seine Frau hatten kein Interesse an einer Begegnung mit Trump.

«Es tut mir leid», sagte Owens dem Geistlichen, er wolle den Präsidenten nicht treffen. Er wolle keine Szene darum machen, aber sein Gewissen lasse nicht zu, dass er mit ihm rede.

Später sagte er noch: «Davor hatten wir zwei Jahre lang keine Bodeneinsätze im Jemen – alles wurde mit Raketen und Drohnen erledigt –, weil es keine Ziele dort gab, die das Leben eines Amerikaners wert gewesen wären. Jetzt plötzlich mussten wir diese große Schau abziehen.»

Statt loszuschlagen, wie Trump es im Falle der Khans getan hatte, der «Gold-Star»-Eltern, die 2016 auf dem Parteitag der Demokraten aufgetreten waren, brachte Trump sein Mitgefühl für den Vater von Ryan Owens zum Ausdruck.

«Ich verstehe, warum Leute so etwas sagen», erklärte der Präsident später. «Ich würde – ich meine, was gibt es Schlimmeres? Es gibt nichts Schlimmeres.» Beamte der Obama-Regierung räumten ein, dass die Operation schon monatelang geplant gewesen war; sie hielten Obama aus der Sache heraus, indem sie sagten, er habe die Operation nie genehmigt.

In einem Interview mit *Fox News* am Morgen vor seiner ersten Rede vor beiden Häusern des Kongresses erklärte Trump, die Operation im Jemen sei etwas gewesen, das seine «hoch geachteten Generäle schon lange im Blick gehabt» hätten.

«Und sie haben Ryan verloren», fügte er hinzu.

Trump lud Carryn Owens, Ryans Witwe und Mutter seiner drei kleinen Kinder, zu seiner ersten Rede vor dem gesamten Kongress am 28. Februar ein; sie erhielt einen Platz auf dem Balkon neben Ivanka.

An die Kongressmitglieder und 47 Millionen Fernsehzuschauer gewandt, sagte Trump: «Es ist uns das Glück vergönnt, heute Abend Carryn Owens an unserer Seite zu haben. Ryan starb, wie er gelebt hat, ein Krieger und ein Held – im Kampf gegen den Terrorismus und für die Sicherheit unserer Nation.»

Weil es Kritik an der Operation gab, fügte Trump hinzu: «Ich habe gerade mit General Mattis gesprochen, der mir bestätigt hat, dass, ich zitiere, ‹Ryan Teil eines höchst erfolgreichen Einsatzes war, der große Mengen von Informationen einbrachte, die uns in Zukunft zu vielen weiteren Siegen über unsere Feinde verhelfen werden.› Ryans Vermächtnis ist ins Buch der Ewigkeit eingraviert.»

Der Präsident wandte sich an Owens' Witwe auf dem Balkon und sagte: «Vielen Dank.»

Donnernder Beifall brach los.

Carryn Owens kämpfte erst einmal mit den Tränen, dann atmete sie aus und flüsterte: «I love you, baby.» Der Applaus hielt an, und Tränen rollten ihr über die Wangen. Sie stand auf, faltete die Hände wie zum Gebet, blickte nach oben und von ihren Lippen konnte man «I love you» ablesen.

Trump sagte: «Denn wie die Bibel uns lehrt, gibt es keinen größeren Liebesdienst als den, das eigene Leben für die eigenen Freunde zu opfern. Ryan opferte sein Leben für seine Freunde, für sein Land und für unsere Freiheit – wir werden ihn nie vergessen.»

Der Beifall und die stehenden Ovationen von den Kongressabgeordneten und Besuchern hielten fast zwei Minuten an.

«Ryan schaut gerade auf uns runter», sagte Trump dann. «Sie wissen das. Und er ist sehr glücklich, weil ich glaube, er hat gerade einen Rekord gebrochen.»

Carryn Owens lächelte und applaudierte. Der Präsident begrüßte sie nach seiner Rede in der Vorhalle und umarmte sie.

Als Trump später mit den Familien anderer gefallener Soldaten telefonierte, fiel den Mitarbeitern des Weißen Hauses auf, wie schwer und belastend das für ihn zu sein schien.

«Er ist nicht der Typ», sagte Bannon. «Er hat nie wirklich Soldatenluft geschnuppert. Hatte nie mit Soldatenfamilien zu tun. Musste sich nie mit dem Tod beschäftigen.» Besonders schwer zu schaffen mache ihm der Tod von «Eltern von kleinen Kindern. Das traf ihn sehr hart, und das merkte man ihm an.»

Ein Mitarbeiter, der bei mehreren Telefonaten zugegen war, die Trump mit «Gold-Star»-Familien führte, fand es bemerkenswert, wie viel Zeit und emotionale Energie Trump in diese Gespräche investierte. Er hatte dabei Auszüge aus der Personalakte der verstorbenen Soldaten oder Soldatinnen vor sich.

«Ich habe gerade sein Foto vor mir – so ein hübscher Junge», sagte Trump bei einem dieser Anrufe. Wo ist er aufgewachsen? Wo zur Schule gegangen? Warum ist er Soldat geworden?

«Ich habe die Akten hier», sagte Trump. «Es sind Berichte darunter, die besagen, wie beliebt er war. Er war ein großartiger Führer.»

Einige der im Oval Office Versammelten hatten Kopien aus den Dienstakten der Verstorbenen. Nichts von dem, was Trump daraus zitierte, stand darin. Er phantasierte es einfach zusammen. Er wusste, was die Familien hören wollten.

Ob die internationale Ordnung bei der neuen Trump-Regierung in guten Händen war, wurde schon im ersten Monat seiner Amtszeit auf die Probe gestellt.

Im Wahlkampf hatte Trump die NATO, das seit 68 Jahren bestehende Verteidigungsbündnis mit Europa, verunglimpft. Die NATO gilt vielen als das erfolgreichste Instrument, um die Sowjetunion im Kalten Krieg in Schach zu halten, und als Fundament der westlichen Allianz. Die Mitglieder der NATO haben sich ein kollektives Verteidigungsversprechen gegeben, was bedeutet: Ein Angriff auf eines der Mitgliedsländer gilt so viel wie ein Angriff auf alle.

Trump hatte im Wahlkampf durchblicken lassen, er halte die NATO für «obsolet». Ihm ging es bei seiner Kritik vor allem um Geld. Die NATO hatte das Ziel verkündet, jedes ihrer Mitgliedsländer solle künftig 2 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben. Die USA lagen zu dem Zeitpunkt bei 3,5 Prozent des BIP, Deutschland nur bei 1,2 Prozent.

Verteidigungsminister Mattis sollte Mitte Februar in München eine Rede halten, und bis dahin musste die US-Regierung ihre NATO-Politik auf die Reihe bringen. War Trump mit im Boot oder nicht?

Als Privatmann hatte Mattis Trumps Anti-NATO-Ideen «hirnrissig» genannt. Große Teile des außenpolitischen Establishments zeigten sich

ebenso enerviert über Trumps Äußerungen wie die europäischen Bündnispartner.

Priebus arrangierte für Mittwoch, den 8. Februar, ein Abendessen im Red Room des Weißen Hauses, damit Trump sich die Argumente von Mattis, General Joseph Dunford (dem Vorsitzenden des Vereinigten Generalstabs) und einigen anderen anhören konnte. Er lud dazu auch eine der Stützen der Republikanischen Partei in Washington ein, C. Boyden Gray. Der Dreiundsiebzigjährige hatte unter George W. Bush zwei Jahre lang als US-Botschafter bei der Europäischen Union gedient. Davor hatte er George Bush in acht Jahren der Vizepräsidentschaft und vier Jahren der Präsidentschaft als Rechtsberater zugearbeitet.

Als die Männer sich zum Essen niederließen, wollte Trump erst einmal über die aktuellen Tagesnachrichten tratschen. Senator John McCain hatte an dem Tag, seinem Ruf als Maverick wieder einmal Ehre machend, die amerikanische Militäraktion im Jemen öffentlich kritisiert.

Trump teilte deftig aus: McCain habe in Vietnam den bequemen Ausweg gewählt, sich gefangen nehmen zu lassen. Dem abgeschossenen Marinepiloten McCain sei als Sohn des Admirals John McCain (während des Vietnamkriegs Oberbefehlshaber des US-Pazifikkommandos) eine vorzeitige Entlassung angeboten worden, mit deren Annahme er andere Kriegsgefangene im Stich gelassen habe.

«Nein, Mr. President», warf Mattis prompt ein, «ich meine, da haben Sie etwas durcheinandergebracht.» McCain habe eine vorzeitige Entlassung abgelehnt und sei brutal gefoltert und fünf Jahre lang im Hanoi Hilton gefangen gehalten worden.

«Oh, okay», antwortete Trump.

Gray, der fünf Jahre im Marine Corps gedient hatte, war verblüfft, dass Mattis den Präsidenten so unverblümt korrigiert hatte – und dass Trump, sonst dafür bekannt, auf Widerspruch allergisch zu reagieren, die Kritik so bereitwillig akzeptiert hatte.

Endlich, als das Dessert auf den Tisch kam, sagte Priebus: «Wir müssen uns jetzt wirklich mit der NATO-Frage befassen.»

Generalleutnant i.R. Keith Kellogg vertrat bei der Besprechung den Nationalen Sicherheitsrat, dessen aktueller Stabschef er war. Der Veteran des Vietnam- und des ersten Golfkriegs, Träger des Silbernen und des Bronzenen Sterns, gab eine kritische Einschätzung, in der er sich Trumps Ton zu eigen machte. Er erklärte, die NATO sei «obsolet»; sie sei nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtet worden, als die USA noch reicher gewesen seien und es mit einer aggressiven Sowjetunion zu tun gehabt hätten. Heute seien die Kosten für die USA unfair und stünden in keinem Verhältnis zu den Beiträgen der europäischen Verbündeten. Die Vereinigten Staaten würden ausgenutzt.

«So würde ich die Sache nicht sehen, Mr. President», sagte General Joseph Dunford.

«Ach, ja?», versetzte Trump. «Wie würden Sie es denn sehen?»

Dunford, der ranghöchste Militär im Raum, lieferte ein temperamentvolles Plädoyer. Die NATO sei ein Bündnis, das man nicht auflösen dürfe, denn es wäre nur schwer wieder zusammenzufügen, sagte er. In einer Zeit, in der sich osteuropäische Länder wie Polen durch die Invasionen Putins auf der Krim und in der Ukraine bedroht fühlten, sei es wichtig, Solidarität und Einheit zu bewahren. «Es ist furchtbar wichtig, Europa politisch, strategisch und wirtschaftlich zusammenzuhalten.» Dunford räumte ein, dass die

Mitgliedsländer ihre Zusage einhalten sollten, ihren Beitrag auf zwei Prozent ihres BIP zu erhöhen.

Ich denke, die Deutschen werden zu ihrer Selbstverpflichtung stehen, zwei Prozent ihres BIP zu zahlen, und sie sind die Wichtigsten, fügte Mattis hinzu.

Jared Kushner mischte sich ein. «Relativ zu unserem eigenen Verteidigungshaushalt ist der Fehlbetrag wirklich klein», sagte er. «Pennies auf den Dollar.»

Priebus gab zu bedenken, dass die zwei Prozent nicht verpflichtend seien, sondern Ergebnis einer kürzlichen Vereinbarung, der zufolge alle NATO-Länder ihr Bestes tun würden, um bis 2024 dahin zu kommen. Es gehe dabei aber nicht um eine Zahlung an die NATO, sondern um eine Zielgröße für die Verteidigungsausgaben.

«Aber es ist ein politisches Problem, wenn deine Verbündeten nicht ihren Anteil bezahlen», sagte Trump. Er richtete seine Argumentation an der Frage fair oder nicht fair aus und kehrte immer wieder zu diesem Gesichtspunkt zurück. Warum sollten die USA für die Verteidigung Europas bezahlen?

Priebus wurde klar, dass es den Präsidenten nicht interessierte, ob die zwei Prozent eine Verpflichtung oder ein Ziel waren. Was ihn interessierte, war, dass er das Argument verkaufen und damit die öffentliche Meinung für sich gewinnen konnte.

«Es ist mir egal, ob es ein Ziel ist oder nicht», sagte Trump schließlich. «Es ist das, was sie machen sollten.»

Boyden Gray wies darauf hin, dass Europa eine Menge wirtschaftliche Probleme hatte. «Nicht dass wir keine hätten, aber ihre sind schlimmer.» Die Länder Europas müssten für mehr Wirtschaftswachstum sorgen. «Einer der Gründe, warum sie nicht zahlen, ist, weil sie nicht schnell genug wachsen.»

«Wollen Sie damit sagen, sie können gar nicht zahlen?», wollte Trump wissen.

«Nein», sagte Gray. Aber die Vereinigten Staaten sollten Europa bei seiner anämischen Wachstumsrate helfen. Die europäische Unternehmenskultur sei überwiegend auf Risikovermeidung angelegt.

«Welches Land wird als nächstes aussteigen?», fragte Trump. Nach dem Brexit-Votum der britischen Wähler musste Großbritannien aus der Europäischen Union austreten. «Ich glaube nicht, dass ein weiteres Land aussteigen wird», antwortete Gray.

Trump pflichtete ihm bei.

«Wenn die NATO nicht da wäre, müsste man sie erfinden», sagte Mattis. «Es ist ausgeschlossen, dass Russland einen Krieg gewinnen könnte, wenn es sich mit der NATO anlegte.»

Am Ende des Abendessens schien es, als wäre Trump überredet. «Sie können Ihre NATO behalten», sagte er zu Mattis. Die Regierung werde das Bündnis stützen, «aber Sie werden der Mieteneintreiber sein».

Mattis lachte. Und dann nickte er.

In seiner Münchener Rede am 15. Februar ging der US-Verteidigungsminister auf Kompromisskurs. «Amerika wird seine Verpflichtungen erfüllen», sagte er, werde jedoch sein Engagement «mäßigen», wenn die anderen NATO-Staaten ihre Verpflichtungen nicht erfüllten. Ungeachtet dessen erklärte er, das Bündnis gehöre zu den «Grundfesten» der amerikanischen Politik.

Auf einer Pressekonferenz mit dem NATO-Generalsekretär zwei Monate später sagte Trump: «Ich habe gesagt, sie sei obsolet. Sie ist nicht mehr obsolet.»

Als Trump im Mai 2017 in Brüssel mit den europäischen Regierungschefs zusammentraf, tadelte er die NATO-Länder scharf wegen ihres «chronischen Zahlungsmankos». «23 der 28 Mitgliedsländer», sagte er, «zahlen noch immer nicht, was sie … für ihre Verteidigung zahlen sollten.»

Er machte deutlich, dass sich seine Botschaft an die eigene Bevölkerung in den USA richtete. «Das ist nicht fair gegenüber den Menschen und Steuerzahlern der Vereinigten Staaten.»

Kapitel 10

Was zum Teufel …, schoss es Priebus durch den Kopf, als er am 9. Februar 2017 die *Washington Post* überflog und dabei einen Artikel fand, der enthüllte, dass der Nationale Sicherheitsberater Michael Flynn mit dem russischen Botschafter über Sanktionen gegen Russland gesprochen hatte, noch bevor Trump im Amt gewesen war.

Eine der letzten Amtshandlungen Obamas als Präsident war es gewesen, am 29. Dezember 2016 gegen Russland Sanktionen wegen Wahleinmischung zu verhängen. Er wies fünfunddreißig Russen aus, die der Spionage verdächtigt wurden, und ordnete die Schließung zweier russischer Anwesen in Maryland und New York an, die in die Geheimdienstaktivitäten involviert gewesen sein sollen.

Priebus hatte Flynn mehrfach nach eventuellen Gesprächen gefragt. Und Flynn hatte stets nachdrücklich verneint, je mit Botschafter Sergej Kisljak, einem trinkfesten Salonlöwen, über diese Dinge gesprochen zu haben.

Zwei Wochen zuvor, am 26. Januar 2017, war Sally Yates, die stellvertretende Justizministerin, ins Weiße Haus gekommen. Sie unterrichtete Donald McGahn, den Rechtsberater des Weißen Hauses, darüber, dass Flynn über seine Kontakte mit den Russen nicht die Wahrheit gesagt hatte. Sie sei besorgt, dass Flynn sich damit zur Zielscheibe von Erpressungen gemacht haben könnte.

Flynn hatte mindestens zehnmal verneint, je mit der russischen Seite über die Sanktionen gesprochen zu haben. Wenigstens nach Priebus' Zählung.

In der Geschichte in der *Washington Post*, für die drei der geheimdiensterfahrensten Journalisten namentlich verantwortlich zeichneten, stand nun zu lesen, dass «neun jetzige und frühere Beamte» diese kategorische Behauptung mit ihrer Aussage untermauert hätten. Flynn war von den Journalisten interviewt worden und hatte die Frage, ob es Gespräche wegen der Sanktionen gegeben habe, zweimal rundheraus mit Nein beantwortet. Beim dritten Mal äußerte er sich ausweichender. Man zitierte auch seinen Sprecher: Flynn «könne nicht mit Bestimmtheit sagen, ob das Thema wirklich nie angeschnitten worden sei».

Priebus suchte den achtundvierzigjährigen Rechtsberater und Experten für Parteienfinanzierung McGahn auf, der fünf Jahre als Vertreter der Republikaner in der Federal Election Commission gearbeitet hatte. Priebus fragte ihn, ob er die Abschriften der Gespräche haben könnte, die Flynn mit dem russischen Botschafter geführt habe.

«Ja», meinte McGahn, «natürlich.» Bald schon hatte Priebus die hochgeheimen Transkripte dreier Telefonate zwischen Flynn und Kisljak vorliegen, die das FBI im Rahmen der Routineüberwachung des russischen Botschafters aufgezeichnet hatte.

Während McGahn und Priebus im Situation Room die Abschriften studierten, stieß auch Vizepräsident Pence zu ihnen. Er hatte Flynns Aussagen diesbezüglich vor der Öffentlichkeit bestätigt. Aus einem sechsseitigen internen Papier aus dem Büro des Rechtsberaters des Weißen Hauses geht hervor, sollten Flynn und Kisljak je über das Thema Sanktionen gesprochen haben, dann «nur, weil Kisljak die Sprache darauf gebracht hätte». Weiter heißt es in dem Papier: «Die Abschriften zeigen jedoch, dass

Flynn es war, der das Thema anschnitt. McGahn und Priebus stimmen darin überein, dass man Flynn wird entlassen müssen.»

Aus allen drei Abschriften geht deutlich hervor, dass Flynn und der Botschafter über die Sanktionen gesprochen haben. Beim letzten Telefonat – ein Anruf von Kisljak – dankte der Botschafter Flynn für seinen Rat bezüglich der Sanktionen und meinte, die Russen würden ihn befolgen.

Das machte die Story hieb- und stichfest. Und es erklärte Putins erstaunlich verhaltene Reaktion auf die Sanktionen. Normalerweise würde der russische Präsident zurückschießen und ein paar Amerikaner ausweisen. Doch an dem Tag, nachdem Obama die Sanktionen bekanntgegeben hatte, meinte Putin nur, er würde auf ähnliche Aktionen verzichten.

Der designierte Präsident Trump lobte Putin in einem Tweet: «Super-Schachzug, erst mal abzuwarten (von W. Putin). Ich wusste immer, dass er ein kluger Mann ist.»

Der Verlauf lässt vermuten, dass Trump über Flynns Rolle Bescheid wusste. Es ist jedoch nicht ganz klar, was Flynn dem Präsidenten über seine Gespräche mit Kisljak erzählt hat.

Priebus erklärte dem Präsidenten, dass er Flynn wohl würde entlassen müssen. Flynn würde vermutlich die Sicherheitsfreigabe entzogen. Und das wäre eine echte Blamage.

Flynns Rücktritt wurde am 13. Februar 2017 verkündet. Als Hauptgrund gab man an, Flynn habe Vizepräsident Pence belogen. Trump hingegen erzählte Mitarbeitern, er habe Flynn vor die Tür gesetzt, weil er seinen Job nicht beherrscht hätte.

Die nächsten neun Monate waren schwierig für Flynn. Zuletzt bekannte er sich schuldig, das FBI bei den Befragungen belogen zu haben.

Flynn erzählte seinen Mitarbeitern, er habe nicht das Gefühl gehabt, das FBI zu belügen, als man ihn, vier Tage nachdem er seinen Job in der Regierung angetreten hatte, zum Gespräch bat. Die FBI-Agenten hätten ihn zu anderen Dingen befragt. Außerdem habe er nicht den Eindruck gehabt, dass dies ein formelles Gespräch sei.

Warum bekannte Flynn sich schuldig? Man ermittelte gegen ihn in einer Reihe von Anklagepunkten, dem Verschweigen von Einkünften aus der Türkei sowie von Kontakten nach Übersee und seiner Arbeit als nichtregistrierter Lobbyist, bevor er in der Trump-Regierung ein Amt übernahm.

Flynn erklärte seinen Mitarbeitern, dass seine Anwaltskosten astronomisch hoch seien und ebenso die seines Sohnes, gegen den gleichfalls ermittelt wurde. Sich in einem Anklagepunkt schuldig zu bekennen schien da wohl der einzige Ausweg. In seiner Erklärung heißt es: «Ich übernehme die volle Verantwortung für mein Handeln.» Außerdem gab er noch an, dass er «eine Vereinbarung zur Kooperation» geschlossen habe. Er erklärte, sich nie des «Verrats» schuldig gemacht zu haben. Offensichtlich leugnete er, je heimlich mit den Russen zusammengearbeitet zu haben.

Am Sonntag, den 25. Februar 2017, nach fünf Wochen im Amt, berief Mattis ein mittägliches Treffen in der Wohnung des Verteidigungsministers im Old Naval Observatory in der Nähe des Außenministeriums ein. Die Teilnehmer waren einige graue Eminenzen der Außenpolitik, wie zum Beispiel der General i.R. Anthony Zinni, einige frühere Botschafter und ein paar Mitarbeiter von Mattis. In Mattis' Unterkunft gab es fast keine Möbel. Man saß um einen Esstisch, der aussah, als wäre er von der Regierung gestellt

worden. Mattis sagte dazu nur, er habe lediglich seine vier Koffer und sonst nichts mitgebracht.

«Sie sollten erst mal meine SCIF sehen», meinte er. Mattis' Sensitive Compartmented Information Facility, der Raum zur Besprechung von sensiblen und geheimen Inhalten, lag im oberen Stockwerk. «Ich muss das Gebäude nie verlassen. Ich kann die ganze Arbeit von hier aus erledigen.»

Präsident Trump sei ein guter Zuhörer, meinte Mattis, solange man nicht eines seiner Lieblingsthemen anschneide – im Moment seien das die Einwanderung und die Presse. Dann nämlich nehme er Fahrt auf, und es dauere eine gewisse Zeit, bis er wieder auf das eigentliche Thema zurückkomme. «Verteidigungsminister können sich ja nicht immer aussuchen, für welchen Präsidenten sie arbeiten.»

Alles lachte.

Thema der Besprechung war der Anti-IS-Plan, den Trump sofort vorgelegt haben wollte. Im Grunde, so Mattis, zäumen wir das Pferd von hinten auf. Wir versuchen, eine Gegenstrategie für den IS zu entwickeln, ohne einen Plan für den Nahen und Mittleren Osten zu haben. Idealerweise würden wir zuerst einen Plan für diese Region entwickeln, und die IS-Strategie wäre darin ein Puzzleteil. Doch der Präsident wolle sich unbedingt zuerst den IS vornehmen.

Am Ende stellte der Kampf gegen den IS eine Fortführung der unter Obama begonnenen Strategie dar, nur dass lokale Befehlshaber jetzt auch über Bomben und weitere Machtbefugnisse verfügen sollten.

Dass der Iran seinen Machtbereich ausweitete, bereitete Mattis Sorge. Später sprach er einmal von «diesen idiotischen Mullahs mit ihren Windeln auf dem Kopf».

An einem frühen Februarmorgen betrat eine Gruppe höherer Geheimdienstoffiziere Priebus' Büro im West Wing. Ihre Aufgabe war es, ihn darüber aufzuklären, wie jemand versuchen könnte, unangemessen Einfluss auf ihn auszuüben. Diese Einweisung bekommen alle, die die höchste Sicherheitsfreigabe erhalten.

«Bevor wir gehen», meldete sich der stellvertretende FBI-Direktor Andrew McCabe zu Wort und hob die Hand, «würde ich gerne noch fünf Minuten mit Ihnen allein in Ihrem Büro sprechen.»

«Was soll das denn jetzt?», fragte sich Priebus. Er konnte sich an McCabe überhaupt nur deshalb erinnern, weil er ihn vor einigen Wochen im Situation Room kennengelernt hatte.

Trump hatte während des Wahlkampfs viel Tamtam um McCabes Frau Jill veranstaltet, die Demokratin war. Sie hatte 2015 von Gouverneur Terry McAuliffes Political Action Committee und der Demokratischen Partei 675288 Dollar für ihre erfolglose Kandidatur für den Senat von Virginia erhalten. McAuliffe war einer von Bill und Hillary Clintons engsten Freunden, privat ebenso wie politisch. Er hatte für Bill Clintons Wahlkampf 1996 mehr Geldmittel eingeworben als jeder andere.

Trump behauptete, das Geld, das Jill McCabe bekommen hatte, sei eine Spende von Hillary Clinton gewesen. Und er griff dieses Thema in Reden und Tweets wieder und wieder auf.

Als die Geheimdienstleute Priebus' Büro verließen, schloss McCabe die Tür. «Merkwürdig», dachte Priebus, der an seinem Tisch stehen blieb.

«Sie wissen doch sicher von der Geschichte in der *New York Times*?» Priebus kannte sie nur allzu gut. McCabe meinte den Artikel vom

14. Februar, in dem es hieß: «Telefondaten und Mitschnitte überwachter Telefonate zeigen, dass Mitglieder des Wahlkampfteams von Donald Trump und andere Trump nahestehende Personen im Jahr vor der Präsidentschaftswahl 2016 wiederholt Kontakte mit höheren russischen Geheimdienstoffizieren hatten. Diese Informationen stammen von vier noch im Dienst befindlichen bzw. ehemaligen amerikanischen Geheimdienstoffizieren.»

Die Geschichte war einer der ersten Knaller im Zusammenhang mit Trumps angeblichen Russland-Verbindungen nach Flynns Rücktritt.

«Das ist alles totaler Quatsch», sagte McCabe. «Es ist nicht wahr, und wir wollen, dass Sie das wissen. Die ganze Geschichte wurde maßlos übertrieben.»

Du lieber Himmel, dachte Priebus.

«Andrew», sagte er zum stellvertretenden FBI-Direktor, «das bringt mich wirklich noch um.»

Die Wahlbeeinflussung durch Russland war Dauerthema im Kabelfernsehen. Das trieb Trump in den Wahnsinn und mit ihm auch Priebus.

«Das ist doch Irrsinn», hatte Trump zu Priebus gesagt. «Wir müssen dem einen Riegel vorschieben. Wir müssen der Geschichte ein Ende setzen.»

McCabe war also mit einem großen Geschenk gekommen, sozusagen zum Valentinstag. Und Priebus glaubte, dass ihn das zum Helden des West Wing machen würde.

«Können Sie mir da helfen?», fragte Priebus. «Könnte man die ganze Story nicht öffentlich beerdigen?»

«Rufen Sie mich in ein paar Stunden an», sagte McCabe. «Ich frage mal rum und gebe Ihnen dann Bescheid. Ich sehe, was ich tun kann.»

Priebus eilte beinahe im Laufschritt zu Trump, um ihm die gute Nachricht zu überbringen, dass das FBI selbst die Story in der *New York Times* abschießen würde.

Zwei Stunden vergingen. Kein Anruf von McCabe. Also rief Priebus ihn an.

«Tut mir leid, ich kann Ihnen nicht helfen», sagte McCabe. «Ich kann da einfach nichts machen. Ich habe es versucht, aber wenn wir zu allem, was geschrieben wird, mit einem Kommentar rausgehen, müssen wir bald alle drei Tage eine Stellungnahme abgeben.» Es sei schließlich nicht die Aufgabe des FBI, Presseberichte auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Wenn das FBI jetzt damit anfinge, bestimmte Berichte zu widerlegen, dann würde Schweigen künftig als Bestätigung genommen werden.

«Andrew, Sie sind doch in mein Büro gekommen, um mir zu sagen, dass diese Geschichte Quatsch sei. Und jetzt erzählen Sie mir, Sie könnten da nichts machen?»

McCabe meinte, das sei sein Standpunkt.

«Das ist doch Irrsinn», meinte Priebus. «Was soll ich denn jetzt bitte tun? Den Kopf hinhalten und mich durch den Wolf drehen lassen?»

«Lassen Sie mir noch ein paar Stunden Zeit.»

Nichts geschah. Kein Anruf vom FBI. Priebus versuchte, Trump, der auf einen Widerruf wartete, die Sache zu erklären. Alles in allem ein Grund mehr für Trump, dem FBI zu misstrauen und einen gewissen Hass auf diese Organisation zu entwickeln, ein ewiger Stachel im Fleisch, der im Weißen Haus für ständige Unsicherheit sorgte.

Etwa eine Woche später, am 24. Februar 2017, brachte CNN eine Exklusivstory: «FBI lehnt Ersuchen des Weißen Hauses ab, Trumps

angebliche Russland-Kontakte zu widerlegen.» Priebus' Rolle wurde so dargestellt, als hätte er versucht, das FBI aus politischen Gründen zu manipulieren.

Seitens des Weißen Hauses bemühte man sich um eine Richtigstellung der Story. Der Versuch zu beweisen, dass die ganze Geschichte von McCabe ausgegangen war, scheiterte jedoch.

Vier Monate später, am 8. Juni 2017, sagte FBI-Direktor James Comey unter Eid aus, dass die ursprüngliche Geschichte der *New York Times* über die Kontakte von Trumps Wahlkampfhelfern zu russischen Geheimdienstoffizieren «im Wesentlichen nicht der Wahrheit entsprach».

Kapitel 11

Trump brauchte einen neuen Nationalen Sicherheitsberater und machte Druck. Er werde in den Medien fertiggemacht, sagte er, und er war überzeugt, dass ein neuer Mann das Flynn-Debakel rasch in Vergessenheit geraten ließe.

Vielleicht wieder ein General? Nach Bannons Ansicht ging es Trump vor allem um die Medien. Alles reduzierte sich auf die Frage: «Passt er in die Rolle?» Alles war Kino. Dunford und Mattis beeindruckten ihn, weil sie Marines waren, nicht viel Worte machten und rasch auf den Punkt kamen.

Weit oben auf seiner Liste stand H.R. McMaster – Generalleutnant der US Army, eins fünfundsiebzig, Glatze, grüne Augen, mächtiger Brustkasten, kerzengerade und eine seltene Mischung – Held und Gelehrter. Aus seiner Feder stammt *Dereliction of Duty: Lyndon Johnson, Robert McNamara, the Joint Chiefs of Staff, and the Lies That Led to Vietnam*, ein bahnbrechendes Buch aus dem Jahr 1997, in dem er den militärischen Führern vorwirft, sie seien vor den zivilen Entscheidungsträgern eingeknickt. In der Army galt McMaster zwar als Abtrünniger und Außenseiter, aber niemand bezweifelte seine lauteren Absichten. Für General McMaster waren zwei Stunden bei Trump vorgesehen. Bannon traf sich mit ihm in Mar-a-Lago und gab ihm den üblichen Rat: Halten Sie Trump keine Vorträge. Er mag keine Professoren. Keine Intellektuellen. Trump «ist nie zum Unterricht gegangen, hat sich nie um den Studienplan geschert, nie Notizen gemacht, nie eine Vorlesung besucht. Am Abend vor dem Examen ist er um Mitternacht aus dem

Verbindungshaus gekommen, hat einen großen Pott Kaffee aufgebrüht, sich die Aufzeichnungen von jemand anders genommen, so viel wie möglich auswendig gelernt, ist um acht Uhr morgens zur Prüfung erschienen und hat ein Befriedigend bekommen. Das reichte ihm. Er würde Milliardär werden.»

Letzter Rat: «Kommen Sie in Uniform.» McMaster trug einen Anzug.

«Ich habe Ihnen doch gesagt, Sie sollen in Uniform erscheinen», sagte Bannon.

«Hab mich umgehört», sagte McMaster, «und man hat mir gesagt, das sei unpassend, weil ich meinen Abschied schon eingereicht hätte.» Wenn die Wahl auf ihn falle, wolle er ausscheiden und das Amt des Nationalen Sicherheitsberaters als Zivilist ausüben.

«Ich habe Sie hergeholt, weil Sie aktiver General sind», rief ihm Bannon in Erinnerung.

Das Treffen mit Trump lief nicht besonders gut. McMaster redete zu viel, und das Gespräch war kurz.

Später berichtete Bannon, der dabei war: «Zwanzig Minuten lang hat sich McMaster über Gott und die Welt ausgekotzt, dieser beknackte Petraeus-Bücherwichser.» 2007 hatte McMaster zum «Bagdad-Braintrust» gehört, der General David Petraeus in der Irak-Frage beraten hatte.

Als McMaster gegangen war, fragte Trump: «Wer war der Typ? Hat er nicht ein Buch geschrieben? Er soll schlecht über andere geredet haben. Sie haben doch gesagt, er sei in der Army, oder?»

«Er ist in der Army.»

«Er läuft rum wie ein Biervertreter», sagte der Präsident.

Bannon, selbst notorisch schlecht gekleidet, stimmte ihm zu. Er fand, McMasters Anzug sah aus, als hätte er nicht mehr als zweihundert oder sogar

nur hundert Dollar gekostet.

Der nächste Kandidat war John Bolton, ein hartgesottener Rechter und ehemaliger UN-Botschafter. Er hatte sein Studium in Yale summa cum laude abgeschlossen, befürwortete den Irak-Krieg und setzte sich für den Regimewechsel im Irak und in Nordkorea ein. Regelmäßig trat er bei *Fox News* auf und gab für 2017 allein von Fox ein Einkommen von 567000 Dollar an. An seinen Antworten war nichts auszusetzen, aber Trump mochte seinen großen, buschigen Schnurrbart nicht. Er war die falsche Besetzung für die Rolle.

Dann war Generalleutnant Robert Caslen, Leiter der Militärakademie West Point, an der Reihe.

Bevor er eintrat, wandte sich Trump an General Kellogg, den Stabschef im Nationalen Sicherheitsrat, der den Einstellungsgesprächen beiwohnte.

«Was halten Sie von dem Burschen, General?»

«Bobby Caslen ist der beste Schütze in der Army», sagte Kellogg.

Caslen, der große Ohren hatte und dessen Uniform bis zu den Schultern mit Orden bedeckt war, gab kurze Antworten, die sich überwiegend auf «Yes, Sir» oder «No, Sir» beschränkten. Der reinste Clint-Eastwood-Abklatsch. Trump begann ihm die Sache schmackhaft zu machen, indem er ihm Anekdoten aus dem Wahlkampf erzählte.

Bannon dachte: Trump hat den Typen schon in der Tasche. Offenbar ist die Sache gelaufen.

Am Abend sagte Kushner, die Medien würden auf McMaster abfahren – Kriegsveteran, Denker, Buchautor.

«Aber mit dem Burschen stimmt die Chemie nicht», wandte Bannon ein. Die stimmte zwar zwischen Trump und Caslen, aber Caslen war ein Troupier ohne Erfahrung in Washington, abgesehen von einem kurzen Abstecher in untergeordneter Funktion bei den Joint Chiefs of Staff – dem Vereinigten Generalstab. «Den zerreißen sie uns in der Luft», meinte Bannon.

Sie kamen überein, McMaster und Bolton am folgenden Tag zu einem weiteren Gespräch einzuladen und Caslen später zu einem Mittagessen unter vier Augen ins Weiße Haus zu bitten.

Am nächsten Tag war Bolton als Erster dran. Wie am Vortag kam er gut an, hatte aber immer noch diesen Schnurrbart.

McMaster präsentierte sich in Uniform. Er sah vorteilhafter aus – hochgewachsen und stramm. Die Chemie war besser, aber nicht perfekt.

Bannon und Kushner baten Bolton und McMaster, sich noch etwas zu gedulden, die Entscheidung werde in den kommenden Tagen fallen. McMaster blieb in Mar-a-Lago.

«Hören Sie, die Medien machen uns mit dieser Flynn-Geschichte zur Schnecke», sagte Trump. «Wir müssen es endlich entscheiden.»

«Ich glaube nicht, dass wir so einfach entscheiden können», sagte Bannon. «Caslen und McMaster sind zwei aktive Army-Offiziere. Die haben wahrscheinlich noch gar nicht vorgefühlt.» Sie mussten erst ihre militärischen Vorgesetzten informieren. Der Generalstabschef der Army Mark Milley meinte, Caslen sei die beste Wahl. «Sie haben Posten. Das dauert seine Zeit.»

«Nein, nein, nein», sagte Trump. «Die machen uns fertig mit ihren üblen Geschichten.»

«Die Medien fahren auf McMaster ab», sagte Jared.

«Weil er ein Scheißliberaler ist», sagte Bannon. «Nichts für ungut, aber hier war er nicht sehr beeindruckend. Die Chemie hat nicht gestimmt.»

«Mag sein, aber wissen Sie, was?», sagte er Präsident. «Holen Sie ihn her.» Bannon rief McMaster an. «Der Präsident möchte mit Ihnen sprechen. Kommen Sie rüber.»

Worum es denn gehe, wollte McMaster wissen.

«Ich glaube, er möchte Ihnen einen Job anbieten.»

«Ich muss mit ein paar Leuten reden. Ich kann dem Präsidenten noch nicht zusagen. Erst muss ich mit der Army sprechen.»

«Lassen Sie’s drauf ankommen», sagte Bannon. «Uns fällt schon was ein.» Das war die Trump-Methode. Improvisieren, aus dem Bauch entscheiden. Unverfälschter Trump.

«Wollen Sie den Job?», fragte der Präsident McMaster.

«Ja, Sir.»

«Sie haben ihn», sagte Trump und schüttelte McMaster die Hand. «Holen Sie die Medien. Die Kameras sollen reinkommen.» Er wollte ein Bild mit seinem neuesten General, der so ungemein telegen war.

Verlegen saß McMaster neben dem Präsidenten auf einem mit Goldbrokat bezogenen Sofa. Auf einem Tisch hinter ihnen stand eine große, goldene Vase mit Rosen. «Ich möchte Ihnen mitteilen, dass wir das ganze Wochenende fleißig daran gearbeitet haben – General H.R. McMaster wird Nationaler Sicherheitsberater», teilte Trump den Reportern mit. «Er ist ein Mann von enormer Begabung und enormer Erfahrung.»

«Ich danke Ihnen für diese Chance, mich dem Nationalen Sicherheitsteam anschließen zu dürfen», sagte McMaster, «und werde mich mit allen Kräften

bemühen, das Wohl des amerikanischen Volks zu fördern und zu schützen.»

Wie tief McMasters Schock saß, zeigten die Kameras, als er Trump die Hand schüttelte.

«Ich muss den Generalstabschef der Army anrufen», sagte McMaster zu Bannon.

«Tun Sie das», sagte Bannon. «Aber Sie haben den Job schon angenommen.»

Trumps Entscheidung machte sich bezahlt. Die Medien akzeptierten McMaster als Erwachsenen. Nicht wieder einer dieser durchgeknallten Typen. Der Präsident genoss die positive Berichterstattung.

Kapitel 12

McMaster wusste, die größte Herausforderung für die nationale Sicherheit würde Nordkorea sein. Es stand seit Jahren auf der Liste der schwierigsten Kandidaten.

Vor einem halben Jahr, am 9. September 2016, hatte Präsident Obama, der sich in den letzten Monaten seiner achtjährigen Präsidentschaft befand, eine beunruhigende Nachricht erhalten. Nordkorea hatte bei einem unterirdischen Test einen Atomsprengkörper gezündet, den fünften und bislang größten innerhalb von zehn Jahren.

Seismische Messgeräte hatten sofort angezeigt, dass die verzeichneten Erschütterungen nicht von einem Erdbeben stammten. Das Beben der Stärke 5,3 war von einem Moment auf den anderen aufgetreten und hatte seinen Ursprung weniger als anderthalb Kilometer unter der Erdoberfläche, genau dort, wo das Testgelände Punggye-ri lag, der Ursprungsort der vorhergegangenen vier Detonationen. Der geschätzte Detonationswert entsprach 10 Kilotonnen TNT – nicht viel weniger als die 15 Kilotonnen der Hiroshima-Bombe von 1945.

Die letzten Zweifel wurden zerstreut, als Ri Chun-hee, Nordkoreas dreiundsiebzigjährige weibliche Version von Walter Cronkite, im staatlich kontrollierten Fernsehen auftrat, um den Test bekanntzugeben. In bedeutenden Momenten erschien sie fast immer im Fernsehen. Sie trug Rosa und erklärte den Zuschauern mit einer vergnügten, sich in die Höhe

schraubenden Stimme, dass das Regime eine bessere, größere und vielfältiger einsetzbare Bombe gebaut habe.

Dem Atomwaffenzentrum des Nordens zufolge konnte die neue Atombombe an eine Rakete gekoppelt werden, eine besorgniserregende Behauptung, die von den US-Geheimdiensten jedoch stark angezweifelt wurde.

Die Bedrohung durch Nordkorea wurde dadurch zusätzlich vergrößert, dass der Norden vier Tage zuvor drei Mittelstreckenraketen gestartet hatte, die 1000 Kilometer weit geflogen waren, bevor sie ins Japanische Meer fielen, wodurch Südkorea und Japan in Schussweite rückten. Bei einem weiteren Test hatte schon zuvor eine einzelne Rakete 1000 Kilometer zurückgelegt. Drei Tests in Folge konnten kein Zufall sein.

Sosehr Obama auch einen Krieg vermeiden wollte, glaubte er doch, es sei an der Zeit zu prüfen, ob sich die nordkoreanische Atomwaffenbedrohung mit einem Militärschlag von chirurgischer Präzision ausschalten ließe. Während er sich bereits auf die Übergabe der Präsidentschaft einstellte, war ihm bewusst, dass er das Nordkorea-Problem direkt angehen musste.

Seine Nachfolgerin würde mit großer Sicherheit Hillary Clinton sein. Immer wieder gab er seinen Beratern zu verstehen, das amerikanische Volk werde das Richtige tun und sie wählen.

Zur Abwehr nordkoreanischer Raketen hatte Präsident Obama von Beginn an verschiedene Special-Access-Programme, höchster Geheimhaltung unterliegende Militär- und Geheimdienstoperationen, autorisiert. Ein Programm diente dazu, im Vorfeld oder während eines nordkoreanischen Raketentests präzise Cyberangriffe auf die Kommando-, Kontroll-, Fernmess- und Leitsysteme zu richten. Diese hochriskanten Cyberangriffe hatten im

ersten Jahr seiner Präsidentschaft begonnen. Die Erfolgsrate war durchwachsen.

Eine weitere Operation unter höchster Geheimhaltung konzentrierte sich darauf, in den Besitz nordkoreanischer Raketen zu kommen. Und eine dritte ermöglichte es den USA, einen nordkoreanischen Raketenstart innerhalb von sieben Sekunden zu erfassen. Zum Schutz nationaler Sicherheitsmissionen, die als maßgeblich für die Interessen der Vereinigten Staaten erachtet werden, wurde ich von den Beamten gebeten, keine Einzelheiten zu nennen.

Die Bedrohung durch Nordkorea bestand unvermindert fort, und im September 2016 richtete Obama eine heikle Frage an seinen Nationalen Sicherheitsrat: Wäre es möglich, einen durch Cyberangriffe flankierten militärischen Präventivschlag auf Nordkorea zu verüben, um dessen Atomwaffen- und Raketenprogramme auszuschalten?

Diese unerledigte Angelegenheit machte Obama besonders zu schaffen. Seine Vorgänger im Amt, Bill Clinton und George W. Bush, hatten über Jahrzehnte angewachsene Probleme in Angriff genommen, ohne sie jedoch zu lösen. Und nun gingen den Vereinigten Staaten die Optionen aus. Das Einsiedlerkönigreich war im Begriff, eine Militärgewalt aufzustellen, die ihren Radius womöglich verheerender atomarer Zerstörung bis nach Amerika ausdehnen könnte.

James Clapper, Obamas Direktor der Nationalen Nachrichtendienste, hatte zu Beginn seiner Berufslaufbahn während des Vietnamkriegs einen Lauschposten zur Signalaufklärung in Thailand geleitet. Der inzwischen fünfundsiebzigjährige, kahlköpfige und bärtige Mann mit dem breiten,

ausdrucksvollen Gesicht war der Großvater der amerikanischen Geheimdienste – schroff, direkt, geradeheraus, erfahren.

Clapper sagte Obama genau, was Sache war: Die Berichte zeigten, dass das nordkoreanische Waffensystem in irgendeiner Weise funktionsfähig war. Aber für wen stellte es eine Bedrohung dar? Für Südkorea? Für Japan? Für die Vereinigten Staaten? Wie unmittelbar war diese Bedrohung? Ging es dem Norden vielleicht nur um ein Druckmittel?

Der Geheimdienstbericht offenbarte eine erhöhte Aktivität, was nahelegte, dass Kim Jong-un eine Atomwaffenstreitmacht aufbaute oder zumindest diesen Eindruck erwecken wollte.

Entgegen der öffentlichen Karikatur des labilen Verrückten zeigten vertrauliche Berichte den inzwischen vierunddreißigjährigen Kim als einen deutlich effizienteren Leiter der Atomwaffen- und Raketenprogramme als sein Vater Kim Jong-il, der siebzehn Jahre lang, von 1994 bis 2011, regiert hatte.

Kim der Ältere hatte auf gescheiterte Waffentests mit Todesurteilen für die verantwortlichen Wissenschaftler und Amtsträger reagiert. Sie wurden erschossen. Kim der Jüngere nahm gescheiterte Tests in Kauf; offenbar hatte er die Lektion gelernt, dass Scheitern auf dem Weg zum Erfolg unvermeidlich ist. Unter Kim Jong-un konnten die Wissenschaftler weiterleben und aus ihren eigenen Fehlern lernen, und das Waffenprogramm verbesserte sich.

Obama beauftragte das Pentagon und die Geheimdienste damit, herauszufinden, ob sich Nordkoreas gesamte Atomwaffen und alle entsprechenden Einrichtungen beseitigen ließen. Konnte man sie in ihrer Gesamtheit anvisieren? Man würde die Daten aus Satelliten-, Signal- und

menschlicher Aufklärung auf den neuesten Stand bringen müssen. So vieles war unbekannt und ungewiss.

Pakistan, das seit 1998 über Atomwaffen verfügte, hatte seine Atomsprengköpfe verkleinert und sie in Minen und Artilleriegeschosse eingesetzt. War Nordkorea dazu in der Lage? Die aktuellen Geheimdienstberichte konnten diese Frage nicht eindeutig beantworten.

Die Berichte zeigten auch, dass eine amerikanische Attacke nicht alle Einrichtungen des Nordens würde auslöschen können. Man würde Ziele auslassen, die nicht bekannt waren, und andere Ziele würden nur teilweise zerstört werden.

Der Ballungsraum Seoul beherbergte etwa zehn Millionen Menschen und zog sich bis zu der vier Kilometer breiten entmilitarisierten Zone hin, die Nord- und Südkorea voneinander trennt. Nordkorea hatte Tausende von Artilleriegeschützen in Höhlen nahe der entmilitarisierten Zone postiert. Im Rahmen von Übungsmanövern fuhren die Nordkoreaner die Geschütze hinaus, machten Schießübungen und zogen sich wieder in die Höhlen zurück. Das wurde als *shoot and scoot* [schießen und abhauen] bezeichnet. Konnten die USA bei ihrem Angriff mit so vielen Waffen fertigwerden?

Nach einmonatigen Untersuchungen lieferten die Geheimdienste und das Pentagon Obama einen formalen Bericht, dem zufolge vielleicht 85 Prozent aller Atomwaffen und atomaren Einrichtungen angegriffen und zerstört werden könnten, und das betreffe nur die bereits Identifizierten. Clapper fand, die prognostizierte Erfolgsrate müsse bei 100 Prozent liegen. Wenn Nordkorea mit nur einer einzigen detonierten Atomwaffe reagierte, könnte das Zehntausende Opfer in Südkorea zur Folge haben.

Jeder amerikanische Angriff könnte zudem die womöglich verheerende Artillerie des Nordens, weitere herkömmliche Waffen sowie Bodentruppen von mindestens 200000 Soldaten und vielen weiteren Freiwilligen entfesseln.

Das Pentagon berichtete, die einzige Möglichkeit, «alle Komponenten des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms mit absoluter Sicherheit zu orten und zu zerstören», sei eine Bodeninvasion. Eine solche Bodeninvasion würde eine Erwiderung Nordkoreas, wahrscheinlich in Form einer Atomwaffe, nach sich ziehen.

Obama fand das unvorstellbar. Im Jahr 2009 sagte er in seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedensnobelpreises: «Krieg birgt das Versprechen menschlicher Tragödie», und: «Auf einer gewissen Ebene ist Krieg der Ausdruck menschlicher Torheit.»

Frustriert und enerviert lehnte er einen Präventivschlag ab. Das wäre eine Torheit gewesen.

Die Vereinigten Staaten und Nordkorea unterhielten weiter informelle diplomatische Beziehungen auf inoffiziellen Kanälen. Ehemalige Mitarbeiter der US-Regierung trafen sich mit nordkoreanischen Amtsinhabern, um einen Dialog aufrechtzuerhalten. Diese Treffen wurden oft als Track-1,5-Treffen bezeichnet. Reine Regierungstreffen wurden Track 1 genannt. Saßen auf keiner der beiden Seiten Regierungsmitglieder oder ehemalige Funktionäre, bezeichnete man diese Treffen als Track 2.

«Wir sind nur ehemalige Größen, aber sie nicht», wie es einer der ehemaligen US-Funktionäre ausdrückte, der stark in die Track-1,5-Treffen involviert war. Kurz zuvor hatte in Kuala Lumpur, Malaysia, ein Treffen mit dem stellvertretenden Außenminister Nordkoreas stattgefunden. Der

ehemalige US-Parlamentär Robert Gallucci sagte, die Nordkoreaner hätten ihn bei diesem Treffen gewarnt, «sie würden immer eine Atommacht bleiben».

Ein zweites Track-1,5-Treffen mit dem Leiter des nordkoreanischen Amtes für Amerikanische Angelegenheiten fand kurz nach der Wahl 2016 in Genf statt. «Die Nordkoreaner nehmen das nicht ernst», sagte ein ehemaliger US-Funktionär, denn sie wüssten, dass die Vertreter der Vereinigten Staaten ihnen keine neuen Zusagen machen könnten. «Aber es ist wohl besser, wenn [die Treffen] stattfinden, als wenn sie es nicht tun.»

Trump hatte mehrfach in der Öffentlichkeit über Nordkorea gesprochen, erstmals 1999 in der Politiksendung *Meet the Press*. «Ich würde verhandeln wie verrückt», sagte Trump. Im Jahr 2016 sagte er in einer Wahlkampfrede: «Präsident Obama schaut hilflos zu, wie Nordkorea seine Aggression verstärkt und die Reichweite seiner Atomwaffen noch weiter vergrößert.» Im Mai 2016 sagte er der Agentur Reuters: «Ich hätte kein Problem, mit [Kim Jong-un] zu reden.» Im Jahr 2017, als Präsident, bezeichnete er Kim als «helles Köpfchen».

Der Nationale Geheimdienstdirektor Clapper fand, in Ermangelung eines vertretbaren militärischen Wegs müssten die Vereinigten Staaten realistischer werden. Im November 2014 war er nach Nordkorea gereist, um zwei US-Bürger aus der Gefangenschaft zu befreien. Aufgrund seiner Diskussionen mit nordkoreanischen Amtsträgern war er davon überzeugt, dass Nordkorea seine Atomwaffen nicht aufgeben würde. Warum sollte es das tun? Im Austausch wogegen? Nordkorea hatte letztlich in ein Abschreckungsmittel investiert. Es war schwer durchschaubar, dabei aber real und mächtig. Die

US-Geheimdienste waren sich nicht sicher, wozu das Land wirklich in der Lage war. Clapper hatte Obama und dem Nationalen Sicherheitsrat gegenüber erklärt, dass man weder im Augenblick noch zukünftig damit durchkommen werde, die atomare Abrüstung zur Bedingung für Verhandlungen zu machen.

Außerdem, sagte Clapper, verstehe er das Bedürfnis Nordkoreas nach einem Friedensvertrag zur Beendigung des Koreakriegs, der 1953 mit einer Waffenruhe formell beigelegt worden war – einem Waffenstillstand zwischen den beteiligten Militärführern, nicht aber zwischen den kriegführenden Nationen.

Die Vereinigten Staaten mussten begreifen, wie Nordkorea die Lage betrachtete: Die USA und Südkorea schienen permanent bereit zu sein, ja teils förmlich darauf zu lauern, Kims Regime anzugreifen und zu beseitigen.

Während seines Besuchs im Jahr 2014, sagte Clapper, sei ein einziges seiner Argumente von nordkoreanischer Seite unwidersprochen geblieben. Die Vereinigten Staaten, hatte er erklärt, hätten keine dauerhaften Feinde. Wir waren mit Japan und mit Deutschland im Krieg, aber jetzt sind wir mit beiden befreundet. Wir waren mit Vietnam im Krieg, aber jetzt sind wir befreundet. Clapper war kurz zuvor in Vietnam gewesen. Selbst nach einem Großkrieg sei eine friedliche Koexistenz möglich.

Clapper wollte, dass die USA eine Interessenvertretung in Pjöngjang einrichteten. Das wäre ein informeller Kanal, über den eine andere Regierung mit einer Botschaft in der nordkoreanischen Hauptstadt als Vermittler dienen würde. Es wären keine vollwertigen diplomatischen Beziehungen, aber es wäre eine Basis für die Vereinigten Staaten, ein Ort innerhalb der Hauptstadt,

an dem sie Informationen erlangen und über den sie auch Informationen nach Nordkorea hineinbekommen könnten.

Clapper war ein Rufer in der Wüste. Niemand stimmte ihm zu. Obama war unnachgiebig: Nordkorea würde seine Atomwaffen aufgeben müssen. Obama, ein entschlossener Befürworter der weltweiten atomaren Abrüstung, wollte die Uhr zurückdrehen. Er verurteilte den Atomwaffentest des Nordens vom 9. September in einer langen Verlautbarung, in der er die politische Linie der USA wiederholte: «Um es klar zu sagen: Die Vereinigten Staaten werden eine Atommacht Nordkorea nie akzeptieren.»

Die übergeordnete Tatsache, erklärte Clapper, sei, dass niemand Kim Jong-uns Motivation wirklich verstehe. «Niemand kennt seinen Zündpunkt», sagte er. Das sei die Einschätzung, die sie brauchten, aber nicht hätten. Stattdessen debattierten die Experten darüber, ob Kim Jong-un ein brillanter, genialer Stratege war, der andere Länder, einschließlich der USA, manipulierte, oder ein unerfahrener, impulsiver Narr.

Während die Obama-Regierung verschiedene Optionen erwog, rückte der Gedanke in den Mittelpunkt, die Cyberangriffe auf Nordkorea zu verstärken. Einige betrachteten diese Art der Kriegsführung als Zauberstab, mit dem sich die nordkoreanische Bedrohung unbemerkt entschärfen ließe.

Um Cyberangriffe im größeren Stil effektiv ausüben zu können, würde die Nationale Sicherheitsbehörde in China installierte nordkoreanische Server durchkämmen müssen. Die Chinesen würden einen solchen Angriff bemerken und womöglich annehmen, dass er ihnen selbst galt, was einen verheerenden Cyberwar auslösen könnte.

«Ich kann nicht garantieren, dass wir einem Vergeltungsschlag in Form eines Cyberangriffs standhalten könnten», wurde Obama von einem seiner Kabinettsmitglieder erklärt. Und das war ein großes Problem. Cyberangriffe könnten zu einer Eskalation führen und Angriffe und Gegenangriffe nach sich ziehen, die das Internet, Finanzsysteme wie das Bankgeschäft und Kreditkarten, Stromnetze, Nachrichten- und andere Kommunikationssysteme lahmlegen und die amerikanische oder sogar die weltweite Wirtschaft in die Knie zwingen könnten.

Die Regierungsanwälte, die über höchste Sicherheitsberechtigungen verfügten und in die Diskussion involviert waren, widersprachen heftig. Zu riskant. Es tat sich wenig Neues.

Im Jahr 2014 hatte Nordkorea mit einem Angriff auf Sony Pictures Entertainment, der die Veröffentlichung einer Filmsatire über Kim Jong-un stoppen sollte, seine Cyberwar-Fähigkeiten auf mächtige Weise demonstriert. In dem Film, einer Komödie mit dem Titel *The Interview*, reisen zwei Journalisten nach Nordkorea, um den jugendlichen Diktator zu töten.

Ermittler stellten später fest, dass nordkoreanische Hacker drei Monate lang in Sonys Netzwerken gelauert und darauf gewartet hatten loszuschlagen. Am 24. November kaperte Nordkorea Sonys Bildschirme. Um die Schockwirkung zu vergrößern, zeigten die Schirme ein bedrohliches rotes Skelett, das auf den Betrachter zukommt. Dabei stand der Text «Gehackt von GOP» – die als Guardians of Peace [Hüter des Friedens] umgedeutete Abkürzung für die republikanische Grand Old Party – und die Mitteilung: «Wir hatten euch gewarnt, und das ist erst ein Anfang.» Nordkoreanische

Hacker zerstörten mindestens 70 Prozent der Computer von Sony Entertainment.

Der Norden, der Tausende von Hackern beschäftigte, wandte nun regelmäßig Cyberprogramme an, um in globalem Rahmen Banken und anderen Institutionen um Hunderte Millionen von Dollar zu bringen.

Zwei Tage nach der Wahl trafen sich Obama und Trump im Weißen Haus. Das Treffen war für zwanzig Minuten angesetzt, dauerte aber letztlich über eine Stunde. Korea wird die größte, wichtigste Sache sein, mit der Sie sich beschäftigen müssen, erklärte Obama dem designierten Präsidenten. Es ist das, was mir die meisten Kopfschmerzen bereitet. Später erzählte Trump seinen Mitarbeitern, Obama habe ihn gewarnt, Nordkorea werde sein größter Albtraum werden.

Ein ausgesprochen erfahrener Geheimdienstanalytiker, der auch in Südkorea gedient hatte, sagte: «Ich bin schockiert, dass die Regierung Obama die Augen verschlossen und sich in dieser Angelegenheit wie der taube, der stumme und der blinde Affe verhalten hat. Und ich verstehe jetzt, warum Obamas Leute zu Trump gesagt haben, das größte Problem seien Nordkoreas Atombomben. Sie haben das Problem unter den Teppich gekehrt.»

Kapitel 13

Im Februar schaute General Dunford im Büro des republikanischen Senators Lindsey Graham aus South Carolina vorbei, um sich privat mit ihm zu unterhalten.

Wohl nur wenige im Senat beschäftigten sich stärker mit Militärfragen als Graham. Als Junggeselle und Oberst der Reserve der Air Force schien er stets im Dienst zu sein. So hatte er sich in Washington ein großes überparteiliches Netzwerk geschaffen. Der ehemalige Vizepräsident Joe Biden, der fünfunddreißig Jahre lang im Senat gesessen hatte, meinte, Graham habe die «besten Instinkte» von allen in der obersten Kammer. Graham, 61, ranghohes Mitglied des Streitkräfteausschusses des Senats, war der beste Freund und praktisch ständiger Helfer des Komiteevorsitzenden, des freimütigen Senators John McCain.

Als Dunford in Grahams Büro eintraf, konnte Graham erkennen, dass er ziemlich erschüttert war. Trump bat um einen neuen Einsatzplan für einen Präventivschlag auf Nordkorea, vertraute Dunford ihm an.

Die Geheimdienstinformationen zu Nordkorea seien allerdings nicht gut genug, meinte er. «Wir brauchen bessere Erkenntnisse, bevor ich dem Präsidenten einen Plan vorlegen kann.» Dunford, Kriegsveteran und kampferfahren, ehemaliger Befehlshaber des Marine Corps, hatte während der Irak-Invasion 2003 als Commander des 5th Marine Regiment fungiert. Sein Spitzname lautete «Fighting Joe», und er hatte unter dem damaligen Major General James Mattis gedient. Trumps impulsiver

Entscheidungsfindungsprozess hatte ihn offenbar erschüttert. Graham bemerkte, dass Dunford angesichts der Risiken Trumps Anliegen hinauszögerte.

Graham hatte während der Vorwahlen eine problematische Beziehung zu Trump. Graham, der zu den sechzehn Personen gehörte, die sich neben Trump um die Nominierung als republikanischer Kandidat bewarben, war nicht über die zweite Runde hinausgekommen. Er hatte Trump als «Blödmann» tituliert, und aus Rache hatte Trump bei einer Kundgebung in South Carolina seine Handynummer verraten, woraufhin sein Telefon von derart vielen Anrufen überschwemmt wurde, dass Graham es in einem witzigen Video zerstörte. Er sprach sich für Jeb Bush aus, indem er ihn Trump gegenüberstellte: Bush «hat nicht versucht, in den umstrittenen Vorwahlen zu punkten, indem er mit gefährlichen Sprüchen um sich wirft».

Priebus drängte Graham, sich mit Trump auszusöhnen. Eines der Verkaufargumente sei, so Priebus zu Graham: «Du bist ein lustiger Kerl. Solche Leute braucht er um sich herum.»

Graham schlug heftig auf Trump ein, vor allem wegen dessen ersten Präsidialdekrets, des Einreiseverbots für Muslime. «Das hat doch irgendein Drittklässler auf die Rückseite eines Umschlags gekritzelt», sagte er.

Graham und McCain hatten eine gemeinsame Erklärung abgegeben: «Wir befürchten, dass dieses Dekret eine Selbstverstümmelung im Kampf gegen den Terrorismus bedeutet. Das Dekret sendet absichtlich oder unabsichtlich das Signal, dass Amerika keine Muslime in unser Land lassen will. Deshalb befürchten wir, dass dieses Dekret mehr zur Rekrutierung von Terroristen beitragen könnte, als dass es unsere Sicherheit erhöht.»

Doch Graham war bereit, die Vergangenheit ruhen zu lassen.

Ein paar Wochen später, am 7. März, lud Trump Graham zum Lunch ins Weiße Haus ein. Graham hatte eine kurze Ansprache vorbereitet.

Als Graham das Oval Office betrat, saß Trump hinter seinem Schreibtisch. Er sprang auf, kam schnell auf Graham zu und umarmte ihn fest. «Wir müssen Freunde werden», sagte Trump. «Sie werden mein Freund werden.»

«Ja, Sir», erwiderte Graham. «Ich möchte Ihr Freund sein.»

Trump meinte, er hätte Grahams Handynummer nicht öffentlich machen sollen.

«Das war der Höhepunkt meines Wahlkampfes», witzelte Graham.

«Wie lautet denn Ihre neue Nummer?», fragte Trump. Er notierte sie sich, lachte und fragte, wie es denn überhaupt zu ihrem Bruch gekommen sei.

«Das war ein Wettstreit», sagte Graham. «Wie Sie wissen, habe ich nirgendwo an Boden gewinnen können. Auf die große Bühne habe ich es nicht geschafft. Sie haben gewonnen. Ich bin demütig in der Niederlage, und ich akzeptiere Ihren Sieg.» Er wusste, dass Trump genau so etwas hören wollte. «Möchten Sie, dass ich Ihnen behilflich bin?»

Das wollte Trump.

«Bevor wir zum Essen gehen», sagte Graham, «möchte ich mich für eine vollkommene beschissene republikanische Mehrheit entschuldigen. Der Kongress wird Ihre Präsidentschaft ruinieren. Wir haben nicht die leiseste Ahnung, was wir da tun. Wir haben keinen Plan für das Gesundheitssystem. Wenn es um Steuersenkungen geht, sind wir Lichtjahre voneinander entfernt. Und Sie sind dabei der größte Verlierer.» Eine Steuerreform und ein Ersatz für Obamacare hätten schon vor Jahren durchgeführt werden sollen. «Jetzt

sind Sie es, der das schaffen kann. Sie wissen doch, wie man Deals aushandelt. Diese Leute im Kongress können noch nicht mal so etwas Einfaches erledigen wie einen Hauskauf. Wenn es jemals einen guten Zeitpunkt für jemanden gegeben hat, der weiß, wie man ein Geschäft macht, dann jetzt. Die meisten von ihnen sind gute Leute, aber die meisten von ihnen haben privat noch nie einen Vertrag aushandeln müssen. Auf Capitol Hill gibt es keine fünf Leute, von denen ich mir einen Wagen kaufen lassen würde. Von Ihnen schon. Und ich möchte Sie von einem überzeugen: dass Sie sich Ihren Wagen von mir kaufen lassen.»

Sie gingen in den angrenzenden Speiseraum. Auf dem großen Fernseher lief der Kabelsender Fox ohne Ton. McMaster und Priebus schlossen sich ihnen an.

«Was haben Sie denn auf dem Herzen?», fragte Trump.

«Kurzfristig betrachtet, Nordkorea», antwortete Graham. «Eines Tages kommt jemand und sagt: ‹Mr. President, die Nordkoreaner stehen kurz davor, eine Rakete zu bauen. Außerdem haben sie einen Atomsprengkopf miniaturisiert, den sie dort einbauen können. Damit können Sie die Vereinigten Staaten erreichen. Was sollen wir tun?›»

Plötzlich richtete sich die Aufmerksamkeit aller auf vier nordkoreanische Raketen, die über den riesigen Bildschirm flogen. Erst wenige Tage zuvor, am 5. März, hatte Nordkorea vier Raketen abgefeuert, die im Japanischen Meer gelandet waren.

Trump riss die Augen auf.

«Das sind alte Aufnahmen, alte Aufnahmen», versuchte Graham alle zu beruhigen. Er hatte sie bereits gesehen.

«Ich muss etwas dagegen unternehmen», sagte Trump und zeigte auf den Bildschirm.

«Der Tag wird kommen», meinte Graham. «Und was wollen Sie unternehmen?»

«Was denken Sie, was ich unternehmen soll?»

«Sie könnten akzeptieren, dass sie eine Rakete haben, und ihnen und China sagen: Falls sie sie jemals einsetzen, wird das das Ende Nordkoreas sein», sagte Graham. «Und Sie können ein Raketenabwehrsystem aufbauen, das diese Rakete mit hoher Wahrscheinlichkeit abschießt. Das wäre die eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit ist, Sie sagen China: Wir lassen nicht zu, dass Nordkorea eine Rakete besitzt, die die Vereinigten Staaten erreichen kann. Und wenn Sie sich nicht darum kümmern, tun wir es.»

«Was würden Sie machen?», fragte der Präsident.

Das zweite, meinte Graham. Sie dürfen gar nicht erst die Gelegenheit haben. Die erste Möglichkeit ist zu riskant.

Der Präsident beugte sich zu McMaster hin. «Was halten Sie davon?»

«Ich schätze, er hat recht», antwortete der Nationale Sicherheitsberater.

«Wenn es sich um eine ausgewachsene Drohung handelt, sagte Graham, «dann lassen Sie uns [den Kongress] nicht einfach an der Außenlinie sitzen und rummeckern. Wenn Sie die Beweise dafür haben, an dem Tag, wenn die hereinspazieren und das zu Ihnen sagen, rufen Sie die Kongressführer an und sagen: ‹Könnte sein, dass ich hier Gewalt anwenden muss. Ich sage Ihnen, warum ich Ihre Unterstützung brauche, um gegen Nordkorea gewaltsam vorzugehen.› Mit einem entschlossenen Votum und mit dieser Vollmacht in der Tasche müssen Sie möglicherweise gar keine Gewalt anwenden.»

«Das wäre äußerst provokant», meinte Priebus.

«Das soll es auch sein», erwiderte Graham. «So etwas tut man nur als letzten Ausweg.»

«Das wird alle beunruhigen und aufregen», sagte Priebus.

«Ist mir völlig scheißegal, wen ich damit nervös mache», sagte Trump.

«Sie wollen doch nicht, dass in Ihrem Lebenslauf steht, Nordkorea, eine Atommacht, hat in Ihrer Amtszeit eine Rakete entwickelt, die die Vereinigten Staaten erreichen kann», sagte Graham.

Trump meinte, darüber habe er schon nachgedacht.

«Wenn die einen Durchbruch erzielen», sagte Graham, «und eine Rakete haben, die die Vereinigten Staaten erreichen könnte, dann müssen Sie ihnen auf die Finger klopfen. Mit der Zustimmung des Kongresses haben Sie etwas in der Hinterhand.» Das wäre ein Zwischenschritt und würde Trump stärken.

«Nordkorea glaubt, wenn sie eine Rakete mit einem Atomsprengkopf haben, sind sie in Sicherheit. Sie müssen sie davon überzeugen, dass es ihr Ende ist, wenn sie versuchen sollten, sich eine Rakete mit einem Sprengkopf zu beschaffen.»

McMaster meinte, dass die Geheimdienstinformationen zu Nordkorea lückenhaft seien.

«Rufen Sie mich an, bevor Sie loslegen», sagte Graham zu den anderen.

Graham drängte zu größtmöglicher Überparteilichkeit. Die Demokraten sollten mitziehen. Er wollte Trump einen Plan vorlegen, wie er mit dem Kongress umgehen sollte. «Mr. President, Sie müssen auch ein paar Demokraten einkaufen», sagte Graham. «Die guten Nachrichten: Sie sind billig.» Er sagte, Trump müsse dazu die Schlüsselfiguren bei den Republikanern und Demokraten kennenlernen. «Setzen Sie Ihre

Vergangenheit und Ihre Fähigkeit als Verhandler ein. Sie müssen diesen Leuten etwas auf den Tisch legen. Gauben Sie mir, ich mache das mit Republikanern und Demokraten schon seit zehn Jahren.»

Würde es Meinungsverschiedenheiten geben? Ja, sagte er. Gute Freunde widersprechen sich die ganze Zeit. «In Washington geht es immer um das nächste große Ding. Wenn irgendetwas nicht funktioniert, macht man einfach mit dem Nächsten weiter.»

Der Präsident würde die Twitterei einstellen müssen. In der Woche zuvor, am 4. März, hatte er vier Tweets verschickt, in denen er Obama vorgeworfen hatte, den Trump Tower abgehört zu haben.

«Sie haben sich selbst einen Kinnhaken verpasst», meinte Graham in Bezug auf die weitverbreitete negative Reaktion auf die Tweets. «Die sind hinter Ihnen her. Helfen Sie denen nicht auch noch.»

«Twittern», sagte der Präsident, «so operiere ich nun mal.»

«Es ist in Ordnung, wenn Sie zu Ihrem Vorteil twittern, Mr. President. Aber twittern Sie doch nicht zu Ihrem Nachteil. Die anderen werden stets versuchen, Sie in deren Sumpf hineinzuziehen. Sie müssen die Disziplin aufbringen, deren Köder nicht zu schlucken.»

Am folgenden Tag rief Trump Graham an und bedankte sich für das Gespräch.

«Laden Sie John McCain und seine Frau Cindy zum Dinner ein», sagte Graham. «John ist ein guter Mann. Sie beide sollten miteinander auskommen, dann kann er Ihnen bei vielen Dingen behilflich sein.»

2015 hatte Trump eine seiner grausamsten und gedankenlosesten Bemerkungen über McCain fallenlassen. «Er ist kein Kriegsheld. Er ist ein

Kriegsheld, weil er in Gefangenschaft geraten ist. Ich mag Menschen, die nicht in Gefangenschaft geraten sind.»

Graham wusste, dass McCain Trump hasste. Er wusste auch, dass man in Washington auch mit Leuten reden musste, die einen hassten. Doch diesen Ratschlag für den Präsidenten behielt er für sich.

«Meine Hauptaufgabe besteht darin, John McCain ruhig zu halten», sagte Graham. Der Führer der Senatsmehrheit, Mitch McConnell, hatte «Todesängste vor John McCain. Denn John kennt keine Grenzen. Er schießt auf unsere Führungsriege ebenso wie auf deren Führungsriege. Das tue ich auch ab und zu, aber ich bin berechnender. John ist einfach nur John. Er ist ganz einfach der netteste Mensch auf der Welt. Und genauso mediengeil wie ich. Jedenfalls ist er viel netter als ich.»

Das Dinner mit McCain und Cindy wurde für den April arrangiert. Auch Graham kam. Cindy McCain hatte ihr Leben dem Kampf gegen Menschenhandel gewidmet, und Graham schlug vor, dass Trump sie zu seiner Botschafterin in dieser Angelegenheit ernannte.

Bei dem Dinner im Blue Room zog Trump einen Brief aus der Tasche. Er las ihn Cindy McCain Zeile für Zeile vor, um ihr alles zu erläutern.

Ich hätte Sie gern als meine Botschafterin im Kampf gegen den Menschenhandel, las er und merkte an, dass sie ihr ganzes Leben den Menschenrechtsfragen gewidmet habe.

«Es wäre mir eine Ehre», sagte sie, und es traten ihr Tränen in die Augen.

McCain war sichtlich gerührt. Als Vorsitzender des Streitkräfteausschusses bedankte er sich zudem beim Präsidenten dafür, dass er versprochen hatte, das Militär zu stärken.

Was für Hilfe er brauche, fragte McCain.

«Ich möchte Sie nur kennenlernen», sagte Trump und trug dick auf. «Ich bewundere Sie. Sie sind ein harter Mann. Sie sind ein guter Mann.»

Dies kam einer Entschuldigung so nahe, wie Trump nur konnte.

Erneut wirkte McCain gerührt. «Es ist eine harte Welt da draußen», sagte er. «Wir möchten Ihnen helfen.»

Was mit Nordkorea sei, fragte Trump.

«Das haben alle richtig vermasselt», antwortete McCain. Demokraten, Republikaner – die letzten drei Präsidenten, über 24 Jahre hinweg, George W. Bush, Barack Obama und Bill Clinton.

«Der Beschluss ist folgender, Mr. President», sagte Graham und wiederholte, was er Trump bereits erzählt hatte. Eine Eindämmungsstrategie – Nordkorea solle ruhig eine moderne Rakete mit einem Atomsprengkopf haben, er wette darauf, man könne sie abschießen oder derart abschrecken, dass sie sie niemals abfeuern – oder den Chinesen mitteilen, dass die Vereinigten Staaten Nordkorea davon abhalten werden, diese Fähigkeiten zu entwickeln.

Was er davon halte, fragte Trump McCain.

«Sehr kompliziert», antwortete er. «Schon mit konventioneller Artillerie kann der Norden eine Million Menschen in Seoul umbringen. Das macht es ja so schwer.»

Graham bot eine Hardliner-Sicht auf die Dinge: «Wenn eine Million Menschen sterben, dann dort, nicht hier.»

«Das ist schon arg zynisch», warf Trump ein. Er gehe davon aus, dass China ihn lieben würde. Er wiederholte das wohl zehnmal, auch dass ihm das großen Einfluss geben würde.

Während einer Besprechung im Oval Office im Frühjahr wandte sich die Diskussion den Kontroversen in Südkorea zu, die sich um die Stationierung des Raketenabwehrsystems Terminal High Altitude Area Defense (THAAD) drehten; das wurde sogar im Präsidentschaftswahlkampf in Südkorea thematisiert. Das System sollte dabei helfen, Südkorea vor einem nordkoreanischen Raketenangriff zu schützen. Vor allem aber half es, die Vereinigten Staaten zu schützen.

«Haben sie es schon bezahlt?», fragte Trump.

«Nein», antwortete McMaster. «Wir haben es bezahlt.»

«Das kann doch nicht sein», meinte Trump. Er erwartete eine Erklärung, also machte sich McMaster daran, vom Pentagon ein paar Antworten dazu zu erhalten.

«Tatsächlich ist das ein sehr gutes Geschäft für uns», sagte McMaster nach seiner Rückkehr am Nachmittag. «Sie haben uns das Gelände für 99 Jahre ohne Pacht überlassen. Wir zahlen für das System, den Aufbau und den Unterhalt.»

Trump tobte. «Ich will sehen, wohin das System soll», sagte er. Schließlich wurden ein paar Landkarten beschafft, auf denen der Ort verzeichnet war. Zu dem Land gehörte auch ein ehemaliger Golfplatz.

«Das ist schlechter Grund und Boden», sagte der ehemalige Bauunternehmer von Golfplätzen und Immobilien. «Das ist ein schlechtes Geschäft. Wer hat das verhandelt? Welches Genie? Raus damit. Ich will das Gelände nicht.»

Das Raketenabwehrsystem sollte in den kommenden zehn Jahren etwa 10 Milliarden Dollar kosten und würde sich noch nicht mal auf

amerikanischem Boden befinden, sagte Trump. «Scheiß drauf, ziehen Sie es ab und bauen Sie es in Portland auf!»

Trump war noch immer stinksauer über die 18 Milliarden Dollar Handelsdefizit mit Südkorea und wollte den seinen Worten nach «schrecklichen» Handelsvertrag mit Südkorea (KORUS) aufkündigen.

Die wachsenden Spannungen rings um THAAD waren schon schlimm genug. Südkorea war ein wichtiger Alliierter und Handelspartner. Trump traf sich mit McMaster und Mattis. Beide erklärten, dass angesichts der Krise mit Nordkorea jetzt nicht der richtige Zeitpunkt sei, das Handelsabkommen in Frage zu stellen.

«Es ist genau der richtige Zeitpunkt», entgegnete Trump. «Wenn sie Schutz wollen, ist das genau der richtige Zeitpunkt, um das Abkommen neu zu verhandeln. Wir sind am längeren Hebel.»

Später erklärte Trump Reuters gegenüber, dass die Startkosten für THAAD bei etwa einer Milliarde Dollar liegen würden. «Ich habe Südkorea darüber informiert, dass es angebracht wäre, wenn sie zahlen würden», sagte er. «Das ist ein milliardenschweres System. Es ist phänomenal und holt die Raketen direkt vom Himmel.»

Am 30. April rief McMaster den südkoreanischen Chef der Nationalen Sicherheit an. Chris Wallace von *Fox News* gegenüber erklärte er: «Ich habe unseren südkoreanischen Partnern gesagt, dass bis zum Abschluss von Neuverhandlungen alle Abkommen eingehalten werden und wir zu unserem Wort stehen.»

Als ersten Schritt willigte der südkoreanische Handelsminister später ein, über das KORUS-Handelsabkommen neu zu verhandeln.

Kapitel 14

Im Februar 2017 wurde Derek Harvey, ein ehemaliger Army Colonel – und aufgrund seines hohen Sachverstands einer der führenden Geheimdienstanalysten der Vereinigten Staaten – zum Direktor des Bereichs Naher Osten innerhalb des NSC ernannt. Ein Spitzenjob in einer brandgefährlichen Region.

Harvey, ein Mann der leisen Töne und dennoch ehrgeizig, näherte sich seinem neuen Betätigungsfeld wie ein Mitarbeiter der Mordkommission: Er sichtete zunächst Tausende von Papieren mit Berichten von Verhören, Abhörprotokollen, Kampfberichten, Dokumenten der Gegner, unbearbeiteten Geheimdienstdaten und unkonventionellen Quellen wie Aussagen von regionalen Stammesführern.

Das führte stellenweise zu einem gewissen Querdenken. In manchen Kreisen wurde Harvey ohnedies «The Grenade», die Handgranate, genannt, weil er das Geschick und die Risikobereitschaft besaß, gängige Auffassungen in der Luft zu zerfetzen.

Bereits vor den Terroranschlägen des 11. September hatte Harvey einen Schriftsatz verfasst, der zu dem Schluss kam, Osama bin Laden und sein Netzwerk al-Qaida stellten eine strategische Bedrohung für die USA dar. Und nachdem die Vereinigten Staaten im Irak und in Afghanistan einmarschiert waren, stand Harvey mit seiner Prognose, was die Ausdauer und Kampfbereitschaft der Rebellen betraf, beinahe allein auf weiter Flur. Harveys Argumentation lautete häufig, dass manche hochgesteckten

Vorstellungen, offensiv vorzugehen, zwar «machbar, aber nicht gut zu verkaufen» wären. Gemeint war, dass das Land so etwas wie die jahrelange Aufrechterhaltung der Truppenstärke von Zehntausenden Soldaten in Afghanistan weder leisten noch gewährleisten könnten.

Harvey ging zu Jared Kushner, der ein kleines Büro neben dem Oval Office hatte.

Kushner lehnte sich im Stuhl zurück, schlug die Beine übereinander und hörte sich Harveys Schilderungen an.

Harveys größte Sorge im Nahen Osten war die Hisbollah, die vom Iran unterstützte Terrororganisation. Die hochsensiblen Geheimdienstermittlungen hatten ergeben, dass die Hisbollah im Libanon über mehr als 48000 Berufssoldaten verfügte, eine existentielle Bedrohung für Israel. Zudem besaß die Organisation 8000 Expeditionstruppen in Syrien und im Jemen sowie in der gesamten Region Kommandoeinheiten. Darüber hinaus waren Terrorzellen der Hisbollah weltweit vertreten – jeweils 30 bis 50 in Kolumbien, Venezuela, Südafrika, Mosambik und Kenia.

Außerdem verfügte die Hisbollah erstaunlicherweise über 150000 Raketen. 2006, während des Kriegs mit Israel, waren es nur 4500 gewesen.

In die Machtstruktur der Organisation waren Befehlshaber der iranischen Revolutionsgarde integriert. Der Iran kam für die Kosten der Hisbollah auf – mit der gigantischen Summe von einer Milliarde Dollar pro Jahr. Nicht berücksichtigt: die Einkünfte, die die Hisbollah aus Geldwäsche, Menschenhandel, Kokain- und Opiumhandel sowie dem Verkauf von Elfenbein aus Mosambik erwirtschaftete.

Die Hisbollah herrschte im Libanon wie ein Staat im Staat, und sie war jederzeit bereit, Gewalt anzuwenden. Im Libanon geschah nichts von

Bedeutung ohne das Einverständnis der Hisbollah. Ihr erklärtes Ziel war die Zerstörung Israels.

Die Terrororganisation war der perfekte Vertreter des Iran, um Druck auszuüben und Israel anzugreifen, dessen Luftwaffenstützpunkte mit Raketen vernichtet werden konnten. Israels Raketenabwehrsysteme Iron Dome, David's Sling und Arrow würden dagegen nichts ausrichten können.

Harvey war überzeugt, dass die Lage das Potential zu einem verheerenden Krieg hätte mit gewaltigen Folgen für die Menschen, die Wirtschaft und die Verteidigungsstrategie. Ein militärischer Konflikt zwischen dem Iran und Israel würde die USA sofort in die Auseinandersetzungen hineinziehen und sämtliche Bemühungen zunichtemachen, die in der Region für Stabilität sorgen sollten.

Trump erhielt von Harveys Hisbollah-Papier ein sogenanntes *Reader*'s *Digest*, also eine Kurzfassung. Nachrichtendienstdirektor Dan Coats und CIA-Direktor Mike Pompeo trugen die Angelegenheit in der allmorgendlichen Besprechung des Präsidenten im Oval Office vor. Mattis, McMaster und Außenminister Rex Tillerson unterstützten die Aussagen auf nüchterne Art.

Harvey spürte, dass die anderen den Grad der grundlegend veränderten Kräfteverhältnisse im Nahen Osten nicht erfassten. Ein weiterer arabisch-israelischer Krieg würde jedoch Israel treffen wie nie zuvor. Ein Überfall im großen Stil könnte bedeuten, dass Israel tatsächlich außerstande wäre, sich zu verteidigen.

Harvey betonte eindringlich gegenüber Kushner: Die neue Regierung unter Trump war auf das, was passieren könnte, nicht vorbereitet. Er drängte darauf, die Vereinbarungen, die Trump und Israels Ministerpräsident

Benjamin Netanjahu bei ihrem Treffen im Februar beschlossen hatten, weiter voranzutreiben – die Bedeutung eines strategischen Dialogs, um einen aktuellen Eindruck von den veränderten Gegebenheiten vor Ort zu erhalten und sich ihnen zu stellen. Harvey lag daran, die Beziehungen zu verbessern, die sich seiner Meinung nach in den acht Regierungsjahren Obamas verschlechtert hatten.

Im Sommer luden der israelische Botschafter in Washington und Israels Sicherheitsbeauftragter Eytan Ben-David Harvey nach Israel ein. McMaster untersagte Harvey die Reise, ohne einen Grund dafür zu nennen.

Anfang Juli jedoch verabredete sich Harvey trotzdem mit leitenden Geheimdienstbeamten des Mossad, des Militärgeheimdienstes sowie Vertretern der israelischen Luftwaffe und Armee. McMaster, über Harveys Vorgehen verärgert, ließ ihn die Sache nicht weiterverfolgen.

Die große Frage lautete: Hatte Harvey zusätzlich zu einer ganzen Reihe weiterer außenpolitischer Probleme, mit denen sich die Vereinigten Staaten und Trump konfrontiert sahen, die nächste tickende Zeitbombe entdeckt – die Hisbollah?

Kurz darauf traf sich Harvey erneut mit Kushner.

«Was halten Sie davon, wenn die erste Auslandsreise des Präsidenten nach Riad führt?», fragte Kushner.

«Das passt perfekt zu dem, was wir vorhaben», antwortete Harvey. «Es würde unsere Unterstützung der Saudis bekräftigen und unsere strategischen Ziele in der Region sichern. Unsere Stellung hat sich während Obamas Amtszeit massiv verschlechtert.»

Harvey war der Ansicht, dass Obama zu viel Zeit darauf verschwendet hatte, den Iran mit einem Atomabkommen zu besänftigen, und so die Beziehungen zu den Saudis und Israel vernachlässigt und sogar gering geschätzt hatte. Saudi-Arabien als erstes offizielles Auslandsreiseziel des Präsidenten konnte vor Augen führen, dass die Trump-Regierung neue Prioritäten setzte. Außerdem empfand Harvey es als sehr schmeichelhaft, wenn die erste Reise des Präsidenten in seine Region ginge, weil alle anderen leitenden Beamten des NCS lautstark forderten, dass die erste Reise in ihre Region führen sollte.

Darüber hinaus würde von einem Gipfeltreffen in Saudi-Arabien auch Israel profitieren. Die Saudis und die Israelis, beide langjährige Feinde des Iran, unterhielten nur über inoffizielle Kanäle lose, aber wichtige diplomatische Beziehungen.

Harvey war bereit, sich auf solch einen Vorschlag von Kushner genauestens einzustellen, denn der war ganz offensichtlich nicht bloß irgendein leitender Berater des Präsidenten. Der Schwiegersohn äußerte sich mindestens in Kenntnis der Wünsche des Präsidenten, wenn nicht sogar mit seiner Unterstützung.

Wie jeder andere Geheimdienstmitarbeiter arbeitete auch Harvey mit dem israelischen Geheimdienst zusammen und wusste, dass Kushner seine eigenen Verbindungen besaß. Netanjahu gehörte seit vielen Jahren zu den Freunden der Familie Kushner.

Kushner erklärte Harvey, er besitze wichtige und verlässliche Geheimdienstinformationen, wonach die Schlüsselfigur Saudi-Arabiens der stellvertretende Kronprinz Mohammed bin Salman war, genannt MBS, ein charismatischer Einunddreißigjähriger. Er war nicht nur der Sohn des

saudischen Königs, sondern auch Verteidigungsminister des Landes, und über ihn könnte man Einfluss auf das Königreich nehmen. MBS blickte voller Tatkraft in die Zukunft. Er war charmant und sprach von kühnen Reformen, um sein Land zu modernisieren.

Als McMaster von Kushners Idee für ein Gipfeltreffen in Saudi-Arabien erfuhr, fragte er Harvey aufgeregt: «Wer treibt das voran? Wo kommt das her?»

Harvey war sich nicht sicher, welche Rolle der Präsident möglicherweise spielte oder auch nicht.

McMaster missfiel die Herangehensweise außerhalb der üblichen Wege, aber er konnte nicht viel dagegen unternehmen.

Harvey traf sich in der Folge zu einer ganzen Reihe von Gesprächen mit den Geheimdiensten, einschließlich der CIA. Ihre Botschaft lautete, dass Kushner besser vorsichtig sein sollte. Denn der wahrhaft Verlässliche in der saudischen Königsfamilie sei der aktuelle Kronprinz Mohammed bin Nayef, 57, genannt MBN. Der Neffe des Königs konnte für sich beanspruchen, als Innenminister für die Zerschlagung von al-Qaida im Königreich gesorgt zu haben. Die Bevorzugung des jüngeren MBS würde nur zu Spannungen in der königlichen Familie führen.

Aufgrund seiner jahrzehntelangen Erfahrung und Kontakte zu Geheimdiensten im Nahen Osten glaubte Harvey, dass Kushner mit seiner Einschätzung richtiglag – MBS war die Zukunft. MBS erkannte, dass ein gesellschaftlicher Wandel in Saudi-Arabien der einzige Weg war, das Königreich zu retten. Mit Kushner als Rückhalt besaß Harvey außerordentliche Befugnisse, um mit der Planung der Reise beginnen zu können. Harvey besprach sich mit dem Verteidigungs- und

Finanzministerium sowie dem Nationalen Wirtschaftsrat des Weißen Hauses. Die Gefahren, meinte Harvey, seien beträchtlich, aber er erkannte auch große, große Vorteile.

Im März fand zum Thema eines möglichen Gipfeltreffens in Saudi-Arabien unter Vorsitz von McMaster eine Konferenz der wichtigsten Köpfe statt.

«Aus meiner Erfahrung bei Exxon», sagte Außenminister Tillerson und machte eine herablassende Geste, «klopfen die Saudis immer nur große Sprüche. Während der Verhandlungen arbeitet man alles Punkt für Punkt durch. Aber wenn es dann darum geht, die Unterschrift unter die Angelegenheit zu setzen, kriegt man sie nicht zu fassen.» Eine Verbindung zu MBS sollte mit Vorsicht genossen werden. Möglicherweise würden sich die Vereinigten Staaten für den Gipfel schwer ins Zeug legen und am Ende doch ohne alles dastehen.

«Nicht vorpreschen», meinte auch Mattis. Waffengeschäfte und andere für die US-Wirtschaft vorteilhafte Projekte zu vereinbaren, also Ergebnisse, die einen solchen Gipfel rechtfertigen, würde viel Zeit in Anspruch nehmen. «Wir warten lieber bis nächstes Jahr. Eine neue Regierung sollte vorsichtiger und besonnener sein.»

Energieminister Rick Perry sagte, das alles sei zu viel Arbeit in zu kurzer Zeit.

Niemand unterstützte die Idee, in zwei Monaten einen Gipfel durchzuführen, so wie Kushner es dann vorschlug.

Kushner saß McMaster am anderen Ende des Tisches gegenüber.

«Natürlich ist das sehr ehrgeizig», erklärte der Schwiegersohn des Präsidenten. Er stand auf. «Ich habe Verständnis für die Bedenken. Aber ich

glaube, wir haben dort eine echte Chance. Wir müssen sie ergreifen. Ich verstehe, dass wir vorsichtig vorgehen müssen. Wir müssen das sorgfältig vorbereiten, so als würde der Gipfel stattfinden. Und wenn es danach aussieht, dass wir es doch nicht schaffen, werden wir noch reichlich Zeit haben, um einen Gang zurückzuschalten. Aber es handelt sich jetzt um eine Gelegenheit, die wir uns nicht entgehen lassen können.»

Niemand widersprach. Harvey war klar, dass sie das auch nicht konnten. Und so fuhr er mit der Planung fort, als würde der Gipfel stattfinden. Er bestimmte den finanziellen Rahmen und entschied, dass man zuvor die Zusage für Waffenverträge im Wert von über 100 Milliarden Dollar benötigte.

Auch die Ausführung oblag Harvey. MBS schickte ein dreißigköpfiges Team nach Washington, und Harvey buchte mehrere Konferenzräume im Eisenhower Executive Office Building neben dem Weißen Haus. In Arbeitsgruppen beschäftigten sich Amerikaner und Saudis mit den Themen Terrorismus, Finanzierung des Terrorismus, gewalttätigem Extremismus und Aufklärungskampagnen. Das Pentagon führte Besprechungen zu Vertragsfragen und Sicherheitspartnerschaften durch.

Harvey wollte von den Saudis nicht zu viel verlangen, denn ihm war bekannt, dass ihre Schatztruhen nicht so reich gefüllt waren, wie allgemein angenommen. Der Ölpreis war gesunken, und das schmälerte die Einnahmen Saudi-Arabiens.

McMaster war immer noch nicht begeistert. Er erzählte Harvey: Wir müssen damit weitermachen, weil Kushner das so will. Allerdings gibt es nicht besonders viel Unterstützung. Wir werden einfach weiterhin so tun, als ob, und das Ganze dann an zu irgendeinem Zeitpunkt begraben.

Kushner war der Meinung, wenn sich die Vereinigten Staaten weiterhin in der Region engagieren wollten, mussten sie den Saudis und den Israelis zum Erfolg verhelfen. Der Präsident werde künftig nicht für die Verteidigungsausgaben des US-Militärs im Nahen Osten aufkommen, solange die vorrangigen Nutznießer die anderen Staaten der Region seien, erläuterte Kushner.

Seine Sorge galt dem zunehmenden Einfluss des Irans und staatsgefährdenden Handlungen in der Region, vor allem vonseiten der Hisbollah, die eine Bedrohung für Israel darstellte.

Bringt die Saudis dazu, mehr zu kaufen, meinte Kushner. Kaufen sie ganze Waffensysteme, hilft das der US-Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze. Die Saudis würden dann außerdem große Mengen von Munition erwerben und Zehnjahresverträge für die technische Betreuung und Wartung abschließen.

Das saudische Team kam zu einem zweiten Besuch nach Washington. An mindestens vier aufeinanderfolgenden Tagen traf man sich zu Gesprächen, die bis ein Uhr nachts dauerten.

Kushner hielt in seinem Büro täglich ressortübergreifende Besprechungen mit den Hauptakteuren aufseiten der Vereinigten Staaten ab, sodass sich ein Dutzend Menschen in den kleinen Raum pferchten.

Manchmal war es ihm zu wenig, was die Saudis an Vertragsumfängen oder Waffenkäufen an den Verhandlungstisch brachten.

«Ich telefoniere mal kurz», erklärte Kushner Harvey. Er rief MBS an, und die Saudis erhöhten die Menge ihrer Waffenkäufe.

Als man scheinbar kurz vor einer Einigung stand, lud Kushner MBS in die Vereinigten Staaten ein und führte ihn ins Weiße Haus, wo der stellvertretende Kronprinz Saudi-Arabiens am 14. März im Speisezimmer mit

Trump zu Mittag aß. Ebenfalls anwesend waren Pence, Priebus, Bannon, McMaster und Kushner. Das verstieß nicht nur gegen das Protokoll, sondern verstörte das Außenministerium und die CIA. Ein gemeinsamer Lunch mit dem Präsidenten im Weißen Haus war für einen stellvertretenden Kronprinzen mittleren Ranges nicht vorgesehen.

Tillerson und Mattis formulierten nach wie vor ihre Zweifel. Das Ganze ist zu kompliziert, zu viel Arbeit, die Verträge lassen zu viele Fragen offen.

Schließlich gab Trump grünes Licht, und am 4. Mai wurde die Reise nach Saudi-Arabien sowie nach Israel offiziell angekündigt.

Trump war am 20. und 21. Mai zu Gast in Saudi-Arabien und wurde dort prunkvoll begrüßt. Er verkündete, dass die Saudis 110 Milliarden Dollar an Waffenkäufen tätigen würden, und sprach von einer mehrere hundert Milliarden Dollar schweren Wundertüte weiterer Verträge – was allerdings übertrieben war.

Harvey war der Ansicht, dieser Gipfel hätte die Beziehungen beider Staaten auf dramatische Weise neu ausgerichtet, er komme einem Start-Ziel-Sieg gleich und sende zudem eine eindeutige Botschaft an den Iran, den bedeutendsten Widersacher Saudi-Arabiens. Die Saudis, die Staaten des Golf-Kooperationsrats (Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien) und Israel waren sich einig. Der politische Drahtseilakt von Obama war vorbei.

Einen Monat später ernannte der einundachtzigjährige saudische König Salman den einunddreißig Jahre alten MBS zum neuen Kronprinzen und damit zum nächsten Oberhaupt des Königreichs, möglicherweise für die kommenden Jahrzehnte.

Kapitel 15

Trump war einer der lautesten Gegner des sechzehn Jahre dauernden Afghanistankriegs, des bislang längsten Kriegs der amerikanischen Geschichte. Trump folgte dem fundamentalen Grundsatz, gegen den Krieg zu opponieren und ihn sogar ins Lächerliche zu ziehen. Es fing 2011, vier Jahre vor seinem offiziellen Einstieg in den Präsidentschaftswahlkampf, mit einem Trommelfeuer von Twitter-Attacken an.

Im März 2012 twitterte er: «Afghanistan ist ein totales Desaster. Wir wissen nicht, was wir tun. Neben allem anderen ziehen die uns bis aufs Hemd aus.»

2013 nahmen die Tweets Fahrt auf. Im Januar hieß es: «Lasst uns aus Afghanistan verschwinden. Unsere Truppen werden von Afghanis ermordet, die wir ausbilden, und wir vergeuden da Milliarden. Schwachsinn! Baut lieber die USA wieder auf.» Im März: «Wir sollten Afghanistan sofort verlassen. Keine Leben mehr vergeuden. Wenn wir noch mal hinmüssen, dann heftig & schnell. Erst mal die USA wiederaufbauen.» Im April: «Unsere Regierung ist so erbärmlich, dass einige der in Afghanistan vergeudeten Milliarden bei Terroristen landen.» Und im November: «Erlaubt unseren sehr dummen Politikern nicht, einen Vertrag zu unterschreiben, der uns bis 2024 in Afghanistan festhält – mit allen Kosten zu Lasten der USA. MAKE AMERICA GREAT!»

Und im Dezember twitterte Trump: «Ein Selbstmordbomber hat gerade US-Soldaten in Afghanistan getötet. Wann wird unsere Führung hart und

smart? Wir werden zur Schlachtbank geführt!»

Wie alle Präsidenten musste auch Trump mit den unerledigten Angelegenheiten seiner Vorgänger leben. Was die bisherigen Präsidentschaften des 21. Jahrhunderts angeht, wurde das nirgends deutlicher als in Afghanistan. Der nach den Terroranschlägen des 11. September begonnene Krieg, als Afghanistan Osama bin Laden und al-Qaida als Zufluchtsstätte diente, war ein Dickicht aus hohen Erwartungen, Rückschlägen, Missverständnissen und massivem Einsatz von Geld, Truppen und Menschenleben.

Unter den Präsidenten Bush und Obama hatten Fragen zur Truppenstärke den Diskurs innerhalb des Nationalen Sicherheitsrats und in der Öffentlichkeit dominiert und Hoffnungen auf Fortschritte oder eine Lösung geweckt. Die Berichterstattung in den Medien konzentrierte sich auf Truppenstärke und die Chronologie der Ereignisse. Die Zahl der in diesem Krieg eingesetzten US-Soldaten wurde zum Synonym für Fortschritt.

Unter Obama schwankte die Truppenstärke wie bei einer Achterbahnfahrt zwischen 100000 und 8400, was überzogene und sich später als falsch erweisende Erwartungen weckte, dass der Kampfeinsatz gegen die aufständischen Taliban bald enden könnte. Intern wussten die Experten schon damals, dass es sinnlos war.

Generalleutnant Douglas Lute, Koordinator im Weißen Haus, nannte den Krieg 2010, kurz nachdem Obama die Truppen um weitere 30000 aufgestockt hatte, in einer Besprechung «ein Kartenhaus».

Dr. Peter Lavoy, unter Obama im Verteidigungsministerium zuständig für Sicherheitsangelegenheiten im asiatischen und pazifischen Raum sowie später ebenfalls unter Obama im Nationalen Sicherheitsrat verantwortlich für

Südasien, war eine stille Autorität für die Region – insbesondere für Pakistan und Afghanistan. Der Öffentlichkeit blieb Lavoy weitgehend unbekannt, doch für das Funktionieren von Verteidigung und Geheimdienstaktivitäten spielte er eine entscheidende Rolle. Er war sowohl Akademiker als auch ein Mann der Praxis. Seiner Ansicht nach war die Fixierung auf die Truppenstärke die Achillesferse der Afghanistanpolitik von Obamas Regierung.

«Es gibt in Afghanistan tatsächlich Tausende von untergeordneten Stämmen», sagte Lavoy. «Jeder davon hat seine eigenen Missstände. Selbst wenn die Taliban verschwänden, gäbe es deshalb weiterhin Aufstände in Afghanistan.» Ein Sieg war abwegig. Außerdem hatte man noch nicht einmal definiert, was man darunter verstehen würde.

H.R. McMaster sah schon kommen, dass ihm wegen des Afghanistankriegs eine größere Auseinandersetzung mit Präsident Trump drohen würde. Er kannte Afghanistan. Von 2010 bis 2012 hatte er als stellvertretender Kommandant für Planung (J5) im Hauptquartier des Kommandanten für den Afghanistankrieg in Kabul gedient.

Während des Golfkriegs von 1991 im Rahmen der Operation Desert Storm führte McMaster, gerade mal sieben Jahre nach seiner Ausbildung in West Point, als Hauptmann der Army neun Panzer in eine Schlacht, die 28 Panzer der irakischen Republikanischen Garde zerstörte. Captain McMaster hatte keine Verluste zu beklagen, und das Gefecht dauerte gerade mal 23 Minuten. Er wurde danach mit einem Silver Star für Tapferkeit ausgezeichnet.

Im Irak-Krieg führte er 2005 als Oberst 5300 Soldaten der 3. Gepanzerten Luftaufklärungseinheit an und nutzte dabei erfolgreich die Taktik der

Aufstandsbekämpfung als Mittel zum Schutz der Zivilbevölkerung, um die Stadt Tal Afar zurückzugewinnen. Präsident Bush hatte diese Operation öffentlich als vorbildlich und «Anlass zur Hoffnung auf einen freien Irak» bezeichnet.

In McMasters Buch von 1997, *Dereliction of Duty*, nannte er die Vereinigten Generalstabschefs, die den Vietnamkrieg geführt hatten, «fünf schweigsame Männer», denen das Entscheidende nicht gelungen war – eine persönliche Beziehung zur zivilen Führung zu etablieren, um offen reden zu können. *Dereliction of Duty* war ein Handbuch zur Vermeidung eines zweiten Vietnam.

Die Ironie bestand nun darin, dass Trump behauptete, Afghanistan sei ein zweites Vietnam, ein Sumpf ohne klares nationales Sicherheitsinteresse, das jüngste Beispiel der Fahrigkeit amerikanischer Politik. McMasters Job bestand darin, die militärischen Empfehlungen für Afghanistan mit den Zielen des Präsidenten in Übereinstimmung zu bringen, allerdings bestand das einzige Ziel des Präsidenten darin, von dort zu verschwinden.

Die Arbeit im Nationalen Sicherheitsrat ging weiter wie bisher. Am 1. und 10. März 2017 leitete Army Ranger Oberstleutnant Fernando Lujan, im NSC verantwortlich für Afghanistan, die erste ressortübergreifende Besprechung auf mittlerer Ebene seit Beginn der Trump-Regierung. Daran nahmen Vertreter des Außen- und des Verteidigungsministeriums sowie der Geheimdienste teil.

Lujan, der noch aus der Obama-Regierung stammte, wusste, dass die Afghanistanpolitik unter Obama einer simplen Devise gefolgt war: die Katastrophe vermeiden. Es gab eine Menge Ungewissheit, und die Gefahr von Katastrophen war enorm. So erteilte er beispielsweise der afghanischen

Polizei, der hinsichtlich langfristiger Stabilität eine Schlüsselrolle zukam, eine Vier minus, wenn nicht sogar eine Fünf.

Bei der ersten Besprechung eröffnete ein Vertreter des Außenministeriums die Diskussion mit einer Reihe grundlegender Fragen: Warum glauben wir, eine Terrorabwehr-Basis in Afghanistan zu benötigen, um einen weiteren Anschlag zu verhindern? Wie lautet die Begründung dafür? Wie schätzen wir die terroristische Bedrohung, die von Afghanistan ausgeht, tatsächlich ein? Warum halten wir Tausende von US-Truppen und Geheimdienstspezialisten für notwendig, um genau das abzuwehren, obwohl wir doch Drohnen und alles andere besitzen? Er merkte an, dass unsere fortdauernde Präsenz nicht nur wegen der Rebellen, sondern auch wegen der regionalen Akteure wie Pakistan für zunehmende Instabilität sorgen kann.

Der Beamte des Außenministeriums sagte auch, die Vereinigten Staaten hätten bei ihrem Einmarsch in Afghanistan 2001 behauptet, keine dauerhafte Präsenz etablieren zu wollen. Wie passe das mit dem jetzigen Zustand nach 16 Jahren zusammen?

Nein, nein, nein, wandte der Vertreter des Militärs ein. Die amerikanische Präsenz sei nicht auf Dauer gedacht.

Das führte zu der Frage: Wann wird das alles enden? Wäre eine politische Einigung möglich? Würde eine politische Regelung das Endergebnis oder nur das Mittel dazu sein? Wie könnte eine politische Einigung möglich sein, wenn die aufständischen Taliban keinerlei Präsenz der USA in Afghanistan wollen? Könnte eine politische Lösung ein Weg sein, um der Öffentlichkeit fortdauerndes Engagement zu verkaufen?

Wenn eine politische Lösung oberste Priorität bekäme, dann würde das Kompromissbereitschaft erfordern. War Präsident Trump kompromissbereit?

War dies alles nur ein Feigenblatt, damit die Vereinigten Staaten weiterhin tun konnten, was sie wollten? Brauchte man eine demokratische oder zumindest stabile Regierung in Afghanistan? Wie interessiert waren die USA an einer echten politischen Einigung?

Ein weiterer Vertreter des Außenministeriums bemerkte, dass es der Zentralregierung in den Augen der afghanischen Öffentlichkeit an Legitimität mangele. Gemäß einer Umfrage im Land sei ihr Ansehen so niedrig wie seit zehn Jahren nicht mehr. Er erklärte, dass Schwarzmarkt, Opiumhandel und illegaler Bergbau so groß seien wie die offizielle Wirtschaft und ein beträchtlicher Teil davon durch die aufständischen Taliban kontrolliert werde.

Nach dem 11. September hatten die CIA und das Militär afghanische Warlords dafür bezahlt, die Taliban zu verfolgen. Einiges von diesem Geld war dafür benutzt worden, die politische Opposition ins Visier zu nehmen. Aktuell gab die USA pro Jahr etwa 50 Milliarden Dollar in Afghanistan aus. Benutzte die Regierung, die zutiefst korrupt war, das Geld der USA und ihrer Verbündeten nur, um sich selbst zu finanzieren? Nahm das hohe Niveau der Unterstützung der afghanischen Regierung den Anreiz, echte Reformen zu entwickeln, und den politischen Willen, gegen Opium und illegalen Bergbau vorzugehen? Amerikanisches Geld war eines der Gifte im afghanischen System.

Eine noch größere Frage zeichnete sich ab: Sollten die Vereinigten Staaten in Afghanistan auf Sieg setzen oder nur danach streben, nicht zu verlieren?

Nach einem Treffen nahm man die Whiteboards und teilte sich in drei Gruppen auf, um sich an der Definition des Problems zu versuchen und

überlebenswichtige strategische Ziele zu formulieren. Alle drei hatten die Verhinderung weiterer Angriffe auf die USA im Blick.

Dabei stellten sich noch weitere Fragen: Welche Art von Regierung brauchte Afghanistan? Und welche Art von Stabilität benötigten die USA, um ihr Ziel zu erreichen, nämlich weitere Terroranschläge zu vermeiden?

Zu Anfang legte McMaster bei den Besprechungen mit Vertretern von Pentagon, State Department und den Geheimdiensten seine vier Richtlinien oder Ziele fest: 1. Politische Stabilität erreichen, die eine politische Einigung mit den aufständischen Taliban einschließt. 2. Auf institutionalisierte Maßnahmen der afghanischen Regierung gegen die Taliban bestehen. 3. Den Druck auf das benachbarte Pakistan erhöhen, das ein doppeltes Spiel spielte – offizieller Verbündeter der USA, aber gleichzeitig Unterstützer von Terroristen und Taliban. 4. Die internationale Unterstützung der 39 mit den USA in einer Koalition verbündeten Länder bewahren.

Auf der Suche nach einem Mittelweg hinsichtlich der Truppenaufstockung erwog McMaster einen Vorschlag, der einige Tausende umfasste, vielleicht drei- bis fünftausend, um einen weiteren Terroranschlag zu verhindern. Ein Vorschlag aus der Runde lautete sogar, eine Aufstockung um Zehntausende zu erwägen.

Bei einem sogenannten Principals-Committee-Treffen, das sich von einer Zusammenkunft des Nationalen Sicherheitsrats insofern unterscheidet, als es ohne den Präsidenten stattfindet, griff Justizminister Sessions alle, inklusive McMaster, dafür an, dass sie mehr Truppen nach Afghanistan schicken wollten.

Sie überreden den Präsidenten damit genau zu etwas, woran er nicht glaubt, drängen ihn in eine Position, die er nicht will, sagte Sessions. Wir verlieren zu viele Menschenleben in Afghanistan. Leute, ich verstehe nicht, was ihr daran nicht kapiert. Da geht’s mit dem Präsidenten nicht lang.

Priebus meinte: Sie haben nicht die Zeit aufgewendet, mit dem Präsidenten eine grundlegende Philosophie und außenpolitische Positionen zu erarbeiten und die Gründe dafür. Dabei ist bei diesem Präsidenten das Warum am wichtigsten. Warum sind wir hier? Warum machen wir das? Was wollen Sie, dass passiert? Und was genau versuchen wir zu erreichen?

Das war genau die Frage, die auch schon Peter Lavoy in Obamas Regierung gestellt hatte. Weder Priebus noch Lavoy erhielten darauf eine befriedigende Antwort.

Die Führungskräfte einigten sich auf zusätzliche 4000 Soldaten.

«Hat irgendjemand dem Präsidenten gesagt», fragte Priebus, «dass die Option, für die Sie sich entschieden haben, im Grunde genommen bedeutet, dass wir noch Jahrzehnte in Afghanistan sein werden? Wenn Sie ihm das erklären, wird er durchdrehen. Wer berichtet ihm diese Details?»

Schweigen.

Danach berief Priebus ein Treffen der Schlüsselfiguren ein.

«Hören Sie», sagte er, «wir haben ein Problem. Wir sind uns mit dem Präsidenten nicht über die eher grundlegenden Fragen einig. Warum wollen Sie dort sein? Worin besteht der Zweck? Was ist der fundamentale Nutzen der Vereinigten Staaten, für den das Leben von Amerikanern aufs Spiel gesetzt wird? Sie müssen zu einer grundlegenden Verständigung und Einigkeit in diesen einfachsten Fragen kommen, bevor Sie darüber zu

sprechen beginnen, wie viele Truppen wir in Afghanistan haben sollen. Leute, ihr seid euch selbst quasi zehn Schritte voraus.»

Es genügte nicht, dass McMaster erklärte, Ziel sei die Verhinderung eines weiteren terroristischen Angriffs. Die Frage war einfach: Inwiefern würden mehrere tausend weitere Soldaten helfen, das zu bewirken?

In Afghanistan gab es vier Aufträge: die afghanische Armee und Polizei ausbilden und beraten, logistische Unterstützung, Terrorismusabwehr und die geheimdienstliche Mission. McMaster musste eine Strategie ausarbeiten, die eine Eskalation oder den Anschein einer Eskalation verhinderte. Sie durfte nicht frontal oder auftrumpfend Trumps erklärtem Wunsch nach einem Abzug widersprechen, stattdessen musste sie ihm behutsam eine neue Haltung verkaufen, die man bald als «Kurs halten» bezeichnen würde.

Am 28. März schlug McMaster etwas vor, das innerhalb des Nationalen Sicherheitsrats R4+S genannt wurde: *regionalize, realign, reinforce, reconcile and sustain* – also regionalisieren, neu ausrichten, verstärken, versöhnen und stabilisieren. Das waren die Bestandteile seiner Afghanistan-Strategie, die perfekt mit seinem Konzept der vier Richtlinien harmonierten. Regionalisierung bedeutete, dass die USA die Zusammenarbeit mit Akteuren in der Region, wie zum Beispiel Indien, suchten; Neuausrichtung bedeutete gezielte Finanzhilfen für Gebiete, die unter der Kontrolle der afghanischen Regierung standen, und weniger für umkämpfte Gebiete, die die Taliban hielten; Verstärkung bedeutete mehr Ausrüstung und Ausbildung; Versöhnung bedeutete zu versuchen, die afghanische Regierung zu mehr Offenheit, zu Wahlen und zur Zusammenarbeit mit lokalen Machthabern zu bringen; und das Ganze sollte verstetigt werden.

Bis Mai hatte man sich im Zuge des vorgeschlagenen Plans auf den Kompromiss von 3000 bis 5000 zusätzlichen Soldaten geeinigt. Einige würden «buchhalterisch nicht erfasst» dazukommen, also in den offiziellen Zahlen nicht erscheinen.

Der Plan konzentrierte sich auf Terrorabwehr. Ein Fliegerbataillon würde zur Verfügung gestellt, um die afghanische Armee bei schweren Kämpfen gegen die Taliban zu unterstützen. Die Einsatzregeln wurden geändert – bislang hatten amerikanische Streitkräfte nur dann Gewalt anwenden können, wenn sie bedroht worden waren; jetzt waren sie dazu befugt, sobald die afghanische Armee bedroht wurde.

Etwa zur selben Zeit wurde Trump von Senator Lindsey Graham gedrängt, die Truppen aufzustocken. Graham und Trump führten im Mai drei Gespräche über Afghanistan.

«Wollen Sie in Ihrem Lebenslauf stehen haben, dass Sie zugelassen haben, dass Afghanistan in die Finsternis zurückfiel und der zweite ‹11. September› von exakt demselben Ort ausging wie der erste?», fragte Graham. Er wiederholte damit Trump gegenüber seine Argumentation bezüglich Nordkorea.

«Tja», meinte Trump, «aber wie wird das enden?»

«Es endet nie», sagte Graham. «Das ist Gut gegen Böse. Und Gut gegen Böse endet nie. Das ist wie mit den Nazis. Jetzt ist es der radikale Islam. Eines Tages wird es irgendwas anderes sein. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass unsere Heimat nie von Afghanistan aus angegriffen wird. Betrachten Sie die Tausende von zusätzlichen Truppen als eine Versicherungspolice gegen einen weiteren ‹11. September›. Hören Sie auf

Ihre Generäle.» Graham griff dann zu einem Bild, von dem er wusste, dass Trump es lieben würde. «General Obama war schrecklich. General Biden war schrecklich. Generalin Susan Rice war schrecklich. Generalin Valerie Jarrett …» Aber «General Trump wird nicht besser sein. General Graham ist nicht besser. Hören Sie auf Ihre Generäle oder feuern Sie sie.»

Irgendwann rief Vizepräsident Pence Graham an, um ihm zu sagen: «Du musst ihm klarmachen, wie das enden wird.» Es werde nie enden, wiederholte Graham.

Dabei war Graham sich der Feindseligkeiten innerhalb des Weißen Hauses bewusst. General Kellogg, Stabschef des Nationalen Sicherheitsrats, schlug sich auf Bannons Seite und argumentierte für den Abzug. Das bedeutete, Kellogg kämpfte gegen McMaster, seinen eigenen Chef.

Graham bekam auch die Storys mit, die Bannon oder jemand anderer an die Presse durchstach und in denen von «McMasters Krieg» die Rede war. Graham rief sofort den Präsidenten an.

«Das ist Trumps Krieg, mein Freund», sagte er, «die Geschichte wird sich weder an McMaster noch an Bannon erinnern. Aber man wird sich an Sie erinnern.»

In Bannons Augen hieß die alte Order wie eh und je: Kurs halten oder sich in Schimpf und Schande zurückziehen. Er suchte nach einem Weg, das Risiko negativer Auswirkungen zu minimieren und Trump Rückendeckung zu geben.

Am 31. Mai erklärte Eric Prince, Gründer des umstrittenen Rüstungskonzerns Blackwater, in einem Gastbeitrag im *Wall Street Journal*: «Afghanistan ist für Amerika ein teures Desaster.» Er schlug die Ernennung

eines «Vizekönigs» vor, der alle militärischen Aktionen in Afghanistan leiten solle, und den Abzug des US-Militärs bis auf ein kleines Spezialkommando für Sondereinsätze. Er stellte sich stattdessen «billigere private Lösungen» vor, nämlich Militärunternehmen, die sich verpflichteten, die afghanischen Sicherheitskräfte über mehrere Jahre auszubilden. «Die Vereinigten Staaten sollten ihren Kurs zum Aufbau einer Nation in den letzten gut 15 Jahre korrigieren und sich darauf konzentrieren, die Taliban und andere Terroristen so hart zu treffen, dass sie um Verhandlungen betteln. Bis die nicht echten Druck spüren und kapieren, dass die USA Durchhaltevermögen besitzen, werden sie gewinnen.»

Damit kam man nicht sehr weit, weil es bedeutet hätte, dass Privatunternehmer wie Prince, ein Bruder der Bildungsministerin Betsy DeVos, eine Menge Geld gemacht hätten.

Bannon bat den CIA-Chef Mike Pompeo um einen Kompromissvorschlag. Daraufhin willigte Pompeo ein, in der ersten Augustwoche nach Afghanistan zu reisen.

Schon jahrelang hatte die CIA in Afghanistan eine 3000 Mann starke Geheimarmee unterhalten. Die sogenannten CTPT (Counterterrorism Pursuit Teams) bestanden aus Afghanen, die von der CIA ausgebildet und kontrolliert wurden. Es handelte sich um die besten afghanischen Kämpfer, die Elite. Sie nahmen aufständische Taliban gefangen oder töteten sie und drangen oft in Stammesgebiete ein, um ihre Gegner dort zu eliminieren. Sie führten auch gefährliche und höchst umstrittene grenzüberschreitende Operationen im benachbarten Pakistan durch. Konnte man diese paramilitärische Streitmacht der CIA so erweitern, dass die Aufstockung der Truppen sich erübrigte? Waren die Paramilitärs der CIA und einige tausend

Spezialkräfte der Army imstande, den Job zu erledigen, sodass man die große Zahl der regulären Bodentruppen abziehen konnte?

Mattis rief Senator Graham an. Er erklärte, ein Vorschlag würde in Kürze gemacht. Das Militär werde sich mit der CIA abstimmen. «Die CIA hat einige hochrangige militärische Ziele, die man treffen will.» Es handelte sich um vier Operationen: «Zwei auf jeder Seite der afghanisch-pakistanischen Grenze.»

Als McMaster versuchte, eine abgespeckte Version von Konzepten wie den Richtlinien oder R4+S zu verkaufen, ließ Trump ihn grausam abblitzen. Er hatte dazu nur eine Frage: «Was zum Teufel machen wir dort?» Aber er hatte eine Idee für Verteidigungsminister Mattis und für Bannon. «Ich will ein paar einfache Soldaten hier haben, ein paar echte Kämpfer, die keine Offiziere sind.» Er wollte deren authentische Eindrücke von Afghanistan.

Mattis verdrehte die Augen.

Bannon, der immer in der Geschichte nach Argumenten für seine Zwecke suchte, erinnerte sich an Präsident Lincolns fast mystische Vorliebe, als Oberkommandant einfache Soldaten zu hören.

Am 18. Juli aß Trump im Weißen Haus mit drei Soldaten und einem Piloten, die allesamt in Afghanistan gedient hatten, zu Mittag. Trump, Pence und McMaster saßen an einer Seite des strahlend weiß eingedeckten Tischs im Roosevelt Room. Auf der anderen Seite hatten die vier jungen Männer in ihren Ausgehuniformen Platz genommen und sahen unbehaglich drein, während Kameras ihren Besuch festhielten.

Der Präsident sagte: «Ich will rauskriegen, warum wir seit 17 Jahren da sind, wie es läuft und wie wir auf neue Ideen kommen können. Wir haben

viele Ideen von vielen Leuten, aber ich will was von den Leuten vor Ort hören.»

Danach fasste Trump ihre Ansichten für Bannon so zusammen: «Einstimmig. Wir müssen rauskriegen, wie wir verdammt noch mal von da abhauen können. Total korrupt. Die Bevölkerung da ist es nicht wert, dass man für sie kämpft … Die NATO macht nichts. Die sind nur eine Behinderung. Lass dir von keinem einreden, wie toll die wären. Das ist alles Unsinn.»

Der Nationale Sicherheitsrat versammelte sich am nächsten Morgen, am 19. Juli, um Punkt zehn Uhr im Situation Room, um Trump über die Strategie zu Afghanistan und Pakistan zu informieren.

McMaster nutzte den Beginn der Zusammenkunft zur Darstellung der Ziele und Themen der Diskussion. Trump wirkte gelangweilt und desinteressiert. Nach etwa fünf Minuten unterbrach er. «Ich höre diesen Unsinn über Afghanistan nun schon seit 17 Jahren ohne Erfolg», sagte er, bevor McMaster mit den Themen überhaupt fertig war. Man habe einen Haufen unzusammenhängender kurzfristiger Strategien. Man könne mit derselben alten Strategie nicht weitermachen.

Er brachte sein Treffen mit den Soldaten am Vortag zur Sprache. Die beste Information, die er bekommen habe, stammte von einigen dieser Frontkämpfer, nicht von den Generälen, sagte er. «Leute, ihr interessiert mich nicht», erklärte er Mattis, Dunford und McMaster.

Wir verlieren in Afghanistan in großem Stil. Das ist ein Desaster. Unsere Verbündeten sind keine Hilfe. Geistersoldaten – die bezahlt werden, aber nicht kämpfen – bescheißen uns.

Die NATO ist ein Desaster und eine Verschwendung, sagte er. Die Soldaten hatten ihm erzählt, dass die NATO-Truppe total dysfunktional sei.

«Pakistan hilft uns nicht. Es ist kein wirklicher Freund», trotz der 1,3 Milliarden Dollar, die die USA dem Land jährlich gibt. Er sagte, er weigere sich, irgendwelche weitere Hilfe zu schicken.

Die afghanische Führung sei korrupt und zocke die Vereinigten Staaten ab, insistierte er. Die Mohnfelder, hauptsächlich auf dem Gebiet der Taliban, breiteten sich immer weiter aus.

«Die Soldaten vor Ort könnten die Sache viel besser regeln als ihr hier», ließ der Präsident seine Generäle und Berater wissen. «Die würden einen viel besseren Job machen. Ich weiß gar nicht, was zum Teufel wir hier machen.»

Es gab eine fünfundzwanzigminütige Standpauke für die Generäle und hohen Regierungsbeamten.

«Hören Sie, Sie dürfen Afghanistan nicht isoliert betrachten», sagte Tillerson. «Sie müssen das im regionalen Kontext sehen. Diese Art multilateralen Ansatz in Bezug auf Afghanistan und die Region haben wir bislang nicht verfolgt.»

«Aber wie viele Tote soll es noch geben?», fragte Trump. «Wie viele abgerissene Gliedmaßen? Wie lange sollen wir denn noch dort bleiben?» Seine Argumente gegen den Krieg, die mehr oder weniger aus einem Songtext von Bob Dylan geklaut waren, reflektierten die Wünsche seiner politischen Basis, deren Familien in den Streitkräften überrepräsentiert waren.

«Am schnellsten kommen wir von da weg, wenn wir verlieren», sagte Mattis.

Trump machte eine Kehrtwende. Der Premierminister von Indien, Modi, ist ein Freund von mir, sagte er. Ich mag ihn sehr. Er hat mir gesagt, die USA haben aus Afghanistan nichts rausgeholt. Nichts. Dabei ist Afghanistan doch reich an Mineralien. Aber wir machen es nicht wie die anderen – wie China. Die Vereinigten Staaten müssen im Gegenzug für jegliche Unterstützung was von Afghanistans wertvollen Mineralien kriegen. «Ich mache keinen Vertrag zu gar nichts, bis wir keine Mineralien kriegen.» Und die USA «müssen die Zahlungen an Pakistan stoppen, bis die kooperieren».

Mattis schilderte die strategischen Rahmenbedingungen und Ziele einer Nichtweitergabe von Atomwaffen. Wir brauchen eine Brückenstrategie, bis wir in der Lage sind, Macht an die Afghanen abzugeben, sagte er.

«Warum können wir keine Söldner bezahlen, damit sie die Arbeit für uns machen?», fragte Trump.

«Wir müssen wissen, ob der Oberkommandierende ganz auf unserer Seite ist oder nicht», sagte Mattis. «Wir können keinen halbherzigen Krieg mehr führen.» Damit das Militär vorankam, musste Mattis Trump voll und ganz von seiner Strategie überzeugen.

«Ich bin es leid zu hören, dass wir dies oder jenes tun müssen, um unsere Heimat oder unsere nationale Sicherheit zu schützen», sagte Trump.

Im offiziell ausformulierten Protokoll des Nationalen Sicherheitsrats über dieses Treffen hieß es schlicht, Trump «befürwortete» die Anwendung «einer Reihe von Methoden», um Druck auf Pakistan auszuüben, damit es aufhörte, verdeckt die Taliban zu unterstützen. Im Gegensatz zu seinen Äußerungen hieß es in dem Dokument, die USA würden Pakistan dort, wo es gemeinsame Interessen gab, weiterhin einbeziehen. Die zivile Hilfe Pakistans würde fortgesetzt, die militärische dagegen an die Bedingung eines besseren

Verhaltens geknüpft. Rhetorisch und praktisch würde das eine neue, härtere Strategie sein.

Später am Tag drängten sich die Teilnehmer der Besprechung in Priebus' Büro, um die Strategie für Afghanistan und Südasien zu diskutieren. McMaster arbeitete daran, die Dinge so zu formulieren, dass deutlich würde, er habe die Ansichten des Präsidenten vernommen und versuche, die allgemeine Ausrichtung auf so verantwortungsvolle Weise wie nur möglich umzusetzen. Er bemühte sich um Optimismus, doch es war offensichtlich, dass er, Mattis und Tillerson praktisch mit ihrem Latein am Ende waren.

Noch am selben Abend lud Priebus zu einer Strategiebesprechung im Rahmen eines Abendessens. Bannon schien die Agenda vorzugeben. Priebus, Bannon und Stephen Miller, ein junger Hardliner, politischer Berater, Redenschreiber und Jeff Sessions ehemaliger Kommunikationschef, beklagten sich über das Vorgehen des NSC. McMaster schien die Ansichten des Präsidenten nicht umsetzen zu wollen, sondern vielmehr zu versuchen, Trump von seinen eigenen zu überzeugen. Bannon wollte McMaster durch Kellogg, den Stabschef des Nationalen Sicherheitsrats, ersetzen, dessen Weltbild eher mit dem des Präsidenten und seinem eigenen übereinstimmte.

Graham berichtete Trump, dass der afghanische Präsident Ashraf Ghani ihm so viele Antiterror-Truppen gestattete, wie er wolle, und zusätzlich CIA-Basen, wo immer er es wünsche. Das Land sei der beste Horchposten und die beste Plattform, um den internationalen Terrorismus in der Welt anzugreifen. «Die würden auch 100000 Soldaten aufnehmen», sagte Graham und übertrieb. «Sie sollten Freudensprünge machen, weil Sie einen Antiterror-

Verbündeten in Afghanistan haben, was den nächsten ‹11. September› verhindern wird.»

«Das trägt aber nicht zum Aufbau des Landes bei», sagte Trump.

«Wir kommen da ja auch nicht hin, um zu versuchen, denen eine Demokratie à la Jefferson anzudrehen», stimmte Graham ihm zu. Mehr Sorgen machten ihm die zunehmenden, nicht enden wollenden Spannungen zwischen Pakistan und Indien. «Pakistan gibt eine Menge Geld aus, um weitere Atomwaffen zu bauen. Das gerät wirklich außer Kontrolle.»

Graham hatte Afghanistan kürzlich besucht und war deprimiert von dort abgereist. «Wir haben für Afghanistan in diplomatischer Hinsicht keinen Schlachtplan.» Es gab keinen Sondergesandten. In der ersten Zeit der Regierung Obama hatte Richard Holbrooke diese Rolle übernommen. «Wir haben da nicht mal einen Botschafter.» Soweit er wusste, gab es im Außenministerium nur eine einzige Person, die für das Ressort Südasien zuständig war.

«Wir werden auf politischer Ebene scheitern», sagte er. Eine Friedensvereinbarung mit den Taliban war der einzige Ausweg. «Die Pakistanis werden so lange ein doppeltes Spiel spielen, bis sie sehen, dass die Taliban verlieren.»

Trump hatte eine Lösung parat. Ob Graham Botschafter in Pakistan werden wolle.

«Nein, ich will nicht Botschafter in Pakistan werden», sagte Graham.

Dabei beließen sie es.

Im Weißen Haus begann Trump einen Satz zu wiederholen, den er irgendwo aufgeschnappt hatte: «Wir werden gewinnen, indem wir einen Aufstand gegen den Aufstand der Taliban anzetteln.»

Trump liebte die Idee einer Rebellenaktion, einer Operation, von der das Establishment überzeugt war, dass sie nicht zu gewinnen sei. Der Präsident sagte: «Diese Typen, die in den Achtzigern auf Pferden gegen die Russen gekämpft haben.» Perfekt.

Bannon goss Öl ins Feuer der Rebellenidee, indem er die schwache afghanische Armee kritisierte. «Wir haben eine Billion ausgegeben, um die besten Kämpfer der Welt zu rekrutieren», sagte Bannon, «und machen die schlechteste Armee der Welt aus ihnen.»

Trump gefiel auch das. Bannon hatte sich so weit vorgewagt, wie er für vertretbar hielt. Sie versuchten, Politik auf der Basis von Klischees zu machen, die sich in einem einzigen Satz ausdrücken ließen.

Graham warnte Trump noch ein letztes Mal.

«Ziehen Sie alle ab, weil es mit 8600 Soldaten nicht funktionieren wird, und akzeptieren Sie die Konsequenzen», riet er mit Verweis auf die aktuelle Zahl der in Afghanistan Stationierten. «Und die Konsequenzen sehen so aus: Es wird wie der Irak auf Anabolika. In Afghanistan sind mehr internationale Terroristen, als es im Irak je gegeben hat. Der Niedergang wird schnell passieren, und die Vorhersagen von Terrorismus aus Afghanistan werden exponentiell zunehmen. Und der nächste ‹11. September› wird von dort kommen, wo auch der erste herstammte. Und es wird Ihrer sein. Die Frage lautet also: Werden Sie Obamas Weg fortsetzen, nämlich den Krieg beenden und uns alle in Gefahr bringen, oder werden Sie den Weg zur Stabilisierung Afghanistans einschlagen?»

Kapitel 16

«Das kann doch nicht Ihr Ernst sein», hatte Priebus bei einem Telefongespräch im März Außenminister Tillerson entgegengehalten. Das umstrittene Iran-Abkommen, das Obama ausgehandelt hatte, musste alle neunzig Tage neu bewertet werden. Jetzt teilte Tillerson mit, sie hätten nur noch zwei Tage Zeit, es entweder zu erneuern oder abzulehnen. Im Februar hatte Trump gesagt: «Das ist einer der schlechtesten Deals, die ich je gesehen habe.» 2016 hatte er als Präsidentschaftskandidat versichert: «Den katastrophalen Deal mit dem Iran zu annullieren, hat für mich höchste Priorität.»

Aus praktischen wie prinzipiellen Gründen wollte Tillerson das Abkommen erneuern. Entscheidend war dabei, dass der Iran sich exakt an das Abkommen hielt, wie Obama ausgehandelt hatte. Für die Erneuerung hatte Tillerson ein paar Zusätze formuliert.

«Da wird der Präsident nicht mitmachen», sagte Priebus. «Sie brauchen eine klarere Aussage. Behutsam und sachlich reicht nicht. Es muss eine Sprache sein, die Trumps Position deutlicher zum Ausdruck bringt. Das hier wird ihm nicht gefallen. Wenn er das liest, rastet er aus.»

Als Priebus den Präsidenten über Tillersons Vorschlag unterrichtete, fauchte Trump ihn an: «Das jubeln Sie mir so nicht unter.»

Priebus musste diplomatisch zwischen dem Präsidenten und dem Außenminister vermitteln.

«Die Iraner verstoßen nicht gegen die Abmachung», sagte Tillerson. Die Geheimdienste und die Mitunterzeichner des Abkommens pflichteten Tillerson bei.

«Diese Argumente werden beim Präsidenten nicht ziehen», meinte Priebus. Tillerson blieb hart. «Dann haben wir ein Problem», stellte Priebus fest. Er fand, er müsse Tillerson an eine wichtige Tatsache erinnern. «Die Entscheidungen trifft der Präsident.» Damit war er selbst aus dem Schneider. «Ich versuche nicht, Ihnen das Leben schwer zu machen.»

Tillerson ging selbst zum Präsidenten. «Das ist eines meiner Hauptanliegen», meinte Trump. «Ich bin kein Fan dieses Deals. Das ist das schlechteste Abkommen, das wir je geschlossen haben, und jetzt wollen wir es auch noch erneuern.» Doch da es nur um neunzig Tage ging, stellte er sich nicht quer. «Das ist das letzte Mal. Kommen Sie mir nicht noch mal mit einer Verlängerung. Die wird es nicht mehr geben. Es ist ein beschissener Kuhhandel.»

Mattis fand einen diplomatischeren, ruhigeren Weg, sich auf Tillersons Seite zu schlagen. «Nun, Mr. President», sagte er, «ich denke, die Iraner halten sich an die technischen Aspekte.»

Priebus hörte bewundernd zu. Mattis war nicht unterwürfig, aber es war deutlich, dass er wusste, wie man Trump zu nehmen hatte.

Vor dem 18. April musste Tillerson einen Brief an Paul Ryan schicken, den Sprecher des Repräsentantenhauses. Trump hatte der erste Entwurf nicht gefallen. Daher ließ er den kurzen Brief durch die Aussage ergänzen, der Iran sei «ein führender staatlicher Förderer des Terrorismus» und der Nationale Sicherheitsrat werde untersuchen, ob es bei der Aufhebung der

wirtschaftlichen Sanktionen, die ein Teil des Abkommens waren, bleiben könne.

Als der Brief veröffentlicht wurde, fielen die Fernsehkommentatoren über Trump her. Das machte ihn noch wütender. Er verlangte von Tillerson, eine Pressekonferenz abzuhalten, in der er sowohl das Abkommen, das gerade erneuert worden war, wie auch den Iran selbst verurteilte. Es war äußerst ungewöhnlich, wenige Stunden nach der Erneuerung eines bahnbrechenden diplomatischen Abkommens einen solchen Angriff einzuleiten.

In einem fünfminütigen Vortrag las Tillerson eine vorgefertigte Liste mit allen Vorwürfen gegen den Iran vor: Raketentests, «der größte staatliche Förderer des Terrorismus weltweit», Drohungen gegen Israel, Menschenrechtsverletzungen, Cyberattacken, willkürliche Festnahmen von Ausländern einschließlich US-Bürgern, Störmanöver gegen Schiffe der US-Navy, Verhaftung oder Hinrichtung politischer Gegner «mit dem entsetzlichen Tiefpunkt der Hinrichtung Minderjähriger» und Unterstützung des «brutalen Assad-Regimes in Syrien».

Das Iran-Abkommen, so Tillerson, «hat sein Ziel, einen atomfreien Iran zu schaffen, nicht erreicht. Es verzögert lediglich die Entwicklung des Landes zur Atommacht.»

Obama hatte den Deal als «nichtbindendes Abkommen» bezeichnet und nicht als Vertrag, der eine Ratifizierung durch den Senat verlangt hätte. «Wir könnten behaupten», schlug Priebus seinem Präsidenten vor, «es handle sich um eine Vorlage, die der Zustimmung des Senats bedürfe. Damit wären wir aus dem Schneider. Geben Sie es dem Senat, und sagen Sie, er soll es mit Zweitdrittelmehrheit bestätigen und zum Vertrag erklären.»

Zunächst schien Trump angetan von der Idee, begriff aber bald, dass er durch die Vorlage im Senat seinen Einfluss auf das Abkommen verlieren würde. Er fand sich also mit dem Deal ab, aber nur vorläufig.

Priebus, Tillerson und McMaster trugen sofort in ihre Kalender ein, wann die nächste Neunzig-Tage-Erneuerung anstand.

«Die Iraner halten sich nicht an das Abkommen», sagte Trump während eines Treffens vor dem Ablaufen am 17. Juli, «und Sie müssen herausfinden, wie wir das belegen können.»

Eines Tages kam Tillerson ins Speisezimmer neben dem Oval Office, um sich dort mit Trump und Priebus zu treffen und dem Präsidenten erneut zu erklären, dass keine Verstöße vorlagen.

«Doch, sie verstoßen gegen das Abkommen», beharrte Trump, «und Sie müssen begründen, warum dieser Deal tot und begraben ist.» Er schlug vor, die Bedingungen noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. «Dann wären wir vielleicht zu Nachverhandlungen bereit.»

«Mr. President», sagte Tillerson entnervt, «Sie entscheiden. Sie sind der Präsident. Sie müssen mir nur sagen, was ich tun soll. Sie bestimmen, wo es langgeht. Ich tue, was Sie sagen.»

Er war drauf und dran, sich über alle protokollarischen Gepflogenheiten im Umgang mit dem Präsidenten hinwegzusetzen.

Der CIA-Direktor Pompeo teilte Tillersons Einschätzung über den Iran und das Abkommen, aber wie Mattis ging er diplomatischer mit dem Präsidenten um. «Nun, Mr. President, wenn ich das richtig verstehe, läuft es vertragstechnisch folgendermaßen ab.»

Der Iran sei, so Mattis, noch immer der größte Destabilisierungsfaktor in der Region. Unter vier Augen war Mattis ein ziemlicher Hardliner, aber er hatte Kreide gefressen. Sie zurückdrängen, sie ärgern, einen Keil zwischen die Russen und Iraner zu treiben, ja – aber keinen Krieg.

Russland hatte Mattis unter der Hand gewarnt, dass es im Fall eines Krieges im Baltikum nicht zögern werde, taktische Atomwaffen gegen die NATO einzusetzen. Daraufhin begann Mattis, mit Billigung Dunfords, öffentlich zu erklären, Russland stelle eine existenzielle Bedrohung für die USA dar.

Mattis und Tillerson hatten sich angefreundet. Einmal in der Woche versuchten sie, sich zum Mittagessen zu treffen. Mattis wohnte in der Nähe des Außenministeriums, und es kam öfter vor, dass er zu seinen Mitarbeitern sagte: «Ich gehe mal rüber, ‹Hallo› sagen.»

McMaster nahm Mattis und Tillerson als «Zweierteam» wahr und fühlte sich ausgeschlossen, was durchaus beabsichtigt war.

Erschwerend kam hinzu, dass sich Tillerson mit dem Weißen Haus über die Stellenbesetzung im Außenministerium stritt. Daher berief Priebus eine Sitzung mit Tillerson und einem halben Dutzend Mitarbeitern des Weißen Hauses auf der Terrasse seines Eckbüros ein. Einmal hatte sich Tillerson vehement gewehrt, als das Weiße Haus jemanden auf einen höheren Posten im Außenministerium berufen wollte, und stattdessen die Stelle an einen Kandidaten eigener Wahl vergeben.

Johnny DeStefano, der Personaldirektor des Weißen Hauses, hatte dagegen protestiert. Tillerson war wütend geworden. «Niemand schreibt mir vor, wen

ich einstelle und wen nicht. Als ich diesen Job angenommen habe, wurde mir versichert, ich könnte mir meine Leute selbst aussuchen.»

«Das können Sie ja auch», versuchte Priebus zu beschwichtigen. «Aber das Problem ist, dass es zu lange dauert. Erstens gibt es Verzögerungen, weil zu viele Posten unbesetzt sind. Zweitens lässt es uns wie Idioten aussehen. Entweder stellen Sie Ihre Leute bis Ende Juli ein, oder ich übernehme das.»

Bald darauf brach Tillerson einen weiteren Streit vom Zaun, dieses Mal im Oval Office vor dem Präsidenten. Er machte eine verächtliche Bemerkung über den politischen Berater Stephen Miller, der zu Trumps Lieblingen gehörte, und warf ihm vor, er rede über lauter Sachen, von denen er keine Ahnung habe. «Was haben Sie denn schon geleistet?», fragte er Miller herablassend.

Mehrfach versuchte der Pressesprecher des Weißen Hauses Sean Spicer, ein Navy-Reservist im Kapitänsrang, Mattis zu überreden, als Vertreter der Regierung in einer der sonntäglichen Talkshows aufzutreten. Stets bekam er ein Abfuhr.

«Sean», sagte Mattis schließlich. «Ich habe meinen Lebensunterhalt damit verdient, Menschen umzubringen. Wenn Sie mich noch einmal anrufen, schicke ich Sie verdammt noch mal nach Afghanistan. Haben wir uns verstanden?»

«Noch einmal werde ich das Abkommen nicht verlängern», sagte Trump. «Ich fasse es nicht, dass ich das hier absegne. Niemals bringen Sie mich dazu, noch eine Verlängerung zu unterschreiben.»

Später unterzeichnete und veröffentlichte McMaster ein siebenundzwanzigseitiges Strategiepapier, das zwei Ansätze verfolgte. Der erste war Eingreifen, in Wirklichkeit der Versuch, die iranische Bevölkerung zu manipulieren, der zweite war Angriff, um dem böswilligen Verhalten der Regierung zu begegnen.

Kapitel 17

Fast ebenso heftig wie auf Hillary Clinton hatte Trump im Wahlkampf auf die US-Handelsabkommen eingedroschen. Seiner Ansicht nach waren die aktuell gültigen Abkommen schuld daran, dass Billigwaren aus dem Ausland in die Vereinigten Staaten strömen konnten und den amerikanischen Arbeitern die Jobs wegnahmen.

Beim Wahlkampfauftritt im Juni 2016 in einem Altmetallbetrieb in Pennsylvania nannte er den Verlust industrieller Arbeitsplätze eine «von Politikern gemachte Katastrophe» und «Folge einer führenden Klasse, die statt Amerikanismus Globalismus anbetet». Das Ergebnis sei: «Unsere Politiker haben dem Volk die Mittel zum Lebensunterhalt und zur Versorgung ihrer Familien weggenommen … weil sie unsere Jobs, unseren Reichtum und unsere Fabriken nach Mexiko und Übersee verlagert haben.» Er keilte gegen Clinton «und ihre Freunde in der globalen Finanzwelt», die Amerika «in Angst versetzen und in ein ‹Kleckern statt Klotzen› treiben».

Fast alle Ökonomen sahen das anders, aber Trump tat einen Akademiker auf, der den freien Handel ebenso hasste wie er. Er holte ihn ins Weiße Haus und machte ihn gleichzeitig zum Chef für Handel und Industriepolitik und zum Direktor des Nationalen Handelsrats. Peter Navarro war siebenundsechzig, Wirtschaftswissenschaftler, promoviert in Harvard. «Das entspricht der Vorstellung des Präsidenten», erklärte Navarro öffentlich. «Meine Aufgabe als echter Wirtschaftsfachmann besteht darin, möglichst die

analytischen Grundlagen zur Verfügung zu stellen, die seine Intuition untermauern. Und seine Intuition ist in diesen Dingen immer richtig.»

Nach Gary Cohns Überzeugung dagegen waren Handelsdefizite irrelevant, ja sogar positiv, denn dank ihnen konnten die Amerikaner viele Dinge billiger einkaufen. Aus Mexiko, Kanada und China strömten Waren ins Land, weil die Preise günstiger waren. Und wenn die Amerikaner dafür weniger ausgeben mussten, hatten sie mehr Geld für andere Produkte, Dienstleistungen und für Spareinlagen übrig. Darin lag die Effizienz der globalen Märkte.

Cohn und Navarro gerieten aneinander. Cohn erwähnte bei einer Sitzung mit Trump und Navarro im Weißen Haus, dass 99,9999 Prozent der Wirtschaftsfachleute auf der Welt das so sähen wie er. Was völlig richtig war. Navarro stand buchstäblich allein da.

Navarro konterte, Cohn sei ein Idiot aus dem Wall-Street-Establishment.

Im Kern behauptete Navarro, das US-Handelsdefizit werde angekurbelt durch hohe Zölle ausländischer Staaten wie China, durch Währungsmanipulation, durch den Diebstahl von geistigem Eigentum, Billiglohnbetriebe und lasche Umweltkontrollen.

Laut Navarro hatte das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA die industrielle Produktion der USA ausgeblutet, genau wie Trump es vorhergesehen hatte, es habe Mexiko zum Maschinenhaus gemacht und die US-Arbeiter ins Armenhaus getrieben. In den Vereinigten Staaten würden die Stahlwerker entlassen, die Stahlpreise seien im Sinkflug. Trump müsse Zölle auf Importstahl einführen.

Trump sagte, das sehe er auch so.

«Wenn Sie einfach mal die Fresse halten und zuhören könnten», fuhr Cohn Trump und Navarro an und ließ für den Moment alle Zurückhaltung fallen, «dann könnten Sie etwas lernen.»

Cohn seinerseits hatte bei Goldman Sachs gelernt, dass es auf Recherche, Daten und Fakten ankam. Wenn man in eine Sitzung musste, hatte man mehr harte, gut belegte Fakten mitzubringen als jeder andere im Raum.

«Das Problem ist», fuhr er fort, «Peter spaziert hier rein und erzählt lauter solche Sachen, aber er hat keinerlei Fakten zur Untermauerung. Ich habe Fakten.» Er hatte Trump vorab eine sorgfältige Studie zur Dienstleistungswirtschaft geschickt. Ihm war klar, dass Trump die nicht gelesen hatte und vermutlich auch nie lesen würde. Trump hasste Hausaufgaben.

Er versuchte, sie zusammenzufassen: «Mr. President, Ihre Vorstellung von Amerika ist wie ein Bild von Norman Rockwell.» Die Wirtschaft von heute sei eine andere Wirtschaft. Heute kommen «über achtzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus dem Dienstleistungssektor». Cohn wusste, dass es circa vierundachtzig Prozent waren. Auch sicherheitshalber abzurunden, war Goldman-Stil.

«Überlegen Sie mal, Sir, wenn Sie heute in Manhattan eine Straße langlaufen, wie das ist und wie das verglichen damit war, als Sie dieselbe Straße vor zwanzig, dreißig Jahren langgelaufen sind.» Er beschrieb eine vertraute Kreuzung aus seiner Erinnerung. Dort hatte es vor zwanzig Jahren an den vier Ecken einen Gap- und einen Banana-Republic-Laden, eine J.-P.-Morgan-Filiale und einen Einzelhändler gegeben.

«Banana Republic und Gap sind weg oder nur noch ein Schatten ihrer selbst. Der Einzelhändler ist komplett aus dem Viertel verschwunden.

J.P. Morgan gibt’s immer noch.

Jetzt haben Sie da Starbucks, ein Nagelstudio und J.P. Morgan, und das sind alles Dienstleistungsunternehmen.

Wenn Sie also heute auf der Madison Avenue oder der Third Avenue oder der Second Avenue langlaufen, kommen Sie an chemischen Reinigungen, Restaurants, Starbucks und Nagelstudios vorbei. Die Eisenwarenhandlung für Oma und Opa gibt’s nicht mehr, das Bekleidungsgeschäft für Oma und Opa gibt’s nicht mehr. Überlegen Sie mal, an wen Sie Räume im Trump Tower vermieten.»

«Die größte chinesische Bank ist einer meiner Top-Mieter.»

«Welche Läden haben Sie im Trump Tower?»

«Starbucks», erwiderte Trump. «Und ein Restaurant im Untergeschoss. Ach, und noch zwei Restaurants im Untergeschoss.»

«Eben», sagte Cohn. «Gewerbeflächen werden heutzutage von Dienstleistern genutzt. Und nicht zum Verkauf von Schuhen oder Gebrauchsgegenständen oder Haushaltsgeräten. Das ist das Amerika von heute. Wenn wir also gut achtzig Prozent Dienstleistung haben und immer weniger für Waren ausgeben müssen, dann haben wir mehr Einkommen für Dienstleistungen oder etwas so Wundersames wie Sparbücher zur Verfügung.»

Cohn musste fast brüllen, um sich Gehör zu verschaffen. «Schauen Sie, unser Handelsdefizit verringert sich nur in einer Situation», nämlich in Zeiten wie der Finanzkrise von 2008. «Unser Handelsdefizit wird dadurch kleiner, dass unsere Wirtschaft schrumpft. Wenn Sie unser Handelsdefizit unbedingt verringern wollen – das können wir hinkriegen. Wir fahren einfach die Wirtschaft an die Wand!»

Wenn man allerdings auf seine Art vorgehe – keine Zölle, keine Quoten, kein Protektionismus, keine Handelskriege – «und wenn wir dabei alles richtig machen, wird unser Handelsdefizit größer».

Es wurde dann von Monat zu Monat größer, und Cohn ging zu Trump, der immer unruhiger wurde.

«Sir, ich hatte Ihnen das vorhergesagt», erklärte er. «Dass es passiert, ist kein schlechtes Zeichen, sondern ein gutes.»

«Ich war in Gegenden in Pennsylvania», fing der Präsident an, «das waren mal große Stahlstädte, jetzt sind das verödete Städte, da hat keiner mehr einen Job, keiner hat Arbeit da.»

«Das kann schon sein, Sir», antwortete Cohn. «Aber denken Sie daran, vor hundert Jahren gab es Städte, in denen Pferdekutschen und Peitschen hergestellt wurden. Da hatte dann auch keiner mehr einen Job. Die Leute mussten sich neu erfinden. Fahren Sie in Bundesstaaten wie Colorado, da liegt die Arbeitslosenquote bei 2,6 Prozent, weil sie sich ständig neu erfinden.»

Trump gefiel keins der Argumente, er glaubte sie auch nicht. «Das hat damit nichts zu tun», sagte er.

Cohn zog Lawrence B. Lindsey hinzu, einen Harvard-Ökonomen, der Cohns Posten unter Präsident George W. Bush innegehabt hatte. Lindsey fragte unverblümt: Wieso wolle man einen Gedanken auf unser Handelsdefizit verschwenden? Man solle sich vielmehr Gedanken über die Wirtschaft als Ganzes machen. Wenn wir Billigprodukte aus dem Ausland kaufen und in anderen Bereichen Spitze sein können – Dienstleistungen und Hightech –, dann müsse das im Fokus stehen. Die Amerikaner haben enorm profitiert von den globalen Märkten.

«Wieso produzieren wir zu Hause nichts mehr? Wir sind eine Industrienation.»

Natürlich gab es weiter Industrien in den Vereinigten Staaten, aber deren Wirklichkeit passte nicht zu der Vorstellung in Trumps Kopf. Der Präsident hing fest an seinem überkommenen Bild von Amerika – Lokomotiven, Fabriken mit riesigen Schornsteinen und fleißigen Arbeitern am Fließband.

Cohn sammelte alle greifbaren Wirtschaftsdaten, aus denen hervorging, dass die amerikanischen Arbeiter keineswegs an die Fließbänder in Fabriken strebten.

Jeden Monat brachte er Trump die neuesten Statistiken über die Wanderungsbewegungen, die vom Amt für Arbeitsmarktstatistik erhobenen sogenannten JOLTS (Job Openings and Labor Turnover Survey). Er kam sich vor wie ein Volltrottel, weil er jeden Monat wieder darauf herumritt, aber es war ihm egal.

«Mr. President, darf ich Ihnen das hier mal zeigen?» Cohn breitete seitenweise Zahlen vor Trump aus. «Schauen Sie, die meisten Jobwechsler kommen aus der Industrie – das sind Leute, die freiwillig gehen.»

«Versteh ich nicht», sagte Trump.

Cohn versuchte es mit einem Beispiel: «Ich kann in einem netten klimatisierten Büro am Schreibtisch sitzen oder acht Stunden in der Fabrik stehen. Was würden Sie wählen, bei gleicher Bezahlung?»

Und er erklärte noch einmal: «Die Leute stehen nicht wirklich gern vor 1000-Grad-Hochöfen. Die fahren auch nicht gern in Kohlenschächte und holen sich eine schwarze Lunge. Für dieselbe oder in etwa dieselbe Bezahlung nehmen die alle lieber etwas anderes.»

Trump ließ sich nicht überzeugen.

Ein paarmal fragte Cohn ihn rundheraus: «Warum haben Sie solche Vorstellungen?»

«Die habe ich einfach», erwiderte der Präsident. «Ich sehe das seit dreißig Jahren so.»

«Davon wird es aber nicht wahrer», sagte Cohn. «Ich dachte fünfzehn Jahre lang, ich könnte Profi-Footballer werden. Das hieß nicht, dass ich recht hatte.»

Rob Porter war von Priebus als Stabssekretär angeheuert worden. Er trat den Posten an mit Fünf-Sterne-Referenzen von Leuten, die früheren republikanischen Präsidenten als Stabssekretäre gedient hatten. Priebus hatte Porter fast einen Bluteid abverlangt. «Das ist ja toll, dass Sie in Harvard und Oxford waren, Sie sind klug, alle haben sich für Sie verbürgt. Aber für mich zählt nur eins wirklich, nämlich Loyalität mir gegenüber.»

Porter war zur selben Zeit in Harvard gewesen wie Jared Kushner, der bei Robs Vater Vorlesungen gehört hatte. Roger Porter war Mitarbeiter im Stab der Präsidenten Ford, Bush senior und Reagan gewesen. Während der Übergangsphase hatten Jared und Rob ein etwa zweistündiges Gespräch. Auch dessen erste Hälfte ähnelte mehr einem Loyalitätstest.

Trump habe großartige Instinkte und sei ein politisches Genie, aber auch etwas gewöhnungsbedürftig. «Man muss lernen, wie man am besten mit ihm umgeht. Ihn anspricht.»

Porter hatte 2016 während des Wahlkampfs nicht zu Trumps Unterstützern gehört, den Job aber trotzdem angenommen. Er war Trump selbst bis zum Tag der Amtseinführung nie begegnet. Während Trump sprach, saß er im Hintergrund der Bühne, als Trump vom «Massaker Amerikas» tönte, zuckte

er zusammen. Nach zwei Dritteln der Rede ging er, um sich auf sein Amt vorzubereiten und sich dann dem neuen Präsidenten vorzustellen.

«Ich bin Rob Porter, Mr. President. Ich bin Ihr Stabssekretär.» Es war klar, dass Trump keine Ahnung hatte, wer oder was Porter war. Jared erklärte ihm, Porter werde künftig Struktur und Ordnung in Trumps Leben bringen.

Trump sah beide an, als wollte er sagen: Was redet ihr denn da? Ihr werdet nichts dergleichen tun. Kein Mensch wird so was tun. Dann schritt er ohne weitere Worte davon und machte sich auf die Suche nach einem Fernseher.

Mit dem ersten amtlichen Dokument, das er unterzeichnete, setzte Trump eine Vorschrift außer Kraft, um James Mattis zum Verteidigungsminister machen zu können. Marineinfanteriegeneral Mattis war zwar im Ruhestand, aber noch nicht die vorgeschriebenen sieben Jahre und hätte noch gar nicht Minister werden dürfen.

Trumps nächstes Anliegen war der Rückzug der Vereinigten Staaten aus der Trans-Pacific Partnership (TPP), einem unter Obama ausgehandelten regionalen Freihandelsabkommen, das niedrige Zölle vorsah und ein Forum bot, auf dem die USA und elf weitere Nationen, darunter Japan, Kanada und zahlreiche Staaten in Südostasien, Streitfragen über geistiges Eigentum und Arbeitsplätze ausräumen konnten.

Verschiedene Leute hatten Trump noch während der Übergangszeit erklärt, er dürfe das nicht gleich am ersten Tag tun. Die ganze Sache sei ein bisschen komplizierter. Sie sollte diskutiert werden.

«Kein Wenn, kein Aber», hatte Trump gesagt. «Raus aus TPP war Teil des Wahlkampfs. Davon rücken wir nicht ab. Wir unterschreiben. Setzen Sie das auf.»

Am 23. Januar 2017, dem Montag seiner ersten Woche im Amt, unterschrieb Trump die Erklärung über den förmlichen Rückzug der USA aus dem TPP.

«Die Trump-Handelsagenda wird von politischen Kräften im West Wing weiterhin ernsthaft behindert», schrieb Peter Navarro, der Direktor des Nationalen Handelsrats im Weißen Haus, am 27. März 2017 in einer zweiseitigen Notiz an den Präsidenten und an Stabschef Priebus.

Navarro, der Trumps Ansichten über die immense Bedeutung des Handelsdefizits teilte, war erbost. Während der ganzen beiden ersten Monate von Trumps Präsidentschaft hatte er noch keinen Fuß auf den Boden bekommen. «Es ist unmöglich, in angemessenem Zeitraum einen handelspolitischen Vorschlag auf Ihren Schreibtisch zu bekommen», schrieb er.

Er beschwerte sich über Rob Porter, den Stabssekretär: «Jeder Vorschlag für neue handelspolitische Schritte der Regierung, der verfahrenstechnisch über den Stabssekretär geht, läuft größte Gefahr, verwässert, verzögert oder ganz aus dem Gleis geworfen zu werden.»

Cohn habe «im West Wing eine beträchtliche Hausmacht etabliert, seine beiden Top-Mitarbeiter für Handelsfragen … sind gewiefte Politfunktionäre und fundamentale Gegner der Trump-Handelsagenda. – In der Presse steht nichts darüber, dass auch Finanzminister Mnuchin zu Cohns ‹Wall-Street-Flügel› gehört, der bisher jeden Vorschlag für handelspolitische Schritte effektiv blockiert oder verzögert hat.»

Als Kämpfer gegen «den Gegenwind von Cohn» nannte Navarro Bannon, Stephen Miller, Handelsminister Wilbur Ross und sich selbst.

«Mr. President, ist Ihnen bewusst, dass ich auf Druck der Cohn-Fraktion gleich am ersten Tag zum Vizeassistenten degradiert wurde, über keine Mitarbeiter für den Bereich Handel verfüge, fast drei Wochen lang kein eigenes Büro bekam und noch immer keinen direkten Zugang zum Oval Office habe?»

Mit einer Trump sicherlich einleuchtenden Analogie fuhr Navarro fort: «In Golf-Begriffen gesprochen, habe ich nur ein Fünfereisen und einen Putter bekommen, und damit soll ich in Handelsfragen Par spielen – ein Ding der Unmöglichkeit.» Er empfahl Trump, ihn selbst und den Nationalen Handelsrat mit mehr Macht, Personal und Zugang zu Informationen auszustatten, und legte ein paar Artikel über Cohn und dessen gewachsene Macht bei.

Dieses Papier übergab er Porter, damit der es an Trump und Priebus weiterleitete. Porter als ehrlicher Makler wollte nicht so illoyal sein, das Papier zu unterschlagen, aber als jemand, der in Oxford Wirtschaftswissenschaften gelehrt hatte, hielt er Navarros Vorstellungen für überholt und untragbar. Nach seiner Ansicht stand Navarro in Sachen Handelsdefizit auf einer Ebene mit Leuten, die die Erde weiterhin für eine Scheibe halten, genau wie der Präsident selbst.

Außerdem waren Porter und Cohn Verbündete. Der Stabssekretär gehörte zum harten Kern des «West-Wing-Flügels».

Andererseits erkannte er, dass Navarro dem Präsidenten in Handelsfragen aus dem Herzen sprach. Wenn er Navarros Papier weiterleitete, könnte das den handelspolitischen Streit verschärfen und zum echten Kampf werden lassen.

Er zeigte es Priebus.

«Das ist eine ganz schlechte Idee», erklärte er, «ich werde das nicht weitergeben. Ich werde es zu den Akten nehmen. Das geht nirgends hin.»

Priebus hatte nichts dagegen.

Porter sprach Priebus noch einmal auf das Problem Handel an. «Wir müssen da was machen», sagte er. «Ein absolutes, totales Durcheinander» – die Cohn-Mnuchin-Fraktion gegen die Navarro-Ross-Fraktion. «Ein einziges Gerangel, jeder gegen jeden, und wie im Dschungel, jeder für sich.»

«Tja», sagte Priebus, «und was sollen wir tun?»

«Irgendjemand muss die Handelssachen koordinieren.»

«Und wer soll das sein?»

«In einer normalen Regierung wäre das der Job von Gary Cohn und dem Nationalen Wirtschaftsrat», sagte Porter.

Nämlich alle Fakten und Gesichtspunkte zusammenzutragen, sie wenn möglich zu kombinieren und dem Präsidenten ein paar Optionen vorzulegen, eine Entscheidung von ihm zu bekommen und einen Plan zur Umsetzung zu entwickeln.

Priebus kannte die Theorie.

«Aber Gary Cohn kann das nicht machen», fuhr Porter fort, «er ist ein selbsternannter Globalist. Peter Navarro und Wilbur Ross würden ihn nie als neutralen Koordinator akzeptieren und seine Sicht nie respektieren.» Außerdem: «Er würde das sowieso nicht machen wollen.»

«Tja.» Priebus griff zur Trump’schen Gewohnheit, Dinge dadurch zu managen, dass man dem jeweils Nächststehenden im Raum den Job gab. «Warum machen Sie es nicht?»

So wurde Porter, der neununddreißigjährige Stabssekretär ohne jede exekutive Vorerfahrung, zum Koordinator für Handelspolitik und zuständig

für eine der Hauptsäulen und Versprechungen der Präsidentschaft Trump.

Als Erstes setzte Porter Handelssitzungen unter seinem Vorsitz an, jeden Dienstag um halb zehn im Roosevelt Room, zu denen er alle interessierten Stellen einlud. Priebus gab seinen Segen, kündigte aber nichts an. Bald kreuzten ein Dutzend Kabinettssekretäre und weitere höhere Stabsmitarbeiter auf.

Trump bekam später Wind von den Dienstagsrunden, weil er mit Porter sehr oft Handelsfragen besprach. Porters Beziehung zum Präsidenten war inzwischen so gut, und er verbrachte so viel Zeit bei ihm, dass offenbar alle dachten, er sei zur Leitung der Koordination der Handelspolitik vom Präsidenten selbst befugt worden.

In der Zwischenzeit, am 11. Mai, war Robert Lighthizer, ein Washingtoner Anwalt und ehemaliger Vize in Reagans Handelsministerium, als neuer US-Handelsbeauftragter bestätigt worden. Eigentlich hätte er für die gesamte Handelspolitik zuständig sein müssen.

Am 17. Juli erschienen Lighthizer und Navarro mit einem großen Poster im Oval Office, es zeigte eine knallbunte Sammlung von Kästchen und Pfeilen und den Titel «Zeitplan Handelsagenda». Trumps Vision von einer protektionistischen Handelsagenda mit fünfzehn geplanten Terminen, bei denen Neuverhandlungen aufgenommen oder Schritte gegen den KORUS-Deal mit Südkorea und NAFTA festgelegt und Untersuchungen und Maßnahmen zu Aluminium, Stahl und Autoteilen eingeleitet werden sollten. Vorgesehen war, in weniger als zwei Monaten, nach Labor Day, Zölle auf Stahl zu erheben.

Navarro und Lighthizer begannen mit der Präsentation, Trump schien sehr interessiert.

Als Porter ein paar Minuten später dazukam, äußerte er sofort heftige Einwände und warf Lighthizer und Navarro Foulspiel vor. Priebus hatte am 22. März auf drei Seiten die Regeln für korrekte Verfahrensabläufe aufgeschrieben, seitdem bedurfte jedes entscheidungsrelevante Treffen mit dem Präsidenten eines förmlichen Antrags. In Fettdruck hieß es: «Entscheidungen sind so lange nicht endgültig – und dürfen folglich nicht umgesetzt werden –, bis der Stabssekretär ein vom Präsidenten unterzeichnetes geprüftes Memorandum über die Entscheidung vorgelegt hat.» Wohl wissend, wie Trumps Weißes Haus funktionierte, hatte Priebus ebenfalls fett vermerkt: «Entscheidungen auf die Schnelle sind strikt vorläufig.»

Porter führte auch aus, dass etliche Schritte in dem Zeitplan vorher vom Kongress genehmigt werden mussten. «Sie sind dazu nicht bevollmächtigt», teilte er dem Präsidenten mit.

Versuche, die verschiedenen Argumente zu koordinieren, waren ebenfalls nicht unternommen worden. «Peter und Bob stehen nur für eine Position», erklärte Porter. «Man muss aber noch die Position des Handelsministers [Wilbur Ross] einholen. Man muss die Position des Finanzministers [Mnuchin] einholen. Man muss die Position des Nationalen Wirtschaftsrats [Cohn] einholen. Das muss alles geprüft werden, in einem ordentlichen Verfahren.»

Für einen Augenblick, aber nur für diesen Augenblick, bekam der Dienstweg Vorrang vor inhaltlichen Fragen. Nichts ging voran.

Kapitel 18

Im Frühjahr erkannte Bannon, dass das ständige Chaos im Weißen Haus weder ihm noch sonst irgendjemandem half. «Sie haben das Sagen», sagte Bannon zu Priebus. «Ich halte mich an Sie. Kein Alleingang mehr.» Ein Stabschef, der nichts zu melden hatte, war selbst für den offenkundigen Spalter und Einzelgänger Steve Bannon zu zerstörerisch geworden.

Es war ein großes Zugeständnis, das Jared und Ivanka nicht machen würden. In Priebus' Augen bildeten sie eine eigene Clique. Er konnte sie nicht in ein geordnetes System integrieren. Der ganze Ablauf schadete allen. Er schadete ihm. Und auch ihnen.

«Sie meinen, sie wären besser nicht hier?», fragte Trump mehrmals.

Nein, wären sie besser nicht, antwortete Priebus jedes Mal. Doch nichts passierte. Er glaubte, bei dem Versuch, Trumps Tochter und Schwiegersohn aus dem West Wing zu verbannen, nicht weiter gehen zu können. Niemand konnte die Familie feuern. Das ging nicht.

Der Präsident sagte bloß ein paarmal: «Jared und Ivanka sind gemäßigte Demokraten aus New York.» Das war eher eine Beschreibung als eine Beschwerde.

Bannon war überzeugt, dass Jared der britischen *Daily Mail* vor kurzem die Geschichte gesteckt hatte, Trump hätte ihn und Priebus heruntergeputzt und von einem Flug mit der Air Force One nach Florida ausgeschlossen. Doch das stimmte nicht. Beide hatten es an jenem Tag abgelehnt

mitzufliegen. «Sie haben mir was angehängt», sagte er zu Kushner. «Und haben dabei über Reince hergezogen. Ich weiß, dass Sie's waren.»

Kushner stritt es vehement ab und wirkte wegen der Anschuldigung gekränkt. Er wiederum war überzeugt, dass Bannon der *New York Times* die Geschichte über sein Treffen mit dem russischen Botschafter im Dezember 2016 gesteckt und damit die Behauptung genährt hatte, Trumps Wahlkampfteam habe mit den Russen konspiriert.

Bei einer Besprechung in Priebus' Eckbüro geriet Bannon mit Ivanka in Streit.

«Sie sind verdammt noch mal Mitarbeiterin!», schrie Bannon Ivanka schließlich an. «Bloß eine kleine Scheißmitarbeiterin!» Wie alle anderen habe sie den Weg über den Stabschef zu nehmen. Es müsse wenigstens etwas Ordnung herrschen. «Sie laufen hier rum und führen sich auf, als hätten Sie das Sagen, haben Sie aber nicht. Sie arbeiten einfach im Stab mit!»

«Ich bin keine bloße Mitarbeiterin!», schrie sie. «Und das werde ich auch nie sein. Ich bin die First Daughter» – sie verwendete tatsächlich den Titel – «und werde nie eine Mitarbeiterin sein!»

Die Kluft vergrößerte sich.

Obwohl Bossie, Trumps stellvertretender Wahlkampfleiter, nicht ins Weiße Haus berufen worden war, hielt er dennoch engen Kontakt zu Bannon. Bannon blies im Weißen Haus zu einem Frontalangriff gegen Kushner, und Bossie gab ihm einen Rat.

«Steve», sagte Bossie, «einer von euch beiden ist der Vater seiner Enkel, und der andere nicht. Wenn du dich in den Präsidenten hineinversetzt, auf wessen Seite würdest du stehen?»

Priebus hatte seine Probleme mit Bannon, doch Bannon hatte sich eingefügt und war zehnmal so integrierend wie Jared und Ivanka.

Priebus plagte sich noch immer damit zu erreichen, dass McMaster und Trump miteinander auskamen. Wenn der Nationale Sicherheitsberater zu anberaumten Besprechungen ins Oval Office kam, sagte der Präsident oft: «Sie schon wieder? Ich hab doch gerade erst mit Ihnen gesprochen.» McMasters Vortragsstil passte nicht zu Trump. Er war in fast jeder Hinsicht das Gegenteil des Präsidenten. McMaster stand für Ordnung und Disziplin, Hierarchie und lineares Denken. Trump sprang von A über G zu L und dann zu Z. Oder kehrte zu D oder S zurück. McMaster konnte nicht von A zu C gehen, ohne B anzusprechen.

Außerdem fand Priebus, dass McMaster ein ziemlicher Hitzkopf war. Der indische Premierminister Narendra Modi, der von Obama sorgsam hofiert worden war, kam im Juni zu einem Besuch in die Vereinigten Staaten, um sich mit Trump zu treffen. Indien war das Gegengewicht zu Pakistan, das der neuen Regierung genauso viele Probleme bereitete wie den vorhergehenden, weil es gegenüber dem Terrorismus aufreizend unzuverlässig war. Modi wollte gern nach Camp David fliegen und dort zu Abend essen, eine Beziehung zu Trump aufbauen.

Das sei nicht vorgesehen, teilte Priebus McMaster mit. «Das Abendessen findet hier statt. So will es der Präsident.»

«Was soll das?», protestierte McMaster. «Mensch, das ist Indien. Es ist verdammt noch mal Indien.» Er begriff die strategische Bedeutung Indiens, eines Todfeinds von Pakistan. Ein großer Wirkungskreis und starke Beziehungen waren unerlässlich.

Der spätere Termin für Modi war ein «schlichter» Cocktailempfang. Das Arbeitsessen fand im Weißen Haus statt.

Am Dienstag, dem 4. April, rief Donald Trump morgens aufgewühlt seinen Verteidigungsminister James Mattis im Pentagon an. Es war der dritte Monat seiner Präsidentschaft. Bilder und Videos eines Gasangriffs mit Sarin auf syrische Rebellen überschwemmten das Weiße Haus.

Es war ein grauenvoller, brutaler Angriff, bei dem Dutzende getötet wurden. Unter den Toten waren Frauen und Kinder – Babys, niedliche Babys. Würgend, Schaum vor dem Mund, die Eltern gramerfüllt und verzweifelt. Das war das Werk des syrischen Diktators Baschar al-Assad, der Mord an seinem eigenen Volk.

«Bringen wir ihn verdammt noch mal um!», sagte der Präsident. «Gehen wir rein und bringen die ganzen Scheißkerle um.»

Das Militär war dafür gerüstet, einen verdeckten, streng geheimen Luftangriff auf die Führung in Syrien zu fliegen.

Trump klang, als hätte der Angriff ihm persönlich gegolten. Syrien habe versprochen, keine chemischen Kampfstoffe einzusetzen – Trump bezog sich offenkundig auf die Zusage des syrischen Präsidenten Assad, seine gesamten Chemiewaffen zu zerstören.

Ja, sagte Mattis, er werde es sofort in die Wege leiten.

Dann legte er auf.

«Nichts davon tun wir», sagte er zu einem Berater, «wir gehen viel maßvoller vor.»

Sie würden kleine, mittlere und große Varianten für einen konventionellen Luftschlag ausarbeiten, das dreistufige Standardkonzept.

Mattis erkannte, dass sich der Regierung die einmalige Gelegenheit bot, etwas zu unternehmen, ohne viel tun zu müssen, allerdings mehr als Obama.

Der hatte 2012 verkündet, der Einsatz von Chemiewaffen durch Assad stelle eine rote Linie dar. Im Jahr darauf tötete Assad mit chemischen Kampfstoffen 1400 Zivilisten. Obama ließ das Militär den Plan für einen Luftschlag vorbereiten, blieb aber vage. Er wollte einen weiteren bewaffneten Konflikt und Schlamassel vermeiden.

Ausgerechnet Wladimir Putin kam Obama zu Hilfe. Der russische Präsident handelte ein Abkommen aus, bei dem Assad zustimmte, seine gesamten Chemiewaffen zu vernichten. Die unglaubliche Menge von 1300 Tonnen chemischer Kampfstoffe wurde aus Syrien fortgeschafft.

Obama sonnte sich in dem Erfolg. 2014 sagte er: «Durch die Beseitigung des von Syrien angegebenen Chemiewaffenarsenals haben wir in unserem permanenten Bemühen, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen entgegenzuwirken, einen wichtigen Erfolg errungen.» Außenminister John Kerry ging sogar noch einen Schritt weiter. «Wir haben die chemischen Kampfstoffe zu hundert Prozent beseitigen lassen.»

Vertrauliche Geheimdienstberichte bestreiten das. 2016 gab Geheimdienstdirektor Clapper öffentlich zu: «Syrien hat nicht alle Bestandteile seines Chemiewaffenprogramms angegeben.»

Während sich der syrische Bürgerkrieg weiter hinzog, wurde Obama strategisches Versagen angelastet. Der Krieg war verantwortlich für mehr als 400000 Todesopfer und Millionen von Flüchtlingen.

Nach dem Chemieangriff traten McMaster und Derek Harvey, der Leiter der Nationalen Sicherheitsdienste für den Nahen Osten, im Weißen Haus in Aktion, um Optionen auszuarbeiten.

Bannon erfuhr, was in Gange war. Es war nicht zu übersehen. Wenn Trump entflammt war, konnte jeder in seinem Umkreis die Hitze spüren. Bannon stellte Harvey in einem Flur des West Wing zur Rede.

«Was zum Teufel treibt ihr?», fragte er.

«Wir arbeiten Optionen für den Präsidenten aus», erwiderte Harvey. «Er hat um Optionen gebeten, und so läuft das Verfahren.»

Das Verfahren war genau das, was Bannon nicht ausstehen konnte. Er glaubte, dass es zwangsläufig zu einem robusten Militäreinsatz mit eigener Dynamik und Strategie führen würde: Amerika als Weltpolizist. «Tu was» wurde zu einem Mantra, «Bring es in Ordnung». Und sie hatten nicht mal Trumps Frage beantwortet, was die Vereinigten Staaten mit ihrer großen Präsenz im Nahen Osten anfingen.

Bannon glaubte, dass Ivanka die Hand im Spiel hatte. Sie wusste besser als andere, wie man ihren Vater bearbeitete. Sie brachte ihm Bilder von leidenden oder toten Babys in den Wohnbereich. Der Gasangriff war ein wahres Gräuel, begriff Bannon, doch eine militärische Reaktion war genau das, was Trump nicht wollen durfte.

In scharfem Gegensatz dazu hatte Derek Harvey es satt, an einer nationalen Sicherheitspolitik mit unzureichenden Ergebnissen beteiligt zu sein. Syrien war eine klassische Fallstudie für leere Worte und Halbheiten, die geradezu darauf ausgelegt waren, das Problem nicht zu lösen. Das hier war die Gelegenheit für eine militärische Reaktion anderer Qualität.

Die mittlere Option erforderte einen Luftangriff von etwa sechzig Tomahawks auf einen einzigen Flugplatz.

«Wir haben hier die Gelegenheit, mehr zu tun», machte Harvey gegenüber McMaster geltend, «und müssen darüber nachdenken, mehrere Flugplätze

anzugreifen.» Sie könnten richtig zuschlagen. «Ihre Luftwaffe ausschalten, denn die stärkt die Kampfkraft des Regimes. Wir versuchen, die Endphase zu bestimmen, und setzen das Regime stärker unter Druck, sich politisch zu engagieren.»

Harvey sagte, sie sollten «seine Luftwaffe ausschalten – nicht bloß 15 oder 20 Prozent, sondern 80 Prozent». Das würde heißen, dass sie zweihundert Tomahawks einsetzen müssten, mehr als das Dreifache der sechzig vorgesehenen aus der mittleren Option.

«Derek, ich weiß», sagte McMaster, «aber wir müssen uns mit der Position von Mattis auseinandersetzen», der «mir für die Richtung, die wir hier einschlagen, Vorwürfe macht».

Mattis wollte vorsichtig sein. Jegliche Form von Kampfhandlung war riskant. Auf den syrischen Flugplätzen arbeiteten Russen; wenn Russen zu Tode kämen, wäre es eine völlig neue Situation – eine Konfrontation oder eine Katastrophe.

Eine Besprechung des Nationalen Sicherheitsrats war anberaumt, um die Optionen zu erörtern. Bannon nutzte seine Privilegien und besprach sich im Oval Office unter vier Augen mit Trump. Er sagte dem Präsidenten, dass es zur Vermeidung unnötiger Kriege und Auslandsengagements gehöre, dass man nicht mit Raketen reagierte, wie es seine Berater vorschlugen.

Dann müssen Sie sich lautstark einmischen, sagte Trump.

Am 4. April attackierte Trump in einer öffentlichen Stellungnahme sowohl Assad als auch Obama. «Diese abscheulichen Taten von Baschar al-Assads Regime sind eine Folge der Schwäche und Unentschlossenheit unserer letzten Regierung. Präsident Obama hat 2012 verkündet, gegen den Einsatz von Chemiewaffen eine ‹rote Linie› zu ziehen, dann aber nichts unternommen.»

Bei der Besprechung des Nationalen Sicherheitsrats wurden die drei Optionen präsentiert: heiß, lauwarm und kalt. Die größte Option war ein Angriff mit zweihundert Raketen auf alle wichtigen syrischen Flugplätze; die mittlere umfasste sechzig Raketen und die kleinste so gut wie keine oder überhaupt keine.

Die Liste möglicher Ziele war lang. Als Obama 2013 mit einem Raketenangriff gedroht hatte, hatte er eine Liste von Zielen gebilligt, unter denen auch die Regierungseinrichtung war, der das Chemiewaffen-Programm unterstand. Diese Einrichtung gelangte jedoch nicht auf die aktuelle Liste, weil Mattis und das Pentagon den Angriff so stark wie möglich eingrenzen wollten.

Mattis hatte das Ganze auf den einen Flugplatz und auf die sechzig Raketen reduziert. Ein Wohnkomplex auf dem Gelände wurde wegen der Wahrscheinlichkeit, dass Familienmitglieder sich dort aufhalten würden, ebenfalls von der Liste gestrichen.

«Wenn das die Richtlinie ist», argumentierte Bannon, «dann zeig ich euch ein paar Bilder vom subsaharischen Afrika. Okay? Ich zeig euch, was in Guatemala und Nicaragua los ist. Wenn das die Richtlinie für einen verdammten Raketenschlag ist, lasst es uns überall machen. Lasst uns alles machen.» Er dachte, der Präsident wäre auf seiner Seite.

«Das ist nicht mehr als ein Nadelstich», fuhr Bannon fort. Wenn sie angreifen wollten, müssten sie etwas Drastisches tun, fügte er sarkastisch hinzu. «Das hier ist sehr clintonesk», sagte er und bot damit seine größte Beleidigung auf. «Sie lassen ein paar Cruise-Missiles auf eine Startbahn fallen, die in ein, zwei Tagen wiederhergestellt und betriebsbereit ist.»

Doch dann wurde der Präsident von den Befürwortern der mittleren Option bearbeitet. Bannon fand das hinterhältig. Ihr Argument lautete, dass die Aktion nicht darauf ausgelegt war, einen Krieg anzufangen. Sie sollte vielmehr ein Zeichen setzen mit dem Ziel, einen Krieg zu vermeiden.

Am Freitag flog Trump nach Mar-a-Lago und berief am Abend in einem abhörsicheren Raum eine Besprechung des Nationalen Sicherheitsrats ein. Vierzehn Personen waren anwesend – Tillerson, Priebus, McMaster, Kushner, Bannon, Cohn und Dina Powell, die stellvertretende Nationale Sicherheitsberaterin für strategische Fragen. Mattis war über Video zugeschaltet. Die mittlere Option mit sechzig seegestützten Raketen stand auf der Tagesordnung. Die Ziele waren am Boden stehende syrische Flugzeuge, Flugzeugschutzbauten, Lagerräume für Erdöl und andere Materialien, Munitionsbunker, Luftabwehrsysteme und Radar.

Trump hatte seinen anfänglichen Wunsch, Assad zu töten, aufgegeben. Er war ungewöhnlich konzentriert bei den Details. Er stellte eine Reihe von Fragen zum Risiko. Was passiert, wenn eine oder mehrere Raketen vom Kurs abkommen? Was passiert, wenn wir eine Schule treffen? Ein Krankenhaus oder ein Ziel, auf das wir es gar nicht abgesehen hatten? Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass Zivilisten getötet werden?

Mattis gab Zusicherungen. Für den Einsatz seien die besten Schiffe und Mannschaften vorgesehen.

Trump verlangte, über eine sichere Leitung mit den Kapitänen der beiden Schiffe, der USS *Porter* und der USS *Ross*, beides Lenkwaffenzerstörer, sprechen zu können. Er sagte den Kapitänen: Ich ziehe diesen Angriff heute Nacht durch. Sind eure Leute die besten im Programmieren der Raketen? Beide versicherten es ihm. Danach ging Trump im Raum umher und fragte

jeden nach seiner Meinung. Was meinen Sie? Wenn hier jemand eine zweite Meinung hat, will ich sie jetzt hören, nicht später.

Es herrschte Einigkeit, er hatte sogar starken Rückhalt.

Der Geheimdienst legte glaubhaft dar, dass sich die Russen auf dem Flugplatz nur auf einem bestimmten Gelände aufhalten würden. Der Zeitpunkt des Angriffs – 4:40 Uhr in Syrien – schloss quasi aus, dass sie mit den Flugzeugen beschäftigt waren. Etwa fünfzehn Minuten, bevor die Tomahawks einschlagen würden, wurde an die Russen auf dem Flugplatz eine Warnung übermittelt. Der Russe, der bei dem Anruf auf dem Flugplatz ans Telefon ging, klang betrunken.

Trump gab grünes Licht für seinen ersten bedeutsamen Militärschlag. Neunundfünfzig Tomahawks trafen ihr Ziel; eine stürzte nach dem Abschuss ins Mittelmeer.

Trump begab sich zum Abendessen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping, der sich im Rahmen eines zweitägigen Gipfeltreffens über Handelsbeziehungen und Nordkorea in Mar-a-Lago aufhielt. Als das Dessert serviert wurde, sagte Trump zu Xi: «Wir bombardieren gerade Syrien wegen des Gasangriffs.»

«Sagen Sie das noch mal», erwiderte Xi über den Dolmetscher. Trump wiederholte es.

«Wie viele Raketen?», fragte Xi.

Neunundfünfzig, sagte Trump.

«Neunundfünfzig?», fragte Xi.

Trump bestätigte es.

«Okay», sagte Xi, «ich verstehe. Gut, das hat er verdient.»

Und damit war das Abendessen beendet.

Anschließend bezeichnete Bannon Harvey als «Kriegstreiber. Sie und H.R. versuchen, einen Krieg vom Zaun zu brechen.»

Gegen Mitternacht rief Trump Senator Lindsey Graham an.

«Habe ich Sie geweckt?», fragte er.

«Ja», sagte Graham.

«Tut mir leid.»

«Nein, ich freue mich, von Ihnen zu hören, Mr. President.»

«Ich wette, Sie sind der glücklichste Mensch in der Stadt.»

«Glücklich ist nicht das richtige Wort. Ich bin stolz auf meinen Präsidenten.» Einen Augenblick war es mucksmäuschenstill. «Sie haben etwas getan, das schon längst hätte getan werden sollen.»

«Hundert Länder haben sich schon gemeldet», sagte Trump.

Vermutlich eher zehn, dachte Graham.

«Die rufen alle an und klopfen mir auf die Schulter. Wissen Sie, was der chinesische Präsident gesagt hat? Als ich ihm beim Dessert erzählt hab, dass wir gerade neunundfünfzig Tomahawks auf Assad abgeschossen hätten? Gut, das hat er verdient!»

Ein schwerer Schlag für das Bannon-Modell, dachte Graham.

«Obama ist ein Waschlappen», sagte Trump. «Er hätte das nie getan.»

«Und dieses Versäumnis hat wohl 400000 Menschen das Leben gekostet», sagte Graham, womit er auf die Zahl der Toten im gesamten Syrienkrieg verwies.

Trump redete immer wieder über die Kinder – verbrannte, sich schälende Haut, qualvolles Sterben und grauenvolle Wunden.

«Mr. President», sagte Graham, «solche Bilder kann ich Ihnen aus dem ganzen Nahen Osten zeigen.» Er schien nicht zu wissen, dass er über die weltweiten Menschenrechtsverletzungen genau wie Bannon sprach. «Sie haben nicht wegen der Ermordung dieser Kinder das Richtige getan. Assad war einfach dreist und hat allen auf der Welt gesagt: Ihr könnt mich alle mal. Und Sie haben gesagt: Nein, leck mich am Arsch!»

Graham kannte den Trump-Jargon, wo ein «Du kannst mich mal» mit einem noch stärkeren «Leck mich am Arsch» beantwortet wurde. «Das ist es, was Sie ihm gesagt haben: Leck mich am Arsch. Sie müssen auf Folgendes achten: Was tun Sie, wenn die Syrer die Schäden auf dem Flugplatz beheben, von dort wieder Einsätze fliegen und eine Fassbombe auf Kinder werfen? Darauf müssen Sie gefasst sein. Denn das ist eine echte Provokation für Sie.»

Das Problem seien nicht so sehr die Chemiewaffen, sagte Graham, sondern die Bombardierung von Zivilisten. So etwas dürfe mit keiner Waffe zugelassen werden.

«Wenn Sie das nicht klarmachen», drängte Graham, «dann ist alles, was Sie erreicht haben, vergeblich gewesen, denn dann sagt er einfach: Leck mich, dann töte ich sie halt auf andere Weise. Genau das wird Assad Ihnen sagen. Das ist die Nagelprobe. ‹Einmal und erledigt› ist hier nicht die richtige Antwort. Sie müssen diesem Arschloch klarmachen, dass Sie ihn ausschalten, wenn er von diesem Flugplatz startet und einen Haufen Kinder mit Fassbomben bewirft.»

Sobald ein Oberbefehlshaber Raketen abschießt, und seien es nur neunundfünfzig Tomahawks, scharen sich die politische und öffentliche

Meinung um ihn. Das war auch diesmal nicht anders. Trump wurde nahezu weltweit für seine schnelle, entschlossene Reaktion gelobt.

Am nächsten Morgen hatte Senator John McCain einen Auftritt bei *Morning Joe*. «Die Botschaft der vergangenen Nacht war, wie Sie gesagt haben, ungeheuer wichtig.»

Der Moderator Joe Scarborough sagte, das gelte nicht nur für Russland und Assad, sondern auch für China und Nordkorea. «Und unsere Freunde», fügte McCain hinzu. «Viele der arabischen Länder sind bereit, mit uns zusammenzuarbeiten, solange sie glauben, sich auf uns verlassen zu können.»

Scarborough bemerkte, dass die Sunniten unter Obama das Gefühl gehabt hätten, die Vereinigten Staaten hätten «nicht hinter ihnen gestanden. Hat die vergangene Nacht daran etwas geändert?»

«Es ist ein Anfang», sagte David Ignatius, Kolumnist der *Washington Post*, der an der Diskussion über den Luftschlag teilnahm. «Sie wollen noch mehr sehen.»

McCain lobte Trumps Sicherheitsberater und lobte den Präsidenten dafür, dass er auf sie gehört hatte: «Am erfreulichsten finde ich, dass er Mattis respektiert. Er respektiert McMaster.»

Das große Lob von einigen Außenpolitikexperten kam überraschend. Anne-Marie Slaughter, die in den ersten beiden Jahren der Obama-Regierung Leiterin des einflussreichen Planungsstabs in Hillary Clintons Außenministerium gewesen war, twitterte: «Donald Trump hat im Hinblick auf Syrien gut und richtig gehandelt. Endlich! Nach jahrelangem nutzlosem Händeringen angesichts furchtbarer Gräueltaten.»

In der Zeit danach sagte Trump oft zu Beratern im West Wing, er glaube, der Angriff auf den Luftwaffenstützpunkt reiche nicht aus. Müssten die Vereinigten Staaten nicht mehr tun? Er spielte mit dem Gedanken, einen verdeckten Angriff auf Assad zu befehlen.

Er war informiert worden oder hatte Papiere darüber gelesen, was Nervengas beim menschlichen Körper anrichtete. «Ist Ihnen klar, was da abläuft?», fragte er irgendwann. Ihm stand ein Bild vor Augen, das er beschrieb. Die Lunge füllt sich. Mann kann nicht mehr atmen und hat Schaum vor dem Mund. Sabbern, Blindheit, Lähmung. Unkontrollierbares Erbrechen, Urinieren und Darmentleerung. Überall unerträgliche Schmerzen, besonders Bauchkrämpfe. Anfälle. Die Körperorgane werden vom Gehirn abgekoppelt. Dann qualvolle zehn Minuten und Tod. Kinder. Babys.

Er wollte Optionen haben. Es gab jede Menge. Das Militär der Vereinigten Staaten besaß alle möglichen tödlichen Waffen. Was konnte er tun? Das wollte er wissen.

Verteidigungsminister Mattis befürchtete, Trump könnte einen zweiten Luftschlag befehlen, und bemühte sich, eine weitere Militäraktion in Syrien zu verhindern.

Nach einigen Wochen legte sich Trumps Empörung, und allmählich wandte er sich wieder anderen Angelegenheiten zu.

McMaster beklagte sich bei Jared über seine mangelnde Befugnis, Entscheidungen voranzutreiben. Wie die meisten Außen- und Verteidigungsminister hatten Tillerson und Mattis kein Interesse an einem starken Nationalen Sicherheitsberater.

Nach dem Luftangriff wollte der Präsident irgendwann Informationen über neue russische und iranische Provokationen in Syrien erhalten. Die Vereinigten Staaten hatten auf der Straße östlich von Palmyra einige vom Iran finanzierte Hisbollah-Soldaten getötet und eine bewaffnete iranische Drohne abgeschossen. Trump hatte ein paar Fragen an McMaster. Was passiert, wenn Amerikaner getötet werden? Was machen wir dann? Welche Optionen haben wir?

McMaster rief Tillerson und Mattis an. Keine Antwort. Er ließ Harvey kommen und putzte ihn herunter, überhäufte ihn mit Flüchen. Das ist Ihre Aufgabe, schicken Sie Ihre Leute rüber.

Neun Stunden verstrichen, und immer noch keine Antwort von Tillerson oder Mattis.

Der Gemeinsame Stab kam vom Pentagon ins Weiße Haus, um Harvey zu informieren. Das Verteidigungsministerium hatte mehrere Angriffsoptionen, aber nichts dazu, was passieren würde, falls in der syrischen Grenzstadt Tanf, in der US-Streitkräfte operierten, Amerikaner getötet wurden. Oder falls ein amerikanisches Schiff auf eine Mine lief.

McMaster und Harvey fanden das Ganze unglaublich. Es kamen keine Antworten. Doch Trump hatte seine Fragen schon bald vergessen.

Kapitel 19

«Ich will ein Präsidialdekret für den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus NAFTA» – dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen –, «und ich möchte es bis spätestens Freitag auf meinem Schreibtisch», verkündete Präsident Trump.

Außer ihm befanden sich am Dienstag, den 25. April, Vizepräsident Pence, Handelsminister Ross, Kushner, Porter und Navarro im Oval Office. Der Präsident wollte das Dekret am hundertsten Tag seiner Amtszeit verkünden.

Als niemand irgendwelche Einwände erhob, meldete sich Rob Porter zu Wort, der die dienstagvormittags stattfindenden Handelssitzungen leitete. Er meinte, dass ein Präsidialdekret in diesem Fall nicht möglich sei, da der Vertrag nur unter Einhaltung der im Handelsvertrag vereinbarten 180-Tage-Frist gekündigt werden könne.

«Wir haben also ein riesiges Zeitproblem», erklärte er Trump und den anderen, «denn egal, wie schnell es uns gelingt, NAFTA gemäß den Regeln der Trade Promotion Authority [des Präsidenten] neu zu verhandeln, wird es einige Zeit in Anspruch nehmen.» Ein neues Abkommen werde vom Kongress abgesegnet werden müssen, und das werde mehr als 180 Tage dauern.

Porter war der jüngste und rangniedrigste Anwesende im Raum. «Wir wollen schließlich keine Abkommenslücke riskieren», fuhr er fort, «einen Zeitraum, in dem wir gar keine Vereinbarung haben. Wir haben, wie gesagt,

ein Zeitproblem. Denn ist der Vertrag einmal gekündigt, tickt die Uhr und die Frist endet, egal wie weit wir sind, nach 180 Tagen.»

Die anderen schwiegen und schienen Trump eher zu ermutigen. Entsetzt musste Porter feststellen, dass der Präsident eine vorzeitige Abkehr von NAFTA überhaupt in Betracht zog. Das Handelsabkommen bildete seit mehr als zwei Jahrzehnten die Grundlage der wirtschaftlichen und nationalen Sicherheit Nordamerikas. Es garantierte einen zollfreien Warenverkehr zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Das jährliche Handelsvolumen zwischen den dreien belief sich auf mehr als eine Billion Dollar. Der US-amerikanische Handel mit Kanada als auch Mexiko erreichte fast ein genauso großes Volumen wie der mit China, dem größten Handelspartner der USA.

«Wir müssen unbedingt für einen geordneten Prozess sorgen, der sicherstellt, dass alles sorgfältig durchdacht ist.» Porter machte eine ausladende Geste zu Pence, Ross, Kushner und Navarro. «Es ist wunderbar, dass Sie alle hier sind, aber Gary Cohn ist nicht da. Und Steve Mnuchin auch nicht. Ich weiß, Sie wollen es möglichst schnell über die Bühne bringen», aber man solle nichts überstürzen.

«Mich interessiert dieser Kleinkram nicht», sagte Trump. «Ich will die Order am Freitag auf meinem Schreibtisch haben.»

Daraufhin ging Porter zu McMaster, um sich dessen Unterstützung zu versichern. Obwohl bislang kaum in Handelsfragen involviert, war McMaster ebenfalls der Auffassung, dass die ersatzlose Kündigung von NAFTA ein Albtraum für die Sicherheit des Landes darstellte, noch dazu ein vollkommen unnötiger. Damit würde man die Verbündeten der USA vor den Kopf stoßen. Er sei auf seiner Seite, bekräftigte er gegenüber Porter.

Es wurde eine Dringlichkeitssitzung für den nächsten Tag einberufen; die wichtigsten Kabinettsmitglieder und ranghöchsten Berater versammelten sich im Roosevelt Room. Die Uhr tickte bereits. Wenn nichts geschah, würde Trump in ein, zwei Tagen seine Unterschrift unter das Dekret setzen.

Navarro war für den Ausstieg, doch John Kelly, der Heimatschutzminister, und weitere Sitzungsmitglieder meinten, mit einem Ausstieg aus dem Abkommen zu drohen sei zwar ein gutes Druckmittel, aber es in die Tat umzusetzen, wäre eine Katastrophe. Die Vereinigten Staaten würden sich damit ins eigene Fleisch schneiden. Die Wirkung wäre verheerend. Es würde die Finanzmärkte erschüttern, und die beiden Vertragspartner würden umgehend mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren. Und die restlichen Handelspartner auf der ganzen Welt würden sich bange fragen, wer als Nächstes dran war.

Nach dem Ende der Sitzung nahm Porter auf dem Weg ins Oval Office, wo sie die von Trump gewünschten Dokumente durchgehen wollten, Sonny Perdue, den Landwirtschaftsminister, beiseite, der erst vor kurzem sein Amt angetreten hatte. Perdue war zwischen 2003 und 2011 Gouverneur von Georgia gewesen, der erste republikanische seit der 1877 zu Ende gegangenen Phase der Reconstruction.

«Wie wär’s, wenn du auch mitkommst, Sonny?», sagte Porter zu ihm. Wilbur Ross schloss sich ihnen an.

«NAFTA hat sich für die US-amerikanische Landwirtschaft als Segen erwiesen», erklärte Perdue Trump. «Wir exportieren jährlich Waren im Wert von 39 Milliarden Dollar nach Mexiko und Kanada. Ohne dieses Abkommen würden uns die Märkte für unsere Produkte wegbrechen. Die Leute, die am

meisten verlieren würden, wenn wir NAFTA aufkündigen, sind Ihre Wählerbasis, die Trump-Unterstützer», sagte er zum Präsidenten.

Dann zeigte Perdue Trump auf einer Karte der USA die Bundesstaaten, die von den Verlusten im landwirtschaftlichen und industriellen Sektor am empfindlichsten getroffen würden. Viele davon waren genau die Regionen, die mehrheitlich für Trump gestimmt hatten.

«Und es geht nicht nur um Ihre angestammte Wählerbasis», fuhr Perdue fort. «Es geht auch um Ihre Basis in den Swing States. Sie können das also unmöglich machen.»

«Na ja», erwiderte Trump, «aber die zocken uns ab, das dürfen wir uns doch nicht länger gefallen lassen.»

Schließlich beschloss der Präsident, dass sie einstweilen nur die Rhetorik und die Drohungen hochfahren, aber noch kein Kündigungsschreiben verschicken sollten.

Jared Kushner überbrachte Porter die Neuigkeit. «Der Präsident ist einverstanden, vorläufig auf einen Ausstieg zu verzichten.»

Porter wusste zwar, wie unberechenbar Trump war, es bestürzte ihn aber dennoch, dass sie ihn diesmal nur mit Müh und Not vor einer folgenschweren Entscheidung hatten bewahren können. Und die Sache war noch längst nicht vom Tisch.

Peter Navarro wurde zu einer Ad-hoc-Besprechung mit dem Präsidenten ins Oval Office bestellt.

«Das Einzige, was wir bislang getan haben, ist der Rückzug aus TPP», sagte Trump in Bezug auf das transpazifische Handelsabkommen. «Warum haben wir in Sachen Handel noch nicht mehr gemacht?»

«Da müssen Sie das Büro des Stabssekretärs fragen», erklärte Navarro.

«Madeleine», rief Trump seiner Assistentin Madeleine Westerhout zu, «Rob soll auf der Stelle herkommen.»

Porter rannte die Stufen zum Oval Office hinauf.

«Warum zum Teufel verschleppen Sie das?», sagte Trump zu ihm. «Warum ist das immer noch nicht erledigt? Machen Sie endlich Ihren Job. Tipp, tipp, tipp, das ist doch nicht so schwer. Da schlafen einem ja die Füße ein. Ich will das.»

Der Präsident machte wieder ernst. Und Porter setzte wohl oder übel ein Kündigungsschreiben auf, in dem stand, dass die USA unter Einhaltung der 180-Tage-Frist NAFTA verlassen würden.

Mehr denn je war Porter davon überzeugt, dass ein Ausstieg aus NAFTA eine wirtschaftliche Krise auslösen und die außenpolitischen Beziehungen zu Kanada und Mexiko erschüttern würde. Er wandte sich an Gary Cohn.

«Kein Problem, ich kann es aufhalten», sagte dieser zu Porter. «Wenn ich gehe, nehme ich das Dokument auf seinem Schreibtisch an mich.» Und das tat er später wirklich. «Wenn er unbedingt unterschreiben will, muss es neu ausgestellt werden.»

«Und damit lassen wir uns wieder schön Zeit», erwiderte Porter.

Wobei Cohn natürlich klar war, dass der Präsident jederzeit eine Kopie verlangen konnte, aber solange das Dokument nicht direkt vor seiner Nase lag, würde er es vielleicht wieder vergessen. Aus den Augen, aus dem Sinn.

Porter stimmte ihm zu. Trump brauchte immer eine Gedächtnisstütze – etwas, das auf seinem Schreibtisch lag oder das er in der Zeitung las oder im Fernsehen sah. Oder Peter Navarro, der wieder einmal ins Oval Office geschlichen kam. Ohne einen solchen Auslöser konnte es Stunden, Tage, ja gar Wochen dauern, bis Trump einfiel: Wir wollten uns doch aus NAFTA

zurückziehen, warum haben wir es noch nicht getan? Ohne einen Auslöser konnte es aber auch durchaus sein, dass es nie dazu kommen würde.

Am 4. Mai hielt Sonny Perdue einen Vortrag im Situation Room. Dabei ging es um die Bedeutung der Landwirtschaft beim Außenhandel. Heikle Geheimdienstinformationen deuteten darauf hin, dass, sollten die USA neue Zölle auf chinesische Importe erheben, die Chinesen mit Vergeltungszöllen reagieren würden.

Die Chinesen wüssten sehr genau, wie man einen Staat wirtschaftlich und politisch treffen könne. Diesbezüglich seien sie den Amerikanern haushoch überlegen. Die Chinesen wüssten genau, welche Kongresswahlbezirke welche Erzeugnisse hervorbrächten, etwa Sojabohnen. Sie wüssten, welche Swing States wichtig sein würden, um das Repräsentantenhaus zu erobern. Sie könnten zielgerichtet Zölle auf Produkte aus einzelnen Wahlbezirken erheben oder auch landesweite Zölle. Die Chinesen würden zum Beispiel Bourbon aus Kentucky ins Visier nehmen, wo Mitch McConnell republikanischer Mehrheitsführer im Senat war, und Molkereierzeugnisse aus Wisconsin, dem Bundesstaat von Paul Ryan, dem Sprecher des Repräsentantenhauses.

Einige Tage später legte Wilbur Ross dar, wie vorrangig das Thema Handelsdefizite sei. Ross blies ins gleiche Horn wie der Präsident und meinte, Handelsdefizite seien das Grundübel der wirtschaftlichen Instabilität und Schwäche der USA. Der Präsident richte sein Augenmerk auf den Abbau der Handelsdefizite, rief er seinen Zuhörern in Erinnerung, daher sollten alle ebenfalls ihr Augenmerk darauf richten.

Porter konnte nicht länger den Mediator spielen. «Handelsdefizite sind nicht schlimm», sagte er, «jedenfalls nicht in Bezug auf einzelne Länder. Das ist eine absurde Annahme.» Vermutlich hatte Porter noch nie einen derart respektlosen Ton angeschlagen, jedenfalls nicht gegenüber einem Kabinettsmitglied. «Handelsabkommen, insbesondere jene, die wir bislang vereinbart haben, sind nicht die Hauptursache unseres Handelsdefizits.» Dieses Defizit hänge von verschiedenen wirtschaftlichen Faktoren ab, etwa davon, welches Land welche Güter am effizientesten und billigsten herstellen könne, von den Sparquoten und dem Wert der Währungen. Jede Art von protektionistischer Politik sei nicht im wirtschaftlichen Interesse der USA.

«Nun», konterte Ross, «ich habe Milliarden Dollar verdient und an der Wall Street gearbeitet. Ich weiß, wie die Märkte funktionieren. Sie hingegen verstehen offensichtlich das Prinzip von Angebot und Nachfrage nicht.» Wenn die USA China mit Zöllen belegten und die Chinesen sich rächten, würde man die betroffenen Produkte eben von anderen Ländern beziehen.

Im Frühjahr 2017 verhandelte Ross mit China ein Abkommen für den Import chinesischen Geflügels und den Export von Rindfleisch. Eine wahre «Herkulestat», meinte er. Die jedoch einige ernst zu nehmende Kritik erntete. Die N*ew York Times* etwa titelte: «China gibt in der ersten Runde der Handelsgespräche so gut wie keinen Punkt an die USA ab».

Bei einer Besprechung im Weißen Haus zog der Präsident über Ross her: «Ich kann nicht glauben, dass du diese Vereinbarung abgeschlossen hast. Warum hast du mit niemandem darüber gesprochen? Mit mir jedenfalls nicht. Du bist einfach losgezogen und hast auf eigene Faust gehandelt. Ein schrecklicher Deal. Wir sind abgezockt worden. Das konntest du schon mal

besser, Wilbur.» Ross hatte 1990 als Investmentbanker die Interessen von Spielcasino-Anleihen-Gläubigern vertreten, die wütend auf Trump waren, und einen Deal mit ihm ausgehandelt, der dafür sorgte, dass sein glamouröser Name auch weiterhin sein wichtigster Wert blieb und er vor dem Bankrott bewahrt wurde.

«Ich dachte, du wärst ein Killer», sagte Trump zu dem neunundsiebzigjährigen Ross. «An der Wall Street hast du damals einige großartige Deals gemacht. Aber deine Zeiten sind offenbar vorbei. Du bist kein guter Verhandler mehr. Keine Ahnung, woran es liegt, aber du hast es nicht mehr drauf. Ich vertraue dir nicht mehr. Ich will nicht, dass du weitere Verhandlungen führst.» Und er bestimmte, dass Bob Lighthizer die Neuverhandlungen von NAFTA und anderen Handelsabkommen leitete.

Ross machte Anstalten, seinen Deal zu verteidigen – die USA würden mehr Rindfleisch exportieren –, aber Trump hörte ihm bereits nicht mehr zu.

Am 8. Juni hielt der Präsident eine Besprechung über Stahlzölle – von denen er besessen war – im Oval Office ab. Gary Cohn, Wilbur Ross, Rob Porter und Verteidigungsminister Mattis saßen um den Resolute Desk herum.

«Wir sind startklar», sagte Ross. «Lassen Sie mich kurz diesen Bericht vorstellen.» Darin empfahl er Zollkontingentquoten, insbesondere auf Importe aus China. Wenn China die gegenwärtige Rate von Stahlexporten in die Vereinigten Staaten erhöhte, sollten hohe Strafzölle erhoben werden.

Porter wies auf eine Reihe rechtlicher Probleme hin. Das Handelsministerium habe sich nicht, wie vom Gesetz vorgeschrieben, mit dem Verteidigungsministerium abgestimmt, um zu eruieren, ob der Wegfall

dieser Importe womöglich eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstelle.

«Doch, haben wir», erwiderte Ross. «Das haben wir sehr wohl.»

«Ich wurde nie bezüglich dieser Angelegenheit von irgendwem konsultiert», warf Mattis ein.

«Es hat schon seine Richtigkeit», bekräftigte Ross. Er habe mit dem Ministerialdirektor seiner Behörde gesprochen, der für diese Fragen zuständig sei. Er könne ihm gern die betreffenden E-Mails vorlegen.

«Nun», meinte Mattis, «mit mir haben Sie jedenfalls nicht gesprochen.»

Wie aufs Stichwort meldete sich Porter zu Wort und hob hervor, dass das Gesetz vorschreibe, der Verteidigungsminister müsse konsultiert werden und nicht eine x-beliebige Person aus dessen Ministerium.

Derlei bürokratische Nebensächlichkeiten brachten Trump regelmäßig auf die Palme, so auch jetzt. «Dann sprich mit Jim, Wilbur! Macht das unter euch aus», sagte er. «Ich habe es satt, mich mit solchem Kram zu beschäftigen. Und beeilt euch, bitte, weil ich die Sache endlich vom Tisch haben will.»

Porter hingegen sah darin eine willkommene Gelegenheit, sie noch einige Wochen hinauszuzögern, wenn nicht noch länger. Mattis unterstützte ihn bereitwillig dabei, indem er Ross mitteilte, er müsse erst eine Analyse anfertigen lassen, ehe er seine Einschätzung abgeben könne.

Die Analyse, die sein Ministerium dann für den Verteidigungsminister vorbereitete, erbrachte jedoch, dass «die vom US-amerikanischen Militär benötigte Stahlmenge weniger als ein halbes Prozent des gesamten Stahlbedarfs der USA ausmacht» und dass das Verteidigungsministerium somit in der Lage sei, «die zur Verteidigung der nationalen Sicherheit erforderliche Menge an Stahl zu beschaffen».

Kapitel 20

Trump sagte, er wünschte, er hätte Comey gleich am Anfang gefeuert; aber jetzt wolle er ihn wirklich loshaben.

Bannon war anderer Meinung und unterbreitete Trump unter vier Augen im Oval Office diese Begründung: «Fünfundsiebzig Prozent der FBI-Beamten hassen Comey. Kein Zweifel. Aber in dem Moment, wo Sie ihn feuern, wird er zu einem verdammten J. Edgar Hoover. An dem Tag, an dem Sie ihn feuern, ist er der größte Märtyrer der amerikanischen Geschichte. Eine Waffe für die Jagd auf Sie. Die werden einen verdammten Sonderermittler ernennen. Sie können Comey feuern. Das FBI können Sie nicht feuern. In dem Moment, da Sie ihn feuern, wird das FBI als Institution, die werden nicht anders können, als Sie zu vernichten, und das werden sie tun.»

Bannon hatte den Eindruck, dass Trump nichts von der Macht der Institutionen verstand – des FBI, der CIA, des Pentagons und des militärischen Establishments als Ganzen. Und dass er auch nichts von den weitreichenden Vollmachten eines Sonderermittlers begriff, der mit dem Mandat ausgestattet werden konnte, alles zu untersuchen, was der Präsident anfasste.

«Versucht nicht, es mir auszureden», sagte Trump zu McGahn und Priebus, «ich habe meine Entscheidung getroffen, also probiert es erst gar nicht.» Comey ist ein Angeber und außer Kontrolle.

Anfang Mai kam es Trump so vor, als ob Comey sich durch seine jüngste Zeugenaussage im Rahmen der verwickelten Ermittlungen zu Clintons privaten E-Mails verwundbar gemacht hätte. Er diktierte einen Brief, in dem er die Gründe aufzählte, die für eine Entlassung Comeys sprachen.

McGahn sagte ihm, Rod Rosenstein, der stellvertretende Justizminister, werde zu einer Besprechung erwartet. Eines der Themen, über die er reden wolle, sei Comey. Anscheinend, fügte McGahn hinzu, wolle auch Rosenstein Comey loswerden.

McGahn erklärte, hier gebe es Formalien – der stellvertretende Justizminister sei derjenige, der die Aufsicht über das FBI habe. Hören wir uns an, was Rosenstein zu sagen hat. Das war eine Sand-ins-Getriebe-Taktik, die die Leute vom Stab des Weißen Hauses immer öfter anwandten. Lassen wir da mal ein bisschen Dampf ab und reden mit Rod, danach werden wir mit einem Plan wieder auf Sie zukommen.

Rosenstein sagte Trump, seiner Ansicht nach müsse Comey entlassen werden. Er habe kein Problem damit, seine Überlegungen und Gründe dafür in einem Memo zusammenzufassen. Er lieferte dem Weißen Haus ein drei Seiten langes Papier zum Thema: DAS ÖFFENTLICHE VERTRAUEN ZUM FBI WIEDERHERSTELLEN. In dem Text hieß es, Comey habe am 5. Juli «seine eigenen Erkenntnisse aus der heikelsten strafrechtlichen Untersuchung unseres Landes» bekanntgegeben, also aus den Ermittlungen zu Hillary Clintons E-Mails; er habe das Urteil der Anklagebehörde vorweggenommen und «herabwürdigende Mitteilungen» gemacht, indem er das Verhalten Clintons «äußerst leichtfertig» genannt habe. Dann, elf Tage vor der Wahl, habe er bekanntgegeben, dass er die Clinton-Ermittlungen wiederaufnehmen werde, weil er meinte, hier gehe es entweder um Reden

oder um Vertuschen. Das sei, sagte Rosenstein, eine falsche Darstellung. Er berief sich auf fünf ehemalige Justizminister oder stellvertretende Justizminister, die einhellig meinten, Comey habe die Regeln verletzt.

Erledigt, sagte der Präsident. Besser hätte auch er es nicht ausdrücken können. Er schickte einen knappen Brief an Comey mit der Mitteilung, er sei «gekündigt und aus dem Amt entfernt, mit sofortiger Wirkung».

Der Plan, Sand ins Getriebe der Entlassung Comeys zu streuen, war schiefgegangen. Sie hatten den Vorgang damit im Gegenteil beschleunigt. Das Memo Rosensteins hatte mit der Entscheidung, wie Priebus genau wusste, nichts zu tun. Der Präsident hatte seinen Entschluss schon vorher gefasst.

Bannon war sich «zu 100 Prozent» sicher, was der Grund für die Entlassung Comeys war: dass das FBI hinter finanziellen Unterlagen Jareds her war. Das war pure Spekulation. Ivanka hatte sich bei ihrem Vater über das FBI beschwert.

Als die Monate sich dahinzogen, wurde Priebus klar, dass, wenn Trump vorhatte oder ankündigte, jemanden zu feuern, das nicht bedeutete, dass es wirklich dazu kommen würde. «Nichts ist hier tot, bevor es nicht begraben ist» wurde zu einem seiner Lieblingssprüche.

Für den Moment hatte es den Anschein, dass zumindest Comey tot war, doch begraben waren er und seine Geschichte noch nicht.

Trump schaute sich auf Kabel jede Menge Nachrichtensendungen über sein Husarenstück vom 9. Mai an, die Entlassung von FBI-Direktor Comey. Er kam dabei nicht gut weg. Am 11. Mai hatte er Lester Holt von NBC erklärt, er hätte Comey auf jeden Fall gefeuert, gleich welche Empfehlung der

stellvertretende Justizminister Rosenstein und Justizminister Sessions gegeben hätten. Damit hatte er Verwirrung gestiftet und sich selbst widersprochen. In einer langatmigen und holperigen Antwort auf eine Frage Holts hatte er etwas gesagt, das wie ein Hinweis auf seine Beweggründe klang: «Ich sagte zu mir selbst, also, diese Russland-Geschichte mit Trump und Russland ist eine erfundene Geschichte.»

Diese Aussage passte offenbar ganz und gar nicht zu seinem Brief an Comey, in dem er schrieb, er habe ihn entlassen, weil Rosenstein in seinem Memo scharfe Kritik am FBI-Direktor wegen dessen Umgang mit den Ermittlungen zu den Clinton-E-Mails geübt habe.

Am Abend des 16. Mai, einem Dienstag, veröffentlichte Michael Schmidt von der *New York Times* eine aufsehenerregende Geschichte. Comey hatte über seine Unterredung mit Trump am 14. Februar (als Comey noch FBI-Direktor war) ein Gedächtnisprotokoll angefertigt und berichtete jetzt, daraus zitierend, der Präsident habe ihn damals über die Ermittlungen gegen Flynn befragt und dann zu ihm gesagt: «Ich hoffe, Sie sehen einen gangbaren Weg, das sein zu lassen, von Flynn abzulassen. Er ist ein guter Kerl. Ich hoffe, Sie können das sein lassen.»

Trump rutschte vor dem Fernsehgerät hin und her, gefesselt von der Berichterstattung. Auf CNN läutete an diesem Abend David Gergen, eine Stimme der Erfahrung und Vernunft und ein Mann, der die Präsidenten Richard Nixon und Bill Clinton bei ihren Absetzungsverfahren beraten hatte, die Alarmglocke:

«Ich glaube, wir haben Impeachment-Territorium betreten», sagte Gergen. «Was wir vor uns haben, ist eine Präsidentschaft, die anfängt, aus dem Leim zu gehen.»

Porter sah, dass Trump drauf und dran war, die Beherrschung zu verlieren, als das Wort «Impeachment» fiel. Der Präsident ließ seiner Wut darüber, dass Comey zum Gegenangriff übergegangen war, freien Lauf.

Am nächsten Tag, Mittwoch, den 17. Mai, erfuhr Trump im Oval Office, dass Rosenstein Robert Mueller – ausgerechnet den Mann, der zwölf Jahre FBI-Direktor gewesen war – zum Sonderermittler ernannt hatte mit dem Auftrag, dem Verdacht einer russischen Einmischung in die Präsidentschaftswahl nachzugehen und eventuelle Verbindungen zu Trumps Wahlkampf zu untersuchen.

Über Nacht sank Trumps Stimmung unter den Gefrierpunkt, und der nächste Tag, der 18. Mai, war der schlimmste. Der Präsident verfiel in maßlose Wutanfälle und steigerte sich in einen Erregungszustand hinein, wie ihn keiner aus seinem engsten Kreis je zuvor erlebt hatte. Es war eine grauenhafte Erfahrung. «Wir standen es nur mit knapper Not durch», erzählte Porter einem Mitarbeiter.

Sonst saß Trump normalerweise hinter seinem Schreibtisch oder in seinem privaten Speisezimmer, aber an diesem Tag blieb er die meiste Zeit auf den Beinen und stürmte zwischen den beiden Zimmern hin und her.

Der Präsident griff nach seinem Rettungsring – den Nachrichten im Kabelfernsehen. Er schaute sich auf *Fox News* einen zweistündigen Nachrichtenblock an und danach einen großen Teil der ebenfalls zweistündigen Nachrichtenblöcke auf MSNBC und CNN, die er aufgenommen hatte.

Während seine Top-Berater – Priebus, Bannon, Kushner, McGahn, Cohn, Hicks und Porter – ein und aus gingen, tobte er über die Berichterstattung. Warum Mueller, wollte Trump wissen. «Er war kürzlich hier, und ich habe

ihn nicht fürs FBI eingestellt», wütete er. «Natürlich hat er mit mir eine Rechnung offen.»

«Alle versuchen mich zu erwischen», sagte der Präsident. «Das ist unfair. Jetzt sagen alle, ich soll des Amtes enthoben werden.» Welche Befugnisse ein Sonderermittler habe, wollte er wissen.

Ein Sonderermittler habe die praktisch unbeschränkte Vollmacht, jedem erdenklichen Verdacht nachzugehen, sagte Porter. Da gab es Watergate, Iran-Contra und Clintons Monica-Lewinsky-Skandal.

«Jetzt habe ich diesen Menschen im Nacken», sagte Trump verbittert, «der niemandem verantwortlich ist, und der kann seine Nase in alles reinstecken, egal wie wenig es damit zu tun hat? Die werden sich jahrelang durch mein Leben und meine Finanzen wühlen.»

Trump konnte sich kaum noch auf irgendetwas anderes konzentrieren. Besprechungen wurden abgesagt und schließlich ganze Teile des Tagespensums gestrichen.

Porter hatte Trump noch nie so sichtlich aufgewühlt erlebt. Er wusste, dass Trump ein Narziss war, der alles durch die Brille seiner persönlichen Betroffenheit sah. Doch diese Stunden der Tobsucht erinnerten Porter an Dinge, die er über die letzten Tage Nixons im Weißen Haus gelesen hatte – Gebete, stampfende Füße auf dem Teppich, «Gespräche» mit den Porträts früherer Präsidenten an der Wand. Trumps Gebaren hatte die Grenze zur Paranoia überschritten.

«Die sind hinter mir her», sagte Trump. «Das ist eine Ungerechtigkeit. Das ist unfair. Wie konnte es so weit kommen? Es ist alles die Schuld von Jeff Sessions. Das ist alles politisch motiviert. Rod Rosenstein weiß verdammt noch mal nicht, was er tut. Er ist ein Demokrat. Er ist aus Maryland.»

Hin und her stapfend, sagte Trump: «Rosenstein war einer derjenigen, die sagten, ich solle Comey feuern. Er hat mir diesen Brief aufgesetzt. Wie kann es sein, dass er die Oberleitung über diese Ermittlungen hat?»

Bob Mueller habe doch die ganzen Interessenkonflikte am Hals, die ihn als Sonderermittler in Sachen Trump eigentlich disqualifizieren müssten. «Er war Mitglied in einem meiner Golfklubs» – beim Trump National Golf Club in Sterling (Virginia) –, und da gab es einen Streit über Gebühren, und Mueller ist ausgetreten. Muellers Anwaltskanzlei hatte zuvor Trumps Schwiegersohn vertreten.

«Ich kriege Faustschläge verpasst», sagte Trump. «Ich muss zurückschlagen. Damit es ein fairer Kampf ist, muss ich selber in den Ring steigen.»

Fast den ganzen Tag über pendelte der Präsident wie im Rausch zwischen dem Speisezimmer, in dem der Fernseher lief, und dem Oval Office, stellte Fragen und tat seinen Zorn darüber kund, dass er die Kontrolle über die Ermittlungen verloren hatte.

«Ich bin der Präsident», sagte Trump. «Ich kann jeden feuern, den ich will. Sie können nicht gegen mich ermitteln, weil ich Comey gefeuert habe. Und Comey hat es verdient, gefeuert zu werden. Alle haben ihn gehasst. Er war furchtbar.»

Kapitel 21

Marc Kasowitz, ein erprobter Prozessanwalt mit grauen Schläfen, hatte Trump seit Jahrzehnten in Scheidungssachen und Bankrottprozessen vertreten. Am 25. Mai 2017 um vier Uhr nachmittags bat Kasowitz nun den sechsundsiebzigjährigen John Dowd, als Anwalt erfahren in allen Arten von Wirtschaftskriminalität, in sein New Yorker Büro.

«Wir brauchen Sie in Washington, wo Sie den Präsidenten vertreten sollen», erklärte ihm Kasowitz. Es ging speziell um die Russland-Ermittlungen von Robert Mueller. Einige bekannte Anwälte hatten das Ansinnen bereits abgelehnt unter Verweis auf Interessenkonflikte oder die Schwierigkeit, Trump an die Kandare zu bekommen. Dowd war ein ehemaliger Staatsanwalt mit einer langen Liste prominenter Mandanten. Er sprang sofort an, als sich die Gelegenheit bot, seine siebenundvierzigjährige Karriere mit dem prominentesten Fall des ganzen Landes zu krönen.

«Meine Güte», antwortete er. «Das ist ja unglaublich! Ich wäre überglücklich, den Präsidenten vertreten zu dürfen.»

«Ein Spaziergang wird das aber nicht.»

«Das habe ich mir schon gedacht», sagte Dowd.

Dowd war zum einen der Prototyp des netten alten Kumpel, zum anderen ein hartgesottener Ermittler. In den 1960er Jahren war er Anwalt beim Marine Corps gewesen. Als Leiter der Abteilung für organisiertes Verbrechen im Justizministerium in den 1970er Jahren hatte er als Ankläger einige wichtige Gangsterprozesse geführt. In den 1980ern war er Sonderermittler im

Auftrag der Baseballkommission gewesen und hatte auch dort einige wichtige Prozesse geführt. Der bekannteste Fall war sicher der, der mit der lebenslangen Sperre von Pete Rose von den Cincinnati Reds wegen illegaler Wetten auf Baseballspiele endete. Danach verlegte Dowd sich auf die Verteidigung von Wall-Street-Größen und Politikern. Unter anderem verteidigte er Senator John McCain in der Keating-Five-Sache, bei dem fünf Senatoren die Untersuchungen der Bankenaufsicht gegen die Lincoln Savings and Loan Association, geleitet von Charles H. Keating, behindert hatten. Dowd war Partner der Anwaltskanzlei Akin Gump gewesen und befand sich nunmehr im Ruhestand.

Dowd führte eine Telefonkonferenz mit Trump und Kasowitz und danach mehrere direkte Gespräche mit dem Präsidenten. Die Ermittlungen von Mueller, so Trump, schwächten ihn und seine Präsidentschaft. Dabei habe er nichts falsch gemacht. «John, diese Sache ist eine enorme Belastung. Vor allem, was die Außenpolitik angeht. Es ist so peinlich, mitten in Verhandlungen zu stecken, und plötzlich sagt der Typ am anderen Ende, der Premierminister oder der Ministerpräsident: ‹Na, Donald, ob Sie dann überhaupt noch unter uns sind?› Das ist wie ein Tritt in die Eier.»

Dowd sagte, er würde nicht stundenweise abrechnen, sondern vielmehr ein Pauschalhonorar in Rechnung stellen. Sie einigten sich auf 100000 Dollar pro Monat. Das war ungefähr die Hälfte seines üblichen Satzes. Trump sagte, er solle die Rechnung an sein Büro in New York schicken, dann würde sie gleich am nächsten Tag bezahlt werden. (Und das war auch so.)

Der Präsident war außer sich wegen der Ermittlungen von Mueller und zählte Dowd alles auf, was ihm nicht gefiel.

Erstens habe ihn die Entscheidung von Justizminister Sessions vom 2. März 2017 überrumpelt, der sich aus den Ermittlungen zur russischen Wahlkampfeinmischung mit der Begründung, befangen zu sein, zurückgezogen hatte. Er hätte von seinem Justizminister politische Rückendeckung erwartet, doch der habe ihn einfach im Regen stehen lassen.

Dann erzählte er, wie er am 17. Mai von der Ernennung Muellers zum Sonderermittler erfahren habe, die von Rod Rosenstein, dem stellvertretenden Justizminister, ausging. Es sei ein Skandal gewesen. Er sei mit Sessions im Oval Office gewesen, als einer der Anwälte des Weißen Hauses die Nachricht überbracht habe. Sessions habe gesagt: «Davon habe ich nichts gewusst.» Und er, Trump, habe sich an Sessions gewandt: «Aber er arbeitet doch für Sie, oder etwa nicht?» Wegen Sessions' Befangenheitserklärung wurde Rosenstein zum Leiter der Russland-Ermittlungen gemacht.

Und was noch schlimmer war: Trump hatte Mueller erst tags zuvor die Stelle des FBI-Direktors angeboten, und dieser hatte abgelehnt. Und jetzt hatte Mueller plötzlich das Sagen. «Damit ist mir das Justizministerium schon zweimal in den Rücken gefallen.»

Drittens habe sich der frühere FBI-Direktor Comey, nachdem er ihn gefeuert habe, auf einen Aussage- und Leaking-Kreuzzug gegen ihn begeben und behauptet, Trump habe ihn gebeten, die Flynn-Ermittlungen fallenzulassen. «Dabei habe ich nichts dergleichen gemacht», sagte Trump zu Dowd. «Das ist alles Blödsinn. Comey ist ein verdammter Lügner.»

Kasowitz warf ein, dass er und einer seiner Partner Nachforschungen angestellt hatten, ob es irgendetwas gäbe, was Trump mit der russischen Einflussnahme in Verbindung brachte. Nach einem vollen Monat

Recherchetätigkeit seien sie zu dem Ergebnis gekommen, dass es dafür keinerlei Anhaltspunkte gebe.

Die Art und Weise, wie Trump die Anwürfe bestritt, überzeugte Dowd, dass dessen Empörung echt war. Was natürlich nicht hieß, dass er unschuldig war. Trump schimpfte aber nicht nur über Comey. Er meinte, an dem ganzen Desaster sei er selbst schuld, weil er keine starken Mitarbeiter und Anwälte habe.

Dowd studierte das kurze Schreiben Rosensteins vom 17. Mai, mit dem Mueller als Sonderermittler berufen wurde. Darin wurde Mueller nicht nur ermächtigt, Licht in die Russland-Sache zu bringen, sondern auch, Untersuchungen anzustellen «über sämtliche Angelegenheiten, die sich direkt aus den [Russland-]Untersuchungen ergeben oder ergeben könnten». Dass einem Ermittler derart weitreichende Machtbefugnisse erteilt wurden, hatte Dowd noch nicht erlebt.

Der Präsident meinte, er würde der Sache nicht trauen. In Muellers Ermittlerteam seien schließlich eine ganze Reihe von Demokraten.

Dowd stimmte ihm zu. Diese Aktion könne durchaus politisch motiviert sein. «Da versuchen ein paar Loser, Sie ordentlich in die Scheiße zu reiten», sagte er zu Trump.

Zu Dowds Theorie einer guten Verteidigung gehört auch, dem Mandanten den Rücken zu stärken, ja ihn als Freund zu betrachten. Trump rief ihn fast stündlich an, und das jeden Tag. Trotz Trumps mitteilungsfreudiger, direkter Art sah der Anwalt, dass der Präsident sehr einsam war.

Dowd besprach die bekannten Fakten mit Trumps Rechtsberatern und klopfte das Material auf eventuelle Schwachstellen ab. Nach einer ersten Sichtung der bekannten Beweise konnte Dowd nichts erkennen, was eine

Anklage wegen geheimer Absprachen mit den Russen oder wegen Behinderung der Justiz gerechtfertigt hätte.

Die wohl beunruhigendsten Beweisstücke waren das Papier des ehemaligen FBI-Direktors James Comey und seine spätere Aussage, dass Trump ihn unmittelbar nach General Flynns Rücktritt aufgefordert habe, mit Flynn nicht allzu hart ins Gericht zu gehen. Comey erklärte, er habe dies als Aufforderung aufgefasst, die Ermittlungen einzustellen.

Trump leugnete das.

«Was haben Sie denn gesagt?», fragte Dowd den Präsidenten.

«Na, das habe ich jedenfalls nicht gesagt.» Trump erzählte, Comey habe ihn gefragt, ob er nicht im FBI-Hauptquartier zu den Agenten sprechen wolle. «Und ich fragte ihn, für wann er das denn vorgesehen habe. Und er sagte, er würde mich noch informieren. Aber über Flynn habe ich gar nichts gesagt. Soweit es mich anging, war die Geschichte mit Flynn schließlich vorbei.»

Dowd stellte weiterhin eigene Ermittlungen an. Und er ließ sich über die Aussagen aller bekannten Zeugen unterrichten und studierte, was an Dokumenten sonst noch vorlag.

Er wollte einen guten Kontakt zu Mueller aufbauen, den er bereits kannte. Er hatte ihn vor Jahren mal bei einer Parade des Marine Corps kennengelernt, als der noch FBI-Direktor war.

«Was treiben Sie denn so?», fragte Mueller damals.

«Ich vertrete den Abgeordneten Don Young.»

«Diesen Gauner?», entgegnete Mueller. «Wie können Sie das bloß machen?»

«So ist nun mal unser Justizsystem», antwortete Dowd, der die Äußerung des FBI-Chefs als Beleidigung empfand. Gegen Young wurde nie Anklage erhoben, aber die Ethikkommission des Parlaments sprach ihm eine Rüge aus, weil er Geschenke von erheblichem Wert angenommen hatte, ohne dies pflichtgemäß offenzulegen. Young wurde bald das dienstälteste Kongressmitglied.

Mueller hatte zwar noch nicht um die Herausgabe von Dokumenten gebeten, doch vermutlich würde er das bald tun. Don McGahn, der Rechtsberater des Weißen Hauses, wollte nach Möglichkeit gar keine Schriftstücke vorlegen. Er wollte, dass der Präsident sich auf seine Vorrechte berief, zum Beispiel das Executive Privilege, das das Handeln des Präsidenten vor parlamentarischer Kontrolle schützt.

Dowd stimmte in diesem Punkt nicht mit McGahn überein. Wenn es nichts zu verbergen gab, dann würde Trumps Kooperation dazu beitragen, dass der Ermittler den Standpunkt des Präsidenten besser verstand. Und so empfahl er Trump: «Mit Honig erreicht man verdammt noch mal mehr als mit Essig.»

«Ich habe Freunde, die mir raten, die ganze Meute zum Teufel zu schicken», meinte der Präsident bei einem Anruf. «Ich traue diesen Typen nicht.» Dowd hielt dagegen, dass Kooperation eine Entscheidung beschleunigen würde, und so entschied sich Trump schließlich doch für den Honigtopf.

Dowd empfahl, Ty Cobb zu engagieren, einen versierten Anwalt aus Washington, leicht erkennbar an seinem gezwirbelten Schnurrbart. (Dowd nannte ihn deshalb «Colonel Sanders», nach dem berühmten Gründer von Kentucky Fried Chicken.) Cobb sollte Trumps Mitarbeiterstab im Weißen Haus beraten. Er würde Sonderermittler Mueller und dessen Team alle

nötigen Unterlagen aushändigen. Dowd konnte diese Aufgabe nicht übernehmen, weil er Donald Trumps Privatanwalt war. Die Dokumente aber waren durchweg Schriftstücke des Weißen Hauses. Cobb sollte vor allem dafür sorgen, dass McGahns Widerstand gegen eine Aushändigung solcher Dokumente keine Früchte trug.

Dowd erklärte dem Präsidenten: «Ich will eine Beziehung aufbauen, bei der wir uns mit [Mueller] austauschen, dann kann es keine Geheimnisse geben. Wir kriegen das schon hin.»

Bei Dowds erstem Treffen mit Mueller am 16. Juni um 13 Uhr in dessen Büro war auch Muellers Stellvertreter James «Jim» Quarles zugegen, der vor gut vierzig Jahren die Anklage im Watergate-Skandal mit auf die Beine gestellt hatte.

«Wir werden gegen Ihre Ernennung keine Einwände erheben», sagte Dowd. «Auch nicht gegen die Art und Weise, wie Sie zu diesem Posten gekommen sind.» Rosensteins Ermittlungsauftrag war zu breit angelegt. Niemand im Justizministerium durfte Ermittlungen anstellen über Dinge, die mit Muellers Auftrag zu tun hatten. «Diese Anordnung dürfte keinen Bestand haben. Aber wir werden nicht mit Steinen werfen.»

Mueller antwortete nicht. Im Schweigen war er ein Meister.

«Der Präsident hat mich angewiesen, Ihnen mitzuteilen, dass er vollumfänglich kooperieren wird», fuhr Dowd fort. «Er sagte mir: ‹Sagen Sie Bob, dass ich ihn respektiere. Ich werde kooperieren.›»

Mueller schien erleichtert.

«Was brauchen Sie denn von uns?», fragte Dowd. «Wir werden dafür sorgen, dass Sie es bekommen. Aber wir möchten, dass die Ermittlung so schnell wie möglich durchgeführt wird.» Die Position des Präsidenten sei,

dass er nichts zu verbergen habe. Zu sagen, dass er diese Ermittlung nicht gerade begrüßt, wäre eine Untertreibung. Aber wir wollen lieber, dass sie sich nicht allzu lange hinzieht. «Wir möchten, dass Sie uns hier entgegenkommen. Dass Sie sich mit uns austauschen.»

«John», meinte Mueller und stand auf, «die besten Ermittlungen sind doch jene, bei denen wir uns voll austauschen.»

«Wir kooperieren hier vor allem deswegen, damit diese verdammte Angelegenheit bald vom Tisch ist», sagte Dowd. «Wir werden unsere Amtsprivilegien nicht ausspielen. Wir haben dies gegen den Rat von Don McGahn beschlossen, aber der Präsident steht voll dahinter. Er will, dass Sie in alles Einblick erhalten und mit jedem sprechen können.»

Ty Cobb hatte einen Weg gefunden, das Executive Privilege zu wahren, aber trotzdem zu umgehen. Er sagte Mueller: «Bob, wir geben Ihnen alles. Wir berufen uns nicht auf das Aussageverweigerungsprivileg. Wenn Sie die Dokumente gesehen haben und entscheiden, dass Sie sie in irgendeiner Form benutzen müssen, lassen Sie uns das wissen, dann stellen wir eine offizielle Verzichtserklärung aus. Was den Stand der Dokumente angeht, die sich bereits in Ihren Archiven befinden, so müssen Sie diese im Rahmen des Privilegs zurückgeben.»

Mueller schien angetan davon, dass man ihm Zugang zu allen Dokumenten gewähren wollte. Er und Quarles meinten, dass man diese Angelegenheit ruhig informell handhaben könne. Man wolle keinen endlosen Papierwust produzieren.

Dowd stimmte zu. Es war nicht bei jedem Dokument nötig, schriftliche Anforderungen und Verzichtserklärungen auszustellen.

«John», meinte Mueller, «Sie kennen mich ja. Ich lasse unter mir kein Gras wachsen.» Dowd, der schon viele Sonderermittlungen miterlebt hatte, wusste, dass diese sich mitunter ewig hinzogen. Häufig bestand der Missbrauch gerade darin, dass die Ermittlungen sich endlos in die Länge zogen. Mueller aber meinte: «Jim wird hier federführend sein. Er ist mein Stellvertreter, aber ihr könnt auch mich jederzeit anrufen und wir vereinbaren einen Termin.»

«Großartig», meinte Dowd. «Für uns gilt dasselbe. Wenn ihr irgendetwas braucht, ruft mich an. Und wir werden es euch zukommen lassen oder eure Fragen beantworten oder euch helfen, an die Zeugenaussagen zu kommen.»

Der Fall, über den in der *New York Times* und der *Washington Post* berichtet worden war, erforderte eine minutiöse Untersuchung. Was die angeblichen geheimen Absprachen anging, stellte sich die Frage, was Trump 2013 auf seiner Reise nach Moskau getan hatte und was er über die Aktivitäten seines früheren Wahlkampfmanagers Paul Manafort bzw. seines langjährigen Anwalts Michael Cohen wusste, die sich während des Präsidentschaftswahlkampfs weiterhin um Geschäfte mit Russland bemüht hatten. Und was Trump über weitere mögliche Schützenhilfe wusste, zum Beispiel über die angebliche Rolle von Roger Stone bei den gehackten E-Mails von Hillary Clinton.

Anlässlich einer vielbeachteten Pressekonferenz am 27. Juli 2016 hatte Trump Russland öffentlich aufgefordert, doch die E-Mails zu veröffentlichen, die Clintons Anwalt gelöscht hatte, weil er sie für die FBI-Ermittlung gegen seine Klientin als nicht relevant einschätzte.

«Russland, wenn du zuhörst …», sagte der damalige Kandidat Trump. «Ich hoffe, ihr könnt die dreißigtausend E-Mails finden, die verschwunden sind.

Vermutlich wird unsere Presse euch dafür extrem dankbar sein.»

Später twitterte er: «Wenn Russland oder irgendein anderes Land bzw. eine Person Hillary Clintons dreißigtausend illegal gelöschte E-Mails besitzt, dann solltet ihr diese vielleicht das FBI daran teilhaben lassen!» Am nächsten Tag fügte er hinzu: «Das war natürlich ironisch gemeint!»

Dowd dachte, allein diese Erklärung, diese Bitte an Russland, war sie nun ironisch gemeint oder nicht, zeige doch deutlich, dass es da keine geheimen Absprachen mit den Russen gegeben habe. Und diese standen schließlich im Brennpunkt der Mueller'schen Ermittlungen.

Das größte Problem war wohl der Vorwurf der Behinderung der Justiz, als Trump Comey bat, die Ermittlungen gegen Flynn fallen zu lassen, und ihn zu feuern, als dieser darauf nicht reagierte. Aber Dowd ging davon aus, dass die durch Artikel II der amerikanischen Verfassung gedeckten Vollmachten des Präsidenten ihm durchaus das Recht gaben, den FBI-Direktor zu feuern.

Muellers Sicht der Dinge würde wohl hauptsächlich davon abhängen, wie er Trumps Verhalten interpretierte. Entscheidend dabei waren wohl Trumps Absichten. Stand da ein «korruptes» Motiv dahinter, wie es das Gesetz bei einem Fall von Behinderung der Justiz verlangte?

Jedenfalls lag die Latte für den Nachweis eines solchen Delikts relativ hoch. Im Allgemeinen musste der Ankläger hieb- und stichfeste Beweise erbringen, zum Beispiel, dass Ermittler belogen oder Dokumente vernichtet worden waren oder dass Geld für ungesetzliche Handlungen geflossen war, wie dies zum Beispiel im Watergate-Skandal bei der Bestechung von Zeugen passiert war.

Damals waren Tausende Stunden Tonbandaufnahmen von Gesprächen im Oval Office sichergestellt worden, die mit ungewöhnlicher Deutlichkeit

zeigten, wie die Justiz behindert und kriminelle Handlungen vertuscht werden sollten.

Dowd aber hatte keine Abhörprotokolle von Trump gefunden, auch keine Zeugen, die gegen ihn aussagten – von Comey einmal abgesehen.

Gleichzeitig war er selbst ja schon als Ankläger tätig gewesen. Er kannte die Kultur der Justiz. Ankläger schätzen es nun mal, sich einen Fall zu zimmern, vor allem einen mit so großer medialer Aufmerksamkeit.

Im Weißen Haus war es für alle offensichtlich, dass Muellers Ermittlungen zur Russland-Affäre an Trumps Nervenkostüm zerrten. Wer viel Zeit im West Wing und im Oval Office zubrachte, bekam den Eindruck, dass die Angelegenheit ihn zu viel Kraft kostete und ihn massiv von seinen Aufgaben ablenkte. Er hatte mehr und mehr Probleme, sich auf irgendetwas anderes zu konzentrieren. Ganze Tage vergingen mit seinem Klagen über Mueller, Jeff Sessions und Rod Rosenstein.

Selbst bei politischen Themen, die Trump eigentlich am Herzen lagen, wie die Zölle gegen China, brachte er die Rede immer wieder auf Mueller und seine Ermittlungen. Meist erzählte er, was er im Fernsehen gesehen hatte. «Wie kommt das rüber?», fragte er. «Was denkt ihr, sollte ich tun, um zurückzuschlagen?»

Doch die Mitarbeiter, die nicht mit den rechtlichen Angelegenheiten befasst waren, wollten ihm keine Ratschläge erteilen.

Trump ließ keine Gelegenheit aus, um darauf hinzuweisen, wie unfair das Ganze sei, eine «Hexenjagd» eben.

Rob Porter sah, dass ihn das Thema verrückt zu machen schien. Natürlich hielten sich auch hier Hochs und Tiefs die Waage, aber es gab tatsächlich

Zeiten, in denen Trump von der Russland-Frage förmlich aufgefressen wurde, in denen sie ihn davon abhielt, seine Aufgaben als Präsident zu erledigen. Er hatte immer das Gefühl, die Untersuchung sei unfair, weil er ja schließlich nichts falsch gemacht habe. Und die Leute, die gegen ihn ermittelten, schienen unbegrenzte Befugnisse zu haben.

Er machte sich zunehmend Sorgen, ob er im Rahmen des Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) vielleicht abgehört worden sei. Porter erzählte, Trump habe «Sorge, dass vielleicht während des Wahlkampfes aufgrund des FISA Wanzen eingesetzt worden seien … ein Gefühl, als hätte man ihn vergewaltigt. Als hätte jemand Macht über ihn gewonnen und er sei nicht mehr die absolute Nummer eins.»

Trump hatte noch einen Einwand gegen Mueller. «Ich kann ja gar nicht Präsident sein», sagte er. «Mir sind doch die Hände gebunden, weil ich ja nichts tun darf, was so aussieht, als wäre es gut für Russland oder für Putin. Alles wegen Mueller.»

Der Stab im West Wing und die Leute, die regelmäßig mit Trump reisten, sahen, dass er und Melania echte Zuneigung füreinander empfanden, ganz im Gegensatz zu den Spekulationen der Presse über diese Beziehung. Aber sie gingen stets getrennte Wege. Manchmal aßen sie miteinander zu Abend und verbrachten ein bisschen Zeit zusammen, doch ihr Leben schien irgendwie nie zu verschmelzen.

Melanias erste Sorge galt immer ihrem Sohn Barron. «Sie ist von Barron regelrecht besessen», meinte jemand. «Auf ihn konzentrieren sich hundert Prozent ihrer Aufmerksamkeit.»

Donald Trump gab einem Freund, der ihm sein schäbiges Verhalten gegenüber Frauen gestanden hatte, ganz privat einen Rat. Wahre Macht sei Furcht. Es gehe letztlich nur um Stärke. Man dürfe niemals Schwäche zeigen. Man müsse stark sein, sich nicht herumschubsen lassen. Eine andere Möglichkeit gebe es nicht.

«Du musst alles abstreiten, abstreiten, abstreiten und dann zum Gegenangriff auf diese Frauen übergehen», redete Trump auf ihn ein. «Wenn du irgendetwas zugibst, irgendein Verschulden eingestehst, dann bist du tot. Das war der Fehler, den du gemacht hast. Du bist nicht mit rauchenden Colts herausgekommen und hast sie herausgefordert. Du musst stark sein. Du musst aggressiv sein. Du musst hart zurückschlagen. Du musst alles ableugnen, was du angeblich getan haben sollst. Gib nie etwas zu.»

Trump verhandelte monatelang über Zölle. Er wollte 25 Prozent Zoll auf importierte Autos erheben. «Ich will ein Präsidialdekret», sagte er.

Porter erklärte ihm, dass er das rein rechtlich nicht machen könne.

«Gut, dann gehen wir deshalb vor Gericht. Ist mir doch egal. Wir machen das!»

Dann wieder sagte er zu Porter: «Sie gehen jetzt sofort in Ihr Büro und schreiben alles zusammen. Bringen Sie mir die Zölle!»

Eines Tages im Oval Office brachte Cohn die neuesten Arbeitsmarktdaten mit und stellte sie Trump und Pence vor.

«Ich habe die besten Arbeitslosenzahlen, die ihr je gesehen habt», meinte Cohn.

«Das liegt nur an meinen Zöllen», meinte Trump. «Die wirken mittlerweile.»

Doch Trump hatte zu diesem Zeitpunkt noch gar keine Zölle beschlossen. Trotzdem glaubte er, dass sie eine gute Idee seien, wusste aber auch, dass Cohn bei diesem Thema mit ihm nicht einer Meinung war.

«Sie sind ein verdammtes Arschloch», meinte Cohn halb scherzhaft und boxte Trump an den Arm.

Cohn wandte sich an einen Beamten vom Secret Service. «Ich habe gerade den Präsidenten geschlagen. Wenn Sie mich erschießen wollen, nur zu.»

Cohn dachte sich für Trump sogar einen Witz aus, den er beim Festessen des Gridiron Club über sich selbst machen sollte. «Wir haben mit der Mauer enorme Fortschritte erzielt. Alle Pläne sind fertig. Auch der Aushub ist gemacht. Die Ingenieursarbeiten sind erledigt. Das einzige Problem ist, dass wir nicht wissen, wie wir den Namen Trump über 1200 Meilen strecken können.»

Trump verzichtete auf den Witz.

Rob Porter beobachtete immer wieder, dass Trump, wenn er herausgefordert wurde – ob nun bei einer politischen Debatte, im Gericht oder in der Öffentlichkeit –, instinktiv zu glauben schien, er müsse Stärke ausstrahlen, sonst würde er als Verlierer vom Platz gehen.

Er hörte auf, bei Trumps Ausfällen gegenüber Jeff Sessions mitzuzählen. Dessen Zorn über den Justizminister verrauchte nie. Sessions' Befangenheitserklärung war und blieb eine offene Wunde.

Jeff Sessions, schimpfte Trump bei einem dieser Ausbrüche, sei ein erbärmlicher Versager. Er sei nicht loyal. Hätte er Eier gehabt, wäre er stark gewesen, dann hätte er einfach gesagt: Ich trete in dieser Angelegenheit nicht

wegen Befangenheit zurück. Ich bin der Justizminister. Ich kann machen, was ich will.

ViSiT WWW.iBOOKS.TO

Kapitel 22

In der Welt von Geheimdienst und Militär gibt es Sachverhalte, die Präsident Obama mir gegenüber einmal als «unsere tiefen Geheimnisse» bezeichnet hat. Das sind Dinge, die nachrichtendienstliche Quellen und Methoden betreffen und so streng vertraulich sind, dass nur sehr wenige Personen davon wissen. Dazu gehören der Präsident sowie hohe Militärs und Geheimdienstmitarbeiter.

Nach den Anschlägen vom 11. September wurde der amerikanische Spionageapparat gewaltig aufgebläht, geheimdienstliche Überwachung wurde zum Lebensmodell.

Gegen Ende Mai 2017 erfuhr ich von einem solchen «tiefen Geheimnis». Nordkorea trieb sein Raketen- und Atomwaffenprogramm in atemberaubender Geschwindigkeit voran und könnte «leicht innerhalb eines Jahres» über Langstreckenraketen mit Atomsprengköpfen verfügen, die bis zum amerikanischen Festland gelangten. Bislang ging der Geheimdienst davon aus, dass Nordkorea mindestens zwei Jahre, wenn nicht länger, dafür brauchen würde. Diese neue Information löste eines der seltenen Erdbeben in Geheimdienstkreisen aus, kam aber nicht weit. Sie musste um jeden Preis unter Verschluss gehalten werden.

Als Reaktion darauf forderte ein streng geheimer Plan des Pentagons die Vereinigten Staaten auf, Eskalationssignale zu senden und das Land in Gefechtsbereitschaft zu versetzen: die koreanische Halbinsel mit zwei oder drei Flugzeugträgern zu verstärken; mehr Jagd-U-Boote in der Region zu

halten (ausgestattet mit Tomahawk-Marschflugkörpern für Sperrfeuer); eine weitere F-22-Kampfflugzeugstaffel und mehr B-2-Tarnkappenbomber zu entsenden. Eventuell sogar die Familienangehörigen und Begleiter der 28500 US-Soldaten, die in Südkorea stationiert waren, nach Hause abzuziehen. Die Bodentruppen und Raketenabwehrsysteme vor Ort zu verstärken, die Truppen auf mehr Standorte zu verteilen, um sie weniger verwundbar zu machen, die Infrastruktur zu festigen, damit sie Artillerieangriffen standhalten kann.

Ich begann umfassend zu recherchieren, ob Nordkorea tatsächlich über das Potenzial verfügte, «leicht innerhalb eines Jahres» Langstreckenraketen mit Atomsprengköpfen zu bauen. Von höchster Pentagon-Ebene wurde mir mitgeteilt: «Da gibt es nichts dergleichen» – damit waren meine Informationen mundtot.

Von höchster Geheimdienstebene wurde mir mitgeteilt: «Da gibt es nichts Neues» und «keine wesentliche Veränderung» unserer Zwei-Jahres-Einschätzung. Nichts Beunruhigendes.

Ich sprach mit einer Person, die über den bestmöglichen, verlässlichsten Zugang zum aktuellen Erkenntnisstand verfügte. Das uneingeschränkte Dementi wurde kategorisch und nachdrücklich wiederholt. Doch dann geschah etwas, das mir in sechsundvierzig Jahren als Journalist noch kein einziges Mal passiert war. Die Person sagte: «Wenn ich falschliege, entschuldige ich mich bei Ihnen.»

Das war in der Tat eine Premiere. Unklar war, was es zu bedeuten hatte. Mir waren Amtsträger untergekommen, die ganz unverblümt logen, wenn es um hochsensible Informationen ging. Später darauf angesprochen, sagten sie, sie hätten es für klüger gehalten, die Wahrheit unterm Tisch zu halten.

Warum haben Sie dann einem Gespräch oder Treffen überhaupt zugestimmt? Schweigen könne als Bestätigung aufgefasst werden, hieß es dann üblicherweise. Willkommen in der Realität der Berichterstattung über geheimdienstlich relevante Themen! Das Angebot einer Entschuldigung, sollte man falschliegen, hatte ich noch nie erhalten.

Ich beschloss, die Person nicht aufzusuchen, um mir ihre Entschuldigung abzuholen, aber verdient hatte ich sie sehr bald.

Einen guten Monat später, am 3. Juli, testete Nordkorea seine erste Langstreckenrakete, eine Hwasong-14. Die Rakete hatte nur eine Reichweite von 930 Kilometern und war nur 37 Minuten in der Luft, aber damit war bewiesen, dass sie mit einer flacheren Flugbahn unter Umständen das amerikanische Festland erreichen könnte. Genau davor hatte mein Informant etwa zwei Monate zuvor gewarnt.

Trump wurde in derselben Nacht informiert. Am nächsten Tag, dem 4. Juli, fand im Weißen Haus eine Feier zum Unabhängigkeitstag statt. Am Nachmittag berief McMaster im Situation Room eine Dringlichkeitssitzung auf höchster Ebene ein. Trump war nicht anwesend.

CIA-Direktor Pompeo sagte, dass die Bestätigung für eine Langstreckenrakete vorliege. Sie wurde von einem achtachsigen, aus China importierten Fahrzeug abgefeuert. So viel zur Hoffnung, China würde einen mäßigenden Einfluss auf Nordkorea ausüben.

Tillerson teilte mit, er habe keinen Kontakt zu den Chinesen herstellen können, habe aber bereits eine Dringlichkeitssitzung im UN-Sicherheitsrat einberufen. «Wir müssen mit Russland zusammenarbeiten, um seine Unterstützung zu bekommen und damit wir uns auf die Länder konzentrieren,

die sich nicht an die bestehenden Sanktionen halten», sagte er. «Das muss zum Gesprächsthema bei den G20 werden, insbesondere mit Japan und Südkorea.»

Tillerson äußerte sich besorgt, dass die Regierung ausgerechnet jetzt China mit Stahlzöllen drohe, wo man seine Hilfe bräuchte, um Nordkorea im Zaum zu halten. Sorgen machte ihm auch, wie die Verbündeten, Japan, Südkorea und die EU, auf die von Trump angedrohten Stahlzölle reagieren würden.

Die Botschafterin bei den Vereinten Nationen Nikki Haley meinte: «Die Chinesen sind uns zwar ausgewichen, aber der Sitzung im Sicherheitsrat für morgen haben sie letztlich zugestimmt.» Für zusätzliche Sanktionen müssten die Vereinigten Staaten noch weitere Unternehmen ermitteln, die Handelsbeziehungen mit Nordkorea unterhielten.

«Wir brauchen eine überzeugende Presseerklärung, um unsere Verbündeten ins Boot zu holen», sagte Mattis. «Zwischen Südkorea und uns darf nicht die geringste Dissonanz spürbar sein.» Er ging sämtliche militärischen Krisenpläne durch, inklusive möglicher Angriffe auf Nordkorea – die gesamte Palette, von eng begrenzten Nadelstichen bis hin zu einer umfassenden Offensive und einem Anschlag auf die Führung. Dafür hatten die USA nicht die notwendigen Schiffe und sonstigen Güter in der Region. Sie wären für eine Krisensituation nicht gerüstet, und das alles auf die Reihe zu bekommen, würde Zeit brauchen.

«Unsere erste Wahl sollten von den UN verhängte Sanktionen sein», sagte Mnuchin. «Ansonsten stehen uns noch ein weiteres Dutzend grundlegender Sanktionen zur Verfügung.»

Mike Rogers, der Direktor der NSA, erläuterte die Verteidigungsstrategie im Bereich Cybersicherheit. Auf die Möglichkeiten offensiver Cyberattacken

ging er nicht ein.

«Wir sollten uns, im Zusammenhang damit, was wir über die Langstreckenrakete und andere Dinge herausbekommen konnten, dringend mit der Frage befassen, wie viele technische Daten wir mit China und Russland teilen», mahnte Dan Coats, der Direktor der Nationalen Nachrichtendienste. Der US-Geheimdienst habe ein ziemlich vollständiges Bild, und das müsse geschützt werden.

«Wir werden ziemlich bald wissen, ob China wie versprochen an unserer Seite bleibt», meinte Tillerson. Sobald die Vereinigten Staaten bereit wären, für amerikanische Staatsbürger ein Einreiseverbot nach Nordkorea zu verhängen, sollten wir auch andere Nationen zu dieser Maßnahme überreden können.

«Die große Herausforderung wird der Verlust von Zuträgern sein», meinte Pompeo in Anspielung auf mögliche Auswirkungen auf verdeckte Ermittler der CIA.

«Ich hoffe, wir bewegen uns nur langsam darauf zu», sagte Mattis. Er kannte die Einzelheiten des Special-Access-Programms. «Der Verlust von Agenten hätte ziemlich dramatische Folgen.»

«Wenn die Leute weiter reisen, steigt das Risiko von Entführungen», sagte Tillerson, widersprach der Bemerkung von Pompeo und Mattis zu den Informanten aber nicht.

Alle waren sich einig, dass die USA als schwach dastehen würden und keine Antwort hätten auf diese neue Normalität eines mit Langstreckenraketen ausgerüsteten Nordkorea, wenn sie nicht couragiert handelten.

Der Raketenstart durch Nordkorea stellte einen Wendepunkt in jeder Hinsicht dar: Kim Jong-un verfügte nun über eine mobile Langstreckenrakete, und die Flugkörper konnten möglicherweise amerikanischen Boden erreichen. Der US-Geheimdienst besaß unwiderlegbare Beweise, dass die Chinesen das Acht-Achsen-Fahrzeug geliefert hatten, das ein zentraler Bestandteil dieses komplexen Raketensystems war. Die CIA riskierte, ihre Informanten zu verlieren, wenn die USA Reiserestriktionen verhängten. Und wenn der Präsident entschied, den Befehl zu irgendeiner signifikanten militärischen Antwort zu erteilen, wären die dafür notwendigen Mittel nicht sofort verfügbar.

Später erfuhr ich, dass die Person, mit der ich im Mai gesprochen hatte, diese Information für so heikel hielt, dass sie eine Lüge vorzog.

Weniger als zwei Monate später, am 3. September, führte Nordkorea einen unterirdischen Test seiner leistungsstärksten Atomwaffe durch – den sechsten. Die Bombe war mindestens 17-mal stärker als die, die 1945 Hiroshima zerstörte.

Im Wahlkampf erklärte Trump auf CBS am 10. Februar 2016, in *This Morning*, er würde China dazu bringen, Kim «sehr rasch verschwinden zu lassen, auf welche Weise auch immer». Er nannte Kim einen «miesen Kerl – und unterschätzen Sie ihn nicht».

In einem Präsidialdekret, 1981 von Reagan unterzeichnet, heißt es: «Keine Person, die in der US-Regierung arbeitet oder in ihrem Namen handelt, darf einen Mordanschlag veranlassen oder sich mit jemandem verbünden, der sich an einem Mordanschlag beteiligt.» Doch Regierungsjuristen waren zu dem

Ergebnis gekommen, dass ein militärischer Angriff auf das Kommando- und Kontrollzentrum eines Staatsführers im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen nicht gegen die Ächtung von Mordanschlägen verstoße.

Einer der frühesten Anwendungsfälle eines gezielten Angriffs auf ein Kommando- und Kontrollzentrum eines Staatsführers ereignete sich gegen Ende von Clintons Amtszeit als Präsident. Der Militäreinsatz ist im Gedächtnis nicht so präsent, weil zeitgleich das Amtsenthebungsverfahren im Kongress debattiert wurde. Im Dezember 1998 befahl Clinton einen Militärschlag gegen den Irak.

Während der «Operation Desert Fox» wurden drei Tage lang 650 Bomben- und Marschflugkörperangriffe auf weniger als 100 Ziele geflogen. Die umfangreichen Bombenangriffe waren als Strafmaßnahme gegen den Irak geplant, der den Waffeninspekteuren der Vereinten Nationen auf ihrer Suche nach Massenvernichtungswaffen den Zutritt verweigert hatte.

Desert Fox war nicht explizit darauf ausgelegt, den irakischen Machthaber Saddam Hussein zu töten, aber mehr als die Hälfte der Ziele waren seine Paläste und sonstige Standorte, wo er sich aufhalten könnte, die von Geheimdiensttruppen und Einheiten der Republikanischen Garde bewacht wurden. Saddam wurde nicht getroffen, obwohl viele Regierungsmitglieder gehofft hatten, das wäre sein Ende, insbesondere der Verteidigungsminister William Cohen.

Auch im Vorfeld der Irak-Invasion 2003 dachten Präsident George W. Bush und seine Beamten vom Nationalen Sicherheitsrat darüber nach, Saddam in einer verdeckten Operation zu töten.

CIA-Mitarbeiter aus der demoralisierten Iraqi Operations Group antworteten mit einem eindeutigen Nein. Es sei zu schwierig; Saddam sei zu gut geschützt. Die Sicherheits- und Geheimdienstorganisationen hätten als einzige Aufgabe, ihn am Leben und an der Macht zu halten. Für die Irak-Gruppe war die militärische Invasion der einzige Weg, den Diktator zu beseitigen.

Am Vorabend der US-Invasion im Irak, berichteten Informanten der CIA, Codename ROCKSTARS, dass sich Saddam mit zunehmender Sicherheit in Dora Farm aufhielte, einem Komplex südöstlich von Bagdad am Ufer des Tigris. Auf die Information hin, Saddam hätte sich in einem Bunker verschanzt, befahl Bush den Angriff mit bunkerbrechenden Bomben. Einige Stunden später rief der Direktor der CIA, George Tenet, im Situation Room an. «Sagen Sie dem Präsidenten, wir haben den Hurensohn erwischt.» Das war aber nicht der Fall.

Tage später besuchte der Chef der CIA-Basis im Nordirak Dora Farm. Es sah aus wie die Trümmer eines Flohmarkts. Einen Bunker konnte er nicht entdecken, nur einen unterirdischen Vorratsraum zur Lagerung von Lebensmitteln. Eines war damit klar: Saddam war entkommen, oder er war nie dort gewesen. Er wurde neun Monate später gefangen genommen, als ihn US-Truppen versteckt in einem Erdloch unter einer kleinen Hütte fanden.

Die CIA unternahm in den folgenden Jahren eine umfassende interne Analyse. Angenommen, Saddam wäre bei einer verdeckten Aktion oder einem Militäreinsatz getötet worden, hätte das eine Invasion und den langen Krieg überflüssig gemacht? Die Zahl der Toten betrug, vorsichtig geschätzt, mehr als 100000 Iraker und 4530 Amerikaner. Den USA entstanden Kosten

von mindestens 800 Milliarden Dollar, wahrscheinlich sogar eine Billion Dollar. Wie instabil machte der Krieg den Nahen Osten und in welchem Maß hat er den Iran gestärkt? Der Irak-Krieg wurde für Jahre zum Dreh- und Angelpunkt der Geschichte des Nahen Ostens und der gesamten Welt.

Jahre später, von 2013 bis Anfang 2017, erreichte die interne Prüfung unter der Führung von John Brennan als CIA-Direktor ihren Höhepunkt. Mit seiner ruhigen, souveränen und nüchternen Art war er ein CIA-Mann bis ins Mark. Er hatte umfassende Geheimdiensterfahrung und hatte meistens richtig gelegen. Im Fernsehen sah man ihn selten lächeln.

Unter Präsident Clinton war Brennan der tägliche Geheimdienstberichterstatter gewesen; er war Chef der CIA-Abteilung in Saudi-Arabien gewesen; und Stabschef unter CIA-Direktor Tenet. Als Antiterror-Chef im Weißen Haus während Obamas erster Amtszeit hatte er eine enge Beziehung zum Präsidenten entwickelt, der ihn dann in seiner zweiten Amtsperiode mit dem Posten des Direktors der CIA belohnte. Brennans Spitzname war «Der Mann mit den Antworten». Er vertiefte sich in Geheimdienstakten und verlangte häufig Einsicht in Agentenberichte und unbearbeitete Abhörprotokolle.

Vor dem Hintergrund des «Fehlers» im Irak kam Brennan schließlich zu dem Ergebnis, dass die CIA ihre Aufgabe nicht erfüllt hatte. Die Iraqi Operations Group war der Verantwortung aus dem Weg gegangen, indem sie auf einem «Ihr braucht Truppen! Ihr braucht Truppen!» insistierte. Das war nun mal nicht der Job der CIA. Sie hätten ihre Energie vielmehr darauf richten sollen, welche Handlungsmöglichkeiten der CIA zur Verfügung standen. Angesichts des Ausmaßes des Fehlers kam Brennan zu dem

Ergebnis, dass das Saddam-Problem durch einen «indirekten Mord», wie er das nannte, hätte gelöst werden können.

Als die Nordkorea-Krise unter Obamas Präsidentschaft eskalierte, entwickelte Brennan eine aggressive These. Die CIA sollte sich nicht um einen Regierungswechsel bemühen, sondern um einen «Austausch der Person», die Eliminierung von Führer Kim Jong-un. Brennan kam zu dem Schluss, dass es der Irak-Gruppe in der Zeit vor der Invasion 2002/03 an Mut, Know-how und Phantasie gefehlt hatte. Also machte sich die entsprechende Nordkorea-Gruppe des CIA-Direktoriums an die Arbeit. War ein «indirekter Mord» oder ein «Austausch der Person» möglich? Immerhin eine Möglichkeit, die eine Untersuchung wert war.

Die Nordkorea-Gruppe der CIA legte eine nachrichtendienstliche Einschätzung vor, die «Peninsula Intelligence Estimate (PIE)», die Warnhinweise enthielt, dass der Norden einen Angriff plane. Der streng geheime US-Einsatzplan im Krisenfall, die Antwort auf eine militärische Offensive, forderte einen Regimewechsel in Nordkorea. Sein Name: OPLAN 5027.

Eine Tasking Order regelte die Ziele und Einsätze zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Es war ein gewaltiger Plan, der auf einen Sieg angelegt war und zu den vertraulichsten Plänen der US-Regierung überhaupt gehörte.

Der Zeitplan zur Truppenentsendung, Time-Phased Force Deployment (TIPFID), zeigte, dass es dreißig Tage dauern würde, sämtliche Truppen in Stellung zu bringen.

Eine einfachere, aber deutlich riskantere Option umfasste Angriffe auf Ziele der nordkoreanischen Führung, insbesondere auf Kim Jung-un. Sie gehörten zu einem verfeinerten Einsatzplan, OPLAN 5015.

Die Air Force hatte verschiedene Optionen für direkte Angriffe auf die Führung, darunter Angriffe durch Tarnkappenbomber innerhalb und außerhalb Nordkoreas, bevor man dort überhaupt reagieren konnte. Für einen punktgenauen Angriff auf die Führung waren Informationen von «größter Eindeutigkeit» erforderlich, wie sich ein General ausdrückte.

Vom 17. bis 19. Oktober 2017 startete die Air Force in den Missouri-Ozarks eine Reihe aufwendiger Tests von simulierten Luftangriffen. Die Gegend dort verfügt über eine ähnliche Topographie wie Nordkorea.

Bei einer Übung erfolgte der Luftabwurf aus lediglich 150 Meter Höhe, das ist gefährlich niedrig, führt aber zu maximaler Zerstörung am Boden. Bei einer ähnlichen Übung trug der Bomber eine 13,6 Tonnen schwere MOP (Massive Ordnance Penetrator). Dieser Typ war im April 2017 bereits in Afghanistan eingesetzt worden. Bei den Simulationsübungen markierten die Koordinaten genau einen Hangar auf dem Jefferson City Airport. Die Piloten diskutierten auch das Timing beim Zünden der Bombe für eine optimale Wirkung auf das Ziel.

Egal wie man es betrachtet, bei dieser Übung handelte es sich um eine ernsthafte Vorbereitung, aber zu diesem Zeitpunkt war es eine mögliche Handlungsoption unter vielen.

McMaster äußerte sich kämpferisch zu Nordkorea und argumentierte im Weißen Haus, dass, wenn Trump angreifen wollte, dann am besten möglichst bald, noch bevor Nordkorea seine Langstreckenraketen und Atomwaffen optimieren könnte. Oder bevor weitere gebaut würden. Die Zeit würde die Gefahr nur vergrößern. Und an die gerichtet, die eher abgeneigt waren, fragte er: «Wollt ihr lieber einen Atompilz über Los Angeles riskieren?»

Diese Frage weckte Erinnerungen an eine Bemerkung von Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice vor der Irak-Invasion, es sei offen, wie schnell Saddam an Atomwaffen käme. Sie fügte hinzu: «Und wir wollen keinen Atompilz als Beweis.»

General Kelly, der Heimatschutzminister und ehemalige Viersternegeneral des Marine Corps, reagierte wütend, als er erfuhr, dass das Weiße Haus an einem Kompromiss zur Einwanderung sogenannter «Dreamer» arbeite – ein zentrales Thema in der Einwanderungsdebatte. Dreamer sind Einwandererkinder, deren Eltern als Erwachsene illegal in die USA kamen.

In dem 2012 erlassenen Dekret, genannt DACA, «Deferred Action for Childhood Arrivals», hatte Präsident Obama 800000 Dreamern Schutz vor Abschiebung und den Zugang zu einer Arbeitserlaubnis gewährt. Damit hoffte er, sie in den normalen Arbeitsmarkt zu bringen und ihnen eine amerikanische Identität zu ermöglichen.

Kelly, ein Hardliner in Einwanderungsfragen, sollte diesen Bereich von nun an federführend betreuen. Jared Kushner jedoch hatte in geheimen Verhandlungen an einer Kompromisslösung gearbeitet. Er hatte Senator Dick Durbin eingeladen, einen Demokraten aus Illinois, die Nummer zwei in der Parteiführung. Lindsey Graham fragte Kelly später: «Hat Jared Ihnen denn nicht gesagt, dass wir schon seit Monaten daran gearbeitet haben? Wir haben es hingekriegt.»

Kelly rief Bannon an. «Wenn der Schwiegersohn jetzt die Führung übernimmt, dann soll er sie auch übernehmen. Dann muss ich nicht die Leitung haben. Ich muss mit dem Präsidenten sprechen. So mache ich da nicht mehr mit. Ich werde mich nicht an die Spitze stellen und mich in einer

Sache, über die ich informiert sein muss, so überrumpeln und bloßstellen lassen.»

Bannon ging davon aus, dass die Regierung durchaus eine harte Linie in der Einwanderungsfrage vertrat – mit Ausnahme von Trump selbst. «Er war immer schon nachgiebig gegenüber dem DACA-Dekret. Er glaubt dem linken Flügel. Lauter Abi-Redner und Rhodes-Stipendiaten. Ivanka hat ihm das im Lauf der Jahre eingeredet.»

Kelly sprach auch Priebus gegenüber seine Lage an, der genauso wie Bannon fürchtete, Kelly werde zurücktreten.

«Nehmen Sie Kelly öfter mal auf die Tagesordnung», riet Bannon. «Lassen Sie ihn mit dem Chef reden und stauchen Sie Jared zusammen. Immerhin hat er uns die Scheiße eingebrockt, indem er immer alles hinter dem Rücken der anderen macht.»

Priebus tat nichts dergleichen.

«Setzen Sie es doch endlich auf die Tagesordnung», insistierte Bannon.

Priebus blockte weiter ab. Es würde nur die Desorganisation im Weißen Haus ans Licht bringen.

«Wovon reden Sie?», fragte Bannon. Das war lächerlich. Natürlich hatte Priebus keine Kontrolle über Jared. Und irgendwer tat immer etwas hinter dem Rücken anderer.

Also erklärten sowohl Bannon als auch Priebus Kelly gegenüber, sie würden sich darum kümmern. Zum Präsidenten zu gehen, würde nur unnötige Verwirrung stiften. Wir werden dafür sorgen, dass so etwas nicht noch mal passiert und Sie über alles informiert werden.

Kelly gab sich für den Moment als Teamplayer und ließ es auf sich beruhen. Als er später in Trumps Gegenwart versteckt darauf anspielte,

reagierte Trump nicht.

Lindsey Graham schaute in Bannons Büro im West Wing des Weißen Hauses vorbei. «Hi, ich hab einen Deal im Angebot. Sie wollen doch die Mauer?» Trump würde die Mittel für die Mauer bekommen – im Tausch gegen die Dreamer.

«Stopp», sagte Bannon. Der Dreamer-Deal wäre eine Amnestie. «Es wird keine Amnestie geben, nicht für einen Einzigen. Und wenn ihr zehn verdammte Mauern baut. Die Mauer reicht nicht. Das führt doch zu Kettenmigration.»

Kettenmigration, offiziell als Familienzusammenführungsstrategie bezeichnet, erlaubte es einzelnen legalen Einwanderern, ihre Familien in die USA nachzuholen – Eltern, Kinder, Ehegatten und manchmal auch Geschwister. Familienmitglieder erlangten auf diesem Weg legal eine dauerhafte Aufenthaltsberechtigung oder die Staatsangehörigkeit. Und auch sie zogen wieder eine «Kette» von Ehepartnern, Kindern, Eltern und Geschwister hinter sich her.

Zwei Drittel (68 Prozent) der legal in den USA lebenden Migranten kamen 2016 im Zuge einer Familienzusammenführung oder Kettenmigration. Daher war das Herzstück von Trumps und Bannons Anti-Immigrationshaltung: Sie wollten illegale Immigration stoppen und legale Immigration beschränken. Bannon wollte einen neuen, härteren Kurs. Graham und er konnten sich nicht auf eine Abmachung verständigen.

Ivanka und Jared luden Stephen Miller, einen Hardliner in der Einwanderungspolitik, zu einem Essen mit Durbin und Graham zu sich nach Hause ein.

«Du tust nichts anderes als zuhören», wurde Miller von Bannon instruiert. «Geh einfach hin und hör zu. Leg dich nicht mit ihnen an. Ich will einfach nur alles wissen, was geredet wurde.»

Miller berichtete, dass Ivanka und Jared dachten, sie hätten Trump für eine Art Deal gewonnen, bei dem Geldmittel für die Mauer im Austausch für eine Amnestie von 1,8 Millionen Dreamern bereitgestellt würden. Bannon schätzte die reale Zahl aufgrund der Kettenmigration auf das Doppelte oder Dreifache – das bedeutete drei bis fünf Millionen neuer Einwanderer. «Die können uns doch nicht für so blöd halten.»

Einige Tage lang schien es Bannon so, als wäre Senator Graham im West Wing eingezogen. Seinen Sermon über die Dreamer hörte er sich mindestens drei Mal mit an. Er vermutete, Graham wollte McConnell als Mehrheitsführer im Senat ablösen.

Bannons Krieg mit McConnell hatte seinen Höhepunkt erreicht, und Graham sah er als seinen wichtigsten Verbündeten. Graham und Bannon telefonierten fast täglich. Bannon ging davon aus, dass McConnell wegen seines straffen Führungsstils unbeliebt war und alle ihn absägen wollten.

Graham räsonierte über Ersatz für McConnell. «Wir müssen einen guten Mann finden, der ihn ersetzen könnte», meinte er. Er stritt jedoch ab, selbst McConnells Job als Mehrheitsführer übernehmen zu wollen.

Bannon hielt Graham für den besten Verhandler, den die Republikaner hatten, aber er gehörte zum Establishment. Graham konnte mit Bannons nationalistischer Agenda nichts anfangen und meinte dazu: «Dieses America-First-Gerede ist doch völliger Blödsinn, Bannon. Das ist alles völliger Blödsinn.»

Bannon war bereit – ganz im Stil des Weißen Hauses unter Trump –, auf jedes Pferd zu setzen, wenn er damit nur seine Zwecke erreichen konnte. Er bestellte Justizminister Sessions ins Weiße Haus ein. Ihr Einwanderungsproblem hieß nun Trump. «Er hört jetzt auf Jared und Ivanka. Und Graham ist der beste Verkäufer weit und breit. Er liebt Graham. Graham kann ihm alles verkaufen. Er hat Durbin hinter sich gebracht. Sie sind ganz vernarrt in ihn. Wir haben da ein verdammtes Problem.»

Bannon sprach mit Kris Kobach, dem Innenminister von Kansas, einem der größten Gegner der Dreamer und ein Held der Rechten. Kobachs Idee war, dass er und andere Staatsanwälte gegen das DACA-Dekret Klage einreichen könnten, weil es verfassungswidrig sei. Bannon und Sessions entwickelten den Plan, von Regierungsseite der Klage nichts entgegenzusetzen. «Das war's», sagte Bannon. «DACA ist am Ende. Alles, was Trump dem Kongress dazu zu sagen hat, war: ‹Hey, ich arbeite in der 1600 Pennsylvania Avenue. Wenn Sie eine Idee haben, kommen Sie zu mir.›» Trump musste nur neutral bleiben.

Kapitel 23

Während Trump Pläne schmiedete, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen, hatte Priebus die Nase voll von Ivanka. Die fünfunddreißigjährige Tochter des Präsidenten und Chefberaterin im Weißen Haus konnte sich im West Wing quasi frei bewegen. Ivanka hatte so etwas wie eine verdeckte Operation zur Unterstützung des Pariser Abkommens in Gang gesetzt, einer 2015 erzielten und von 195 Staaten unterzeichneten internationalen Übereinkunft zur Bekämpfung des Klimawandels durch die freiwillige Verpflichtung, Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Obama hatte zugesichert, die Emissionen um 25 Prozent gegenüber dem Stand von 2005 zu senken. Dieses Ziel sollte bis zum Jahr 2025 erreicht sein. Zudem wollte er drei Milliarden Dollar für einen Klimafonds, den Green Climate Fund, zur Unterstützung unterentwickelter Länder bereitstellen.

Tatsächlich war jedoch nur 1 Milliarde Dollar geflossen, die Hälfte davon drei Tage vor Obamas Ausscheiden aus dem Amt.

Ivanka wollte unbedingt, dass ihr Vater an diesem Abkommen zugunsten der Umwelt festhielt. Wenn Priebus sich in seinem Büro mit Wirtschaftsexperten und Mitgliedern des Nationalen Wirtschaftsrats traf, kam nach einer Viertelstunde regelmäßig Ivanka hereinspaziert und setzte sich dazu. Oft, ohne auch nur ein Wort zu sagen.

Wer ist diese Person?, wunderte sich Priebus. Was will sie hier?

Es wurde immer schwieriger, den West Wing im Griff zu behalten. Ivanka schien praktisch ununterbrochen – Stunde um Stunde, Tag für Tag – präsent

zu sein. Jared genoss die gleichen Hausbesetzerrechte wie seine Frau. Die beiden führten sich auf wie eine Bande von Besserwissern, passten auf, beobachteten und hatten Zugang zum Präsidenten nicht nur als Mitglieder der Familie, sondern auch als Berater. Ivanka säte politische Zweifel und gab ihrem Vater Artikel zu lesen.

Wenn Priebus seinen Unmut darüber äußerte, witzelte Trump: «Ach, das sind Demokraten.» New Yorker eben, in der Großstadt verwurzelt und mit deren Freigeisterei infiziert. Der Präsident unternahm keinen ernsthaften Versuch, ihrer freischaffenden Einflussnahme Grenzen zu setzen. Priebus hatte zuvor das Republican National Committee geleitet, und zwar beispielhaft straff und effektiv, wie er selbst fand. Dagegen schien das Weiße Haus unter Trump darauf angelegt, jegliche Ordnung auf den Kopf zu stellen.

Priebus hatte eine Entscheidungsvorlage zum Rückzug der USA aus dem Pariser Abkommen vorbereitet, die der Präsident prüfen und unterzeichnen sollte.

Ivanka sagte zu ihrem Vater: «Mark Zuckerberg möchte sich gern mit dir unterhalten.» Sie hatte ein Telefongespräch mit dem Gründer und Vorsitzenden von Facebook arrangiert. Zuckerberg war ein entschiedener Befürworter des Klimaschutzes. Das Gleiche hatte sie mit Apple-Chef Tim Cook und einigen anderen besprochen. Einmal schob sie sogar eine persönliche Mitteilung des ehemaligen Vizepräsidenten Al Gore, eines der leidenschaftlichsten Fürsprecher des Pariser Abkommens, zwischen die Papiere auf dem Schreibtisch des Präsidenten.

Trump sprach tatsächlich mit Gore, der später berichtete, er habe den Eindruck gehabt, Trump würde möglicherweise an dem Abkommen festhalten wollen.

Ivanka und Jared zeigten dem Präsidenten einen Zeitungsbericht, in dem Zitate eines ungenannten Informanten aus dem Weißen Haus markiert waren. «Weißt du, wer das ist?», sagten sie. «Das ist Steve Bannon.» Mit dieser Taktik erreichten sie, dass der Präsident, dessen Umfeld voller undichter Stellen war, langsam, aber sicher das Vertrauen zu Bannon verlor.

Am 5. April traf Rob Porter im Foyer des West Wing auf Scott Pruitt, den Leiter der Umweltschutzbehörde EPA. Er hatte Pruitt auf seine Anhörung vor dem Senat vorbereitet, der ihn mit der knappen Mehrheit von 52 zu 46 durchgewinkt hatte. Pruitt war sechs Jahre lang Generalstaatsanwalt in Oklahoma gewesen und hatte diese Position genutzt, um einen Krieg gegen Verordnungen der EPA zu führen. Sie begrüßten einander und plauderten. Dann machte Pruitt sich auf den Weg ins Oval Office und Porter folgte ihm. Pruitt hatte keinen offiziellen Termin, es war ein außerplanmäßiges Treffen. Dies wurde vollends deutlich, als auch Bannon im Oval Office auftauchte.

«Wir müssen raus aus dem Pariser Abkommen», sagte Pruitt und reichte dem Präsidenten ein Blatt Papier. Der Austritt sei wichtig, sagte er. «Das war ein Wahlkampfversprechen.»

«Ja, ja, ja», bekräftigte Bannon mehrmals. «Und es muss jetzt passieren.»

Er solle damit an die Öffentlichkeit gehen, sagte Pruitt, folgendermaßen könne seine Presseerklärung lauten. Vielleicht verlesen Sie sie vor Reportern im Oval Office, und der Pressesprecher gibt sie dann die schriftlich heraus.

Porter war sprachlos. Als Stabssekretär wusste er, dass es kein entsprechendes Verfahren gegeben hatte. Niemand war konsultiert worden. Eine juristische Prüfung war nicht erfolgt. Pruitt und Bannon hatten sich ins Oval Office geschlichen und verlangten eine sofortige Entscheidung in einer

Angelegenheit, die das drängendste Umweltthema der Gegenwart auf nationaler und internationaler Ebene betraf.

Kein Zweifel, dieses Papier auf dem Schreibtisch des Präsidenten war eine Brandbombe. Trump konnte es sich zu Gemüte führen und beschließen, es vor der Presse zu verlesen oder dem Pressesprecher Sean Spicer zu übergeben, damit der es veröffentlichte. Sobald Porter die Gelegenheit dazu hatte, ließ er Pruitts Vorlage von Trumps Schreibtisch verschwinden.

Anschließend erklärte er gegenüber Bannon und Pruitt, sie könnten nicht einfach auf diese Weise ins Oval Office hineinspazieren. Das sei ein eklatanter Verstoß gegen jedes ordnungsgemäße Verfahren. Absolut inakzeptabel.

Am 27. April rief Gary Cohn Minister und Behördenchefs zu einer Besprechung über das Pariser Abkommen im Situation Room zusammen. Sein Nationaler Wirtschaftsrat hatte ein «nur zum offiziellen Gebrauch» bestimmtes sechsseitiges Papier herumgehen lassen, in dem zwei Optionen skizziert wurden. Die erste war die Kündigung des Abkommens. Die andere lautete: «An der Vereinbarung festhalten, sie aber auf eine Weise auslegen, die der Wirtschaft nicht schadet und weiteren finanziellen Verpflichtungen und Zuwendungen einen Riegel vorschiebt.»

«Ich möchte als Erstes dem Rechtsberater des Weißen Hauses das Wort erteilen», eröffnete Cohn die Sitzung. «Er soll uns die rechtlichen Aspekte erläutern.»

Don McGahn war allerdings noch nicht eingetroffen. Um die Zeit zu überbrücken, erörterte sein Stellvertreter Greg Katsas einige Formalien.

«Großartig, McGahn ist jetzt da», sagte Cohn. «Dann erklären Sie mal, was juristisch auf uns zukommt.»

McGahn war als Kritiker des Abkommens bekannt, hatte seine Karten jedoch noch nicht aufgedeckt. «Nun», sagte er, «wir werden es mit allerlei Klagen vor Gericht zu tun haben. Und wenn wir das Pariser Abkommen nicht kündigen, dann wird es wirklich gefährlich für unsere Bemühungen, irgendwelche Verordnungen der EPA zurückzunehmen.

Die Regierung Obama hat das Pariser Abkommen als Rechtfertigung für ihre Regulierungsaktivitäten genutzt und dafür, Kosten und Nutzen des Clean Power Plan, des Plans für saubere Energie, zu begründen.» Gemeint war die 460-seitige Verordnung aus der Ära Obama, die alle Kraftwerke verpflichtete, ihren Ausstoß von Kohlendioxid spürbar zu verringern. Nach Schätzungen der EPA würden damit pro Jahr 4500 Menschenleben gerettet. Pruitt war entschlossen, dieser Politik ein Ende zu machen.

«Wir werden also Probleme mit den Gerichten kriegen, wenn wir uns nicht aus Paris rausziehen», sagte McGahn. Er war dafür, auf der Stelle auszusteigen.

«Sie haben ja keine Ahnung», entgegnete Tillerson. «Meine Juristen aus dem Außenministerium, die das alles überhaupt ausgehandelt haben und die entscheidenden Sachkenntnisse besitzen, sagen, dass wir nicht einfach unseren Ausstieg verkünden können.»

In dem Optionspapier heißt es unmissverständlich: «Die Vereinigten Staaten können einen Austritt aus dem Pariser Abkommen nicht vor dem November 2019 verkünden» – also in zweieinhalb Jahren.

Die zweite Option dagegen – an der Vereinbarung festzuhalten, aber nichts zu tun, was der Wirtschaft schadet, und weitere finanzielle Zuwendungen

auszuschließen – würde den USA, was mögliche Gerichtsverfahren betreffe, sehr zustatten kommen, erklärte Tillerson.

Der Außenminister stand mit dieser Haltung allein da. Pruitt sprach sich entschieden für einen Ausstieg aus. Priebus, der vor allem den politischen Nutzen im Auge hatte, schloss sich ihm an. Bannon betrachtete das Pariser Abkommen als einen weiteren Coup der Globalisierer auf Kosten der Vereinigten Staaten.

Abschließend erklärte Cohn, dass man die rechtlichen Probleme wohl irgendwie aus dem Wege würde räumen müssen. «Aber ich glaube, wir sind auf einem gutem Wege, einen Konsens zu finden.» Er sollte recht behalten. Das Pariser Abkommen war tot.

Bevor sie am 1. Juni um 10 Uhr zu einer Besprechung mit dem Präsidenten über das Pariser Abkommen gingen, steckten McMaster und Porter noch einmal die Köpfe zusammen. Für diesen Tag wurde eine Ankündigung des Präsidenten erwartet. Wir müssen einen allerletzten Versuch unternehmen, darin waren sie sich einig.

Ein Rückzug würde die Beziehungen zu zahlreichen anderen Ländern beschädigen, gab McMaster zu bedenken. Seine ausländischen Kollegen hatten ihm mächtig zugesetzt. «Ihr denkt doch nicht im Ernst daran, das zu tun, oder?» Oder ganz deutlich: «Bitte, lasst das.»

Porter hatte einige Formulierungen für den Präsidenten entworfen. «Die Vereinigten Staaten werden sich ab sofort aus den Zielvereinbarungen des Pariser Klimaabkommens zurückziehen.» Porter las McMaster vor, was ihm vorschwebte: «Vom heutigen Tag an werden die Vereinigten Staaten keine finanziellen oder wirtschaftlichen Belastungen tragen, die das Pariser

Abkommen ihnen möglicherweise auferlegt, einschließlich ihrer national festgelegten Beiträge (NCDs).»

Trotz eines Rücktritts von den «Zielvereinbarungen» würden die Vereinigten Staaten weiterhin im Kreis der Vertragsstaaten verbleiben. «Mit so einer Formulierung zeigen wir ausreichend Härte, das müsste reichen», argumentierte McMaster. «Er wird das Gefühl haben, dass das politische Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt. Er macht sein Wahlkampfversprechen wahr. Die Basis wird begeistert sein.»

Dies entsprach im Wesentlichen der zweiten Option aus dem Treffen der Minister – «Festhalten am Pariser Abkommen». Porter glaubte eine Möglichkeit gefunden zu haben, den Schaden gering zu halten.

Anschließend präsentierten Porter und McMaster dem Präsidenten ihren Formulierungsvorschlag. Sie redeten sich den Mund fusslig, mussten jedoch erkennen, dass sie auf verlorenem Posten standen.

Nein, nein, nein, sagte Trump. Er wollte einen Austritt ohne Wenn und Aber. «Nur so bleibe ich meinen Anhängern gegenüber glaubwürdig.»

Bei der Durchsicht des Entwurfs für die Rede arbeitete er noch ein paar schärfere Formulierungen ein.

Im Rahmen eines von einer Blaskapelle begleiteten Auftritts im Rosengarten am späten Nachmittag desselben Tages pries der Präsident den Aktienmarkt und die Bemühungen der USA, den Terrorismus zu bekämpfen.

«Bei diesen Themen, wie auch bei so vielen anderen, halten wir uns an das, was wir versprochen haben. Und darin lassen wir uns nicht beirren.» Dann ließ er die Katze aus dem Sack: «Um also meine heilige Pflicht zu

erfüllen, Amerika und seine Bürger zu schützen, werden die USA das Pariser Klimaabkommen aufkündigen.

Als jemand, dem die Umwelt sehr am Herzen liegt, und das tut sie, kann ich nicht mit gutem Gewissen eine Abmachung unterstützen, die die Vereinigten Staaten, die weltweite Führungsmacht in Sachen Umweltschutz, bestraft – denn das tut sie –, während sie den größten Umweltsündern auf der Welt keine nennenswerten Verpflichtungen auferlegt.

Ich bin gewählt worden, um die Bürger von Pittsburgh zu vertreten, nicht die von Paris.»

Am 15. Juni 2017 veröffentlichte die *Washington Post* einen Bericht, den drei ihrer Spitzenreporter, zuständig fürs Justizressort und das FBI, recherchiert hatten. Die Überschrift lautete: «Sonderermittler untersucht Jared Kushners Geschäftsbeziehungen». Mueller verlangte nach immer weiteren Akten. Kushner engagierte Abbe Lowell, einen renommierten Washingtoner Strafverteidiger. Priebus sah kommen, dass Jared aufgrund einer ganzen Reihe von fragwürdigen Investitionen, an denen er beteiligt war, zunehmend in die Schusslinie geraten würde. Er entschloss sich, die Sache zuzuspitzen, aufs Ganze zu gehen. Er ging zu Trump und sagte, Jared dürfe nicht in amtlicher Funktion im Weißen Haus tätig sein. Die Gesetze gegen Vetternwirtschaft gebe es aus gutem Grund. Mueller sei dabei, Jareds Finanzen genau unter die Lupe zu nehmen. Und dann kämen auch Trumps Finanzen an die Reihe, falls das nicht schon geschehen sei.

Normalerweise ignorierte Trump solche Einlassungen oder verwarf sie. Diesmal aber ließ er sich Zeit mit seiner Reaktion und wurde nachdenklich.

Er sah seinen Stabschef an. Die Antwort klang beinahe schrill, so unerwartet kam sie.

«Sie haben recht», sagte der Präsident.

Priebus bekräftigte noch einmal, dass Jared, als Schwiegersohn des Präsidenten, kein offizielles Amt bekleiden und kein Büro im Weißen Haus haben sollte. Allerdings ging diese Ermahnung nach hinten los und trug ihm mächtig Ärger mit Jared ein, der bleiben wollte, wo er war. Jareds Stellung im Weißen Haus blieb ein Problem, an dem Priebus sich die Zähne ausbiss.

Nachdem sich alle seine Bemühungen, die Twitter-Aktivitäten des Präsidenten zu kontrollieren oder einzuschränken, als fruchtlos erwiesen hatten, suchte Priebus nach einer praktischen Lösung. Da die Tweets meistens durch Trumps obsessiven Fernsehkonsum ausgelöst wurden, musste es darum gehen, ihn vom Fernseher wegzuholen. Fernsehen aber war Trumps Hauptbeschäftigung. Sonntagabends war es oft am schlimmsten. Vom Wochenendaufenthalt auf einer seiner Golfanlagen kehrte er in der Regel genau dann ins Weiße Haus zurück, wenn die politischen Talkrunden auf seinen Feindsendern MSNBC und CNN begannen.

Der Präsident und die First Lady bewohnten getrennte Schlafzimmer. Trump hatte einen riesigen Fernseher, der fast ständig lief, und so war er ganz allein in seinem Zimmer mit der Fernbedienung, dem Festplattenrekorder und seinem Twitter-Account. Priebus bezeichnete das Präsidentenschlafzimmer als «Giftküche» und die gefährlichen Zeiten frühmorgens und am Sonntagabend als «Stunde des Hexers».

Was den Vormittag betraf, konnte er wenig tun, aber auf den Ablauf des Wochenendes hatte er einen gewissen Einfluss. Also sorgte er dafür, dass die

sonntägliche Rückreise vom Golfen auf den späteren Nachmittag angesetzt wurde. Im Weißen Haus traf Trump dann kurz vor 21 Uhr ein, wenn auf MSNBC und CNN bereits ein Programm lief, das sich weniger mit den aktuellen politischen Kontroversen und Trumps Verwicklung darin befasste.

Steve Bannon musste erkennen, dass all die vom Nationalen Sicherheitsrat erstellten Lageberichte über Afghanistan, den Iran, China, Russland und Nordkorea nicht den gewünschten Eindruck bei Trump hinterließen. Ohne ein zusammenfassendes Ordnungsprinzip überforderte das Ganze seine Aufnahmefähigkeit.

Also wandte Bannon sich an Sally Donnelly, eine enge Beraterin von Verteidigungsminister Mattis. «Sally, Sie müssen mal mit Ihrem Chef reden. Folgendes Problem.» Den einen Tag stehe Libyen im Mittelpunkt, den nächsten vielleicht Syrien. «Ich kenne den Mann doch. Er ist frustriert. Ihm fehlt der Zusammenhang. Von unserem Verhältnis zu den Saudis abgesehen, ist das alles ein einziges Kuddelmuddel. – Ich habe etwas, das ich mit Mattis besprechen möchte. Ich komme zu euch rüber und verklickere es ihm.» Bannon hatte etwas entwickelt, das er «die Strategie der Vereinigten Staaten» nannte.

An einem Junisamstag um 8 Uhr morgens traf Bannon im Pentagon ein. Er trank eine Tasse Kaffee mit Donnelly und Mattis' Stabschef Kevin Sweeney, ein Konteradmiral i.R. Anschließend setzten sie sich mit Mattis an einem kleinen Konferenztisch im Amtszimmer des Ministers zusammen.

«Mein Problem ist folgendes», sagte Bannon. «Ihr habt euch alle überhaupt keine Gedanken über den Pazifik gemacht. Keine Gedanken über

China. Es gibt keine gründliche Analyse. Ihr hängt zu sehr mit CentCom zusammen» – dem Zentralkommando für den Vorderen Orient und Südasien.

Da Mattis von 2010 bis 2013 Befehlshaber des CentCom gewesen war, argwöhnte Bannon, er hätte die entsprechende Denkweise mit in sein Amt als Verteidigungsminister gebracht. Er erinnerte Mattis daran, dass führende chinesische Politiker und Intellektuelle in ihrer Haltung zu den Vereinigten Staaten gespalten seien. Die eine Gruppe betrachtete die USA als Partner auf Augenhöhe, als Mit-Hegemon. Die anderen aber, die Falken, sahen die Vereinigten Staaten als weniger bedeutende Macht an und behandelten sie auch so.

Mattis hielt dagegen. Die Aufgabe, die Präsident Trump ihm ausdrücklich übertragen habe, sei die Vernichtung des Islamischen Staats.

«Wie wär’s, wenn wir eine Vereinbarung treffen», schlug Bannon vor. Wenn Mattis für die Eindämmung Chinas einträte, würde er, Bannon, im Gegenzug von der Forderung ablassen, dass die USA sich aus Afghanistan zurückziehen sollten.

Afghanistan war ein Dreh- und Angelpunkt des chinesischen Projekts einer Neuen Seidenstraße, mit dem das Land sein Handelsnetz bis nach Europa ausdehnen wollte.

«Steve», sagte Mattis. «Ich bin tendenziell ein Befürworter des globalen Handels. Diese ganzen Handelsbeziehungen finde ich eigentlich ziemlich gut.»

Bannon war entsetzt. Trump hatte recht. Die Generäle verstanden nichts von Wirtschaft und Geschäften. Sie machten sich einfach nie richtig Gedanken über die anfallenden Kosten.

Kapitel 24

Am Wochenende 8./9. Juli veröffentlichte die *New York Times* zwei Artikel über ein bis dahin unbekanntes Treffen im Trump Tower inmitten des Wahlkampfs. Donald Trump jr., Manafort und Kushner hatten sich mit einem russischen Anwalt getroffen, der ihnen schmutzige Informationen über Hillary Clinton anbot. Natürlich folgten die üblichen Dementis, Gegendarstellungen und das gewohnte Hin und Her unter den Teilnehmern auf dem Fuß. Die Story war politischer Sprengstoff, unterstellte sie doch – wenngleich ohne stichhaltige Beweise – eine wie auch immer geartete Täuschung und eine heimliche Zusammenarbeit mit den Russen.

Der Präsident kochte vor Wut und rief Dowd an, um sich über die undichten Stellen und die Presse zu beklagen.

«Mr. President, das ist doch alles kompletter Bockmist», erklärte ihm Dowd. Und wennschon … schmutzige Gerüchte über andere in die Welt zu setzen, war in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten und insbesondere in Wahlkampfphasen gang und gäbe. Es gab sogar einen eigenen Namen für diese Disziplin – «Opposition Research» oder «investigative Berichterstattung». Halb Washington schien für nichts anderes bezahlt zu werden. Wo also lag das Problem? Dowd wusste ganz genau, dass Oppositionsausforschungsteams und Investigativjournalisten schmutzige Gerüchte von jedem, auch von fremden Regierungen annehmen würden. Dieses ganze Mediengetue war einfach nur widerlich. Sie führten sich auf, als handle es sich um das Verbrechen des Jahrhunderts. Die *New York Times* und

die *Washington Post* meinten wohl, sie seien hier die Sonderermittler und Gesetzeshüter. Die Geschichten seien reine Luftnummern, schloss Dowd.

Am 17. Juli twitterte Trump: «Die meisten Politiker wären zu einem Treffen wie dem gegangen, an dem Don Junior teilgenommen hat, um Informationen über einen Gegner zu bekommen. Das ist Politik!»

Dowd war entschlossen, sich nicht von den täglichen Sticheleien der Medien aus der Ruhe bringen zu lassen. Er wollte harte Fakten. McGahn hatte es sich zur Angewohnheit gemacht, seiner leitenden Assistentin Annie Donaldson gewissenhaft Notizen über alle wichtigen Besprechungen und Diskussionen zu diktieren. Sie verfügte somit über Aufzeichnungen im Umfang von 17 Stunden zu ebenjenen Themen, die Mueller und sein Team gerade untersuchten.

Dowd übergab Mueller diese Notizen zusammen mit Dokumenten von sieben weiteren Anwälten mit den Worten: «Wenn Sie wissen wollen, was im Kopf des Präsidenten vor sich ging, Bob, dann lesen Sie Annie Donaldsons Notizen.»

All das geschah mit der Zustimmung des Präsidenten. Dowd sprach in solchen Fällen mit ihm und sagte, sehen Sie, das sind die betreffenden Dokumente. Wir geben ihm dies. Wir geben ihm jenes. «Gemäß Verfassung hat er keinerlei Recht», die Dokumente und Zeugenaussagen zu bekommen, «aber lassen Sie ihn aus Respekt vor den Strafverfolgern – Sie sind der Chef – einfach machen. Lassen Sie sich nicht auf einen Kampf ein.» Aus Dowds Sicht schien der Präsident keine Angst zu haben. Er sagte nämlich niemals nein.

Zu Mueller sagte Dowd: «Genau das habe ich dem Präsidenten gesagt, also lassen Sie mich nicht wie einen Vollidioten dastehen, okay? Wir lassen Sie

gut dastehen und Sie lassen uns gut dastehen. Aber Sie müssen dieses Problem aus der Welt schaffen.»

Mueller erhielt 1,4 Millionen Seiten Dokumente von Trumps Wahlkampfteam und 20000 Seiten aus dem Weißen Haus. Dowd war fest davon überzeugt, dass keine Unterlagen vernichtet worden waren. Insgesamt ließen sich 37 Zeugen freiwillig von Muellers Team befragen.

Darüber hinaus hatten McGahn, Priebus und der Stab des Vizepräsidenten in ihren Erinnerungen gegraben und eine sechsseitige Zusammenfassung zur gesamten Flynn-Thematik aus Sicht des Weißen Hauses erstellt. Auch dieses Papier – in Dowds Augen eine Art Bibel in Sachen Flynn und der Russland-Affäre – ließ er Mueller zukommen. Er war sich sicher, dass niemand außer Flynn die Ermittler angelogen hatte und dass Mueller niemanden hatte unter Druck setzen oder in die Enge treiben müssen.

Als Dowd die Wahlkampfaufzeichnungen zum Untersuchungsausschuss des Kongresses schickte, meinte er zu Muellers Stellvertreter Quarles: «Wir schicken gerade einige Unterlagen nach Capitol Hill. Soll ich Ihnen eine Kopie davon machen?»

Quarles nahm das Angebot an. Die Zusammenarbeit mit Quarles funktionierte aus Dowds Sicht reibungslos, denn mit ihm konnte man sich – anders als mit dem stocksteifen Mueller, der manchmal eher aus Granit denn aus Fleisch und Blut zu sein schien – völlig unkompliziert treffen und unterhalten.

Am 20. Juli ließ Bloomberg eine offenkundige Bombe platzen: Mueller hatte im Rahmen seiner Ermittlungen Trumps Finanzen einschließlich «russischer Käufe von Wohnungen in Trump-Gebäuden … der Miss-Universe-Wahl

2013 in Moskau und Trumps Verkauf einer Villa in Florida an einen russischen Oligarchen im Jahr 2008» ins Visier genommen.

Dowd rief Quarles an, um ihn zu fragen, was an dieser Geschichte dran war.

«Also», meinte Quarles, «Bob äußert sich nie zu so etwas.»

«Das glauben Sie doch wohl selbst nicht», antwortete Dowd verärgert, «ich helfe Ihnen, jetzt helfen Sie mir.» Wie beide sehr wohl wussten, würde «ein Dementi vom Weißen Haus zu nichts führen». «Der Deal mit euch», fuhr Dowd fort, «war doch, dass wir als Erste davon erfahren würden, falls ihr eure Ermittlungen ausweitet.»

«Richtig.»

«Schließlich seid ihr es, die uns die Themen diktieren, über die wir Rechenschaft ablegen sollen», sagte Dowd. «Und ständig fällt euch etwas Neues ein, das wir unserer Liste hinzufügen. Hinsichtlich eines Anwesens in Florida oder dessen Verkauf ist mir allerdings bisher nichts zu Ohren gekommen.» Er wisse zwar, so Dowd weiter, von laufenden Untersuchungen in New York hinsichtlich einiger Angelegenheiten in Verbindung mit Trumps Anwälten Michael Cohen und Felix Slater, der einen Trump Tower in Moskau bauen wollte. «Sie wissen doch, Jimmy», fügte Dowd hinzu, «wenn Sie eine Frage haben, erfahren Sie von mir immer alles. Ich brauche also eine bessere Erklärung.»

«Lassen Sie es mich so ausdrücken, John», erwiderte Quarles. «Ich bin zu 99 Prozent sicher, dass das nicht wir sind.»

«Verstanden», sagte Dowd. Gleich darauf griff er zum Hörer und rief den Präsidenten an, wohl wissend, dass Trump, wenn eine solche Geschichte an

die Öffentlichkeit kam, sich auf nichts anderes mehr würde konzentrieren können. Trump war rasend vor Wut.

«Sie ermitteln nicht in dieser Sache», versicherte ihm Dowd, er wollte ihn beruhigen. Aber Trump wollte dem Frieden nicht trauen und klang untröstlich.

Vier Tage später traf sich Dowd mit Quarles auf einer Steinbank in der Nähe der Patriot Plaza, nicht weit von Muellers Büro.

«Bob und ich sind Ihnen was schuldig», meinte Quarles. «Er meinte, Sie sollen dem, was Sie in den Zeitungen lesen, keinen Glauben schenken.»

«Verstehe», erwiderte Dowd.

«Das ist uns echt peinlich», sagte Quarles.

«Warum?»

«Sie haben mehr geliefert, als Sie versprochen haben, was uns natürlich sehr freut. Wir sind auf einem guten Weg, das abzuschließen. Einen Haufen Zeug zum Durchforsten haben Sie uns da aufgetischt, aber hervorragend geordnet. Das hat uns einiges an mühsamer Suche erspart. Sie haben uns nicht absaufen lassen.»

Dowd erinnerte sich an einen Verdächtigen im Rahmen einer Steuerermittlung, der dem FBI gesagt hatte, die Antwort auf die Fragen der Ermittler sei irgendwo in zwei Lagerhallen zu finden. Die FBI-Agenten verbrachten Jahre mit der Suche.

«Aber lassen Sie uns endlich vorankommen, einverstanden?», sagte Dowd. «Ich habe keine Lust auf Katz-und-Maus-Spielchen. Sie stecken nicht in meinen Schuhen. Mir sitzt da einer im Nacken, der alles am liebsten gestern wissen will», und über Trump: sein «Riecher sagt ihm, das ist alles Schwachsinn». Außerdem hatte er, Dowd, bei der Trump Organization

nachgehakt, die jedoch vehement abstritten hatte, dass von anderer Seite gegen sie ermittelt werde. Dort waren keinerlei Anfragen hinsichtlich bestimmter Unterlagen oder Befragungen eingegangen – die standardmäßig ersten Schritte einer Untersuchung. «Außerdem meinten sie, aus ihrer Sicht sei das völliger Schwachsinn.» Sämtliche Projekte der Holding waren acht oder neun Jahre alt. Es gab keine Probleme. Was auch immer Mueller zu sehen wünschte, lag irgendwo da draußen in einem öffentlichen Archiv.

Genau das hatte Dowd auch dem Präsidenten gesagt. «Das weiß ich, verdammt noch mal!», hatte Trump geantwortet.

«Manchmal», erklärte Dowd Quarles, «muss ich das telefonisch erledigen, und Sie sollten mir eine ungefähre Richtung vorgeben. Ich bitte Sie ja nicht darum, Ihren Joker aus der Hand zu geben oder Ihre Karten auf den Tisch zu legen. Aber sagen Sie mir wenigstens, ob wir uns gegen einen bevorstehenden Schlag wappnen müssen oder nicht. Entweder Sie haben eine weitere Anfrage oder aber Sie haben nichts auf dem Radar.»

«Einverstanden», sagte Quarles.

Dowd achtete sorgsam darauf, nicht vom Thema abzuschweifen und tunlichst keine Fragen bezüglich möglicher Untersuchungen von Jareds Finanzen zu stellen. Denn sein Mandant war Trump, und die Interessen des Mandanten hatten stets im Mittelpunkt zu stehen.

Im Juli drohte der Freedom Caucus, ein Block aus dreißig streng konservativen Abgeordneten der Republikaner, im Repräsentantenhaus seine Zustimmung zum Budget zu verweigern, sollte Präsident Trump nicht die Erstattung medizinischer Behandlungen zur Geschlechtsumwandlung – ob

hormonelle Therapien oder chirurgische Eingriffe – für Transgender, die beim Militär dienten, verbieten.

Unter Obama war es Transgendersoldaten nicht mehr länger untersagt worden, sich zu outen, wobei neue Transgenderrekruten erst ab dem 1. Juli 2017 in die Streitkräfte aufgenommen werden sollten. Am 30. Juni, nur einen Tag vor diesem Termin, unterzeichnete der neue Verteidigungsminister General James Mattis jedoch eine Anordnung, mit der dieser Stichtag um ein halbes Jahr verschoben wurde, um «die Bereitschaft und Schlagkraft der Truppe» zu überprüfen.

Während des Wahlkampfs hatte Trump sich selbst lautstark zum Unterstützer der LGBT-Rechte erklärt. Nun schimpfte er gegenüber Bannon: «Was soll der Mist? Sie steigen hier ein, werden entmannt» – eine rüde Anspielung auf geschlechtsangleichende chirurgische Eingriffe. Irgendwer hatte ihm gesteckt, jede Operation koste 250000 Dollar, was maßlos überzogen war. «Daraus wird nichts», sagte er.

So hohe Kosten solche Operationen einerseits verursachen können, so selten werden sie anderseits durchgeführt. In einer vom Pentagon in Auftrag gegebenen Studie kam die RAND Corporation zu dem Schluss, «dass sich jedes Jahr nur wenige hundert der geschätzten 6600 Transgendersoldaten in medizinische Behandlung begeben würden. Weiterhin stellte RAND fest, dass sich die Kosten hierfür auf nicht mehr als 8 Millionen Dollar pro Jahr belaufen.»

Inzwischen hatte sich hinsichtlich dieser Frage auch das Räderwerk des zwischenbehördlichen Prozesses in Gang gesetzt, und die Chefjustiziare der Ministerien und Behörden hatten sich eingeschaltet. Sowohl das Deputies Committee als auch das Principals Committee des NSC hatte – Letzteres

gleich mehrmals – getagt. Wenngleich keine Einigung erzielt wurde, standen am Ende doch vier Optionen im Raum.

Am frühen Morgen des 26. Juli erreichten Priebus, Bannon und mehrere Anwälte den Präsidenten über die Freisprechanlage in seinen Privaträumen des Weißen Hauses. Er wurde nicht vor einer Stunde im Oval Office erwartet.

Mr. President, sagte Priebus, wir wissen zwar, dass Sie bald herunterkommen, aber wir wollten Sie schon vorab auf den neuesten Stand bezüglich einer Entscheidungsvorlage zu den Transgendern im Militär bringen.

Dann umrissen sie kurz die vier Optionen: Die erste bedeutete, Obamas Politik fortzuführen, die es Transgendern erlaubte, offen zu dienen, die zweite sah eine Direktive vor, die Verteidigungsminister Mattis größere Entscheidungsfreiheit einräumte, die dritte plädierte für ein Präsidialdekret zur Beendigung des Programms, jedoch nur in Verbindung mit einem Plan hinsichtlich jener Transgender, die sich bereits im aktiven Militärdienst befanden, und der vierte Vorschlag lautete, alle Transgender vom Militärdienst auszuschließen. Wobei die Wahrscheinlichkeit einer Klage, betonte Priebus, immer höher wurde, je mehr sie sich Vorschlag Nummer vier näherten. «Sobald Sie herunterkommen, würden wir das Papier gerne mit Ihnen durchgehen.»

«Ich bin um 10 unten», meinte der Präsident. «Schauen Sie doch nachher einfach bei mir vorbei, und dann klären wir das.»

Priebus glaubte schon, einen Weg gefunden zu haben, wenigstens einmal ein kontroverses Thema in einem geordneten Prozess zu Ende zu bringen.

Um 8 Uhr 55 signalisierte ihm sein Handy den Eingang einer Twitter-Meldung des Präsidenten. «Nach Beratungen mit meinen Generälen und

Militärexperten seien Sie darüber informiert, dass die Regierung der Vereinigten Staaten nicht akzeptieren oder erlauben wird …»

In zwei weiteren Tweets um 9 Uhr 04 und um 9 Uhr 08 führte Trump seine Mitteilung zu Ende: «… dass Transgender in irgendeiner Stellung innerhalb der Streitkräfte der Vereinigten Staaten dienen. Unser Militär muss sich auf einen entschlossenen und überwältigenden Sieg konzentrieren und kann nicht mit den enormen medizinischen Kosten und Störungen, die Transgender beim Militär mit sich bringen, belastet werden. Ich danke Ihnen.»

«Wie fanden Sie meinen Tweet?», wollte der Präsident später von Priebus wissen.

«Ich glaube, es wäre besser gewesen, wenn wir vorab ein Entscheidungspapier gehabt hätten und Mattis informiert worden wäre», gab Priebus zur Antwort.

Mattis, der gerade im pazifischen Nordwesten Urlaub machte, wurde von Trumps Entscheidung, diese Neuigkeit über Twitter zu verkünden, kalt erwischt und war darüber – auch wegen der Wirkung, die dieser Beschluss auf die in der Truppe dienenden Transgender haben würde – alles andere als glücklich.

In den Medien herrschte große Verwirrung, nicht zuletzt, weil ein Pentagon-Sprecher Trumps Tweet als «neue Richtlinie» bezeichnet hatte.

Trumps Sprecherin Sarah Huckabee Sanders teilte mit, «das Nationale Sicherheits-Team des Präsidenten» sei zu Rate gezogen worden und Trump habe die Entscheidung am Tag zuvor getroffen und Mattis «umgehend» darüber informiert. Mehrere Mitarbeiter des Weißen Hauses erzählten der Presse, dass der Präsident sich vor Bekanntmachung mit Mattis beraten und dessen Meinung berücksichtigt habe.

Bannon wusste, dass die Generäle – wiewohl Hardliner in Sachen Verteidigung – in sozialen Belangen inzwischen progressiv dachten. «Das US Marine Corps ist eine fortschrittliche Einheit», erklärte er. «Dunford, Kelly und Mattis sind die Schlimmsten, sie sind noch progressiver als Gary Cohn und Kushner.»

Der Befehlshaber der US-Küstenwache stellte sich mit den Worten «Ich werde mein Wort nicht brechen» öffentlich hinter die in seiner Truppe dienenden Transgendersoldaten.

Dunford schickte einen Brief an die Dienstchefs: «Es wird keinerlei Abweichung von der bisherigen Politik geben, bis die Anordnung des Präsidenten beim Verteidigungsminister eingegangen ist und dieser eine Handlungsdirektive herausgegeben hat.» Kurz gesagt, Tweets waren keine Befehle. «In der Zwischenzeit werden wir unserem gesamten Personal mit Respekt begegnen … wir werden uns alle weiterhin darauf konzentrieren, die uns anvertrauten Missionen gewissenhaft zu erfüllen.»

Mattis' Beraterin Sally Donnelly rief Bannon an: «Hey, ich fürchte, wir haben da ein Problem mit dem Boss. Wir können diese Transgender-Entscheidung nicht mittragen. Wir sprechen hier schließlich von amerikanischen Staatsbürgern.»

«Diese Typen verpflichten sich doch nur, um sich kostenlos umoperieren zu lassen», raunzte Bannon. «Und das sollen wir dann bezahlen?»

Mattis versuche gerade, die Entscheidung rückgängig zu machen, meinte Donnelly.

«Sie sollten auch mal Corpsgeist zeigen», forderte Bannon sie auf. Mattis müsse auf die Linie Trumps einschwenken.

Später erhielt das Pentagon eine offizielle Anweisung vom Weißen Haus. Mattis gab bekannt, er werde sich intensiv mit der Thematik befassen. Währenddessen gingen die Transgendersoldaten weiter ihrem Dienst beim Militär nach. Parallel wurden mehrere Prozesse angestrengt, in deren Folge vier Bundesgerichte Trumps Transgender-Bann vorerst stoppten. Am 1. Januar 2018 begann das Pentagon, wie von den Gerichten angeordnet, Transgenderrekruten zuzulassen.

Kapitel 25

Am 2. Juni betrat Marc Kasowitz, Trumps langjähriger Rechtsanwalt, das Oval Office. Trump war gerade dabei, Dokumente zu unterzeichnen, die Porter ihm gebracht und einzeln vorgelegt hatte, nicht ohne zu jedem ein paar Kommentare abzugeben.

Wow, meinte Kasowitz. Dieser Porter sei ein ziemlicher Fang. Harvard, Harvard Law School, Rhodes-Stipendium.

Trump hatte schon seit seinem Amtsantritt mit Porter zu tun.

«Sie haben einen besseren Lebenslauf vorzuweisen als Neil Gorsuch!», sagte der Präsident. Gorsuchs Nominierung und Bestätigung als Verfassungsrichter war womöglich Trumps bislang bemerkenswerteste Leistung als Präsident. Wann immer er die Errungenschaften seiner Regierung durchging, erwähnte er Gorsuch. «Für wen arbeiten Sie?», fragte Trump, nachdem Kasowitz gegangen war.

«Ich nehme an, ich arbeite für …», setzte Porter an.

«An wen berichten Sie?»

«Nun, ich berichte an Reince, aber arbeiten tue ich eigentlich für Sie.»

«Ja, ja, ja», sagte Trump. Er kannte die Organigramme und hasste sie. «Vergessen Sie Reince. Er ist wie eine kleine Ratte. Er huscht nur durch die Gegend. Sie brauchen sich nicht weiter um ihn zu kümmern. Reden Sie direkt mit mir. Da brauchen Sie nicht über ihn zu gehen.»

An diesem Tag änderte sich das Verhältnis zwischen Trump und Porter. Sein Stabssekretär war faktisch ein Neil-Gorsuch-Klon.

Porter war entsetzt darüber, wie boshaft Trump über seinen Stabschef herzog.

Priebus, Porter und andere bemühten sich weiter darum, Trump davon zu überzeugen, seine Twitterei einzuschränken.

«Das ist mein Megaphon», entgegnete er. «Auf diese Weise spreche ich direkt zu den Menschen, ohne jeden Filter. Ich durchdringe den Lärm. Ich durchdringe die Fake News. Das ist der einzige Weg, wie ich kommunizieren kann. Ich habe zig Millionen Follower. Größer als die Nachrichten im Fernsehen. Ich gehe raus und halte eine Rede, die von CNN gecovert wird, aber keiner schaut zu, keinen kümmert's. Ich twittere etwas, und das ist mein Megaphon in die Welt hinaus.»

«Vom wilden Affen gebissen» war der Ausdruck, den Priebus benutzte, um Trump am frühen Donnerstagmorgen des 29. Juni zu beschreiben. Trump hatte vor 6 Uhr zwei Tweets an die MSNBC-Show *Morning Joe* gerichtet, die vom ehemaligen republikanischen Kongressabgeordneten Joe Scarborough und seiner Partnerin Mika Brzezinski moderiert wird.

Die beiden waren zu Beginn des Wahlkampfs freundlich gesinnt gewesen und hatten Trump sogar gestützt, und Trump hatte während der Vorwahlen regelmäßig in der Sendung angerufen, doch in der Zwischenzeit standen sie in offener Gegnerschaft. Trumps Tweet lautete: «Wieso kam die grenzdebile, verrückte Mika zusammen mit Psycho Joe um Neujahr 3 Nächte in Folge nach Mar-a-Lago und bestand darauf, sich mir anzuschließen. Sie blutete stark von einem Gesichtslifting.»

Um Viertel nach zehn saß Trump im Oval Office und las Zeitung, als Priebus hereinkam.

«Ich weiß, was Sie sagen wollen», meinte Trump, kaum das Priebus durch die Tür war. «So was tut ein Präsident nicht. Und wissen Sie was? Das weiß ich. Ich musste es trotzdem tun.»

Priebus hielt es für besser, nicht nachzufragen.

Hope Hicks, Direktorin für strategische Kommunikation, war entsetzt. Sie versuchte, in der Angelegenheit der Tweets über Mika das Heft in die Hand zu nehmen.

«Es ist politisch nicht hilfreich», sagte Hicks zum Präsidenten. «Sie können nicht einfach als wandelndes Pulverfass auf Twitter agieren. Ein Großteil von dem Zeug wird Ihnen um die Ohren fliegen. Sie schießen sich selbst ins Knie. Sie machen einen Riesenfehler.»

Nach dem Mika-Tweet gab es einen ziemlichen Proteststurm von führenden Republikanern, wichtige Stimmen, wenn es um die Aufhebung und den Ersatz von Obamacare und anderen Entscheidungen ging. Senatorin Susan Collins aus Maine sagte: «Das muss aufhören.» Senatorin Lisa Murkowski aus Alaska: «Schluss damit!» Trump, der bei den Frauen sowieso schon keinen guten Stand hatte, provozierte durch diesen persönlichen Angriff geradezu Vergleiche zu seiner eigenen Vergangenheit.

Als drastische Maßnahme schlugen Hicks, Porter, Gary Cohn und der Direktor für die sozialen Medien des Weißen Hauses, Dan Scavino, vor, ein Komitee zu bilden. Sie würden einige Tweets entwerfen, von denen sie annahmen, dass sie Trump gefallen würden. Wenn der Präsident eine Idee für einen Tweet hatte, konnte er ihn aufschreiben oder einen von ihnen hinzuziehen, und sie würden ihn überprüfen. Stimmten die Fakten? War er richtig geschrieben? Ergab er einen Sinn? War er in seinem Sinne?

«Schätze, sie haben recht», sagte Trump mehrmals. «Das könnten wir machen.» Doch dann kümmerte er sich nicht weiter um Durchsicht und Prüfung und tat, was er wollte.

Als Trump und der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un die Rhetorik anzogen, warnte man ihn: «Twitter könnte uns in einen Krieg verwickeln.»

«Twitter ist mein Megaphon», wiederholte Trump. «Nennen wir es nicht Twitter. Nennen wir es soziale Medien.» Zwar verfügte das Weiße Haus über Konten bei Facebook und Instagram, doch Trump nutzte diese nicht. Er blieb bei Twitter. «So bin ich nun mal. So kommuniziere ich. Deshalb bin ich gewählt worden. Deshalb bin ich erfolgreich.»

Die Tweets standen in direktem Zusammenhang mit seiner Präsidentschaft, sie waren ihr Zentrum. Er ließ sich Ausdrucke der neuesten Tweets kommen, die eine große Anzahl an Likes erreicht hatten, 200000 oder mehr. Er ging sie durch und suchte in den erfolgreichsten davon nach den gemeinsamen Themen. Er schien strategischer vorgehen und herausfinden zu wollen, ob der Erfolg mit dem Thema, der Sprache oder einfach nur mit dem Überraschungseffekt zu tun hatte, dass der Präsident sich einmischte. Die wirkungsvollsten Tweets waren meist die schockierendsten.

Als Twitter später ankündigte, die Anzahl der zugelassenen Zeichen pro Tweet von 140 auf 280 zu verdoppeln, meinte Trump zu Porter, dass das in gewisser Hinsicht Sinn ergeben würde. Nun könne er seine Gedanken ausschmücken und ihnen mehr Tiefe verleihen.

«Eine gute Sache», sagte Trump, «andererseits auch schade, denn ich war der Ernest Hemingway der 140 Zeichen.»

Auf dem G20-Gipfel in Hamburg Anfang Juli wollte Trump mit dem australischen Premierminister Malcolm Turnbull sprechen. Unter Missachtung aller Sicherheitsvorschriften lud er Turnbull in seine SCIF ein. Nur Personen mit der allerhöchsten amerikanischen Sicherheitsfreigabe für sensible, abgeteilte Informationen waren in der SCIF zugelassen. Dies galt als unumstößliche Regel, um das Anbringen von irgendwelchen Abhörvorrichtungen zu verhindern. Dieser Bereich, ein großer, stahlgepanzerter Raum, musste nach der Besprechung abgerissen werden.

Schon seit der ersten Woche im Amt, als die beiden Männer am Telefon miteinander sprachen, war die Beziehung schwierig. Trump wollte aus einem, wie er es nannte, «dummen» Deal zwischen den USA und Australien heraus, der ihn «umbringen» würde. Präsident Obama hatte ihn geschlossen. Dieser Übereinkunft zufolge sollte gewissen Flüchtlingen mit fragwürdigem Hintergrund die Einreise in die USA erlaubt werden. Die Abschrift ihres Telefonats vom 28. Januar 2017 war an die Öffentlichkeit gelangt. Trump hatte gesagt: «Die Zeiten sind böse … Werden das die nächsten Boston Bomber?»

Als Turnbull zu dem Treffen mit Trump in Hamburg ging, war ihm natürlich bewusst, dass es im Weißen Haus eine Debatte über mögliche Zölle auf Stahl gab, den die USA importieren.

«Falls Sie jemals Zölle auf Stahl erheben», sagte Turnbull, «werden Sie australischen Stahl ausnehmen müssen. Wir produzieren einen Spezialstahl. Wir sind die Einzigen auf der ganzen Welt, die ihn produzieren. Sie müssen uns ausklammern. – Sie haben 40 Milliarden Handelsüberschuss mit uns. Wir sind militärische Verbündete. Wir ziehen mit Ihnen in jede Schlacht.»

«Natürlich werden wir bei Australien eine Ausnahme machen», sagte Trump. «Das ergibt in jeder Hinsicht Sinn. Ihr seid toll. Wir haben einen großen Handelsüberschuss euch gegenüber» – der Heilige Gral.

Gary Cohn, der dabei war, war hocherfreut. Turnbull, früher Partner bei Goldman Sachs, hatte für Cohn gearbeitet, als dieser Präsident von Goldman gewesen war.

Nach der Rückkehr vom G20-Gipfel ging Trump mit Porter eine in Kürze zu haltende Rede durch. Der Präsident notierte seine Gedanken in ordentlicher sauberer Handschrift und schrieb: «Handel ist schlecht».

Obwohl er den Satz in keiner Rede verwendete, hatte er doch damit die alles zusammenfassende Formulierung, den treffendsten Ausdruck für seinen Protektionismus, Isolationismus und leidenschaftlichen amerikanischen Nationalismus gefunden.

Fast acht Monate später, am 23. Februar 2018, traf Turnbull im Weißen Haus zu einem Besuch beim Präsidenten ein.

In der vorbereitenden Sitzung im Oval Office erinnerte Cohn Trump an sein Versprechen.

«Mr. President», sagte Cohn, «als Allererstes wird er das Thema der Stahlzölle ansprechen. Und er wird Sie daran erinnern, dass Sie Australien davon ausgenommen haben.»

«Daran erinnere ich mich nicht», sagte Trump und setzte sich an seinen Schreibtisch.

«Nun, Sir», sagte Cohn, «Sie hatten diese Unterhaltung mit ihm …»

«Das werde ich leugnen», entgegnete Trump. «Ich habe nie mit ihm gesprochen.»

«Okay, Sir, ich wollte Sie nur daran erinnern, dass dieses Thema aufkommen wird.»

Cohn hatte es seit über einem Jahr beobachtet: Trump leugnete einfach, wenn nötig, wenn nützlich oder vorteilhaft. «Er ist ein notorischer Lügner», sagte Cohn zu einem Mitarbeiter.

Beim Lunch ging Turnbull vorsichtig die Zeit mit Trump beim G20-Gipfel im vergangenen Sommer durch.

Erinnern Sie sich noch, dass wir in Hamburg waren?

Ja, sagte Trump.

Sie nahmen mich mit in Ihre Sicherheitseinrichtung, nicht wahr?

«Ach ja, ich erinnere mich», erwiderte Trump. «Meine Sicherheitsleute waren stinksauer. Sie konnten es einfach nicht glauben.»

Wissen Sie, worüber wir uns unterhalten haben?

Trump nickte.

Wir sprachen über Spezialstahl, den ganz allein Australien produziert.

Eine Art Ja von Trump.

«Wir haben einen Handelsüberschuss von 40 Milliarden?»

Ja, so etwas wusste Trump ganz genau.

Und Sie willigten ein, mich aus dem Stahlzoll herauszunehmen?

«Ach ja», meinte Trump, «ich erinnere mich, glaube ich.»

Cohn lachte.

Australien wurde, wie auch einige andere Länder, später vom Zoll auf Stahl ausgenommen. Auch im Juni 2018 galt diese Ausnahme noch.

Kapitel 26

Am 15. Juli traf sich McMaster mit Porter und mit Dina Powell, einer der Sicherheitsberaterinnen seines Stabs, auf einen Drink.

«Das Zweierteam», sagte McMaster – gemeint waren Tillerson und Mattis –, würde ihm die Arbeit erschweren und ihn mehr und mehr als überflüssig erscheinen lassen.

McMaster erzählte, er glaube, dass Mattis und Tillerson zu dem Schluss gekommen waren, der Präsident und das Weiße Haus seien verrückt. Darum versuchten sie auch, politische Themen auf eigene Faust zu verwirklichen und sogar detailliert auszuarbeiten, ohne die Einmischung oder Beteiligung von McMaster, geschweige denn des Präsidenten.

Erst in der vergangenen Woche, so McMaster, sei Tillerson in Katar gewesen und habe mit dem Außenminister eine wichtige Absichtserklärung bezüglich Terrorismusbekämpfung und zur Verhinderung der Finanzierung von Terrorismus unterzeichnet.

McMaster erklärte, dass er davon ganz und gar nichts mitbekommen habe. Außenminister Tillerson hatte ihn vorher weder zu Rate gezogen noch darüber informiert. McMaster hatte das Ganze aus der Presse erfahren! Bei einer Pressekonferenz in Katar hatte Tillerson erläutert, dass der Vereinbarung «Wochen intensiver Diskussionen» zwischen den beiden Regierungen vorangegangen waren, also musste daran schon eine ganze Weile gearbeitet worden sein.

Porter fügte hinzu, dass Tillerson weder den üblichen Formulierungsprozess politischer Vorhaben im Weißen Haus eingehalten noch den Präsidenten einbezogen hatte. Ganz offensichtlich handele Tillerson nach eigenem Ermessen.

«Dem Präsidenten gegenüber ist es loyaler», meinte McMaster, «zu versuchen, ihn zu überzeugen, anstatt ihn zu umgehen.» Er ergänzte, er selbst würde konkrete Arbeitsaufträge erledigen, wenn der Präsidenten sich klar äußerte, und als Offizier der Armee sehe er dies auch als seine Pflicht an. Tillerson hingegen verhalte sich anders.

«Was für ein Dreckskerl», sagte McMaster. «Er glaubt, er ist cleverer als alle anderen. Und darum meint er, er kann einfach sein Ding machen.»

In seinem langen Bemühen, Ordnung in das Chaos zu bringen, führte Priebus ein, dass die wichtigsten Köpfe des Kabinetts regelmäßig Bericht erstatteten. Tillerson besuchte ihn also am Dienstag, den 18. Juli, um 17 Uhr 15 in seinem Büro.

McMaster war zwar nicht eingeladen, aber dennoch bei dem Gespräch dabei. Er nahm am Konferenztisch Platz. Die stumme Anwesenheit des Sicherheitsberaters ließ nichts Gutes erahnen, und die Atmosphäre war angespannt.

Sagen Sie mal, fragte Priebus Tillerson, wie läuft’s denn so? Sind Sie auf einem guten Kurs, ihre vorrangigen Ziele zu erreichen? Wie steht es um die Beziehung zwischen dem Außenministerium und dem Weißen Haus? Und zwischen Ihnen und dem Präsidenten?

«Ihr Typen im Weißen Haus kriegt einfach nicht die Kurve», antwortete Tillerson, und dann öffneten sich die Schleusentore. «Der Präsident kann

keine Entscheidung treffen. Er weiß nicht, wie man eine Entscheidung trifft. Er wird auch keine treffen. Er entscheidet sich, und ein paar Tage später ändert er dann seine Meinung wieder.»

McMaster brach sein Schweigen. Er schäumte vor Wut und protestierte gegen die Ansicht des Außenministers.

«Sie arbeiten mit dem Weißen Haus nicht zusammen», sagte er. «Sie beziehen weder mich noch irgendeinen anderen Mitarbeiter des NSC mit ein. Stattdessen lassen Sie uns permanent auflaufen.» Daraufhin nannte er beispielsweise seine erfolglosen Versuche, Anrufe oder Besprechungen oder Frühstücke mit Tillerson zu vereinbaren. «Sie machen einfach Ihr Ding» und kommunizieren direkt mit dem Präsidenten, Mattis, Priebus oder Porter. «Doch nie mit dem NSC. Dafür sind wir aber hier.» Dann sprach er seinen schwerwiegendsten Vorwurf aus. «Faktisch versuchen Sie, die Abläufe der nationalen Sicherheit zu untergraben.»

«Das stimmt nicht», widersprach Tillerson. «Ich bin jederzeit verfügbar. Ich rede andauernd mit Ihnen. Wir hatten doch erst gestern eine Telefonkonferenz. Diese morgendlichen Telefonate machen wir dreimal die Woche. Wovon sprechen Sie eigentlich, H.R.? Ich habe mit Ihnen zusammengearbeitet. Ich werde auch künftig mit allen zusammenarbeiten.»

Tillerson fuhr fort: «Außerdem bin ich der Außenminister. Manchmal bin ich auf Reisen. Manchmal befinde ich mich in einer anderen Zeitzone. Darum kann ich Ihre Anrufe nicht immer annehmen.»

McMaster entgegnete, er hätte bei den zuständigen Abteilungsleitern nachgefragt, wenn denn die Positionen besetzt wären.

«Ich habe keine Abteilungsleiter», erklärte Tillerson kühl, «weil ich sie nicht selbst ausgesucht habe oder die, die ich habe, nicht mag und ihnen nicht

vertraue und deshalb nicht mit ihnen zusammenarbeite. Bei wem auch immer Sie nachfragen, mit mir hat das nichts zu tun.» Der Rest des Außenministeriums war unbedeutend. Wenn man sich nicht an ihn persönlich wandte, zählte es nicht.

Nach dieser Besprechung ging Tillerson, der immer noch wütend war, hinunter in Porters Büro. «Das Weiße Haus ist die reinste Katastrophe», sagte er. «Viele von den Typen da oben haben keinen Schimmer, was eigentlich los ist.»

Tillerson erzählte, dass Johnny DeStefano, der neununddreißigjährige Direktor der Personalabteilung, nicht einmal jemanden für eine Schlüsselposition im Außenministerium finden könnte, wenn er eins auf die Nase kriegte. DeStefano habe zuvor beim Kongress gearbeitet und habe keine Ahnung von Außenpolitik. «Du glaubst nicht, was für einen Kerl er mir zum Vorstellungsgespräch geschickt hat» für die Stelle eines Abteilungsleiters.

«Das war ein echter Witz. Ich weiß nicht, in welchem Universum man annahm, dass dieser Bewerber für die Stelle qualifiziert sein könnte!»

Priebus meinte später zu Porter: «Oh wow, da flogen die Fetzen! Scheinbar ist Rex über eine Menge Dinge wirklich aufgebracht. Er ist ziemlich schlechter Laune.»

Porter war der Ansicht, dass McMaster nicht ganz unrecht hatte, obwohl die Besprechungen mit ihm und seine Anrufe ermüdend sein konnten und nicht immer notwendig waren. Aber das zerrüttete Verhältnis zwischen Tillerson und McMaster war ein Beleg für die allgemeine Funktionsstörung des politischen Betriebs.

Am Mittwoch, den 19. Juli 2017, gewährte Trump ungewöhnlicherweise der *New York Times* ein Interview und ließ einen Angriff auf Jeff Sessions vom Stapel, der überall große Verwunderung auslöste.

Trump sagte, er hätte Sessions niemals ins Amt berufen, wenn er geahnt hätte, dass er die Aufsicht über die Russland-Ermittlungen abtreten würde. «Sessions hätte sich niemals als befangen zurückziehen dürfen, und falls er sich hätte davon zurückziehen wollen, hätte er es mir sagen sollen, bevor er den Job angetreten hat, dann hätte ich mir jemand anderen gesucht. Warum nimmt man einen Job an und zieht sich dann als befangen zurück? Hätte er sich vor dem Job zurückgezogen, hätte ich gesagt: Danke, Jeff, aber ich werde dich nicht nehmen. Sein Verhalten gegenüber dem Präsidenten ist extrem unfair – und das ist noch milde ausgedrückt.»

Auch drei Tage später kochte Trump noch über Sessions' Entscheidung. Es war der Morgen des 22. Juli, ein Samstag, und Trump ging an Bord des Hubschraubers Marine One, um nach Norfolk in Virginia zu fliegen. Dort wollte er eine Rede zur Feier der Inbetriebnahme der USS *Gerald R. Ford* (CVN 78) halten, eines 13 Milliarden Dollar teuren Kriegsschiffs.

Trump und Priebus unterhielten sich. Trump sagte, er hätte Obama immer um seinen Justizminister Eric Holder beneidet. Obwohl er natürlich nicht mit der politischen Haltung der beiden übereinstimme, habe Holder in den acht Jahren in jeder Situation und egal bei welcher Kontroverse zu Obama gehalten. Bei den beiden hätte es keine Rückzüge aus Befangenheit und kein Ausweichen vor dem politischen Kreuzfeuer gegeben. Holder wäre bereit gewesen, für seinen Präsidenten jede Kugel abzufangen.

«Jeff ist kein Mann, der mir durch dick und dünn zur Seite steht», meinte Trump.

Sessions hätte sich doch, so Trump, einfach aus der Affäre ziehen können, wenn er angegeben hätte, mit den alltäglichen Arbeitsabläufen der Trump-Kampagne gar nichts zu tun gehabt zu haben. Er hatte sich bloß im Wahlkampf-Flugzeug befunden und war zu Kundgebungen gereist, aber mit der Strategie hatte er nichts zu tun – mit dem Straßenwahlkampf, der Überzeugungsarbeit per Mail oder den digitalen Methoden.

Außerdem war Trump mit Sessions' Zeugenaussage vor verschiedenen Kongressausschüssen unzufrieden, wo es um Treffen oder Besprechungen mit Russen gegangen war.

«Kümmern Sie sich darum, dass er geht», forderte Trump von Priebus.

Stephen Miller, ein ehemaliger Mitarbeiter von Sessions und ein großer Unterstützer von dessen Arbeit, erklärte Priebus später: «Wir sind wirklich in Schwierigkeiten. Wenn Sie ihn nicht zum Rücktritt bewegen, wird der Präsident denken, dass Sie schwach sind. Und wenn Sie den Rücktritt erwirken, haben Sie Anteil an einer katastrophalen Abwärtsspirale.»

Priebus sprach mehrere Male mit Sessions. Der Justizminister wollte nicht zurücktreten. Wenn der Präsident Sie nicht im Amt sehen möchte, meinte Priebus, dann sollten Sie auch nicht im Amt sein.

Nein, er würde nicht gehen.

Schließlich stimmte Trump zu abzuwarten. Er verlangte keinen unverzüglichen Rücktritt, weil er meinte, er wollte erst einmal durch die Sonntags-Talkshows am nächsten Tag kommen.

Zwei Tage später nahm Trump das Sperrfeuer gegen Sessions wieder auf und nannte ihn auf Twitter «unseren angeschlagenen Justizminister».

In einem Interview mit dem *Wall Street Journal* bestritt Trump die Schützenhilfe von Sessions im Wahlkampf. «Als es hieß, er unterstützt mich,

bin ich nach Alabama gefahren. Ich hatte 40000 Leute. Er war ein Senator aus Alabama. Ich habe den Staat mit einer Menge, mit gewaltigem Vorsprung gewonnen. Eine Menge Staaten habe ich mit gewaltigem Vorsprung gewonnen. Aber er war ein Senator, er sieht die 40000 Leute und sagt sich vielleicht: Was habe ich zu verlieren? Und dann hat er mich unterstützt. Also das heißt nicht gerade, dass es sich dabei um eine große loyale Sache handelt.»

Bannon bat Sessions ins Weiße Haus. Sessions setzte sich auf einen Stuhl in Bannons Büro, das der selbst als seinen War Room, seine Einsatzzentrale, bezeichnete. An den Wänden hingen Magnettafeln mit Trumps Wahlversprechen.

Der Justizminister, ein Mann von schmaler Statur, war nervös, aber freundlich.

«Sehen Sie», begann Bannon, «Sie waren die ganze Zeit mit an Bord» während des Wahlkampfs. «Sie wussten, das Ganze war eine beschissene Show, total desorganisiert.»

Sessions konnte das nicht bestreiten.

Bannon kam dann auf das zu sprechen, was vermutlich die schönste Erinnerung ihres politischen Lebens darstellte – als Trump am 9. November die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte. Nichts kam der Süße dieses Sieges gleich.

«Als am 9. alles klar war, hatten Sie da irgendeinen Zweifel, dass es sich um Fügung handelte?», fragte Bannon und bezog sich auf eine gemeinsame religiöse Glaubensüberzeugung. «Daran, dass die göttliche Vorsehung dafür gesorgt hat, Trump die Wahl gewinnen zu lassen?»

«Nein», antwortete Sessions.

«Glauben Sie das wirklich?»

Sessions bekräftigte seine Meinung.

«Es lag in der Hand Gottes, nicht wahr? Sie und ich waren doch dabei. Wir beide wissen, es kann nur die Hand Gottes gewesen sein.»

«Ja.»

«Gut», sagte Bannon. «Sie werden nie zurücktreten, oder?»

«Nein, nie.» Da müsste Trump ihn schon feuern.

«Versprechen Sie mir, dass Sie nicht zurücktreten werden?»

«Klar.»

«Denn es wird noch schlimmer kommen.»

«Was meinen Sie?», fragte Sessions.

«Das Ganze ist ein Ablenkungsmanöver.»

«Ich verstehe nicht.»

«Jared sagt aus.» Bannon erklärte, Trumps Schwiegersohn würde am Montag vor dem Geheimdienstausschuss des Senats und am Dienstag vor dem Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses aussagen. «Sie fühlten sich noch zu angreifbar.»

«Das würde er mir nicht antun», entgegnete Sessions.

«Er würde Ihnen das verdammt noch mal in weniger als einer Sekunde antun. Er tut es Ihnen an! Sie werden ja sehen! Wenn Jared ausgesagt hat und die Ausschüsse das für eine gute Aussage halten, wird er aufhören zu twittern.»

Am 24. Juli veröffentlichte Kushner im Vorfeld seines Auftritts vor dem Kongress eine lange, juristisch sorgsam ausformulierte Erklärung. «Ich habe weder mit einer fremden Regierung zusammengearbeitet, noch ist mir bekannt, dass irgendjemand aus dem Wahlkampfteam mit einer fremden

Regierung zusammengearbeitet hat. Ich habe keine unangemessenen Kontakte unterhalten. Um meine geschäftlichen Aktivitäten zu finanzieren, habe ich keinerlei Finanzmittel aus Russland beansprucht.»

Trumps Angriffe auf Sessions ließen eine Weile nach. Es handelte sich um einen Nebenschauplatz, ein Ablenkungsmanöver. Er war jedoch der Ansicht, dass Sessions ihn enttäuscht hatte und dass dieses Ablenkungsmanöver deshalb den Richtigen traf.

Trumps Attacken gegen Sessions weckten die Republikaner im Senat auf. Lindsey Graham sagte, Sessions «glaube an die Rechtsstaatlichkeit». Andere Republikaner verteidigten ihren ehemaligen Kollegen und meinten, es sei nicht einfach, einen vom Senat bestätigten Nachfolger zu finden. Der stellvertretende Justizminister Rod Rosenstein könnte zurücktreten. Die Angelegenheit könnte eskalieren, zu einer Situation führen, die an Watergate und das Saturday Night Massacre von 1973 erinnerte, als Nixon den damaligen Sonderermittler feuerte und daraufhin sowohl Nixons Justizminister als auch dessen Stellvertreter zurücktraten. Priebus befürchtete, dagegen würde das Comey-Stück auf einmal wie ein Kinderspiel aussehen.

Trump holte im Oval Office zu einem vernichtenden Angriff auf Sessions aus und nannte ihn «Idiot». Trotz seines Versprechens gegenüber Bannon reichte Sessions daraufhin bei Trump schriftlich seinen Rücktritt ein. Priebus redete dem Präsidenten aus, den Rücktritt zu akzeptieren.

Sich selbst als befangen zu bezeichnen mache aus dem Justizminister einen «Verräter», sagte Trump zu Porter. Der Präsident machte sich über Sessions' Südstaatendialekt lustig. «Dieser Kerl ist geistig zurückgeblieben. Er ist ein dummer Südstaatler.» Dann äffte er dessen Zungenschlag nach und imitierte

Sessions, wie er in seinem Bestätigungsverfahren alles durcheinandergeworfen und geleugnet hatte, mit dem russischen Botschafter gesprochen zu haben.

«Wie um alles in der Welt habe ich mich nur je dazu überreden lassen, ihn als Justizminister auszuwählen?», fragte Trump Porter. «Er würde noch nicht einmal einen guten Provinzanwalt in einer Einmannkanzlei unten in Alabama abgeben. Was hat er dann hier als Justizminister verloren?»

Trump war nicht zu bremsen. Er erklärte Porter: «Wenn er sich als befangen aus der Affäre zieht, warum hat er sich dann überhaupt als Justizminister auswählen lassen? Das war der ultimative Verrat. Wie konnte er das nur tun?»

Porter hatte darauf eine Antwort, die er so behutsam wie nur möglich vortrug. «Es gibt gut begründete Gesetze und Richtlinien für den Fall, sich selbst als befangen bezeichnen müssen. Und die kennt er. Es war keine politische Entscheidung von ihm. Er wollte das nicht. Aber er hat die zuständigen Experten des Justizministeriums zu Rate gezogen, und man hat ihm erklärt, dass er alle Kriterien der Befangenheit erfüllte, deshalb musste er so handeln.»

«Nun», erwiderte Trump wütend, «er hätte den Job gar nicht erst annehmen sollen. Er ist der Justizminister. Er kann diese Entscheidungen selbst treffen. Er muss doch nicht auf seine Mitarbeiter hören. Wenn er denn so ein kluger Anwalt ist und wusste, dass er sich als befangen bezeichnen muss, hätte er mir das sagen sollen, und ich hätte ihn nicht ausgewählt. Aber er ist langsam im Kopf. Er hat das wahrscheinlich gar nicht begriffen.»

Kapitel 27

Am 20. Juli berief Priebus um 8 Uhr eine Besprechung der leitenden Stabsmitarbeiter zu Thema Immigration ein. Stephen Miller hielt einen Vortrag. Manchen kam es vor wie eine Einkaufsliste – die Grenzmauer, verstärkte Grenzkontrollen, Unterbringung der illegalen Einwanderer in den Kommunen statt in Lagern, Einwanderungsrichter, Green-Card-Lotterie, Zufluchtsstädte, «Kate's Law» – Erhöhung des Strafmaßes für Personen, die illegal versuchen, zurück in die Staaten zu kommen, nachdem sie bereits ausgewiesen worden sind – und Kettenmigration.

Wir müssen uns auf die erfolgversprechenden Fragen konzentrieren, sagte Miller, also diejenigen, die den Demokraten schaden könnten. Dann müssen wir den Senat davon überzeugen, sich um heftig umstrittene Fragen zu kümmern, dass zum Beispiel den Anlaufstädten der Flüchtlinge der Geldhahn abgedreht wird.

Kushner widersprach Millers Strategie vehement. Wir müssten uns auf überparteiliche, konstruktive Dinge konzentrieren und vielleicht sogar Punkte finden, die wir den Demokraten geben können – «ein paar von unseren Prioritäten, ein paar von deren». Er wollte «einen Weg voran, damit wir tatsächlich etwas erledigt kriegen».

Priebus widersprach Kushner. «Ich kenne Capitol Hill. Ich weiß, was gut ist an diesen Abstimmungen, die politische Zeichen setzen sollen.» Ein Projektentwickler aus New York City wie Jared wisse nicht viel über Politik.

Jared protestierte. «Ich weiß, wie man zu Ergebnissen kommt, wie man konstruktiv vorgeht und Menschen mit unterschiedlichen Meinungen dazu bringt, sich zusammenzusetzen.»

Kushner meinte, dass bei einem Großteil der gesetzgeberischen Diskussionen im Weißen Haus Gefolgsleute von Priebus aus dem streitsüchtigen Republican National Committee, aus dem Büro des ehemaligen Senators Sessions oder aus Pence' Stall an Konservativen anwesend seien. Keiner von ihnen habe Erfahrungen darin, überparteiliche Übereinkünfte zu erzielen oder zu verhandeln. Die gesetzgeberische Agenda werde von Leuten geleitet, die extreme Haltungen vertreten, und von jenen, die politische Erfolge erzielen wollen.

Mattis und Gary Cohn führten mehrere Gespräche über ‹das große Problem›: Der Präsident verstand weder die Bedeutung der Alliierten in Asien und Europa noch den Wert der Diplomatie oder der Beziehungen zwischen den militärischen, wirtschaftlichen und geheimdienstlichen Partnerschaften mit ausländischen Regierungen.

Sie trafen sich zum Lunch im Pentagon, um einen Aktionsplan zu entwickeln.

Ein Grund für das Problem war die leidenschaftliche Überzeugung des Präsidenten, dass das jährliche Handelsdefizit von etwa 500 Milliarden Dollar tatsächlich der amerikanischen Wirtschaft schaden würde. Er hatte sich auf die Fahnen geschrieben, Zölle und Quoten zu verhängen, und das trotz Cohns größter Anstrengungen, ihn von den Vorzügen eines freien Handels zu überzeugen.

Wie konnten sie den Präsidenten überzeugen und, ehrlich gesagt, ihm etwas beibringen? Cohn und Mattis erkannten, dass sie meilenweit davon entfernt waren, Trump zu irgendetwas zu bewegen. Die Konferenzen zu Handelsfragen, die eher an «Und täglich grüßt das Murmeltier» erinnerten, gingen weiter und weiter, und die Verbitterung nahm immer mehr zu.

«Holen wir ihn doch hierher in den ‹Tank›, schlug Mattis vor. Dabei handelte es sich um den gesicherten Konferenzraum der Vereinigten Generalstabschefs. Vielleicht würde er sich dort konzentrieren.

«Gute Idee», sagte Cohn. «Holen wir ihn mal aus dem Weißen Haus raus.» Keine Presse; keine Fernseher; keine Madeleine Westerhout, Trumps persönliche Sekretärin, die in Rufweite vom Oval Office entfernt arbeitete. Und auch keine abschweifenden Blicke zum Fenster hinaus, denn in dem Konferenzraum gab es keine Fenster.

Vielleicht half es ja, Trump aus seinem natürlichen Lebensraum zu holen.

Die Idee stammte aus dem Lehrbuch der Firmenführung – eine Klausur oder ein Treffen an einem anderen Ort. Dazu wollten sie Trump in den Tank holen, zusammen mit seinen wichtigsten Beratern für die Nationale Sicherheit und Wirtschaft, um über internationale strategische Beziehungen zu diskutieren.

Mattis und Cohn stimmten zu. Gemeinsam würden sie gegen Trump kämpfen. Handelskriege oder Störungen der globalen Märkte konnten die prekäre Stabilität auf der Welt verletzen und unterminieren. Die Bedrohung konnte auf die militärische und geheimdienstliche Gemeinschaft übergreifen.

Mattis verstand nicht, wozu die Vereinigten Staaten sich mit den Verbündeten anlegen sollten, ob nun die NATO, die Freunde im Nahen Osten, Japan – oder vor allem mit Südkorea.

Kurz vor 10 Uhr am Donnerstag, den 20. Juli, einem stickigen, wolkenlosen Sommertag ein halbes Jahr nach Dienstantritt, überquerte Donald Trump den Potomac River und fuhr zum Pentagon.

Der Tank hatte seinen Reiz. Trump liebte den Raum. Wegen seines Teppichbodens und der Vorhänge manchmal auch Gold Room genannt, wirkt der Konferenzraum überladen und feierlich und stellt im Grunde einen intimen, hochgesicherten Rückzugsort dar, der jahrzehntelange Geschichte atmet.

Mattis und Cohn organisierten die Präsentationen als Geschichtsunterricht und geostrategische Machtprobe. Zudem handelte es sich um den verspäteten Versuch, sich der drohenden Frage zu stellen: Wie bestimmt diese Regierung ihre politischen Ziele und hält sich daran?

McMaster war wegen familiärer Verpflichtungen verhindert.

Landkarten, die die amerikanischen Verpflichtungen weltweit markierten – Militäreinsätze, Truppenstandorte, Atomwaffendepots, diplomatische Posten, Häfen, Aktivposten der Geheimdienste, Verträge und sogar die Handelsabkommen –, bedeckten zwei große Wandtafeln und erzählten die Geschichte der Vereinigten Staaten in der Welt. Selbst Länder, in denen die USA Anlaufhäfen und Überflugrechte hatten, waren markiert, dazu die wichtigsten Radar- und sonstigen Überwachungseinrichtungen.

«Das große Geschenk der größten Generation an uns», begann Mattis, «ist die auf Regeln basierende, internationale demokratische Ordnung.» Diese globale Struktur brachte Sicherheit, Stabilität und Wohlstand. Bannon saß etwas abseits, ein Hinterbänkler mit Blick auf den Präsidenten. Er kannte

diese globale Weltsicht nur zu gut. Er hielt sie für eine Art Fetisch. Seine eigene Besessenheit lautete noch immer «America First».

Das wird ein Spaß, dachte Bannon, während Mattis betonte, dass die Organisationsprinzipien der Vergangenheit noch immer funktionierten und notwendig waren.

Da war es, dachte Bannon – das pochende Herz des Problems. Dann kam Außenminister Rex Tillerson an die Reihe.

«So wurde siebzig Jahre lang der Frieden bewahrt», erklärte der ehemalige texanische Ölmann.

Für Bannon hieß dies nur noch mehr von der alten Weltordnung: teure, endlose Einsätze, Versprechen geben, Versprechen halten.

Trump schüttelte abweisend den Kopf, sagte aber nichts.

Als Nächster sprach Cohn. Er betonte die Bedeutung des freien Handels: Mexiko. Kanada. Japan. Europa. Südkorea. Dann legte er die Import- und Exportzahlen vor. Wir sind ein riesiger Exporteur von landwirtschaftlichen Produkten, betonte er, etwa 130 Milliarden Dollar im Jahr. Wir brauchen diese Länder, damit sie unsere landwirtschaftlichen Produkte kaufen. Die gesamte Mitte der Vereinigten Staaten besteht praktisch aus Farmern, sagte er.

Die meisten davon waren Trump-Wähler.

Amerikanische Waffenverkäufe ins Ausland beliefen sich auf 75,9 Milliarden Dollar im Steuerjahr 2017. Es ist kein Fehler, dass wir eine ganze Menge an Militärmaschinen auf demselben Flugplatz in Singapur stationiert haben, wo auch zahlreiche Maschinen von Boeing stehen, sagte Cohn. Es ist kein Fehler, dass wir von Singapur aus riesige

Geheimdienstoperationen durchführen. Es ist kein Fehler, dass unsere Flotte dort zum Betanken und Nachschubfassen ein und aus geht.

Handelsdefizite stärken die amerikanische Wirtschaft, versicherte Cohn.

«Davon will ich nichts hören», sagte Trump. «Das ist kompletter Schwachsinn!»

Finanzminister Mnuchin, ein weiterer altgedienter Mann von Goldman, sprach über die Bedeutung von Sicherheitsverbündeten und Handelspartnern. Trump drehte sich zu Bannon um. Dann noch einmal. Bannon nahm dies als Hinweis.

«Einen Augenblick mal», sagte er und stand auf. «Kommen wir doch mal wieder auf den Boden.»

Er griff sich eines der umstrittensten internationalen Abkommen heraus, das die Vereinigten Staaten in diese Weltordnung einband. «Der Präsident will den Deal mit dem Iran aufkündigen, doch ihr zögert nur herum. Das ist ein schlechter Deal. Er möchte ihn aufkündigen und neu verhandeln.» Trump würde das Abkommen nicht einfach nur in der Luft zerreißen, wie er im Wahlkampf angekündigt hatte.

«Eines der Dinge, die er tun möchte», so der Chefstratege, ist, Sanktionen zu verhängen. «Ist einer von euren Scheißalliierten in der Europäischen Gemeinschaft» etwa zur Unterstützung des Präsidenten bereit? All dieses Gerede davon, dass sie unsere Partner seien. «Nennen Sie mir einen, der den Präsidenten bei den Sanktionen unterstützt.»

Mnuchin versuchte, darauf mit der Bedeutung der Alliierten zu antworten.

«Nennen Sie mir einen», sagte Bannon. «Ein Land. Eine Firma. Wer wird die Sanktionen mittragen?»

Niemand antwortete darauf.

«Das meine ich», sagte Trump. «Genau meine Rede. Sie reden von denen als Alliierten. Es gibt nicht einen Verbündeten. Antworten Sie auf Steves Frage. Wer unterstützt uns?»

Tillerson sagte: «Nach allem, was wir wissen, hat der Iran gegen keinen Punkt des Vertrages verstoßen.» Alle Geheimdienste waren sich darin sicher. Darum geht es doch. Wie konnte man dann neue Sanktionen verhängen?

«Alle verdienen sie daran», sagte Trump und bemerkte, dass die EU Handel mit dem Iran trieb und große Geschäfte machte. «Und keiner hält uns den Rücken frei.»

Trump kam auf Afghanistan zu sprechen, ein Thema, zu dem er kürzlich bereits ein halbes Dutzend Besprechungen des NSC und kleinerer Gruppen hatte über sich ergehen lassen. «Wann werden wir endlich mal ein paar Kriege gewinnen? Wir haben doch all diese Diagramme. Wann gewinnen wir endlich mal ein paar Kriege? Warum zwingt ihr mir das alles auf?»

In Anspielung auf den Befehlshaber in Afghanistan, General John Nicholson, der nicht anwesend war, schlug der Präsident um sich. «Ich glaube nicht, dass er weiß, wie man gewinnt. Ich weiß nicht, ob er ein Gewinner ist. Es gibt keine Siege.»

Trump hatte sich noch nicht auf eine Strategie für Afghanistan festgelegt, die war noch immer nicht ausdiskutiert.

«Ihr solltet einfach Leute umbringen. Dazu braucht man doch keine Strategie.»

General Dunford, Vorsitzender des Vereinigten Generalstabs, eilte zu Nicholsons Verteidigung.

«Mr. President», sagte Dunford ganz höflich und leise, «es gibt keinen Auftrag zu gewinnen. Seine Befehle lauten anders.» Unter Obama, der den

Großteil der Truppen abgezogen hatte – vom Höchststand von 100000 Mann waren noch 8400 Mann verblieben –, hatte die Strategie faktisch gelautet, ein Patt zu erreichen.

Mattis und Dunford schlugen neue Regeln für den Einsatz der Soldaten in Afghanistan vor, und hofften, die Truppe durch die Aufhebung von Obamas Restriktionen für die örtlichen Befehlshaber aggressiver und effektiver zu machen. Die Taktik sollte dem Feind nicht mehr vorher mitgeteilt werden. Die jüngsten Erfolge gegen den IS betonten die Bedeutung dieser Änderungen noch.

Trump erinnerte sich, dass General Nicholson den Einsatz der 10-Tonnen-Bombe GBU-43/B, bekannt auch als MOAB, ‹Mother of All Bombs› genehmigt hatte. «Er hat diese verdammte Bombe auf sie abgeworfen.»

Ja, sagte Dunford, das sei eine Entscheidung des Einsatzkommandanten gewesen, nicht von Washington.

Mattis versuchte, höflich dazwischenzugehen «Mr. President, Mr. President …»

«Mad Dog, Mad Dog», erwiderte Trump unter Verwendung von Mattis' Spitznamen bei den Marines. «Das sind doch alles Trittbrettfahrer. Was unternehmen wir?», fragte Trump seine Generäle so scharf wie möglich, ohne zu schreien. «Was ist mit Gewinnen? Der Grund, warum wir in dieser Zwickmühle sind, ist doch, dass Sie diese Vorgehensweise vorgeschlagen haben.»

Die Spannungen im Raum nahmen zu, und schon bald landeten sie wieder beim Iran.

«Sie halten sich an die Vereinbarungen», sagte Tillerson. «So sieht es aus. Sie halten sich daran. Ob es Ihnen nun gefällt oder nicht.» Der Außenminister

hatte eine logische Art, die technischen Einzelheiten und die minutiöse Einhaltung der Vereinbarung durchzugehen.

«Das ist mir zu sehr Establishment», meinte Trump. Sie argumentierten, dass all diese Dinge ineinanderpassten – die Handelsabkommen mit China und Mexiko, das Atomabkommen mit dem Iran, die Truppeneinsätze, die Auslandshilfe. Trumps Antwort auf alles, was ihm vorgelegt worden war, lautete: «Nein.»

«Das können wir nicht machen», sagte er. «Deshalb sind wir ja in diese Situation geraten.»

«Wenn er meint, wir sollten Sanktionen aussprechen», sagte Bannon zu Mnuchin: «Diese tollen Partner, wo stehen die dann bei den Sanktionen?»

Mnuchin schien auszuweichen.

«Nein, stopp», setzte Bannon nach. «Sind die dabei oder nicht?»

«Das werden die niemals unterstützen», antwortete Mnuchin.

«Keine weiteren Fragen mehr», sagte Bannon. «Da haben Sie Ihre Alliierten.»

«Die Europäer», sagte Trump und zeigte mit dem Finger auf Mnuchin, «die sind einfach zu nichts zu gebrauchen.» Siemens, Peugeot, Volkswagen und andere bekannte europäische Firmen investierten massiv im Iran.

Trump sagte: «Rex, Sie sind schwach. Ich will das Abkommen aufkündigen.»

Dann wandte Trump sich einem seiner Lieblingsthemen zu. Er wollte Zölle auf Importstahl, -aluminium und -automobile erheben. Er fragte sich zudem, warum Mnuchin China nicht öffentlich als Währungsmanipulator darstellte, wie Trump es gern wollte.

Mnuchin erklärte, dass China vor Jahren die Währungen manipuliert hätte, dies aber seit längerem nicht mehr tue.

«Was meinen Sie damit?», fragte Trump. «Bringen Sie mir Beweise. Na los. Erläutern Sie das.»

Mnuchin erklärte, dass die US-Gesetze sehr deutlich festhielten, was nötig war, um Währungsmanipulation zu beweisen, und dass er dies nicht eindeutig belegen könne.

«Das ist doch alles völlig verkehrt», was die Handelsabkommen angehe, sagte Trump. «Wir stecken bei jedem einzelnen davon mit dem Kopf unter Wasser.» Die anderen Länder würden Geld machen. «Schauen Sie sich doch das alles mal an. Und wir bezahlen für das alles.» Diese Länder seien «Protektorate», verkündete er.

«Eigentlich ist das gut für unsere Wirtschaft», wiederholte Cohn.

«Das will ich nicht hören», entgegnete Trump. «Das ist kompletter Blödsinn.»

Während die Besprechung langsam dem Ende entgegenging, lehnte sich Tillerson in seinem Bürostuhl zurück. Er schien zum Präsidenten zu sprechen, schaute ihn dabei aber nicht an. Stattdessen richtete er den Blick auf Mattis.

«Ihre Entscheidung», sagte der Außenminister. «Ganz wie Sie wollen.»

Er machte einen Rückzieher – so als wolle er sagen: Ich gehorche und führe aus, aber das ist ganz allein Ihre Sache, nicht meine.

«Wir geben jedes Jahr dreieinhalb Milliarden Dollar aus, um Truppen in Südkorea zu unterhalten», sagte Trump wütend. Der Süden könne sich noch nicht mal entscheiden, ob er das THAAD-Raketenabwehrsystem haben wolle oder nicht! Und ob er dafür zahlen wolle oder nicht!

Es gab in Südkorea einige, die befürchteten, dass das System einen Krieg mit Nordkorea provozieren könnte, und sie hatten dagegen protestiert mit dem Argument, dass dieses System nur im Interesse der USA und Japans sei.

«Dann ziehen wir das verdammte Ding eben ab!», sagte Trump. «Mir doch scheißegal.»

«Die Südkoreaner bezuschussen uns bis zum Abwinken», entgegnete Cohn und forderte den Präsidenten direkt heraus. Das Handelsabkommen sei gut für die amerikanische Wirtschaft, wiederholte er. «Wir kaufen die erstaunlichsten Fernseher auf der Welt für 245 Dollar. Was bedeutet, dass die Menschen weniger Geld für Fernseher und mehr Geld für andere Produkte in den Vereinigten Staaten ausgeben.»

Wenn die USA die Truppen abzögen, so Cohn, dann würde das bedeuten, dass sich mehr Kriegsschiffe in jenem Teil der Welt aufhalten müssten, um Sicherheit zu gewährleisten. Das mochte gern zehnmal so viel kosten.

Außerdem gab es noch die äußerst sensiblen Informationen, die durch die Special-Access-Programme gewonnen wurden, welche die USA mit Erlaubnis Südkoreas laufen lassen konnte. Trump schien deren Wert und Notwendigkeit nicht zu verstehen.

«Also, dreieinhalb Milliarden für 28000 Mann», sagte der Präsident. Er war ganz aufgebracht. «Ich weiß überhaupt nicht, was die da sollen. Bringen wir sie alle nach Hause!»

«Mr. President», sagte Cohn, «was bräuchten Sie in der Region, um nachts gut schlafen zu können?»

«Verdammt rein gar nichts», antwortete der Präsident. «Und ich würde schlafen wie ein Murmeltier.»

Priebus erklärte die Besprechung für beendet. Mattis wirkte vollkommen ernüchtert.

Trump erhob sich und ging hinaus.

Aus Tillerson schien alle Luft heraus zu sein. Er konnte Trumps Attacke gegen die Generäle nicht ertragen. Der Präsident drückte sich aus, als wäre das Militär eine Söldnertruppe, die man sich einfach mieten könne. Wenn ein Land nicht dafür zahlen wollte, dass wir dort waren, dann wollten wir auch nicht dort sein. So als würde es keinerlei amerikanische Interessen geben, eine friedliche Weltordnung zu formen und zu erhalten, so als wäre das amerikanische Organisationsprinzip Geld.

«Alles in Ordnung?», fragt Cohn.

«Er ist ein verdammter Vollidiot», sagte Tillerson so, dass alle es hören konnten.

Trump verließ die Sitzung zusammen mit Priebus, Bannon und Kushner kurz vor 12 Uhr 45. Er verweilte ein paar Augenblicke und schüttelte einigen Armeeangehörigen, die im Flur aufgereiht standen, die Hand.

«Das Treffen war großartig», sagte Trump gegenüber Reportern. «Ein sehr gutes Treffen.»

Dann ging er zur Präsidentenlimousine.

«Ich bin froh, dass Sie sich verflucht noch mal entschieden haben, was zu sagen», meinte Trump zu Bannon. «Ich brauchte Rückendeckung.»

«Sie waren großartig», sagte Bannon.

Finanzminister Mnuchin war ihnen gefolgt. Er wollte sichergehen, dass klar war, dass er in der Frage der europäischen Alliierten auf Trumps Seite

stand. «Ich weiß nicht, ob sie Verbündete sind oder nicht», sagte er. «Ich bin Ihrer Meinung.»

Im Wagen beschrieb Trump seine Berater: «Die haben keine Ahnung vom Geschäft. Das Einzige, was sie wollen, ist alle zu beschützen – und wir sollen alles bezahlen.»

Er meinte, Südkorea würde mit uns kein neues Handelsabkommen abschließen. «Aber vor diesem verrückten Kerl im Norden sollen wir sie schützen.»

Cohn folgerte aus alldem, dass Trump tatsächlich Rückschritte machte. In den ersten Monaten als Neuling war er besser zu kontrollieren gewesen.

Für Priebus war dies das schlimmste in einer ganzen Reihe von vielen schrecklichen Treffen. Nach sechs Monaten in der Regierung sah er lebhaft, dass sie ein grundsätzliches Problem in der Zielsetzung hatten. In welche Richtung sollte es gehen?

Das Misstrauen in dem Raum war greifbar und ätzend gewesen, die Atmosphäre unzivilisiert; obwohl alle vordergründig auf derselben Seite standen, hatten sich alle gepanzert, vor allem der Präsident.

So also sah Wahnsinn aus, dachte Priebus.

Ein leitender Beamter im Weißen Haus, der sich kurz darauf mit Teilnehmern der Besprechung unterhalten hatte, notierte folgende Zusammenfassung: «Der Präsident fuhr fort, alle Anwesenden zu belehren und zu beleidigen, dass keiner von ihnen Ahnung hätte, wenn es um Verteidigung oder nationale Sicherheit ginge. Offenkundig haben viele der höheren Berater des Präsidenten, vor allem jene aus dem Bereich der nationalen Sicherheit, größte

Bedenken, wenn es um seine sprunghafte Art, seine relative Unwissenheit und seine Unfähigkeit geht, etwas hinzuzulernen, aber auch hinsichtlich seiner in ihren Augen gefährlichen Ansichten.»

Kapitel 28

Nach der Besprechung im Tank reiste Tillerson, ein Eagle-Pfadfinder – der höchste Rang – zum Boy Scout Jamboree, einem Pfadfindertreffen, nach West Virginia und von dort zur Hochzeit seines Sohnes nach Texas. Er trug sich mit Rücktrittsgedanken.

«Hören Sie», sagte Priebus bei einem späteren Telefonat. «Sie können jetzt unmöglich kündigen. Das ist lächerlich. Kommen Sie rüber in mein Büro.»

Tillerson folgte seiner Aufforderung. «Ich mag es einfach nicht, wie der Präsident mit den Generälen redet. Das haben sie nicht verdient. Ich kann nicht still dasitzen und mir das anhören. Der Präsident ist ein Schwachkopf.»

Priebus war überrascht von dieser unverhohlenen Feindseligkeit. Ihm wurde klar, dass Tillerson im Grunde selbst zutiefst gekränkt war: von der Art und Weise, wie der Präsident auch mit ihm redete. In zahlreichen Besprechungen im Situation Room hatte Tillerson förmlich geschnaubt, um kundzutun, dass er mehr als nur irritiert war, während er vergeblich versuchte, das Geschwätz «dieses Schwachkopfs» auszublenden.

Priebus ermahnte ihn, er solle einen nicht ganz so harschen Ton anschlagen. «Ein bisschen mehr Respekt wäre angebracht. Sie können nicht so über den Präsidenten sprechen. Sie müssen eine andere Art der Kommunikation finden, versuchen, das Gleiche auf weniger beleidigende Weise zu sagen.»

Priebus bewunderte Mattis für dessen Art, mit dem Präsidenten umzugehen – er vermied eine direkte Konfrontation, bezeugte Trump

Respekt und Ehrerbietung, konzentrierte sich derweil ganz auf die Regierungsgeschäfte und begab sich häufig auf Dienstreisen, um möglichst oft nicht da zu sein.

Tillerson kam wieder auf die Generäle zu sprechen. «Ich kann einfach nicht ruhig dasitzen und mir anhören, wie der Präsident die Generäle abkanzelt. Ich ertrage es nicht. Es gehört sich einfach nicht.»

Später berichtete Priebus Trump, er habe mit Tillerson darüber gesprochen, dass dieser es dem Präsidenten gegenüber an Respekt mangeln lasse. Aber dass Tillerson ihn «Schwachkopf» genannt hatte, verschwieg er.

Trump hörte ihm schweigend zu, was ungewöhnlich für ihn war, und widersprach ihm in der Sache nicht. Priebus dachte, der Präsident verschließe die Augen vor Tillersons Feindseligkeit, weil er zu stolz sei. Doch als Präsident, fand Priebus, hätte er die demonstrativ zum Ausdruck gebrachte Widersetzlichkeit des Außenministers nicht hinnehmen sollen.

Hin und wieder funktionierte die Zusammenarbeit im Rahmen des NSC recht gut. Ein Policy Coordination Committee – das für die Koordination der Aufgaben zuständig war und eine Ebene unter dem Deputies Committee angesiedelt war – wurde einberufen, um Themen einzusammeln, von den Mitarbeitern des Generalstabs, von den zivilen Angestellten im Verteidigungsministerium, dem Außenministerium, den Geheimdiensten, dem Finanzministerium und dem Amt für Verwaltung und Haushaltswesen. Gegebenenfalls wurde ein dreißigseitiges Strategiepapier samt Anhang ausgearbeitet. Meinungsverschiedenheiten wurden glattgebügelt, so gut es ging. Dann schickte man das Papier hinauf zum Deputies Committee, den Delegierten aus den verschiedenen Ressorts, die wenn nötig Änderungen

anbrachten. Wenn dann alle mit den Eckpunkten einverstanden waren und einem Strategieplan zustimmten, wurde ein Principals Committee unter dem Vorsitz von McMaster einberufen, dem die Kabinettssekretäre angehörten.

Als ranghöchstem Teilnehmer oblag es Tillerson, bei den Principals-Committee-Treffen als Erster das Wort zu ergreifen. Beim Eintreten pflegte er sinngemäß zu sagen: «Ich habe das NSC-Strategiepapier noch nicht gelesen. Wir haben es hier mit einem schwierigen Sachverhalt zu tun. Umso wichtiger ist es, dass wir es im Zusammenhang sehen. Und so sehe ich die Sache.»

Dann ließ er einen Stapel Informationsmaterial herumgehen. Statt seinen Vortrag den Teilnehmern vor dem Treffen zu schicken, damit sie ihn vorher hätten lesen können, ging er ihn Seite für Seite mit ihnen durch, wobei er sich manchmal fünf Minuten bei einer Seite aufhielt. Die Teilnehmer des NSC bildeten sein unfreiwilliges Publikum und mussten ihm wohl oder übel folgen. Oft waren die Principals-Committee-Treffen auf eineinviertel Stunden begrenzt, und so war Tillerson mitunter der Einzige, der zu Wort kam, jedenfalls immer der Hauptredner.

Tillerson wollte, dass hinterher alle seine Sichtweise der Sachlage teilten und die Strategie entsprechend überarbeiteten.

Diese Auftritte Tillersons – sein Betreiben, den gesamten ressortübergreifenden Prozess dahingehend zu ändern, dass der jeweilige Fahrplan seiner Einschätzung folgte – liefen mehr oder weniger ähnlich ab bei der Ausarbeitung einer Strategie gegenüber dem Iran, Irak, Libanon und der Hisbollah, Syrien, China, Nordkorea und im Kampf gegen den IS.

Einige der Teilnehmer der Principals-Committee-Treffen, sowohl jene am Verhandlungstisch als auch die stummen Zuhörer, waren bisweilen recht

beeindruckt davon, wie ihm ein Perspektivwechsel gelang. Wieder andere fanden seine Vorträge recht einförmig. In der Regel befürwortete Tillerson eine bessere wirtschaftliche Einbindung sowie die Koordinierung von Entwicklungshilfe und hielt es für notwendig, bei den Auslösern der Gewalt anzusetzen und die Mittel der Diplomatie auszuschöpfen.

Was hingegen oft fehlte oder was er lediglich in Aussicht stellte, war ein Plan zur Ausführung, in dem Verantwortlichkeiten und die jeweilige Rechenschaftspflicht festgelegt wurden. Häufig waren die Ziele für die Endphase schwammig formuliert oder wurden erst gar nicht erwähnt. Mit dem Ergebnis, dass es oft zu wochen-, wenn nicht gar monatelangen Verzögerungen kam.

Zur gleichen Zeit, im Juli, kehrte Trump in einem kleinen Flugzeug – diesmal seiner Air Force One – aus Bedminster zurück. Er ging nach hinten zu dem kleinen Bereich, wo sein Stab saß, in diesem Fall Ivanka, Jared, McMaster und Porter.

Irak, Afghanistan und Syrien, die drei Hauptkriegsgebiete, seien ein einziger Morast, verkündete er in dozierendem Ton, und er wolle alle drei endlich loshaben. «Die riesigen Ressourcen, die wir in diesen Ländern verschwenden!», sagte er. «Wir sollten uns einfach zum Sieger erklären, die Kriege beenden und unsere Soldaten nach Hause schaffen.»

McMaster war sichtlich geknickt. Er war erst seit sechs Monaten oberster Befehlshaber, und schon wollte Trump alles mit einem Handstreich wegfegen, wollte, dass sich die USA zurückzogen.

Als der Präsident wieder nach vorn gegangen war, machten Jared und Ivanka einen besorgten Eindruck. Sie sagten zu McMaster, sie wollten ihm

gern helfen. Was er davon halte, sich, sobald sie wieder zurück seien, mit Porter an einen Tisch zu setzen und eine Strategie auszuarbeiten, die es ermögliche, die Truppen nur teilweise abzuziehen und ein paar wenige stationiert zu lassen? Er solle doch eine Gelegenheit suchen, wieder mit dem Präsidenten ins Gespräch zu kommen.

Am 25. Juli suchte der Präsident wieder den Konflikt mit McMaster. Alliierte seien ihm egal, sagte Trump. Er wollte keine Truppen in Südkorea, auch nicht, nachdem man ihm ins Gedächtnis gerufen hatte, dass es von dort aus nur sieben Sekunden dauert, um den Abschuss einer Langstreckenrakete zu entdecken – im Unterschied zu den fünfzehn Minuten, die es von Alaska aus dauert.

McMaster sprach im Säulengang vor dem Oval Office mit Cohn und Porter.

Er sagte, Trump habe um 6 Uhr 03 am frühen Morgen getwittert: «Ukrainische Einmischung in den Trump'schen Wahlkampf – klammheimlicher Versuch, Clinton zu stärken. Wo bleibt die Untersuchung durch den A.G. [Generalstaatsanwalt]?»

Das sei ganz klar russische Propaganda, meinte McMaster. Zu diesem Schluss sei er gemeinsam mit dem NSC sowie den Geheimdiensten gekommen. Doch der Präsident habe es aufgeschnappt und in die Öffentlichkeit getragen.

Dann meinte McMaster, er sei sich nicht sicher, wie lange er sich noch halten könne.

Später am selben Tag, im Oval Office, wollte McMaster von Trump eine vertrauliche Anordnung bezüglich Libyens unterzeichnen lassen.

«Das unterschreibe ich nicht», sagte Trump. Die Vereinigten Staaten sollten Erdöl bekommen. Die Generäle seien nicht ausreichend darauf fokussiert, Geld zu bekommen oder welches zu generieren. Sie verstünden nicht, was ihre Ziele sein sollten, und seien schuld daran, dass die US-amerikanischen Streitkräfte überall dort engagiert seien, wo es sich gar nicht lohne.

Bevor der Präsident abends in seine Privaträume hinaufging, reichte Porter ihm für gewöhnlich eine Mappe mit Briefing-Unterlagen, Memos und seinem Terminplan für den nächsten Tag.

Morgens kam er um zehn, manchmal auch elf oder gar erst um halb zwölf ins Oval Office hinunter.

«Und, was steht heute an?», pflegte er als Erstes zu fragen. Vielleicht hatte er einen Blick in die Mappe geworfen oder auch nicht, niemand vermochte es zu sagen. Er vermittelte gern den Eindruck, dass Improvisieren seine große Stärke sei. Dass er mit einem Blick eine Situation oder einen Raum erfassen könne. Dass er in der Lage war, jederzeit völlig spontan zu reagieren, so wie während des gesamten Wahlkampfs.

Porter verstand, dass Trump gern der Eingebung eines Augenblicks folgte, aus dem Bauch heraus handelte. Der Präsident vermittelte den Eindruck, zu viel Vorbereitung könnte seine Improvisationskunst schmälern. Er wollte nicht durch umsichtiges Vorausdenken vom Gleis gebracht werden. Als könnte ein Plan seine Macht, seinen sechsten Sinn zunichtemachen.

Wenn der Präsident morgens herunterkam, sprach er über das, was er im Fernsehen gesehen hatte, vor allem auf *Fox News*, oder über Nachrichten aus der Zeitung, die er gründlicher las, als die Öffentlichkeit glaubte.

Den lieben langen Tag wollte Trump die Meinungen von allen möglichen Menschen hören, die ihm über den Weg liefen – von Kabinettsmitgliedern bis zu Sicherheitsleuten. Das war seine Art, auf die Stimme des Volkes zu hören.

Einmal fragte er Johnny McEntee, seinen siebenundzwanzigjährigen Leibwächter, ob er weitere Truppen nach Afghanistan schicken solle.

«In meinen Augen ergibt das keinen Sinn», antwortete McEntee.

Die meisten anderen Personen im West Wing, die Trump nach ihrer Meinung fragte, drucksten herum: «Ich glaube, darüber sollten Sie besser mit H.R. reden, der ist der Experte.»

«Nein, nein, nein», entgegnete Trump einmal. «Ich möchte wissen, wie Sie darüber denken.»

«Ich kann nur sagen, was ich in den Zeitungen lese.»

Diese Antwort genügte dem Präsidenten nicht. «Nein, ich möchte wissen, was Sie denken.»

Alle Präsidentschaften sind auf Publikumswirksamkeit ausgerichtet, aber Trumps wichtigstes Publikum war häufig er selbst. Ständig benotete er sich selbst. Meistens positiv. Seine Gedanken kreisten unaufhörlich um die Außenwirkung.

Das, was sich im Oval Office und im gesamten Weißen Haus abspielte, war weniger «die Kunst, Deals zu schließen», als vielmehr das Lösen von Deals. Dieser Prozess lief ständig vor den Augen aller Beteiligten ab, ein Trump’scher Auftritt in Endlosschleife. Es war unmöglich, die Augen davor zu verschließen.

In der Außenpolitik gehe es um persönliche Beziehungen, erklärte Trump jenen, die die meiste Zeit mit ihm im Oval Office zubrachten. «Ich habe

hervorragende Beziehungen zu Xi», sagte er zum Beispiel über den chinesischen Präsidenten. «Bei uns stimmt einfach die Chemie. Xi mag mich. Xi hat für mich den roten Teppich ausgerollt, als ich in Peking war.» Im November 2017 bekundete er öffentlich: «Ich betrachte ihn als Freund. Er betrachtet mich als Freund.»

H.R. McMaster versuchte dem Präsidenten klarzumachen, dass Xi ihn lediglich benutzen würde. China sei ein wirtschaftlicher Aggressor und wolle unbedingt die Nummer eins in der Welt werden.

Daraufhin meinte Trump, das wisse er durchaus. Aber diese Probleme würden durch seine besondere Beziehung zu Xi gelöst werden.

In den letzten vier Monaten 2017 hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dreimal neue Sanktionen gegen Nordkorea beschlossen. Am 22. Dezember stimmten alle fünfzehn Mitglieder einhellig dafür, einschließlich Chinas. Die Sanktionen sahen vor, die Erdölimporte Nordkoreas um 89 Prozent zu beschneiden. Das war ganz nach Trumps Geschmack.

«Das liegt nur daran, dass ich eine so großartige Beziehung zu Präsident Xi aufgebaut habe», sagte er. «Und dass er mich respektiert und ich ihn respektiere. Da seht ihr mal, wie gut es ist, dass ich nett zu ihm bin, obwohl alle mir immer raten, ich soll auf Konfrontation zu ihm gehen. Denn wenn ich nicht eine so großartige Beziehung zu Präsident Xi hätte, hätten sie niemals so abgestimmt.» Es liege an der Chemie, am gegenseitigen Vertrauen. «Auf diese Weise bringe ich sie dazu, Dinge zu tun, die sie sonst nie im Leben tun würden.»

Bei Angelegenheiten, zu denen Trump jahrzehntealte vorgefertigte Meinungen hatte, waren Argumente vergebens. Einer der erfahrensten

Mitarbeiter aus dem West Wing in den Jahren 2017 und 2018 sagte: «Bei manchen Themen hat er sich längst eine Meinung gebildet, und da kann man sich den Mund fusselig reden und noch so gute Argumente vorbringen, aber es ist alles vergeblich. Er hört einem nicht einmal zu.»

An einem gewissen Punkt beschloss Trump, Strafzölle zu erheben.

«Großartig», sagte Cohn. «Dann wird der Aktienmarkt morgen eben um 1000 oder 2000 Punkte fallen, aber das macht Ihnen ja nichts aus. Stimmt's, Sir?»

«Nein, nein, wir brechen die Besprechung jetzt ab. Wir tun vorerst nichts.»

«Ihre größte Angst ist, dass es Ihnen wie Herbert Hoover ergeht», sagte Cohn.

Wieder einmal also die alte Leier in Sachen Außenhandel, dachte er. Die gleichen Argumente, die gleichen Punkte, die gleiche Gewissheit – bei Für und Wider. In ein, zwei Wochen oder Monaten würden sie dieselbe Diskussion wieder führen.

Immer wieder äußerte Trump, er werde aus den Handelsabkommen aussteigen und Zölle erheben. Mehrmals sagte er: «Los, lasst es uns tun», und verlangte, dass man ihm ein entsprechendes Dekret zur Unterzeichnung vorlegte.

«Wir müssen ihn unbedingt von KORUS» – dem Handelsabkommen mit Südkorea – «ablenken», sagte Porter zu Cohn. «Und von NAFTA.» Cohn stimmte ihm zu.

Mindestens zweimal ließ Cohn das von Trump gewünschte Dekret aufsetzen. Und mindestens zweimal stibitzte Cohn oder Porter es wieder von seinem Schreibtisch. Oder sie zögerten es ganz einfach hinaus.

Trump wiederum schien sich nicht an seine eigene Entscheidung zu erinnern, jedenfalls fragte er vorerst nicht wieder danach. Er führte keine To-do-Listen – auch nicht im Kopf.

Am 12. Juli 2017 schrieben fünfzehn frühere Mitglieder des Council of Economic Advisers – des Rats der Wirtschaftsweisen – einen Brief an Trump, in dem sie ihn aufforderten, «den Prozess, Importzölle auf Stahl zu erheben, nicht in Gang zu setzen», da dies den Beziehungen zu den wichtigsten Verbündeten der USA schaden würde, «vor allem aber der US-amerikanischen Wirtschaft».

Zu den Unterzeichnern des Briefs zählte alles, was in puncto Wirtschaftsexpertise Rang und Namen hatte, sowohl unter den Republikanern als auch unter den Demokraten – die früheren US-Zentralbank-Präsidenten Alan Greenspan und Ben Bernanke, Laura Tyson, die Top-Wirtschaftsberaterin der Clinton-Regierung, und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz.

Wilbur Ross hatte quer über den oberen Rand einen Kommentar gekritzelt: «Lieber Mr. President, die Leute auf dieser Liste sind im Wesentlichen jene, die unsere [Handels-]Defizite mitzuverantworten haben. Wir können uns deren Ratschläge nicht mehr leisten. Mit besten Grüßen, Wilbur.»

Die Geschehnisse in den letzten zehn Tagen des Jahres 2017 hinterließen Narben. Am 27. Juli hatte Trump trotz vehementer Proteste von Priebus Anthony Scaramucci, einen weiteren ehemaligen Goldman-Sachs-Banker und unverfrorenen Hedgefonds-Manager, zum Kommunikationsdirektor ernannt.

Bei der üblichen Interview-Ehrenrunde hatte Scaramucci verkündet, Priebus würde bald gebeten werden, seinen Hut zu nehmen. «Reince ist ein schizophrener Paranoiker», sagte er.

Am frühen Morgen des 28. Juli, eines Freitags, scheiterte Trump im Kongress mit seinem Wahlversprechen, Obamacare abzuschaffen und durch ein neues Gesundheitssystem zu ersetzen. Trump machte Priebus dafür verantwortlich. Er sollte Capitol Hill doch eigentlich kennen und gute Beziehungen zu den führenden republikanischen Abgeordneten haben, meinte er. Priebus' Erklärungsversuche liefen ins Leere. «Sie haben es verbockt.»

Am selben Tag flog Trump nach Long Island, um dort eine Rede zu halten. Priebus begleitete ihn. In der Privatkabine im vorderen Teil des Flugzeugs hatten sie eine Unterredung.

Am Vorabend hatte Priebus seinen Rücktritt eingereicht. Er habe die Nase voll, und ihm sei klar, dass er für Trump nicht mehr von Nutzen sei.

Trump sagte, er suche nach einem geeigneten Ersatz und habe mit John Kelly gesprochen, dem Heimatschutzminister und Viersterne-Admiral i.R. Was halten Sie von Kelly?, fragte Trump.

General Kelly wäre eine großartige Wahl, erwiderte Priebus.

Trump stimmte ihm zu und sagte, er finde, Kelly sei genau der Richtige, aber er habe ihm den Job noch nicht angeboten.

Priebus machte sich Gedanken über die Form seines Abgangs. «Wir könnten es dieses Wochenende verkünden, oder wir geben eine Pressemitteilung heraus. Meinetwegen auch erst am Montag. Wie immer Sie wünschen. Ich richte mich da ganz nach Ihnen.»

«Vielleicht sollten wir es an diesem Wochenende tun», erwiderte Trump. «Was werden Sie jetzt machen?»

Priebus hoffte, in die Anwaltskanzlei zurückkehren zu können, wo er früher tätig war.

Trump umarmte ihn kameradschaftlich. «Wir finden eine Lösung», sagte er. «Sie haben was drauf.»

Die Air Force One landete. Priebus stieg die Passagierbrücke hinunter. Sein schwarzes SUV, bei dem Stephen Miller und Dan Scavino auf ihn warteten, war mit Regentropfen gesprenkelt. Er fühlte sich gut – so gut es den Umständen entsprechend ging.

Dann bekam er eine Web-Benachrichtigung – der Präsident hatte mal wieder getwittert. Er las die neueste Nachricht von @realdonaldtrump: «Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, dass ich General/Minister John F. Kelly zum Stabschef des Weißen Hauses ernannt habe. Er ist ein großartiger Amerikaner …»

«Unglaublich!», dachte Priebus. «Das ist doch nicht sein Ernst!»

Gerade noch hatten Trump und er vereinbart, dass sie bis zum Wochenende warten wollten!

Niemand war auf Trumps Tweet vorbereitet. Als Miller und Scavino ihn lasen, sprangen sie aus Priebus' Wagen und setzten sich in einen anderen und ließen Priebus, der bis eben Stabschef gewesen war, allein.

Während er die Autotür zuzog, fragte sich Priebus, ob Trump den Tweet womöglich nur hatte entwerfen wollen und ihn dann unabsichtlich abgesetzt hatte. Nein, schloss er dann, das war bestimmt nicht der Fall. Ihre Unterhaltung in der Flugzeugkabine war einfach nur eine weitere Lüge gewesen.

Am Abend desselben Tages kam General Kelly zu Priebus. Beide hatten die Situation im Weißen Haus ähnlich empfunden, auch wenn Kelly privat das Chaos im Weißen Haus gegenüber Trump kritisiert hatte. Er hatte dem Präsidenten gesagt, er könne dort Ordnung schaffen.

«Reince», sagte Kelly, «ich hätte dir das niemals angetan. Er hat mir den Job erst angeboten, nachdem der Tweet abgesetzt war. Ich hätte auf jeden Fall vorher mit dir gesprochen.»

Das Ganze ergab nur Sinn, wurde Priebus klar, wenn man verstand, wie Trump seine Entscheidungen traf. «Der Präsident ist von seiner Psyche her überhaupt nicht in der Lage, Empathie oder Mitleid zu zeigen.»

Die Nachricht hatte Kelly dermaßen überrascht, dass er für ein paar Stunden abgetaucht war. Er hatte seine Frau angerufen und ihr erklärt, er habe keine andere Wahl, als das ihm über Twitter gemachte Angebot für eines der wichtigsten öffentlichen Ämter der Welt zu akzeptieren.

Am selben Tag gab Kelly eine Mitteilung heraus: «Ich schätze mich glücklich, meinem Land mehr als 45 Jahre lang gedient zu haben – zuerst als Admiral, dann als Heimatminister. Jetzt fühle ich mich geehrt, dass man mich gebeten hat, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten als Stabschef zu dienen.»

In gewissem Sinn kam Priebus nie über die Art und Weise seines Abgangs hinweg. Obwohl, dachte er, für jemanden, der zu keinerlei Empathie oder Mitleid fähig ist, ist dieses Verhalten gar nicht so abwegig. Weswegen es ihn auch kaum erstaunte, dass Trump ihn zwei Tage später anrief: Reince, mein Freund, wie läuft es so? Wie geht es Ihnen? Trump fand allem Anschein nach

nicht, dass sie ein Problem miteinander hatten, also versuchte auch Priebus es nicht als unangenehm zu erachten.

Generell konnte man in puncto Beziehungen zu Trump sagen: Je näher man ihm kam, desto weiter entfernt war man von ihm. Man startete bei 100 Punkten. Mehr konnte man nicht bekommen. Kelly hatte mit 100 Punkten angefangen und war bereits abgefallen. Das bedeutete, dass man in jedem Fall den Kürzeren zog.

In Trumps Welt drehte sich alles um Leute, von denen er glaubte, er sollte sie vielleicht anheuern, oder die für ihn gearbeitet und die er gefeuert hatte und von denen er jetzt dachte, vielleicht hätte ich das doch nicht tun sollen. Doch diejenigen, die um ihn herum waren oder es seines Erachtens sein sollten, Kollegen und Bekannte, die sich nichts zuschulden hatten kommen lassen, hatten nichts von ihm zu erwarten. Dieser äußere Zirkel, auf dem sein Fokus lag, hatte die größte Macht über ihn, nicht die Leute im Inneren. Nicht Kelly, nicht Priebus und auch nicht Bannon.

Monate nach seinem Weggang aus dem Weißen Haus gelangte Priebus zu einer abschließenden Bewertung: Inzwischen glaubte er, im West Wing von lauter hochkarätigen rücksichtslosen Machtmenschen umgeben gewesen zu sein, Menschen ohne jeden Anspruch, irgendwelche handfesten Ergebnisse zu produzieren – einen Plan, eine Rede, den Entwurf einer Strategie, ein Budget, einen Tages- oder Wochenplan. Vagabundierende Eindringlinge, ein desperater Trupp, der nichts als Chaos verursachte.

Da war Ivanka, eine charmante Jägerin, die nach Belieben in Besprechungen hereinschneite und wieder hinausschlüpfte und sich in die Regierungsgeschäfte des Präsidenten einmischte und dann wieder zurückzog.

Und Jared, der dieselben Rechte hatte wie sie. Sozusagen zwei Kabinettsmitglieder ohne Amt und Erfahrung.

Kellyanne Conway hatte es sich herausgenommen, und tat es noch immer, im Fernsehen oder in Interviews ihre Meinung kundzutun, oftmals ohne sich vorher mit der Kommunikations- und der Presseabteilung abzustimmen, zwei Ressorts, die eigentlich Priebus unterstanden.

Dann war da Bannon, der sich ein Büro im West Wing in der Nähe des Oval Office gesichert hatte, dessen Wände mit Wandtafeln voller Trump'scher Wahlkampfversprechen gesäumt waren. Er war Chefstratege in einer Operation, die gar keine Strategie hatte. Der sich nur dann mit feurigem Impetus in Diskussionen einschaltete, wenn er das Gefühl hatte, dass seine nationalistisch-populistische Agenda in Gefahr sei oder zu beliebig zu werden drohte, oder wenn er ganz einfach eine Beschäftigung suchte.

In Priebus' Augen hatte Trump den «Präsident-Lincoln-Test» nicht bestanden: ein Team aus politischen Rivalen oder Konkurrenten an einen Tisch zu bringen. «Stattdessen versammelt er lauter Raubtiere an einem Tisch», erklärte Priebus einige Zeit später. «Nicht nur Rivalen, nein, Raubtiere.»

Alles Leute, die keine Erfahrung im Regieren hätten, eine Gemeinsamkeit, die sie erstaunlicherweise teilten. Sie alle hätten sich bislang nur oberflächlich in den politischen Diskurs eingemischt oder seien noch viel zu jung.

In gewissem Sinn übten diese vier – Ivanka, Jared, Conway und Bannon – ihre Tätigkeit auf die gleiche Weise aus. «Sie spazieren in den West Wing hinein, nach dem Motto: Behaltet eure Waffen ruhig gezückt, ich habe meine auch bereit», fuhr Priebus fort. Die Diskussionen, die sie führten, dienten

nicht dazu, andere zu überzeugen, sondern, genau wie beim Präsidenten, zu siegen – jemanden niederzuringen, zu zertreten und zu erniedrigen.

«Wenn lauter Raubtiere an einem Tisch sitzen», so Priebus weiter, «bewegt sich nichts.» Daher gebe das Weiße Haus bei den drängendsten Themen wie der Reform des Gesundheitssystems oder der Steuerreform keine Richtung vor. Die Außenpolitik sei völlig inkohärent, häufig auch widersprüchlich.

«Und warum?», fragte Priebus rhetorisch. «Weil, wenn man eine Schlange, einen Falken und einen Hasen und einen Hai und einen Seehund in einem Zoo zusammensperrt, ohne schützende Mauern zwischen ihnen, wird es für ein paar von ihnen bald unangenehm und es fließt Blut. Und genau das passiert zurzeit.»

Kapitel 29

An einem Wochenende Mitte August, im siebten Monat der Trump-Präsidentschaft, zettelte eine Ansammlung weißer Rassisten in Charlottesville, Virginia, eine gewaltsame Auseinandersetzung mit Gegendemonstranten an – wieder ein Beleg für die Kluft zwischen Schwarz und Weiß in Amerika.

Am 11. August veranstalteten etwa 250 weiße Nationalisten auf dem Campus der University of Virginia in der warmen Sommernacht einen gespenstischen Fackelzug, der fatal an das Deutschland der 1930er Jahre erinnerte. Die Marschierer skandierten «Die Juden werden uns nicht vertreiben» und die Naziparole «Blut und Boden».

Die Nationalisten protestierten dagegen, dass die Statue des Konföderierten-Generals Robert E. Lee entfernt werden sollte. Im Laufe der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Nationalisten und Gegendemonstranten lenkte ein Nationalist sein Auto in eine Gruppe der Demonstranten, er tötete eine Frau und verletzte weitere neunzehn Menschen. Die Bilder der wutschäumenden, mit Petroleumfackeln bewaffneten weißen Männer in Poloshirts und Khakishorts und das Video des Autos, das erbarmungslos in die Menge fährt, dominierte alle Fernseh- und Nachrichtenbeiträge.

Am Samstag, den 12. August, schaute Trump in seiner Golfanlage in Bedminster *Fox News*. In den 13-Uhr-Nachrichten beschrieb eine Sprecherin der Polizei von Virginia das Geschehen: «In der Menschenmenge wurden

von allen Seiten Flaschen geworfen. Mit Zement gefüllte Getränkedosen und Paintball-Patronen flogen durch die Luft. Es gab Prügeleien. Von beiden Seiten gingen die Leute aufeinander los. Chemikalien und Rauchbomben wurden in die Menge geschleudert.»

Um 13 Uhr 19 setzte Trump einen Tweet ab, in dem er um Besonnenheit bat. «Wir ALLE müssen zusammenstehen & den Hass verurteilen. Solche Gewalt hat in Amerika keinen Platz. Lasst uns zusammenkommen!»

Am späten Nachmittag unterzeichnete Trump routinemäßig ein Veteranengesetz. Er hatte ein Skript dabei, das die Vorkommnisse verurteilte und mit dem Wort «Gewalt» endete. Trump sagte: «Wir verurteilen diesen schrecklichen Ausbruch von Hass, Fanatismus und Gewalt.» Doch dann wich er von seinem Text ab und fügte hinzu: «Auf vielen Seiten. Auf vielen Seiten. Das geht schon lange so in unserem Land. Nicht erst seit Donald Trump. Nicht erst seit Barack Obama. Lange, lange geht das schon so.» Dann kam er wieder auf sein Skript zurück. «Das hat in Amerika keinen Platz.»

Mit dem Verweis auf «viele Seiten» löste Trump eine heftige Reaktion aus. Damit suggerierte er, gleich viel Gewalt sei von den Neonazis ausgegangen und von denen, die sich dem Rassismus entgegenstellten. Über die ganze Breite des politischen Spektrums schlug dem Präsidenten empörte Kritik entgegen, auch von führenden Republikanern.

«Sehr wichtig für die Nation, zu hören wie @potus die Geschehnisse in Charlottesville als das bezeichnet, was sie sind, ein Terroranschlag der #whitesupremacists», twitterte Senator Marco Rubio.

«Mr. President – wir müssen das Böse beim Namen nennen», postete Cory Gardner, der republikanische Senator Colorados, ebenfalls auf Twitter. «Das waren Rassisten, und es war heimischer Terrorismus.»

«Mein Bruder hat sein Leben im Kampf gegen Hitler nicht dafür geopfert, dass bei uns ungestraft Naziparolen verbreitet werden dürfen», twitterte der Senator Orrin Hatch, der normalerweise als verlässlicher Trump-Verbündeter galt.

In einem Statement nannte der Senator John McCain Charlottesville «eine Auseinandersetzung zwischen unseren guten Engeln und unseren schlimmsten Dämonen. Weiße Rassisten und Neonazis sind definitionsgemäß die Feinde des amerikanischen Patriotismus und der Ideale, die uns prägen.»

Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, twitterte: «Rassismus ist ein Fluch. Diesen Hass und seinen Terrorismus müssen wir bekämpfen und besiegen.» Mitt Romney meinte: «Rassenvorurteile, dann Hass, dann eine abscheuliche Sprache, dann ein grauenhafter Aufmarsch, dann Mord; sie halten sich für überlegen und sind nichts als Barbaren.»

In der Sendung *Fox News Sunday* erklärte Senator Lindsey Graham, der Präsident müsse «sich deutlicher positionieren. Diese Gruppen scheinen zu glauben, sie hätten mit Donald Trump einen Freund im Weißen Haus.» Und er fuhr fort: «Ich würde dem Präsidenten dringend raten, diesen Leuten unmissverständlich klarzumachen, dass sie sich irren.»

Vizepräsident Pence fügte hinzu: «Wir haben nicht das geringste Verständnis für den Hass und die Gewalt weißer Suprematisten, Neonazis oder Ku-Klux-Klan-Anhänger. Diese gefährlichen Randgruppen haben keinen Platz im öffentlichen Leben und Diskurs Amerikas. Wir verurteilen sie aufs schärfste.»

Die Nachrichten beschäftigten sich fast ausschließlich mit Trumps unübersehbarem Zögern, die Rassisten zu verurteilen. Einige Journalisten

vertraten die Ansicht, er habe eine Gelegenheit verpasst, den Verdacht auszuräumen, dass er Sympathien für diese Gruppe hege.

Am Montag, den 14. August, hatte Kelly hochrangige Mitarbeiter um 8 Uhr zu einer abhörsicheren Telefonkonferenz einberufen. Er hielt sich in Bedminster auf, während die meisten Mitarbeiter im Weißen Haus waren. Als es mit dem Ton der gesicherten Leitung nicht klappte, wurde der Beginn der Besprechung verschoben.

«Scheiß drauf», rief Kelly nach etwa 30 Sekunden. «Wir lassen das Ganze.» Er stürmte davon, und man fing an, über sein aufbrausendes Temperament und seine Wutanfälle zu lästern.

Am nächsten Tag gab es wieder ein Problem.

«Mist verdammter», sagte Kelly. «Scheißegal. Schmeißen Sie die anderen aus der Konferenzschaltung. Die Besprechung findet nur mit den Leuten statt, die hier sind.»

Rob Porter hielt sich mit Trump in Bedminster auf und beteiligte sich an den gemeinsamen Bemühungen, den Schlamassel mit einer neuen Rede über Charlottesville zu beseitigen. Porter hatte einen Entwurf der Redenschreiber des Weißen Hauses für die Ansprache, die der Präsident an demselben Montag im Weißen Haus halten sollte, um zu beweisen, dass er konstruktiv und befriedend wirken konnte.

Auf dem Rückflug nach Washington, in der Air Force One, überreichte Porter Trump den Entwurf. Gemeinsam gingen sie ihn durch. Dem Präsidenten missfiel der Ton. Er wollte nicht den Eindruck erwecken, er knicke ein vor der politischen Korrektheit.

Porter und Sarah Huckabee Sanders, die neue Pressesprecherin, wollten den Präsidenten gemeinsam dazu bewegen, eine weitere Rede zu halten.

«Ich glaube, es ist wirklich wichtig», sagte Sanders zum Präsidenten, «dass Sie sich direkt an das amerikanische Volk wenden – und nicht durch den Filter der Medien –, damit Sie nicht missverstanden werden. Und damit die Leute bei CNN und MSNBC, oder wo auch immer, nicht behaupten können, Sie hätten etwas anderes gesagt oder gemeint, als es tatsächlich der Fall ist. Sie müssen Klartext reden. Das gelingt Ihnen am besten ohne Vermittlung der Medien … So können Sie sehr genau und sehr direkt sagen, was Sie meinen, ohne dass die Medien Ihnen die Worte im Mund verdrehen.»

Trump verteidigte, was er gesagt hatte. «Keine Seite hat so etwas wie ein [Monopol] auf Hass oder Fanatismus. Keine Seite ist allein schuld. In den Medien wird man nie fair behandelt. In den Medien bekommt man nie eine faire Behandlung. Egal was man sagt oder tut, man wird dafür kritisiert.»

«Sie müssen das richtigstellen», warf Porter ein. «Sie wollen doch nicht, dass man Sie so sieht, wie Sie im Moment dargestellt werden. Sie müssen das Land einen.» Das sei eine moralische Verpflichtung.

«Sie haben nichts davon, wenn Sie darauf verzichten, Neonazis und andere Rassisten zu verurteilen. Das Land ist tief zerrissen.» Nachdrücklich appellierte Porter an das Ego des Präsidenten und sein Bedürfnis, im Mittelpunkt zu stehen. Er versicherte ihm, er als Präsident könnte der Retter und Tröster der Nation werden.

«Das Land braucht Sie jetzt, damit Sie durch die Kraft Ihrer Worte die Wunden schließen und den Weg nach vorne weisen», sagte er zu Trump. Der Präsident könne Vorbild und Ansporn sein. Er könnte das Thema für sich nutzen, er als Heiland.

Trump wies das nicht zurück, aber er stimmte auch nicht zu.

Als sie ins Weiße Haus zurückkamen, wurde der West Wing gerade renoviert. Trump und Porter gingen in die Wohnräume des Präsidenten. Porter lud den Entwurf der Rede auf seinen Laptop, doch es gab keinen Drucker. Daher bearbeiteten Porter und Trump die Rede am Bildschirm. Trump, der weder tippen kann noch eine Tastatur benutzt, saß hinter seinem Schreibtisch und Porter neben ihm. So gingen sie die Rede durch und änderten sie ab, indem sie Teile ausschnitten und woanders einfügten.

Bei einem Abschnitt sagte Trump: «Da bin ich mir nicht sicher.»

Der Absatz enthielt einen scharfen Angriff auf Rassismus und betonte die Notwendigkeit von Liebe und Heilung.

«Das fühlt sich nicht richtig an», sagte er. Er fand, es sah nach Schwäche aus, und wollte sich auf keinen Fall entschuldigen. «Das fühlt sich nicht richtig an für mich.»

Porter sah zwei Seiten von Donald Trump – zwei unterschiedliche Impulse. Der Mann war hin und her gerissen. Er wollte sich nicht der politischen Korrektheit beugen, aber andererseits musste er die Menschen vereinen. Am Ende entschied er sich für Letzteres und widersprach nicht mehr.

«Okay», meinte Trump, als Porter den Entwurf noch einmal durchging und die Änderungen vornahm, denen er zugestimmt hatte. «Na gut», sagte er schließlich. «Dann machen wir es so.»

Porter sah, wie Trump mit sich kämpfte. Da der Präsident seine Gefühle oder Entschlüsse nicht zu verbergen sucht, war unschwer zu erkennen, dass er nicht begeistert war. Und doch regte er sich nicht auf. Wurde nicht wütend.

Porter ließ die endgültige, abgesegnete Version, die aus etwa zwölf Absätzen bestand, auf den Teleprompter laden. Trump wollte die Rede im Diplomatic Reception Room halten.

Kurz nach halb eins trat Trump an das Podium zwischen der amerikanischen und der Präsidentenflagge. Entschlossen ergriff er das Rednerpult mit beiden Händen. Er legte die Stirn in Falten. Mit grimmiger Miene erklärte er, er sei in Washington, um mit seinem Wirtschaftsteam über Handelspolitik und Steuerreform zu beraten. Zunächst lobte er die erfreuliche wirtschaftliche Lage, die positive Entwicklung auf dem Aktienmarkt und die niedrige Arbeitslosigkeit, dann kündigte er einen aktuellen Bericht über Charlottesville an.

Seinem landesweiten Publikum teilte er mit, das Justizministerium prüfe, ob es zu Bürgerrechtsverletzungen gekommen war. «Allen, die sich während dieses Wochenendes an den rassistischen Gewalttaten beteiligt haben, sei gesagt», erklärte Trump, «man wird Sie unerbittlich zur Rechenschaft ziehen.»

Steif und unbehaglich, wie eine Geisel, die man zwingt, eine Videobotschaft zu verlesen, fuhr der Präsident fort: «Egal welche Hautfarbe wir haben, wir leben alle unter den gleichen Gesetzen und wir grüßen alle die gleiche großartige Flagge. Wir müssen einander lieben und achten und mit vereinten Kräften jeder Form von Hass, Fanatismus und Gewalt entgegentreten. Wir müssen uns auf die Bande der Liebe und Loyalität besinnen, die uns als Amerikaner vereinen.

«Der Rassismus ist das Böse», verkündete er und verwies dabei besonders auf «Ku-Klux-Klan, Neonazis, weiße Suprematisten und andere Hassgruppen.

Wir werden die heiligen Rechte aller Amerikaner verteidigen und beschützen», damit jeder Bürger «in der Lage ist, die Träume zu verfolgen, die er in seinem Herzen trägt, und die Liebe und Freude auszuleben, die seine Seele erfüllen.»

Es war eine fünfminütige Rede, die von Präsident Reagan oder Obama hätte stammen können.

«Sagen Sie ihm unbedingt, wie großartig diese Rede war», instruierte General Kelly seine Mitarbeiter. Er war noch keine drei Wochen Stabschef.

Steve Mnuchin und Gary Cohn waren zur Stelle, um Trump am Fahrstuhl zu seinen Wohnräumen zu begrüßen. Sie überschütteten ihn mit Lob. «Was für eine tolle Rede», meinte Cohn. «Das war einer der eindrucksvollsten Augenblicke Ihrer Präsidentschaft.» Die Rede stehe in der großen Tradition der Verständigung und ethnischen Aussöhnung. Später erklärten sie Porter, sie hätten keine Ahnung, wie er Trump dazu habe bringen können.

Porter dachte, es sei ein Augenblick des Sieges. Er habe etwas Gutes für das Land getan und seinem Präsidenten einen Dienst erwiesen. Er fand, das war die endlosen Stunden ununterbrochener Arbeit wert gewesen.

Trump zog sich zurück, um sich eine Sendung auf Fox anzusehen. Rob O’Neill, Autor und ehemaliger Offizier der SEALs, lobte Trump zwar dafür, dass er auf einzelne Aspekte eingegangen war, fügte aber hinzu: «Das war eigentlich ein Eingeständnis in der Art von: ‹Okay, ich hatte unrecht. Und jetzt muss ich das irgendwie wieder hinbiegen.›»

Fox-Korrespondent Kevin Corke sagte: «Rund 48 Stunden nach der größten innenpolitischen Herausforderung in seiner noch jungen Präsidentschaft musste Mr. Trump eine Kurskorrektur vornehmen.»

Die Vorstellung, er könnte zugegeben haben, etwas falsch gemacht zu haben, und unsicher gewirkt haben, brachte den Präsidenten zur Weißglut. «Das war der blödeste Scheißfehler, den ich je gemacht habe», meinte er zu Porter. «Solche Eingeständnisse macht man nicht. Man entschuldigt sich nicht. Ich habe doch nichts falsch gemacht. Wozu dann Schwäche zeigen?»

Obwohl Porter den ursprünglichen Entwurf nicht selbst geschrieben hatte, war er ihn fast vier Stunden lang mit Trump durchgegangen und hatte ihn durch eine Reihe sozialverträglicher Formulierungen ergänzt. Doch sonderbarerweise richtete sich Trumps Wut nicht gegen Porter. «Ich kann nicht glauben, dass man mich dazu gezwungen hat», meinte Trump, offensichtlich nicht gegen, sondern an Porter als Zuhörer gerichtet. «Das ist die schlechteste Rede, die ich jemals gehalten habe. Nie wieder wird mir das passieren.» In ihm brodelte weiter, was er gesagt hatte und was für ein gewaltiger Fehler das gewesen war.

Kapitel 30

Am Tag darauf, einem Dienstag, hatte Trump einige Besprechungen in New York, bei denen sein Infrastrukturplan für Straßen, Brücken und Schulen diskutiert werden sollte. Für den Nachmittag war eine Pressekonferenz in der Lobby des Trump Tower anberaumt. Die in der Lobby präsentierten Artikel der Marke Ivanka Trump waren mit blauem Tuch abgedeckt worden. Bevor er hinunterging, bat Trump um Ausdrucke der «richtig guten Sätze» aus seinen beiden Stellungnahmen zu Charlottesville. Er sagte, falls er darauf angesprochen würde, wolle er den genauen Wortlaut seiner Äußerungen kennen.

Gehen Sie auf keinerlei Fragen ein, sagten ihm sämtliche Mitarbeiter mit Nachdruck. Trump sagte, das habe er nicht vor.

Während der Pressekonferenz ging er auf Fragen ein, und die Fragen drehten sich um Charlottesville. Er zog seine Stellungnahme vom Samstag hervor. «Wie ich am – Sie erinnern sich, am Samstag – gesagt habe, verurteilen wir die ungeheuerliche Zurschaustellung von Hass, Fanatismus und Gewalt aufs schärfste.» Den Zusatz «auf beiden Seiten» ließ er aus, fügte aber diesmal hinzu, die «Alt-Left» habe die Demonstranten «angegriffen». «Auf der anderen Seite stand eine Gruppe, die auch sehr gewalttätig war. Und das will niemand sagen, aber ich sage es hier und jetzt. – Nicht alle diese Leute waren Neonazis, glauben Sie mir. Längst nicht alle diese Leute waren Rechtsextreme. Viele dieser Leute waren dorthin gekommen, um gegen den Abriss des Robert-E.-Lee-Denkmals zu protestieren. … Ich frage mich, ist

nächste Woche George Washington dran? Und die Woche darauf Thomas Jefferson?» Beide seien Sklavenhalter gewesen, merkte er an. «Man muss sich wirklich fragen, wo das aufhört.»

Er kam auf seine frühere Argumentation zurück: «Beide Seiten tragen Schuld … auf beiden Seiten gab es auch sehr gute Menschen. In der anderen Gruppe gab es auch sehr schlechte Menschen. … Jede Geschichte hat zwei Seiten.»

David Duke, der bekannte ehemalige Ku-Klux-Klan-Führer, schrieb auf Twitter: «Danke Präsident Trump für die Ehrlichkeit und den Mut, die Wahrheit über Charlottesville zu sagen.»

Die Leiter sämtlicher Teilstreitkräfte des US-Militärs erteilten ihrem Oberbefehlshaber einen verblüffenden Tadel in den sozialen Medien. Admiral John Richardson, Chief of Naval Operations, schrieb auf Twitter: «Ereignisse in Charlottesville untragbar & dürfen nicht toleriert werden @US Navy wird sich immer gegen Intoleranz & Hass einsetzen.» Marineinfanterie-Kommandant Robert B. Neller schrieb, es sei «kein Platz für Rassenhass oder Extremismus im Marine Corps. Unsere Kernwerte Ehre, Mut und Hingabe bilden den Rahmen für Leben und Handeln der Marines.» Und Army-Stabschef Mark Milley twitterte: «Die Armee toleriert keinen Rassismus, Extremismus oder Hass in unseren Reihen. Das verstößt gegen unsere Werte und alles, wofür wir seit 1775 stehen.» Die Befehlshaber der Air Force und der Nationalgarde ließen ähnliche Aussagen folgen.

Auf CBS scherzte Stephen Colbert gallig: «Es ist wie am D-Day. Erinnert ihr euch an den D-Day, zwei Seiten, Alliierte und Nazis? Auf beiden Seiten

gab es viel Gewalt. Ein wunderschöner Strand wurde zerstört. Daraus hätte man einen Golfplatz machen können.»

General i.R. John Kelly hatte mit düsterem Blick in der Lobby des Trump Tower gestanden, während Trump Fragen beantwortete. Colbert sagte: «Dieser Typ ist ein Viersternegeneral. Irak? Kein Problem. Afghanistan? Kriegen wir hin. Zwanzigminütige Trump-Pressekonferenz? Ein Schlamassel.»

Porter hatte der Pressekonferenz vom Rand der Lobby aus zugeschaut. Er war in einem Schockzustand, erschüttert und ungläubig. Als Trump ihm gegenüber später die zweite Rede erwähnte, sagte der Stabssekretär: «Ich fand die zweite Rede als einzige von den dreien gut.»

«Ich will nicht mit Ihnen reden», antwortete Trump. «Lassen Sie mich in Frieden.»

Kelly sagte später zum Präsidenten, aufgrund der drei Verlautbarungen könne sich nun «jeder eine heraussuchen, und das könnte ihm als Präsident zugutekommen. Vielleicht ist das die beste aller möglichen Welten». Er sagte, seiner Frau habe die Verlautbarung und Pressekonferenz vom Dienstag gefallen, weil sich der Präsident darin stark und trotzig gezeigt habe.

Kenneth Frazier, Vorstandsvorsitzender des Pharmariesen Merck und einer der wenigen afroamerikanischen CEOs eines der fünfhundert weltweit umsatzstärksten Unternehmen, gab sein Ausscheiden aus Trumps Manufacturing Council bekannt, einer Gruppe unabhängiger Wirtschaftsberater des Präsidenten.

«Amerikas Führungskräfte müssen unsere grundlegenden Werte achten und sich gegen Bekundungen von Hass, Fanatismus und der Überlegenheit

einzelner Bevölkerungsgruppen stellen. … Sowohl als CEO von Merck als auch aus meinem persönlichen Gewissen heraus fühle ich mich verpflichtet, mich gegen Intoleranz und Extremismus einzusetzen», erklärte Frazier in einer Stellungnahme.

Innerhalb einer Stunde attackierte Trump Frazier auf Twitter. Nun, da Frazier zurückgetreten sei, schrieb Trump, «wird er mehr Zeit haben, DIE WUCHERPREISE VON MEDIKAMENTEN ZU SENKEN!»

Die CEOs von Under Armour und Intel folgten Frazier nach und traten ebenfalls von ihrer Beraterfunktion zurück.

Immer noch schäumend, schrieb Trump in einem zweiten Angriff auf Frazier, Merck solle «Jobs zurückholen & PREISE SENKEN!»

Am Dienstag, den 15. August, twitterte Trump: «Für jeden CEO, der aus dem Manufacturing Council aussteigt, habe ich viele, die ihren Platz einnehmen können.» Die Zurückgetretenen bezeichnete er als «Wichtigtuer».

Trumps Pressekonferenz war zu viel für die Mitglieder des Strategic & Policy Forum des Präsidenten, eines zweiten Beratungsgremiums, und des Manufacturing Council. Im Laufe des Tages gaben die CEOs von 3M, Campbell Soup und General Electric ihr Ausscheiden aus dem Manufacturing Council bekannt, ebenso wie Vertreter der American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO) und der Vorstand der Alliance for American Manufacturing.

Jamie Dimon, CEO von JPMorgan Chase, erzählte Mitarbeitern, das Strategic & Policy Forum habe sich zur Auflösung entschlossen. Trump kam weiteren Rücktritten zuvor, indem er per Twitter beide Gruppen auflöste: «Statt die Geschäftsleute aus dem Manufacturing Council und Strategic & Policy Forum unter Druck zu setzen, beende ich beide. Danke an alle!»

Am maßgeblichsten aber waren die Reaktionen von Paul Ryan, dem Sprecher des Repräsentantenhauses, und dem Senatsmehrheitsführer Mitch McConnell. Beide Republikaner riefen einige der CEOs an und lobten sie privat dafür, dass sie Rückgrat gezeigt hatten.

Am Freitag, den 18. August, flog Gary Cohn per Hubschrauber von East Hampton, Long Island, nach Morristown, New Jersey, wo es heftig regnete. Er musste auf dem Rollfeld auf die Genehmigung für den Flug nach Bedminster warten. Er trug eine Rücktrittserklärung bei sich. Das Maß war voll. Jemand hatte im Studentenwohnheim ein Hakenkreuz an die Tür des Zimmers seiner Tochter geschmiert.

Er fuhr zum Klubhaus, wo Trump ein Golfturnier zwischen Mitgliedern und Gästen eröffnen sollte. Unter Beifall betrat Trump den Raum, schüttelte Hände, ließ Bemerkungen fallen, rief allen in Erinnerung, dass er dieses Turnier schon einmal gewonnen hatte. Trump und Cohn bedienten sich am Buffet und zogen sich in ein privates Speisezimmer zurück.

«Mr. President», sagte Cohn, als sie allein waren, «ich fühle mich äußerst unwohl in der Situation, in die Sie mich und meine Familie gebracht haben. Ich will keine Kontroverse.»

«Sie wissen nicht, wovon Sie reden», sagte Trump.

Sie diskutierten darüber, was Trump gesagt hatte und was nicht.

«Bevor Sie weiterreden», sagte der Präsident, «will ich, dass Sie es sich noch mal anhören.»

«Sir», erwiderte Cohn, «ich habe es mir ungefähr dreißig Mal angehört. Haben Sie das Video gesehen, Sir?»

«Nein, ich habe das Video nicht gesehen.»

«Ich möchte, dass Sie sich das Video ansehen, Sir», sagte Cohn. «Sie müssen sich das Video ansehen, in dem ein paar weiße Kerle Fackeln tragen und sagen: ‹Juden vertreiben uns nicht.› In so einer Welt kann ich nicht leben.»

«Lesen Sie es sich durch, und hören Sie es sich an», sagte Trump. «Ich werde mir das Video anschauen.»

Sie einigten sich darauf, im Anschluss weiterzudiskutieren.

«Ich habe nichts Falsches gesagt», sagte Trump. «Ich stehe dazu, was ich gesagt habe.»

«Die Stellungnahme vom Montag war großartig», sagte Cohn. «Samstag und Dienstag waren fürchterlich.»

Am Montag darauf erschien Cohn im Oval Office. Ivanka saß auf einem der Sofas. Kelly stand hinter einem Stuhl.

Cohn war halb durch die Tür, als Trump sagte: «Sie wollen zurücktreten?»

«Ja, Sir.»

«Ich habe nichts Falsches getan», wiederholte Trump. Cohn gehe wegen seiner «liberalen Freunde von der Park Avenue. Da muss Ihre Frau dahinterstecken.» Trump hob zu einer Geschichte über einen großen Golfspieler an. Die Frau des Golfspielers beschwerte sich darüber, dass er jedes Wochenende unterwegs war. Also hörte er auf sie, und jetzt, so Trump, verkaufe der ehemals große Golfspieler Golfbälle und verdiene fast nichts, womit er sein Die-Frau-ist-schuld-Narrativ zu Ende führte.

«Alle wollen Ihren Posten», fuhr Trump fort. «Es war ein großer Fehler, ihn Ihnen zu geben.»

Der Präsident sprach voller Gehässigkeit weiter. Es war schaurig. Noch nie hatte jemand so mit Cohn gesprochen oder ihn auf diese Weise behandelt. *«Das ist Verrat»*, sagte Trump.

Trump verlegte sich darauf, Cohn ein schlechtes Gewissen zu machen. «Sie treiben unseren politischen Kurs voran, und wenn Sie jetzt gehen, dann wird es nichts mit der Steuerreform. Das können Sie nicht machen.» Cohn hatte monatelang an einem Plan zur Steuersenkung gearbeitet und steckte mitten in Verhandlungen in Capitol Hill, ein großes, schwieriges Unterfangen. «Wie können Sie mich so hängenlassen?»

«Sir, ich will Sie auf keinen Fall hängenlassen. Niemand soll sich je von mir hintergangen fühlen. Ich habe einen Ruf, der mir wichtiger ist als sonst irgendetwas. Ich arbeite unentgeltlich hier im Weißen Haus. Es geht mir nicht ums Geld. Es geht mir darum, den Menschen zu helfen. Wenn Sie glauben, ich würde Sie hintergehen – das werde ich niemals tun.» Einlenkend fügte er hinzu: «Ich bleibe und erledige die Steuerreform. Aber ich kann nicht hierbleiben und zu allem schweigen.»

Vizepräsident Pence kam herein, stellte sich neben Cohn und berührte ihn versöhnlich. Wir brauchen Sie, sagte Pence, aber er verstehe Cohns Situation. Ja, Cohn solle eine öffentliche Erklärung abgeben.

«Gehen Sie an die Öffentlichkeit und sagen Sie, was Sie wollen», sagte Trump. «Mnuchin hat auch etwas gesagt.»

Mnuchin hatte eine Stellungnahme veröffentlicht. «Ich verurteile die Handlungen dieser hasserfüllten Menschen aufs schärfste. … Sie werden bei mir keinen Rückhalt finden, und sie werden auch bei unserem Präsidenten oder dieser Regierung keinen Rückhalt finden.» Er zitierte und kommentierte Trumps ursprüngliche Reaktion auf Charlottesville und fügte hinzu: «Als Teil

der jüdischen Bevölkerung … fühle ich mich, obwohl ich eigentlich nicht der Meinung bin, ich müsste mich selbst oder den Präsidenten in dieser Sache verteidigen, doch angehalten, Ihnen mitzuteilen, dass der Präsident in keiner Weise der Ansicht ist, Neonazis und andere von Hass getriebene Gruppierungen, die Gewalt befürworten, seien mit Gruppierungen gleichzusetzen, die auf friedliche und gesetzmäßige Weise demonstrieren.»

Trump nannte andere, die sich von ihm distanziert hatten.

«Ich habe keine Plattform», entgegnete Cohn.

«Was meinen Sie damit?», fragte Trump.

Die Minister hätten Presseabteilungen, sagte Cohn. «Sie können an die Öffentlichkeit gehen und Stellungnahmen abgeben, wann immer sie wollen. Ich bin dem Präsidenten unterstellt. Es ist nicht vorgesehen, dass ich Pressemitteilungen herausgebe.»

«Das ist mir egal», sagte Trump. «Stellen Sie sich einfach direkt aufs Podium, und geben Sie eine Stellungnahme ab.» Er bot Cohn das Podium im Presseraum des Weißen Hauses an.

«Das werde ich nicht tun, Sir. Das wäre blamabel. So geht das nicht. Lassen Sie es mich auf meine Art machen.»

«Es ist mir egal, wie Sie es machen», sagte Trump. «Ich will bloß nicht, dass Sie gehen, solange die Steuern nicht fertig sind. Und Sie können sagen, was Sie wollen.»

«Soll ich es Ihnen vorher vorlegen?»

Trump schien sich uneins zu sein. «Nö», antwortete er zunächst. «Sagen Sie, was Sie wollen.» Aber dann erkundigte er sich doch nach dem Inhalt. «Können wir es vorher sehen?»

Cohn sagte, er werde gemeinsam mit der Presseabteilung des Weißen Hauses etwas erarbeiten.

Beim Verlassen des Oval Office wurde Cohn von General Kelly, der alles mit angehört hatte, in den Konferenzraum gezogen. Laut den von Cohn angefertigten Notizen sagte Kelly: «Das war die stärkste Demonstration von Selbstbeherrschung, die ich je gesehen habe. Ich an Ihrer Stelle hätte diese Rücktrittserklärung genommen und sie ihm auf sechs verschiedene Arten in den Arsch geschoben.»

Einige Minuten später erschien Pence in Cohns Büro im West Wing. Er bekräftigte seine Unterstützung. Er solle sagen, was er sagen wolle und müsse, und ansonsten weiter seinem Land dienen, sagte er und dankte ihm für alles.

Cohn beschloss, seine Sichtweise in einem Interview mit der *Financial Times* darzulegen. «Diese Regierung kann und muss sich verbessern. … Ich stehe unter sehr großem Druck, einerseits zurückzutreten und andererseits zu bleiben. … Ich fühle mich auch angehalten, meine Bekümmerung zum Ausdruck zu bringen … Bürger, die sich für Gleichheit und Freiheit einsetzen, können niemals mit Rechtsextremen, Neonazis und dem Ku-Klux-Klan gleichgesetzt werden.»

Cohn merkte, dass Trump verärgert war, weil er ein paar Wochen nicht mit ihm sprach. Während regulären Besprechungen ignorierte Trump ihn. Eines Tages wandte sich Trump schließlich an ihn und fragte: «Gary, was meinen Sie?»

Nun wurde er innerhalb der Regierung nicht mehr geschnitten, aber die Narbe blieb.

Für Rob Porter stellte Charlottesville einen Wendepunkt dar. Trump wies die klugen Ratschläge fast aller seiner Mitarbeiter zurück. Das hatte er auch zuvor schon getan. Seine krankhafte Unabhängigkeit und Irrationalität kamen und gingen in Wellen. Aber mit Charlottesville öffneten sich die Schleusentore, ohne sich wieder zu schließen. Nur einiger Worte halber hatte er eine deutliche Linie gezogen. «Das war keine Präsidentschaft mehr», sagte Porter. «Das ist kein Weißes Haus mehr. Das ist ein Mann, der einfach er selbst ist.» Trump würde ungeachtet aller Umstände weitermarschieren.

Wie Porter aus nächster Nähe sah – vielleicht näher als irgendjemand sonst unter den Mitarbeitern, abgesehen von Hope Hicks –, hatte die Wahl Trumps die Spaltung in der Bevölkerung erneuert. Die Beziehung zu den Medien war feindseliger geworden. Die Kulturkriege flammten wieder auf. Rassismus lag in der Luft, und Trump verstärkte ihn.

Porter fragte sich, ob es nach Charlottesville nicht nahezu vergebens war, irgendeinen dieser Brüche kitten zu wollen. Es führte kein Weg zurück. Trump hatte den Punkt ohne Wiederkehr überschritten. Den Trump-Gegnern und -Hassern galt er als unamerikanisch, rassistisch. Das Feuer war ohnehin schon so stark angefacht, und Trump hatte noch so viel mehr Öl hineingegossen. Es würde brennen, und es würde lichterloh brennen.

Es herrschte inzwischen fast durchweg ein Zustand von Misstrauen, Ungläubigkeit und Feindseligkeit. «Jetzt herrscht schlicht Krieg.»

Kapitel 31

Mitten in der Kontroverse um Charlottesville rief Bannon Kelly an. «Ich kenne diesen Kerl», sagte er. «Wenn Sie nicht bald Leute im Weißen Haus haben, die Schutz bieten», dann werde es Ärger geben. «Sie müssen Trump absichern.»

Der republikanische Senator Bob Corker hatte Reportern gegenüber gesagt, der Präsident sei «noch nicht in der Lage gewesen, die Stabilität oder eine gewisse Kompetenz zu demonstrieren», die nötig seien, um im Amt erfolgreich zu sein. *Politico* hatte einen langen Artikel über Trumps Probleme mit seinem Jähzorn gebracht und Trump darin als «von seiner Wut getrieben» bezeichnet. Weiter hieß es: «Zorn dient als ein Mittel, seinen Stab zu managen, sein Missfallen auszudrücken oder einfach als Ventil, das ihn beruhigt.»

«Nicht einer von den Leuten der leitenden Ebene im Weißen Haus ist aus der Deckung gekommen und hat ihn verteidigt», klagte Bannon.

Bannon fand, Trump sollte diesen Nachrichtenkrieg gewinnen. «Indem Präsident Trump fragt: ‹Wo soll das noch enden?› – bei Washington, Jefferson, Lincoln –, nimmt er Verbindung mit dem amerikanischen Volk auf. Diese Rassen-Identitäts-Politik der Linken will das alles rassistisch nennen. Her damit … ich kann gar nicht genug davon kriegen.»

Vizepräsident Pence hatte pflichtbewusst einige von Trumps eher harmlosen Bemerkungen weitergetwittert und hinzugefügt: «Wie @POTUS Trump gesagt hat: ‹Wir müssen als Amerikaner in Liebe zu unserer

Nation … & echter Zuneigung füreinander zusammenstehen.› #Charlottesville.»

Bannon meinte zu Kelly: «Wenn er in die Ecke gedrängt ist, haben die Jungs von Capitol Hill einen Elfmeter nach dem anderen. Sie müssen anfangen, ihn zu beschützen.»

«Scheiße noch mal, wollen Sie diesen Job?», fragte Kelly.

«Wie bitte?»

«Wollen Sie der verdammte Stabschef sein?»

«Was reden Sie denn da?», fragte Bannon zurück. «Kommen Sie mir jetzt nicht so. Sie wissen doch genau, dass Sie der Einzige sind, der das machen kann.»

«Hören Sie zu», sagte Kelly, «mein Problem ist im Moment, dass ich fürchte, die Hälfte der Leute hier zu verlieren, außerdem könnte ich ein Drittel des Kabinetts verlieren. Sie verstehen es anscheinend nicht. Es steht hier auf Messers Schneide. Die Leute werden das nicht einfach so hinnehmen. Das muss verurteilt werden. Wenn Sie glauben, dass Sie dafür eine Lösung haben …»

Die hatte Bannon nicht. Aber dafür erzählte er Kelly, dass er zurücktreten werde.

«Hören Sie, ich gehe am Freitag», sagte Bannon. Morgen würde sein letzter Tag sein.

Das sei wohl das Beste, sagte Kelly.

Doch Bannon machte sich Sorgen wegen Trumps bevorstehendem Wochenende in Camp David. Dort würde auch die letzte Besprechung des Nationalen Sicherheitsrats vor der Entscheidung zu Afghanistan stattfinden.

«Sorgen Sie bloß dafür, dass der Präsident jede Option und jedes Detail kennt.»

«Ich werde dafür sorgen, dass das passiert», sagte Kelly. Das war seine Standardreaktion – der Präsident würde das ganze Bild und alle Optionen präsentiert kriegen.

«Sorgen Sie dafür, dass Pompeo ausreichend Gelegenheit bekommt, seinen Vorschlag anzupreisen.»

Auch das sicherte Kelly zu.

Bannon wusste, dass Trump auf eine globalistische Entscheidung zusteuerte. Die etablierten Kräfte im Nationalen Sicherheitsrat unter Führung von McMaster stellten ihm eine Falle. Sie würden ein Protokoll erstellen, wonach Trump vollumfänglich informiert worden sei über die Bedrohung, die von Afghanistan ausgehe als Basis für künftigen Terror im Stil des 11. September. Sollte die Bedrohung Realität werden, würden sie gegenüber *Washington Post* oder *New York Times* durchsickern lassen, dass Trump die Warnung ignoriert habe.

Laut Plan für das NSC-Treffen am 18. August würden Sessions und Kellogg für den Abzug aus Afghanistan plädieren. CIA-Direktor Pompeo würde sich für eine Erweiterung der paramilitärischen Rolle der CIA anstelle einer Truppenaufstockung aussprechen. Diese Position hatte er zusammen mit Bannon erarbeitet. McMaster würde sich dafür stark machen, den Kurs beizubehalten, was bedeutete, weitere 4000 Soldaten zu entsenden.

Sessions begann mit dem Hinweis, dass er seit dem 11. September dem Streitkräfteausschuss des Senats angehöre. Ich habe immer das Gleiche gehört. Wir stehen sechs bis achtzehn Monate vor dem Wendepunkt in

Afghanistan. Wieder und wieder, immer das Gleiche. Leute, ihr lagt immer falsch. Seht euch doch die größeren Entscheidungen an, als unter Obama Zehntausende mehr Soldaten hingeschickt wurden, legte er nach. Ein entscheidender Umschwung wurde versprochen und vorausgesehen. Immer falsch. Deshalb sind wir jetzt seit sechzehn Jahren dort. Die Taliban kontrollieren inzwischen mehr als die Hälfte des Landes. Rückzug jetzt. Geben wir es auf.

Kellogg pflichtete ihm bei. «Nach Hause.»

Pompeo hatte sich im CIA-Hauptquartier in Langley einige Strafpredigten anhören müssen. Die alten Hasen vom Geheimdienst erinnerten ihn daran, dass Afghanistan nicht nur ein Friedhof alter Imperien, sondern auch mancher Karriere war. Die CIA hatte jahrelang über die paramilitärischen Teams CTPT eine unterstützende Rolle gespielt, aber die volle Verantwortung vermieden. Afghanistan war das Problem der Army, rieten die alten Hasen, belass es dabei. Eine weitere Überlegung: Gemäß Pompeos Plan würde die Army für die CTPT zuständig bleiben und der CIA niemals die echte Kontrolle überlassen. Es gab keine Garantie oder die realistische Erwartung, dass man Erfolg haben werde – und irgendjemand würde irgendwann dafür zur Rechenschaft gezogen.

Als es also an Pompeo war, für einen Mittelweg zu werben, machte er seine eigene Option mies. Es würde uns etwa zwei Jahre kosten, bis die CIA so weit wäre, ihre Antiterror-Aktivitäten mit Hilfe von CTPT auszuweiten, sagte er. Wir sind physisch nicht bereit und verfügen nicht über die nötige Infrastruktur. Wir besitzen nicht die Fähigkeit, sofort einzugreifen und ein so ehrgeiziges Unternehmen zusammen mit den Spezialeinheiten zu stemmen.

Die Zahl der CIA-Agenten in Afghanistan ist geschrumpft. Deshalb ist das heute keine gangbare Option.

Dann war McMaster dran, sich dafür starkzumachen, dass man den Kurs beibehielt und die Truppen um 4000 Mann aufstockte. Sein Schlüsselargument war, dass ein großes strategisches Ziel darin bestünde, al-Qaida und andere Terroristen davon abzuhalten, das Territorium der USA oder ihrer Verbündeten anzugreifen.

«Ich bin es leid, das zu hören», sagte Trump, «weil ihr das so ungefähr über jedes Land der Welt sagen könntet. Ihr redet doch dauernd davon, dass dieser IS überall ist. Die könnten gerade einen Angriff auf uns planen. Wir können ja nicht überall sein.»

Trump explodierte, und seine Wut richtete sich vor allem gegen seine Generäle. Ihr Typen habt uns in diese Situation gebracht. Es ist schon immer ein Desaster gewesen. Ihr seid die Architekten von diesem Chaos in Afghanistan. Ihr habt diese Probleme geschaffen. Ihr seid ja so schlau, aber ich muss euch sagen: Ihr seid Teil des Problems. Und ihr seid nicht imstande gewesen, es zu lösen, sondern macht es nur noch schlimmer.

Und jetzt, fügte er als Echo von Sessions hinzu, wollt ihr sogar noch mehr Truppen zu etwas hinzuzufügen, woran ich nicht glaube. Ich war von Anfang an dagegen.

Er verschränkte die Arme. «Ich will da weg», sagte der Präsident. «Und ihr erzählt mir, die Antwort darauf wäre, noch tiefer einzusteigen.»

Mattis hatte mit seiner ruhigen Art immensen Einfluss auf die Entscheidung. Er war keiner, der auf Konfrontation aus war. Wie so oft machte er sich die Haltung zu eigen, weniger sei mehr.

Ich denke, was Sie sagen, stimmt, erklärte er Trump, und Ihre Instinkte treffen ins Schwarze. Aber ein neuer Ansatz könnte funktionieren – wenn man Schluss mit den künstlichen Zeitschienen wie bei Obama macht und den Befehlshabern am Ort mehr Spielraum gibt. Der Abzug könnte den Kollaps des afghanischen Staats beschleunigen. Damals hat der Rückzug der USA aus Afghanistan das Vakuum hinterlassen, in dem al-Qaida sich ein terroristisches Refugium schaffen konnte, was zu den Anschlägen vom 11. September geführt hat. Das Problem ist, dass ein neuer Terrorangriff, vor allem ein großer, der seinen Ursprung in Afghanistan hätte, eine Katastrophe wäre.

Er argumentierte, dass ein Abzug einen weiteren IS-ähnlichen Aufstand bewirken würde. Der IS sei bereits in Afghanistan präsent.

Was unter Obama im Irak passierte und den IS hervorbrachte, werde dann auch während seiner Präsidentschaft passieren, warnte Mattis Trump in einer seiner schärfsten Äußerungen. Diese Spitze blieb mehreren Teilnehmern im Gedächtnis.

«Ihr erzählt mir alle, dass ich das tun muss», sagte Trump grimmig, «und ich schätze mal, es ist okay und wir werden es machen, aber ich glaube trotzdem, dass ihr falschliegt. Ich weiß nicht, wozu das gut ist. Es hat uns überhaupt nichts gebracht. Wir haben Billionen ausgegeben», übertrieb er. «Wir haben all die Todesopfer.» Doch er sah ein, dass sie wahrscheinlich keinen Schnitt machen und abhauen und ein Vakuum für den Iran, al-Qaida und andere Terroristen zurücklassen konnten.

Nach der Besprechung rief Sessions Bannon an. «Er hat die Trense nicht genommen», sagte Sessions – der übliche Ausdruck, wenn ein erschöpftes

Rennpferd die Kontrolle seines Reiters verweigert.

«Wer?», fragte Bannon.

«Ihr Junge, Pompeo.»

«Wovon reden Sie?»

«Das war der schlechteste Vortrag, den ich je gehört habe», sagte Sessions. Er und Kellogg hatten ihr Bestes gegeben. «Ich hätte nicht besser sein können. Kellogg war phantastisch. McMaster war tatsächlich besser denn je, weil Sie nicht dabei waren. Der Präsident hat hinterher sogar gesagt, dass ich und Kellogg den besten Vortrag geliefert hätten. Aber der Präsident wollte die mittlere Option, das war eindeutig.»

«Wie schlecht war Pompeo?»

«Er war nicht mit dem Herzen dabei.»

«Wie konnte das denn passieren?»

Bannon rief Pompeo an. «Was zum Teufel ist passiert? Wir bereiten die ganze Sache für Sie vor, damit Sie nur noch kommen und den Sack zumachen müssen.»

«Mehr war nicht drin», sagte Pompeo und meinte die CIA. «Ich habe noch andere Kämpfe zu gewinnen.»

Pompeo berichtete, was die hohen Beamten in Langley ihm gesagt hatten: Was treiben Sie da? Pompeo erhielt exzellente Beurteilungen, und Trump mochte seine Art. Er habe einen Lauf. Aber für das hier werde man ihn zur Verantwortung ziehen.

Eine Person in der Zentrale hatte ihm gesagt: Wir haben zehn Jahre in Washington darauf verwendet, sicherzustellen, dass man uns für nichts in Afghanistan verantwortlich macht. Warum wollen Sie sich freiwillig dafür melden? Wir melden uns nie freiwillig für irgendwas. Machen Sie sich

wegen Bannon keine Sorgen. Der ist ein Clown. Der spinnt. Da steckt das Pentagon dahinter, das uns in die Falle locken will, weil die da auch rauswollen.

Pompeo schilderte die Position der CIA. «Wir verfügen nicht über den Apparat, um das zu steuern. Das ist was, das die Army machen muss. Sie sagen, macht gemeinsame Sache. Aber wir haben solche Ressourcen nicht. Wir haben keine Erfahrung in dem Ausmaß, von dem die hier reden. Wir werden nicht die Verantwortung übernehmen. Werden Sie die Verantwortung für Afghanistan übernehmen? Weil wir da nicht gewinnen werden. Sehen Sie ein, dass wir nicht gewinnen werden?!» Und das würde hart, weil Trump zu sagen pflegte: «Wie kann das sein, dass wir nicht gewinnen? Wie kommt es, dass die [Taliban] Jungs in die Luft sprengen?»

Bannon telefonierte mit Trump. «Sie wissen, wie ich dazu stehe», sagte Bannon. «Ich denke, letztlich werden Sie erkennen, dass es ein fauler Kompromiss ist.»

«Sie haben das alles ja nicht gehört», sagte Trump. «Da steckt wirklich eine neue Strategie drin, und wir werden gewinnen.»

Bei der Besprechung des Nationalen Sicherheitsrats am 18. August billigte Trump McMasters R4+S.

In dem Papier hieß es, das Treffen habe festgelegt, dass das Ziel in Afghanistan darin bestehe, «das sichere Umfeld neu zu gestalten». Um die militärischen Optionen der Taliban zu begrenzen und «sie zu ermutigen, eine politische Einigung zu verhandeln, die Gewalt verringern und den Terroristen eine sichere Zuflucht verweigern würde».

Trump autorisierte Mattis, die Taliban und das Terrornetzwerk Haqqani in Pakistan als feindliche Mächte zu deklarieren.

In dem neunzehnseitigen Abschnitt über die integrierte Strategie war ein Eingeständnis versteckt: «Wahrscheinlich wird die Pattsituation in Afghanistan anhalten» und «Territorialgewinne der Taliban sind weiterhin wahrscheinlich».

Gemäß der Tradition, die wahre Geschichte in einem Memo zu kaschieren, lautete die von McMaster unterzeichnete Schlussfolgerung: «Sieg ist unerreichbar».

«Sie sind der Erste, den ich anrufe», sagte Trump zu Graham. «Gerade habe ich mich mit den Generälen getroffen. Ich werde mich ihrer Position anschließen.»

«Tja, Mr. President, das ist wahrscheinlich das Klügste, was ein Präsident tun kann.»

«Es war hart», sagte Trump. «Das ist ein Friedhof der Imperien.» Damit bezog er sich auf ein Buch von Seth G. Jones über Afghanistan.

«Da habe ich wohl Glück, dass das einzige Buch, das Sie je gelesen haben, ausgerechnet das war», scherzte Graham.

Trump stimmte in sein Lachen ein.

«Ganz unter uns», sagte Trump zu einem leitenden Beamten an Bord der Air Force One, obwohl an jenem Freitag, dem 18. August, keine Presse dabei war, «ich habe gerade Bannon gefeuert. Haben Sie gesehen, was er über Nordkorea gesagt hat und darüber, dass wir keine militärische Option hätten? Der Hurensohn!»

Bannon hatte da gerade Robert Kuttner vom linken *American Prospect* ein Interview gegeben und angedeutet, Trumps kriegerischer Ton gegenüber

Nordkorea, dem er «Feuer und Zorn» androhte, sei ein Bluff.

«Es gibt hier keine militärische Lösung», sagte Bannon. «Die haben uns in der Hand.» Und er fügte noch hinzu: «Bis mir nicht jemand den Teil der Gleichung löst, in dem nicht 10 Millionen Menschen in Seoul innerhalb der ersten dreißig Minuten durch konventionelle Waffen sterben, weiß ich gar nicht, wovon Sie reden.»

Trump fürchtete einen längeren Schlagabtausch mit Bannon und ärgerte sich darüber, dass er nicht still abtrat.

Eine landesweit im Fernsehen übertragene Ansprache zur Strategie in Afghanistan vor Angehörigen des Militärs in Fort Myers, Virginia, wurde für Montagabend, den 21. August angesetzt. Das war eine große Sache – eine von Trumps ersten offiziellen politischen Stellungnahmen vor einem großen Publikum.

«Mein Bauchgefühl war, abzuziehen – und historisch gesehen, höre ich gern auf meinen Bauch», sagte Trump. Dreimal erwähnte er, das Ziel sei es zu «siegen». Aber er sagte auch: «Wir werden nicht mehr über Truppenstärken oder unsere Pläne für das weitere militärische Vorgehen sprechen.»

Damit hatte Trump Bushs und Obamas Achillesferse vermieden. Seine Strategie bewirkte, dass die Debatte über den Afghanistankrieg beiseitegeschoben wurde, von den Titelseiten und aus den Nachrichten verschwand, solange es nicht zu einem größeren Gewaltakt kam.

John McCain kommentierte das so: «Ich lobe Präsident Trump für einen großen Schritt in die richtige Richtung mit dieser neuen Strategie für Afghanistan.» Der demokratische Senator und ehemalige Clinton-

Mitbewerber Tim Kaine sagte, die Vereinigten Staaten müssten «dafür sorgen, dass Afghanistan keine Brutstätte für Dinge wird, die hierherkommen und uns Schaden zufügen können».

Bannon sprach darüber mit Stephen Miller. «Worum zum Teufel ging es in dieser Rede?», sagte Bannon. «Vor allem ist er zu keinem Ergebnis gekommen.»

Doch die Rede kam durchaus zu einem Ergebnis. Die Strategie war gleichermaßen neu und eine Fortsetzung von Obamas Vorgehen. Bannons Hauptkritikpunkt war fehlender Realitätssinn. «Man kann ihn doch da nicht hinsetzen und von Sieg reden lassen. Da wird es keinen Sieg geben.»

Trump klammerte sich aber an die Siegesrhetorik. Er hatte dem Militär, Mattis und McMaster gerade genug zugebilligt. Das Militär konnte sein Gesicht wahren und musste keine Niederlage eingestehen.

Am Tag nach der Präsidentenrede fand Tillerson eine weitere Gelegenheit zu erklären, ein Sieg sei unerreichbar. In einer Presseerklärung wandte er sich an die Taliban: «Sie werden keinen Sieg auf dem Schlachtfeld erringen. Wir werden vielleicht keinen erzielen, aber Sie auch nicht.»

Patt.

Kapitel 32

Kelly und Porter verbrachten während der Parlamentsferien im August mehrere Wochen mit dem Präsidenten in Bedminster. Der neue Stabschef war der Ansicht, dass im Weißen Haus Chaos herrschte. Priebus und Bannon waren Dilettanten gewesen. Er würde Ordnung und Disziplin in den Laden bringen.

«Das haben wir schon irgendwie probiert», sagte Porter. Er erzählte Kelly, wie Priebus den Versuch unternommen hatte, Strukturen zu schaffen. Mehrere Monate vorher hatte Priebus die wichtigsten Mitarbeiter – McMaster, Cohn, Bannon, Kellyanne Conway und Porter – zu einer Besprechung in einem Strategieraum des Eisenhower Executive Office Building versammelt.

«Wir brauchen eine Strategie», hatte Priebus gesagt. «Was sind die Prioritäten? Wie wollen wir sie in eine Reihenfolge bringen?» Er schrieb die Ideen auf Whiteboards, die die Wände des Zimmers säumten. Es hatte etwas von einem abhörsicheren Raum für hochvertrauliche Besprechungen. Es war voller Computer und Videokonferenzanlagen.

Die Ideen aus der Sitzung wurden nicht ernst genommen. Der Präsident traf oft Entscheidungen, an denen nur eine, zwei oder drei Personen beteiligt waren. Es gab kein Verfahren, wie Entscheidungen getroffen oder koordiniert wurden. Chaos und Durcheinander waren unzureichende Begriffe, um die Situation zu beschreiben. Es war ein wildes Gerangel. Der Präsident hatte eine Idee und sagte: «Ich will etwas unterzeichnen.» Und Porter musste dann

erklären, dass Trump zwar die breitgefasste Befugnis hatte, zum Beispiel Dekrete zu erlassen, ein Präsident aber oft durch Gesetze eingeschränkt wurde. Trump hatte keine Ahnung, wie ein Staat funktioniert. Manchmal fing er einfach an, selbst Beschlüsse abzufassen oder zu diktieren. Die Grundtaktik, deren sich Porter seit der Zeit mit Priebus bediente, war, zu verzögern und aufzuschieben, die gesetzlichen Hürden zu erwähnen und die Entwürfe gelegentlich vom Schreibtisch des Präsidenten verschwinden zu lassen.

Porter hatte «ein Mordstheater gemacht», wie er es monatelang tagtäglich nannte. Sie mussten alles, was unterzeichnet und angeordnet wurde, in eisernem Griff behalten. Oder brauchten zumindest einen Kontrollmechanismus.

Am 21. August erließen Kelly und Porter zwei Memoranden an alle Minister und Mitarbeiter des Weißen Hauses. «Der Stabssekretär des Weißen Hauses [Porter] dient zugleich als Eingangs- und Ausgangsstelle für alle Präsidentenunterlagen.» Jedes einzelne Blatt Papier, einschließlich Entscheidungsvorlagen, aller Memos, Presseerklärungen, ja sogar Zeitungsartikeln, sollte über Porter laufen.

Präsidialdekrete brauchen «mindestens zwei Wochen bis zur Fertigstellung» einschließlich einer Prüfung durch den Rechtsberater des Weißen Hauses und das Office of Legal Counsel des Justizministeriums, das dem Weißen Haus mit Rechtsauslegung zur Seite steht.

«Alle Papiere, die das Oval Office verlassen, müssen … in Übereinstimmung mit dem Archivierungsgesetz dem Stabssekretär vorgelegt werden.»

In einem zweiten Memo hieß es: «Entscheidungen sind nicht rechtskräftig – und dürfen deshalb nicht umgesetzt werden –, bevor der Stabssekretär eine vom Präsidenten unterzeichnete Entscheidungsvorlage freigibt.» Das schloss alle neuen politischen Initiativen wie «Budget, Gesundheitswesen, Handelsinitiativen» und Regierungsoperationen wie «diplomatische, nachrichtendienstliche oder militärische Unternehmungen» ein.

«Eine Entscheidung, die nach einer mündlichen Unterrichtung getroffen wird, ist erst rechtsgültig», wenn es eine formelle Entscheidungsvorlage gibt.

Das Ganze war reines Wunschdenken.

Kelly und Porter setzten sich mit dem Präsidenten zusammen, um ihm das geänderte Verfahren zu erklären.

«Sie können nur Entscheidungen treffen, wenn Sie eine Entscheidungsvorlage unterzeichnen», sagte Porter. Die Vorlage müsse nicht lang sein. «Ich beschränke es auf eine Seite.» Porter wies darauf hin, dass zu den Entscheidungsvorlagen weiterführendes Material gehörte, «aber ich sorge dafür, dass Sie zu keiner Entscheidung mehr als eine Seite lesen müssen. Ich werde Ihnen auch eine kurze Zusammenfassung geben, damit wir es durchsprechen können. Manchmal werden Sie eine Besprechung mit fünf, sechs oder sieben Beratern abhalten müssen. Aber meistens können wir es anhand einer Entscheidungsvorlage erledigen.»

Okay, sagte Trump.

In den ersten Wochen nervte das neue System den Präsidenten. Schließlich entwickelte Porter eine Routine und brachte ihm täglich zwischen zwei und zehn Entscheidungsvorlagen zum Abzeichnen. Trump unterzeichnete gern

Papiere. Es bedeutete, dass er etwas unternahm, und er hatte eine markante Handschrift, die in schwarzem Filzstift respekteinflößend aussah.

Porter fiel auf, dass Kelly in den ersten Wochen mit dem Präsidenten ganz eng war. Sie begegneten sich auf Augenhöhe. Kelly schien stets ein Lächeln im Gesicht zu haben, wenn er mit dem Präsidenten zusammen war. Er schäkerte mit Trump. Er gab ihm Ratschläge und teilte ihm seine Ansicht mit. «Mr. President, ich glaube, wir sollten das tun.» Er verhielt sich respektvoll. «Ich bin bloß ein Mitarbeiter. Sie sind der Boss. Wir versuchen, Ihnen die besten Informationen zu liefern.» Der perfekte Stabschef. «Sie treffen die Entscheidungen. Und ich versuche nicht, Sie in die eine oder andere Richtung zu lenken.»

Doch die Flitterwochen waren bald vorbei. Von September an waren Kelly und Porter zu zweit oder mit ein paar hochrangigen Mitarbeitern auf sich allein gestellt.

«Der Präsident ist verwirrt», sagte Kelly. Das offenbarte sich besonders, wenn es um Handelsabkommen oder die US-Truppen in Südkorea ging. «Wir alle müssen versuchen, ihm das auszureden», sagte Kelly. Sie mussten dem Präsidenten die Stirn bieten. Er hörte nicht zu.

Im Oval Office und beim Treffen von Entscheidungen ging es immer beliebiger zu. «Der Präsident versteht einfach nichts davon. Er weiß nicht, wovon er redet», sagte Kelly.

Als Trump seine Anstrengungen verstärkte, Handelsabkommen oder teure Außenpolitik aufzukündigen, sagte Kelly: «Ich kann kaum glauben, dass er das in Betracht zieht.» Er richtete einen persönlichen Appell an Porter.

«Rob, Sie müssen dem einen Riegel vorschieben. Bearbeiten Sie diese Anordnung nicht. Lassen Sie es. Können Sie nicht zu ihm gehen, mit ihm

reden und sehen, ob Sie irgendwelche Fortschritte machen? Ich hab heute früh mit ihm telefoniert. Hab diese Argumente vorgetragen. Können Sie mal sehen, was Sie erreichen?»

Die amerikanische Truppenpräsenz in Südkorea war bei Trump ein ständiges Thema. Wir subventionieren Südkorea, beharrte er. «Das ergibt keinen Sinn.»

Porter rief ihm ins Gedächtnis, dass Mattis und viele andere ihm gesagt hatten, das sei vermutlich das bestangelegte Geld, das die Vereinigten Staaten für ihre nationale Sicherheit ausgaben. Die Truppenpräsenz liefere die unentbehrlichen streng geheimen Informationen, die für die Aufdeckung und Verhinderung nordkoreanischer Raketenstarts entscheidend seien.

Am 25. August beschloss der Präsident, eine weitreichende Entscheidung zu NAFTA, KORUS und der Welthandelsorganisation zu treffen. «Wir haben bis zum Überdruss darüber gesprochen», sagte Trump. «Tun Sie's einfach. Tun Sie's. Steigen Sie aus NAFTA aus. Steigen Sie aus KORUS aus. Und verlassen Sie die Welthandelsorganisation. Wir ziehen uns aus allen dreien zurück.»

Cohn und Porter gewannen die Unterstützung Kellys, der nicht wollte, dass Handelsfragen die Sicherheit Amerikas beeinträchtigten. Kelly und Porter begaben sich ins Oval Office. «Südkorea ist ein Verbündeter», sagte Kelly zu Trump. «Das KORUS-Abkommen ist besser, als Sie glauben.»

Porter legte mehrere Studien vor, die zeigten, dass KORUS das Handelsdefizit niedrig hielt.

«Das ist ein sehr wichtiger Zeitpunkt für Nordkorea und die ganze Region», sagte Kelly. «Wir wollen in Handelsfragen nichts unternehmen, besonders in Anbetracht der Tatsache, wie unbedeutend es für das große

Ganze ist. Dadurch schaukelt sich bloß alles hoch.» Er empfahl dem Präsidenten, mit Tillerson zu telefonieren. Tillerson trug die gleichen Argumente vor.

Tillerson, Mattis, McMaster, Kelly – alle, die mit der nationalen Sicherheit befasst waren – waren sich einig, dass das Handelsdefizit mit Südkorea auch dann keinen Rückzug rechtfertigen würde, wenn es zehnmal so groß wäre. Sie waren sich einig, dass es Wahnsinn sei, auch nur darüber nachzudenken.

«In Ordnung», sagte Trump schließlich am Freitag, den 1. September, «wir ziehen die 180-Tage-Sache mit KORUS heute nicht durch. Das heißt nicht, dass wir darauf verzichten, aber in Ordnung, heute machen wir's nicht.»

Porter teilte den Leuten aus der Gesetzgebungsabteilung, den Anwälten des Weißen Hauses und den Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsrats mit, dass sie zumindest an diesem Tag ruhig schlafen könnten. Er vergewisserte sich, dass kein Schriftstück aufgesetzt worden war, das der Präsident unterzeichnen konnte.

Vier Tage später, am 5. September, begaben sich Cohn, Porter und die anderen ins Oval Office. Trump hielt den Entwurf eines Briefes in Händen, der auf die erforderlichen 180 Tage verwies, in denen sich die Vereinigten Staaten aus KORUS zurückziehen würden. Porter hatte den Brief nicht geschrieben und wusste nicht genau, wer es gewesen war, vermutlich Navarro oder Ross, doch das fand er nie heraus.

«Ich hab hier einen Entwurf», sagte Trump. «Wir werden aus dem Abkommen aussteigen. Ich muss das Ganze nur ausformulieren, dann übertragen wir es auf offizielles Briefpapier und schicken es ab. Das müssen wir heute noch tun.»

McMaster trug die Argumente zur nationalen Sicherheit vor, Cohn und Porter die zu Handel und Wirtschaft.

«Ehe ich wirklich was unternehme, um zu zeigen, dass meine Drohungen real sind und ernst genommen werden müssen», sagte Trump, «können wir in diesen Angelegenheiten keinen Druck ausüben.» Danach verließ er das Oval Office.

Jetzt, wo der Präsident Porters Kontrolle ausgehebelt hatte, war Cohn wirklich besorgt. Er ließ den Brief vom Schreibtisch des Präsidenten verschwinden.

In Kellys erster Zeit als Stabschef schien es, als würde er fast den ganzen Tag, bei jeder Besprechung, im Oval Office sitzen. Er sagte nicht viel, sondern trat eher als Beobachter und Mahner auf. Er versuchte dafür zu sorgen, dass die Tür zwischen dem Oval Office und dem kleinen Vorzimmer, in dem Madeleine Westerhout saß, geschlossen war. Sie war siebenundzwanzig, hatte beim RNC gearbeitet und sah mit ihrem langen braunen Haar und dem breiten Lächeln aus wie Hope Hicks. Als Begründung gab Kelly an, das biete mehr Privatsphäre und Sicherheit. Kelly wollte auch verhindern, dass die Leute dort ein und aus gingen, wie sie es in der Vergangenheit regelmäßig getan hatten.

«Nein, nein, lassen Sie die Tür offen», sagte der Präsident. «Ich muss Madeleine sehen, damit ich ihr etwas zurufen kann.»

Konteradmiral Ronny Jackson, der Arzt des Präsidenten im Weißen Haus, kam mehrmals wöchentlich vorbei, um nach dem Präsidenten zu sehen.

«Wie geht’s Ihnen heute, Mr. President?», fragte er und streckte den Kopf aus seinem Büro, während der Präsident vorbeiging. Normalerweise war es eine Sache von dreißig Sekunden und ging oft um etwas wie Nasenspray.

Dr. Jackson suchte mehrmals Kelly auf. «Der Präsident hatte in letzter Zeit viel Stress», sagte Jackson einmal. «Vielleicht sollten wir einen Weg finden, alles ein bisschen zurückzuschrauben.»

Ein anderes Mal wurde Jackson konkreter. «Mir scheint, der Präsident hat mehr Stress als gewöhnlich. Vielleicht sollten wir versuchen, seinen morgigen Terminplan zu beschneiden oder zu entlasten.»

Kellys Lösung war, dem Präsidenten mehr «Exekutivzeit» zu gewähren. Normalerweise entschied Trump persönlich, wann er mit der Arbeit begann, und war oft flexibel, wenn er in seine Wohnung zurückkehrte.

Kelly versuchte auf Jackson einzugehen. Welche Besprechungen waren unerlässlich? Konnten sie Trump morgens eine halbe oder ganze Stunde länger Zeit lassen oder seine Termine abends eine Stunde früher beenden? Sie versuchten es. Doch die pausenlose Präsidentschaft ebbte nicht ab, und Trump versetzte oft alle in Aufregung, sich selbst eingeschlossen.

Trump versammelte in seinen Wohnräumen eine Gruppe von Mitarbeitern, um über Stahlzölle zu diskutieren. Ross, Navarro, Lighthizer, Cohn, McMaster und Porter nahmen an der Besprechung teil. Trump sagte, er habe die Debatte satt und wolle eine Entscheidungsvorlage unterzeichnen, um einen pauschalen Stahlzoll von 25 Prozent einzuführen, ohne Ausnahme für irgendein Land.

Es gab die üblichen Diskussionen, bis Mnuchin sagte, die Steuerreform müsse an erster Stelle stehen. Dass Repräsentantenhaus, Senat und Weißes

Haus in den Händen der Republikaner waren, sei die einmalige Gelegenheit, eine Steuerreform zu verabschieden, sagte er. Dazu sei es seit Reagans Präsidentschaft vor über dreißig Jahren nicht mehr gekommen.

Mnuchin warnte, dass viele der republikanischen Senatoren, auf die er für eine Steuerreform angewiesen sei, Verfechter des Freihandels und entschiedene Gegner von Stahlzöllen seien.

Mr. President, die könnten Ihnen verlorengehen, sagte er.

Cohn unterstützte das, und Porter stimmte ihm zu. McMaster, der auf Grundlage der nationalen Sicherheit argumentiert hatte, dass Stahlzölle den Beziehungen zu wichtigen Verbündeten ernsthaft schaden würden, pflichtete der Aussage über Steuern und republikanische Senatoren auch bei.

«Ja, Sie haben recht», sagte Trump schließlich. «So wichtig das auch ist, wir dürfen die Steuervorlage nicht dafür aufs Spiel setzen. Also warten wir noch. Aber sobald wir mit den Steuern durch sind, wenden wir uns dem Handel zu. Und als eine der ersten Maßnahmen, die zu ergreifen sind, verhängen wir die Stahlzölle.»

Nach Bannons Entlassung warteten Trump und Sessions am 5. September mit einer anderen Lösung für das Einwanderungsproblem auf. Trump verkündete das Ende von Obamas DACA-Programm, das dem Schutz von Menschen diente, die als Kinder in die USA eingewandert waren. Er bezeichnete es als einen «Amnestie-Ansatz» und forderte den Kongress auf, innerhalb von sechs Monaten eine Ersatzlösung zu finden.

Zwei Tage später versuchte er alle zu beruhigen. Am 7. September twitterte Trump: «Für all jene [DACA], die sich in den sechs Monaten

Sorgen um ihren Status machen: Sie haben nichts zu befürchten – es wird nichts unternommen!»

Bannon, der noch immer Zugang zu Trump hatte, rief an, um ihn an die Bedeutung einer kompromisslosen Antieinwanderungspolitik zu erinnern.

«Begreifen Sie, dass diese Frage die Republikanische Partei im Sommer 2013 fast zerstört hätte?», erinnerte Bannon sich, den Präsidenten gefragt zu haben. «Das ist der Hauptgrund, warum Sie Präsident sind. Das Einzige, was die Republikanische Partei zerstören kann. Diese Amnestieproblem hat uns keine Ruhe gelassen.»

Stephen Miller unterrichtete Bannon aus dem Weißen Haus, dass die ganze Debatte jetzt um Kettenmigration ging. Er kalkulierte, dass bei einer Fortführung der derzeitigen Politik innerhalb von zwanzig Jahren fünfzig Millionen Einwanderer hinzukommen würden.

Miller sagte zu Bannon: «Die Demokraten werden nicht von der Kettenmigration ablassen. Das hat das Land verändert. Kettenmigration geht über alles. So erreichen sie den Familiennachzug.»

Millers Prognose stellte sich als richtig heraus. Trump könnte weiter so reden, als wollte er einen Kompromiss schließen, aber mit den Demokraten gäbe es keine Abmachung.

«Ich hab keine guten Anwälte», sagte Trump eines Tages im Oval Office. «Ich hab fürchterliche Anwälte.» Er griff Don McGahn, den Rechtsberater des Weißen Hauses, heraus. «Ich hab einen Haufen Anwälte, die nicht streitbar sind, die schwach sind, die nicht mein Wohlergehen im Sinn haben, die nicht loyal sind. Es ist einfach eine Katastrophe. Ich finde keinen guten

Anwalt.» Er schloss seine persönlichen Anwälte mit ein, die mit Muellers Ermittlungen befasst waren.

Porter begab sich in Kellys Büro, um ihn vorzuwarnen. Sie waren nur zu zweit. «Ich hab das Ganze schon mal erlebt», sagte Porter. «Ich bin besorgt, denn es hat Zeiten gegeben, besonders nach der Ernennung des Sonderermittlers – die Comey-Mueller-Phase –, in denen der Präsident so erschöpft und abgelenkt war, dass es eine Herausforderung war, die Arbeit fortzusetzen und Entscheidungen zu treffen – gewissermaßen Präsident zu sein. Und die Anweisungen zu geben, die der Rest von uns brauchte, um die Arbeit der Regierung fortführen zu können.

Zum Glück haben wir das überstanden. Ich bin besorgt, dass es wieder zu diesen Wutanfällen kommt, besonders wenn die Ermittlung ihren Lauf nimmt. Wenn sich die Dinge zuspitzen. Keine Ahnung, was der Auslöser sein wird.»

Es konnte auch etwas aus den Russland-Ermittlungen des Senats und des Repräsentantenhauses sein. «Oder weiß der Himmel was. Aber wir müssen uns dessen bewusst sein. Wenn wir bei der Abschottung keine bessere Arbeit leisten, wenn wir dem Präsidenten nicht genug Zeit und Raum geben, um sich mit dem Teil der Mueller-Sache zu befassen, bei dem er abschalten kann, dann infiziert das auch die anderen im Weißen Haus.» Trump brauche Zeit, «um Dampf abzulassen und emotionales Gleichgewicht zu finden».

Porter drängte Kelly, darüber nachzudenken, «damit Sie vorbereitet sind, damit wir weiterarbeiten können und es nicht tage- oder gar wochenlang zu einer Beeinträchtigung des gesamten West Wing führt, wie es schon mal der Fall war.»

Kelly nickte. «Ja, ich hab das ansatzweise erlebt. Und kann mir vorstellen, dass es ziemlich schlimm ist.»

«Beim letzten Mal sind wir gerade so über die Runden gekommen», sagte Porter. «Es könnte noch schlimmer werden als damals. Deshalb müssen wir einen Plan entwickeln, wie wir damit umgehen wollen.»

Auch Kelly fand das sinnvoll. «Versuchen wir’s», sagte er. Doch keinem von beiden fiel spontan etwas ein.

Kapitel 33

Es war nicht nur die Ablenkung durch die breitgefächerte Mueller-Untersuchung, die wie ein Damoklesschwert über Trump schwebte, sondern auch die unablässigen Medienberichte, er hätte mit den Russen konspiriert und/oder die Justiz behindert; die Presse war geradezu im Rausch – bösartig, ungehobelt. Das Ergebnis, so Porter: «Manchmal klang es so, als wäre der Präsident unfähig für das Amt des Präsidenten.»

McMaster bemerkte das. Trump hörte seinem Nationalen Sicherheitsberater normalerweise schon nicht sonderlich lang oder besonders intensiv zu, aber es sei erheblich schlimmer geworden, hörte Porter von McMaster. «Ich kriege noch nicht mal mehr seine Aufmerksamkeit.»

«Nehmen Sie es nicht persönlich», riet Porter. «Er ist offensichtlich abgelenkt. So ist er schon den ganzen Tag. Weil er sich auf diese Russland-Nachrichten konzentriert.»

Gary Cohn meinte zu Porter: «Heute hat es keinen Sinn, überhaupt mit ihm zu reden.»

Hope Hicks machte sich Sorgen. «Er ist ganz aufgebracht über die Sache», sagte sie zu Porter. Sie wollte, dass der Präsident sich beruhigte und nichts tat oder sagte, was er später bereuen würde. Sie wollte versuchen, Trump dazu zu bringen, über andere Dinge zu reden, seine Aufmerksamkeit vom Fernseher wegzulenken und sogar Witze über die Angelegenheit zu machen.

Sie würden ihn in die Air Force One setzen und zu einer Kundgebung fliegen. Einmal sagte er beim Aussteigen aus dem Flugzeug: «Ich glaube, die

ersten zehn Minuten werde ich ausschließlich damit verbringen, die Medien anzugreifen.»

Bei mehreren Gelegenheiten fragte Trump Porter, ob er daran interessiert sei, Rechtsberater des Weißen Hauses zu werden. Porter lehnte ab.

Als Trumps persönlicher Rechtsanwalt erschien, um über Fragen hinsichtlich des Sonderermittlers Mueller zu reden, bat Trump manchmal Porter, anwesend zu sein.

«Rob, ich möchte, dass Sie dabei sind. Sie müssen daran teilhaben.»

«Ich bin nicht Ihr Anwalt», sagte Porter. «Ich fungiere auch nicht als Anwalt. Und selbst wenn, dann wäre ich Anwalt der Regierung, nicht einer Ihrer persönlichen Anwälte, denn das würde dem Anwaltsgeheimnis zuwiderlaufen. Deshalb kann ich nicht dabei sein.»

«Nein, nein, nein», sagte Trump, «das macht nichts.»

Es war schon einer seiner persönlichen Anwälte wie John Dowd nötig, der sagte: «Rob muss gehen.»

«Ich weiß nicht, wie lange ich noch hier bleiben kann», sagte Gary Cohn zu Porter, «hier ist es einfach verrückt. Die sind alle so chaotisch. Er wird sich nie ändern. Es bringt überhaupt nichts, dem Präsidenten eine durchdachte, substanzielle Vorlage zu erstellen, durchorganisiert und mit Folien versehen. Man weiß ja, dass er sowieso nicht zuhört. Wir werden niemals durchdringen. Er arbeitet zehn Minuten daran, aber dann will er über ein anderes Thema reden. So werden wir eine Stunde bei ihm sein, aber diese Vorlage kriegen wir nie durchgearbeitet.»

Porter versuchte, durchstrukturierte Vorlagen zu erstellen, in denen die wichtigsten Informationen, unterschiedliche Ansichten, Kosten-Nutzen-Analysen und Konsequenzen einer Entscheidung aufgelistet waren. Es funktionierte nicht.

Gary Cohn und der Handelsbeauftragte Robert Lighthizer hatten monatelang daran gearbeitet, Trump dazu zu bringen, eine Untersuchung zum Umgang der Handelsnation China mit geistigem Eigentum anzuordnen. Hier konnte Trump seine protektionistischen Muskeln spielen lassen konnte, ohne ein Handelsabkommen in die Luft jagen zu müssen. Die Möglichkeit einer solchen Untersuchung ergab sich aus Abschnitt 301 des Handelsgesetzes von 1974, der den Präsidenten ermächtigt, einseitig Handelsbeschränkungen gegen Länder auszusprechen, die in unfairen Handel mit den USA verwickelt sind.

Die Chinesen brachen jedes Gesetz. Sie stahlen alles, die Wirtschaftsgeheimnisse von Technikfirmen und Software, betrieben Film- und Musikpiraterie und brachten gefälschte Luxusgüter und Arzneimittel in Umlauf. Sie kauften Unternehmensteile und entwendeten die Technologie. Sie stahlen das geistige Eigentum von amerikanischen Firmen, die gezwungen worden waren, ihre Technologie nach China zu verlagern, um dort Handel treiben zu können. Cohn hielt die Chinesen für dreckige, miese Schurken. Die Regierung schätzte, dass China Diebstahl an geistigem Eigentum in Höhe von 600 Milliarden Dollar begangen hatte.

Eine 301-Untersuchung, kurz 301, würde Lighthizer ein Jahr Zeit einräumen, um zu entscheiden, ob das Büro des Handelsbeauftragten der USA eine formelle Untersuchung gegen China eröffnen sollte. Wenn, dann

würde Trump die Vollmacht haben, Zölle, Sanktionen und andere Strafmaßnahmen gegen China auszusprechen.

Die Europäer, Japaner und Kanadier würden sich den Amerikanern bei dem massiven, koordinierten Schlag gegen die chinesischen Verstöße gegen das geistige Eigentum anschließen. Das würde die erste Handelsmaßnahme Trumps werden.

Trump hatte schließlich eingewilligt, ein Memorandum zu unterzeichnen und in einer Rede die einjährigen Ermittlungen zu verkünden. Es war ein langer Weg gewesen, ihm an der Handelsfront einen klar definierten Schachzug zu ermöglichen.

Während eines Treffens mit seinen Wirtschafts- und Handelsteams im August in seinen Privaträumen machte Trump einen Rückzieher. Er hatte gerade mit Präsident Xi gesprochen. Er wollte China nicht aufs Korn nehmen. «Wir brauchen deren Hilfe bei Nordkorea», sagte er. «Es geht nicht nur um eine Abstimmung im UN-Sicherheitsrat. Wir brauchen dauerhaft ihre Hilfe. Ich möchte alle Verweise auf China aus der Rede streichen.» Er wollte seine guten Beziehungen zu Präsident Xi nicht gefährden.

Porter meinte, in dem zweiseitigen Memorandum würde China fünfmal erwähnt, und nur China. Schließlich ging es ja um China, wie sie schon seit Monaten diskutiert hatten.

«Nein, nein, nein», entgegnete Trump. «Ich möchte das nicht allein auf China anwenden. Machen wir es doch einfach für die ganze Welt.»

Dem Gesetz zufolge mussten diese Untersuchungen allerdings gegen die besonders unfairen Handelspraktiken eines bestimmten Landes durchgeführt werden.

«In diesem Fall ist es China», sagte Porter. «Wir kommen um diese Tatsache nicht herum.»

«Na gut», meinte der Präsident, «ich unterschreibe was auch immer, aber ich möchte China in der Rede nicht erwähnen.»

«Wir können nicht erklären, worum es sich handelt, ohne zu erwähnen, dass wir China im Visier haben.»

Okay, sagte Trump. In seinen öffentlichen Bemerkungen sagte er: «Der Diebstahl geistigen Eigentums durch andere Länder kostet unsere Nation Millionen an Arbeitsplätzen und Milliarden Dollar, Jahr für Jahr. Schon zu lange ist dieser Reichtum aus unserem Land abgezogen worden, ohne dass Washington etwas dagegen unternommen hat. … Doch Washington wird nicht länger wegschauen.» China erwähnte er kein einziges Mal.

Cohn and Porter hofften, dass Trumps Unterschrift unter das Memorandum zu einer 301-Untersuchung ihn davon ablenken würde, umgehend Strafzölle auf Stahl und Aluminium zu erheben.

Wann immer einer der beiden Trumps Überzeugungen zu Handelsdefiziten und Zöllen in Frage stellte, zeigte sich Trump unbeweglich. «Ich weiß, dass ich recht habe», sagte er. «Wenn Sie nicht mir mit übereinstimmen, dann liegen Sie falsch.»

Cohn wusste, dass die eigentliche Schlacht bei den Zöllen geschlagen werden würde, denn auf diesem Gebiet hatte Trump die rigidesten Ansichten und konnte den größten Schaden für die Wirtschaft der USA und der Welt anrichten. Er legte dem Präsidenten alle Daten vor, die er nur auftreiben konnte, warum Zölle auf Importstahl eine Katastrophe wären und der Wirtschaft schaden würden. In einem siebzehnseitigen Dokument, das Cohn

einreichte, fand sich eine Grafik, die zeigte, wie gering die Einnahmen 2002/3 gewesen waren, als Präsident Bush aus ähnlichen Gründen Zölle auf Stahl eingeführt hatte. Aus der Grafik ging hervor, dass die Einnahmen 650 Millionen Dollar betrugen. Das waren 0,04 Prozent der gesamten Bundeseinnahmen von insgesamt 1,78 Billionen Dollar.

Die geschätzten Einnahmen aus einem Stahlzoll von 25 Prozent würden nun 3,4 Milliarden betragen, also 0,09 Prozent der für 2018 geschätzten Gesamteinnahmen von 3,7 Billionen Dollar.

Zehntausende von Arbeitsplätzen waren in den stahlabhängigen Industrien verloren gegangen, sagte Cohn und legte eine Grafik vor, die das belegen sollte.

Trump hatte drei Verbündete, die ihm beipflichteten, dass Handelsdefizite relevant waren: Wirtschaftsminister Wilbur Ross, Peter Navarro and Bob Lighthizer, der Handelsbeauftragte.

Navarro sagte, bei den Daten würden die Angaben fehlen, wie viele Arbeitsplätze in den Stahlwerken in der Zeit der Stahlzölle 2002 bis 2003 geschaffen worden waren.

«Da haben Sie recht», sagte Cohn. «Wir haben 6000 Arbeitsplätze geschaffen.»

«Ihre Daten sind schlicht falsch», sagte Navarro.

Trump war entschlossen, Zölle auf Importstahl zu erheben. «Hören Sie», sagte er, «wir probieren es aus. Wenn es nicht funktioniert, schaffen wir sie wieder ab.»

«Mr. President», sagte Cohn, «so geht man mit der amerikanischen Wirtschaft nicht um.» Weil das Risiko so hoch sei, sei es wichtig, äußerst behutsam vorzugehen. «Man tut etwas nur dann, wenn man sich

hundertprozentig sicher ist, dass es funktioniert, und dann betet man auf Teufel komm raus, dass man recht hat. Ein fünfzigprozentiges Risiko geht man mit der amerikanischen Wirtschaft nicht ein.»

«Wenn wir falschliegen», wiederholte Trump, «machen wir es eben wieder rückgängig.»

NAFTA war ein weiteres Dauerthema des Präsidenten. Trump hatte schon seit Monaten gesagt, dass er aus NAFTA austreten und neu verhandeln wolle. «Die einzige Möglichkeit, einen guten Deal zu bekommen, ist, den alten Deal in die Luft zu jagen. Und wenn ich ihn in die Luft jage, werden sie in den sechs Monaten alle an den Verhandlungstisch zurückgerannt kommen.» Seine Taktik beruhte darauf, erst nein zu sagen, um zu einem Ja zu kommen.

«Wenn Sie NAFTA in die Luft jagen», erwiderte Cohn, «dann ist es vielleicht vorbei. Das ist die riskanteste Möglichkeit. Entweder es funktioniert, oder Sie sind bankrott.»

Cohn wusste, dass Trump sechsmal Bankrott angemeldet hatte und ihn das nicht sonderlich zu stören schien. Bankrott war auch nur eine Businessstrategie. Steh auf, geh und drohe damit, den Deal platzenzulassen. *Wahre Macht ist Furcht.*

In all den Jahrzehnten hatte Goldman Sachs keine Geschäfte mit der Trump Organization oder Trump selbst gemacht, weil man dort wusste, dass er alle und jeden betrügen konnte. Er würde einfach nicht zahlen oder klagen. Ganz zu Beginn von Cohns Zeit bei Goldman hatte es einen jungen Händler gegeben, der mit Trump für ein Casino mit festverzinslichen Papieren gehandelt hatte.

Cohn sagte zu dem jungen Mann, dass er gefeuert sei, falls der Handel platzen sollte. Trump zahlte, der Händler hatte Glück.

Diese Denkweise aus seinen Immobilientagen auf das Regieren zu übertragen und das Risiko eingehen zu wollen, dass die Vereinigten Staaten bankrott gingen, war allerdings eine völlig andere Sache.

In einer anderen Diskussion mit dem Präsidenten legte Cohn eine Studie des Handelsministeriums auf den Tisch, die bewies, dass die USA auf den Handel mit China angewiesen waren. «Wenn Sie Chinese wären und würden uns vernichten wollen, dann sollten Sie uns einfach keine Antibiotika mehr verkaufen. Wussten Sie, dass wir in den Vereinigten Staaten so gut wie keine Antibiotika produzieren?» Die Studie zeigte auf, dass neun der führenden Antibiotika, darunter Penizillin, nicht in den Vereinigten Staaten produziert wurden. China verkaufte 96,6 Prozent aller im Lande benötigten Antibiotika. «Wir produzieren kein Penizillin.»

Trump sah Cohn komisch an.

«Sir, wenn Babys an Halsentzündung sterben, was sagen Sie dann den Müttern?» Cohn fragte Trump, ob er ihnen dann sagen würde: «Das Handelsdefizit ist wichtig.»

«Wir kaufen es in einem anderen Land ein», schlug Trump vor.

«Und nun verkaufen die Chinesen es an die Deutschen, die Deutschen schlagen etwas auf und verkaufen die Antibiotika an uns. Dann geht unser Handelsdefizit gegenüber den Chinesen runter und gegenüber den Deutschen rauf.» Die amerikanischen Kunden würden einen höheren Preis bezahlen müssen. «Ist das gut für unsere Wirtschaft?»

Navarro meinte, dann würden sie es eben über ein anderes Land kaufen als Deutschland.

Das Problem bleibe dasselbe, sagte Cohn. «Sie schieben nur die Deckstühle auf der *Titanic* herum.»

Die Automobilindustrie war noch so eine von Trumps Obsessionen. China tat der Branche und vor allem den Arbeitern hier weh, behauptete er.

Cohn stellte die besten Statistiken zusammen, die er nur auftreiben konnte. Trump las nichts, also brachte Cohn Grafiken mit ins Oval Office. Die Zahlen zeigten, dass es der Autoindustrie gutging. Eine große Grafik zeigte, dass Detroits «Big Three» seit 1994 3,6 Millionen Automobile und Kleinlaster weniger bauten, der Rest der Vereinigten Staaten aber, der Südosten vor allem, eben diese 3,6 Millionen Fahrzeuge mehr produzierte.

Die gesamte, für die ganze Welt bestimmte BMW-3er-Serie wird in South Carolina gebaut, sagte Cohn. Alle Mercedes SUVs werden in den Vereinigten Staaten produziert. Die Millionen Arbeitsplätze, die in Detroit in der Automobilindustrie verloren gegangen waren, waren aufgrund der Gewerkschaftsgesetzgebung nach South Carolina und North Carolina weitergezogen.

Aber was sei denn mit den leerstehenden Fabriken?, fragte Trump. «Das müssen wir hinkriegen.»

Cohn hatte ein weiteres Dokument zu den Ergebnissen amerikanischer Streitigkeiten in der WTO in die Tagesmappe gelegt, die Porter jede Nacht für den Präsidenten vorbereitete. Trump schlug sie allerdings nur selten auf, eigentlich nie.

«Die Welthandelsorganisation ist die schlimmste Organisation, die je geschaffen wurde!», sagte Trump. «Dort verlieren wir mehr Fälle als alles andere.»

«Das hier finden Sie in Ihrer Mappe, Sir,» sagte Cohn und legte eine weitere Kopie vor. Das Dokument zeigte, dass die Vereinigten Staaten 85,7 Prozent ihrer Fälle vor der WTO gewannen, was über dem Durchschnitt lag. «Die Vereinigten Staaten haben Handelsstreits mit China gewonnen, was unfaire Sondersteuern auf Amerikas Geflügel, Stahl und Automobile betrifft, ebenso unfaire Exportbeschränkungen für Rohmaterialien und seltene Erden. Die Vereinigten Staaten haben das System zur Beilegung von Streitigkeiten ebenfalls dazu genutzt, um China zu zwingen, in zahlreichen Sektoren Subventionen zu streichen.»

«Das ist doch Blödsinn», erwiderte Trump. «Das stimmt nicht.»

«Doch, es stimmt. Diese Zahlen stammen vom amerikanischen Handelsbeauftragten. Rufen Sie Lighthizer an und schauen Sie, ob er mir zustimmt.»

«Ich werde Lighthizer nicht anrufen», sagte Trump.

«Nun», sagte Cohn, «dann tue ich es. Das hier sind die Fakten. Niemand wird diesen Zahlen widersprechen.» Dann fügte er hinzu: «Zahlen sind Zahlen.»

Ab und zu, aber stets privat, bat Cohn Vizepräsident Pence um Hilfe. Er warb für seine Position zu Zöllen auf Stahl und Aluminium. «Mike, ich brauche dabei Ihre Hilfe.»

«Sie machen alles richtig», sagte Pence. «Ich bin mir nur nicht ganz sicher, was ich tun kann.»

«Mike, kein anderer Bundesstaat wird stärker unter den Strafzöllen auf Stahl und Aluminium leiden müssen als Indiana. Elkhart, Indiana, die Welthauptstadt für Boote und Campingfahrzeuge. Und was braucht man dafür? Aluminium und Stahl. Ihr Staat wird daran zugrunde gehen.»

«Ja, ich verstehe.»

«Können Sie mir behilflich sein?»

«Ich tue, was ich kann.»

Wie üblich mischte Pence sich nicht ein. Er wollte nicht vollgetwittert oder als Idiot beschimpft werden. Wenn Cohn Pence einen Rat zu geben gehabt hätte, dann hätte er ihm genau das geraten – Halten Sie sich raus.

Kelly kam zu dem Schluss, dass Peter Navarro das Problem war. Navarro kam ins Oval Office und stachelte Trump wegen des Handelsdefizits auf. Da er bei ihm offene Türen einrannte, war Trump binnen kurzem auf Hochtouren und verkündete: Heute unterschreibe ich.

Cohn nutzte jede Gelegenheit, um Kelly zu sagen, welche Katastrophe Navarro darstellte. Schaffen Sie ihn beiseite, sagte Cohn, feuern Sie ihn. Dieser Laden wird niemals laufen, solange er hier herumschwirrt.

Kelly bat Porter um seine Meinung. «Der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar», sagte Porter. «Ich glaube nicht, dass Sie Peter beseitigen können, der Präsident liebt ihn. Das würde er niemals zulassen.» Und befördern kann man Navarro auch nicht, wie er es gern hätte, das wäre ja absurd. «Peter muss jemandem unterstellt werden und darf nicht das Gefühl haben, er habe direkten Zugang zum Präsidenten. Meistens kann ich ihn abblocken.»

Kelly beschloss, die Kontrolle zu übernehmen, und berief ein Treffen der Streithähne für den 26. September ein. Das Ganze wirkte wie ein Duell.

Navarro durfte einen Sekundanten mitbringen, er entschied sich für Stephen Miller. Cohn brachte Porter mit.

Navarro begann mit dem Vorwurf, ihm sei während des Wahlkampfs ein Posten als Assistent des Präsidenten versprochen worden und nun fungiere er nur als stellvertretender Assistent. Das sei Betrug. Unglaublich, wie lange das schon so gehe. Er habe mit dem Präsidenten gesprochen, der den Unterschied zwischen einem Assistenten und einem stellvertretenden Assistenten nicht recht kennen würde. Der Präsident fand, Sonderassistent würde noch viel besser klingen, ohne zu wissen, dass dies eine noch niedrigere Position sei.

Navarro sagte, der Präsident habe ihm gesagt, er könne welchen Titel auch immer tragen und ganz gleich wem gegenüber berichten. Er und sein Handelsrat würden den amerikanischen Arbeiter vertreten, die produzierende Basis, den kleinen Mann.

«Peter läuft da draußen herum und wird zum Abweichler», erwiderte Cohn. «Er sorgt erst für all diese Probleme. Er tischt dem Präsidenten Lügen auf. Er ist völlig unkontrolliert. Er ist der Grund für all das Chaos in diesem Gebäude.»

«Gary hat keine Ahnung, wovon er redet», meinte daraufhin Navarro. «Gary ist doch nur ein Globalist. Er ist dem Präsidenten gegenüber nicht loyal.» Porter würde ständig an den Abläufen herumspielen und manipulieren, um alles hinauszuzögern, damit er, Navarro, nicht zum Präsidenten durchdringen könne.

«Also gut», sagte Kelly. «Ich habe die Schnauze voll davon. Peter, Sie werden Mitglied des Nationalen Wirtschaftsrats, und Sie berichten direkt an Gary. Schluss. Und wenn Ihnen das nicht passt, können Sie gern kündigen. Ende der Sitzung.»

«Ich möchte dagegen Beschwerde einlegen», sagte Navarro. «Ich möchte mit dem Präsidenten sprechen.»

«Das werden Sie nicht», entgegnete Kelly. «Und jetzt raus aus meinem Büro.»

Monate vergingen. «Wo zum Teufel ist mein Peter?», fragte der Präsident eines Tages. «Seit zwei Monaten habe ich nicht mehr mit Peter Navarro gesprochen.» Doch wie so oft ging er der Sache nicht weiter nach.

Kapitel 34

Trumps Konfrontation mit Kim Jong-un wurde immer persönlicher.

Als die Spannungen zunahmen, sagte Trump in einem seltenen Moment der Besinnung an Bord der Air Force One: «Dieser Typ ist verrückt. Ich hoffe wirklich, dass das nicht böse endet.»

Er machte widersprüchliche Bemerkungen zu Nordkorea – von provozierend und aufgeblasen bis hin zu Beteuerungen, er wolle Frieden. Im Mai sagte er, es wäre ihm «eine Ehre», Kim «unter den richtigen Umständen» zu treffen. Im August verkündete er vor der Presse, «Nordkorea sollte den USA besser nicht mehr drohen. Sonst kriegen sie Feuer und Zorn zu spüren, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat.»

Eigenmächtig gab McMaster eine neue Strategie aus, die skizzierte, wie man Druck auf Nordkorea ausüben wolle. Der Plan, schriftlich fixiert in Form eines unterzeichneten Dokuments, sollte Nordkorea und China dazu drängen, über das nordkoreanische Atomwaffenprogramm zu verhandeln und die Entwicklung von Langstreckenraketen aufzugeben. Das Finanzministerium würde Sanktionen ausarbeiten. Das Außenministerium sollte in Abstimmung mit China Druck auf Nordkorea ausüben.

Das Verteidigungsministerium war für militärische Aktionen vorgesehen, etwa Überflüge und das Eindringen in den Luftraum im Rahmen von Blue Lightning genannten Manövern, sowie für begrenzte Cyberaktivität, um die Instrumente zu zeigen und die Drohung zu verdeutlichen. Allerdings sollten all diese Aktionen keinen unbeabsichtigten Konflikt auslösen.

McMaster wiederholte im Nationalen Sicherheitsrat ständig, dass Trump eine Atommacht Nordkorea nicht akzeptieren könne.

Doch der Präsident fasste seine Haltung zu fast allem in einem Interview mit der *New York Times* so zusammen: «Ich bin immer in Bewegung. Ich bewege mich in beide Richtungen.»

Der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs, Dunford, bildete in seiner Abteilung eine strategische Kommunikationszelle, die ausloten sollte, welche Botschaften Nordkorea zu übermitteln seien. Welche Aktionen waren machbar und gerade bedrohlich genug, um abzuschrecken?

Als sich drei Flugzeugträger in der Region aufhielten, äußerte Mattis Unbehagen. Konnte das eine unerwartete Reaktion Kims hervorrufen? Konnte es sein, dass die USA damit einen Krieg begannen, den sie eigentlich zu verhindern suchten? Er war darüber besorgter als viele andere im Pentagon und erst recht im Weißen Haus.

Mattis hatte das Buch *August 1914* der Historikerin Barbara Tuchman über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs gründlich studiert. «Er ist besessen vom August 1914», meinte ein hoher Beamter, «und von der Vorstellung, dass man Aktionen, militärische Aktionen, unternimmt, die man für einen umsichtigen Plan gehalten hat und deren unbeabsichtigte Folgen darin bestehen, dass man unaufhaltsam auf einen Krieg zusteuert.» Da baut sich ein Impuls zum Krieg auf, «und man kann ihn einfach nicht stoppen».

Mattis wollte keinen Krieg. Der Status quo und eine Kein-Krieg-Strategie waren selbst während heftiger, überwältigender Spannungen noch für alle das Beste.

Der Beamte fasste es so zusammen: «Mattis und Dunford sind der Meinung, dass man Nordkorea unter Kontrolle halten kann. Und Dunford sagte doch wirklich: ‹Das genau war mein Rat an den Präsidenten.›»

Am 19. September 2017 hielt Präsident Trump seine erste Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Da nannte er den nordkoreanischen Machthaber erstmals «Raketenmann». Er sagte, dass den Vereinigten Staaten, wenn der Verteidigungsfall eintritt, «keine andere Wahl bleibt, als Nordkorea komplett zu zerstören».

Kim feuerte drei Tage danach zurück. «Ein ängstlicher Hund bellt lauter.» Trump sei «eindeutig ein Schurke und ein Gangster, der gern mit dem Feuer spielt. Ich werde den geistig umnachteten amerikanischen Greis bestimmt und endgültig zähmen.»

In einem Tweet vom 23. September nannte Trump Kim «Kleiner Raketenmann». Trump und Rob Porter saßen zusammen in der vorderen Präsidentenkabine der Air Force One. Im Fernsehen lief *Fox News*.

«Kleiner Raketenmann», sagte Trump stolz. «Ich glaube, das ist wohl der allerallerbeste Spitzname, der mir je eingefallen ist.»

«Er ist witzig», sagte Porter, «und er scheint Kim ja tatsächlich getroffen zu haben.» Aber, fragte er, «was soll am Ende dabei herauskommen? Wenn wir die Rhetorik weiter verschärfen und in einen Krieg der Worte geraten und der dann eskaliert, was hoffen Sie dann am Ende zu erreichen? Wo führt das hin?»

«Man darf keine Schwäche zeigen», erwiderte Trump. «Man muss Stärke ausstrahlen. Kim und andere müssen davon überzeugt werden, dass ich bereit bin, einfach alles zu tun, um unsere Interessen zu schützen.»

«Ja, man möchte, dass er sich nicht in Sicherheit wiegt», sagte Porter. «Und Sie wollen auch eine gewisse Unberechenbarkeit ausstrahlen. Aber auch er wirkt ziemlich unberechenbar. Und wir können uns ja nicht mal sicher sein, ob er in Ordnung ist. Ist er überhaupt klar im Kopf? Er unterliegt nicht den gleichen politischen Restriktionen wie andere Leute. Ihm scheint sehr daran gelegen zu sein, auf dem internationalen Parkett ernst genommen zu werden.»

«Man muss Stärke zeigen», wiederholte der Präsident.

«Ich frage mich», legte Porter nach, «ob es wahrscheinlicher ist, ihn dazu zu bringen, dass er sich unterwirft, wenn man ihn blamiert, oder ob ihn das nicht auch provozieren könnte.»

Trump antwortete darauf nicht. Seine Körpersprache ließ aber vermuten, dass er wusste, Kim war zu allem fähig. Dann rückte er mit seiner Schlussfolgerung heraus: Es sei ein Machtkampf der Willensstärke. «Da geht es nur um Führer gegen Führer. Mann gegen Mann. Ich gegen Kim.»

Ende September bat General Kelly Lindsey Graham wegen einer bevorstehenden Krisensimulation zu Nordkorea ins Weiße Haus.

Gegensätzliche Botschaften von Trump und Tillerson beherrschten die Nachrichten. Wochenlang war Tillerson mit den von ihm so genannten «Vier Neins» in der Öffentlichkeit präsent gewesen: Die USA streben keinen Regimewechsel an; auch keinen Sturz des Regimes; seien nicht auf eine beschleunigte Wiedervereinigung von Nord und Süd aus; und sie suchten auch nach keinem Vorwand, um Truppen in den Norden zu schicken.

«Wir lassen den Kerl im Unklaren», sagte Kelly zu Graham und meinte damit Kim Jong-un.

Graham unterbreitete Kelly und McMaster einen dramatischen Vorschlag. «Die Chinesen müssen ihn umlegen und durch einen nordkoreanischen General ersetzen, den sie kontrollieren können», sagte Graham. Damit würde China über genug Kontrolle verfügen, dass der Norden nicht angriffe. «Ich denke, die Chinesen sind hier eindeutig der Schlüssel, und sie müssen ihn aus dem Verkehr ziehen. Nicht wir, sie. Und das atomare Inventar dort kontrollieren. Und diese Sache runterschrauben. Oder ihn kontrollieren. Um eine große atomare Aufrüstung zu verhindern. Meine Befürchtung ist, dass er später damit Handel treibt.»

Er schlug vor, dass Trump China Folgendes sagen sollte: «Die Welt ist ein gefährlicher Ort. Ich werde nicht zulassen, dass dieses Regime unsere Heimat mit einer Atomwaffe bedroht.»

Graham sagte, Trump habe ihm erklärt, dass er es nicht so weit kommen lassen würde. Außer es direkt in der Zeitung zu inserieren, hatte er alles getan, um die ganze Welt wissen zu lassen, was Trump ihm ins Gesicht gesagt hatte.

Am 1. Oktober, Monate nachdem Tillerson begonnen hatte, öffentlich die Hand in Richtung Nordkorea auszustrecken, um einen Dialog zu eröffnen, twitterte Trump: «Ich habe Rex Tillerson, unserem wundervollen Außenminister, gesagt, er vergeudet seine Zeit, wenn er versucht, mit dem Kleinen Raketenmann zu verhandeln. Spar dir deine Mühe, Rex, wir werden tun, was getan werden muss!»

Der angriffslustige Tweet wurde weitgehend als Diskreditierung des Top-Diplomaten der Nation aufgefasst.

Trump hatte sich anscheinend hinreißen lassen. Dabei hatte er selbst während des Präsidentschaftswahlkampfs einen Olivenzweig ausgestreckt, als er seine Bereitschaft äußerte, bei einem Hamburger mit Kim zu verhandeln.

Doch man übersah wohl, dass es Trumps Art war, seine Position scheinbar zu verbessern, indem er eine – oft riskante – Situation herbeiführte, die es zuvor gar nicht gegeben hatte. Dem unberechenbaren nordkoreanischen Regime mit Atomwaffen zu drohen, war unvorstellbar, doch er hatte es getan. Wie sich herausstellte, sollte das nur der Anfang sein. Die Präsidentschaft des Sicharrangierens gehörte der Vergangenheit an.

Trump zerrte bald heftiger an Kellys Leine, und nach einigen Monaten ließ Kellys geradezu magische Kontrolle über Trump nach. Es war offensichtlich, dass es Trump emotional widerstrebte, sich von außen kontrollieren zu lassen. Als wollte er sagen: Ich halte das nicht mehr aus. Ich fühle mich eingeengt. Ich fühle mich, als hätte ich nicht mehr das Sagen.

Im November sah Trump Chris Crane, den Chef der Gewerkschaft der Polizei- und Zollbehörde (ICE), wie er sich auf *Fox News* darüber beklagte, keinen Zugang zu Trump zu bekommen. Er sagte, Trump lasse sie im Stich. Die Gewerkschaft hatte Trump sechs Wochen vor der Wahl unterstützt. Zum ersten Mal hatte das National ICE Council sich offiziell für einen Präsidentschaftskandidaten ausgesprochen.

Trump ging durch die Decke.

Kelly und Chris Crane konnten einander nicht ausstehen. Als Kelly noch Heimatschutzminister gewesen war, hatte er ICE-Beamte daran gehindert, bei

dem einen oder anderen Verstoß gegen das Einwanderungsgesetz extrem hart durchzugreifen.

Trump lud Crane ins Oval Office ein, ohne Kelly davon in Kenntnis zu setzen. Kelly hat uns den Zugang komplett verwehrt, sagte Crane. Dabei haben wir den Kopf für Sie hingehalten. Wir haben Sie unterstützt. Wir stehen hinter allen Ihren politischen Vorhaben. Und jetzt können wir nicht mal mehr mit Ihnen kommunizieren.

Kelly hörte, dass Crane im Oval Office war und marschierte sofort hinein. Bald beschimpften sich Crane und Kelly gegenseitig.

«Ich kann nicht glauben, dass Sie jemand wie diesen Scheißkerl ins Oval Office lassen», sagte Kelly zu Trump. Wenn es so laufen würde, sagte er, «dann trete ich zurück!» Und damit stürmte er hinaus.

Trump erzählte später anderen, er hätte gedacht, dass Kelly und Crane mit den Fäusten aufeinander losgehen würde.

Kelly drängte den Präsidenten, Kirstjen Nielsen, eine fünfundvierzigjährige Juristin, die Kellys Stabschefin im Heimatschutzministerium gewesen war, zur neuen Ministerin zu machen.

«Kirstjen ist die einzige Person, die das machen kann», argumentierte Kelly. «Sie kennt das Ministerium, sie war meine Stabschefin, sie kann das alles hervorragend.»

Die Nominierung wurde am 11. Oktober an den Senat geschickt.

Der Präsident sah, wie die *Fox News*-Kommentatorin Ann Coulter Nielsen «eine fanatische Anhängerin offener Grenzen» nannte, die gegen Trumps Grenzmauer sei. Lou Dobbs legte nach und sagte, Nielsen sei für Amnestie, keine wahre Anhängerin, keine Hardlinerin in Sachen Einwanderung und sie habe der Regierung von George W. Bush gedient. Bei ihrer Anhörung im

Senat hatte sie gesagt, «es gibt keinen Grund für eine Mauer von einem Ozean zum anderen», was Dobbs, ein glühender Trump-Anhänger, «empörend» fand.

«Alle finden sie doch schrecklich», sagte Trump später im Oval Office zu Kelly. «Das ist ein Witz. Sie ist eine Bushie. Alle hassen sie. Wie konnten Sie mich bloß dazu bringen, das zu machen?»

«Sie ist die Beste», sagte Kelly. «Sie ist die Beste der Besten. Ich kann persönlich für sie bürgen. Sie wird die erste Frau an der Spitze des Ministeriums sein. Ich weiß, dass sie ein guter Mensch ist. Sie wird einen großartigen Job machen. Sie wird sehr effektiv sein. Sie ist aus unserem Team. Sie war meine rechte Hand, solange ich dort war. Sie kennt das Ministerium.»

«Das ist alles Schwachsinn», sagte Trump. «Sie ist schrecklich. Sie sind der Einzige, der was von ihr hält. Vielleicht werden wir die Nominierung zurückziehen müssen.»

Kelly riss die Hände in die Höhe. «Vielleicht muss ich eben doch zurücktreten.» Und damit stürmte er hinaus.

Später brachte Porter Nielsens Ernennungsurkunde, damit Trump sie unterzeichnete und sie damit offiziell zu seiner Ministerin machte.

«Ich weiß nicht, ob ich die wirklich jetzt unterschreiben will», sagte Trump. «Ich bin mir mit ihr einfach nicht sicher.»

«Sie ist bestätigt worden», sagte Porter. Der Senat hatte ihre Nominierung mit 62 zu 37 Stimmen angenommen. «Sie werden bei ihrer Vereidigung dabei sein.»

Trump unterschrieb.

Kelly erschien in der Sendung von Bret Baier auf *Fox News* und sagte, Trump habe «einen evolutionären Prozess» durchlaufen und «seine Haltung zu den DACA [als Minderjährige illegal Eingewanderte] und sogar zur Mauer geändert».

Im Weißen Haus explodierte Trump währenddessen.

«Haben Sie gesehen, was Kelly gesagt hat?», fragte er Porter. «Ich hätte eine Evolution durchlaufen? Ich hätte mich geändert? Für wen zum Teufel hält der sich? Ich habe mich kein bisschen geändert. Ich stehe genau auf demselben Standpunkt wie vorher. Wir werden die Mauer bauen. Wir werden sie entlang der gesamten Grenze bauen.»

Kellys Assistent Zach Fuentes warnte die hochrangigen Beamten im West Wing vor Kellys kurzer Aufmerksamkeitsspanne und davor, wie leicht er sich ablenken ließ.

«Er hat’s nicht so mit Details», sagte Fuentes, der schon im Heimatschutzministerium Kellys Assistent gewesen war. «Legt ihm nie mehr als eine Seite vor. Selbst wenn er draufschaut, wird er niemals das Ganze lesen. Und achtet darauf, die wichtigsten Punkte zu unterstreichen oder fett zu drucken.» Es gebe jedoch ein paar Themen, insbesondere militärische, sagte Fuentes, die Kellys volle Aufmerksamkeit erregen würden und über die er sich gern ausführlich unterhalten wolle.

Normalerweise, meinte Fuentes, «hast du dreißig Sekunden, um mit ihm zu reden. Wenn du dann seine Aufmerksamkeit nicht gewonnen hast, wird er sich nicht konzentrieren.»

Kelly hielt regelmäßige Mitarbeiterbesprechungen der wichtigsten zwanzig Personen im Weißen Haus ab, und zwar jeden Montag, Mittwoch und Freitag im Roosevelt Room. Oft berichtete er dann von seinen Unterredungen mit dem Präsidenten.

«Ich habe am Wochenende mit dem Präsidenten gesprochen», erinnerte er sich bei einer der Sitzungen. «Er ist wirklich scharf drauf, uns komplett von der koreanischen Halbinsel abzuziehen. Will Südkorea zwingen, für [das Raketenabwehrsystem] THAAD zu bezahlen. Ich bin es mehrmals mit ihm durchgegangen und habe ihm wirklich zugesetzt und erklärt, dass er das nicht machen kann.»

Als Kelly selbst ins politische Kreuzfeuer Washingtons geriet und in den Medien kritisiert wurde, sprach er immer häufiger über die Presse und seine eigene Rolle bei den Besprechungen der führenden Mitarbeiter.

«Ich bin das Einzige, was den Präsidenten vor der Presse schützt», erklärte Kelly bei einer der Besprechungen. «Die Presse hat es auf ihn abgesehen. Die wollen ihn zerstören. Und ich bin entschlossen, mich ihnen in den Weg zu stellen, die Kugeln und Pfeile mit meinem Körper abzufangen. Alle haben es auf uns abgesehen.

Die Presse hasst ihn. Die hassen uns. Die werden uns bei nichts je eine Atempause gönnen. Das ist aktive Anfeindung. Und deshalb stehen wir dermaßen unter Beschuss. Die haben jetzt auch mich im Visier, weil ich der Einzige bin, der sich vor den Präsidenten stellt und versucht, ihn zu schützen.»

Bei einem Treffen in kleinerem Kreis in seinem Büro meinte Kelly eines Tages über den Präsidenten: «Er ist ein Idiot. Es ist sinnlos zu versuchen, ihn

von irgendwas zu überzeugen. Er ist außer Rand und Band. Wir sind hier in Crazytown, im Irrenhaus.

Ich weiß nicht, warum wir alle noch hier sind. Das ist der schlimmste Job, den ich je hatte.»

Kelly begann die Kontrolle zu verlieren, war weniger eingebunden. Trump rief Kongressabgeordnete an, wenn Kelly nicht dabei war. So rief er Chuck Schumer, Tom Cotton, Lindsey Graham, Dick Durbin oder Kabinettsmitglieder an und betonte, er sei sein eigener Stabschef und sein eigener Direktor für legislative Angelegenheiten.

«Madeleine», pflegte er nach draußen zu rufen, «hol mir Speaker Ryan ans Telefon.»

Dann fing Trump an, nach Kelly zu fragen. «Wie schlägt sich Kelly?», fragte er Porter. «Er ist tough, aber irgendwie wirkt es, als wäre er zu tough. Mir ist nicht bekannt, dass er im Stab besonders beliebt wäre.»

«Ich denke, er hat uns geholfen», erwiderte Porter. «Besser gefürchtet als geliebt werden. Aber er hat auch seine Grenzen. Ich glaube, die muss er einfach auch selbst erkennen. Und Sie genauso.» Porter meinte weiter, dass Kellys Schwäche im Bereich Gesetzgebung läge. «Sie brauchen einen guten Direktor für politische Angelegenheiten, weil das nicht Kellys Hintergrund ist. Und falls Sie möchten, dass Ihr Stabschef zugleich Ihr politischer Chefberater ist, dann sollte das nicht Kelly sein.»

Tillerson beklagte sich mehrmals bei Kelly darüber, dass Porter Trump dazu bringe, Entscheidungsvorlagen zu unterzeichnen, die nicht vom Außenminister abgesegnet seien.

«Ich weiß, dass Sie versucht haben, Rex auf dem Laufenden zu halten», sagte Kelly daraufhin zu Porter, «aber ab jetzt können Sie keine Aktennotiz, die eine Entscheidung erfordert, dem Präsidenten vorlegen – ohne eine explizite Freigabe dürfen Sie den Präsidenten in solchen Angelegenheiten nicht mehr selbst informieren.» Kelly machte auch deutlich, dass Feedback vom Außenministerium oder von Tillersons Stabschef nicht genüge. Keine Entscheidungen, wies er ihn an, «solange Sie nicht mit Rex darüber gesprochen oder gemailt haben».

Trump erfuhr von den Auseinandersetzungen. Aggressive Unstimmigkeiten waren nach seinem Geschmack. Das brachte eine breite Vielfalt von Meinungen hervor. Harmonie dagegen konnte zu Gruppendenken führen. Er begrüßte das Chaos und den Wirbel unter sich.

Um etwa 21 Uhr am Montag, den 27. November, über vier Monate nachdem Priebus das Weiße Haus verlassen hatte, rief der Präsident ihn auf seinem Mobiltelefon an. Sie unterhielten sich zehn Minuten lang.

Wie es um die bevorstehende Wahl für den Senatssitz in Alabama stehe, wollte Trump wissen. Wie die Kreuzfahrt gewesen sei, die Priebus kürzlich unternommen hatte. Trump sagte, es sei phantastisch, was sie zusammen in den ersten sechs Monaten erreicht hätten. Wie es der Steuerreform gehe? Und den republikanischen Senatoren, die die Steuerreform blockierten? Trump sagte, die Geschichten in der *New York Times* jener Woche seien Quatsch.

Wie finden Sie, dass Rex sich macht?, fragte Trump. Meinen Sie, er kriegt das hin?

Priebus war vorsichtig. Er fand, dass Tillerson sich großartig machte, nur mit dem Präsidenten ging er recht hart ins Gericht. Und das mochte der nicht.

Aber das Telefonat war nicht schwierig, sondern wirkte eher so, als wünsche Trump sich jemand zum Plaudern. Dafür war Kelly zu geschäftsmäßig. Kelly würde sich nie zu ihm setzen und mit ihm quatschen.

Der Präsident lud Priebus für Dienstag, den 19. Dezember, zum Mittagessen ins Weiße Haus ein. Da er jetzt wieder als Anwalt tätig war, erwiesen sich seine Nähe zum Präsidenten und seine öffentlichkeitswirksamen Treffen mit ihm als nützlich gegenüber seinen privaten Mandanten. Die Welt wusste, dass Priebus nach wie vor im Spiel war. Trotzdem erinnerten ihn die Fragen des Präsidenten wegen Tillerson an die vielen Male, als er erfahren hatte, dass der Präsident sich bei anderen nach ihm erkundigt hatte: Was meinen Sie, wie macht sich Reince?

Das weckte unangenehme Erinnerungen. Trump fragte immer jeden nach seiner Meinung über alle anderen, wollte Zeugnisse sehen. Das war zersetzend und konnte zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden – so ließen sich Ruf und Status von wirklich jedem unterminieren und demontieren.

«Die Vorgehensweise des Präsidenten besteht darin, die Leute aus dem Gleichgewicht zu bringen», sagte Priebus. «Leg alle Karten auf den Tisch. Und dann nimm sie langsam, aber entschieden eine nach der anderen zur Hand.» Das konnte eine Person, eine Politik, ein Land, ein ausländisches Staatsoberhaupt sein, ein Republikaner, ein Demokrat, es konnte sich um eine Kontroverse handeln oder um eine Ermittlung – Trump würde versuchen, jeden mit allen erdenklichen Mitteln unter Druck zu setzen. Und manchmal hatte er damit Erfolg. «Er benutzt Druck auf eine Weise, wie ich das noch nie zuvor erlebt habe.»

Kapitel 35

Nachdem er zugestimmt hatte zu bleiben, um die Steuerreform durchzuführen, musste Gary Cohn liefern. Der aktuelle Körperschaftssteuersatz war mit 35 Prozent einer der höchsten weltweit. Ihn zu senken, war seit Jahren eines der größten Anliegen der Republikaner und der Wirtschaft.

Es war das Einzige, worüber Trump anfangs hatte reden wollen. Unter Bush und Obama hatten Dutzende von US-Konzernen ein als Inversion bezeichnetes Steuerschlupfloch genutzt: Sie verlagerten ihren Firmenhauptsitz in ein Niedrigsteuerland wie Irland, um von den dortigen niedrigeren Steuersätzen zu profitieren, indem sie ein dort ansässiges Unternehmen kauften und die dortige Tochtergesellschaft zur Muttergesellschaft umwandelten, während das amerikanische Unternehmen zur Tochter wurde.

«Der Körperschaftssteuersatz muss auf 15 Prozent runter», sagte Trump.

«Sir», erwiderte Cohn, «wir werden unser Bestes geben, das zu erreichen.» Berechnungen des Finanzministeriums zeigten, dass dank zahlreicher Schlupflöcher und spezieller, vom Kongress abgesegneter Steuererleichterungen nur sehr wenige Gesellschaften den vollen Steuersatz von 35 Prozent bezahlten.

Wie Trump war Cohn der Meinung, dass das Gleichgewicht zwischen den USA und dem Rest der Welt diesbezüglich aus den Fugen geraten war. Einige Länder wie Irland hatten einen Körperschaftssteuersatz von

lächerlichen neun Prozent. «Wir müssen das Geld zurückholen», bestätigte Cohn. «Billionen Dollar werden außerhalb des Landes geparkt, um die höheren US-Steuern zu vermeiden.»

Ungefähr 4 Billionen Dollar, behauptete Trump, wenn nicht gar noch mehr – bis zu 5 Billionen.

Eine Statistik in Cohns Unterlagen zeigte, dass es sich um 2,6 Billionen handelte.

Kurz darauf schlug der Präsident vor, die oberen Steuersätze der Bundeseinkommensteuer, deren Spitzensatz aktuell bei 39,6 Prozent lag, zu erhöhen, um so die Senkung der Körperschaftssteuer gegenzufinanzieren.

«Ich werde den persönlichen Spitzensteuersatz auf 44 Prozent erhöhen, wenn ich die Körperschaftssteuer damit auf 15 Prozent runterbekomme», sagte Trump.

Cohn wusste, dass das verrückt war, wobei er zugleich ahnte, dass Trump mit seinen Immobilien und diversen Steuerabschlägen vermutlich niemals oder nur selten die vollen 39,6 Prozent bezahlt hatte.

«Sir», erwiderte Cohn, «Sie können den Spitzensteuersatz nicht anheben. Das geht einfach nicht.»

«Was wollen Sie damit sagen?»

«Sie sind Republikaner», erklärte Cohn, der Demokrat war. Republikaner waren grundsätzlich für niedrigere Einkommensteuersätze. Republikaner gehörten zur Partei von Reagan, der den Spitzensatz der amerikanischen Bundeseinkommensteuer von 70 auf 28 Prozent gesenkt hatte. «Sie begehen politischen Selbstmord, wenn Sie den Spitzensatz erhöhen.»

Das schien Trump einzuleuchten.

Cohn hatte einen Stapel von Charts und Tabellen nach Art von Goldman Sachs vorbereitet, um dem Präsidenten die Steuerproblematik näherzubringen, was Trump jedoch nicht im Geringsten interessierte. Er würdigte die Unterlagen keines Blickes.

Bei einer Sitzung im Oval Office wollte Trump wissen, wie hoch der neue individuelle Einkommensteuersatz sein werde.

«Ich liebe diese runden Zahlen», sagte er. «10 Prozent, 20 Prozent, 25 Prozent.» Solide, konkrete Zahlen, die sich gut verkaufen lassen würden.

Mnuchin, Cohn und der Direktor des Amtes für Verwaltung und Haushaltswesen Mick Mulvaney gaben zu bedenken, dass vorab Analysen, Studien und Beratungen notwendig seien, um genauer einschätzen zu können, wie sich diese Veränderungen auf die Steuereinnahmen, das Haushaltsdefizit und die damit verbundenen zukünftigen öffentlichen Ausgaben des Bundes auswirken würden.

«Ich will einfach nur die Zahlen wissen», sagte Trump, einzig auf diesen Punkt fixiert. «Ich finde, 10, 20 und 25 sind großartig.»

Er schmetterte jeden Versuch ab, von diesen Quoten abzuweichen. Selbst kleinste Veränderungen der Prozentsätze konnten unerwartete Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Finanzkasse haben.

«Das ist mir alles egal», wischte Trump die Einwände beiseite. Konkrete, runde Zahlen waren die Lösung. «Das ist es, was die Leute verstehen», sagte er. «So werde ich es an den Mann bringen.»

Der Kernpunkt von Cohns Steuerreformpaket stand bereits auf der ersten Seite seines Entwurfs: Eine «Steigerung des Wirtschaftswachstums von zwei

auf drei Prozent» würde über 10 Jahre hinweg drei Billionen Dollar in die Staatskassen spülen.

«Sir, wir müssen nur von zwei auf drei Prozent kommen, mehr braucht es nicht, dann können wir die Steuerpläne finanzieren», sagte Cohn. Je mehr Wirtschaftswachstum, umso höher die Steuereinnahmen der Regierung. Eine bestechend einfache Theorie, gewiss; praktisch jedoch waren drei Prozent – ein regelmäßig wiederkehrender Traum der Republikaner – schwierig, wenn nicht gar unmöglich zu erreichen.

Trump gefiel die Idee. Er war vernarrt in diese einfache Lösung und versäumte bei keiner Rede, von einem hohen Wirtschaftswachstum zu schwärmen.

Cohn versuchte ihm zu erklären, dass die Wirtschaft der Vereinigten Staaten unter Reagan ein starker Wettbewerber gewesen war und andere Länder begonnen hatten, ihre Steuern zu senken. Es galt viele historische Zusammenhänge und technische Details zu beachten.

«Das interessiert mich einen feuchten Dreck», antwortete Trump.

Immer montagabends richtete der Speaker des Repräsentantenhauses Paul Ryan in seinem Konferenzraum ein italienisches Buffet für die sechs Hauptakteure der Steuerreform aus. Die als «Big Six» bekannten Repräsentanten des Kongresses und der Regierung waren Ryan, McConnell, der Vorsitzender des Committee on Ways and Means Kevin Brady, der Vorsitzende des Senate Committee on Finance Orrin Hatch, Mnuchin sowie Cohn. Die Gruppe war der Albtraum eines jeden Demokraten – fünf konservative Republikaner und der ehemalige Präsident von Goldman Sachs als Schöpfer einer neuen Steuerordnung.

Die Gruppe arbeitete vier Leitlinien heraus: Vereinfachung des Steuersatzes, Steuererleichterungen für Familien mit mittleren Einkommen, Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und Lohnsteigerungen sowie Rückführung und Besteuerung der Billionen von Dollars, die amerikanische Unternehmen im Ausland versteckt hatten.

Um sich die Führungsspitze des Kongresses gewogen zu machen, behandelte Cohn sie – ganz auf seine jahrzehntelange Erfahrung im Kundendienstgeschäft bei Goldman vertrauend, wo jeder Kunde als der wichtigste schlechthin umhegt worden war – wie Könige. Damals hatte er seinen Klienten gesagt: «Ich bin rund um die Uhr für Sie da. Wann immer Sie reden wollen, reden wir.» Der Kunde kam stets an erster Stelle, und nur seine Wünsche zählten. Und nun war eben die Führungsriege des Kongresses der alleinige Kunde.

Mnuchin hatte zu Beginn der Trump-Regierung einige republikanische Mitglieder des Repräsentantenhauses brüskiert, indem er sie vehement aufgefordert hatte, für bestimmte laufende Entscheidungen zum Haushaltsplan und zur Neuverschuldungsgrenze zu stimmen – dem Limit also, bis zu dem sich die Regierung Geld leihen konnte.

Mick Mulvaney, der auch sechs Jahre im Repräsentantenhaus gedient hatte, berichtete CNN, ein Republikaner habe Mnuchin erwidert: Herr Minister, das letzte Mal, als mir jemand gesagt hat, was ich zu tun habe, war ich achtzehn. Das war mein Vater. Und selbst auf ihn habe ich danach nie mehr gehört.

Später schlug Mnuchin vor, den Betrag für Geschäftsgewinne, die «durchgereicht» und mit dem niedrigeren individuellen Einkommensteuersatz versteuert werden konnten, zu deckeln. Ihm zufolge

belief sich bei gut 95 Prozent dieser «pass-through»-Steuererklärungen das angegebene jährliche Einkommen auf weniger als 350000 Dollar.

Nein, widersprachen Ryan und Brady. Das sei die dümmste Idee, die ihnen jemals untergekommen sei. Denn Mnuchin hatte nicht die restlichen fünf Prozent der «pass-through»-Steuererklärungen eingerechnet, zu denen Großspender der Republikaner wie die Koch-Brüder gehörten.

Mnuchin versuchte hinter Ryans und Bradys Rücken einige Republikaner des Repräsentantenhauses auf seine Seite zu ziehen.

Mulvaney hinterließ eine Nachricht auf Cohns Schreibtisch: Wenn Sie Ihre Steuerreform durchkriegen wollen, halten Sie Mnuchin von Capitol Hill fern – was Cohn umgehend Kelly berichtete. Als die Steuerverhandlungen im November an Fahrt aufnahmen, machte sich Mnuchin auf zu einer Tour durchs Land, um am 5. und 6. November in Kalifornien und am 13. November in New Jersey gemeinsam mit Ivanka und am 14. November allein in Ohio seine Steuerpläne vorzustellen und für sie zu werben.

Aufseiten des Senats bestellte der Vorsitzende des Finanzausschusses Orrin Hatch eine Gruppe von Senatoren – namentlich Pat Toomey aus Pennsylvania, Rob Portman aus Ohio, Tim Scott aus South Carolina und John Thune aus South Dakota – als seine Vertreter bei den Verhandlungen, da er sich in der Steuerpolitik nicht allzu gut auskannte. Zwischen Cohn und diesen Senatoren liefen die Telefondrähte heiß.

Cohn dämmerte allmählich, was für eine Herausforderung die Steuerreform darstellen konnte. Eine seiner Charts trug den Titel «Das System der Bundeseinkommensteuer ist sehr progressiv». Aus seiner Sicht war dies eine weitere, immens wichtige Chart, denn es zeigte das ganze Bild, erzählte die

ganze Geschichte. 44 Prozent der Amerikaner zahlten keine Bundeseinkommensteuer.

Während des Präsidentschaftswahlkampfs im Jahr 2012, als dieser Prozentsatz unmittelbar nach der Großen Rezession noch höher gewesen war, war ein Video aufgenommen worden, in dem der republikanische Präsidentschaftskandidat Mitt Romney verächtlich sagte: «Es gibt 47 Prozent, die für [Präsident Obama] sind, die von der Regierung abhängig sind, die glauben, sie seien Opfer, die glauben, es läge in der Verantwortung der Regierung, für sie zu sorgen, die glauben, sie hätten ein Anrecht auf medizinische Versorgung, auf Lebensmittel, auf eine Unterkunft, auf weiß der Henker was sonst noch – dass sie auf all das Anspruch haben. Und dass die Regierung es ihnen geben muss. Und sie werden diesem Präsidenten ihre Stimme geben, komme, was da wolle … Und das sind die Leute, die keine Steuern zahlen … Meine Aufgabe ist es, mir keine Gedanken um diese Leute zu machen. Ich werde sie niemals davon überzeugen können, dass sie persönliche Verantwortung übernehmen und ihr Leben selbst in die Hand nehmen müssen.»

Während die Mehrzahl der inzwischen 44 Prozent neben der Lohnsteuer auf ihre Gehälter, die an die Sozialversicherung und Medicare abgeführt wurde, Landessteuer, Gemeindesteuer, Grundsteuer und Umsatzsteuer entrichteten, zahlten sie keinen Dollar Bundeseinkommensteuer, was bedeutete, dass dem öffentlichen Haushalt der USA nur 56 Prozent Steuereinnahmen zuflossen.

Viele Geringverdiener zahlten weniger als nichts, zeigte Cohns Diagramm. Ihr Einkommen war so gering, dass sie der Bundesregierung nicht nur keine Steuern schuldeten, sondern sogar deren Erträge schmälerten, weil die

Regierung ihnen Negativsteuern – wie den Earned Income Tax Credit (Lohnaufstockung) und den Child Tax Credit (eine Art Kindergeld) gewährte, die bei einem Einkommen von null sogar per Scheck ausgezahlt wurden.

Ivanka Trump trieb zusammen mit den Senatoren Marco Rubio und Mike Lee das Vorhaben voran, den Child Tax Credit von 1000 auf 2000 Dollar pro Kind zu erhöhen. Rubio und Lee würden am Ende nur für das Steuerpaket stimmen, wenn dieser Punkt berücksichtigt war. «Wir mussten ihre Stimmen kaufen», sagte Cohn. «Lee und Rubio hatten uns erpresst.» Er glaubte, die US-Bundesregierung habe Steuern und Sozialhilfe vermischt und werde natürlich auch die Steuergesetzgebung nutzen, um den Armen zu helfen.

Die Gretchenfrage war nach wie vor die Körperschaftssteuer. Trump bestand auf den 15 Prozent. Cohn and Mnuchin konnten ihn schließlich dazu bewegen, 18 Prozent zuzustimmen. Dann rief Paul Ryan, der Steuerexperte, an und drängte Trump, sich auf 20 Prozent einzulassen. Orrin Hatchs Senatoren und Cohn plädierten für einen Satz von 21 Prozent.

Cohn griff zum Hörer und rief Trump an. Er gab dem Präsidenten eine komplizierte technische Beschreibung von den Vorteilen dieses Körperschaftssteuersatzes. Ein Steueranwalt hätte die Feinheiten der unterschiedlichen Prozentsätze oder Schlupflöcher womöglich verstanden, doch Trump konnte und wollte diesen Argumenten gar nicht erst folgen.

«Machen Sie einfach», sagte Trump.

Cohn erkannte, dass er bei der Ausgestaltung der Tax Reform Bill, des Gesetzentwurfs für die Steuerreform, Narrenfreiheit genoss, solange Trump das Ergebnis als Gewinn verkaufen konnte.

Trump hatte eine Marketingidee: «Nennen Sie den Entwurf die ‹Cut, Cut, Cut Bill›.» Er war von seiner Idee restlos begeistert und führte ein langes Telefonat mit Ryan und Brady, um sie von diesem Namen zu überzeugen. Nach dem Gespräch ging Trump fest davon aus, dass der Gesetzentwurf im Repräsentantenhaus tatsächlich «The Cut, Cut, Cut Bill» heißen würde.

Das Repräsentantenhaus nannte ihn «The Tax Cut and Jobs Act». Aufgrund uralter Senatsregeln jedoch wurde diese Bezeichnung als zu kurz verworfen und zu guter Letzt durch den ziemlich unglaublichen Titel «An Act to Provide for Reconciliation Pursuant to Titels II and V of the Concurrent Resolution on the Budget for Fiscal Year 2018» ersetzt.

Cohn fand heraus, dass Stimmen im Senat am einfachsten zu bekommen waren, wenn man den einzelnen Senatoren ihre Lieblingsschlupflöcher oder Steuererleichterungen zugestand. «Es ist das reinste Wunschkonzert», sagte er. Die Senatoren Chuck Grassley, John Thune und Dean Heller gehörten zu jenen, die Steuervergünstigungen für alternative Energien einschließlich Windrädern wollten. Susan Collins bestand darauf, dass Lehrer Ausgaben für Materialien, die sie für ihren Unterricht kauften, absetzen konnten. Ohne diese Steuerabzüge würde sie nicht für den Gesetzentwurf stimmen. Ron Johnson aus Wisconsin war um das Wohl der «pass-through»-Unternehmen besorgt. McConnell gab weitere Versprechen, so auch eines an Jeff Flake zum Thema Einwanderung.

Der endgültige Gesetzentwurf war ein schwindelerregendes Labyrinth aus Zahlen, Regeln und Steuerkategorien. Es bestand kein Zweifel daran, dass es sich um ein Steuergesetz der Republikaner zugunsten der Unternehmen und

Reichen handelte. Das Gesetz würde jedoch die Steuerlast aller Einkommensgruppen im Jahr 2018 reduzieren, und dem Tax Policy Center zufolge sollte das Nettoeinkommen um durchschnittlich 2,2 Prozent steigen.

Die meisten Angehörigen der Mittelklasse – Amerikaner, deren zu versteuerndes Einkommen sich in einem Rahmen von 19000 bis 77000 Dollar bewegte – würden von der 15-Prozent- in die niedrigere neue 12-Prozent-Steuergruppe rutschen, was dem Durchschnittsverdiener mehrere hundert Dollar netto mehr im Jahr brachte. Diese individuellen Steuersenkungen würden jedoch von Jahr zu Jahr reduziert werden und im Jahr 2025 vollständig enden.

Zu den Vorteilen für Unternehmen zählte die Senkung des Körperschaftssteuersatzes von 35 auf 21 Prozent. Darüber hinaus konnten die sogenannten «pass-through»-Unternehmen wie Kleinunternehmen und Personengesellschaften, so z.B. die Trump Organization LLC, ihren effektiven Steuersatz bis auf 20 Prozent drücken.

Um ein Uhr morgens am 20. Dezember 2017 hatte Vizepräsident Pence seinen Platz im Senat eingenommen, damit er, sollte sich ein Patt abzeichnen, eine Entscheidung herbeiführen konnte.

Das Gesetz ging durch – mit 51 zu 48 Stimmen.

Ein dienstälterer Senator der Demokraten, mit dem Cohn gut befreundet war, kam beim Verlassen des Sitzungssaales sichtlich erschüttert auf Cohn zu.

«Das wird in den nächsten zehn Jahren riesigen Schaden anrichten», sagte der Senator. «Wir werden das im Lauf der nächsten Dekade rückgängig machen.»

Cohn versuchte ihn zu beschwichtigen. «Wir mussten wieder konkurrenzfähig werden», erklärte er. «Es musste einfach sein. Sehen Sie sich dieses Chart unserer Konkurrenten an – wir leben nun einmal in einer Welt des Wettbewerbs.»

Die Einkommensteuersätze wurden auf 10, 12, 22, 24, 32, 35 und 37 Prozent festgesetzt. Die Senkung des Spitzensteuersatzes von 39,6 auf 37 Prozent war eine klassische Republikanermaßnahme.

Über zehn Jahre betrachtet, würde das Gesetz das jährliche Defizit um geschätzt 1,5 Billionen Dollar erhöhen.

Die republikanische Führung und Trump feierten ihren Erfolg am Südeingang des Weißen Hauses mit selbstgefälligen Reden. Trump sagte: «Letzten Endes, was bedeutet das? Es bedeutet Jobs, Jobs, Jobs.»

Die Steuerreform war das einzige größere Gesetzesvorhaben, das in seinem ersten Jahr umgesetzt wurde.

Kapitel 36

Anfang 2018 ließ der Präsident Bannon vollständig fallen, denn der hatte ganz offensichtlich mit dem Journalisten Michael Wolff gesprochen und als eine der Hauptquellen des für Trump wenig schmeichelhaften Buchs *Feuer und Zorn* fungiert.

In einem ausführlichen schriftlichen Statement, und eben nicht einem Tweet, erklärte Trump: «Steve Bannon hat nichts mit mir oder meiner Präsidentschaft zu tun. Als er gefeuert wurde, hat er nicht nur seinen Job verloren, sondern auch seinen Verstand … Jetzt, wo er auf sich selbst gestellt ist, merkt Steve, dass Gewinnen nicht so einfach ist, wie ich es aussehen lasse.»

Aus Bannons Sicht hatte Trump als Erneuerer auf ganzer Linie versagt. Ohne Frage hatte sich in Trumps erstem Jahr die alte Ordnung im Bereich der Sicherheitspolitik wieder durchgesetzt, meinte Bannon. Wahrscheinlich stellte die zunehmend härtere Grundhaltung gegenüber China und die Erkenntnis, dass China global gesehen der wahre Rivale war, die einzige Ausnahme dar.

Als Bannon die im Dezember 2017 veröffentlichte 55-seitige National Security Strategy studierte, erschrak er. Der Abschnitt, der sich mit dem Nahen Osten befasste, erklärte, die Politik richte sich darauf, «das vorteilhafte Gleichgewicht der Mächte in der Region aufrechtzuerhalten».

Was zum Teufel soll das sein, fragte sich Bannon. Für politische Stabilität einzutreten, war eine Runderneuerung der alten Weltordnung mit

kissingeresken Zügen. Der gesamte Zweck von Trumps Gipfeltreffen in Riad 2017 lautete, eine Allianz zu bilden, um der Hegemonie des Iran und der Ausdehnung des iranischen Einflussbereichs einen Riegel vorzuschieben. Nach Bannons Auffassung bedeutete «Gleichgewicht der Mächte», dass sich die Vereinigten Staaten mit dem Status quo einrichteten und mit der iranischen «Spiel mit dem Krieg»-Strategie, die das feindliche Gegenüber stets nah an den Abgrund führte, sodass der Iran die gesamte Grauzone beherrschte.

Bannon dachte, Trump wollte den Iran aufhalten – raus mit dem Iran aus Irak, raus aus Syrien, raus aus dem Libanon und raus aus dem Jemen im Süden der Arabischen Halbinsel. Das Bündnis, das dafür sorgen sollte, wurde von den Vereinigten Staaten, Saudi-Arabien, den Golfstaaten und Israel gebildet.

China war der wahre Feind. Russland war nicht das Problem. Die Größe der russischen Wirtschaftsleistung entsprach der des Staates New York – ungefähr 1,5 Billionen Dollar –, die chinesische Wirtschaft aber würde die der Vereinigten Staaten bald übertreffen, vermutlich innerhalb des nächsten Jahrzehnts.

Bannon glaubte immer noch an die Stärke der populistisch-nationalistischen Bewegung. Doch schon im ersten Jahr von Trumps Präsidentschaft war es der alten Ordnung gelungen, alles zu verwässern. Die alte Ordnung gab nicht klein bei.

Die populistische Bewegung hatte erkennen lassen, dass sie nicht die Kraft besaß, die fest etablierte politische Elite zu überwinden. Trump war eine Granate, die gerade einmal den äußeren Panzer geknackt hatte – den Clinton-Teil, aber nicht den Rest.

Das Establishment der Republikaner hatte Trump gefügig gemacht, fand Bannon. Die Steuersenkung war ein Geschenk an die Unternehmen. Der Etat dafür – 1,5 Billionen Dollar kamen zur öffentlichen Verschuldung hinzu – war in dieser Hinsicht das schlimmste Vergehen der politischen Elite und ihrer Boomtown-Mentalität, nach der jeder Lobbyist für jeden Kunden ein gutes Geschäft aushandeln konnte. Es gab kein Aufhalten. Der Sumpf hatte gewonnen.

The Deep State, also der Einfluss des langjährigen Establishments und seiner Entscheidungsgremien, war nicht das eigentliche Problem. Sondern die hemmungslose Tagespolitik, die sich um keine Konsequenzen scherte.

Aus Bannons Sicht war die Rede, die Trump am 26. Januar 2018 beim Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos hielt, äußerst kompromittierend. Die Schlagzeile der *New York Times* lautete damals: «Trump Arrived in Davos as a Party Wrecker. He Leaves Praised as a Pragmatist.» – Trump kam in Davos als Party-Schreck an. Und er reist als hochgelobter Pragmatiker wieder ab.

Er hatte eine Handelskammer-Rede gehalten, meinte Bannon. Trump hatte dem internationalen Establishment in die Augen geschaut und war praktisch übergelaufen.

Trumps Kritik an Justizminister Jeff Sessions regte Bannon besonders auf. Er war sich sicher, dass Trump niemals einen besseren Mann vom Senat bestätigt bekommen würde.

Ein großer Teil von Trumps Innenleben wurde durch ein Gefühl des Gekränktseins bestimmt, ziemlich genau wie bei einem vierzehnjährigen Jungen, der das Gefühl hat, ohne Grund gehänselt zu werden. Mit dem

Verstand eines Erwachsenen war ihm nicht beizukommen. Hier war Teenager-Logik gefragt.

Im ersten halben Jahr im Weißen Haus verstanden nur wenige Trumps ungeheuren Medienkonsum. Es war beängstigend. Er erschien nicht vor 11 Uhr morgens zur Arbeit. Oft schaute er sechs bis acht Stunden täglich Fernsehen. Stellen Sie sich vor, wie Ihr Gehirn aussähe, wenn Sie das Gleiche täten, sagte Bannon.

Bannon behauptete, Trump immer wieder aufgefordert zu haben: «Schalten Sie das verdammte Ding aus!»

Ein Samstag im Februar oder März, Trump kommt in Mar-a-Lago vom Golfspielen nach Hause. Ein atemberaubend schöner Nachmittag. So schön wie sonst nichts auf der Welt. Melania befindet sich im Zimmer gleich nebenan. Trump schaut auf CNN eine drittklassige Diskussionsrunde, deren Teilnehmer Bannon für Superhasser von Trump hielt, und ärgert sich. Bannon sagt: «Was machen Sie da? Warum gucken Sie sich das an? Schalten Sie das ab. Das ist sinnlos. Entspannen Sie sich ein bisschen.»

Trumps Antwort lautete häufig in etwa so: «Hast du gesehen. Das ist eine verfluchte Lüge. Wer zum Teufel …»

Bannon entgegnete: «Los, gehen Sie, machen Sie sich’s lieber ein bisschen nett mit Melania.» Auch mit seinem damals elfjährigen Sohn Barron verbrachte Trump nicht viel Zeit.

Bannon empfand sich nicht als Freund von Trump. Trump hatte keine echten Freunde. Er war das Abziehbild einer anderen Generation – die USA der 1950er Jahre. Ein richtiger Macho.

Bannon meinte, die von Frauen und Feministinnen initiierten #TimesUp- und #MeToo-Bewegungen wären eine Vorlage, die männlich dominierte

Herrschaftsform, das Patriarchat, zu beenden.

«Trump ist das perfekte Feindbild», fasste er zusammen. «Er ist der böse Vater, der fürchterliche erste Ehemann, der feste Freund, der einen betrogen hat, mit dem man all die Jahre verschwendet, dem man seine Jugend geopfert hat und der einen am Ende doch abserviert. Und der üble Chef, der einen die ganze Zeit erniedrigt und einem an die Muschi gegriffen hat.»

Anfang 2018 waren Trumps Tweets kurz davor, einen Krieg mit Nordkorea anzuzetteln. Die Öffentlichkeit hat nie zur Gänze erfahren, wie groß das Risiko war, das Trump und Kim Jong-un eingegangen waren, indem sie sich vor aller Welt ein Wortgefecht lieferten.

Alles begann mit der Neujahrsbotschaft von Kim, in der er die Welt und den amerikanischen Präsidenten an seine Atomwaffen erinnerte.

«Es handelt sich nicht bloß um eine Drohung, sondern es ist Realität, dass sich der Atomknopf auf meinem Schreibtisch befindet», erklärte Kim. «Das gesamte Festland der Vereinigten Staaten ist in Reichweite unserer atomaren Schlagkraft.» Eine widerwärtige und provokante Drohung.

Nachdem Präsident Trump am 2. Januar sein tägliches Geheimdienstdossier erhalten hatte, sagte er: «In diesem Job spiele ich fünf Poker-Hände gleichzeitig, und momentan gewinnen wir die meisten Spiele. Im Iran kracht’s, und das Regime steht ganz schön unter Druck. Pakistan fürchtet, unsere Sicherheitsunterstützung und unsere Entschädigungszahlungen zu verlieren. Und Südkorea knickt in Sachen Handel gegenüber uns ein und spricht mit Nordkorea.» Trump schien ganz obenauf, aber die fünfte Poker-Hand erwähnte er nicht.

Real power is fear. Wahre Macht ist Furcht.

Die Antwort an Nordkorea lautete, Kim Jong-un in Angst und Schrecken zu versetzen. «Er ist ein brutaler Kerl», meinte Trump zu Porter. «Ein harter Knochen. Die einzige Art, mit solchen Leuten umzugehen, ist, genauso hart zu sein. Und ich werde ihn kleinkriegen, und ich werde ihn austricksen.»

Noch am gleichen Abend postete Trump einen höhnischen Meiner-ist-größer-als-deiner-Tweet, der das Weiße Haus und die gesamte Welt der Diplomatie erschütterte: «Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un hat soeben erklärt, dass auf seinem Schreibtisch der Atomknopf immer bereit ist», schrieb Trump um 19 Uhr 49. «Jemand aus seinem verarmten und hungernden Regime soll ihn bitte darüber informieren, dass ich auch einen Atomknopf habe, aber der ist viel größer & mächtiger als seiner, und mein Knopf funktioniert!»

Der Tweet spielte auf Kims Unsicherheiten an. In den vergangenen sechs Jahren waren 18 von 86 Raketentests gescheitert, so das Center for Nonproliferation Studies, das die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags untersucht.

Der Präsident der Vereinigten Staaten führte eine Szene aus *Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben* auf. Das Internet verlor daraufhin seinen kollektiven Verstand.

Der Twitter-Account der *Washington Post* beeilte sich klarzustellen: «Es existiert kein Knopf.»

Colin Kahl, Obamas ehemaliger Ministerialdirektor im Verteidigungsministerium, twitterte: «Die Leute rasten nicht aus wegen des tatsächlichen Knopfs. Sie rasten aus wegen der geistigen Labilität eines Mannes, der ohne die Befugnis von irgendwem Millionen Menschen töten kann.»

Auf Twitter fragten sich viele, ob Trump nicht gegen die Nutzungsbedingungen der Plattform verstieß, wenn er mit einem Atomkrieg drohte. Andere erinnerten an die Parteitagsrede von Hillary Clinton im Juli 2016: «Ein Mann, den man mit einen Tweet aus der Reserve locken kann, ist kein Mann, dem wir die Atomwaffen anvertrauen sollten.»

Trumps Tweet fand auch Unterstützer. Ein Autor des konservativen Wochenmagazins *Washington Examiner* folgerte: «Eines der zentralen Probleme des ehemaligen Präsidenten Barack Obama war die Außenwahrnehmung – sowohl bei Freunden wie Feinden –, dass er eine Abneigung dagegen hatte, die Macht der USA in voller Stärke zu demonstrieren … Ich glaube, Trump hat recht, die Würfel rollen zu lassen und den entgegengesetzten Ansatz zu wählen.»

Trump war noch nicht fertig. Es genügte ihm nicht, im Namen der Vereinigten Staaten, der führenden Atommacht der Welt, eine bislang beispiellose Drohung ausgesprochen zu haben.

Innerhalb des Weißen Hauses, jedoch nicht in aller Öffentlichkeit, schlug Trump vor, einen Tweet zu posten, in dem er erklärt, alle US-Militärangehörigen – Tausende Familienmitglieder der 28500 Soldaten – aus Südkorea zurückzubeordern.

Die Ankündigung, alle Angehörigen abzuziehen, würde von Nordkorea nicht anders zu verstehen sein, als ein deutliches Signal der Vereinigten Staaten, sich ernsthaft auf einen Krieg vorzubereiten.

Am 4. Dezember hatte McMaster im Weißen Haus bereits eine Warnung erhalten. Ri Su-yong, stellvertretender Vorsitzender des nordkoreanischen Politbüros, hatte diplomatischen Vermittlern erklärt, «dass der Norden die

Evakuierung der US-Zivilisten als Zeichen eines bevorstehenden Angriffs deuten würde».

Angehörige von Soldaten abzuberufen war eine der letzten Karten, die man ausspielen konnte. Die Möglichkeit solcher Tweets erschreckte die Führungsetage des Pentagons zu Tode – Mattis und Dunford. Eine solche Absichtserklärung auf Twitter und vonseiten des US-Oberbefehlshabers war beinahe unvorstellbar.

Ein Tweet, der alle Angehörigen von Soldaten aus Südkorea zurückbeordert, könnte Kim provozieren. Der Staatschef eines Landes wie Nordkorea, das noch nicht lange im Besitz von Atomwaffen war und viel weniger Atombomben besaß als ein potenzieller Gegner, könnte sich als schießwütig erweisen. Eine Geisteshaltung wie ‹Wer rastet, der rostet›, lieber Einsatz als ein totaler Verlust, könnte sich breitmachen.

Der Tweet wurde nicht veröffentlicht. Aber Trump ließ von der Sache nicht ab und brachte das Thema, die Angehörigen abzuziehen, gegenüber Senator Graham zur Sprache.

Am 3. Dezember, noch vor Trumps und Kims Wortgefecht, jedoch nach einem Langstreckenraketentest Nordkoreas, hatte Graham für einen Abzug der Militär-Familien plädiert. «Es ist verrückt, Ehepartner und Kinder nach Südkorea zu schicken», sagte er in der Sendung *Face The Nation* des Fernsehsenders CBS. Er schlug vor, Südkorea für das Militär zu einem Standort ohne Familienbegleitung zu machen, und sagte: «Ich denke, es ist jetzt an der Zeit, US-Angehörige aus Südkorea zu verlegen.»

Nun, einen Monat später, als Trump anrief, schien Graham einen Sinneswandel vollzogen zu haben.

«Sie sollten lange und intensiv nachdenken, bevor Sie solch eine Entscheidung treffen», meinte Graham. «Denn wenn Sie sie erst einmal getroffen haben, wird es schwer sein, sie zurückzunehmen. Der Tag, an dem Sie sich dafür entscheiden, ist der Tag, an dem Sie die südkoreanische Börse und die japanische Wirtschaft ins Wanken bringen. Das ist eine riesige, beschissene Sache.»

«Sie meinen also, ich sollte warten?», fragte Trump.

«Mr. President», sagte Graham, «ich denke, Sie sollten diesen Prozess niemals in Gang setzen, es sei denn, Sie sind bereit, in den Krieg zu ziehen.»

Trump hielt die Twitter-Daumen für den Moment still, doch das Thema der Angehörigen in Südkorea ließ ihn nicht los. Dennoch fuhr das US-Militär fort, nach wie vor Angehörige nach Südkorea zu entsenden.

Kapitel 37

General Kelly teilte dem Präsidenten mit, dass zwischen seinen beiden wichtigsten außenpolitischen Beratern, McMaster und Tillerson, ein heftiger Streit darüber entbrannt war, wer mit Saudi-Arabien über eine Zahlung von 4 Milliarden Dollar verhandeln sollte. Mit einem Teil des Geldes sollten Operationen in Syrien finanziert werden, darunter ein streng geheimes CIA-Projekt zur Unterstützung der syrischen Rebellen unter dem Codenamen TEAK.

Ausländische Regierungen zur Finanzierung amerikanischer Militär- und CIA-Operationen zu bringen, blieb eines von Trumps vorrangigen Zielen. Zur Hölle mit H.R., sagte Trump. Dieser akademische Eierkopf hat keinen Geschäftssinn und keine Ahnung vom Verhandeln.

Kelly stimmte ihm zu. McMaster sei nicht der Richtige für den Job und habe bei den Saudis bislang keine großen Erfolge erzielt. Sie seien oft bereit, hohe Beträge für eine Vielzahl von Projekten in Syrien zu zahlen. Tillerson zufolge hatte sich McMaster eingeschaltet und gesagt: «Ich setze mich mit meinen saudischen Ansprechpartnern in Verbindung. Ich werde direkt mit ihnen verhandeln.»

Der Präsident war rasend vor Zorn. Auch wenn es mit Tillerson jede Menge Probleme gab, verfügte er zumindest über die notwendige Erfahrung, da er als CEO von Exxon jahrelang mit der saudischen königlichen Familie Geschäfte gemacht hatte. Tillerson wusste außerdem, dass man den Saudis nicht trauen durfte, und für Trump war es eines der obersten Prinzipien, bei

Verhandlungen den Leuten auf der gegenüberliegenden Seite des Tisches nicht zu trauen und sie einzuschüchtern, um bessere Konditionen herauszuschlagen. Man musste sich hart geben und erst einmal nein sagen, um schließlich beim Ja zu landen. Warum zur Hölle sollte McMaster Tillerson das aus der Hand nehmen? Das ergebe keinen Sinn, sagte er.

Doch es gab an diesem Tag, dem 19. Januar 2018, einen Tag vor Trumps Einjährigem im Amt, noch eine dringlichere Angelegenheit.

In mehreren abhörsicheren Telefongesprächen mit dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in hatte Trump seine Kritik an dem zwischen den beiden Ländern bestehenden Handelsabkommen KORUS verschärft. Er hatte sich in das 18 Milliarden Dollar schwere Außenhandelsdefizit und die Kosten von 3,5 Milliarden Dollar für die Stationierung von 28500 US-Soldaten festgebissen. Mit dieser Beharrlichkeit belastete er die Beziehung zu Moon, den er nicht leiden konnte. Trumps obsessiver Drang, sich immer wieder ungehindert Luft zu machen, hatte ihn wieder einmal an den Rand der Beherrschung gebracht.

Trump erklärte Moon, er wolle das Handelsabkommen mit einer Frist von 180 Tagen aufkündigen.

Ihr zieht uns über den Tisch, sagte er zu ihm. Er wolle Handels- und Sicherheitsfragen klar trennen. Ich habe es satt, euch einfach Geld zu schenken!

Moon erwiderte, Handels- und Sicherheitsfragen seien miteinander verknüpft. Wir möchten mit Ihnen zusammenarbeiten, sagte der südkoreanische Präsident. Er gab sich versöhnlich. Sie gehören zu unseren Verbündeten, unseren Partnern. Vielleicht gibt es Missverständnisse in Bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen. Wir möchten eine Einigung erzielen.

Trump hatte sich in Rage geredet. Ihr müsst für das Raketenabwehrsystem THAAD zahlen. Wofür brauchen wir denn dort ein Raketenabwehrsystem?

Er redete schlecht über das KORUS-Abkommen, Südkorea und seinen Präsidenten. Seine kaum verhohlene Wut über einen Verbündeten war mächtig undiplomatisch, genau wie es der Präsident schätzte. Er war kurz davor, die Beziehung zu zerstören.

Kelly, McMaster, Tillerson und Mattis scherzten in ihrer galligen Art, es sei doch unerklärlich, dass der Präsident Südkorea wütender begegnete als den gegnerischen Mächten – China, Russland, Iran, Syrien und Nordkorea.

Die führenden Mitarbeiter des Weißen Hauses und die Abteilung für Nationale Sicherheit waren entsetzt. Sie wussten nicht, was der Präsident noch sagen oder tun könnte. Die Beziehung zu Südkorea war bedeutend, besonders im Augenblick. Sie mussten dem ein Ende setzen. Es herrschte die Übereinkunft, etwas zu tun, bevor Moon die Geduld verlor.

McMaster beraumte für den 19. Januar 2018 eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats im Situation Room des Weißen Hauses an. Die Sitzung war als Diskussion über Fragen zu Südkorea zwischen dem Präsidenten und den führenden Mitarbeitern – Tillerson, Mattis, Kelly, McMaster, Dunford, Cohn – angekündigt.

Trump kam direkt zum Punkt. «Was bringt es uns, auf der koreanischen Halbinsel eine massive Militärpräsenz aufrechtzuerhalten?», fragte er, erneut seiner Obsession mit Geld und den Streitkräften folgend. «Und was bringt es uns darüber hinaus», fuhr er fort, «beispielsweise Taiwan zu schützen?» Er hatte das immer als weltweites Problem betrachtet: Die Vereinigten Staaten zahlten für die Verteidigung anderer in Asien, dem Nahen Osten oder

innerhalb der NATO. Wieso sind wir überhaupt mit Südkorea befreundet?, wollte er wissen. Was haben wir davon? Seit einem Jahr gärte es in ihm. Die Antworten waren unzureichend.

Mattis und General Dunford erklärten noch einmal, der Nutzen sei gewaltig. Wir erhalten eine stabile Demokratie in einem Teil der Welt, in dem wir sie dringend brauchen, sagte Mattis. Südkorea sei eine der stärksten Bastionen – freie Wahlen und ein boomender Kapitalismus.

Mit einer Bevölkerung von 50 Millionen Menschen sei Südkorea das siebenundzwanzigstgrößte Land der Welt, habe aber das elftgrößte Wirtschaftssystem und ein Bruttoinlandsprodukt von 1,5 Billionen Dollar, so viel wie Russland.

Trump war über den Vorteil aufgeklärt worden, den die SAP-Geheimdienstoperationen den Vereinigten Staaten beim Detektieren eines nordkoreanischen Raketenstarts verschafften – sieben Sekunden gegenüber fünfzehn Minuten von Alaska aus. Es gab auch ein Offensivpotenzial für Cyberangriffe, die bei der Sabotage nordkoreanischer Raketen vor dem Start oder währenddessen zu gemischten Ergebnissen geführt hatten.

Mattis ließ durchblicken, er sei der Herabwürdigung der Fähigkeiten von Militär und Geheimdiensten ebenso überdrüssig wie Trumps Weigerung, ihre Bedeutung nachzuvollziehen.

«Wir tun das, um den Dritten Weltkrieg zu vermeiden», sagte Mattis.» Er war ruhig, aber deutlich. Es war eine atemraubende Aussage, eine Herausforderung des Präsidenten, die suggerierte, er riskiere einen Atomkrieg. Für mehr als einen der Teilnehmenden blieb die Zeit stehen.

Ein Anwesender sagte, Mattis’ Botschaft sei deutlich gewesen: Nehmen Sie die Hände da weg. Wir tun das, weil wir einen Dritten Weltkrieg

verhindern müssen. Das ist nicht irgendein Geschäft, bei dem nur das eigene Vermögen auf dem Spiel steht.

Es schien, als wären Mattis und andere am Ende ihrer Geduld mit dem Präsidenten. Wie konnte man diese offensichtlichen und so grundlegenden Sachverhalte in Frage stellen? Es war, als würde Mattis sagen: Um Gottes willen, hören Sie auf damit!

Mattis war noch nicht fertig. «Wir sind in der Lage, das Vaterland durch vorgeschobene Stationierung der 28500 Soldaten zu verteidigen.» Er wollte die Special-Access-Programme in einer so großen Runde lieber nicht erwähnen.

Mattis führte aus, ohne die nachrichtendienstlichen Fähigkeiten und die Streitkräfte würde sich die Kriegsgefahr deutlich erhöhen. Die Mittel zur Verteidigung Südkoreas und Japans würden sich verringern. Wenn es zum Krieg käme, ohne dass man auf sie bauen kann, «ist ein Atomschlag die letzte Möglichkeit». Auf andere Weise «lässt sich nicht die gleiche abschreckende Wirkung erzielen, und es ist weniger kostenwirksam». Das Abkommen mit Südkorea sei eine der entscheidendsten Übereinkünfte zugunsten der nationalen Sicherheit. Mattis versuchte, die auf Kosten-Nutzen-Analyse fußende Sprache des Präsidenten zu sprechen.

«Aber wir verlieren beim Handel mit Südkorea, China und anderen so viel Geld», hielt Trump dagegen. «Ich würde lieber Geld für unser eigenes Land ausgeben.» Durch das Handelsungleichgewicht subventionierten die Vereinigten Staaten andere.

«Andere Länder», fuhr Trump fort, «die zugestimmt haben, Sicherheitsaufgaben für uns zu übernehmen, machen das nur, weil sie so viel Geld von uns bekommen.» Sie würden die USA geradezu bestehlen.

«Vorgeschobene Truppen sind das kostenwirksamste Mittel zur Erreichung unserer Sicherheitsziele, und durch einen Rückzug würden wir das gesamte Vertrauen unserer Alliierten verlieren», erwiderte Mattis.

Generalstabsvorsitzender Dunford schaltete sich ein und pflichtete Mattis in allen Punkten leidenschaftlich bei.

«Wir geben Riesenbeträge für sehr reiche Länder aus, die bei der Lastenteilung nicht mitspielen», bekräftigte Trump seinen Standpunkt.

Dann brachte er unvermittelt zur Sprache, was Kelly ihm über den Streit zwischen McMaster und Tillerson erzählt hatte, wer mit den Saudis über die 4 Milliarden Dollar für Operationen in Syrien und anderswo verhandeln sollte.

Er sagte, er habe gehört, wie McMaster zu Tillerson gesagt habe, dieser solle sich aus dem Geschehen zurückziehen. «Warum tun Sie so was?», fragte er McMaster. «Die Saudis sind verwirrt. Es geht um 4 Milliarden Dollar. Rex übernimmt das. H.R., Sie halten sich da raus. Ich weiß nicht, warum Sie es für eine gute Idee gehalten haben, Rex die Sache aus der Hand zu nehmen, aber bleiben Sie da weg. Rex macht das. Er kriegt das hin.»

McMaster steckte den Rüffel locker weg. Immerhin war er vor dem Nationalen Sicherheitsrat beleidigt worden, den er leiten und koordinieren sollte.

McMaster, ein weisungsbefugter General, antwortete: «Ja, Sir.»

Tillerson wiederum wandte sich dem eigentlichen Thema zu: dem Nutzen vorgeschobener Truppen. «Es ist das beste Modell. Das globale System. Zusammenschlüsse in Handel und Geopolitik führen zu guten Sicherheitsergebnissen.»

Dunford bekräftigte nochmals seinen Standpunkt. «Die Kosten unseres Auslandseinsatzes in Südkorea belaufen sich auf etwa 2 Milliarden Dollar. Davon erstattet uns Südkorea über 800 Millionen. Wir wollen keine Erstattung der Kosten für unsere Truppen» wie etwa deren Besoldung. Der Generalstabsvorsitzende sagte außerdem, andere Länder zahlten den USA einen jährlichen Zuschuss für Aktivitäten, die sie ohnehin zu ihrem eigenen Schutz unternehmen würden. «Wir bekommen einen Zuschuss von 4 Milliarden Dollar im Jahr für unsere Bestrebungen, das Vaterland zu schützen», sagte Dunford.

«Meiner Meinung nach könnten wir so reich sein», sagte Trump, «wenn wir nicht so dumm wären. Wir werden [zum] Narren gehalten, besonders die NATO.» Kollektive Verteidigung sei eine Narretei.

Unter Berufung auf eine Zahl, mit der Bannon oft das finanzielle Opfer und die Kosten all der Kriege, für Militärpräsenz und Auslandshilfe beziffert hatte, summierte der Präsident: «Wir haben 7 Billionen Dollar im Nahen Osten [ausgegeben]. Wir können nicht mal eine Billion Dollar für die innere Infrastruktur aufbringen.»

Der Präsident verließ den Raum. Die führenden Mitarbeiter waren frustriert angesichts dieser Fragen. Warum müssen wir uns immer wieder damit auseinandersetzen? Wann begreift er es endlich? Sie konnten nicht glauben, dass sie diese Gespräche führen und ihre Schlussfolgerungen verteidigen mussten. Vor allem Mattis war frustriert und beunruhigt; engen Vertrauten sagte er, der Präsident habe das Verhalten und den Intellekt «eines Sechst- oder Siebtklässlers» an den Tag gelegt.

Als ich die Einzelheiten dieser Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats erfuhr, holte ich noch einmal die Mitschrift dessen hervor, was Präsident

Obama mir 2010 über seine größte Sorge gesagt hatte.

«Was eine grundlegende Wende einläuten könnte», sagte Obama, «wäre eine Atomwaffe … die in einer amerikanischen Großstadt explodiert … Wenn ich die Liste der Dinge durchgehe, über die ich mir ständig Gedanken machen muss, steht das ganz oben, denn das ist ein Bereich, in dem man sich keinerlei Fehler erlauben darf. Und wir haben uns von Anfang an gefragt: Wie können wir das Thema anstoßen und in den Mittelpunkt unserer nationalen Sicherheitsdiskussion stellen? Wie können wir ganz sichergehen, dass dieser Fall, so unwahrscheinlich er auch sein mag, wirklich niemals eintritt?»

Während der Olympischen Winterspiele 2018 vom 9. bis zum 25. Februar wurde die Drohkampagne gegen Nordkorea gewissermaßen ausgesetzt.

General Dunford erfuhr, dass die Air Force einige Tests zur Forschung und Planung ihrer atomwaffenfähigen Raketen von Kalifornien aus in den Pazifischen Ozean durchführte, die unmittelbar vor und nach den Olympischen Spielen stattfinden sollten.

Es war genau die Art von Tests, zu deren Beendigung die Vereinigten Staaten Nordkorea nötigen wollten. Sie waren eine Provokation. Dunford schritt ein, und die Air Force unterbrach die Tests.

Anfang 2018 kam die CIA zu dem Schluss, die Nordkoreaner seien nicht in der Lage, eine Rakete mit einem Atomsprengkopf zielsicher auf das amerikanische Festland zu lenken. Laut den Erkenntnissen und Informationen über die nordkoreanischen Raketentests hatten sie den Wiedereintritt der Raketen noch nicht perfektioniert. Aber sie näherten sich diesem Ziel. Für

den Augenblick schien die CIA Trump überzeugt zu haben, dass der Norden noch nicht ganz so weit war.

Kapitel 38

Afghanistan blieb ein Quell der Frustration für Trump. Einige Monate zuvor, Ende September, hatte er im Rahmen der UN-Generalversammlung in New York einen Empfang gegeben. Der Präsident von Aserbaidschan, Ilham Alijew, und seine Frau ließen sich bei der Gelegenheit mit den Trumps fotografieren. Und das aserbaidschanische Staatsoberhaupt wusste zu berichten, dass die Chinesen in beträchtlichem Umfang Kupfer in Afghanistan förderten.

Trump schäumte vor Wut. Da zahlten die Vereinigten Staaten Milliarden für den Krieg, und dann kamen die Chinesen und klauten das Kupfer!

Der afghanische Präsident Ghani hatte den Amerikanern in Aussicht gestellt, ihnen exklusiven Zugriff auf einen ungeheuren Reichtum an Bodenschätzen zu gewähren, die unberührt in den Bergketten Afghanistans lagerten. Sein Argument: Hier winken Profite ohne Ende. Geht nicht weg. Seltene Erden, zum Beispiel Lithium, ein Hauptbestandteil der neuesten Generation von Batterien. Einige übertriebene Schätzungen besagten, dass die mineralischen Rohstoffe in Afghanistan einen Gesamtwert von mehreren Billionen Dollar haben könnten.

Trump war scharf auf die Mineralstoffe. «Sie haben uns ihre Mineralien angeboten», sagte er bei einer Besprechung. «Alles haben sie uns angeboten. Warum sind wir nicht da und nehmen es uns? Ihr sitzt hier und kriegt den Arsch nicht hoch. Und die Chinesen räumen alles ab.»

«Sir», sagte Gary Cohn, «es ist nicht so, dass wir einfach hingehen und uns die Mineralien nehmen können. Da gibt es kein Justizwesen, keine Landrechte.» Um die Rohstoffe zu fördern, müsse man Milliarden von Dollar für die nötige Infrastruktur investieren.

«Wir müssen ein Unternehmen dort hinschicken», sagte Trump. «Macht eine Ausschreibung.» Dies sei eine Riesengelegenheit, Kapitalismus, Aufbau und Entwicklung vom Feinsten. «Gehen wir hin und holen es uns.»

«Wer ist wir?», fragte Cohn.

«Wir sollten einfach vor Ort sein und zugreifen», sagte Trump, als gäbe es ein staatliches Bergbauunternehmen, das sofort nach Afghanistan ausrücken könnte.

Anlässlich einer späteren Besprechung im Oval Office fragte Trump nach: «Warum ist noch nichts in der Sache passiert?»

«Sie liegt beim Nationalen Sicherheitsrat zur Bearbeitung», sagte McMaster.

«Auf die scheiß Bearbeitung kann ich verzichten!», schrie Trump. «Ich will, dass die Sache erledigt wird. Das Zeug liegt da zur freien Verfügung! Wer will sich darum kümmern?» Er schrieb einen offenen Wettbewerb aus. Wer wollte sich diese Bonanza sichern?

Handelsminister Wilbur Ross meldete sich. «Ich kümmere mich darum, Sir. Ich mach das», sagte er, als fiele die Angelegenheit in sein Ressort.

Trump war einverstanden.

Kelly sagte weiter nichts, doch bat er anschließend McMaster, Ross und Cohn in sein Büro.

McMaster war stinksauer auf Kelly, weil er nicht eingegriffen hatte. «Sie haben mir den Boden unter den Füßen weggezogen. Sie wussten, dass ich

einen Entscheidungsprozess in Gang gesetzt habe.» Er verfuhr wie üblich nach Vorschrift, bezog das Außen- und das Verteidigungsministerium mit ein und alle anderen Ministerien und Behörden, die betroffen sein konnten. «Sie haben mich vor den Augen des Präsidenten hängenlassen!»

Für Trump konnte es eben kaum eine reizvollere Vorstellung geben als die, von anderen Geld zu bekommen für Sicherheitsmaßnahmen, zu denen frühere Regierungen sich verpflichtet hatten – NATO, Afghanistan, Irak. Das Einzige, was ihn ansonsten reizte, war die Aussicht, ein gutes Geschäft zu machen, und das hier war seiner Ansicht nach eines.

Das Außenministerium erstellte eine Einschätzung zu den Schürfrechten. Politische Analysten kamen zu dem Schluss, den Extremisten in aller Welt werde hier ein Propagandageschenk ersten Ranges gemacht: Die Vereinigten Staaten fallen bei euch ein, um euer Land zu schänden und die Reichtümer, die in der Erde liegen, zu rauben. Es wurden Rechtsgutachten bestellt in der Hoffnung, den Vorgang bremsen zu können.

Am 7. Februar 2018 versammelte McMaster eine kleine Gruppe von Entscheidungsträgern im Situation Room, um den Bericht von Handelsminister Ross zu hören. Ross hatte noch am Morgen mit dem amtierenden afghanischen Bergbauminister gesprochen. «Die Chinesen fördern gar nicht. Sie haben weitreichende Konzessionen, wie überall auf der Welt, aber sie sitzen drauf und tun nichts. Die denken langfristig. Haben es nicht nötig, sofort Geld damit zu verdienen.»

Es gebe also keinen Grund zur Beunruhigung. Afghanistan habe weder Infrastruktur noch Transportwesen, Regulierungsaufsicht oder Umweltkontrolle, sagte er. Kein privates Unternehmen würde hier investieren.

«Reine Fake News», sagte Ross und erntete einige zurückhaltende Lacher.

McMaster fügte ergänzend hinzu, die meisten Bodenschätze seien ohnehin nicht zugänglich, weil sie in Gegenden lägen, die von den Taliban kontrolliert würden. Das sei Kriegsgebiet, das ganze Gelände müsste erst militärisch abgesichert werden, bevor man mit der Förderung beginnen könne. Bestenfalls, sagte er, wenn alles reibungslos abliefe, würde das zehn Jahre dauern.

Ross sagte, er werde es nächstens dem Präsidenten erklären.

Kelly war es anscheinend nur noch darum zu tun, das Schiff nicht untergehen zu lassen. Bei einer Besprechung leitender Mitarbeiter verkündete er mit Stolz: «Ich weiß jetzt, dass ich nicht der Stabschef mit der kürzesten Amtszeit sein werde. Ab heute hab ich Reince überholt.» Priebus hatte 189 Tage als Stabschef gedient, die kürzeste Amtszeit in der Geschichte des Weißen Hauses.

Anfang 2018 sendete *60 Minutes* einen Beitrag über den Krieg in Afghanistan. Kabul, wurde darin festgestellt, sei derzeit so unsicher, dass sich der US-Kommandeur nicht ohne Gefahr durch die Stadt zum Hauptquartier chauffieren lassen könne. General Nicholson lege daher die Strecke von drei Kilometern mit dem Hubschrauber zurück. Der General stellte klar, dass er sich Trumps Streben nach einem militärischen Sieg zu eigen mache. «Mit einer solchen Politik können wir siegreich sein», sagte Nicholson.

Aus Nicholsons Aufklärungs- und Operationskarten ging hervor, dass die von den USA angeführte Koalition etwa 50 Prozent des Landes kontrollierte. Expertenkreisen im Pentagon und im Außenministerium war bekannt, was

Nicholson bei Amtsantritt verkündet hatte: «In zwei Jahren komme ich auf 80 Prozent.»

Er war entschlossen, die NATO-Kräfte und die afghanische Armee so aufzurüsten, dass sie in der Lage wären, ein Gebiet in der Größenordnung von 195000 Quadratkilometern zurückzuerobern. Ein Ziel, das viele, die in Afghanistan gedient hatten, für unerreichbar, ja geradezu absurd hielten.

Nebenbei rechnete Nicholson sich aus, dass die Taliban nach vier Jahren erkennen würden, dass sie den Krieg nicht gewinnen konnten, um sich daraufhin an den Verhandlungstisch zu begeben. Dieselben Taliban, die diesen Krieg seit sechzehn Jahren führten.

Ein Experte des militärischen Nachrichtendienstes informierte Anfang 2018 den Präsidenten über die Lage in Afghanistan. Keine Geländegewinne für die USA. Nichts war zurückerobert worden. Keine Fortschritte gegenüber dem Vorjahr, in einigen Bereichen sogar Rückschritte. Zum Teil war das damit zu erklären, dass die Amerikaner und Afghanen in erster Linie Kabul schützen mussten, da die Taliban einen Anschlag nach dem anderen in der Hauptstadt verübten. In den letzten neun Januartagen waren bei vier Anschlägen 130 Menschen ums Leben gekommen. Für die Rückeroberung von Gebieten blieb unter diesen Umständen nicht viel militärische Schlagkraft übrig.

Die Experten kamen zu weiteren trostlosen Schlussfolgerungen. Pakistan spielte keine konstruktive Rolle, reagierte auch nicht auf Druck. Ohne pakistanische Mitwirkung aber war keine Lösung des Konflikts denkbar.

Sollten die USA sich zurückziehen, waren noch mehr Aufstände zu erwarten, vielleicht sogar ein Bürgerkrieg. Dschihadisten aus Syrien machten

sich auf den Weg nach Afghanistan, dem neuen gelobten Land für Bombenbauer und Bombenwerfer.

Der Koalition blieb vermutlich nur noch Zeit bis zum Frühjahr 2019, um den Status quo aufrechtzuerhalten. Das politische Gewebe schien Risse zu bekommen. Es brauchte nur eine Verkettung unglücklicher Umstände, dann konnte sogar ein praktisches Problem wie das Wetter alles zum Kippen bringen. In den Bergen lag so gut wie kein Schnee, folglich floss kein Wasser auf die Felder in der Ebene. Eine Dürre drohte und damit eine Ernährungskrise. Und gerade in diesem Moment war damit zu rechnen, dass Pakistan eine oder zwei Millionen Flüchtlinge nach Afghanistan abschieben würde, darunter viele Afghanen, die nach der russischen Invasion von 1979 über die Grenze gegangen waren. Etwa zwei Millionen Afghanen lebten seit Jahrzehnten in Pakistan, hatten ihr Heimatland nie gesehen, aber jetzt standen sie vor der Tür.

Dessen ungeachtet sprach General Nicholson immer wieder davon, dass er den Krieg in Afghanistan «gewinnen» würde. Mattis gefiel das nicht. «Der Minister ist sehr unzufrieden mit dem, was er [Nicholson] gerade gesagt hat, und wir versuchen jetzt, ihn an die Kandare zu nehmen», berichtete ein Beamter des Pentagons im Vertrauen.

Solange der Oberbefehlshaber zu Hause das Wort «Siegen» in den Mund nahm, konnte man den Kommandanten vor Ort schlecht dafür kritisieren, dass er sich der gleichen Sprache bediente. Alle Erkenntnisse aber deuteten darauf hin, dass es im nächsten Jahr nicht besser, sondern eher schlimmer werden würde.

Ein Insider sagte Anfang 2018 folgendes dazu: «Das Militär scheint es auf eine Art Dauerpräsenz, wie in Südkorea, anzulegen. Damit würden wir Konfliktpunkte mit dem Iran, Russland und China schaffen, weil wir uns plötzlich auf Dauer in ihrem Hinterhof eingerichtet hätten. Vielleicht hat aber das Militär seinen Willen bekommen, weil ein Rückzug einen gewaltigen Misserfolg bedeuten würde. [Der Präsident] hat gesagt, wir würden gewinnen. Ein Patt lässt sich aber nicht zum Sieg umdefinieren. Irgendwann werden die Leute erkennen, dass man hier nicht gewinnen kann.»

In aller Stille und mit großer Vorsicht fanden sich Beamte aus dem Außenministerium und einige Nachrichtendienstler zu hochsensibler Szenarienplanung zusammen, machten sich auf die Suche nach einem Plan B. «Die Militärs treiben immerzu Szenarienplanung. Warum nicht auch die Zivilisten?»

Der bereits erwähnte Experte beschrieb, was beim Plan B herausgekommen war: «Es ist kein Rückzug mit folgendem Zusammenbruch und Bürgerkrieg. Es ist keine liberale Demokratie, mit zentralistischer Ausrichtung. Was liegt dazwischen? Föderale Strukturen, wäre das realistischer, nachhaltiger? Womöglich den Taliban eine Rolle zubilligen? Als Wild Card dient sozusagen die kurze Aufmerksamkeitsspanne des Präsidenten und seine Gewohnheit, alle Mutmaßungen, mit denen die Leute um sich werfen, in Frage zu stellen. Und wenn er Unsinn riecht, dann nennt er ihn beim Namen.» Wenn zum Beispiel jemand sagt, man werde sich schon mit Pakistan einigen. «Aber Pakistan hat sich seit dem 11. September nicht geändert und wird es auch in Zukunft nicht tun. Also ist die einzige Option, sich zurückzuziehen.»

Afghanistan war, zusammenfassend gesagt, ein neuer Irak. Politische Instabilität. Autoritätsverlust der afghanischen Regierung. Kritik aus dem Kongress und der amerikanischen Öffentlichkeit. Kaum militärische Erfolge, wenn überhaupt. Dürre. Katastrophale Versorgungslage. Flüchtlinge.

Trump machte vor allem zwei Personen verantwortlich. Mit besonderer Geringschätzung sprach er vom ehemaligen Präsidenten George W. Bush, der 2001 den Krieg in Afghanistan und 2003 dann den Krieg im Irak begonnen hatte. «Ein fürchterlicher Präsident», sagte er zu Porter. «Er war ein Kriegstreiber. Er wollte sich überall einmischen und der ganzen Welt die Demokratie bringen, hat sich als Weltpolizist aufgespielt und all diese Kriege angefangen.» Das sei töricht gewesen, ein schwerer Fehler. Und obwohl Trump die Entscheidung gefällt hatte, noch einmal mehrere tausend Einsatzkräfte ins Land zu schicken, sagte er, er werde nicht am Status quo festhalten.

Der andere Schuldige für Trump war McMaster. Als Beweis führte er den Irak an. «Ich weiß nicht, wie sie [die Iraker] es geschafft haben, ihn hinters Licht zu führen, aber er ist eben kein Geschäftsmann. Diese Generäle verstehen nichts von Kosten-Nutzen-Analyse. Nicht zu fassen, dass ich mich von ihm hab überreden lassen, noch mehr Soldaten hinzuschicken.» Er glaubte, McMaster sei vereinnahmt worden.

Auf überaus kränkende Weise imitierte Trump seinen Nationalen Sicherheitsberater. Er warf sich in die Brust und begann übertrieben heftig zu atmen. Laut und abgehackt keuchte er: *«Ich kenne den Präsidenten des Irak. Das ist ein guter Mann, Sir! Ich weiß, dass ihm unser Wohl am Herzen liegt.»*

Mit seiner normalen Stimme fuhr Trump fort: «Der Kerl redet nur Scheiß. Ich habe diesen Typen kennengelernt. McMaster weiß einfach nicht, wovon er spricht.» Trump hatte den irakischen Premierminister Haider al-Abadi im März 2017 im Weißen Haus empfangen.

«Sie haben keine Ahnung von Geschäften, diese Militärs. Sie sind gute Soldaten und können kämpfen. Aber wie viel das alles kostet, das kapieren sie nicht.»

Zum Thema Afghanistan sagte Trump zu Porter: «Es ist eine einzige Katastrophe. Das wird nie eine funktionierende Demokratie. Wir sollten uns einfach komplett zurückziehen.»

Kapitel 39

Am 10. Dezember 2017, zwei Wochen vor Weihnachten, trafen sich Trump und Senator Graham im Trump International Golf Club in West Palm Beach zum Golfen. In einem Tweet meinte Graham später, der Golfplatz sei «atemberaubend», was Trump sicher gefallen haben dürfte. Doch das war noch gar nichts im Vergleich zu den Lobeshymnen, die Graham während der gemeinsamen Golfpartie über Trump niedergehen ließ.

«Sie sind ein ausgezeichneter oberster Befehlshaber», sagte er. Der Präsident höre auf die Führer seiner Streitkräfte, und die Kurskorrekturen im Hinblick auf das Engagement der USA im Nahen Osten und in Afghanistan zahlten sich allmählich aus.

Dann lieferte Graham Trump eine Steilvorlage: «Sie können etwas schaffen, was bisher noch niemandem gelungen ist. Sie bringen Ordnung in das Chaos, das Obama Ihnen hinterlassen hat. Und Sie machen dabei einen verdammt guten Job. Sie bauen das Militär wieder auf. Sie befreien die Wirtschaft von ihren Fesseln. Dank Ihnen haben Militär und Wirtschaft jetzt wieder eine Möglichkeit, sich richtig zu entwickeln. Gott segne Sie dafür, dass Sie die Schäden beseitigen, die in den letzten acht Jahren angerichtet wurden. Aber was haben Sie weiter vor? Was möchten Sie als Ihr politisches Erbe hinterlassen? Ihr Vermächtnis ist nicht, nur Obamas Müll weggeräumt zu haben. Sie drücken der Geschichte Ihren Stempel auf!»

Trump genoss ganz offensichtlich die Schmeichelei, aber er antwortete: «Sie sind ein Gemäßigter. Ich möchte aber, dass Sie hundertprozentig für

Trump sind.»

Das klang stark nach der absoluten Loyalität, die Trump angeblich auch vom ehemaligen FBI-Direktor James Comey eingefordert hatte. Comey zufolge hatte Trump gesagt: «Ich brauche Loyalität. Ich erwarte Loyalität», als sie in der ersten Woche der Trump-Präsidentschaft zu zweit im Green Room des Weißen Hauses zu Abend aßen.

«Nun, worum geht es denn?», fragte Graham. «Dann kann ich Ihnen sagen, ob ich hundertprozentig für Sie bin oder nicht.»

«Sie sind, sagen wir mal, zweiundachtzig Prozent für mich», erwiderte Trump.

«Nun, an manchen Tagen bin ich hundert Prozent für Sie, an anderen vielleicht null Prozent.»

«Ich möchte aber, dass Sie ein Hundert-Prozent-Mann werden.»

«Warum möchten Sie, dass ich Ihnen sage, dass Sie recht haben, wenn Sie sich irren? Was sollte das Ihnen oder mir nützen?», wollte Graham wissen. «Präsidenten brauchen Leute, die ihnen aus ihrer Sicht die Wahrheit sagen. Dann ist es an Ihnen zu sehen, ob ich Scheiße rede.»

Am 29. Dezember 2017 fasste Trump in einem Tweet seine Position zum DACA-Problem zusammen: «Die Demokraten sind informiert – und sie scheinen es verstanden zu haben –, dass es kein DACA ohne die unbedingt nötige MAUER an der südlichen Grenze geben kann, ohne ein ENDE der schrecklichen Kettenmigration … Wir müssen unser Land um jeden Preis schützen.»

Der Präsident berief ein Treffen im Konferenzraum ein, an dem zwanzig Senatoren und Abgeordnete teilnahmen. Sie sollten einen Plan für die

Dreamer erarbeiten. Trump ordnete an, dass das Treffen vom 9. Januar in seiner gesamten Länge von 55 Minuten im Fernsehen übertragen werden sollte. Er war im Performancemodus und versprach, dass es bald ein Gesetz geben würde. «Es sollte wirklich ein Gesetz der Liebe sein. Wir werden das schaffen.»

Der Präsident zeigte sich einnehmend und witzig. Graham war verblüfft über Trumps augenscheinlich veränderte Haltung in dieser Frage, die das Land so stark polarisierte. Die Antieinwanderungs-Hardliner würden Gift und Galle spucken. Trump war einst ihr Sprachrohr gewesen. Graham hoffte, dass der Präsident endlich seine Fähigkeit zeigen würde, Kompromisse zu schließen.

Graham hatte noch nie so sehr den Eindruck gehabt, dass Trump es hinbekommen könnte, einen Deal zur Einwanderung auszuhandeln. Er selbst hatte sich jahrelang in dieser Sache engagiert und versucht, mit Demokraten wie Ted Kennedy, Chuck Schumer und Dick Durbin eine Einigung zu erzielen. Mit Trump sah er endlich die Chance gekommen, einen Erfolg einzufahren. Und so gab er eine geradezu überschwängliche Stellungnahme ab, in der es hieß: «Die tollste Begegnung, die ich in mehr als zwanzig Jahren Politik erlebt habe.»

Die Schlagzeilen bestärkten Graham in seinem Optimismus. Die *New York Times* schrieb: «Anscheinend ebnet Trump für Millionen Einwanderer einen Weg zur Staatsbürgerschaft.» Die *Washington Post*: «Am Verhandlungstisch: Trump müht sich um Stabilität».

Am nächsten Tag rief Trump Graham an.

«Ich fand Sie einfach meisterhaft», sagte Graham. «Lassen Sie sich doch von diesen Leuten» – republikanischen Hardlinern – «nicht einschüchtern.

Sie sind auf dem richtigen Weg. Das ist der Mann, von dem ich den Leuten beim Golfspielen immer erzähle. Das ist der Donald Trump, hinter dem ich voll stehe. Das kriegen nur Sie hin. Bush hat es versucht. Obama hat’s nicht gekonnt. Sie schaffen das.»

Zu Grahams Überraschung reichte Trump das Telefon an Melania weiter. «Ich wollte Ihnen nur mitteilen, ich mag, was Sie da gesagt haben», meinte die First Lady mit ihrem leichten Akzent. «Und die Art, wie Sie aufgetreten sind, wie Sie sprechen. Ich fand, das war sehr nett.»

«Nun, vielen Dank, Ma’am. Das freut mich wirklich sehr», gab Graham zurück. Er war ganz angetan von ihrem Charme. Schließlich war es das erste Mal, dass er richtig mit ihr gesprochen hatte. Und es war ganz klar, dass sie, die ja selbst Einwanderin war, mit den DACA-Kindern fühlte.

«Können wir die Gesetze gegen üble Nachrede ändern?», fragte Trump, als Melania ihm das Telefon zurückgegeben hatte, und lenkte damit das Gespräch recht abrupt auf eines seiner Reizthemen.

«Nein», sagte Graham, der ja Jurist war.

«Warum nicht?»

Man sei nicht in England, antwortete Graham. Dort gelten sehr viel strengere Gesetze gegen Beleidigung und üble Nachrede.

Aber die Leute schrieben «Schwachsinn», beschwerte sich Trump.

«Das bezweifle ich nicht», entgegnete Graham. «Wir können die Gesetze nicht ändern. Sie müssen sich deswegen aber keine Sorgen machen.» Der Oberste Gerichtshof hatte 1964 eine Grundsatzentscheidung im Fall *New York Times* gegen Sullivan gefällt und die Messlatte dabei ziemlich hoch gelegt: Eine Äußerung erfüllte nur dann den Tatbestand der Beleidigung bzw. Verleumdung, wenn sie veröffentlicht wurde oder im vollen Wissen ihrer

Unrichtigkeit bzw. unter bewusster Missachtung der Wahrheit gemacht wurde.

«Na ja, ich will ja nicht gleich werden wie die Engländer», warf Trump ein.

«Es gibt wahrscheinlich auf der ganzen Welt keinen beliebteren Prügelknaben als den Präsidenten der Vereinigten Staaten», sagte Graham. «Gerade Sie haben ja weit mehr unberechtigte Kritik abbekommen als andere, aber das ist nun mal das Blatt, mit dem Sie spielen müssen. Sie können diese Meute nur dann besiegen, Mr. President, wenn Sie aktiv werden. Sie machen Ihre Kritiker nur mundtot, wenn Sie liefern. Zeigen Sie den Leuten doch, dass sie falschliegen.»

Graham hatte das Gefühl, dass das eines der besten Gespräche war, die er je mit dem Präsidenten geführt hatte. Und er hatte mehr geredet als Trump.

Am nächsten Vormittag rief gegen 11 Uhr Senator Dick Durbin, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Demokraten im Senat, bei Graham an.

«Ich hatte gerade ein Gespräch mit Trump», meinte Durbin, der Grahams Bemühungen um einen Kompromiss in der Einwanderungsfrage unterstützte. «Er findet gut, was wir machen. Er will uns beide sehen.»

Graham rief im Weißen Haus an. Kelly kam in Grahams Büro, um die Details abzusprechen.

Kelly, der in der Einwanderungsfrage immer eine harte Linie vertreten hatte, schien nervös. Er hatte dem West-Wing-Team und sogar einigen Leuten in Capitol Hill gesagt, der Präsident verstehe nicht, worum es bei DACA gehe, weder die politische Seite noch die Abläufe. Der Präsident hatte

Kelly zu seinem Vertreter in der DACA-Geschichte ernannt. Offensichtlich hielt Kelly es für einen Teil seiner Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Trump nichts unternahm oder sich nicht mit anderen DACA-Aktivisten wie Graham oder Durbin traf, ohne dass er ebenfalls anwesend war. Der Präsident kann das nicht allein schaffen, erzählte er seinen Kollegen im West Wing. Im Alleingang, so meinte er, würde er die Sache vermasseln.

«Alles, was ich will, ist doch die Möglichkeit, dem Präsidenten die Lage zu erklären», sagte Graham. Sein Plan sei einfach, wiederholte Graham. Trump solle die Legalisierung der Dreamer an die Zustimmung zum Bau der Mauer knüpfen. «Lassen Sie ihn doch selbst die Entscheidung treffen», meinte Graham. Er wiederholte Kellys Mantra bei jeder Gelegenheit. Er wollte, dass man dem Präsidenten die Fakten lieferte, damit dieser dann selbst entscheiden konnte.

Und so begaben Graham und Durbin sich ins Weiße Haus im Glauben, sie würden sich mit Trump allein treffen. Stattdessen sahen sie sich mit einer Reihe absoluter Einwanderungsgegner aus Senat, Abgeordnetenhaus und Stabsmitgliedern konfrontiert, zu denen auch Kelly und Stephen Miller gehörten. Graham hatte das Gefühl, es habe sich ein lynchwütiger Mob im Oval Office zusammengerottet.

Graham ging den Plan durch, der auch die Mittel umfasste, die Trump für mehr Grenzsicherheit haben wollte.

Das sei nicht genug, meinte Trump von oben herab.

Graham meinte, er könne vermutlich noch mehr zusammenbringen, aber man solle doch jetzt mal einen Anfang machen. Dann erwähnte er noch 25000 Visa für meist afrikanische Länder. Und Visa für Länder wie Haiti

oder El Salvador, wo Erdbeben, Hungersnöte und Gewalt die Menschen bedrückten.

«Haitianer?», warf Trump ein. «Wir brauchen nicht noch mehr Haitianer.» Als es um Haiti und die Einwanderer vom afrikanischen Kontinent ging, sagte Trump: «Warum holen wir denn die ganzen Leute aus diesen Dreckslöchern hierher?» Er hatte sich soeben mit dem Premierminister von Norwegen getroffen. Warum nicht mehr Norweger? Oder Asiaten, was der Wirtschaft guttun würde?

Durbin wandte sich angewidert ab. Graham war platt.

«Redezeit zu Ende», sagte er und formte mit den Händen ein T. «Ich finde es nicht gut, wie dieses Gespräch läuft.» Amerika, sagte er, sei ein Ideal für viele. «Ich will eine leistungsbezogene Einwanderung aus der ganzen Welt, nicht nur aus Europa. Und ein Großteil von uns kommt schließlich aus Dreckslöchern.»

Sofort schaltete Trump wieder in den Vernunftmodus zurück, aber das Porzellan war zerschlagen.

Durbin ging an die Öffentlichkeit und erzählte von Trumps Kommentar über die «Drecksloch-Länder». Graham unterstützte ihn.

Zwei Tage später, am Samstag, rief Trump Graham an. Er glaubte, Trump wolle die Stimmung testen. Wie sauer war Graham?

Trump meinte, er sei gerade beim Golfen in seinem Klub in West Palm Beach.

«Na, dann, schönes Spiel», gab Graham zurück.

«Ich habe das gar nicht gesagt, was er behauptet», sagte Trump und bezog sich auf Durbin.

«Doch, das haben Sie wohl.»

«Na, ein paar Leuten gefällt, was ich gesagt habe.»

«Schon möglich, aber ich gehöre nicht zu denen», entgegnete Graham. «Ich will Ihnen helfen. Ich spiele gerne Golf mit Ihnen. Aber wenn das der Preis sein sollte, dann können Sie auf mich nicht zählen. Schönes Spiel noch.»

Die Sache mit den «Dreckslöchern» war nichts Neues bei Trump. Er hatte schon 2016 im Wahlkampf Little Haiti, ein Stadtviertel von Miami, besucht. Bei dieser Gelegenheit hatten ehemalige haitianische Politiker geäußert, die Clintons seien korrupt und hätten Haiti bestohlen.

Nach der Veranstaltung meinte Trump im privaten Kreis: «Die Leute tun mir echt leid. Das sind Leute aus so einem Drecksloch.»

Nachdem Bannon das Weiße Haus verlassen hatte, war Stephen Miller die treibende Kraft hinter der harten Linie zu DACA. Trump hingegen hatte immer noch mitfühlende Worte übrig, wenn es um die jungen Leute im DACA-Programm ging. Er meinte, sehr häufig seien die Kinder ja nicht aus eigenem Verschulden hier. Sie hätten Mitleid verdient. Außerdem verwies er auf die politische Bedeutung der Dreamer.

Miller aber zementierte die harte Linie. Sehen Sie mal, argumentierte er, alle reden hier von Kindern und «Träumern» und so weiter, aber das sind doch längst keine Kinder mehr. Die meisten sind schon 24, 26 oder 27 Jahre alt. Millers Haltung war ganz eindeutig: Wenn wir bei DACA einen Kompromiss eingehen, dann wollen wir die Finanzierung für die Mauer mindestens für zehn Jahre, nicht nur für eines. Und das Ende der Kettenmigration. Und ein Ende der Diversity-Lotterie, bei der jährlich 50000

Green Cards an Länder verlost werden, aus denen ansonsten nur wenige Menschen in die USA einwandern. Für weniger als diese drei Punkte ist unsere Zustimmung nicht zu haben.

Am 21. Januar 2018 griff Graham Miller öffentlich an: «Solange Stephen Miller mit den Verhandlungen zur Einwanderung betraut ist, werden wir keinen Kompromiss finden. Er vertritt seit Jahren eine Außenseiterposition. Ich habe mit dem Präsidenten selbst gesprochen, und dieses Thema liegt ihm am Herzen. Er versteht sehr gut, was ankommt und was nicht. Aber wann immer wir einen Vorschlag machen, wird dieser von seinen Stabsmitgliedern niedergemacht.»

Am Freitagmorgen, den 23. Februar 2018, sprach Trump auf der Conservative Political Action Conference (CPAC), der wichtigsten Plattform konservativer Denker im Land. Entspannt und voller Selbstbewusstsein sprach der Präsident über eine Stunde lang. Meist hielt er sich an seinen vorbereiteten Text, nur bei bestimmten Punkten brach es aus ihm heraus, und er sprach frei.

«Ihr bekommt die Mauer», sagte er. «Keine Sorge. Ich hatte da hinten ein paar Typen, die überall herumtönten: ‹He, der will die Mauer ja gar nicht. Er hat sie nur im Wahlkampf versprochen!› Ich sagte: Glaubt ihr das wirklich? Wisst ihr, immer wenn ich das höre, sage ich: ‹Die Mauer wird noch drei Meter höher.› Jedes Mal, wenn ich das höre. Aber jetzt bekommen wir die Mauer.»

Zum Thema Einwanderung äußerte er sich folgendermaßen: «Ich will nicht, dass da dauernd Leute kommen und fünfzig Jahre lang die Geschenke unseres Landes einsammeln und nichts dafür tun … Und ich will Leute, die uns lieben … Nicht solche, die einfach so kommen, wie sie es jetzt tun.»

Dann trug er einen seiner Lieblingstexte vor, ein Gedicht des radikalen schwarzen Sängers und Aktivisten Oscar Brown jr., das durch den Song von Al Wilson Berühmtheit erlangt hatte; es handelt von einer Frau, die eine Schlange bei sich aufnahm.

Auf ihrem Weg zur Arbeit am Morgen, am Pfad entlang dem See,
kam eine warmherzige Frau und sah eine arme, halb erfrorene Schlange im Gebüsch.
Ihre schön gemusterte Haut war ganz von Reif bedeckt.
«Du armes Ding», sagte die Frau. «Ich nehme dich mit und kümmere mich um dich.»
«Nimm mich auf, liebe Frau, nimm mich bitte, bitte auf», zischelte das böse Tier.
«Nimm mich mit, liebe Frau, nimm mich um Himmels willen mit.»
Und die gutherzige Frau hüllte die Schlange in einen seidenen Schal
und legte sie neben den Kamin, wo sie ihr Milch und Honig hinstellte.
Am Abend eilte sie schleunigst nach Hause, weil sie sehen wollte, wie es der Schlange ging.
Die hübsche Schlange war tatsächlich wieder zum Leben erwacht …
Sie strich dem Tier über die schöne Haut und küsste es und drückte es an sich.
Doch statt ihr zu danken, biss das Untier sie …
«Ich habe dich gerettet», weinte die Frau. «Und du beißt mich? Wieso das denn?
Du weißt doch, dass dein Biss tödlich ist. Jetzt muss ich sterben.»

«Ach, halt den Mund, du dummes Weib», sagte das Reptil hämisch. «Als du mich aufgenommen hast, hast du doch gewusst, dass ich eine Schlange bin.»

«Genau das machen wir mit unserem Land, Leute», sagte Trump. «Wir lassen irgendwelche Leute herein. Und das wird uns noch jede Menge Ärger machen. Es wird nämlich immer schlimmer.»

Dabei hatte er gerade Staatsausgaben in Höhe von 8,6 Billionen Dollar genehmigt. Nur für die Mauer war kein Cent vorgesehen – nicht ein Cent.

Der Graben zwischen Trump und seinem Außenminister war mittlerweile nicht mehr zu überbrücken. Monatelang wurde in Washington hin und her spekuliert, ob Tillerson selbst zurücktreten oder ob er gefeuert würde. Er war in Afrika, als Kelly ihm im März 2018 empfahl, die Reise abzukürzen. «Sie könnten einen Tweet erhalten», sagte Kelly. Am Morgen des 13. März 2018 twitterte Trump, CIA-Direktor Mike Pompeo würde der nächste Außenminister der USA werden. «Vielen Dank an Rex Tillerson für seine Dienste!» war alles, was er über Tillerson zu sagen hatte.

Trump nahm auf dem South Lawn des Weißen Hauses Aufstellung und sagte zu den Reportern: «Rex und ich haben schon seit langer Zeit immer wieder darüber gesprochen … Wir sind uns nicht immer einig … Wir denken nicht auf dieselbe Art und Weise … Es war wirklich eine unterschiedliche Einstellung, eine ganz andere Denkweise.»

Kapitel 40

Trump klagte seinem Anwalt Dowd weiter sein Leid, dass ihn die Mueller-Ermittlungen hinderten, das Präsidentenamt auszuüben. Er erzählte ein paar als vertraulich eingestufte Anekdoten, die Dowd, der eine Sicherheitsfreigabe hatte, Mueller und Quarles berichten konnte, die ebenfalls die entsprechende Freigabe hatten.

Mit der Warnung, das Ganze sei streng vertraulich, erzählte Trump, er habe im April persönlich die Freilassung des dreißigjährigen amerikanischen Staatsbürgers Aya Hijazi, Mitarbeiter einer Wohlfahrtsorganisation, ausgehandelt, der drei Jahre lang in Kairo im Gefängnis gesessen hatte.

Trump erzählte von einem Gespräch mit dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi, der eine entsetzliche Menschenrechtsbilanz hatte mit Massenverhaftungen, der Ermordung von Demonstranten durch die Sicherheitskräfte und Militärprozessen gegen Zivilisten. «Dowd, vergessen Sie nicht, mit wem ich da rede. Der Kerl ist ein verdammter Mörder. Dieser Kerl ist ein verdammter Mörder! Ich hab die Sache hingebogen. Aber er hat mich am Telefon ins Schwitzen gebracht. Und kurz bevor wir uns einig sind, sagt al-Sisi» – Trumps Stimme wurde auf einmal tief und rau – «Donald, diese Ermittlung bereitet mir Sorgen. Werden Sie noch lange im Amt sein? Angenommen, ich brauche einen Gefallen, Donald.» Das sei «wie ein Tritt in die Eier» gewesen, «ganz fürchterlich», sagte Trump.

Im November rief Kelly Dowd an. «Der Präsident hat gesagt, Sie treffen sich mit Mueller.»

«Ja, in ein paar Stunden.»

«Mattis hat dem Präsidenten gesagt, dass Putin und die Russen langsam zu gefährlich werden und wir uns darum kümmern müssen. Ich will, dass Sie das Bob zu verstehen geben. Bob kennt Mattis.» Mueller und der Verteidigungsminister waren beide Marines gewesen.

Daraufhin schilderte Dowd Mueller, wie verdächtig alles sei, was Trump mit Russland unternehme. «Bob, ich weiß, Sie kennen General Mattis.» Mueller hatte Mattis zuletzt im Januar 2002, als er noch FBI-Direktor war, bei einem Besuch in Kandahar getroffen. Dowd berichtete, Mattis mache sich wegen Russland Sorgen. «Wollen Sie da vielleicht mal nachfragen? Dann rufen Sie ihn einfach an. Sie kennen sich doch. Sie waren doch beide Marines.»

Dowd erinnerte Mueller daran, dass er gesagt hatte, er werde keine Zeit verlieren. «Inzwischen ist aber schon ziemlich viel Zeit verstrichen, mein Freund. Wir nehmen Sie beim Präsidenten weiter in Schutz.»

Mueller sagte, es sei ihm völlig ernst damit, die Ermittlung abzuschließen.

«Tja, ich muss Ihnen sagen, Bob, ich weiß nicht, wie lange ich das noch durchhalten kann. Ich nehme Sie ständig in Schutz. Ich mache mich für Ihr Vorgehen stark. Aber wissen Sie, unsere Leute werden immer und immer wieder befragt.»

Bei Mueller drängte Dowd vorsichtig.

Doch bei Quarles beklagte er sich. «Genug ist genug!»

Dowd hatte noch andere Probleme. Ty Cobb begann den Medien Interviews zu geben, in denen er sagte, die Ermittlungen würden Ende 2017 abgeschlossen sein. «Ich fände es beschämend, wenn die Sache dem Weißen Haus an Thanksgiving noch zu schaffen macht», sagte er gegenüber Reuters, «und wäre bestürzt, wenn das Ganze Ende des Jahres noch nicht vorbei ist.» Die Medien brachten Artikel mit Cobbs Foto. Dowd fand, dass Cobb wie ein alter schnauzbärtiger Sheriff aus dem Wildwestroman und der Miniserie *Weg in die Wildnis* aussah, und war erstaunt. Er war der leitende Anwalt des Präsidenten. Führte Cobb gesonderte Gespräche mit Quarles?

Nein, behauptete Cobb. «Meine Frau will, dass es endlich vorbei ist», sagte er. «Und deshalb hab ich versucht, öffentlich etwas nachzuhelfen.»

«Im Dezember sind Befragungen anberaumt», sagte Dowd. «Und offen gesagt sind sie vorteilhaft für den Präsidenten, deshalb winken wir sie durch.»

Kelly fragte Dowd: «Wo haben Sie denn diesen verdammten Ty aufgegabelt?» Cobb hatte einen schlechten Start mit Kelly gehabt, weil er sich ohne Wissen des Stabschefs an den Präsidenten gewandt hatte, um ein Büro im West Wing zu erhalten. Kelly hatte ihm gesagt: «Unternehmen Sie bloß nie wieder was hinter meinem Rücken.»

Dowd versicherte dem Präsidenten, ihre Strategie bei Mueller sei, «zu kooperieren und ihn und seine Leute zu zermürben, bis wir ein 3D-Bild davon haben, was in ihren Köpfen vorgeht». Aufgrund dieses Bildes, der Kooperation von siebenunddreißig Zeugen und all der ausgehändigten Unterlagen, wiederholte er mehrmals, «sehe ich keinen Rechtsfall».

Laut Artikel II der Verfassung, erklärte Dowd, liege die Exekutive allein beim Präsidenten. Und all seine Handlungen, besonders was Comey betraf,

fielen unter diese Gewalt. «Ich werde nie behaupten, dass Ihr Bauchgefühl zu diesen Leuten und dem, was sie vorhaben, falsch ist. Wir wurden sehr freundlich behandelt. Aber wir haben auch sie sehr freundlich behandelt.»

Im Dezember erschien in der deutschen Wirtschafts- und Finanzzeitung *Handelsblatt* ein Artikel, in dem stand, Mueller habe Unterlagen der Deutschen Bank, der größten Bank Deutschlands und Trumps wichtigstem Kreditgeber, angefordert.

Der Präsident rief Dowd um 7 Uhr morgens an. Er war fuchsteufelswild.

«Ich kenne meine Beziehungen zur Deutschen Bank», sagte er. Er behauptete, die Bank schätze ihn und erhalte stets ihr Geld. «Ich weiß, was ich geliehen habe, wann ich es geliehen habe, wann ich es zurückgezahlt habe. Ich kenne jeden verdammten Kredit.» Er konnte sich noch genau erinnern, mit wem er verhandelt hatte, sowie an andere Einzelheiten. «Ich sag Ihnen, das ist Schwachsinn!»

Dowd meldete sich bei Quarles. «Hey, Jim, da gibt’s keine Geheimnisse. Das ist Schwachsinn.»

Eine Telefonkonferenz mit Anwälten aller maßgeblichen Kanzleien wurde anberaumt. Alle klangen, als sprächen sie in einem Geheimcode.

«Ich bitte Sie», sagte Dowd. «Mein Mandant spricht nicht verschlüsselt.»

Schließlich berichtete Quarles: «Es gibt da überhaupt nichts. Wir haben im Sommer Unterlagen der Deutschen Bank angefordert, doch da geht es nicht um den Präsidenten oder seine Finanzen.»

Am 21. Dezember begab sich Dowd um zehn Uhr morgens zu Mueller und versuchte, den Spieß umzudrehen. Oft war Angriff die beste Verteidigung.

«Alle Unterlagen wurden vorgelegt», sagte er. «Alle Zeugen bis auf einen oder zwei wurden befragt. Die gesamte Ermittlung scheint auf einer Verschwörung des Democratic National Committee, Fusion GPS – wo das Steele-Dossier angelegt wurde – und hochrangiger FBI-Beamten zu beruhen, um Trumps Präsidentschaft zu untergraben. Das Versäumnis, Comeys Rolle zu untersuchen, der die Ermittlung ausgelöst hat, ist ein Skandal. Comeys absonderliches, ehrloses Verhalten verlangt nach einer Untersuchung.» Der Inspector General des Justizministeriums untersuchte Comeys Vorgehen in Clintons E-Mail-Fall. «Das Problem dem Inspector General zuzuschieben, untergräbt das Vertrauen in Ihre Ermittlungen», machte Dowd geltend.

Mueller gab keine Antwort.

Mueller und Quarles machten weiter Druck. Sie wollten den Präsidenten befragen. Am 8. Januar 2018 diktierte Mueller eine Liste von sechzehn Themen, zu denen sie Fragen stellen wollten. Bei fast allen ging es um Flynn, Comey oder Sessions.

Dowd unterrichtete den Präsidenten, dass die Liste nicht konkret sei. «Am liebsten würde ich das Ganze weiter vorantreiben, damit Sie ein besseres Bild bekommen. Wissen Sie, bei sechzehn Themen können Sie nur vermuten, wonach die Sie fragen wollen.»

«Was wollen Sie tun?», fragte Trump.

«Mein Gedanke ist, ihnen einen Brief zu schreiben, in dem wir diese Punkte beantworten.» Sie würden die Fakten gemäß ihrer Sichtweise darstellen und speziell mit der präsidialen Gewalt aus Artikel II argumentieren. «Und das Ganze wie einen Schriftsatz des Obersten Bundesgerichts abfassen.»

«Wir haben ihnen alles ausgehändigt», beharrte Trump. Warum genügte das nicht? «Ich hab nichts dagegen, mit ihm zu reden», fügte er hinzu.

Dowd und Jay Sekulow verbrachten die nächsten beiden Wochen mit dem Abfassen des Briefes. Sekulow, der häufig als Kommentator beim Christian Broadcasting Network und bei *Fox News* auftrat, hatte in seiner dreißigjährigen Laufbahn konservative und religiöse Gruppen und Abtreibungsgegner vertreten.

«Wie kommen Sie voran?», fragte Trump schließlich. «Kann ich den Brief sehen?»

Dowd kam am Samstag, den 27. Januar 2018, gegen 13 Uhr in Trumps Privaträume im Weißen Haus.

Der Präsident führte ihn kurz herum und zeigte ihm auch das Lincoln-Schlafzimmer. «In das Bett passen wir beide», scherzte er.

«Wir könnten uns im Spiegel sehen», scherzte auch Dowd.

«Wenn Sie diesen Fall gewinnen», sagte Trump, «machen wir einen richtigen Rundgang. Das dauert Stunden. In meinen Augen ist das der schönste Wohnsitz der Welt. Es gibt nichts Vergleichbares.»

Trumps Sohn Barron kam mit einem Freund herein.

«Dad», sagte Barron, «er möchte mit dir ein Foto machen. Geht das in Ordnung?»

Klar. Das Bild wurde gemacht.

Trump und Dowd setzten sich an einen Tisch mit Blick auf das Washington- und das Jefferson-Denkmal.

«Ich würde Ihnen gern ein Gefühl dafür geben, wie die Zeugenaussage ablaufen könnte», sagte Dowd. Sie würden einen Probelauf machen. «Und dabei sprechen wir über ein paar dieser Themen. Vielleicht Comey und

Flynn. Ganz entspannt. Sie brauchen sich nicht vorzubereiten. Kommen Sie unvorbereitet. – Ich will, dass Sie unseren Brief lesen. Ich bin bereit, ihn zu unterschreiben, aber das tu ich erst, wenn Sie sich damit wohl fühlen. Denn das ist eine wichtige Eingabe. Der Brief sagt Bob, wo wir stehen und wo wir glauben, dass er steht, und warum Sie nicht … warum er kein Recht verdient hat, Ihnen Fragen zu stellen. – Auch wenn die Fragen harmlos erscheinen, behandeln Sie sie nicht so. Sie sollen sich voll und ganz darauf konzentrieren, den Worten zu lauschen. Ich bin kein aufgeblasener Prüfer. Ich mag kurze, eingängige Fragen. Und ich baue das Ganze auf. Ich bin sehr geduldig. Und ich gebe Ihnen den pauschalen Rat – beantworten Sie nur die jeweilige Frage. Okay? Verstanden?»

Ja.

«Wann haben Sie erfahren, dass es ein Problem mit General Flynn gibt?»

«Weiß ich nicht genau. Ich glaube, als McGahn mit Sally Yates gesprochen hatte. Aber ich weiß es nicht genau, John.» Trump sagte, der amtierende Justizminister habe gesagt, dass Flynn dem Vizepräsidenten etwas erzählt hätte, das nicht stimmte.

«Wie haben Sie darauf reagiert?»

Trump sagte, er glaube, er habe nichts unternommen. «Ich glaube, Don hat sich darum gekümmert. Und sie haben …»

«Haben Sie Flynn zu sich gerufen?»

«Nein.»

«Haben Sie überhaupt mit Flynn geredet?»

«Keine Ahnung. Ich hab im Kopf, dass … Er und Priebus haben mich angerufen.»

«Mr. President, haben Sie ihn mal gefragt, ob er mit Kisljak [russischer Botschafter] über Sanktionen gesprochen hat?»

«Nein.»

«Sind Sie da sicher, Mr. President? Wir haben Indizien, dass so ein Gespräch stattgefunden haben könnte. Sind Sie sich sicher?»

Dowd wusste, dass Priebus zugunsten des Präsidenten ausgesagt hatte. In einer Version, in der Priebus im Raum gewesen war, hatte Flynn im Beisein des Präsidenten gesagt, dass er über seine Gespräche mit Kisljak nicht mit dem Präsidenten gesprochen habe.

Trump schweifte mit einer unbedeutenden langen Antwort vom Thema ab.

«Hören Sie, lassen Sie uns wieder zur Sache kommen», sagte Dowd.

«Oh.»

«Kam irgendwann der Zeitpunkt, Flynn zu entlassen?», fragte Dowd.

«Ja.»

«Können Sie sich noch erinnern, wie das ablief?»

«Nein. Ich glaube, er hat ein Rücktrittsgesuch verfasst. Aber ich kann Ihnen sagen, dass er mir leidgetan hat. Er hatte seine Schwächen, aber er war ein verdammt netter Kerl, und ich hab ihn bewundert. Wie Sie wissen, kann ich gut mit Militärs. Das war die Empfehlung, und ich bin ihr gefolgt.» Priebus und McGahn hatten empfohlen, Flynn zu feuern.

«Haben sie Ihnen mal von einer FBI-Befragung erzählt?»

«Keine Ahnung. Weiß ich nicht mehr.»

Dowd hatte das Gefühl, dass Trump es wirklich nicht mehr wusste. Insgesamt gab es vieles, woran sich Trump angeblich nicht erinnern konnte. Aufgrund der Anforderungen an den Präsidenten fand er das durchaus verständlich.

Also kehrte Dowd zum Dezember 2016, direkt nach der Wahl, zurück und stellte weitere Fragen zu Flynn. «Hat er Kontakt zu Diplomaten aufgenommen und so weiter?»

«Vermutlich.»

«Hat er mit Kisljak gesprochen?»

«Also, das weiß ich nicht. Ich weiß, dass es unter den Mitarbeitern viele Gespräche gab. Ich glaube, ich hab ein paar Sachen getwittert.»

Am 31. März hatte Trump getwittert: «Mike Flynn sollte Immunität beantragen, weil das eine Hexenjagd historischen Ausmaßes seitens der Medien & Demokraten ist (Ausrede für die hohe Wahlniederlage)!»

«Was war Ihr Standpunkt zu den Sanktionen, die Obama bewilligt hat?», fragte Dowd. Obama hatte im Januar 2017 fünfunddreißig russische Diplomaten ausgewiesen, Sanktionen gegen mehrere Personen und Organisationen verhängt und zwei russische Einrichtungen geschlossen.

«Mein Standpunkt war, dass es meine Position gestärkt hat.»

«Oh!», sagte Dowd. «Weil alle dachten, Sie wären dagegen, weil Sie gute Beziehungen zu Putin wollten.»

«Nein, ich sah es als eine Stärkung meiner Position an», wiederholte Trump.

Ausgehend von der Zeugenaussage, die Dowd durchgesehen hatte, war das richtig. Dowd fand, dass er sich ziemlich gut schlug. Das sechsseitige Papier, das das Weiße Haus und Dowd zu Flynn zusammengestellt hatten, enthielt viel mehr Informationen, als Trump wieder einfielen. Dowd hatte einen tagesgenauen Bericht darüber vorgelegt, wie das Weiße Haus herausfand, dass Flynn Mueller und Quarles belogen hatte. Quarles hatte den Bericht wegen seiner Gründlichkeit gelobt.

«Und», fragte Dowd, «warum haben Sie zu Direktor Comey gesagt, dass … Sie haben ihn geradezu aufgefordert, Flynn nicht so hart ranzunehmen. Was sollte das?»

«Das hab ich nie gesagt», behauptete Trump.

«Er hat zeitgleich einen Vermerk dazu gemacht», sagte Dowd. «Hat es seinen Freunden berichtet.»

«Ich habe das nicht gesagt», erwiderte Trump. «John, das hab ich auf keinen Fall gesagt.»

«Also, er behauptet …»

«Er ist ein Lügner», sagte Trump. Er zog über Comey richtig vom Leder. «Der Kerl ist ein Gauner, er ist ein Lügner. Er springt zwischen der Clinton-[E-Mail-]Geschichte, seinen Vermerken und dem Durchstechen von Informationen hin und her.»

Der Präsident kannte seine Kritikpunkte in- und auswendig. Entfesselt, ohne jegliche Pause gab er alle zum Besten. Dowd versuchte sich einzuschalten. Keine Chance. Trump war nicht zu bremsen.

«Hören Sie», sagte Dowd, nachdem sich der Sturm kurz gelegt hatte, «so dürfen Sie keine Frage beantworten. Das wird als abschreckend empfunden. Es ist nicht gut. Okay? Seien Sie höflich.»

«Ach, verdammt!»

«Hat er Ihnen am 6. Januar gesagt, dass gegen Sie nicht ermittelt würde?»

«Ja, das hat er.»

«Er meinte nur die Sexgeschichte, nicht die geheime Absprache, oder?», fragte Dowd. Das war eine Theorie von Muellers Team.

«Das ist Unsinn! Das hat er nie zu mir gesagt.»

Dowd glaubte ihm, da Comey bestätigt hatte, dass zu diesem Zeitpunkt wegen gar nichts ermittelt wurde.

Die nächste halbe Stunde war nutzlos. «Das Ganze ist ein verdammter Schwindel!» Trump wiederholte alles, was er schon getwittert oder gesagt hatte. Dowd kam nicht voran. Trump hatte eine Stinkwut. Dowd dachte, wenn er Mueller gewesen wäre, hätte ihn Trump wahrscheinlich auf der Stelle gefeuert. Es war fast so, als wollte Trump fragen: Warum sitze ich hier und beantworte Fragen? «Ich bin der Präsident der Vereinigten Staaten!»

Was für ein Schlamassel. Angesichts der Zeitverschwendung zuckte Dowd mit den Schultern, doch er sah den vollen Albtraum. Es war ein eindrucksvoller Anblick, wie der Präsident der Vereinigten Staaten tobte wie ein beleidigter Shakespeare'scher König.

Schließlich riss Trump sich zusammen und gewann seine Fassung wieder.

«Mr. President, das ist der Grund, warum Sie keine Aussage machen können», sagte Dowd. «Ich weiß, dass Sie es glauben. Ich weiß, dass Sie es denken. Ich weiß, dass Sie's erlebt haben. Aber wenn Sie Fragen beantworten, wenn Sie Fakten bezeugen sollen, versuchen Sie Fakten zu liefern. Wenn Sie die Fakten nicht kennen, sollten Sie lieber sagen: Bob, ich kann mich nicht erinnern. Hier ist einfach viel zu viel los. Statt Vermutungen anzustellen und alle möglichen wilden Schlüsse zu ziehen.»

Dann gab Dowd dem Präsidenten den Entwurf für den Brief an Mueller. Die Betreffzeile lautete: «Ersuchen um Aussage zu angeblicher Behinderung der Justiz.»

Eine krude Geltendmachung der präsidialen Gewalt war fett gedruckt: «Wenn er wollte, könnte er die Ermittlung beenden oder, sofern es sein Wunsch wäre, sogar sein Begnadigungsrecht ausüben.»

Trump las den zweiundzwanzigseitigen Brief sorgfältig und hielt inne, um etliche Stellen laut vorzulesen. Er sagte, der Brief gefalle ihm gut. «Wissen Sie, das hier ist eine Mordssache. Mir gefällt, wie das Ganze gestaltet ist.» Er bewunderte die neunundfünfzig Fußnoten.

«Das ist einer der besten Tage, die ich in dieser Angelegenheit hatte», fuhr er fort. Seine Fähigkeit, zwischen Gefühlen zu wechseln, von schwach bis stark, zeigte sich in ihrem ganzen Umfang. «Der Brief ist wirklich gut. Ich finde, er ist besser, als ich je erwartet hätte. Jetzt verstehe ich. Ich begreife, was Sie vorhaben.»

Ja, sagte Dowd.

«Drücken wir sie an die Wand. Aber Sie wollen nicht, dass ich aussage?»

«Nein», erwiderte Dowd. «Warum schöpfen wir das Ganze nicht aus? Wenn es hart auf hart kommt, könnte ich zu Bob sagen: Geben Sie mir die Fragen. Wir beantworten sie. Und dann erstellen wir ein Manuskript. Sie können herkommen, Ihre Fragen stellen, und der Präsident liest die Antworten vor. Wie können Sie sich darüber beklagen, wenn Sie uns bei allem vertraut haben, was wir Ihnen ausgehändigt haben? Außerdem kann er sich vermutlich nicht an alles erinnern. Er würde Sie übrigens sehr gern treffen und das Ganze mit Ihnen durchsprechen, doch er braucht die Hilfe [eines Manuskripts].»

«Herrgott, das mach ich», sagte Trump. «Das ist super.»

«Tja», sagte Dowd, «stellen Sie sich mal vor, Sie hätten das Manuskript nicht.»

«Ich weiß nicht, John. Wir sind es ja gerade durchgegangen. Finden Sie, ich hab mich schwergetan?»

«Ja. Aber ich mache Ihnen keinen Vorwurf, Mr. President. Es ist nicht so, dass Sie lügen oder schlecht sind oder so. In Anbetracht Ihres täglichen Programms … sehen Sie bloß, was wir heute Nachmittag alles getan haben.»

Bei ihrer Sitzung waren sie mehrmals unterbrochen worden, wegen zwei kurzer Informationsgespräche über Weltprobleme und einiger Geheimdokumente, die Trump unterzeichnen musste. Wie konnte er sich da an alles erinnern?

«Wissen Sie», fuhr Dowd fort, «all das macht es so schwer, sich zu erinnern, was vor sechs oder neun Monaten passiert ist.»

«Das stimmt», sagte Trump. «Ich verstehe, was Sie meinen. Eigentlich will ich nicht aussagen.»

Am Tag nach dem Probelauf im Weißen Haus rief Trump Dowd an. «Ich hab geschlafen wie ein Stein», sagte er. «Dieser Brief gefällt mir. Kann ich eine Kopie haben?»

«Nein», sagte Dowd.

Dowd hatte den Präsidenten da, wo er ihn haben wollte.

Am Montag, den 29. Januar 2018, unterschrieben Dowd und Sekulow den Brief. Danach organisierte Dowd die Übergabe an Quarles am 1. Februar. Es würde wie im Kino sein, dachte er. Quarles musste die Straße entlangkommen und in Dowds geparkten Wagen steigen.

Sie tauschten ein paar Höflichkeiten aus und erkundigten sich nach den Kindern des jeweils anderen.

«Tja, hier ist Ihr Brief», sagte Dowd.

«Was ist das?»

«Als Antwort auf Ihre sechzehn Themen», erwiderte Dowd. «Und wir haben unsere Sache begründet. Ich lasse die Tür offen. Ich dränge auf konkrete Fragen. Überlegen Sie es sich. Wenn Sie darüber reden wollen, sagen Sie Bob, dass wir uns zusammensetzen sollten.»

Kapitel 41

Im Januar 2018 versammelten sich Navarro, Ross, Cohn und Porter im Oval Office zu einer Besprechung mit dem Präsidenten. Monatelang war aus unterschiedlichen, festgefahrenen Positionen über Zölle diskutiert worden. Mittlerweile waren diese Debatten hitzig geworden und wurden in scharfem Ton geführt.

Cohn, unterstützt von Porter, wärmte die wirtschaftspolitischen Argumente auf und wies erneut auf die geopolitischen Aspekte nationaler Sicherheit hin. Er erläuterte das Risiko, wie Zölle die Märkte in Aufruhr versetzen und die Kurserträge der Börse gefährden würden. Er sagte, letztlich würden Zölle an den amerikanischen Verbrauchern hängenbleiben. Die Zölle würden den positiven Nutzen, den Trump mit der Steuer- und Regulierungsreform erreicht hatte, deutlich verringern.

Sie sind Globalist, meinte Trump. Was Sie denken, interessiert mich nicht einmal mehr, Gary.

Trump scheuchte ihn beiseite. Cohn zog sich zurück und nahm auf einem der Sofas im Oval Office Platz.

Navarro und Porter führten die Diskussion weiter, und von Zeit zu Zeit warf Ross etwas ein, das die Ansicht Navarros stützte. Navarro argumentierte, Zölle würden die Staatseinnahmen erhöhen und Unternehmen und Gewerkschaften sehr freuen. Er erklärte, das sei eine großartige Möglichkeit für Trump, sich die Unterstützung der Gewerkschaften zu

sichern, und das wäre im Vorfeld der Zwischenwahlen 2018 für die Basis hilfreich.

Porter sprach Bushs Zölle an und die daraufhin verlorengegangenen Arbeitsplätze. Seither, folgerte Porter, hatten die Unternehmen der weiterverarbeitenden Industrie, die auf Stahl angewiesen waren – die Bauwirtschaft, die Pipeline-Branche und die Autoindustrie –, expandiert, während wenig Entwicklungspotenzial für die Arbeitsplätze in der heimischen Stahlherstellung bestand. Die neuen Zölle würden zu noch stärkerem Arbeitsplatzabbau führen, als dies bereits in Bushs Amtszeit der Fall gewesen war.

Porter erklärte, Navarro läge mit seiner Einschätzung, die Zölle würden auf breite Zustimmung stoßen, «einfach völlig daneben». Viele Unternehmen würden Zölle ablehnen, da sie weiterverarbeitender Abnehmer von Stahl wären.

«Den Autoherstellern wird das Ganze nicht gefallen», sagte Porter. «Sie verfügen nur über geringe Gewinnmargen, und das wird ihre Kosten erhöhen.» Die Pipeline-Branche betraf das ebenfalls. «Wir erschließen all diesen bundesstaatlichen Grund und Boden und sind für Offshore-Bohrungen. Dazu benötigt man Leute, die Pipelines bauen.»

«Und die Gewerkschaften», fuhr Porter fort, «also, das ist verrückt. Sicher, die Stahlgewerkschaft wird es lieben, aber denen von der United Auto Workers wird es nicht gefallen. Dem Baugewerbe wird das nicht gefallen. Es treibt die Preise in die Höhe.»

Normalerweise versuchte Porter in Diskussionen, ein offener Vermittler zu sein, der die Debatten entspannte. Wenn er zu etwas eine eindeutige Meinung hatte, neigte er für gewöhnlich dazu zu warten, bis er mit dem Präsidenten

unter vier Augen sprechen konnte. Nun jedoch outete er sich als Verfechter des Freihandels.

Navarro konterte jedes Argument genauso nachdrücklich, wie es zuvor Porter getan hatte. Mitten in der Besprechung betrat Stabschef John Kelly den Raum. Der Präsident beobachtete begeistert das Hin und Her.

Was sind Sie? Sind Sie neuerdings Wirtschaftsexperte?, fragte Trump Porter, nachdem der und Navarro sich fast eine halbe Stunde einen verbalen Schlagabtausch geliefert hatten. Was wissen Sie schon von Wirtschaft? Sie sind Jurist.

Porter erklärte, als Rhodes-Stipendiat in Oxford Wirtschaftswissenschaften studiert und jüngeren Studenten Unterricht gegeben zu haben. Er betonte, dass viele seiner Argumente nicht rein volkswirtschaftlicher Natur seien.

«Mir war immer klar, dass Gary ein verfluchter Globalist ist», entgegnete Trump. «Ich wusste nicht, dass Sie auch so ein verfluchter Globalist sind, Rob.»

Trump wandte sich Kelly zu. Hör dir mal diesen Typen an. Der ist Globalist!

Kelly nickte und lächelte. Er wollte die Besprechung beenden.

Die Runde löste sich ohne wirklichen Beschluss auf, bis auf die Tatsache, dass Trump daran erinnert wurde, eine Entscheidungsvorlage unterzeichnet und bekanntgegeben zu haben, in der es um die Untersuchungen gegen China im Sinne von Paragraph 301 des US-amerikanischen Trade Acts ging. Das musste vor den Stahlzöllen passieren. Das war die vereinbarte Strategie.

Porter verließ das Weiße Haus am 7. Februar, nachdem ihn seine beiden Ex-Ehefrauen öffentlich beschuldigt hatten, sie körperlich misshandelt zu haben.

Eine der Frauen veröffentlichte ein Foto, auf dem sie mit einem blauen Auge zu sehen war, von dem sie angab, dass Porter es ihr verpasst hatte. Beide Frauen, die eine äußerte sich gegenüber der Presse, die andere in einem Blog Post, lieferten detaillierte Schilderungen von häuslicher Gewalt.

Porter kam schnell zu dem Schluss, es sei das Beste für alle – seine ehemaligen Ehepartnerinnen, seine Familie und enge Freunde sowie das Weiße Haus und ihn selbst –, wenn er seinen Job kündigte. Er wollte sich darauf konzentrieren, seine Beziehungen zu kitten und zu heilen.

Die *New York Times* schrieb: «Häusliche Gewalt bedeutet das Ende von aufstrebendem Star im Weißen Haus» und: «Porters Saubermann-Image täuschte über sein hitziges Temperament hinweg, sagen ehemalige Kollegen».

In einem schriftlichen Statement erklärte Porter: «Die Fotos, die den Medien zugespielt wurden, habe ich vor fast fünfzehn Jahren gemacht, und die Wahrheit dahinter ist nicht annähernd das, was jetzt beschrieben wurde.»

«Das Leben von Leuten wird durch eine bloße Behauptung zerrüttet und zerstört», twitterte Trump.

Die Redaktion der *Washington Post* bezichtigte das Weiße Haus, «häusliche Gewalt abzutun», und die *New York Time*s schrieb: «Trump scheint an #MeToo zu zweifeln.»

Cohn erkannte gleich, dass nun eine der wichtigsten Personen, die Trump einhegen konnte, verloren war.

Am Mittwoch, den 28. Februar, begaben sich nach
18 Uhr 30 Handelsminister Wilbur Ross und Peter Navarro ins Oval Office und überzeugten den Präsidenten davon, in Sachen Stahlzölle doch

weiterzumachen, bevor die Untersuchung zu Paragraph 301 abgeschlossen war, und brachten damit die gesamte Handelsstrategie zum Einsturz.

Zuvor hatte Ross eine Studie erstellen lassen, die behauptete, die steigenden Importe von Stahl und Aluminium seien eine Bedrohung für die nationale Sicherheit, was Trump die Befugnis verschaffte, die Zölle ohne die Zustimmung des Kongresses durchzusetzen.

Ross und Navarro hatten für den nächsten Tag im Weißen Haus ein Treffen mit den Geschäftsführern der bedeutendsten US-Stahlunternehmen vereinbart.

Als Cohn von dem Plan Wind bekam, rief er um 10 Uhr abends Kelly an.

«Ich weiß gar nichts von einer Besprechung», sagte Kelly. «Es gibt keine Besprechung.»

«Oh doch, es gibt eine Besprechung.»

«Von was reden Sie da, Gary?»

Cohn versuchte, das Treffen zu verhindern, und für eine Weile sah es so aus, als würde ihm das auch gelingen. Aber dann fand es doch statt.

Am nächsten Tag erschien mehr als ein Dutzend Unternehmer. Bei der Konferenz im Konferenzraum kündigte Trump an, entschieden zu haben, künftig Zölle in Höhe von 25 Prozent auf im Ausland produzierten Stahl und von 10 Prozent auf Aluminium zu verhängen.

«Sie werden nach langer Zeit zum ersten Mal Schutz haben», erklärte Trump den Geschäftsführern. «Und Sie werden Ihre Unternehmen wieder wachsen lassen», meinte er, obwohl alle Fakten, die Cohn zusammengestellt hatte, belegten, dass das weder sinnvoll noch überhaupt möglich war.

Cohn war der Ansicht, sobald die Arbeit hinsichtlich der Schutzrechtsverletzungen von China abgearbeitet wäre, hätte man alle Verbündeten an Bord gehabt für einen Blockbuster über einen gigantischen Handelskonflikt. Dann hätte es geheißen: fast die ganze Welt gegen China. Der wirtschaftliche Konkurrent der USA wäre isoliert worden. Die Stahlzölle jedoch stellten alles auf den Kopf.

Cohn kam zu dem Schluss, dass Trump es einfach liebte, Menschen gegeneinander auszuspielen. Der Präsident hatte nie Geschäfte betrieben, bei denen er sich mit langfristig strategischem Denken auseinandersetzen musste. Cohn begab sich zu Trump, um seine Kündigung zu erklären.

«Wenn das die Art ist, wie Sie den Laden hier führen wollen», sagte Cohn, werde er gehen. «Ich komme damit klar, einen Kampf im Weißen Haus zu verlieren, solange sich ordnungsgemäß an Protokoll und Abläufe gehalten wird. Aber wenn zwei Typen abends um halb sieben einfach so in Ihr Büro marschieren und eine Besprechung ansetzen, von der weder der Stabschef noch irgendwer sonst weiß – unter solchen Bedingungen kann ich nicht arbeiten.»

Cohn wusste um die Bedeutung von Hope Hicks, die zur Kommunikationschefin des Weißen Hauses aufgestiegen war. Cohn bat sie oft, ihn zu begleiten, wenn er zu einem schwierigen Gespräch mit Trump unterwegs war, und sagte: «Hope, kommen Sie bitte mit.» Er hatte herausgefunden, dass Hicks den Präsidenten besänftigte und dass Trump ihn anders behandelte, wenn sie dabei war.

Am Dienstag, den 6. März, ging er zu Hicks. Beide hatten ein Statement bezüglich Cohns Kündigung ausgearbeitet, das der Präsident veröffentlichen

sollte.

«Gary war mein leitender Wirtschaftsberater, und er hat einen ausgezeichneten Job gemacht, indem er unsere Agenda vorangebracht, historische Steuersenkungen und Reformen umgesetzt und die Wirtschaft der Vereinigten Staaten wieder entfesselt hat. Er ist ein außergewöhnliches Talent, und ich danke ihm für seine engagierten Dienste am amerikanischen Volk.»

Hicks und Cohn hatten an der sprachlichen Gestaltung gefeilt und brachten dann ein ausgedrucktes Exemplar der Erklärung ins Oval Office. Sie nahmen vor dem Resolute Desk Platz.

«Mr. President», begann Cohn, «heute ist wahrscheinlich der richtige Tag, meine Kündigung öffentlich zu machen.»

«Gary war großartig», sagte Hicks beschwichtigend. «Wir werden ihn sehr vermissen. Wie schade. Wir müssen einen Weg finden, wie wir ihn zurückholen.»

«Natürlich holen wir ihn zurück», meinte der Präsident.

Bis zum Ende eine falsche Show. Cohn bemerkte wieder einmal, was er früher schon zu anderen über den Präsidenten gesagt hatte: «Er ist ein professioneller Lügner.»

«Ich habe hier ein Statement für Sie, das ich mit Gary abgestimmt habe», erklärte Hicks. «Ich möchte Sie bitten, es freizugeben.»

Trump nahm das Blatt Papier, dokterte an einem Wort herum, aber ansonsten blieb der Text, wie er war.

«Ein riesiger Verlust», meinte Trump. «Aber wir werden schon klarkommen. Und er kommt ja zurück.»

«Gary Cohn tritt nach Zoll-Disput als Trumps Berater zurück», berichtete Bloomberg. «Gary Cohn kündigt nach Differenzen mit Trump über Handelspolitik», schrieb die *Washington Post*. «Gary Cohns Rücktritt, offenbar wegen Zollpolitik», war in der Zeitschrift *The Atlantic* zu lesen. «Nach verlorenem Kampf um die Zölle tritt Gary Cohn als Wirtschaftsberater des Weißen Hauses zurück», schrieb das *Wall Street Journal*.

Später, nach seinem Rücktritt, machte sich Cohn Gedanken über die wirtschaftliche Instabilität infolge der Zölle und deren Folgen für die Verbraucher. Die Volkswirtschaft der USA ist konsumabhängig. Und wenn die Verbraucher unsicher sind, wie es um die gesamtwirtschaftliche Lage steht und wie hoch ihr verfügbares Einkommen sein wird, wirkt sich das sehr schnell auf die Volkswirtschaft und auf das Börsengeschehen aus.

Trumps Verhalten und seine zunehmenden Drohungen mit Zöllen stellten eine Verunsicherung dar. Cohn dachte, Trump müsste das merken. «Aber er ist nicht Manns genug, es zuzugeben. Er hat sich bisher noch nie geirrt. Er ist 71. Er wird nicht zugeben falschzuliegen, niemals.»

Tom Bossert, Berater für Heimatschutz, Internetsicherheit und Antiterror, suchte im Frühjahr 2018 den Präsidenten im Oval Office auf und fand Trump in seinem privaten Speisezimmer.

«Sir, haben Sie eine Minute?», fragte Bossert, ein dreiundvierzigjähriger Jurist und Sicherheitsexperte.

«Ich will das Masters sehen», antwortete Trump. Er saß wie gebannt vor einer digitalen Aufzeichnung des Augusta-National-Golf-Club-Turniers, des bekanntesten Golfturniers der Welt.

Bossert, auch er ein Senkrechtstarter mit Zugang zum Oval Office, sogar in der Kelly-Ära, lud sich selbst ein, setzte sich und schaute mit Trump Golf.

Der Rechtsanwalt wusste, die Vereinigten Staaten befanden sich bereits, wenn auch auf niedrigem Niveau, so doch in einem permanenten Cyberkrieg mit hochentwickelten ausländischen Gegnern wie China, Russland, Nordkorea und dem Iran. Diese Länder konnten zum Beispiel das Stromnetz in den Städten der Vereinigten Staaten abschalten, und das einzige Abschreckungsmittel bestand darin, deutlich zu machen, dass ein massiver Cyberangriff nicht nur mit einer Cyber-gegen-Cyber-Vergeltung beantwortet werden würde.

Die gesamte Stärke des US-Militärs einschließlich Atomwaffen würde bei der Abschreckungsstrategie eine Rolle spielen müssen. Bossert sagte oft und gern, dass der Einsatz jeder Komponente nationaler Stärke gerechtfertigt sei. Die Vereinigten Staaten hatten bei einer umfassenden Cyber-Attacke einfach zu viel zu verlieren. Bossert hatte das bereits so häufig wiederholt, dass der Präsident das Argument anscheinend verstand, doch die Bedeutung des Ganzen – Atomwaffen zur Cyber-Abschreckung – war noch nicht so recht in die öffentliche Diskussion gerückt.

«Was ist los?», fragte Trump schließlich.

«Ich komme noch einmal auf Sie zu», sagte Bossert, «weil ich im Fernsehen sein werde» – in der nächsten Sendung von *This Week* auf ABC am Sonntag. «Aber dort wird es sicher wieder um dieses Streitthema Handel mit China gehen.» Genauso wie um Cyberattacken.

«Sie und Ihr Cyber», entgegnete Trump, «verwickeln mich noch in einen Krieg – wegen Ihrem ganzen Cyber-Scheiß.»

«Genau darum geht es, Sir. Ich versuche, andere Ressourcen nationaler Macht zu nutzen, um gefährliches Verhalten im Internet zu unterbinden. Und das führt mich mitten in all die Entscheidungen, die Sie gerade treffen. Deshalb bin ich hier. Sie befinden sich mitten in persönlichen Verhandlungen mit Präsident Xi. Sie haben ja gerade den Einsatz auf 150 Milliarden Dollar erhöht» beim Thema Zollstrafen gegenüber China. «Okay. Wie möchten Sie, dass ich mich im Fernsehen dazu verhalte? Ich will nicht da auftreten und etwas sagen, von dem Sie dann angepisst sind.»

Der Aufforderung, ein wenig Fernseh-Coaching zu geben und ein paar Geheimnisse des richtigen Auftritts zu verabreichen, kam Trump begeistert nach. Es war ihm das reinste Vergnügen.

«Also, Sie machen das so», sagte Trump und warf die Hände in die Luft. «Tom, sind Sie bereit? Sie gehen auf die Bühne. Sie sagen …» Er wollte es exakt formulieren. «Sie sagen denen, Sie haben niemals gesehen – nein, warten Sie. Zuerst sagen Sie denen, dem Trump ist es ernst damit. Das genau sagen Sie denen. Sind Sie bereit?»

Wieder flogen Trumps Hände in die Höhe. «Sie sagen denen 150 Milliarden. Halt! Nein, Sie sagen denen, 150 Milliarden Dollar ist ein Nichts. Er ist bereit, auf 500 Milliarden hochzugehen, weil er es leid ist, ungerecht behandelt zu werden. Das ist genau, was Sie denen sagen werden!»

Trump fuchtelte weiterhin mit den Fingern herum. «Bereit? Das werden Sie denen sagen.»

«Okay», meinte Bossert, «Sie wollen, dass ich hart einsteige?»

«Steigen Sie hart ein!», erwiderte Trump begeistert. «Wenn es nicht Sonntag wäre, würden Sie die Börsen lahmlegen, so verflucht hart steigen Sie da verflucht noch mal ein!»

Wieder wilde Handbewegungen. «Warten Sie! Halt! Dann sagen Sie: ‹Machen Sie sich darüber mal keine Sorgen.› Gucken Sie, schauen Sie, Sie machen das so.» Trump gab ein paar Regieanweisungen und hielt eine Hand hochgestreckt, um seine Worte dramatisch zu betonen. «Dann sagen Sie: ‹Es wird alles in Ordnung kommen, weil die Beziehung, die Trump zu Xi hat, ist so …›» Eine kurze Pause. Eine Steigerung. «Ist die allerbeste.» Halt! «Sie haben noch nie in Ihrem Leben eine so gute Beziehung zwischen zwei Präsidenten gesehen. Vielleicht noch nie in der Geschichte.»

«Sind Sie bereit?», fragte der Präsident.

Bossert meinte, er würde das Drehbuch und die Trump-Show nicht vergessen, vermutlich sein ganzes Leben lang nicht. Das war Trumps Art zu sagen, steig hart ein, zeig ihnen, dass der Präsident es ernst meint, immer in den Ring zu steigen. Wir werden unfair behandelt.

«Und machen Sie sich über die Sojabohnen keine Gedanken», erklärte Trump. Die Chinesen hatten schon angekündigt, sie würden ihrerseits mit Zöllen auf amerikanische Landwirtschaftsprodukte und andere Waren reagieren. Über sich selbst in der dritten Person sprechend, fuhr Trump fort: «Wenn Trump muss, wird er eben mehr gottverdammte Sojabohnen kaufen. Bevor ihn die Chinesen herumschubsen, wird er seine eigenen verdammten Sojabohnen von seinen eigenen Bauern kaufen. Aber dann sagen Sie denen: ‹Es wird alles gut. Er und Xi werden einen Deal machen. Es wird ein wunderschöner Deal. Der beste Deal, den Sie jemals gesehen haben.›»

«Sie wollen also, dass ich sowohl hart wie auch sanft vorgehe?», fragte Bossert daraufhin – in der Sache entschlossen, aber sanft, wenn es um die Beziehung zu Xi ging.

«Ja.»

Bossert kam noch einmal auf das Thema Cyber zu sprechen.

«Oh, um Himmels willen», meinte Trump, «aber wenn Sie über dieses Cyber-Zeug unbedingt sprechen müssen, na gut.»

Bossert merkte, dass er sich auf das Handelsthema beschränken sollte. «Boss, ich mache es so: Es ist ein Handelsstreit, kein Handelskrieg. Es gibt ein Handelsdefizit. In den 80ern hatten wir einen Handelskonflikt mit Japan, und gleichzeitig waren wir enge Verbündete der Japaner.»

«Perfekt!», fand Trump. «Sie haben's! Sie schmeißen denen diesen Scheiß vor die Füße, klingt gut, und dann erzählen Sie denen, was ich Ihnen gesagt habe. Dann sind Sie gut.» Offensichtlich um jedes Bedenken im Keim zu ersticken, fügte er hinzu: «Tom, Sie werden das gut machen.»

Danach steckte Bossert den Kopf in Kellys Büro, aus reiner Höflichkeit und um zu sagen, dass er sich mit dem Präsidenten auf seinen Fernsehauftritt vorbereitet hätte und es nichts Ungewöhnliches zu berichten gab. Kelly winkte ihn weg. Bossert schien, dass der Stabschef massiv abbaute, resigniert wirkte und weitgehend aufgegeben hatte.

Bossert hatte seine Gesprächspunkte im Kopf, aber die Gastgeberin der Talkshow bei ABC, Martha Raddatz, richtete den Schwerpunkt der Sendung auf das Thema Grenzsicherung. Trump hatte angekündigt, 2000 bis 4000 Soldaten der Nationalgarde an die südliche Grenze der Vereinigten Staaten zu entsenden. Das war das Tagesgespräch, angetrieben von einer Bemerkung Trumps. Raddatz fragte überhaupt nicht nach China.

Bossert war enttäuscht, denn er war «bereit!», Trumps Entschlossenheit und die außergewöhnliche Bindung zum chinesischen Präsidenten Xi zu verdeutlichen – kurz: die Botschaft von Präsident Trump zu verkünden.

Kapitel 42

Im Februar hörte Dowd nicht mehr viel. Er dachte, Mueller und Quarles würden es langsam angehen. Schließlich wurde für Montag, den 5. März um 14 Uhr, in Muellers Büro ein Treffen vereinbart.

Mueller kam in Begleitung von Quarles und drei weiteren Staatsanwälten. Dowd hatte Sekulow dabei und einen anderen Rechtsanwalt. Schnell wurde deutlich, dass es über das Ziel der Sitzung unterschiedliche Auffassungen gab.

«Tja», sagte Mueller, «ich nehme mal an, wir sind durch.»

«Wovon bitte sprechen Sie?», fragte Dowd. «Wo sind die Fragen?»

«Sie wissen, dass ich das nicht weiß», sagte Mueller im Gestus eines Pokerspielers.

«Jim hat gesagt, hier würde es heute genau darum gehen.»

«Tja, Sie wissen, dass ich das nicht weiß», wiederholte Mueller. «Sieht wohl so aus, als würden Sie nicht aussagen.»

«Unter diesen Umständen trifft das zu.»

«Tja, Sie wissen», sagte Mueller, «dass ich jederzeit eine Vorladung vor der Grand Jury erwirken kann.»

«Dann machen Sie doch verdammt noch mal weiter und holen Sie sich die Vorladung!», sagte Dowd und schlug auf den Tisch. «Ich kann es kaum erwarten, den verdammten Antrag auf Niederschlagung einzureichen. Und ich möchte hören, was Sie dem Amtsrichter erzählen, um welches Vergehen es sich handelt. Und ich möchte, dass Sie das erläutern.»

Dowd sagte, Mueller habe sämtliches Beweismaterial vorliegen, das er brauchen könnte. «Mein Antrag auf Niederschlagung wird alles beinhalten, was wir auch Ihnen gegeben haben, inklusive der Aussagen von 37 Zeugen. Inklusive der 1400000 Dokumente mit den Höhepunkten aus besonders vertraulichen Gesprächen mit dem Präsidenten. Und von Ihnen hätte ich gern, dass Sie dem Richter erklären, wozu Sie überhaupt eine Grand Jury brauchen. Und übrigens, in der Geschichte des Landes wurde noch für keinen einzigen Präsidenten eine solche einberufen. Und übrigens gibt es keinen Präsidenten in der ganzen Reihe zurück bis zu Thomas Jefferson, der je so transparent war.»

Dowd fuhr fort: «Sie wollen Krieg? Den können Sie haben. Und übrigens, dem Präsidenten werde ich erzählen, dass Sie uns jetzt mit einer Grand-Jury-Vorladung gedroht haben. ‹Also, Mr. President, wenn Sie nicht aussagen, zerre ich Ihren Arsch an die Öffentlichkeit, und wir kriegen eine Grand-Jury-Vorladung. Dann haben wir eine Anhörung.› Und übrigens, Bob, keines Ihrer Beweismittel liegt vor einer Grand Jury. Und das sollten Sie mal dem Amtsrichter erklären, warum nichts davon schon bei ihrer oder seiner Grand Jury liegt.»

Dowd ging davon aus, dass die Hauptbeweismittel in den Interviews und Dokumenten zu finden waren. Und nur in den seltensten Fällen wurde diese Art von Beweismittel einer Grand Jury vorgelegt.

«Ist schon okay, John», sagte Mueller, um Dowd etwas zu beruhigen.

«Bob, Sie haben dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mit einer Grand-Jury-Vorladung gedroht, dabei ist er gar nicht die Zielscheibe, noch nicht mal so recht der Untersuchungsgegenstand. Er ist eigentlich nur ein gottverdammter Zeuge. Und genau das werde ich dem Richter erzählen. Er

trägt mit Wirkung vom 5. März 2018», dem Tag des Treffens, «keine strafrechtliche Verantwortung. Nichts dergleichen. Und das werde ich dem Richter sagen, ich lasse es nicht zu, dass Sie Fangen spielen. Ich werde nicht zulassen, dass Sie anfangen, das Erinnerungsvermögen des Präsidenten an etwas zu testen, das – es liegt kein Verbrechen vor. Und noch was, Bob, ich habe Sie gefragt. Sie waren derjenige, der mitmachen wollte. Reden wir mal über Gegenseitigkeit. Ihr erzählt mir jetzt, welche geheimen Absprachen es gab. Und legt mir nicht die Hühnerscheiße von dem Treffen im Juni vor», sagte Dowd in Anspielung auf Donald Trump Jr.s Treffen mit einem russischen Anwalt im Trump Tower.

«Das ist belangloses Zeug. Da gab es keine geheimen Absprachen. Und die Strafvereitelung? Die ist ein Witz. Flynn? Ich meine, Yates und Comey dachten nicht, dass er lügt. Und übrigens, er hat ihnen mitgeteilt – in einem Aktenvermerk des Rechtsberaters des Weißen Hauses, die FBI-Agenten hätten gesagt, seine Akte würde geschlossen. Ich meine, Flynn dachte, es bestünde keine Gefahr. Klar. Keine.»

Und Dowd fuhr fort: «Ich kann es nicht erwarten, Ihre Akten zu lesen. Tja, meine haben Vorrang. Und übrigens, geben Sie mir einfach die Vorladung. Ich nehme sie an.»

«Ich versuche nicht, Ihnen zu drohen, John», sagte Mueller. «Ich denke nur über die Möglichkeiten nach, die wir haben.»

Dowd schwenkte auf die «Kumpel»-Strategie um. «Eine andere Möglichkeit ist, Sie geben mir die Fragen. Unsere Beziehung beruht auf gegenseitigem Vertrauen. Wir haben euch vertraut, Leute. Und ihr habt uns vertraut. Wir haben euch nicht enttäuscht. Das eigentlich Wichtige ist doch,

dass ihr die Wahrheit erfahrt, was immer die ist, oder nicht? Und ihr habt uns so weit, dass wir für euch arbeiten.»

Dowd entschloss sich zu einem außergewöhnlichen Schritt. «Ich habe keine Geheimnisse vor euch, Leute», sagte er. «Ich werde euch von meinem Gespräch mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten über seine Zeugenaussage erzählen.» Er berichtete von drei Fragen, die er Trump oben in seiner Wohnung im Weißen Haus gestellt hatte. Bei der dritten hatte er keine Ahnung. «Er hat einfach irgendwas erfunden. So ist er nun mal.»

Dowd merkte, dass er Muellers volle Aufmerksamkeit gewonnen hatte.

«Jay», bat er Sekulow, «Du spielst den Präsidenten. Ich werde Mueller spielen. Okay?» Sie führten als Rollenspiel auf, was Dowd mit dem Präsidenten erlebt hatte. «Reden wir über Comey.» Dowd fragte nach einem Gespräch zwischen Trump und Comey. Sekulows Antwort war typisch Trump – eine Antwort mit nichts als heißer Luft, voller Widersprüche, erfundenem Zeug und Wut. Eine perfekte Vorstellung. Ein perfekter Trump.

«Ätsch! Ätsch, 1001!», rief Dowd und knallte die Hände auf den Tisch. Damit spielte er auf den Abschnitt im *Code of Laws* an, in dem es um Falschaussagen geht. «Ätsch, 1001!»

Dowd stellte Sekulow, der noch immer Trump spielte, eine weitere simple Frage.

«Weiß ich nicht», sagte Sekulow. «Weiß ich nicht. Weiß ich nicht.»

«Jay», fragte Dowd, «wie oft hat er ‹Weiß ich nicht› gesagt, als wir mit ihm gesprochen haben?»

«Na ja, so fünfzehn-, zwanzigmal.»

«Und das, Bob», sagte Dowd zu Mueller, «ist für mich der springende Punkt. Sie verlangen von mir, mich neben einen Präsidenten zu setzen, der

schon die dritte Frage komplett vermasselt, und dann wird er, weil ich ihm dazu rate, es eben einfach nicht wissen und sich an nichts erinnern. Also wird er zwanzigmal sagen: ‹Ich kann mich nicht erinnern.› Und ich sage Ihnen was, Bob, er kann sich wirklich nicht erinnern. Und übrigens, wenn Sie möchten, hole ich General Kelly rein, der Ihnen genauso erzählen kann, dass er sich an nichts erinnert. Der Grund, warum er sich an nichts erinnert, ist sehr einfach. Zum einen, diese Fakten und Ereignisse sind nur winzige Momente in seinem Leben.» Das meiste hatte ganz am Anfang seiner Amtszeit stattgefunden.

«Plötzlich ist er der Boss. Und er bekommt täglich von überallher Informationen, inklusive der Medien. Das kommt einer Containerladung gleich. Tatsache ist, dass ich nicht will, dass er wie ein Idiot dasteht. Und ich werde nicht danebensitzen und ihn wie einen Idioten dastehen lassen. Und Sie veröffentlichen dann das Protokoll, weil in Washington ja alles durchsickert, und die Jungs im Ausland sagen dann: Hab ich doch gesagt, dass er ein Idiot ist. Hab ich doch gesagt, dass das eine gottverdammte Dumpfbacke ist. Wozu überhaupt mit diesem Idioten verhandeln? Der kann sich nicht mal an X, Y und Z in Zusammenhang mit seinem FBI-Direktor erinnern.»

Dowd war sich durchaus bewusst, dass er den Präsidenten als jemanden dargestellt hatte, der «absolut untauglich» war.

«Ich verstehe, John», antwortete Mueller.

«Tja, Bob, was wollen Sie wissen? Stellen Sie mir eine Frage, die noch niemand beantwortet hat.»

«Nun, ich möchte wissen, ob er Korruptionsabsichten hatte.»

«Glauben Sie, er wird darauf mit Ja antworten? In seinem Namen sag ich: Nein. Und wenn Sie eine eidesstattliche Erklärung des Präsidenten von mir wollen, dass er keine Korruptionsabsichten hatte, werde ich sie Ihnen geben.»

«Lassen Sie mich darüber nachdenken», sagte Mueller. «Mir gefiele die Vorstellung ganz und gar nicht, dass Sie uns was vormachen.»

«Warten Sie einen Moment», sagte Dowd. «Verschonen Sie mich, verdammt noch mal. Ich habe eine über jeden Zweifel erhabene Leistungsbilanz. Fragen Sie Jim Quarles, ob ich ihm je etwas vorgemacht habe. Habe ich Ihnen je etwas Falsches erzählt?»

Quarles verneinte. «John ist einer der besten Anwälte, mit denen wir verhandeln.»

Dowd kamen Zweifel, ob Mueller den Sachverhalt überhaupt kannte.

Aufgrund einer Verteidigungsabrede mit 37 Zeugen hatte Dowd die Auswertungen der Anwälte für sie erhalten.

«Hat einer von ihnen gelogen?», fragte Dowd.

«Nein», antwortete Mueller.

«Hat einer von ihnen Dokumente vernichtet?»

«Nein», sagte Mueller.

«Und ich liege richtig in der Annahme, dass es Ihnen um gute, vertrauenswürdige Antworten geht?»

«Genau.»

«Dann geben Sie mir die Fragen», sagte Dowd. «Ich schaue sie mir an und sage Ihnen, ob wir sie beantworten können.» Er würde Antworten liefern – ein, zwei Zeilen zu jeder Frage. «Ein fairer Tausch», fuhr er fort. «Sie geben mir die Fragen, und ich weiß, worauf Sie hinauswollen.»

General Kelly könnte Mueller, sein Team und einen Gerichtsstenographen ins Weiße Haus holen, ohne dass jemand davon erfährt. «Dann erstellen wir ein Skript.» Der Präsident würde unter Eid aussagen. «Und wir kriegen es genau so, wie wir wollen. Und wir sagen Ihnen, dass das die Wahrheit ist, wie wir sie kennen. Und der Präsident sagt, dass das die Wahrheit ist, wie er sie kennt, unter rechtlichem Beistand. Also entweder diese Variante, oder aber Sie sitzen da, wir unterbrechen ihn sechs Stunden lang, oder er spielt sein Weiß-ich-nicht-Spiel.»

Muellers Team schüttelte einhellig den Kopf. So etwas habe es ja noch nie gegeben. Auf gar keinen Fall! Das war unerhört.

«Ich werde darüber nachdenken, ob ich Ihnen ein paar Fragen zur Verfügung stelle», sagte Mueller.

Dowd erinnerte Mueller daran, dass er im Juli oder August, als Trump Mueller und Sessions angegriffen hatte, Dowd kontaktiert und gesagt hatte: «Ich habe da ein Problem, können Sie mal vorbeikommen? Sie sagten, ich hätte Leute dazu gebracht, die Zeugenaussage zu verweigern, die sie gar nicht hätten verweigern müssen. Sie haben sich nämlich gar nicht strafbar gemacht. Aber ich fürchte, es hat eine Atmosphäre geschaffen, in der sie sich für illoyal halten, wenn sie aussagen.»

Und Dowd hatte ihm gesagt: «Gut, ich werde an die Öffentlichkeit gehen und sagen, dass wir kooperieren wollen. Dass der Präsident kooperiert. Wir kooperieren zu hundert Prozent. Und wir werden jeden ermutigen, es auch zu tun.» Dowd und Cobb wurden in der Presse damit zitiert, dass Trump und das Weiße Haus «weiterhin uneingeschränkt kooperieren».

Wie er das dann ja bei jeder Sitzung auch getan hätte, sagte Dowd. «Was auf dem Spiel steht, ist unser Land.» Der Präsident muss seinen Job machen

und hat für eine solche Untersuchung keine Zeit. Schließlich herrschen ernste, ja dramatische Spannungen auf der Welt – Nordkorea, Iran, der Nahe Osten, Russland, China.

«Das kann ich gut nachvollziehen», antwortete Mueller. «Ich tue mein Bestes.»

«Warum geben Sie uns nicht einfach die Fragen?», setzte Dowd nach.

Mueller wollte nicht.

Dowd war sich bewusst, dass er mit seiner Drohung, eine Vorladung der Grand Jury abzuwehren, hoch pokerte und Mueller herausforderte. Seine Strategie war, ihm zu signalisieren, wie es ausgehen würde, wenn Mueller weiter auf seinem Weg einer Grand Jury bestand. Er würde seine Anträge mit Beweisen füllen. Und der Amtsrichter würde zwei Wochen brauchen, um sie zu lesen.

Dowd führte Mueller so eindringlich wie möglich vor Augen, was passieren würde. «Sie müssen dann im Gerichtssaal vor dem Richter stehen und ihm erklären, warum Sie den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vor eine Grand Jury zerren wollen. Wie Sie wissen, habe ich Fälle wie diesen bereits verhandelt. Und ich würde mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten immer einen Bogen um die Grand Jury machen.»

Er hatte noch ein letztes Argument. Er warf Muellers Team vor, auf die Meineids-Falle zu setzen. «Das habt ihr mit Flynn gemacht, ihr habt es mit Gates so gemacht, ihr habt es mit [George] Papadopoulos so gemacht», einem ehemaligem Wahlkampfmitarbeiter. «Das ist doch das Spiel, das ihr spielt.» Rick Gates, ein Geschäftspartner von Manafort und Trumps stellvertretender Wahlkampfmanager, hatte einen der besten Anwälte neben sich sitzen und hatte weiter gelogen. «Ihr hattet ihm keine Zeit gegeben, sich

vorbereiten. Und jetzt ist er verurteilt. Genau das, Bob, habe ich dem Präsidenten erzählt: Das ist genau das, was sie auch mit Ihnen bei einer Befragung vorhaben.»

Dowd hielt es für möglich, ja sogar wahrscheinlich, dass es da etwas gab, wovon er nichts wusste. «An irgendetwas hängt ihr euch doch auf. Da ist doch noch irgendwas.» Vielleicht gefällt euch nicht, wie der Präsident sich verhält. «Aber ihr habt keinen Fall.» Was immer sie hätten, meinte Dowd, sollten sie «doch Gott und der Welt und dem Kongress auftischen. Mir ist das egal.»

Mueller saß da mit Pokerface – wie aus Stein gemeißelt, ohne jede Reaktion. Was für eine Beherrschung! Das Treffen war beendet.

Um 17 Uhr gingen Dowd und Sekulow zum Präsidenten ins Speisezimmer neben dem Oval Office.

«Und wie lief's?», fragte Trump.

«Mr. President», sagte Dowd, «es ist absurd.»

«Oh mein Gott», sagte Trump. Dowds Reaktion auf das Treffen mit Mueller wirkte nicht gerade positiv, sodass Trump sofort besorgt war, er würde nun ernsthaft in Schwierigkeiten geraten.

«Nein», meinte Dowd. «Sie haben ja nie wirklich etwas von Mueller gehalten. Da hatten Sie ein gutes Gespür, ich hatte das nie so recht geglaubt. Aber ich denke, dass Sie doch richtigliegen. Er war wirklich nicht vorbereitet. Warum kämen wir sonst mit nichts zurück?»

Eine Woche später, am 12. März, gab es ein weiteres Treffen zwischen Dowds und Muellers Teams. Dowd hoffte entgegen aller Erwartung, dass Mueller inzwischen geneigt wäre, die Strafverfolgung fallenzulassen, und um

die Aussage des Präsidenten nur noch für einen Bericht an Rosenstein bat, den stellvertretenden Justizminister.

Muellers Leute, Quarles und drei weitere, diktierten 49 Fragen, und Jay Sekulow schrieb mit. Fast alle Fragen drehten sich um Trumps Verhalten, seine Meinungen und seine Entscheidungsfindung und seine Rückschlüsse auf die wichtigsten Akteure, wie Flynn, Comey und Sessions. Einige bezogen sich auf Donald Trump Jr. und sein berühmtes Treffen im Trump Tower mit einem russischen Anwalt, der angeboten hatte, ihm belastendes Material über Hillary Clinton zu liefern. Andere beschäftigten sich mit der Planung von Immobilien in Russland.

Im Großen und Ganzen bestätigte sich, was die Nachrichten über die Spannbreite von Muellers Ermittlungen berichteten.

Das ist doch alles Bockmist, dachte Dowd. Fragen, die jeder Jurastudent im Grundstudium zuwege bringen würde. Viele davon waren bereits beantwortet worden. Trump diese Fragen vorzulegen, könnte freilich in eine Katastrophe münden, weil Trump womöglich explodiert und einfach irgendetwas erzählt. Einerseits dachte Dowd, dass das breite Spektrum an Fragen darauf schließen ließ, dass Mueller nichts in der Hand hatte und auf Teufel komm raus eine gewaltige Ermittlung inszenierte. Dem sprunghaften Trump eine Meineid-Falle zu stellen, wäre ein Kinderspiel.

«Hier liegt nichts vor», meinte Dowd zu Mueller.

«Ich brauche die Aussage des Präsidenten», antwortete Mueller. «Was hatte er mit Comey vor?»

«Ich weiß nicht, ob Sie diese Frage verfassungsrechtlich überhaupt stellen dürfen», erklärte Dowd. Die Machtbefugnisse des Präsidenten aus Artikel II waren ihm immer eingeräumt worden, sogar von Comey.

«Ich will herausfinden, ob es Korruptionsabsicht gab», wiederholte Mueller. Das war der Kern des Verfahrens. Im Zusammenhang mit Justizbehinderung und Einflussnahme waren nicht einzelne Handlungen an sich unrechtmäßig. Die Handlungen mussten mit «Korruptionsabsicht» und «vorsätzlich» ausgeführt werden, mit dem Ziel, die Justiz zu behindern. Der springende Punkt war also die zugrundeliegende Haltung. Warum hatte der Präsident in dieser Weise gehandelt? Das, so nahm Dowd an, war der Grund, warum Mueller die Aussage des Präsidenten wollte.

«Haben Sie irgendwelche Beweise, dass Schmiergelder geflossen sind?», fragte Dowd. Die Bezahlung illegaler Handlungen, die Anstiftung zum Meineid oder die Vernichtung von Beweismitteln sind normalerweise unerlässliche Bestandteile, um eine Justizbehinderung nachzuweisen. Gesprächsmitschnitte, Zeugenaussagen unter Eid oder schriftliche Dokumente sind die besten Beweismittel. Es sei denn, die Strafverfolger haben es direkt aus dem Mund der unter Verdacht stehenden Person, oder jemand torpediert sich selbst, wovon Dowd im Fall des Präsidenten ausgehen konnte.

«Ihr eigener stellvertretender Justizminister ist ein Zeuge für den Präsidenten», sagte Dowd. Rosenstein hatte eine Empfehlung verfasst, Comey wegen seines Verhaltens in der Clinton-E-Mail-Affäre zu entlassen.

«Tatsache ist, dass er [Rosenstein] den vierseitigen Brief des Präsidenten nahm und neu schrieb. Womit alles gesagt wäre. Dann haben Sie sich den Justizminister vorgenommen. Dann den Vizepräsidenten. Dann McGahn und alle anderen im Umfeld des Präsidenten. Dann Comeys Verhalten, den beide, sowohl der Justizminister als auch sein Stellvertreter, in der Clinton-Sache kritisiert hatten. – Was er vorhatte?», fuhr Dowd fort. «Alle Dokumente und

Zeugenaussagen» geben Antwort darauf. «Sie haben Zeugen befragt, was er [der Präsident] gesagt hat und was er getan hat und wann. Ich gehe davon aus, dass das gesamte Material ungekürzt vorliegt.» Das sei alles, was nötig sei, um zu zeigen, was der Präsident vorhatte.

Mueller kaufte ihm das nicht ab.

Dowd und Sekulow verließen das Gebäude.

«Was denken Sie?», fragte Sekulow.

«Er wird nicht aussagen», sagte Dowd. Es war nichts als ein Wunschtraum gewesen, Mueller würde die Strafverfolgung einstellen.

Dowd glaubte, er könne die Entscheidung des Berufungsgerichts bei der Untersuchung eines unabhängigen Sonderermittlers im Fall von Bill Clintons Landwirtschaftsminister Mike Espy nutzen. Das Gericht hatte damals entschieden, dass für den Präsidenten und seine Berater das Aussageverweigerungsrecht gelte. Strafverfolger, die dieses Recht umgehen wollten, müssten beweisen, dass das Untersuchungsmaterial nennenswerte Beweise enthält, die nirgendwo sonst verfügbar sind.

Das Gericht entschied, die Strafverfolger müssten einen Ermittlungsgegenstand vorlegen, der ein ernsthaftes Verbrechen darstellte und über den nur der Vorgeladene selbst Auskunft geben könne.

Dowd und Sekulow erstatteten Trump Bericht.

«Ich habe inzwischen ein völlig anderes Bild von Mueller», erzählte Dowd Trump. Der Präsident hatte recht gehabt. «Ich traue ihm nicht.»

Die 49 Fragen beunruhigten Dowd. Warum nicht nur fünf?

Warum dieser Mangel an Rücksicht gegenüber dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, der gar nicht die Zeit hat, sich einzuarbeiten, um inmitten so vieler weltweiter Probleme diese Fragen zu beantworten? Dowd

sagte, dies würde die Entscheidung untermauern, der Präsident solle nicht aussagen.

«Ja», sagte Trump. «Die Antworten auf all diese Fragen haben sie bereits.»

Cobb teilte von da an öffentlich mit, der Präsident sei gewillt auszusagen und einige Fragen zu beantworten.

«Mr. President», sagte Dowd, «es handelt sich nicht nur um *einige Fragen*. Es sind 49. Und ich habe abgeraten.»

«Was würden die Leute sagen?», fragte Trump. «Wie sieht das für die Presse aus?»

«Es ist eine Falle, Mr. President. Sie haben weder eine rechtliche noch eine verfassungsrechtliche Grundlage, Sie zu befragen.» Er erwähnte einige Anwälte, die Trump in der Vergangenheit vertreten hatten. «Wenn Ihnen meine Einschätzung nicht ausreicht», rufen Sie sie an.

Ende März rief Trump von Bord der Air Force One aus Dowd an.

«Mr. President, Sie müssen einfach meinem Rat folgen», sagte Dowd. «Wenn nicht, wird das eine Riesenkatastrophe. Sie haben keine Chance, da durchzukommen. Erinnern Sie sich an unser Treffen, als Sie unser Schreiben gelesen haben? Erinnern Sie sich, dass Sie keine Einwände hatten und die Strategie nachvollziehen konnten? Wir haben das Ding problemlos gewonnen. Die 49 Fragen, das sagen Sie selbst, Mr. President, sind alle bereits beantwortet. Ihre Leute haben sie beantwortet. Ihre Rechtsanwälte haben sie beantwortet. Ihre Mitarbeiter. Ich meine, Priebus, Bannon, sie alle haben dem Sonderermittler doch akzeptable Aussagen geliefert. Er hat nichts anzufechten. – Der Brunnen ist nicht vergiftet, Mr. President. Niemand hat gelogen. Es fehlen keine Dokumente. Noch kein Präsident in der Geschichte

hat getan, was Sie getan haben. Ich würde Sie so gern davon überzeugen, dass Sie einfach stolz darauf sind und es dabei bewenden lassen. – Und noch etwas, Mr. President, ich möchte empfehlen, das genau so an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir werden Bob höflich mitteilen, dass Sie aus naheliegenden Gründen, aber auch aus verfassungsrechtlichen Gründen für eine Befragung nicht zur Verfügung stehen und dass Sie das Amt für Ihre Nachfolger schützen. Wenn Sie aussagen, haben wir Jahrzehnte von Ätsch-Bätsch-Spielchen und eidesstattlichen Aussagen des Präsidenten vor uns. Das ist einfach nur ein neues Spielchen. Noch dazu, wenn überhaupt kein Verbrechen vorliegt und es keinen Anfangsverdacht gibt, verstehen Sie?»

Den Ermittlungen in der Iran-Contra-Affäre unter Reagan, in der Whitewater- und Lewinsky-Affäre bei Clinton und der Watergate-Affäre bei Nixon lagen immer rechtswidrige Handlungen zugrunde, sagte er. «Und außerdem habe ich keinerlei Zweifel, dass Sie aussagen würden, wenn es strafbare Handlungen gäbe, wo das Weiße Haus weiterhelfen könnte. Und dass Sie ein guter Zeuge wären, wenn jemand Sie über einen Mitarbeiter befragen wollte, der sich ungebührlich verhalten hat, wenn Sie es mitbekommen haben. Dann würden Sie aussagen. Aber das ist hier nicht der Fall. In diesem Fall sind alle Fragen bereits beantwortet. – Sie torpedieren meine Arbeit. Ich versuche, ein guter Anwalt zu sein.»

«Sie sind ein guter Anwalt», sagte Trump. «Sie sind ein großartiger Anwalt.»

«Als Anwalt, als Vertreter des Rechts, kann ich nicht neben Ihnen sitzen und zusehen, wie Sie sich der Befragung unterziehen, wenn ich genau weiß, dass Sie dazu nicht imstande sind.»

Dowd wollte die Sache möglichst schönreden, um sagen zu können, dass es nicht Trumps Schuld sei. Es sei vielmehr die Last des Amtes. In dieser Auseinandersetzung durfte er nicht verletzend werden, das wusste er. Er durfte nicht sagen, wovon er doch wusste, dass es so war: «Sie sind ein verdammter Lügner.» Das war das Problem.

Also sagte Dowd: «Sie haben ein Problem damit, bei der Sache zu bleiben. Das kann Sie vernichten. Sie versuchen dann, sich selbst zu übertreffen, stellen irgendetwas falsch dar, und wumm. Es ist wie bei Mike Flynn, der sich nicht mehr an das Gespräch mit Kisljak erinnern konnte.»

Ein weiteres Mal rief Trump von Bord der Air Force One seinen Anwalt an:

«Sind Sie zufrieden?», fragte der Präsident.

«Nein, Mr. President», sagte Dowd. «Ich bin nicht zufrieden. Es macht mir verdammt großen Kummer. Ich habe das Gefühl, versagt zu haben. Ich habe als Ihr Rechtsanwalt versagt. Es ist mir nicht gelungen, Sie davon zu überzeugen, meinen Rat zu befolgen. Das ist so, als wäre ich Ihr Arzt. Ich weiß, was Sie plagt. Ich weiß, was für ein Problem Sie haben. Ich habe Ihnen etwas verschrieben, wovon ich weiß, dass ich Ihnen damit die Schmerzen nehmen kann. Wissen Sie, Mr. President, oberstes Gebot ist, dem Mandanten nicht zu schaden. Genau da stehen wir jetzt. Wenn ich da mit Ihnen hingehe und neben Ihnen sitze und Sie etwas tun lasse, wovon ich der Meinung bin, dass es Ihnen schaden und Sie in weitere Schwierigkeiten bringen wird, sollte man mir meine Lizenz entziehen. Vielleicht gibt es andere Anwälte, die all das nicht kratzt.»

«Ich weiß doch, John. Ich weiß, dass Sie frustriert sind.»

«Ja. Und ich sage Ihnen ganz offen, dass ich den Tag bereue, an dem ich Ihnen Ty Cobb empfohlen habe. Und ich kann es nicht fassen, dass er gegen mich arbeitet.»

«Na ja», sagte Trump, er «habe ihn gebeten», zu verlautbaren und klarzumachen, dass der Präsident vor einer Aussage keine Angst hat.

«Das hätte er ablehnen müssen. Er ist Angestellter der Regierung. Außerdem können ihn die ja als Zeugen aufrufen. Er ist Ihnen gegenüber nicht befangen.»

«Oje», sagte Trump und klang beunruhigt, «ich habe sehr viel mit ihm gesprochen.»

«Ich wünschte, ich könnte Sie überzeugen», sagte Dowd. «Sagen Sie nicht aus! Entweder das oder der orangefarbene Overall. Wenn die Entscheidung ansteht und Sie dabei bleiben, kann ich Sie nicht weiter begleiten.»

«Sie gehen?», fragte Trump. «Wie können Sie mich im Stich lassen?»

Das sei eine Frage des Prinzips, meinte Dowd, die Pflicht eines Anwalts sei, seinen Mandaten zu schützen.

«Ich wünschte, Sie würden bleiben. Sie sind ein großartiger Anwalt.»

Dowd wusste, dass das nur Gerede war. Das war einer von Trumps typischen Widersprüchen. Es kann eine teuflische Auseinandersetzung geben, aber wenn man damit durch ist, ob am Telefon oder persönlich, bedankt sich Trump und sagt, er schätze die Leistungen der betreffenden Person sehr.

In seinem ganzen Berufsleben hatte Dowd höchstens fünf Mandanten gehabt, die sich so wohlwollend bedankt haben.

Sekulow und Cobb riefen Dowd an und klagten, der Präsident antworte ihnen nicht und weise sie ab. Sie mussten Dowd bitten, den Präsidenten anzurufen.

«Mr. President», sagte Dowd bei einem Anruf am 21. März abends gegen 22 Uhr.

«Hallo, John», sagte der Präsident. Er war sehr freundlich. Ruhig.

«Mr. President», sagte Dowd, «entschuldigen Sie, dass ich Sie störe. Aber Ty und Jay haben bei mir angerufen.» Sie wollten, dass er ihn fragte, ob er aussagen würde.

Trump sagte, er habe beschlossen auszusagen. Er würde mit Mueller schon fertig. «Das ist der Stand, John. Tut mir leid, dass Sie mir da nicht zustimmen.»

«Tja, ist ja auch nicht meine Aufgabe, Ihnen zuzustimmen. Meine Aufgabe ist, Sie zu schützen. Und wenn Sie jetzt Ihrem eigenen Rat folgen, werden Sie in Schwierigkeiten geraten. Ich folge nie nur meinem eigenen Rat, Mr. President.»

«Sie haben Anwälte?»

«Allerdings! Bei dem ganzen Mist, den ich schon hinter mir habe? Natürlich habe ich Anwälte.»

«Das ist der Stand», wiederholte Trump. «Ich glaube, der Präsident der Vereinigten Staaten kann es sich nicht leisten, sich auf den fünften Zusatzartikel zur Verfassung zu berufen» und die Aussage zu verweigern, wenn er gegen sich selbst aussagen müsste.

«Wir könnten eine viel bessere Darstellung abliefern, Mr. President. Übrigens, wenn ich das noch nachtragen darf. Ich denke, wir sollten die Meinungsführer aus dem Kongress vorab unterrichten, bevor wir damit an die Öffentlichkeit gehen.» Er solle sämtliche Zeugenaussagen und Dokumente nehmen und ihnen die Argumente vorlegen, bevor er in einen Gerichtsstreit

gerät. «Erklären Sie ihnen, warum Sie nicht aussagen. Wenn wir ihnen das gesamte Material vorlegen …»

«Keine schlechte Idee», sagte Trump. «Aber, John, die Leute da draußen werden nicht erfreut sein, wenn ich nicht aussage.» Er führte nicht näher aus, wer «die Leute» waren – aber Dowd wusste, dass Trumps Parteibasis gemeint war, die Menschenmassen auf den Parteiveranstaltungen, die *Fox-News*-Zuschauer, die Abgehängten.

«Und was werden sie denken, wenn Mueller Anklage erhebt wegen Verstößen gegen 1001?», fragte Dowd unter Anspielung auf den Paragraphen zu Falschaussagen.

«Nein, nein, ich bin ein guter Zeuge. Ich werde ein richtig guter Zeuge sein.»

Dowd wusste, dass Trump sich da etwas vormachte, das war alles Schwachsinn. Er hatte dem Präsidenten einmal die Anekdote von einem Anwaltskollegen aus Florida erzählt, der damals Trumps eidesstattliche Aussage entgegengenommen hatte. Als der Anwalt ihn gefragt hatte, womit er sein Geld verdiente, füllte Trumps Antwort sechzehn Seiten.

«Sie sind kein guter Zeuge», sagte Dowd noch einmal. Manche wären das einfach nicht. Dowd nannte ein Beispiel. «Erinnern Sie sich an Raj Rajaratnam, Mr. President?»

«Der Hedgefonds-Typ?», rief Trump. Dowd hatte den Milliardär und Gründer der Galleon Group Rajaratnam als Anwalt vertreten. Er wurde 2011 wegen Insiderhandels zu elf Jahren Gefängnis verurteilt.

«Ein brillanter Mann», sagte Dowd. «Wenn man so mit ihm am Tisch saß und sich mit ihm unterhielt, war er einer der begabtesten und eloquentesten Typen, die ich je kennengelernt habe. Er kann über alles reden. Wenn ich ihn

auf eine Aussage vorbereitet hatte, nur fünf Minuten zu einem Thema, hat er sich in die Hosen gemacht. Er wurde plötzlich so nervös – ich meine, er konnte nicht … Und wenn ich ihn dann direkt befragte, hat er kaum seinen eigenen Namen herausgebracht. Das liegt nun mal so in der Natur, und darin bin ich Experte.

Ich fürchte, ich kann Ihnen einfach nicht helfen, Mr. President», sagte Dowd.

Er erklärte dem Präsidenten, dass er jedes Recht dazu hätte, auf Mueller stocksauer zu sein.

«Die werden nicht auf die Amtsenthebung zusteuern. Wollen Sie mir Scheiß erzählen? Lauter Memmen, die ganze Stadt. Die Medien, der Kongress. Die sind alle feige. Was sollte denn die Anklage sein? Ausübung von Artikel II? Hä? Hallo? Hallo! Da will ich Sprecher Ryan mal hören, wie er das vor dem Rules Committee und dem Judiciary Committee beantragt.»

Das Problem sei die Presse, sagte Trump. «Die machen mich fertig.»

«Mr. President, Sie waren derjenige, der seine Steuererklärungen nicht offenlegen wollte. Die erste Runde ging schon an Sie. Das tat ihnen verdammt weh. Sie hassen Sie. Sie hassen Ihren Mut.»

Was die Presse eigentlich wolle.

«Man sollte sämtliche Presseakkreditierungen einziehen. Man sollte sie hier verdammt noch mal rauswerfen. Ich glaube nicht, dass sie das Recht haben, ins Weiße Haus zu kommen und sich so aufzuführen.»

Trump sagte, dass er genauso denke. «Aber ich werde jedes Mal davon abgehalten, John. Sie …», also Hope Hicks und Kelly, «halten mich jedes Mal davon ab, wenn ich jemandem die Akkreditierung entziehen will.»

Die Presse, Mueller, der Kongress, sagte Dowd. «Wir sollten ihnen sagen, sie sollen sich verpissen. Dann können Sie endlich wieder Ihr Amt als Präsident der Vereinigten Staaten ausüben. Verglichen mit dem, was Sie täglich machen, ist das ein Mückenstich am Hintern eines Elefanten. Und so behandeln wir das auch und legen los.» Dowd betrachtete das als sein Abschlussplädoyer.

«Sie sind ein großartiger Kerl», sagte Trump. «Ich danke Ihnen. Entschuldigen Sie, dass ich Sie so lange wach gehalten habe.»

Am nächsten Morgen teilte Dowd seiner Frau Carole mit: «Ich bin raus.» Er rief den Präsidenten an und teilte ihm mit, dass er sein Mandat niederlegen werde. «Tut mir leid, dass ich zurücktreten muss. Ich schätze Sie. Ich stehe hinter Ihnen. Und ich wünsche Ihnen alles erdenklich Gute. Aber wenn Sie meinen Rat nicht annehmen, kann ich Sie nicht vertreten.»

«Ich verstehe Ihre Enttäuschung», sagte der Präsident. «Sie haben einen großartigen Job gemacht.»

«Wann immer ich etwas für Sie tun kann, Mr. President, rufen Sie mich jederzeit an.»

«Danke!»

Zwei Minuten später rief die *New York Times* bei Dowd an, und auch *The Washington Post* meldete sich. Dowd sah Trump geradezu vor sich, wie er den Hörer abnahm und Maggie Haberman von der *Times* anrief. «Maggie? Der verfluchte Dowd hat gerade sein Mandat niedergelegt.» Trump mochte es, wenn er der Erste war, der eine Neuigkeit vermelden konnte.

Immerhin hatte Dowd das Gefühl, er war ihnen zuvorgekommen und hatte das Mandat rechtzeitig niedergelegt, bevor sie ihn gefeuert und ihm einen

Arschtritt versetzt hatten.

Dowd war weiterhin davon überzeugt, dass Mueller weder in der Russland-Sache noch für eine Strafvereitelung etwas in der Hand hatte. Er hoffte auf die Meineid-Falle. Und wenn er sich knallhart selbst analysierte, glaubte er auch, dass Mueller ihn, und den Präsidenten, zum Trottel gemacht hatte, damit sie bei den Aussagen und Unterlagen kooperierten.

Dowd war enttäuscht von Mueller, dass er mit solchen Tricks arbeitete.

Nach 47 Jahren kannte Dowd das Spiel, kannte die Staatsanwälte. Sie schufen sich ihre Fälle. Mit all den Aussagen und Dokumenten konnte Mueller schon etwas zusammenbasteln, was schlecht aussehen würde. Möglicherweise hatten sie ja auch noch etwas Neues, Belastendes, was er inzwischen durchaus für wahrscheinlich hielt. Vielleicht hat ein Zeuge wie Flynn seine Aussage revidiert. So etwas kommt vor und kann dramatische Folgen haben. Ein früherer Unterstützer packt aus, gibt zu, gelogen zu haben, und wendet sich gegen den Präsidenten. Dowd glaubte nicht daran, aber das galt es zu bedenken und als Möglichkeit in Betracht zu ziehen.

Manches war klar, und vieles unterlag auch nicht ganz so komplexen, verworrenen Untersuchungen. Es gab kein perfektes Röntgenbild, keine Tonmitschnitte, keinen Bauplan. Dowd glaubte nicht, dass der Präsident mit den Russen konspiriert oder die Justiz behindert hat.

Aber Dowd erkannte in der Person und seiner Präsidentschaft einen fatalen Fehler. In all dem politischen Hin und Her, den Ausflüchten, Dementis, Tweets, dem Verschleiern, dem «Fake News»-Geschrei und der Empörung hatte Trump ein vorrangiges Problem, das Dowd kannte. Und doch brachte er es nicht über sich, dem Präsidenten zu sagen: «Sie sind ein verdammter Lügner.»

ViSiT WWW.iBOOKS.TO

Dank

Dies ist mein neunzehntes Buch mit Alice Mayhew, meiner Lektorin bei Simon & Schuster, in den vergangenen sechsundvierzig Jahren. Mitten in dieser Amtszeit Trumps, mit all ihren Kontroversen und Untersuchungen, begriff Alice sofort, wie wichtig es ist herauszufinden, was Trump auf dem Gebiet der Außen- und Innenpolitik tatsächlich getan hat. Alices umfassendes und brillantes Engagement spiegelt sich im Konzept dieses Buches wider, in Tempo, Struktur und Ton.

Jonathan Karp, Präsident und Herausgeber von Simon & Schuster Adult Publishing, ist Meister seines Fachs. Er widmete diesem Buch Zeit und scharfen Verstand. Er half bei der Überarbeitung und bedachte all die Chancen, die Verpflichtungen und die Schwierigkeiten, die mit der Veröffentlichung eines Buches über Trump in diesen erschütternden Zeiten einhergehen. Ihm verdanke ich viel. Er war mal das Wunderkind; heute ist er mittleren Alters, verfügt aber noch immer über die Energie eines Wunderkindes.

Ich danke Carolyn K. Reidy, der Geschäftsführerin bei Simon & Schuster, die meine Arbeit seit Jahrzehnten fördert und unterstützt.

Bei Simon & Schuster danke ich: Stuart Roberts, Alice Mayhews talentiertem, tatkräftigem und aufmerksamem Assistenten, Richard Rhorer, Cary Goldstein, Stephen Bedford, Irene Kheradi, Kristen Lemire, Lisa Erwin, Lisa Healy, Lewelin Polanco, Joshua Cohen, Laura Tatum, Katie Haigler, Toby Yuen, Kate Mertes und Elisa Rivlin.

Mein besonderer Dank gilt Fred Chase, dem reisenden Ratgeber und außergewöhnlichen Korrektor, der eine Woche in Washington bei Evelyn und mir verbrachte. Fred liebt Wörter und Gedanken. In dieser Woche ging er dreimal mit größter Sorgfalt und Weisheit das Manuskript durch. Wir nennen Fred den Problemlöser, und mit seinen spitzen roten und grünen Bleistiften hinterlässt er auf bald jeder Seite seine Spuren.

Ich wünschte, ich hätte in den vergangenen zwei Jahren sorgfältig Notizen gemacht von meinen regelmäßigen Gesprächen über Trump mit Carl Bernstein, meinem Nixon-Watergate-Partner. Wir waren nicht immer einer Meinung, aber ich mochte diese Gespräche und die tiefen Einsichten, die er über die Präsidentschaft, Washington und die Medien hegt. Die Freundschaft mit und Zuneigung zu Carl ist eine der Handvoll Freuden in meinem Leben.

The Washington Post hat mich generöserweise weiterbeschäftigt. Ich bin heutzutage nicht mehr voll in den Redaktionsalltag eingebunden, da ich nur selten zur *Post* in die Innenstadt fahre, sondern von meinem Büro daheim aus arbeite. Und meine Tätigkeit beschränkt sich zumeist auf ein Telefonat mit einem Kollegen, der eine Frage hat, meist über die Vergangenheit. Leitender Redakteur ist allerdings ein wunderbarer Titel und erlaubt mir, mich meinen journalistischen Wurzeln verbunden zu fühlen. Die *Post* ist siebenundvierzig Jahre lang meine Heimat und Familie gewesen. Sie wird heute außergewöhnlich gut geleitet und liefert mit den besten, aggressivsten und notwendigen Journalismus in der Ära Trump. Mein Dank gilt Marty Baron, dem Chefredakteur, Cameron Barr, dem Chef vom Dienst, Jeff Leen, dem Chef der Recherche, Robert Costa, Tom Hamburger, Rosalind Helderman, David Fahrenthold, Karen Tumulty, Philip Rucker, Robert O’Harrow, Amy

Goldstein, Scott Wilson, Steven Ginsberg, Peter Wallsten, Dan Balz, Lucy Shackelford und zahllosen anderen bei der *Post*.

Ich bedanke mich bei vielen alten Kollegen und Freunden, die bei der *Post* sind oder waren: Don Graham, Sally Quinn, David Maraniss, Rick Atkinson, Christian Williams, Paul Richard, Patrick Tyler, Tom Wilkinson, Leonard Downie Jr., Marcus Brauchli, Steve Coll, Steve Luxenberg, Scott Armstrong, Al Kamen, Ben Weiser, Martha Sherrill, Bill Powers, Carlos Lozada, Fred Hiatt, John Feinstein und dem Verleger Fred Ryan.

Großer Dank gilt Michael Kranish und Marc Fisher, die eine Gruppe von Reportern der *Post*, darunter auch mich, zusammenstellten, um über Trump vor den Wahlen zu berichten. Das Ergebnis war Michael und Marcs Buch *Trump Revealed*, eine der besten Quellen zu dem zukünftigen Präsidenten. Es beinhaltet über zwanzig Stunden Interviews mit Trump.

All jene, die noch immer bei der *Post* arbeiten oder mit ihr zu tun haben, haben allen Grund, dankbar zu sein, dass Jeff Bezos, der Gründer und Chef von Amazon, Besitzer der *Post* ist. Er hat Zeit und viel Geld investiert, um der Zeitung die zusätzlichen journalistischen und redaktionellen Ressourcen zu verschaffen, um tiefschürfende Untersuchungen vornehmen zu können. Die unabhängige Zeitungskultur, die Katharine Graham und Don Graham beförderten und rigoros unterstützten, blüht und gedeiht.

Ein Buch über den amtierenden Präsidenten verdankt dem Journalismus, dem Schreiben und den Büchern, die den Weg bereitet haben, sehr viel. Im Wirbel der tagtäglichen Nachrichten gibt es schon so viel über Trump. Das ist kein Kreislauf mehr, sondern ein steter Strom. Dieses Buch basiert auf meinen eigenen Recherchen, aber es ist unausweichlich, dass Ideen oder Informationen direkt oder indirekt aus anderen Veröffentlichungen und

Meldungen stammen. Ich bin all denen zu größtem Dank verpflichtet, die über Trump und diese politische Ära berichtet haben, vor allem in der *Washington Post*, bei der *New York Times*, im *Wall Street Journal*, bei *Axios* und *Politico*.

Robert B. Barnett, mein Anwalt, Berater und Freund, leistete erneut herausragende Arbeit. Ganz dem Konzept verpflichtet, stets für seine Mandanten da zu sein, sorgte er für umfassende Betreuung. Bob kennt sich in der politischen Szene Washingtons und der Verlagswelt von New York aus wie kein Zweiter, und er setzt dieses Wissen mit Raffinesse und Hingabe für seine Mandanten ein.

Evelyn und ich haben das Glück, die Anwesenheit, Fürsorge und Freundlichkeit von Rosa Criollo und Jackie Crowe genießen zu dürfen.

Tiefste Wertschätzung und Liebe gilt Tali Woodward, meiner älteren Tochter, Direktorin des Master-Programms an der Columbia Journalism School. Sie hat regelmäßig kluge Ratschläge beigesteuert. Meine Liebe gilt auch ihrem Gatten Gabe Roth und deren beiden Kindern Zadie und Theo – meinen Enkeln.

Diana Woodward, unsere jüngere Tochter, ist im Abschlussjahr in Yale, wo ihr Schwerpunkt auf den Geisteswissenschaften und auf Psychologie liegt. Wenn sie in den Semesterferien nach Hause kommt, bringt sie jenen Funken und all die Freude mit, die wir im Haus so sehr vermissen.

Dieses Buch ist meiner Frau Elsa Walsh gewidmet, weithin bekannt als die Güte in Person, denn sie lebt nach Henry James' Worten über die Bedeutung und Wichtigkeit von Güte. Bei Elsa bedeutet dies nicht einfach selbstlose Wertschätzung einer jeden Person, sondern auch hohen Respekt für jeden Einzelnen. Dies ist das fünfzehnte Buch, das wir in siebenunddreißig Jahren

gemeinsam durchgestanden haben. Elsa, ehemalige Reporterin für die *Washington Post* und angestellte Journalistin beim *New Yorker*, liebt Menschen, Gedanken und Bücher. Sie wendete ihre natürlichen, erfahrenen und anspruchsvollen redaktionellen Fähigkeiten bei diesem Buch an. Dafür bin ich ihr für immer dankbar. Ich kann ihr nicht genug für ihre Liebe und ihre Unterstützung danken. Über die Jahre habe ich dauerhaften Respekt für ihr Urteilsvermögen entwickelt. Oft frage ich mich: Woher weiß sie das? Woher kommt dieser Scharfsinn? Auf diese Fragen habe ich nie eine umfassende Antwort gefunden. Dafür sehe ich ihre Magie im täglichen Leben. Ich ehre sie – Partnerin und Liebe meines Lebens.

Quellennachweise

Prolog

Die Informationen stammen in erster Linie aus den in der «Mitteilung an die Leser» erläuterten Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

16 Und jetzt lag da dieser Brief: Das Dokument liegt dem Autor vor.

21 Seine oberste Pflicht: Mitgeschnittenes Interview mit Donald J. Trump, 31. März 2016.

Kapitel 1

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen, wie in der «Mitteilung an die Leser» erläutert.

Vgl. Corey Lewandowski/David Bossie, Let Trump Be Trump, New York 2017.

28 er hatte ihn einmal dreißig Minuten lang interviewt: Bannon's 'Victory Sessions' Goes National, Breitbart, 23. Februar 2012.

Kapitel 2

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

35 Trumps Umfeld scheitert …: Alexander Burns und Maggie Haberman, The Failing Inside Mission to Tame Trump's Tongue, The New York Times, 14. August 2016, S. A1. – *https://www.nytimes.com/2016/08/14/us/politics/donald-trump-campaign-gop.html*

39 Times-*Artikel über die gescheiterten Versuche:* ebd.

41 Trump hatte zwischen November …: David A. Fahrenthold und Frances Stead Sellers, How Bannon Flattered and Coaxed Trump on Policies Key to the Alt-Right, The Washington Post, 15. November 2016.

44 am 8. August hatte er in einer Rede …: Donald J. Trump, Remarks to the Detroit Economic Club, 8. August 2016; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=119744*

47 Es sei großartig von Trump gewesen: Louis Nelson, Trump Outlines 10-Point Plan to Reform Veterans Affairs Department, Politico, 11. Juli 2016.

Kapitel 3

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

49 Doch im April berichtete die New Yorker Daily News: Jennifer Fermino, Senior Donald Trump Adviser Appears to Be Fan of NYC Bondage, Swinger's Club, New York Daily News, 12. April 2016.

50 Ich möchte, dass Sie sich das hier ansehen: Andrew E. Kramer, Mike McIntire und Barry Meier, Secret Ledger in Ukraine Lists Cash for

Donald Trump's Campaign Chief, The New York Times, 14. August 2016.

51 Noch in dieser Nacht: ebd.

53 Trotz aller Beleidigungen …: Bob Cusack, Trump Slams RNC Chairman, Calls 2016 Process 'A Disgrace', The Hill, 12. April 2016.

53 Die New York Times *berichtete …:* Jonathan Martin, Jim Rutenberg und Maggie Haberman, Donald Trump Appoints Media Firebrand to Run Campaign», The New York Times, 17. August 2016.

56 Trumps Gesicht im Zustand der Auflösung: https://time.com/magazine/us/4447970/august-22nd-2016-vol-188-no-7-u-s/

Kapitel 4

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

Das tiefgreifende und umfassende Oral-History-Projekt von Yahoo und der Huffington Post «64 Hours in October: How One Weekend Blew up the Rules of American Politics» war mir im ganzen Kapitel eine große Hilfe. Die Daten wurden zusammengetragen von Michael Isikoff, Dylan Stableford, Hunter Walker, Holly Bailey, Liz Goodwin, Lisa Belkin, Garance Franke-Ruta und Gabby Kaufman. Geschrieben wurde es von Dylan Stableford. – *https://www.huffingtonpost.com/entry/yahoo-64-hours-october-american-politics_us_59d7c567e4b072637c43dd1c*

57 Ausgehend von Illinois …: Pam Fessler, 10 Months After Election Day, Feds Tell States More About Russian Hacking, National Public Radio

vom 22. September 2017.

57 Im Juli 2016 begannen …: Eric Lipton, David E. Sanger, Scott Shane, The Perfect Weapon: How Russian Cyberpower Invaded the U.S., The New York Times vom 13. Dezember 2016. Ellen Nakashima, Cybersecurity Firm Finds Evidence That Russian Military Unit Was Behind DNC Hack, The Washington Post vom 22. Dezember 2016.

59 Am nächsten Tag, dem 5. August …: Michael J. Morell, I Ran the C.I.A. Now I'm Endorsing Hillary Clinton, The New York Times vom 5. August 2016.

60 Am Freitag, den 7. Oktober …: Gemeinsame Erklärung vom Ministerium für Heimatschutz und vom Büro des Nationalen Geheimdienstdirektors im Hinblick auf Wahlsicherheit, Archiv des Department of Homeland Security, 7. Oktober 2016.

60 Doch nur eine Stunde später: David A. Fahrenthold, Trump Recorded Having Extremely Lewd Conversation About Women in 2005, The Washington Post vom 8. Oktober 2016.

60 Ich hatte erwartet …: Yahoo-News-Abteilung, 64 Hours in October: How One Weekend Blew Up the Rules of American Politics, Yahoo News/Huffington Post vom 6. Oktober 2017.

61 Trump gab in der Washington Post *eine kurze Stellungnahme ab:* David A. Fahrenthold, Trump Recorded Having Extremely Lewd Conversation About Women in 2005, The Washington Post vom 8. Oktober 2016.

61 Kurz nach Mitternacht …: Abschrift von Donald Trumps Entschuldigung auf Video, The New York Times vom 8. Oktober 2016.

65 Kurz vor 13 Uhr …: Yahoo-News-Abteilung, 64 Hours in October: How One Weekend Blew Up the Rules of American Politics, Yahoo News/Huffington Post vom 6. Oktober 2017.

65 Zwei Stunden später veröffentlichte Melania Trump: ebd.

66 Um 15 Uhr 40 twitterte Trump: ebd.

68 Werden Sie weitermachen?: ebd.

68 Priebus, Christie, ja selbst …: Brent Griffiths, Trump Campaign Manager Reemerges to Show Support for GOP Nominee, Politico vom 9. Oktober 2016. Abschrift der Sendung State of the Union with Jake Tapper auf CNN vom 9. Oktober 2016.

68 Giuliani spielte bei jedem Auftritt: Abschrift der Sendung Meet the Press auf NBC vom 9. Oktober 2016.

69 Der Wahlkampf habe ihn verwandelt: Abschrift der Sendung Fox News Sunday vom 9. Oktober 2016.

69 Als Jake Tapper von CNN meinte …: Abschrift der Sendung State of the Union with Jake Tapper auf CNN vom 9. Oktober 2016.

69 Er hatte alle Register gezogen: Abschrift der Sendung This Week auf ABC vom 9. Oktober 2016.

Kapitel 5

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

Im weiteren Verlauf des Kapitels war das tiefschürfende und weitreichende Oral-History-Projekt der Yahoo News/Huffington Post von 2017 mit dem Titel «64 Hours in October: How One Weekend Blew Up the Rules of American Politics» eine hilfreiche Quelle.

71 Giuliani hatte zwei Mal …: Abschrift von State of the Union, CNN, 9. Oktober 2016; Abschrift von Meet the Press, NBC, 9. Oktober 2016.

72 Kurz vor 19 Uhr 30: Yahoo News Staff, 64 Hours in October: How One Weekend Blew Up the Rules of American Politics, Yahoo News/Huffington Post, 6. Oktober 2017.

72 Um 19 Uhr 26: ebd.

72 Recht früh sprach Anderson Cooper von CNN …: Wahlkampfdebatte an der Washington University in St. Louis, Missouri, Abschrift, Commission on Presidential Debates, 9. Oktober 2016.

78 Pence wurde gut eingesetzt: Pence' Wahlkampfauftritte wurden dokumentiert von der überparteilichen P2016: Race for the White House, *https://www.p2016.org/trump/pencecal1116.html*

79 Am 6. November, zwei Tage vor den Wahlen: Abschrift von Fox News Sunday, 6. November 2016.

79 Wenn wir nicht gewinnen: Donald J. Trump, Äußerung in der J.S. Dorton Arena in Raleigh, North Carolina, 7. November 2016; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=122536*

80 Clintons eigenem Buch zufolge: Hillary Clinton, What Happened (New York 2017), S. 378.

80 als Sieger in North Carolina ausgerufen: Lauren Easton, Calling the Presidential Race State by State, AP. – *https://blog.ap.org/behind-the-news/calling-the-presidential-race-state-by-state*

80 erklärte ihn zum Wahlsieger: ebd.

80 dass Wisconsin an Trump gefallen war: ebd.

80 Es ist nun an der Zeit …: Donald J. Trump, Äußerung in New York City zur Annahme der Wahl zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten, 9. November 2016; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=119495*

81 Der designierte Präsident ließ sich über Priebus aus: ebd.

83 Die Pressemitteilung listete Bannon …: Donald J. Trump, Pressemitteilung – Der designierte Präsident Donald J. Trump gibt die Führungsriege des Teams im Weißen Haus bekannt, 13. November 2016; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=11964*

Kapitel 6

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

90 Doch als er zum Verteidigungsminister nominiert wurde: Trump verkündete am 1. Dezember 2016 auf einer Kundgebung in Cincinnati, dass er Mattis zum Verteidigungsminister nominieren würde.

90 Eine sehr von Trump inspirierte Wahl: Chris Cillizza, Here's Why Donald Trump Picked Rex Tillerson as Secretary of State, The Washington Post, 13. Dezember 2016. Conway gab ihren Kommentar am 12. Dezember 2016 in einer Folge der Andrea Mitchell Reports auf MSNBC ab.

Kapitel 7

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

94 Unerwähnt ließ Cohn: Christine Giordano, Trump's Business Record Score Is 19 Out of a Possible 100, Fox Business, 20. Oktober 2016.

96 Fünf Minuten später: Donald J. Trump, Press Release – President Elect Donald J. Trump to Nominate Steven Mnuchin as Secretary of the Treasury, Wilbur Ross as Secretary of Commerce, 30. November 2016, online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=119711*

97 am zweiten Weihnachtsfeiertag: Interview mit Michael Flynn, 26. Dezember 2016.

98 Flynn wurde weithin kritisiert: Rosalind S. Helderman und Tom Hamburger, Trump Adviser Flynn Paid by multiple Russia-Related Entities, New Records Show, The Washington Post, 16. März 2017.

Kapitel 8

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

100 nicht-geheime Kurzfassung: nachzulesen auf der Website des DNI: *https://www.dni.gov/files/documents/ICA_2017_01.pdf*

101 Steele selbst hatte Teile des Dossiers an das FBI weitergeleitet: Max Greenwood, McCain Gave Dossier Containing 'Sensitive Information' to FBI, The Hill, 11. Januar 2017.

103 Auf der zweiten Seite heißt es: Ken Bensinger/Miriam Elder/Mark Schoofs, These Reports Allege Trump Has Deep Ties to Russia,

BuzzFeed News, 10. Januar 2017.

103 Alles war laut Steeles Dossier darauf ausgerichtet: ebd.

103 Am 9. Dezember erklärte er: Nahal Toosi, Trump Team Rejects Intel Agencies' Claims of Russian Meddling, Politico, 9. Dezember 2016.

103 später sagte er bei Fox News*:* Trump: Claims of Russian Interference in 2016 Race 'Ridiculous', Dems Making Excuses, Fox News, 11. Dezember 2016.

104 Wenn man Hacker nicht auf frischer Tat ertappt: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/808300706914594816*

104 verärgert über Trumps Kritik: Martin Matishak/Connor O'Brien, Clapper: Trump Rhetoric on Intel Agencies Alarming U.S. Allies, Politico, *5.* Januar 2017.

104 Am Tag darauf fragte Kellyanne Conway: Louis Nelson, Conway 'Disappointed' in Media Leaks Before Intel Briefing, Politico, 6. Januar 2017.

104 In einem Telefoninterview mit der New York Times*:* Michael D. Shear/David E. Sanger, Putin Led a Complex Cyberattack Scheme to Aid Trump, Report Finds, The New York Times, 6. Januar 2017.

105 In seinem Buch: James Comey, A Higher Loyalty (New York 2018; dt. Größer als das Amt, München 2018), S. 301f.

106 Russland hege seit langem den Wunsch: Die öffentlich zugängliche Fassung des Geheimdienstberichts vom 6. Januar 2017 ist nachzulesen auf der Website des DNI: *https://www.dni.gov/files/documents/ICA_2017_01.pdf*

106 Trump genoss eine deutliche Präferenz: ebd.

108 Comey schrieb später in seinem Buch: Comey, a.a.O., S. 310.

108 Comey schrieb auch: S. 300.

108 er habe Trump versichert: S. 311.

109 Im Anschluss gab Trump eine Erklärung ab: Trump Says Hacking Had ‘No Effect on the Outcome of the Election’, Politico, 6. Januar 2017.

109 Vier Tage später: Louis Nelson, Bensinger/Elder/Schoofs, a.a.O. BuzzFeed News, 10. Januar 2017.

109 In seinem Buch: James R. Clapper, Facts and Fears (New York 2018), S. 4.

110 Comey schildert darin ausführlich: Comey, a.a.O., S. 299f.

111 Am 15. Januar: Abschrift Fox News Sunday, 15. Januar 2017.

112 Noch am selben Nachmittag: beide Zitate nach der Abschrift der Sendung *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/820723387995717632*

Kapitel 9

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

114 Dabei ging eine Menge schief: Zwei der besten Veröffentlichungen über diese Episode sind Eric Schmitt und David E. Sanger, Raid in Yemen: Risky from the Start and Costly in the End, The New York Times, 1. Februar 2017, und Thomas Gibbons-Neff und Missy Ryan, In Deadly Yemen Raid, a Lesson for Trump’s National Security Team, The Washington Post, 31. Januar 2017.

114 Owens Vater Bill: Julie K. Brown, Slain SEAL's Dad Wants Answers: 'Don't Hide Behind My Son's Death', Miami Herald, 26. Februar 2017.

115 Ich verstehe, warum Leute so etwas sagen: Nolan D. McCaskill, Trump Deflects Responsibility on Yemen Raid: 'They Lost Ryan', Politico, 28. February 2017.

115 In einem Interview mit Fox News*:* ebd.

115 An die Kongressmitglieder und 47 Millionen Fernsehzuschauer: Donald J. Trump, Address Before a Joint Session of the Congress, 28. Februar 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=123408*

118 Als Privatmann hatte Mattis: Carla Marinucci, Ex-Military Leaders at Hoover Institution Say Trump Statements Threaten America's Interests, Politico, 15. Juli 2016.

118 Senator McCain hatte an dem Tag …: Emma Loop, John McCain Says the Recent Yemen Raid Was a 'Failure', BuzzFeed News, 7. Februar 2017.

120 Nach dem Brexit-Votum der britischen Wähler …: Das Referendum über den Brexit fand am 23. Juni 2016 statt.

121 In seiner Münchener Rede im Februar: Intervention by Secretary of Defense Mattis, Session One of the North Atlantic Council, NATO Defense Ministerial, 15. Februar 2017.

121 Ungeachtet dessen erklärte er: U.S. Defense Chief Says NATO Is 'Fundamental Bedrock', Reuters, 15. Februar 2017.

121 Auf einer Pressekonferenz: Donald J. Trump, The President's News Conference with Secretary General Jens Stoltenberg of the North

Atlantic Treaty Organization, 12. April 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=123739*

121 Als Trump im Mai 2017 in Brüssel …: Donald J. Trump, Remarks at the Dedication Ceremony for the Berlin Wall Memorial and the 9/11 and Article 5 Memorial in Brussels, Belgium, 25. Mai 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=125840*

Kapitel 10

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

122 Was zum Teufel …: Greg Miller, Adam Entous und Ellen Nakashima, National Security Adviser Flynn Discussed Sanctions with Russian Ambassador, Despite Denials, Officials Say, The Washington Post vom 9. Februar 2017.

122 In der Geschichte der Washington Post*:* ebd.

123 Aus einem sechsseitigen internen Papier: Dem Autor vorliegendes Dokument.

124 Der designierte Präsident lobte Putin: Siehe Trumps Tweet auf: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/814919370711461890*

124 Flynns Rücktritt wurde am 13. Februar 2017 verkündet: Greg Miller, Philip Rucker, Michael Flynn Resigns as National Security Adviser, The Washington Post vom 14. Februar 2017.

125 Ich übernehme die volle Verantwortung: Carol D. Leonnig, Adam Entous, Devlin Barrett, Matt Zapotosky, Michael Flynn Pleads Guilty to Lying to FBI on Contacts with Russian Ambassador, The Washington Post vom 1. Dezember 2017.

126 viel Tamtam um McCabes Frau: D'Angelo Gore, Clinton's Connection to FBI Official, FactCheck.org, 25. Oktober 2016.

126 675288 Dollar für ihre erfolglose Kandidatur: ebd. Siehe dazu auch: D'Angelo Gore, Trump Wrong About Campaign Donations, FactCheck.org am 26. Juli 2017.

127 er griff dieses Thema in Reden und Tweets immer und immer wieder auf: Siehe Trumps Tweets auf *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/889792764363276288* und *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/890207082926022656* sowie *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/890208319566229504*

127 Sie wissen doch sicher von der Geschichte: Michael S. Schmidt, Mark Mazzetti, Matt Apuzzo, Trump Campaign Aides Had Repeated Contacts with Russian Intelligence, The New York Times vom 14. Februar 2017.

129 Eine Woche später, am 24. Februar 2017: Jim Sciutto, Evan Perez, Shimon Prokupecz, Manu Raju, Pamela Brown, FBI Refused White House Request to Knock Down Recent Trump-Russia Stories, CNN am 24. Februar 2017.

129 Vier Monate später, am 8. Juni 2017: Michael S. Schmidt, Mark Mazzetti, Matt Apuzzo, Comey Disputes New York Times Article About Russia Investigation, The New York Times vom 8. Juni 2017.

Kapitel 11

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

134 Ich möchte Ihnen mitteilen: Donald J. Trump, Remarks on the Appointment of Lieutenant General H.R. McMaster (USA) as National Security Adviser in Palm Beach, Florida, and an Exchange with Reporters, 20. Februar 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=123396*

Kapitel 12

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

135 Die letzten Zweifel wurden zerstreut: Christine Kim, Voice of Triumph or Doom: North Korean Presenter Back in Limelight for Nuclear Test, Reuters, 4. September 2017.

135 Dem Atomwaffenzentrum des Nordens zufolge: Matt Clinch, Here's the Full Statement from North Korea on Nuclear Test, CNBC, 9. September 2016.

136 Die Bedrohung durch Nordkorea …: Vgl. dazu die CNS-Datenbank zu nordkoreanischen Raketentests, die unter *https://www.nti.org/analysis/articles/cns-north-korea-missile-test-database/* zum Download bereitsteht.

140 Der ehemalige US-Parlamentär Robert Gallucci …: Podiumsdiskussion zur US-amerikanischen Nordkorea-Politik in der George Washington University, 28. August 2017, Washington, D.C.

Video verfügbar unter *https://www.c-span.org/video/?433122–1/us-policy-north-korea*

140 Trump hatte mehrfach in der Öffentlichkeit …: Rebecca Shabad, Timeline: What Has Trump Said About North Korea over the Years?, CBS News, 10. August 2017.

140 2016 sagte er in einer Wahlkampfrede: ebd.

140 Im Mai 2016 sagte er der Agentur Reuters: ebd.

140 Im Jahr 2017: ebd.

142 Er verurteilte den Atomwaffentest: Barack Obama, Statement on North Korea's Nuclear Test, 9. September 2016; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=118931*

143 Um die Schockwirkung zu vergrößern: Elizabeth Weise, Sony Pictures Entertainment Hacked, USA Today, 24. November 2014.

Kapitel 13

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

145 Der ehemalige Vizepräsident Biden: Bob Woodward, Obama's Wars, a.a.O., S. 62.

146 Er hatte Trump als Blödmann tituliert: Nicholas Fandos, Lindsey Graham Destroys Cellphone After Donald Trump Discloses His Number, The New York Times, 22. Juli 2015. Auch in diversen Videos auf YouTube zu sehen.

146 Er sprach sich für Jeb Bush aus: Cheri Cheng, Lindsey Graham Endorses Presidential Candidate Jeb Bush, News EveryDay, 15. Januar 2016.

146 Graham und McCain hatten eine gemeinsame Erklärung abgegeben: Statement by Senators McCain and Graham on Executive Order on Immigration, 29. Januar 2017.

148 Erst wenige Tage zuvor, am 5. März: Den Daten zufolge, die sich in der Datenbank bei CNS finden und die heruntergeladen werden können unter *https://www.nti.org/analysis/articles/cns-north-korea-missile-test-database/*

150 In der Woche zuvor, am 5. März: Trumps Tweets finden sich unter *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/837989835818287106* ; *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/837993273679560704* ; *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/837994257566863360* ; *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/837996746236182529*

151 2015 hatte Trump eine seiner grausamsten …: Jonathan Martin und Alan Rappeport, Donald Trump Says John McCain Is No War Hero, Setting Off Another Storm, The New York Times, 18. Juli 2015.

153 wandte sich die Diskussion den Kontroversen in Südkorea zu: Adriana Diaz, U.S. THAAD Missile System a Factor in South Korea's Presidential Election, CBS News, 8. Mai 2017.

154 Später erklärte Trump Reuters gegenüber: Stephen J. Adler, Jeff Mason und Steve Holland, Exclusive: Trump Vows to Fix or Scrap South Korean Trade Deal, Wants Missile System Payment, Reuters, 27. April 2017.

154 Chris Wallace von Fox News *gegenüber erklärte er:* McMaster Says U.S. Will Pay for THAAD Antimissile System in South Korea, Fox News, 30. April 2017.

Kapitel 14

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

158 McMaster, über Harveys Vorgehen verärgert: McMaster entließ Harvey am 27. Juli 2017.

162 Als man scheinbar kurz vor der Einigung stand: Julie Hirschfeld Davis, Trump Meets Saudi Prince as U.S. and Kingdom Seek Warmer Relations, The New York Times, 14. März 2017.

162 Schließlich gab Trump grünes Licht: Mark Landler and Peter Baker, Saudi Arabia and Israel Will Be on Itinerary of Trump's First Foreign Trip, The New York Times, 4. Mai 2017.

163 Er verkündete, dass die Saudis 110 Milliarden an Waffenkäufen tätigen würden: Aaron Mehta, Revealed: Trump's $110 Billion Weapons List for the Saudis, DefenseNews, 8. Juni 2017.

163 Einen Monat später …: South Korea Trade Ministry Says Ready to Begin Renegotiating U.S. Trade Pact, Reuters, 17. Dezember 2017.

Kapitel 15

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

164 vier Jahre vor seinem offiziellen Einstieg: Trumps Tweet ist nachzulesen unter: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/122396588336349184*

164 Afghanistan ist ein totales Desaster: Trumps Tweet ist nachzulesen unter: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/179270017064513536*

164 Lasst uns aus Afghanistan verschwinden: Trumps Tweet ist nachzulesen unter: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/289807790178959360*

164 Wir sollten Afghanistan sofort verlassen: Trumps Tweet ist nachzulesen unter: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/307568422789709824*

164 Unsere Regierung ist so erbärmlich: Trumps Tweet ist nachzulesen unter: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/324590961827143681*

164 Erlaubt unseren sehr dummen Politikern nicht: Trumps Tweet ist nachzulesen unter: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/403511109942247424*

164 Ein Selbstmordbomber hat gerade US-Soldaten in Afghanistan getötet: Trumps Tweet ist nachzulesen unter: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/679000573241393154*

165 Douglas Lute, Koordinator im Weißen Haus: Bob Woodward, Obama's Wars, a.a.O., S. 361.

166 Präsident Bush hatte diese Operation …: Abschrift, President Bush Discusses the War in Iraq, CQ Transcripts Wire, 20. März 2006.

173 Gastbeitrag im Wall Street Journal*:* Erik D. Prince, The MacArthur Model for Afghanistan, The Wall Street Journal, 31. Mai 2017.

174 Schon jahrelang hatte die CIA …: Bob Woodward, Obama's Wars, a.a.O., S. 8.

174 Am 18. Juli aß Trump …: Ben Jacobs, In Town Pool Report #3, 13 Uhr 12, 18. Juli 2017, *https://www.presidency.ucsb.edu/report.php?pid=2365*

175 Der Nationale Sicherheitsrat versammelte sich: Der Autor hatte Einblick in die damals erstellten Gesprächsnotizen eines Teilnehmers.

177 Später am Tag: ebd.

178 Noch am selben Abend: ebd.

Kapitel 16

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

181 Im Februar hatte Trump gesagt: The President's News Conference with Prime Minister Benjamin Netanyahu of Israel, 15. Februar 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=123361*

181 hatte er als Präsidentschaftskandidat versichert: Donald J. Trump, Remarks at the AIPAC Policy Conference in Washington, DC, 21. März 2016; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=116597*

182 Daher ließ er den kurzen Brief durch die Aussage ergänzen: Tillerson: Iran Remains a Leading State Sponsor of Terror, Breitbart News, 20. April 2017.

182 In einem fünfminütigen Vortrag: Vgl. Tillersons Kommentare in der Abschrift von The Lead with Jake Tapper, CNN, 19. April 2017, *https://transcripts.cnn.com/TRANSCRIPTS/1704/19/cg.01.html* .

Kapitel 17

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

187 Beim Wahlkampfauftritt im Juni 2016: Die Abschrift der Rede ist nachzulesen in Politico, 28. Juni 2016, Donald Trump's Job Plan Speech.

187 Das entspricht der Vorstellung des Präsidenten: Peter Coy, After Defeating Cohn, Trump's Trade Warrior Is on the Rise Again, Bloomberg, 8. März 2018.

191 Jeden Monat brachte er Trump die neuesten Statistiken: Die JOLTS-Zahlen sind öffentlich einsehbar über das Bureau of Labor Statistics: *https://www.bls.gov/jlt/*

192 Er trat den Posten an mit Fünf-Sterne-Referenzen: Besonders für ihn verbürgt hat sich Brett Kavanaugh, der Stabssekretär unter Präsident George W. Bush gewesen war. Bush brachte Kavanaugh dann auf einen Richterstuhl am mächtigen District of Columbia Court of Appeals. Präsident Trump nominierte ihn am 9. Juli 2018 als Richter im Supreme Court.

Kapitel 18

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

199 Bannon war überzeugt: Siehe Emily Crane and Cheyenne Roundtree, Donald's Eruption in the Oval Office: Video Emerges of Trump's 'Furious Argument' with Top Adviser Steven Bannon as Ivanka and Jared Look On, Hours Before President Made Phone Tapping Claims, Daily Mail, 5. März 2017.

200 Er wiederum war überzeugt: Siehe Michael S. Schmidt, Matthew Rosenberg und Matt Apuzzo, Kushner and Flynn Met with Russian Envoy in December, White House Says, The New York Times, 2. März 2017.

201 Der spätere Termin für Modi war ein schlichter Cocktailempfang: Max Bearak, Modi's 'No Frills' Visit to Washington Masks a Potential Minefield, The Washington Post, 26. Juni 2017.

202 Durch die Beseitigung des von Syrien angegebenen Chemiewaffenarsenals …: Barack Obama, Statement on the Elimination of Syria's Declared Chemical Weapons Stockpile, 18. August 2014; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=106702*

203 Wir haben die chemischen Kampfstoffe zu hundert Prozent beseitigen lassen: John-Kerry-Interview mit David Gregory, Meet the Press, NBC, 20. Juli 2014.

203 2016 gab der Nationale Geheimdienstdirektor Clapper öffentlich zu: Peter Baker, For Obama, Syria Chemical Attack Shows Risk of 'Deals with Dictators', The New York Times, 9. April 2017.

204 Am 4. April attackierte Trump in einer öffentlichen Stellungnahme: Donald J. Trump, Statement on the Chemical Weapons Attack in Khan Sheikhoun, Syria, 4. April 2017; online gestellt von Gerhard Peters und

John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=123681*

208 Graham kannte den Trump-Jargon: Am nächsten Tag bezeichnete Putin den Angriff als illegal und widerrief die Vereinbarung zur Verhinderung von Luftzwischenfällen zwischen amerikanischen und russischen Jets über Syrien.

209 hatte Senator McCain einen Auftritt bei Morning Joe*:* Sen. John McCain, R-Ariz, Is Interviewed on MSNBC's 'Morning Joe', Federal News Service, 7. April 2017.

209 Anne-Marie Slaughter: Siehe Slaughters Tweet auf *https://twitter.com/slaughteram/status/850263058756673540*

Kapitel 19

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

213 Es wurde eine Dringlichkeitssitzung für den nächsten Tag einberufen: Sichtung von Notizen eines Teilnehmers durch den Autor.

216 Am 4. Mai hielt Sonny Perdue einen Vortrag im Situation Room: Sichtung von Notizen eines Teilnehmers durch den Autor.

217 Die New York Times *etwa titelte:* Gina Chon und Pete Sweeney, China Surrenders Little to U.S. in First Round of Trade Talks, The New York Times, 12. Mai 2017.

218 Am 8. Juni hielt der Präsident eine Besprechung: Sichtung von Notizen eines Teilnehmers durch den Autor.

Kapitel 20

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

221 Er lieferte ein drei Seiten langes Papier: Dieses Rosenstein-Memo ist einsehbar auf *https://assets.documentcloud.org/documents/3711188/Rosenstein-letter-on-Comey-firing.pdf*

222 Er kam dabei nicht weg: Teilabschrift NBC-News-Interview mit Donald Trump, CNN, 11. Mai 2017, *https://www.cnn.com/2017/05/11/politics/transcript-donald-trump-nbc-news/index.html*

222 Am Abend des 16. Mai: Michael S. Schmidt, Comey Memo Says Trump Asked Him to End Flynn Investigation, The New York Times, 16. Mai 2017.

223 Gedächtnisprotokoll: Comey, Größer als das Amt, a.a.O., S. 34.

223 Auf CNN läutete an diesem Abend …: Derek Hawkins, 'I Think We're in Impeachment Territory', Says David Gergen, Former Aide to Nixon and Clinton, The Washington Post, 17. Mai 2017.

Kapitel 21

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

227 habe ihn die Entscheidung von Justizminister Sessions vom 2. März 2017 überrumpelt: Siehe dazu: Attorney General Sessions' Statement on Recusal, Veröffentlichung des US-Justizministeriums vom 2. März 2017.

228 Dowd studierte das kurze Schreiben Rosensteins: Hier findet sich der genaue Wortlaut der Rosenstein'schen Anordnung: *https://www.documentcloud.org/documents/3726408-Rosenstein-letter-appointing-Mueller-special.html*

229 Die wohl beunruhigendsten Beweisstücke waren …: James Comeys Aussage vor dem Geheimdienstausschuss des Senates am 8. Juni 2017 finden sich im Wortlaut auf: *https://assets.documentcloud.org/documents/3860393/Comey-Opening-Statement-June-8.pdf* – Comeys Memos sind abrufbar unter: *https://assets.document-cloud.org/documents/4442900/Ex-FBI-Director-James-Comey-s-memos.pdf*

233 Anlässlich einer vielbeachteten Pressekonferenz: Donald J. Trump, News Conference in Doral, Florida, vom 27. Juli 2016. Der genaue Wortlaut finden sich online auf der Webseite des American Presidency Project der University of California, das von Gerhard Peters und John T. Woolley betreut wird: *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=118047*

233 Wenn Russland oder irgendein anderes Land …: Siehe dazu Trumps Tweet auf: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/758335147183788032*

233 Das war natürlich ironisch gemeint: Nick Gass, Trump on Russia Hacking Comments: 'Of Course I'm Being Sarcastic', Politico vom 27. Juli 2016.

Kapitel 22

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

239 In der Welt von Geheimdienst und Militär: Bob Woodward, Obama's Wars, a.a.O., S. 56.

241 Einen guten Monat später, am 3. Juli: Siehe die Nordkorea-Langstreckenwaffentest-Datenbank der CNS. Sie kann unter folgender Adresse heruntergeladen werden: *https://www.nti.org/analysis/articles/cns-north-korea-missile-test-database/*

241 Am Nachmittag berief McMaster im Situation Room eine Dringlichkeitssitzung auf höchster Ebene ein: Prüfung von Mitschriften eines Teilnehmers während der Sitzung durch den Autor.

243 am 3. September: Michelle Ye Hee Lee, North Korea's Latest Nuclear Test Was So Powerful It Reshaped the Mountain Above It, The Washington Post, 14. September 2017.

243 Im Wahlkampf erklärte Trump am 10. Februar 2016: Matt Stevens, Trump and Kim Jong Un, and the Names They've Called Each Other, The New York Times, 9. März 2018.

245 Er wurde neun Monate später gefangengenommen: Saddam Hussein wurde wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt, für schuldig befunden und drei Jahre später gehängt.

247 Vom 17. bis 19. Oktober: David Cenciotti, Here Are Some Interesting Details About the Way U.S. B-2 Bombers Trained Over the U.S. to Strike North Korea, The Aviationist, 30. Oktober 2017.

248 Diese Frage weckte Erinnerungen: Wolf Blitzer, Search for the ‘Smoking Gun’, CNN, 10. Januar 2003.

250 Familienzusammenführungsstrategie: William A. Kandel, U.S. Family-Based Immigration Policy, Congressional Research Service, 9. Februar 2018, *https://fas.org/sgp/crs/homesec/R43145.pdf*

250 zwei Drittel: ebd.

Kapitel 23

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

256 zu einer Besprechung über das Pariser Abkommen: Einsichtnahme des Autors in die Mitschrift eines Teilnehmers.

258 im Rosengarten am späten Nachmittag: Donald J. Trump, Remarks Announcing United States Withdrawal from the United Nations Framework Convention on Climate Change Paris Agreement, 1. Juni 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=125881*

259 Am 15. veröffentlichte die Washington Post: Sari Horwitz, Matt Zapotosky und Adam Entous, Special Counsel Is Investigating Jared Kushner’s Business Dealings, The Washington Post, 15. Juni 2017.

260 Priebus bekräftigte noch einmal: Anfang 2018 wurde Jared die vorläufige Top Secret security clearance entzogen, da das FBI weiterhin sehr intensiv seine Vergangenheit durchleuchtete. Doch im Mai erkannte das FBI sie ihm uneingeschränkt zu mit dem Hinweis, seine Probleme

durch die Sonderermittlung seien vom Tisch – eine überraschende Wendung zu seinen Gunsten.

Kapitel 24

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

263 Am Wochenende 8./9. Juli: Der erste Artikel war von Jo Becker, Matt Apuzzo und Adam Goldman, Trump Team Met with Lawyer Linked to Krelin During Campaign, The New York Times, 8. Juli 2017. Der zweite, von denselben Reportern, trug den Titel Trump's Son Met with Russian Lawyer After Being Promised Damaging Information on Clinton, The New York Times, 9. Juli 2017.

263 Am 17. Juli twitterte Trump: Siehe Trumps Tweet unter *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/886950594220568576*

265 Darüber hinaus hatten McGahn, Priebus …: Das Dokument befindet sich in den Unterlagen des Autors.

265 Am 20. Juli ließ Bloomberg …: Greg Farrell und Christian Berthelsen, Mueller Expands Probe to Trump Business Transactions, Bloomberg, 20. Juli 2017.

268 In einer vom Pentagon in Auftrag gegebenen Studie: Tom Vanden Brook, Military Tells Transgender Troops They Can Still Serve and Get Medical Treatment Until Further Notice, USA Today, 27. Juli 2017. Mehr zur Studie siehe *https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_briefs/RB9900/R*

269 Nach Beratungen mit meinen Generälen und Militärexperten …: Siehe Trumps Tweet unter *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/890193981585444864*

270 In zwei weiteren Tweets …: Siehe Trumps Tweets unter *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/890196164313833472* ; *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/890197095151546369*

270 In den Medien herrschte große Verwirrung: Leo Shane III und Tara Copp, Trump Says Transgender Troops Can't Serve in the Military, Military Times, 26. Juli 2017.

270 Trumps Sprecherin Sarah Huckabee Sanders: Pressemitteilung der Pressesprecherin Sarah Sanders, Weißes Haus, 26. Juli 2017.

270 Mehrere Mitarbeiter des Weißen Hauses: Rachel Bade und Josh Dawsey, Inside Trump's Snap Decision to Ban Transgender Troops, Politico, 26. Juli 2017.

270 Der Befehlshaber der US-Küstenwache: Chris Kenning, Retired Military Officers Slam Trump's Proposed Transgender Ban, Reuters, 1. August 2017.

271 Dunford schickte einen Brief: Rebecca Kheel, Joint Chiefs: No Change in Transgender Policy Until Trump Sends Pentagon Direction, The Hill, 27. Juli 2017.

271 Später erhielt das Pentagon: Richard Sisk, Pentagon Ready to Accept Transgender Recruits Starting Jan. 1, Military.com, 30. Dezember 2017.

Kapitel 25

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

273 Trump hatte vor 6 Uhr zwei Tweets an die MSNBC-Show Morning Joe *gerichtet:* Siehe Trumps Tweets unter *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/880408582310776832* ; *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/880410114456465411*

274 Nach dem Mika-Tweet: Glenn Thrush und Maggie Haberman, Trump Mocks Mika Brzezinski; Says She Was 'Bleeding Badly from a Face-Lift', The New York Times, 29. Juni 2017.

275 Trump wollte aus einem … dummen Deal zwischen den USA und Australien heraus: Greg Miller, Julie Vitkovskaya und Reuben Fischer-Baum, 'This Deal Will Make Me Look Terrible': Full Transcripts of Trump's Calls with Mexico and Australia, The Washington Post, 3. August 2017.

276 Die Zeiten sind böse: ebd.

276 Gedanken in ordentlich sauberer Handschrift: Vom Autor beschafftes Dokument.

Kapitel 26

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

279 Erst in der vergangenen Woche: Tom Finn: U.S., Qatar Sign Agreement on Combating Terrorism Financing, Reuters, 10. Juli 2017.

279 Pressekonferenz in Katar: ebd.

280 In seinem langen Bemühen: Einsichtnahme des Autors in Mitschriften eines Teilnehmers.

282 gewährte Trump ungewöhnlicherweise der New York Times *ein Interview:* Peter Baker, Michael S. Schmidt und Maggie Haberman: Citing Recusal, Trump Says He Wouldn't Have Hired Sessions, The New York Times, 19. Juli 2017.

284 unseren angeschlagenen Justizminister: Trumps Tweet: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/889467610332528641*

284 Als es hieß, er unterstützt mich …: Michael C. Bender: Trump Won't Say if He Will Fire Sessions, The Wall Street Journal, 25. Juli 2017.

285 Ich habe weder mit einer fremden Regierung …: Annie Karni, Kushner Defends His Russia Contacts: I Did Not Collude, Politico, 24. Juli 2017.

286 Sessions glaube an die Rechtsstaatlichkeit: Rebecca Savransky: Graham Defends Sessions: Trump Tweets Highly Inappropriate, The Hill, 25. Juli 2017.

286 Priebus redete dem Präsidenten aus ..: Chris Whipple: Who Needs a Controversy over the Inauguration? Reince Priebus Opens Up About His Six Months of Magical Thinking, Vanity Fair, März 2018.

Kapitel 27

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

288 Besprechung der leitenden Stabsmitarbeiter zum Thema Immigration: Einsichtnahme des Autors in die Mitschrift eines Teilnehmers.

293 Alle verdienen sie daran: Das Nuklearabkommen mit dem Iran war für die Länder der Europäischen Gemeinschaft ein Segen gewesen. EU-

Importe aus dem Iran waren 2016 um erstaunliche 347 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. (Quelle: Congressional Research Service, 25. Oktober 2017.) Eine französische Firma hatte im Iran ein Ölgeschäft in Höhe von 4,7 Milliarden Dollar abgeschlossen. Trump betonte diesen Punkt natürlich ohne solche Details.

294 Er hat diese verdammte Bombe auf sie abgeworfen: MOAB ist die offizielle Abkürzung für Massive Ordnance Air Blast.

297 Trump verließ die Sitzung …: Jordan Fabian, In-Town Pool Report #2 – Troop Greeting & Another Comment on Afghan, 12:51 p.m., 20. Juli 2017, *https://www.presidency.ucsb.edu/report.php?pid=2357*

298 Ein leitender Beamter im Weißen Haus: Einsichtnahme des Autors in die Mitschrift eines Teilnehmers.

Kapitel 28

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

304 Er sagte, Trump habe um 6 Uhr 03 am frühen Morgen getwittert: Siehe Trumps Tweet unter *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/889788202172780544*

305 Kunst, Deals zu schließen: Vgl. den Titel von Trumps Buch, The Art of the Deal (1987, dt. Die Kunst des Erfolgs, München 1988).

306 Im November 2017 bekundete er öffentlich: Donald J. Trump, The President's News Conference with Prime Minister Shinzo Abe of Japan in Tokyo, Japan, 6. November 2017; online gestellt von Gerhard Peters

und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=128510*

306 Am 22. Dezember stimmten alle fünfzehn Mitglieder einhellig dafür: Rick Gladstone und David E. Sanger, Security Council Tightens Economic Vise on North Korea, Blocking Fuel, Ships and Workers, The New York Times, 22. Dezember 2017.

308 Reince ist ein schizophrener Paranoiker: Ryan Lizza, Anthony Scaramucci Called Me to Unload About White House Leakers, Reince Priebus and Steve Bannon, The New Yorker, 27. Juli 2017.

309 Er las die neueste Nachricht von @realdonaldtrump: Siehe Trumps Tweet unter *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/891038014314598400*

310 Am selben Tag gab Kelly eine Mitteilung heraus: Cristiano Lima, Kelly 'Honored' to Serve as White House Chief of Staff, Politico, July 28, 2017.

Kapitel 29

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

314 In den 13-Uhr-Nachrichten: Zu den Kommentaren des Sprechers vgl. YouTube, *https://youtu.be/UshUxz7Lt0w*

315 Wir alle müssen zusammenstehen …: Vgl. Trumps Tweet unter *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/896420822780444672*

315 Am späten Nachmittag: Donald J. Trump, Remarks on Signing the VA Choice and Quality Employment Act of 2017 in Bedminster, New

Jersey, 12. August 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=128032* ; und die Bemerkungen des Autors zur Mitschrift eines Teilnehmers.

315 Sehr wichtig für die Nation: Kristine Phillips, Trump Didn't Call Out White Supremacists. He Was Rebuked by Members of His Own Party, The Washington Post, 13. August 2017.

315 wir müssen das Böse beim Namen nennen: ebd.

315 Mein Bruder hat sein Leben im Kampf gegen Hitler …: ebd.

315 zwischen unseren guten Engeln und unseren schlimmsten Dämonen: ebd.

316 Rassismus ist ein Fluch: ebd.

316 Sie halten sich für überlegen und sind nichts als Barbaren: ebd.

316 Der Präsident müsse sich deutlicher positionieren: Abschrift Fox News Sunday, 13. August 2017.

316 Wir haben nicht das geringste Verständnis: Philip Rucker, Pence: 'We Have No Tolerance for White Supremacists, Neo-Nazis or the KKK', The Washington Post, 13. August 2017.

319 Entschlossen ergriff er das Rednerpult: Donald J. Trump, Remarks on the Situation in Charlottesville, Virginia, 14. August 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=128019*

320 Trump zog sich zurück: Trump Condemns Hate Groups Amid Uproar over Initial Response, Abschrift Fox News, 14. August 2017.

Kapitel 30

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

322 ging er auf Fragen ein: Donald J. Trump, Remarks on Infrastructure and an Exchange with Reporters in New York City, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=126765*

323 Danke Präsident Trump für die Ehrlichkeit: Dukes Tweet kann unter *https://twitter.com/drdavidduke/status/897559892164304896* eingesehen werden.

323 Die Leiter sämtlicher Teilstreitkräfte: Ben Watson, How U.S. Military Leaders Are Reacting to Charlottesville, Defense One, 16. August 2017.

323 Auf CBS scherzte Stephen Colbert gallig: Emily Yahr, ‘Clinically Insane’, ‘7th Circle of Hell’: Late-Night Hosts Process Trump’s News Conference, The Washington Post, 16. August 2017.

324 Kenneth Frazier, Vorstandsvorsitzender des Pharmariesen Merck: Nolan D. McCaskill, Trump Attacks Merck CEO for Quitting Manufacturing Council over Charlottesville, Politico, 14. August 2017.

324 Nun, da Frazier zurückgetreten sei: ebd.

324 Immer noch schäumend: ebd.

325 Für jeden CEO, der aus dem Manufacturing Council aussteigt …: Trumps Tweet kann unter *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/897478270442143744* eingesehen werden.

325 Trump kam weiteren Rücktritten zuvor: Trumps Tweet kann unter *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/897869174323728385* eingesehen werden.

325 Am Freitag, den 18. August …: Einsichtnahme des Autors in unmittelbar nach den Geschehnissen angefertigte Notizen

326 Am Montag darauf erschien Cohn im Oval Office: ebd.

327 Mnuchin hatte eine Stellungnahme veröffentlicht: Statement by U.S. Treasury Secretary Steven T. Mnuchin, U.S. Department of the Treasury, 17. August 2017.

329 seine Sichtweise in einem Interview mit der Financial Times darzulegen: Abschrift Gary Cohn on Tax Reform and Charlottesville, Financial Times, 25. August 2017.

Kapitel 31

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

331 Der republikanische Senator Bob Corker: Republican Senator Says Trump Yet to Demonstrate Needed Stability, Reuters, 17. August 2017.

331 Trumps Probleme mit seinem Jähzorn: Nancy Cook und Josh Dawsey, He Is Stubborn and Doesn't Realize How Bad This Is Getting, Politico, 16. August 2017.

331 Indem Präsident Trump fragt …: Jeremy W. Peters, Jonathan Martin und Jack Healy, Trump's Embrace of Racially Charged Past Puts Republicans in Crisis, The New York Times, 16. August 2017.

331 Wie @POTUS Trump gesagt hat …: Pence' Tweet unter *https://twitter.com/vp/status/896471461669605376*

338 Ganz unter uns …: Der Autor hatte Einblick in die Notizen eines Zeugen.

338 Bannon hatte … American Prospect ein Interview gegeben: Robert Kuttner, Steve Bannon, Unrepentant, The American Prospect, 16. August 2017.

338 Eine landesweit im Fernsehen übertragene Ansprache: Donald J. Trump: Address to the Nation on United States Strategy in Afghanistan and South Asia from Joint Base Myer-Henderson Hall, Virginia, 21. August 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=126842*

339 Ich lobe Präsident Trump für einen großen Schritt …: McCain on the New Strategy for Afghanistan, 21. August 2017.

339 dafür sorgen, dass Afghanistan keine Brutstätte …: Kaine: U.S. Must Be ‘Invested’ in Afghanistan, Talking Points Memo, 21. August 2017.

340 wandte er sich an die Taliban: Aaron Blake, Rex Tillerson Totally Undercut Trump’s ‘We Will Win’ Rhetoric on Afghanistan, The Washington Post, 22. August 2017.

Kapitel 32

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

345 Den Entwurf eines Briefes: Das Dokument liegt dem Autor vor.

347 eine Gruppe von Mitarbeitern: Der Autor hat eine während des Treffens verfasste Notiz eines Teilnehmers eingesehen.

348 Trump verkündete das Ende von Obamas DACA-Programm: Michael D. Shear und Julie Hirschfeld Davis, Trump Moves to End

DACA and Calls on Congress to Act, The New York Times, 5. September 2017.

348 Sie haben nichts zu befürchten: Siehe Trumps Tweet auf *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/905788459301908480*

Kapitel 33

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

353 Trump hatte schließlich eingewilligt, ein Memorandum zu unterzeichnen: Donald J. Trump, Memorandum on Addressing China's Laws, Policies, Practices, and Actions Related to Intellectual Property, Innovation, and Technology, 14. August 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=128023*

354 Der Diebstahl geistigen Eigentums kostet …: Donald J. Trump, Remarks on Signing a Memorandum on Addressing China's Laws, Policies, Practices, and Actions Related to Intellectual Property, Innovation, and Technology and an Exchange with Reporters, 14. August 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=128022* . Zu beachten ist, dass Trump diese Bemerkungen am 14. August machte, also an demselben Tag wie seine zweiten Bemerkungen zu Charlottesville. Seine Rede zu Charlottesville hielt er um 12 Uhr 40, seine Bemerkungen zu China machte er um 15 Uhr 06.

360 Kelly beschloss: Einsichtnahme des Autors in die Mitschrift eines Teilnehmers.

Kapitel 34

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

362 Kim unter den richtigen Umständen zu treffen: Ashley Parker und Anne Gearan, President Trump Says He Would Be ‘Honored’ to Meet with North Korean Dictator, The Washington Post, 1. Mai 2017.

362 Nordkorea sollte den USA besser nicht mehr drohen: Donald J. Trump, Remarks Prior to a Briefing on the Opioid Crisis and an Exchange with Reporters in Bedminster, New Jersey, 8. August 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=127991*

363 Ich bin immer in Bewegung: Auszüge aus Trumps Interview mit Michael S. Schmidt, The New York Times, 28. Dezember 2017.

364 Nordkorea komplett zu zerstören: Donald.J. Trump, Remarks to the United Nations General Assembly in New York City, 19. September 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=128326*

364 Kim feuerte drei Tage danach zurück: Full Text of Kim Jong-un’s Response to President Trump, The New York Times, 22. September 2017.

364 Kleinen Raketenmann: Trumps Tweet ist hier nachzulesen: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/911789314169823232*

365 Wochenlang war Tillerson mit den … Vier Neins … präsent gewesen: Arit John und Mark Niquette, Tillerson Vows 'Peaceful Pressure Campaign' Against North Korea, Bloomberg, 17. September 2017.

366 Am 1. Oktober … twitterte Trump: Trumps Tweet ist hier nachzulesen: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/914497877543735296* ; *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/914497947517227008*

366 Im November sah Trump Chris Crane …: Cranes Brief, der die Beschwerden der ICE-Beamten zusammenfasst: *https://jicreport.com/wp-content/uploads/2017/11/POTUS-Ltr-11_13_2017.pdf*

367 Die Nominierung wurde …: Ashley Parker und Matt Zapotosky, Trump Taps Kirstjen Nielsen to Lead Department of Homeland Security, The Washington Post, 11. Oktober 2017.

367 eine fanatische Anhängerin offener Grenzen: Andrew Restuccia und Eliana Johnson, Advisers Bad-Mouth Nielsen as a 'Never Trumper', Politico, 11. Mai 2018.

368 Bei ihrer Anhörung im Senat: ebd.

368 von einem Ozean zum anderen: From sea to shining sea, nach der heimlichen Hymne America the Beautiful.

368 Kelly erschien in der Sendung von Bret Baier: Sophie Tatum, Kelly on Immigration: Trump 'Has Changed the Way He's Looked at a Number of Things', CNN, 17. January 2018.

369 Ich habe am Wochenende mit dem Präsidenten gesprochen: Der Autor hatte Einblick in die damals angefertigten Notizen eines Teilnehmers.

370 Ich bin das Einzige, was den Präsidenten vor der Presse schützt: ebd.

370 Bei einem Treffen in kleinerem Kreis: ebd.

Kapitel 35

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

375 Cohn wusste, dass das verrückt war: Eine geleakte Kopie von Trumps Steuererklärung aus 2005 zeigte, dass er in diesem Jahr 38 Millionen Dollar an Steuern für ein Einkommen von mehr als 150 Millionen Dollar bezahlt hatte – also ungefähr 25 Prozent. Das Dokument ist zu finden unter *https://www.nytimes.com/interactive/2017/03/14/us/politics/document-Donald-Trump-2005-Tax.html*

378 Als die Steuerverhandlungen im November: Saleha Mohsin, Mnuchin Crosses the U.S. Trying to Sell the GOP Tax Plan, Bloomberg, 16. November 2017.

379 Während des Präsidentschaftswahlkampfs im Jahr 2012: Molly Moorhead, Mitt Romney Says 47 Percent of Americans Pay No Income Tax, PolitiFact, 18. September 2012.

379 Während die Mehrzahl der inzwischen 44 Prozent: Roberton C. Williams, A Closer Look at Those Who Pay No Income or Payroll Taxes, Tax Policy Center, 11. Juli 2016.

380 Ihr Einkommen war so gering: 2013 kostete der EITC das Bundesfinanzamt laut PolitiFact 63 Milliarden Dollar. Die Kosten für

den Child Tax Credit beliefen sich dem Committee for a Responsible Budget zufolge auf 57 Milliarden Dollar.

381 Das Gesetz würde jedoch die Steuerlast: Howard Gleckman, How the Tax Cuts and Jobs Act Evolved, Tax Policy Center, 28. Dezember 2017.

383 Die republikanische Führung und Trump feierten: Donald J. Trump, Remarks on Congressional Passage of Tax Reform Legislation, 20. Dezember 2017; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=129018*

Kapitel 36

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

384 In einem ausführlichen schriftlichen Statement: Donald J. Trump, Statement on Former White House Chief Strategist Stephen K. Bannon, 3. Januar 2018; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=128962*

384 55-seitige National Security Strategy: https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12–18–2017–0905.pdf

386 äußerst kompromittierend: Donald J. Trump, Remarks and a Question and Answer Session at the World Economic Forum in Davos, Switzerland, 26. Januar 2018; online gestellt von Gerhard Peters und

John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=128980*

386 Die Schlagzeile: Peter S. Goodman und Keith Bradsher, Trump Arrived in Davos as a Party Wrecker. He Leaves Praised as a Pragmatist, The New York Times, 26. Januar 2018.

387 Es handelt sich nicht bloß um eine Drohung: Peter Baker und Michael Tackett, Trump Says His ‘Nuclear Button’ Is ‘Much Bigger’ Than North Korea’s, The New York Times, 2. Januar 2018.

388 fünf Poker-Hände gleichzeitig: Einsichtnahme des Autors in Mitschriften eines Teilnehmers.

388 einen höhnischen Meiner-ist-größer-als-deiner-Tweet: Peter Baker und Michael Tackett, Trump Says His ‘Nuclear Button’ Is ‘Much Bigger’ Than North Korea’s, The New York Times, 2. Januar 2018.

388 Der Twitter-Account der Washington Post *versuchte klarzustellen: https://twitter.com/washingtonpost/status/948380549156098052*

389 Die Leute rasten nicht aus wegen des tatsächlichen Knopfs: https://twitter.com/colinkahl/status/948395216213626881

389 Andere erinnerten an die Parteitagsrede von Hillary Clinton: Address Accepting the Presidential Nomination at the Democratic National Convention in Philadelphia, Pennsylvania, 28. Juli 2016; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=118051*

389 Eines der zentralen Probleme des ehemaligen Präsidenten: Tom Rogan, Trump’s ‘Nuclear Button’ Tweet About North Korea Was Good, Washington Examiner, 3. Januar 2018.

390 Am 3. Dezember, noch vor Trumps und Kims Wortgefecht: Abschrift: Sen. Lindsey Graham bei Face the Nation, 3. Dezember 2017

Kapitel 37

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

394 eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats: Einsichtnahme des Autors in unmittelbar nach den Geschehnissen angefertigte Notizen eines Sitzungsteilnehmers.

398 Als ich die Einzelheiten dieser Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats erfuhr: Interview mit Präsident Barack H. Obama, 10. Juli 2010.

Kapitel 38

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

398 Der Präsident von Aserbaidschan, Ilham Alijew: US-Botschaft in Aserbaidschan, 21. September 2017, *https://az.usembassy.gov/president-azerbaijan-ilham-aliyev-met-president-donald-trump/*

402 Am 7. Februar versammelte McMaster eine kleine Gruppe: Einsichtnahme des Autors in Notizen eines Teilnehmers.

403 Anfang 2018 sendete 60 Minutes*:* 16 Years Later, Afghan Capital Under Siege, 60 Minutes, CBS, 11. Januar 2018.

404 In den letzten neun Januartagen: Pamela Constable, A String of Deadly Attacks in Afghanistan Exposes Government Weakness, Limits

of U.S. Training Effort, The Washington Post, 29. January 2018.

407 Zum Thema Afghanistan sagte Trump zu Porter: Das sagte Trump zu dem republikanischen Senator Rand Paul im April 2018, um eine entscheidende Stimme für die Bestätigung von Mike Pompeo als Außenminister zu sichern. «Der Präsident», so Paul, «hat mir wieder und wieder gesagt, dass ganz generell wir da verdammt noch mal rausgehen.»

Kapitel 39

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

408 atemberaubend: Siehe Grahams Tweet auf: *https://twitter.com/LindseyGrahamSC/status/939988068823715842*

409 Ich brauche Loyalität. Ich erwarte Loyalität: Comeys Aussage vor dem Geheimdienstausschuss des Senats am 8. Juni 2017 im vollen Wortlaut auf: *https://assets.documentcloud.org/document*

409 Der Präsident berief ein Treffen im Konferenzraum ein: Donald J. Trump, Remarks in a Meeting with Members of Congress on Immigration Reform and an Exchange with Reporters, 9. Januar 2018. Der genaue Wortlaut auf der Webseite des American Presidency Project von Gerhard Peters und John T. Woolley, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=128934*

410 eine geradezu überschwängliche Stellungnahme: Siehe Grahams Tweet: *https://twitter.com/LindseyGrahamSC/status/950800026401492992*

410 Anscheinend ebnet Trump für Millionen Einwanderer …: Julie Hirschfeld Davis, Sheryl Gay Stolberg, Trump Appears to Endorse Path to Citizenship for Millions of Immigrants, The New York Times, 9. Januar 2018.

410 Am Verhandlungstisch: Ashley Parker und Philip Rucker, 55 Minutes at the Table: Trump Tries to Negotiate and Prove Stability, The Washington Post vom 9. Januar 2018.

413 Durbin ging an die Öffentlichkeit: John Byrne, Katherine Skiba und Sen. Dick Durbin, President Trump Used 'Hate-Filled, Vile and Racist' Language in Immigration Meeting, Chicago Tribune vom 12. Januar 2018. – Josh Dawsey, Trump Derides Protections for Immigrants from 'Shithole' Countries, The Washington Post vom 12. Januar 2018.

415 Am 21. Januar griff Graham Miller öffentlich an: Elana Schor, Graham Tees Off on Stephen Miller over Immigration, Politico vom 21. Januar 2018.

415 Am Freitagmorgen … sprach Trump: Donald J. Trump, Remarks at the Conservative Political Action Conference in Oxon Hill, Maryland, am 23. Februar 2018. Vollständiger Wortlaut auf der Webseite von The American Presidency Project von Gerhard Peters und John T. Woolley, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=129472*

416 Auf ihrem Weg …: Das Gedicht wurde im Wahlkampf mehrfach verwendet, wogegen die Familie Brown heftig protestierte. Quellen liegen beim Autor.

417 Er war in Afrika: Peter Baker, Gardiner Harris und Mark Landler, Trump Fires Rex Tillerson and Will Replace Him with CIA Chief Pompeo, The New York Times vom 13. März 2018.

417 Am Morgen des 13. März: ebd.

417 auf dem South Lawn des Weißen Hauses: Donald J. Trump, Remarks on the Nomination of Director of the Central Intelligence Agency Michael R. Pompeo to Be Secretary of State, the Termination of Rex W. Tillerson as Secretary of State, and the Nomination of Gina C. Haspel to be Director of the Central Intelligence Agency and an Exchange with Reporters Upon Departure for San Diego, California, 13. März 2018; online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=129510*

Kapitel 40

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

419 Ich fände es beschämend …: Karen Freifeld: White House Lawyer Cobb Predicts Quick End to Mueller Probe, Reuters, 18. August 2017.

420 Im Dezember erschien … Handelsblatt ein Artikel: Mueller's Trump-Russia Investigation Engulfs Deutsche, Handelsblatt, 5. Dezember 2017.

425 Mike Flynn sollte Immunität beantragen: Siehe Trumps Tweet auf *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/847766558520856578*

426 Er hat zeitgleich einen Vermerk gemacht: Comeys Vermerke sind verfügbar auf *https://assets.documentcloud.org/documents/4442900/Ex-FBI-Director-James-Comey-s-memos.pdf*

Kapitel 41

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

430 Im Januar 2018 versammelten sich …: Einsichtnahme des Autors in zeitgleiche Aufzeichnungen eines Teilnehmers.

432 Beide Frauen … lieferten detaillierte Schilderungen von häuslicher Gewalt: MJ Lee und Kevin Liptak, Former White House Aide's Ex-Wives Detail Abuse Allegations, CNN, 8. Februar 2018; Colbie Holderness, Rob Porter Is My Ex-Husband. Here's What You Should Know About Abuse, The Washington Post, 12. Februar 2018; Felicia Gans, Jennifer Willoughby Called Rob Porter's Alleged Abuse 'Insidious' Last Year, Boston Globe, 10. Februar 2018.

432 Die New York Times *schrieb:* Maggie Haberman und Katie Rogers, Abuse Claims End Star's Rise in White House, The New York Times, 8. Februar 2018, S. A1; Katie Rogers, Aide's Clean-Cut Image Belied His Hot Temper, Former Colleagues Say, The New York Times, 20. Februar 2018, S. A14.

432 In einem schriftlichen Statement erklärte Porter: Josh Dawsey, Beth Reinhard und Elsie Viebeck, Senior White House Official to Resign After Ex-Wives' Allegations of Abuse, The Washington Post, 7. Februar 2018.

433 Das Leben von Leuten wird … zerrüttet: *https://twitter.com/realdonaldtrump/status/962348831789797381*

433 Die Redaktion der Washington Post *bezichtigte das Weiße Haus:* The White House Shrugged Off Domestic Violence. It's Not Alone, The Washington Post, 8. Februar 2018; Mark Landler, Trump, Saying 'Mere Allegation' Ruins Lives, Appears to Doubt #MeToo Movement, The New York Times, 10. Februar 2018.

434 mehr als ein Dutzend Unternehmer: Donald J. Trump, Remarks at a Listening Session with Steel and Aluminum Industry Leaders and an Exchange with Reporters, 1. März 2018, online gestellt von Gerhard Peters und John T. Woolley, The American Presidency Project, *https://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=129484*

436 Gary Cohn tritt nach Zoll-Disput als Trumps Berater zurück: Justin Sink, Jennifer Jacobs, Dakin Campbell und Shannon Pettypiece, Gary Cohn to Resign as Trump Adviser After Dispute over Tariffs, Bloomberg, 6. März 2018.

436 Gary Cohn kündigt nach Differenzen: Damian Paletta und Philip Rucker, Gary Cohn, Trump's Top Economic Adviser, to Resign Amid Differences on Trade Policy, The Washington Post, 7. März 2018.

436 Gary Cohns Rücktritt: Derek Thompson, Gary Cohn Resigns, Apparently over Tariffs, The Atlantic, 6. März 2018.

436 Nach einem verlorenen Kampf: Nick Timiraos, Peter Nicholas und Liz Hoffman, Gary Cohn Resigns as White House Economic Adviser After Losing Tariffs Fight, The Wall Street Journal, 6. März 2018.

437 Sie haben ja gerade den Einsatz … erhöht: Bob Davis, Trump Weighs Tariffs on $100 Billion More of Chinese Goods, The Wall Street Journal, 5. April 2018. Bossert und Trump trafen sich am 6. April 2018.

439 Die Chinesen hatten schon angekündigt: ebd.

440 Bossert hatte seine Gesprächspunkte im Kopf: Abschrift von This Week, ABC News, 8. April 2018.

Kapitel 42

Die Angaben in diesem Kapitel stammen in erster Linie aus Interviews «unter zwei» und «unter drei» mit direkt beteiligten Personen.

447 Dowd und Cobb wurden in der Presse damit zitiert: Michael S. Schmidt, Matt Apuzzo und Maggie Haberman, Mueller Is Said to Seek Interviews with West Wing in Russia Case, The New York Times, 12. August 2017.

447 Das habt ihr mit Flynn gemacht: Jeremy Herb, Evan Perez, Marshall Cohen, Pamela Brown und Shimon Prokupecz, Ex-Trump Campaign Adviser Pleads Guilty to Making False Statemen, CNN, 31. Oktober 2017; Carrie Johnson, Rick Gates Pleads Guilty and Begins Cooperating with Mueller's Russia Investigation, NPR, 23. Februar 2018.

449 Muellers Leute, Quarles und drei weitere: Muellers Fragen unter *https://www.nytimes.com/2018/04/30/us/politics/questions-mueller-wants-to-ask-trump-russia.html* , eingestellt von der New York Times im April 2018.

456 Dowd hatte … Rajaratnam als Anwalt vertreten: Peter Lattman, Galleon Chief Sentenced to 11-Year Term in Insider Case, The New York Times, 13. Oktober 2011.

Register

ABC
63–67, 73, 437, 440
Abgehängte
43, 67, 456
Abtreibung
29, 54
Access Hollywood-Tonmitschnitt
60–65, 72, 78
Ächtung von Mordanschlägen
244
Afghanistan, Afghanistankrieg
155, 164–180, 248, 261f., 293f., 303, 305, 332–340, 400–407
– Mineralvorkommen
176f., 400
AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations)
325
Afrika, Einwanderer
413
Agrarprodukte, *siehe* landwirtschaftliche Produkte
Ägypten, Freilassung eines Amerikaners
418

Ailes, Roger
40f.
Air Force One
199, 303, 309, 317, 338, 351, 362, 364, 452f.
Aktienmarkt, Börse
259, 307, 319, 430, 436, 438
al-Abadi, Haider
407
al-Assad, Baschar
183, 201–210
Alijew, Ilham
400
Alliance for American Manufacturing
325
al-Qaida
86, 113, 155, 159, 335
al-Sisi, Abdel-Fattah
418
Aluminium, Zölle
197, 295, 354, 359, 433f.
American Manufacturing Council
324f.
Amt für Arbeitsmarktstatistik
191
Anschläge vom 11. September
87f., 155, 165, 168, 172, 178, 180, 196, 239, 333, 353, 406

Antibiotika, hergestellt in China
357
Apple
254
Arbeitsmarkt, Arbeitsplätze
33, 43f., 91, 94f., 162, 187, 189–191, 193, 237, 248, 354f., 358, 377, 383, 430f.
– Wanderbewegungen (JOLTS)
191
Archivierungsgesetz (Presidential Records Act)
342
Armed Services Committee (Streitkräfteausschuss des Senats) 104, 145, 152, 333
Artikel II, Machtbefugnisse des Präsidenten
234, 420, 422, 449, 457
Aserbaidschan
400
Atomwaffen, atomare Bedrohung, *siehe auch* NSC
15, 88f., 97f., 104, 135–142, 144, 148f., 152, 158, 177f., 183f., 239f., 243, 248, 291, 295, 362, 365f., 387–390, 395f., 398, 437
August 1914 (Tuchman)
363
Außenpolitik, *siehe auch einzelne Länder und Themen*
99, 125, 209, 227, 261, 282, 289–297, 306, 313, 344
Australien
275–278

Automobilindustrie
95, 197, 236, 295, 357f., 430f.
autonome Fahrzeuge, ökonomischer Einfluss
95

B-2-Tarnkappenbomber
239
Baier, Bret
386
Baker, James A.
90
Banana Republic
189
Bannon, Steve (Stephen K.)
27–45, 48–56, 61–78, 80–83, 86, 91, 113, 116, 130–134, 162, 172–175, 178f., 194, 199f., 203–208, 220, 222, 224, 249–252, 254–257, 261f., 268–271, 284–286, 291–293, 295, 297, 298f., 311f., 331–333, 336–339, 341, 348f., 384–387, 397, 452
Baugewerbe
431
Bedminster, Trump National Golf Club
39f., 86, 314, 316f., 341
Beirut, Bombenattentat auf US-Marinegarnison (1983)
88
Bernanke, Ben
308

Beschäftigung, *siehe* Arbeitsplätze
Biden, Joe
145, 172
bin Laden, Osama
155, 165
Blackwater (Rüstungskonzern)
173
Bloomberg
265, 436
Blue-Lightning-Manöver
362
Bolton, John
131–133
Bortnikow, Alexander
58f.
Bossert, Tom
436, 438–440
Bossie, David
27–34, 73, 200
Boston Bomber
276
Brady, Kevin
377f., 381
Brazile, Donna
61
Breitbart News

35f., 51, 53, 72
Breitbart News Daily (Radiosendung)
41
Brennan, John O.
58f., 100–102, 107, 246
Broaddrick, Juanita
71f.
Brzezinski, Mika
273
Bunker, Archie, Vergleich mit Trump
29, 55
Bush, George H. W.
118, 192
Bush, George W.
55, 63, 102, 118, 137, 152, 165f., 191, 244f., 248, 339, 355, 368, 374, 406, 410, 430f.
Bush, Jeb
146
BuzzFeed
109

Campbell Soup
325
Camp David
201, 332
Caslen, Robert

132f.
CBS
104, 243, 323, 390
CBS This Morning
104, 243
Central Intelligence Agency, *siehe* CIA
Charlottesville
314–323, 328–331
Chemiewaffenangriff, Syrien, Luftangriff als Vergeltung (April 2017)
202–211
Cheney, Dick
84
Child Tax Credit
380
China
33, 44, 104, 109, 142, 148, 152, 177, 188, 209, 213, 217f., 235, 241–243, 261f., 295, 302, 306, 352–354, 357f., 362, 365, 384f., 394, 396, 405, 432, 434, 437, 440, 447
Christian Broadcasting Network
422
Christie, Chris
40f., 63, 65–68, 70
CIA (Central Intelligence Agency)
58f., 100–112, 157, 159, 162, 168, 173f., 178, 184, 220, 241–247, 333f., 336, 392, 398f., 417
Citizens United

27
Clapper, James
57, 59f., 100–102, 104, 106–107, 109, 137, 139, 142, 203
Clean Power Plan (Plan für saubere Energie)
256f.
Clinton, Bill
27, 61, 64, 71f., 127, 137, 152, 223f., 451f.
Clinton, Hillary
27, 36f., 41, 43–45, 54f., 59–61, 63, 67–69, 71–74, 77–80, 82, 96f., 101, 106, 126f., 136, 187, 205, 210, 220–223, 233, 263, 304, 389, 414, 421, 426, 449–450
CNN
46, 69, 71f., 129, 223f., 260f., 273, 317, 378, 386
Coats, Dan
157, 242
Cobb, Ty
231f., 419f., 447, 451, 454f.
Cohen, Michael
233, 266
Cohen, William
244
Cohn, Gary
15–20, 22, 91–97, 188–192, 194–196, 198, 206, 213, 215f., 218, 224, 237, 256f., 270, 274, 276–278, 289–292, 296–298, 303, 307, 320, 325–329, 341, 344–348, 351–360, 374–382, 394, 400f., 430, 433–436
Cohn, Lisa

96
Colbert, Stephen
323
Collins, Susan
274, 381
Comey, James
100f., 103, 105, 107f., 110–112, 129, 220–223, 225, 228f., 234, 286, 349, 408f., 420–423, 425f., 443f., 449f.
Conservative Political Action Conference (CPAC)
415
Conway, Kellyanne
44f., 47, 54f., 63f., 66–68, 73, 81, 90, 104, 312, 341
Cook, Tim
254
Cooper, Anderson
72
Corke, Kevin
320
Corker, Bob
331
Costa, Bob
12, 21
Cotton, Tom
370
Coulter, Ann
267f.

Counterterrorism Pursuit Teams (CTPT)
174, 333f.
CPAC (Conservative Political Action Conference)
415
Crane, Chris
366f.
CTPT (Counterterrorism Pursuit Teams)
174, 333f.
Cyberattacken, Cybersicherheit
57, 136f., 142f., 183, 242, 362, 395, 437, 439

DACA-Dekret (Deferred Action for Childhood Arrivals)
248–252, 348, 369, 409–412, 414
Daily Mail (Großbritannien)
199
Davos, Weltwirtschaftsforum, Trump-Rede (Januar 2018)
386
DC Leaks
57
Deferred Action for Childhood Arrivals (DACA-Dekret)
248–252, 348, 369, 409–412, 414
Democratic National Committee
58, 61, 421
Demokraten, *siehe auch unter dem Namen einzelner Demokraten*
31, 58f., 61, 100, 126, 150, 199, 229, 254, 287, 308, 349, 377, 409f., 412, 421, 425

– Parteikonvent
54, 115, 389
Deng, Wendi
49
Dereliction of Duty (McMaster)
130, 166
DeStefano, Johnny
185, 281
Deutsche Bank, Unterlagen
420f.
Deutschland
117, 141, 314, 357
DeVos, Betsy
173
Diebstahl geistigen Eigentums
188, 193, 352–354
Dimon, Jamie
325
Diversity-Lotterie
414
Dobbs, Lou
368
Donaldson, Annie
264
Donilon, Tom, Donilon-Memo
88

Donnelly, Sally
261, 271
Dowd, Carole
458
Dowd, John
226–234, 263–267, 352, 418–429, 441–459
Dreamers, DACA
248–252, 348, 369, 409–412, 414
«Drecksloch-Länder»-Bemerkung
413f.
Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben (Film)
388
Duke, David
323
Dunford, Joseph
118f., 130, 145, 175, 184, 270f., 293f., 363, 390, 394, 396–398
Durbin, Dick
249, 251f., 370, 410, 412–414

Earned Income Tax Credit (Lohnaufstockung)
380
Einwanderung
38, 43, 92, 125, 146, 237, 248–252, 275f., 288, 348, 367f., 381, 410, 412f., 415, 440
El Salvador, Einwanderer
413

entmilitarisierte Zone zwischen Nord- und Südkorea
138
Ermordung von Kim Jong-un, Vorschläge
244–247, 265
Erster Weltkrieg
363
Espy, Mike
451
Ethikkommission des Parlaments
230
Europa/Europäische Union
117–121, 262, 289, 291f., 295, 298, 353, 413
Executive Privilege
230, 232

F-22-Kampfflugzeuge
239
Facebook
64, 72, 254, 274,
Face the Nation (TV-Sendung)
390
Facts and Fears (Clapper)
109
Fahrenthold, David
60, 462
Fake News

273, 402, 459
Familienzusammenführung (Kettenmigration)
250f., 288, 349, 409, 414
FBI (Federal Bureau of Investigation)
57, 100–103, 108–112, 123f., 126–129, 220–224, 228–230, 233f., 259, 267, 408, 419, 421, 424, 443, 445
Fernsehkonsum von Trump
224, 260, 305, 351, 386, 436
Feuer und Zorn (Wolff)
338, 384
Financial Times
35, 329
Finanzkrise von 2008 (Große Rezession)
190, 379
FISA (Foreign Intelligence Surveillance Act)
235
Flake, Jeff
381
Flynn, Michael
81, 97–99, 122–125, 130, 133, 223, 228f., 234, 265, 422–425, 443, 447, 449, 453, 459
Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA)
235
Fox News
40f., 84, 103, 115, 131, 148, 154, 224, 244, 305, 314, 320, 364, 366–368, 422, 456

Fox News Sunday
79, 111, 316
Frazier, Kenneth
324
Freedom Caucus
77, 268
Freihandel, Handelsdefizite, Handelsabkommen 15f., 19, 91f., 154, 187–191, 193–198, 215–219, 236, 237, 275–278, 288–299, 305–307, 344, 347f., 353–357, 359, 430–434, 436–440
– Antibiotika aus China
257
– KORUS, Trumps Rückzugswunsch
15f., 19f., 22f., 153f., 197, 307, 344f., 393
– landwirtschaftliche Produkte
214–219, 291f., 439
– NAFTA
188, 197, 212–216, 218, 307, 344, 356
– TPP, Rückzug
193, 215
– Zölle
188, 197, 216–218, 236f., 275–278, 305–307, 347f., 354–357, 359, 430–434, 436–440
FSB (Russland)
58, 103
Fuentes, Zach
369

Furcht
11, 236, 356, 388
Fusion GPS
421

G20
241, 275–277
Galleon Group
456
Gallucci, Robert
140
Gang of Eight (Achterbande)
59, 100
Gap
189
Gardner, Cory
315
Gates, Rick
447
Gates, Robert
90
GBU-43/B (Mother of All Bombs, MOAB)
294
Geffen, David
49
Geheimdienst, *siehe auch unter den einzelnen Diensten*

16, 20, 57–59, 95, 97, 100–103, 105, 108f., 111f., 122, 126f., 129, 136–141, 144f., 150, 155f., 158f., 167, 181, 203, 206, 239–246, 293, 395
geistig umnachteter Greis (Bemerkung von Kim Jong-un)
364
General Electric
325
Gergen, David
223
Geschlechtsumwandlung für Soldaten, *siehe auch* Transgendersoldaten
268
Gewerkschaft der Polizei und Zollbehörde (ICE, Immigration and Customs Enforcement)
366f.
Ghani, Ashraf
178, 400
Ginsburg, William H.
68
Giuliani, Rudy
30, 40, 63, 65f., 68–71
Globalisten, Globalismus
86, 187f., 191, 196, 257, 262, 290f., 332, 360, 397, 430, 432
Goldman Sachs
15, 56, 69, 74, 91, 93f., 96, 188f., 276, 292, 308, 356, 375, 377
Gold-Star-Familien
115–117
Golf (Sport)

39–41, 61, 153, 194, 225, 260f., 314, 323, 327, 386, 408, 410, 413f., 436
Golf-Kooperationsrat
163
Golfkrieg
119, 166
Gore, Al
254
Gorsuch, Neil
272
Graham, Lindsey
145–152, 172–174, 178f., 207f., 249–252, 286, 316, 338, 365, 370, 390f., 408–415
Grassley, Chuck
381
Gray, C. Boyden
118–121
Greenspan, Alan
308
Grenzsicherung, Mauer
237, 250f., 288, 368f., 409, 412, 414f., 417, 440
Gridiron Club
237
Großbritannien
100, 120
Große Rezession (Finanzkrise von 2008)
190, 379

Haberman, Maggie
458
Haiti
413f.
Haley, Nikki
241
Hammerschädel
64
Handelsabkommen, *siehe* auch Freihandel
– KORUS
15f., 19f., 22f., 153f., 197, 307, 344f., 393
– NAFTA
188, 197, 212–216, 218, 307, 344, 356
– TPP
193, 215
Handelsblatt
420
Handelsdefizit, *siehe auch* Freihandel
16, 153, 188, 190f., 194f., 217, 289, 292, 345, 354f., 357, 359, 393, 439
Handelsgesetz von 1974
353
Hanoi Hilton
118
Haqqani-Terrornetzwerk, Pakistan
337

Harvey, Derek
155–163, 203f., 207, 211
Harward, Bob
87
Hatch, Orrin
315, 377f., 380
Heller, Dean
381
Hicks, Hope
48, 104f., 224, 273f., 330, 346, 351, 434f., 457
Hijazi, Aya
418
Hiroshima
135, 243
Hisbollah
89, 156–158, 162, 211, 302
Hitler, Adolf
315
Holbrooke, Richard
179
Holder, Eric
283
Holt, Lester
222
Hoover, Herbert
307

Hoover, J. Edgar
101f., 111, 220
Huckabee Sanders, Sarah
270, 317
Hussein, Saddam
103, 244–246, 248
Hwasong-14 (nordkoreanische Langstreckenrakete)
241

ICE (Immigration and Customs Enforcement, Gewerkschaft der Polizei und Zollbehörde)
366f.
Ignatius, David
209
Impeachment, Amtsenthebung
223f., 244, 457
Indien
171, 176, 178, 201
Inflation
93, 95
Insolvenzen Trumps
356
Instagram
274
Intel
324

Inversion (Steuer)
93f., 374
Irak, Irakkrieg
86, 90, 102, 131, 155, 166, 180, 244–246, 248, 302f., 335, 385, 402, 406f.
irakische Republikanische Garde
166, 244
Iran
85, 87–90, 113, 126, 156–158, 162f., 181–186, 211, 245, 261, 292–295, 302, 335, 384f., 388, 394, 405, 437, 447
Iran-Contra-Affäre
224, 452
Iraqi Operations Group
244, 246
IS, Islamischer Staat
72, 86, 99, 126, 294, 302, 334f.
Israel
88, 156–159, 161–163, 183, 385

Jackson, Ronny
346
Japan
136f., 141, 148, 193, 241, 290f., 296, 353, 390, 395, 439
Jarrett, Valerie
172
Jefferson, Demokratie à la
178

Jefferson, Thomas
322, 331, 442
Jefferson-Denkmal
423
Jemen
113–118, 156, 385
Job Openings and Labor Turnover Survey (JOLTS)
191
Johnson, Jeh
60
Johnson, Ron
381
Johnson, Woody
37
Jones, Paula
71, 73
Jones, Seth G.
338
J.-P.-Morgan-Filiale, JPMorgan Chase
189, 325
Justizbehinderung, Strafvereitelung
229, 234, 443, 449f., 458

Kahl, Colin
389
Kaine, Tim

339
Kanada (incl. NAFTA) 188, 193, 197, 211–215, 218, 291, 307, 344, 353, 356
Kasowitz, Marc
226–228, 272
Katar
163, 279
Katsas, Greg
256
Keane, Jack
84f.
Keating-Five-Fall
225
Kellogg, Keith
119, 132, 172f., 178, 333, 336
Kelly, John F.
213, 248–250, 270, 309–311, 316f., 320, 323f., 326, 329, 331f., 341–347, 350, 359–361, 365–372, 378, 392, 394, 396, 401, 403, 412f., 417f., 420, 431–433, 436, 440, 444, 446, 457
Kenia, Hisbollah
156
Kennedy, Ted
410
Kettenmigration (Familienzusammenführung)
250f., 288, 349, 409, 414
KEY2ACT

76
Khans (Gold-Star-Eltern)
115
Kim Jong-il
138
Kim Jong-un
20, 137f., 140–143, 243, 246f., 274, 362–366, 387f., 390,
Kisljak, Sergej
122–124, 424f., 453
Kissinger, Henry
384
Klimaabkommen, Pariser
253–259
Kobach, Kris
252
Koch-Brüder
378
Kolumbien
156
Koreakrieg
141
Korruptionsabsicht
445, 449
KORUS (Freihandelsabkommen)
15f., 19f., 153f., 197, 307, 344f., 393

Kriegseinsätze im Ausland, Trump über, *siehe auch unter den konkreten Einsätzen*
43, 303, 406
Ku-Klux-Klan (KKK)
316, 320, 323, 329
Kulturkrieg
330
Kushner, Jared
19, 49, 55, 63, 72–74, 91, 120, 132f., 156–162, 192, 199f., 206, 212f., 215, 224, 249, 259, 263, 270, 285, 288, 297
Kuttner, Robert
338

Landesverrat
124, 327
landwirtschaftliche Produkte, Handel mit
216–218, 291, 439
Langstreckenraketen (Intercontinental Ballistic Missiles)
15, 239–243, 248, 303, 362, 390
Lavoy, Peter
165f., 170
Lee, Mike
380
Lee, Robert E.
314, 322
Lewinsky, Monica

68, 224, 452
LGBT-Rechte (lesbian, gay, bisexual, transgender)
54, 268
Libanon
88, 156, 165, 302, 385
Libyen
281, 304
Lighthizer, Robert E. (Bob)
23, 196f., 218, 347, 352f., 355, 359
Lincoln, Abraham
174, 312, 331
Lindsey, Lawrence B.
190f.
Lithium
400
Lohnaufstockung (Earned Income Tax Credit)
380
Lowell, Abbe
259
Loyalität, Bedeutung für Trump
104, 192, 238, 284, 320, 349, 408f.
Luftwaffenstützpunkt Dover, Delaware
114
Lügen
30, 42, 44, 79, 102, 124, 228, 240, 243, 263, 277, 310, 360, 387, 413, 426, 435, 443, 445, 452, 459

Lujan, Fernando
167
Lute, Douglas
165

Machtbefugnisse des Präsidenten, Verfassung Artikel II
234, 420, 422, 449, 457
«Make America Great Again»-Slogan
66, 164
Manafort, Kathleen
50
Manafort, Paul
37f., 41f., 44, 49–51, 56, 233, 263, 447
Mar-a-Lago
130, 133, 206f., 273, 386
Marine One
282
Massive Ordnance Penetrator (MOP)
247
Mattis, James
20f., 85–90, 113, 116–119, 121, 125f., 130, 145, 154, 157, 160, 162, 174–178, 182, 184, 193, 201f., 204–206, 209–211, 218f., 242f., 261f., 268–271, 279, 281, 289–291, 294, 296f., 300, 335, 337, 339, 344f., 363, 390, 394–396, 398, 404, 419
MBN (Mohammed bin Nayef)
159

MBS (Mohammed bin Salman)
159f.
McAuliffe, Terry
126
McCabe, Andrew
101, 126–129
McCabe, Jill
126f.
McCain, Cindy
151
McCain, John
46, 101, 118, 145f., 151f., 209, 227, 315, 339
McConnell, Mitch
38f., 151, 216, 251, 325, 377, 381
McEntee, Johnny
305
McGahn, Donald
122f., 220f., 224, 230–232, 256f., 264f., 349, 423f., 450
McMaster, H.R.
130–135, 148–150, 153f., 157–162, 166f., 169–171, 173–175, 177f., 183f., 186, 200f., 203f., 206, 209–211, 213, 241, 248, 257f., 279–282, 291, 301, 303f., 306, 333f., 336f., 339, 341, 346–348, 351, 362, 365, 389, 392–394, 396f., 401f., 406f.
Meadows, Mark
77f.
Medien, *siehe auch unter den einzelnen Medien*

36, 42, 46, 50, 60, 64, 66, 71, 86, 103, 105, 108, 130, 132–134, 165, 260, 263f., 270, 274, 305, 317f., 330, 351, 370, 386, 419, 457
Meineid-Falle
447, 449f., 458
Meinungsumfragen, Wahlkampf
43–46, 51, 62, 77, 79f.
Menschenhandel
141, 156
Mercer, Bob
37, 40
Mercer, Rebekah
36f., 40
Merck
324
#MeToo
387, 433
Mexiko, *siehe auch* NAFTA
38, 187f., 213–215, 291, 295
MI6 (Großbritannien)
100
Miller, Jason
48
Miller, Stephen
178, 185, 194, 251, 283, 288, 309f., 339, 349, 360, 413–415
Milley, Mark
133, 323

Mnuchin, Steve(n)
56, 74f., 91f., 96, 194f., 213, 242, 292f., 295, 298, 320, 327, 347f., 375, 377f., 380
MOAB (Mother of All Bombs, auch Massive Ordnance for Blast GBU43/B)
294
Modi, Narendra
176, 201
Mohammed bin Nayef (MBN)
159
Mohammed bin Salman (MBS)
159
Moon Jae-in
393f.
MOP (Massive Ordnance Penetrator)
247
Morell, Mike
59
Morning Joe (TV-Sendung)
76, 209, 273
Mosambik, Hisbollah
156
Mossad (Israel)
158
MSNBC
242, 260f., 273, 317

Mueller, Robert (Bob)
223–236, 259f., 264–267, 349–352, 418–422, 425–427, 441–451, 455–459
Muir, David
64–66
Mulvaney, Mick
376, 378
Murdoch, Rupert
49
Murkowski, Lisa
274
Muslime, Einreiseverbot
146
MV-22 Osprey, Verlust
114

NAFTA (North American Free Trade Agreement)
188, 197, 212–216, 218, 307, 344, 356
Naher Osten, *siehe auch unter den einzelnen Ländern*
85, 88, 126, 155–163, 203, 208, 245, 290, 384, 394, 397, 408, 447
Nationaler Handelsrat (National Trade Council)
187, 194f., 360
Nationaler Sicherheitsrat (NSC, National Security Council)
58, 155, 167, 178, 269, 280f., 293, 301f., 304, 333
Nationaler Wirtschaftsrat (National Economic Council, NEC)
15, 96f., 160, 196, 198, 253, 256, 361
Nationalgarde

323, 440
National Security Strategy
384
NATO
117–121, 175f., 184, 290, 394, 397, 402f.
Navarro, Peter
187f., 194–197, 212f., 215f., 345, 347, 355, 357, 359–361, 430f., 433
NBC
28, 60, 63, 71, 77, 222,
Neller, Robert B.
323
Neonazis
315f., 318, 320, 322, 328f.
Netanjahu, Benjamin
157, 159
New York Daily News
49
New York Times
35, 37, 42, 50, 53, 59, 80, 104, 127–129, 200, 217, 222, 233, 263, 282, 333, 363, 372, 386, 410f., 432f., 458, 463
New York Times gegen Sullivan, Grundsatzentscheidung
411
Nicholson, John
293f., 403–405
Nielsen, Kirstjen
367f.

Nine-eleven *siehe* Anschläge vom 11. September
Nixon, Richard
40, 223f., 286, 452, 462
Nobelpreis
139, 308
Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA)
188, 197, 212–216, 218, 307, 344, 356
Nordkorea
15f., 20, 131, 135–145, 148–150, 152–154, 172, 207, 209, 239–243, 246–248, 261, 274, 296, 302, 306, 338, 344f., 354, 362–366, 387–390, 394f., 398, 437, 447
North Carolina
35, 56, 77–80, 358
NSA (National Security Agency)
57, 100, 110, 242
NSC (National Security Council)
58, 155, 167, 178, 269, 280f., 293, 301f., 304, 333

Obama, Barack
27f., 44, 52, 55, 57–59, 78, 80, 84f., 87–89, 97, 99f., 103, 108, 113, 115, 122, 124, 126, 135–144, 150, 152, 157f., 163, 165, 167, 170, 172, 179f., 183, 193, 201–205, 208–210, 239, 246, 248, 253, 256, 268, 275, 283, 294, 315, 320, 333, 335, 339, 348, 374, 379, 389, 398, 408, 410, 425
Obamacare
147, 274, 308
Old Naval Observatory

125
Olympische Winterspiele (2018), Südkorea
398
O’Neill, Rob
320
Operation Desert Storm
166
OPLAN 5015
247
OPLAN 5027
247
Oppositional Defiance Syndrome
105
Option Fünf
89
Osama bin Laden
155, 165
Owens, Bill
114f.
Owens, Carryn
115f.
Owens, William «Ryan»
114–116

Pakistan
138, 165, 167, 169, 174–179, 201, 337, 388, 404, 406

Panetta, Leon
88f.
Papadopoulos, George
447
Pariser Klimaabkommen
253–259
Parteispenden Trumps
31–33
Pass-throughs
292, 295
Pence, Mike
62f., 65, 78, 123f., 162, 172, 175, 212f., 237, 289, 316, 327, 329, 331, 359, 382
Peninsula Intelligence Estimate (PIE)
247
Pentagon
97, 138f., 153, 161, 169, 201, 205, 211, 220, 239f., 268, 270f., 289f., 336, 363, 390, 403, 405
Perdue, Sonny
214, 216
Perry, Rick
160
Petraeus, David
131
PIE (Peninsula Intelligence Estimate)
247

Podesta, John (Mailaccount)
61, 69
Politico
331, 463
Pompeo, Mike
157, 173, 184, 241–243, 332–334, 336, 417
Populismus, populistische Bewegung
28, 30–32, 41, 312, 385
Porter, Rob
17–20, 192–197, 212–219, 223f., 235–237, 255, 257f., 272–276, 279, 281f., 286f., 303f., 307, 317–319, 321, 323, 329f., 341–352, 358, 360, 364, 368–371, 388, 406f., 430–433
Porter, Roger
192
Portman, Rob
378
Powell, Dina
206, 279
Präsidentschaftswahlkampf
35–56, 59–81, 91, 94, 97, 103f., 117, 126f., 129, 132, 140, 147, 187, 192f., 200, 223, 227, 233, 235, 243, 255, 258, 263–265, 268, 273, 283–285, 292, 304, 312, 366, 415
Presse, *siehe* Medien
Priebus, Reince
38f., 51–54, 61f., 64f., 68, 81, 83, 91, 97, 107, 118–120, 122–124, 126–129, 146, 148f., 162, 170, 178, 181–183, 185, 192, 195–197, 199–201, 206,

220, 222, 224, 249f., 253f., 257, 259f., 265, 269f., 273, 282–284, 286, 288f., 297f., 300f., 308–313, 341f., 372, 403, 424, 452
Prince, Erik
173
Pruitt, Scott
255–257
Putin, Wladimir
59f., 82, 90, 97f., 106, 119, 124, 202, 236, 419, 425

Quarles, James «Jim»
231f., 265–267, 418–422, 425, 429, 441, 445, 449

Raddatz, Martha
73, 440
Rajaratnam, Raj
456
Raketenabwehrsystem THAAD (Terminal High Altitude Area Defense)
21, 153f., 296, 370, 393,
Raketenmann-Bemerkung
364, 366
RAND Corporation
268
Rassismus, Wiederbelebung
315f., 330
Reagan, Ronald
98, 192, 196, 320, 347, 375f., 452

Rechte von Lesbierinnen, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT)
54, 268
Renaissance Technologies
37
Republican National Committee (RNC)
36, 38, 52, 62, 81, 254, 289, 346
Republikaner, *siehe auch die jeweiligen Einzelpersonen*
27–30, 33, 35f., 38, 44, 46, 51–56, 59, 65, 74, 100, 147, 150, 274, 286, 308, 347f., 372, 375–378, 385
Resolute Desk, Oval Office
15, 218, 435
Reuters
140, 154, 419
Rice, Condoleezza (Condi)
63, 248
Rice, Susan
172
Richardson, John
323
Ri Chun-hee
135
Ri Su-yong
389
RNC (Republican National Committee)
36, 38, 52, 62, 81, 254, 289, 346

ROCKSTARS (Codename)
245
Roe v. Wade
54
Rogers, Mike
100, 242
Romney, Mitt
46, 76, 316, 379
Rose, Pete
226
Rosenstein, Rod
220–223, 225, 227f., 235, 286, 448, 450
Ross, Wilbur
194, 196, 198, 212f., 217–219, 308, 345, 347, 355, 401f., 430, 433
Rubin, Robert
96
Rubio, Marco
315, 380
Russland
50, 57–60, 82, 90, 97f., 100f., 103–109, 121–125, 127, 129, 179, 184, 200, 202, 204, 206f., 209, 211, 222f., 226–229, 233–236, 241f., 261, 263, 265, 283, 286, 304, 350f., 385, 394f., 405, 419, 424f., 437, 443, 447, 449, 458f.
Russland, Geheimabsprachen,
siehe Sonderermittlung, Mueller
Rüstungsgeschäfte, *siehe* Waffengeschäfte
Ryan, Paul

62, 78, 182, 216, 316, 325, 370, 377f., 380f.

Salman (saudischer König)
163
Sanders, Sarah Huckabee
270, 317
SAP (Special-Access-Programme)
15f., 136, 243, 297, 395
Saturday Night Massacre (1973)
286
Saudi-Arabien
158–163, 246, 261, 385, 392, 396
Scaramucci, Anthony
308
Scarborough, Joe
209, 273
Scavino, Dan
274, 309f.
Schmidt, Michael
222
Schuldendecke, Neuverschuldungsgrenze
94, 378
Schumer, Chuck
370, 410
Schwachkopf (Tillerson an Trump)
300f.

SCIF (Sensitive Compartmented Information Facility)
125, 275
Scott, Tim
378
SEALs,
87, 113f., 320
Secret Service
67f., 237
Sekulow, Jay
422, 429, 441, 444, 448–451, 455
Seltene Erden
358, 400
Senate Armed Services Committee, Streitkräfteausschuss
104, 145, 152, 333
Sensitive Compartmented Information Facility (SCIF)
125, 275
Sessions, Jeff
81, 170, 178, 222, 225, 227f., 235, 237f., 252, 282–286, 333, 336, 348, 386, 422, 446, 449
Sexskandale
– *Access Hollywood*-Mitschnitt
60–63, 65, 72, 78
– Clintons
61, 71f., 224, 452,
– russische Prostituierte und «Golden showers»
101, 103, 108, 111, 236

– #TimesUp- und #MeToo-Bewegung
387, 433
Shelton, Kathy
71, 73
Singapur
292
60 Minutes (TV-Sendung)
63, 403
Slater, Felix
266
Slaughter, Anne-Marie
209
Sojabohnen
216, 439
Sonderermittlung, Mueller
220, 223–226, 230–236, 259f., 263–267, 418–428, 441–459
Sony Pictures Entertainment, Cyberangriff
143
Special-Access-Programme (SAP)
15f., 136, 243, 297, 395
«Sperrt sie ein»-Rufe
77, 97
Spicer, Sean
185, 255
Stahlzölle
188, 190, 197, 218, 241, 276–278, 295, 308, 347f., 355, 358f., 430–434

Starbucks
189
Steele, Christopher, Steele-Dossier
100–103, 109f., 421
Steuererklärungen, Trumps Weigerung der Offenlegung
34, 457
Steuerreform
47, 91, 93f., 147, 313, 319, 327f., 347f., 372, 374–383, 385, 430, 435
Stiglitz, Joseph
308
Stone, Roger
233
Strategic & Policy Forum
325
Streitkräfteausschuss, Senate Armed Services Committee
104, 145, 152, 333
Südafrika, Hisbollah
156
Südkorea
15–17, 19–22, 136–139, 141, 144, 153f., 197, 240–242, 290f., 296–298, 303, 307, 344f., 369, 388–391, 393–397, 405
Surabian, Andy
48
Sweeney, Kevin
261
Syrien

58, 86, 156, 183, 202–211, 261, 302f., 385, 392, 394, 396, 404

Taiwan
394
Taliban
165f., 168f., 171–173, 176f., 179, 333, 337, 340, 402–405
Tapper, Jack
69
TEAK (Codename)
392
Tea-Party-Bewegung
27f., 30–32, 77
Tenet, George
102, 245f.
The Apprentice (TV-Show)
28
The Atlantic
436
The Interview (Film)
143
The New Republic
55
The Victory Sessions (Radiosendung)
28
This Week (TV-Sendung)
437

3M
325
Thune, John
378, 381
Tiberius Gracchus, Vergleich mit Trump
55
Tillerson, Rex
90, 157, 160, 162, 176, 178, 181–185, 206, 210f., 241–243, 257, 279–282, 291, 293f., 296f., 300–302, 339, 345, 365f., 371f., 392–394, 396f., 417
Time (Magazin)
56
#TimesUp
387
TIPFID (Time-Phased Force Deployment, Zeitplan zur Truppenentsendung)
247
Tomahawk-Marschflugkörper
204, 207–209, 239
Toomey, Pat
378
TPP (Trans-Pacific Partnership), Rückzug
193, 215
Transgendersoldaten
268–270
Trump, Barron
236, 387, 422f.

Trump, Donald, Jr. (Don)
63, 67, 263, 443, 449
Trump, Ivanka
19, 49, 63, 114f., 199f., 203, 222, 249, 251–254, 303, 311f., 322, 378, 380
Trump, Melania
63, 65, 109, 236, 386f., 410f.
Trump National Golf Club
39–41, 153, 225, 260f., 314, 386, 408, 413
Trump Organization
94, 267, 356, 382
Trump-Wähler
46, 52–55, 64, 77, 214, 292
Truppenentsendung, Zeitplan (TIPFID, Time-Phased Force Deployment)
247
Tuchman, Barbara, *August 1914*
363
Turnbull, Malcolm
275–277
Twitter, Tweets
49, 66, 72, 104, 112, 150, 164, 233, 260, 263, 269f., 273–275, 284f., 309f., 315f., 323–325, 331, 348, 359, 366, 388–391, 417, 425f., 433
Tyson, Laura
308

Übergangsphase
75f., 81–113, 192, 194

Überparteilichkeit
145, 150, 288f.
Ukraine
50f.
UN-Generalversammlung, Trumps Ansprache (September 2017)
363
United Auto Workers
431
UN-Sicherheitsrat
241f., 306, 354
USS *Gerald R. Ford* (CVN 78)
283
USS *Porter*
206
USS *Ross*
206

Venezuela, Hisbollah
156
Verfassung Artikel II, Machtbefugnisse des Präsidenten
234, 420, 422, 449, 457
Verleumdung, üble Nachrede
411
Veteranenversorgung, Reform
47
Vietnamkrieg

118, 137, 141, 166

Waffengeschäfte
160–163, 173, 292
Wahlkampf, *siehe* Präsidentschaftswahlkampf
Wahlnacht
80f.
Währungsmanipulation
188, 295
Wallace, Chris
79, 154
Wall Street Journal
77, 173, 284, 436, 463
Walsh, Katie
52, 54
Washington, George
322, 331
Washington-Denkmal
423
Washington Post
60f., 110, 122, 209, 233, 259, 263, 333, 388, 410, 433, 436, 458
Watergate
224, 231, 234, 286, 452, 462
Welthandelsorganisation (WTO)
344, 358
Weltwirtschaftsforum, Trump-Rede (Januar 2018)

386
Westerhout, Madeleine
215, 290, 346, 370
Whitewater-Affäre
452
WikiLeaks
57, 61
Willey, Kathleen
71
Wirtschaft, *siehe auch* Arbeitsmarkt *und* Freihandel
91–97, 190, 307f., 319, 353–361, 374–383, 385f., 390, 393, 408
Wolff, Michael
384
WTO, Welthandelsorganisation
344, 358

Xi Jinping
82, 207, 306, 354, 437–440

Yates, Sally
122, 423, 443
Young, Don
230

Zinni, Anthony
125
Zölle

188, 190, 193, 197, 216f., 235–237, 241, 276f., 289, 295, 307f., 347f., 353–355, 359, 430–434, 436, 439

Zuckerberg, Mark

254

Zweiter Weltkrieg

119

Bildnachweis

AFP PHOTO/KCNA VIA KNS: 27

J.T. Armstrong (U.S. Air Force): 5

Außenministerium: 3

Joyce Boghosian (Weißes Haus): 1

Shealah Craighead (offizielle Fotografin des Weißen Hauses): 8

D. Myles Cullen (Weißes Haus): 26

Glenn Fawcett (U.S. Customs and Border Patrol): 7

Federal Bureau of Investigation (FBI): 22

James E. Foehl (U.S. Navy): 11

Peter Foley (Bloomberg via Getty Images): 24

Michelle Gonzalez (U.S. Army National Guard): 21

Andrew Harrer (Bloomberg via Getty Images): 20

Saul Loeb (AFP/Getty Images): 19

Office of the President-Elect: 9

Dominique A. Pineiro (U.S. Navy): 4, 14

Gage Skidmore: 2, 6, 10, 15, 17, 25

Chip Somodevilla (Getty Images): 12, 18

Pete Souza (offizieller Fotograf des Weißen Hauses): 23

Evan Walker (Weißes Haus): 13

Weißes Haus: 16

Bildteil

1
Präsident Donald J. Trump, First Lady Melania Trump und ihr elfjähriger Sohn Barron am 17. April 2017 vor dem Weißen Haus.

2

Nach der Veröffentlichung der Audioaufzeichnungen von *Access Hollywood* im Oktober 2016 gab Mike Pence, Trumps Vizekandidat, eine harsche Erklärung ab; manche glaubten, dass er darauf aus sei, Trumps Stelle als Präsidentschaftskandidat der Republikaner einzunehmen und die ehemalige Außenministerin Condoleezza Rice zu seiner Vizekandidatin zu machen.

3

Im Dezember 2016 ernannte Trump den ehemaligen ExxonMobil-Boss Rex Tillerson zum Außenminister. Seinen Beratern sagte er, Tillerson passe genau zu der Rolle, die er auf der Weltbühne spielen würde. Tillerson hatte vierzig Jahre bei Exxon verbracht, war also nicht befleckt durch

Regierungsnähe. «Eine sehr von Trump inspirierte Wahl», sagte Kellyanne Conway im Fernsehen, die «große Wirkung» versprach. Tillerson geriet regelmäßig mit Trump aneinander. So nannte er den Präsidenten einen «Schwachkopf» und wurde am 13. März 2018 gefeuert.

4

James Mattis, pensionierter Marineinfanteriegeneral, half als Verteidigungsminister dem Wirtschaftsberater Gary Cohn und dem Stabssekretär Rob Porter immer wieder dabei, Trump klarzumachen, wie notwendig wichtige Handelsbeziehungen zu Südkorea waren. «Mr. President», sagte Mattis, «Kim Jong-un stellt die größte Bedrohung unserer nationalen Sicherheit dar. Wir brauchen Südkorea als Verbündeten. Es mag den Anschein haben, als habe der Handel mit alldem nichts zu tun, dabei ist er zentral. Wir tun das nicht für Südkorea. Wir helfen Südkorea, weil es den USA hilft.»

5

General Joseph Dunford, der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs, sprach sich für die NATO und gegen eine Aufhebung des Handelsabkommens mit Südkorea aus. Als Trump ihn darum bat, einen neuen Einsatzplan für einen militärischen Angriff auf Nordkorea auszuarbeiten, war Dunford erschüttert. «Wir brauchen bessere Geheimdiensterkenntnisse, bevor ich dem Präsidenten einen Plan vorlegen kann», sagte Dunford.

6

CIA-Direktor Mike Pompeo, ein ehemaliger Kongressabgeordneter der Republikaner, wurde einer von Trumps Favoriten. Ursprünglich hatte er versucht, für den Krieg in Afghanistan einen Mittelweg zu bahnen. Konnte man die paramilitärischen Kräfte der CIA verstärken und damit einen Truppenzuwachs vermeiden? Die alten Hasen beim CIA überzeugten ihn allerdings, dass sich ihre Behörde in Afghanistan nicht übermäßig engagieren sollte. Pompeo teilte dem Präsidenten daraufhin mit, die CIA biete keine gangbare Alternative zu konventionellen Truppen in Afghanistan.

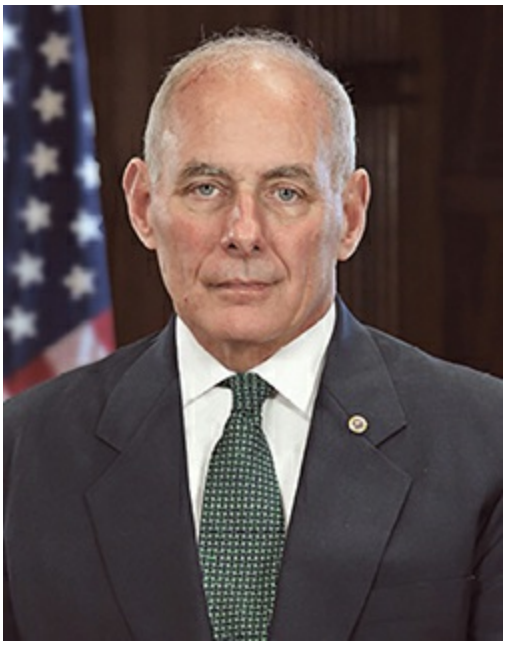
7

Trump fühlte sich von Justizminister Jeff Sessions im Stich gelassen, weil der sich wegen Befangenheit aus der Mueller-Untersuchung zu den russischen Einmischungen in den Präsidentschaftswahlkampf

2016 zurückgezogen hatte. «Jeff ist kein Mann, der mir durch dick und dünn zur Seite steht», sagte Trump. Sessions sei ein «Idiot», ein «Verräter», sei «geistig zurückgeblieben», sich selbst für befangen zu erklären. «Wie um alles in der Welt habe ich mich nur je dazu überreden lassen, ihn als Justizminister auszuwählen?», fragte Trump. «Er würde noch nicht einmal einen guten, auf sich allein gestellten Provinzanwalt unten in Alabama abgeben. Was hat er dann hier als Justizminister verloren?»

8

Reince Priebus, Trumps erster Stabschef, meinte, das Weiße Haus gebe bei den drängendsten Themen wie der Reform des Gesundheitssystems oder der Steuerreform keine Richtung vor. Die Außenpolitik sei völlig inkohärent, häufig auch widersprüchlich. Trumps Weißes Haus bestehe nicht aus einem Team aus Rivalen, sondern gleiche einer Horde Raubtiere, fand er. «Wenn man eine Schlange, einen Falken, einen Hasen, einen Hai und einen Seehund in einem Zoo zusammensperrt, ohne schützende Mauern zwischen ihnen, wird es für ein paar von ihnen bald unangenehm, und es fließt Blut. Und genau das passiert zurzeit.» Im Juli 2017 wurde Priebus von Heimatschutzminister John Kelly abgelöst.



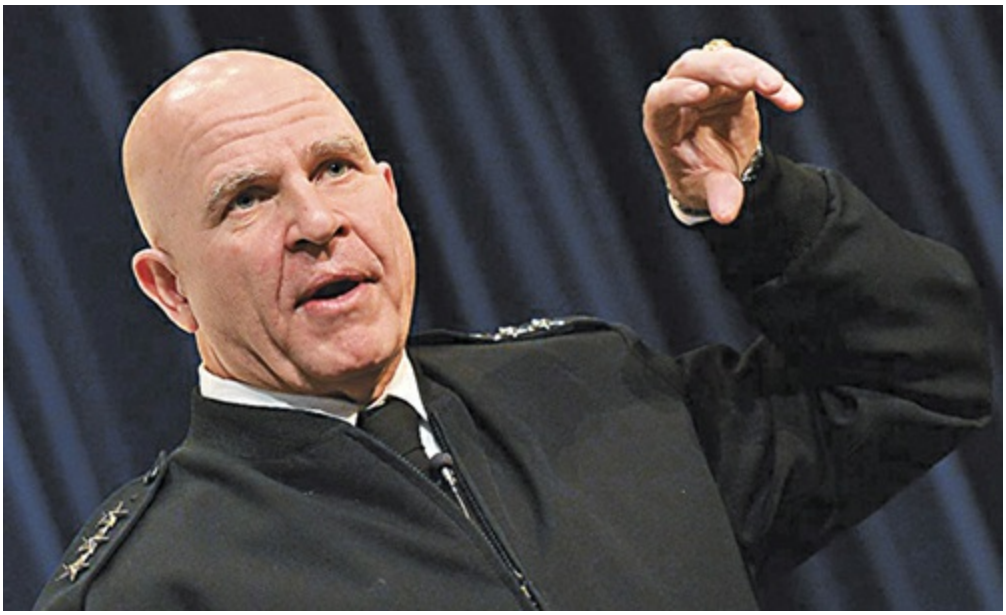
9

Der Heimatschutzminister John Kelly, Marineinfanteriegeneral i.R., war privat ein scharfer Kritiker der chaotischen Zustände im Weißen Haus. Er hatte dem Präsidenten erklärt, er traue sich zu, den Laden aufzuräumen. Dass Trump ihn per Twitter im Juli 2017 zum neuen Stabschef ernannte, kam trotzdem überraschend für Kelly. Er wurde schon bald darauf von Trump kaltgestellt, blieb aber im Amt.

10

Michael Flynn, General i.R. und Trumps erster Nationaler Sicherheitsberater, trat am 13. Februar 2017 zurück, weil er über seine Gespräche mit dem russischen Botschafter Sergei Kisljak gelogen hatte.

Flynn bekannte sich später schuldig, das FBI belogen zu haben, bestritt aber energisch, dadurch Hochverrat begangen zu haben.



11

Lieutenant General H.R. McMaster, Trumps zweiter Nationaler Sicherheitsberater, hielt Verteidigungsminister Mattis und Außenminister Tillerson für «das Zweierteam» und fühlte sich aus ihrem Kreis ausgeschlossen. Seiner Überzeugung nach waren Mattis und Tillerson zu dem Schluss gekommen, dass der Präsident und das Weiße Haus verrückt seien. Sie versuchten, Politik im Alleingang zu betreiben und sogar zu festzuschreiben, ohne Einmischung oder Einbeziehung von McMaster, ganz zu schweigen vom Präsidenten. «Dem Präsidenten gegenüber ist es loyaler», meinte McMaster, «zu versuchen, ihn zu überzeugen, anstatt ihn zu umgehen.»

12

Trump zerstritt sich mit seinem Nationalen Sicherheitsberater H.R. McMaster, seinem Stabschef, dem General i.R. John Kelly, und seinem Außenminister Rex Tillerson. Im Gegensatz dazu hielt sein Vizepräsident Mike Pence sich zurück und ging Konflikten aus dem Weg.

13

Gary Cohn, der Vorsitzende des Nationalen Wirtschaftsrats, schmiedete eine Allianz mit dem Stabssekretär Rob Porter und zeitweise auch mit dem damaligen Verteidigungsminister Jim Mattis, um einige von Trumps gefährlichsten Impulsen im Zaum zu halten. «Es geht nicht darum, was wir für das Land getan haben», sagte Cohn, «sondern darum, vor welchen Dingen wir ihn bewahrt haben.»

14

Jared Kushner, der Schwiegersohn des Präsidenten und einer der ranghöchsten Berater des Weißen Hauses, fädelte Trumps erste Auslandsreise fast im Alleingang ein. Der Gipfel im Mai 2017 in Saudi-Arabien festigte die Beziehungen zwischen dem saudischen Königreich, anderen Alliierten der Golfregion und Israel. Das passierte gegen den offenen Widerstand von Trumps außenpolitischen Beratern.

15

Steve Bannon wurde im August 2016 Trumps Wahlkampfleiter. Bannon setzte auf drei Themen: «Nummer eins, wir werden die massenhafte illegale Einwanderung stoppen und beginnen, die legale Einwanderung zu begrenzen, um unsere Souveränität zurückzugewinnen. Nummer zwei, wir werden die Jobs in der produzierenden Industrie ins Land zurückholen. Und drittens werden wir uns aus diesen sinnlosen Kriegen im Ausland zurückziehen.»

16

Ivanka Trump, die sechsunddreißigjährige Präsidententochter, wurde eine der Chefberaterinnen des Weißen Hauses, ihren Einfluss auf ihren Vater quittierten andere im Weißen Haus mit Verärgerung und Widerstand. Chefstratege Bannon lieferte sich mit ihr ein Schreiduell. «Sie sind verdammt noch mal Mitarbeiterin!» Wie alle anderen habe sie den Weg über den Stabschef zu nehmen. Es müsse wenigstens etwas Ordnung herrschen. «Bloß eine kleine Scheißmitarbeiterin. Sie laufen hier rum und führen sich auf, als hätten Sie das Sagen, haben Sie aber nicht. Sie arbeiten einfach im Stab mit!» – «Ich bin keine bloße Mitarbeiterin!», schrie sie zurück. «Das werde ich auch nie sein. Ich bin die First Daughter.»

17

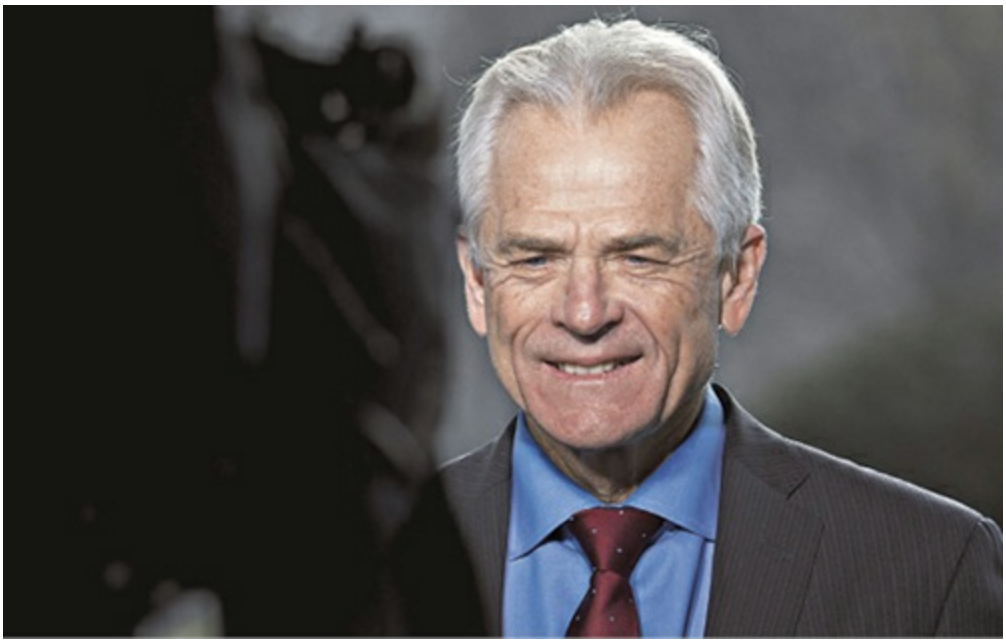
Kellyanne Conway wurde im August 2016 Trumps Wahlkampfmanagerin und prägte den Ausdruck «der heimliche Trump-Wähler … Es gibt nicht einen einzigen heimlichen Hillary-Wähler im ganzen Land. Die posaunen das überall rum.»

18

Hope Hicks diente Trump während des Wahlkampfs als Pressesprecherin und wurde im Weißen Haus Direktorin der Abteilung Kommunikationsstrategie. Wie so viele andere versuchte auch sie vergeblich, das Getwitter des Präsidenten zu zügeln. «Es ist politisch nicht hilfreich», erklärte sie Trump. «Sie können nicht einfach als wandelndes Pulverfass auf Twitter agieren. Ein Großteil von dem Zeug wird Ihnen um die Ohren fliegen. Sie schießen sich selbst ins Knie. Sie machen einen Riesenfehler.» Hier ist Hicks mit Pressesprecherin Sarah Huckabee Sanders zu sehen.

19

Als Sekretär des Stabs im Weißen Haus informierte Rob Porter den Präsidenten vorab über Memos für präsidiale Entscheidungen und andere wichtige Dokumente. Als Verbündeter von Gary Cohn versuchte er, Trumps ökonomisch und außenpolitisch gefährliche Impulsivität zu bremsen. Einem Kollegen sagte er: «Ein Drittel meiner Arbeit bestand in dem Bemühen, auf einige der wirklich gefährlichen Ideen zu reagieren, die er hatte, und ihm Gründe an die Hand zu geben, die ihn hoffentlich einsehen ließen, dass es vielleicht doch keine so guten Ideen waren.»



20

Peter Navarro, ein siebenundsechzigjähriger Wirtschaftsprofessor aus Harvard, bekam einen Posten im Weißen Haus von Trump persönlich. Beide waren fest davon überzeugt, dass Handelsdefizite für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten schädlich seien. Wie Trump befürwortete auch Navarro Strafzölle auf Stahl und Aluminium, obwohl kaum jemand sonst das tat.

21

Lindsey Graham, Senator der Republikaner aus South Carolina, drängte Trump zu einer harten Haltung gegenüber Nordkorea. «Sie wollen doch nicht, dass in Ihrem Lebenslauf steht, Nordkorea, eine Nuklearmacht, besitzt in Ihrer Amtszeit eine Rakete, die die Vereinigten Staaten erreichen kann», sagte er zu Trump. «Wenn die einen Durchbruch erzielen und eine Rakete haben, die die Vereinigten Staaten erreichen könnte, dann müssen Sie ihnen auf die Finger klopfen.»

22

FBI-Direktor James Comey wurde im Mai 2017 von Trump gefeuert. «Versucht nicht, mir das auszureden», sagte Trump zu Don McGahn, dem Rechtsberater des Weißen Hauses, und Reince Priebus, dem Stabschef. «Ich habe meine Entscheidung getroffen, also versucht es erst gar nicht.» Für ihn war Comey ein Angeber und außer Kontrolle. Zur Begründung der Entlassung berief sich Trump auf Mutmaßungen, Comey habe die Ermittlungen zu Hillary Clintons E-Mails verpatzt.

23

Der ehemalige FBI-Direktor Robert Mueller wurde zum Sonderermittler für den Komplex der russischen Wahleinmischung und möglicher Beziehungen zu Trumps Wahlkampfteam ernannt. Trump hatte ihn als Ersatz für Comey als FBI-Direktor abgelehnt. «Er war kürzlich hier, und ich habe ihn nicht fürs FBI eingestellt. Natürlich hat er mit mir eine Rechnung offen.»

24

John Dowd stieß im Mai 2017 zu Trumps persönlichem Anwaltsteam. Er beschwor den Präsidenten, nicht als Zeuge bei Muellers Ermittlungen auszusagen, zog sich jedoch im März 2018 zurück, als Trump es sich anders überlegte und er ihn nicht davon abbringen konnte. «Ich kann als Anwalt, als Vertreter des Rechts, nicht neben Ihnen sitzen und zulassen, dass Sie deren Fragen beantworten, wenn ich genau weiß, dass Sie dazu nicht imstande sind.»

25

Don McGahn, der Rechtsberater des Weißen Hauses, wollte, dass sich der Präsident in Sachen Mueller-Ermittlungen auf sein Exekutivprivileg berief und davon Abstand nahm, Schriftstücke vorzulegen. Trumps Anwalt John Dowd war anderer Ansicht, er kooperierte mit Mueller, um die Ermittlungen zu beschleunigen. «Mit Honig erreicht man verdammt noch mal mehr als mit Essig.»

26

Trump und First Lady Melania Trump mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und First Lady Peng Liyuan. Trump hielt Chinas Unterstützung bei Sanktionen gegen Nordkorea für das Ergebnis

seiner persönlichen Beziehung zu Xi. «Da seht ihr mal, wie gut es ist, dass ich nett zu ihm bin, obwohl alle mir immer raten, ich soll auf Konfrontation mit ihm gehen», sagte er entgegen allen Warnungen, von Xi benutzt zu werden. «Hätte ich nicht eine so großartige Beziehung zu Präsident Xi, die hätten das nie gemacht. Damit kriege ich sie zu Sachen, die sie sonst nicht tun würden.»

27

Den US-Nachrichtendiensten zufolge agierte der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un geschickter mit Atomwaffen und Raketenprogrammen als sein Vater Kim Jong-il. Dem jüngeren Kim war klar, dass Waffen- und Raketentests sehr wohl schiefgehen konnten. Er ließ Beamte und Forscher auch nicht, wie sein Vater, nach Fehlstarts erschießen. Trump glaubte, der sich anbahnende Konflikt zwischen den USA und Nordkorea sei ein Wettbewerb der Willensstärke. «Dabei geht es nur um Führer gegen Führer. Mann gegen Mann. Ich gegen Kim.»

Impressum

Die amerikanische Originalausgabe erschien 2018 unter dem Titel Fear. Trump in the White House bei Simon & Schuster, New York.

Veröffentlicht im Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, Oktober 2018
Copyright der deutschsprachigen Ausgabe © 2018 by Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg
Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt, jede Verwertung bedarf der Genehmigung des Verlages
«Fear. Trump in the White House» Copyright © 2018 by Bob Woodward
All rights reserved
Published by arrangement with the original publisher, Simon & Schuster, Inc.
Lektorat Kristian Wachinger
Umschlaggestaltung Anzinger und Rasp, München nach dem Original von Simon & Schuster/David Litman
Umschlagfoto Brendan Smialowski/Getty Images
Schrift DejaVu Copyright © 2003 by Bitstream, Inc. All Rights Reserved.
Bitstream Vera is a trademark of Bitstream, Inc.
Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.
ISBN Printausgabe 978-3-498-07408-1 (1. Auflage 2018)
ISBN E-Book 978-3-644-00273-9

www.rowohlt.de

Hinweis: Alle angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf die Printausgabe.

Verbinden Sie sich mit uns!

Neues zu unseren Büchern und Autoren finden Sie auf *www.rowohlt.de* .

Werden Sie Fan auf *Facebook* und lernen Sie uns und unsere Autoren näher kennen.

Folgen Sie uns auf *Twitter* und verpassen Sie keine wichtigen Neuigkeiten mehr.

Unsere Buchtrailer und Autoren-Interviews finden Sie auf *YouTube* .

Abonnieren Sie unseren *Instagram-Account* .

rowohlt

Besuchen Sie unsere Buchboutique!

buchboutique

Die Buchboutique ist ein Treffpunkt für Buchliebhaberinnen. Hier gibt es viel zu entdecken: wunderbare Liebesromane, spannende Krimis und Ratgeber. Bei uns finden Sie jeden Monat neuen Lesestoff, und mit ein bisschen Glück warten attraktive Gewinne auf Sie.

Tauschen Sie sich mit Ihren Mitleserinnen aus und *schreiben Sie uns hier Ihre Meinung.*